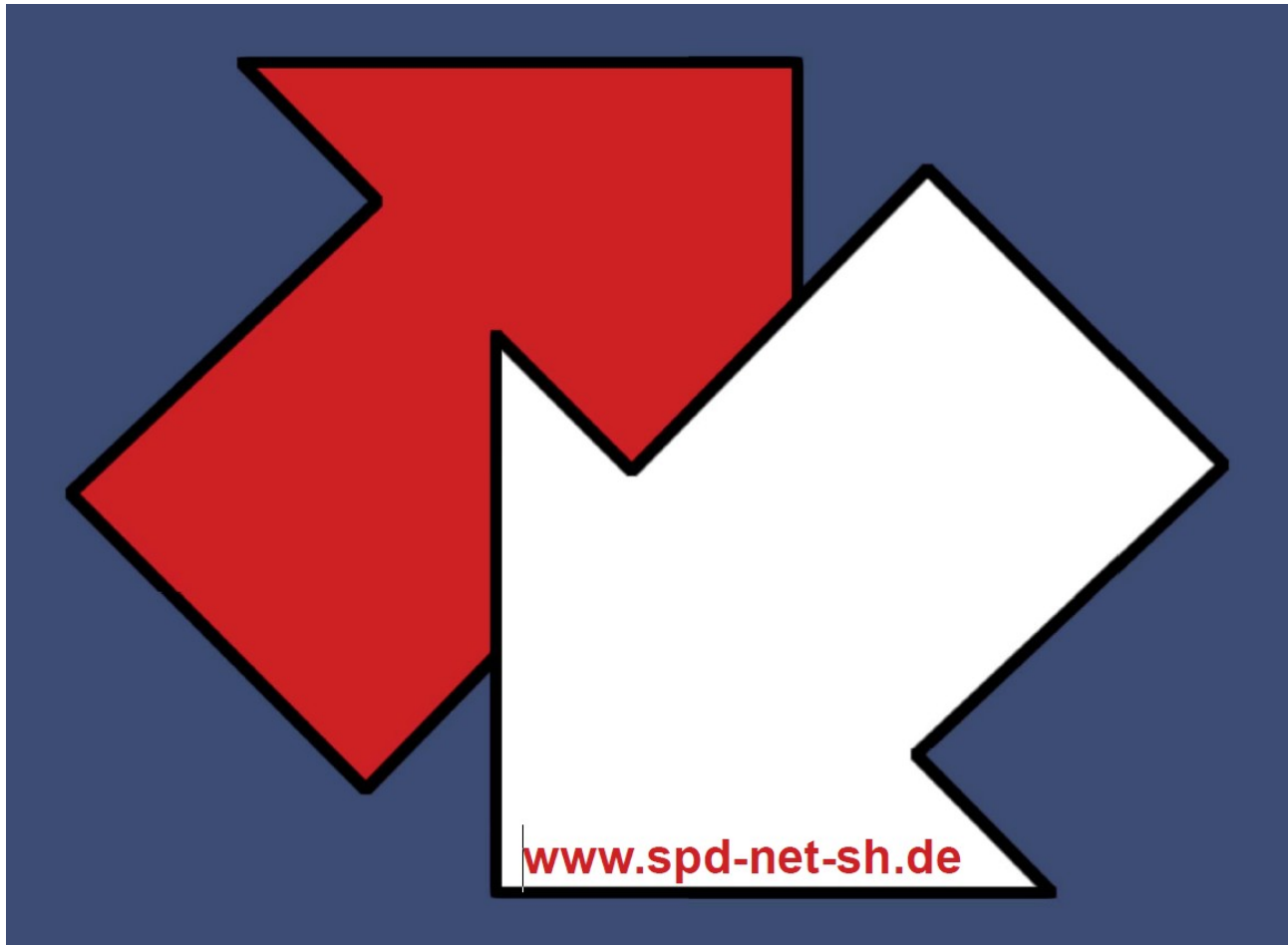


SPD-NET-SH

**Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



Artikelarchiv 2010, Mai bis August

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2015

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 01.05.2010, 14:45 Uhr - 4060 Clicks - Nr. 433

Frühschoppen des DGB in Kappeln am 1. Mai

Am traditionellen DGB-Frühschoppen zum Tag der Arbeit am 1. Mai von 9 bis 11 Uhr im Schlei-Bistro am Deekelsenplatz in Kappeln nehmen von Jahr zu Jahr mehr Kolleginnen und Kollegen teil. In diesem Jahr waren wir etwa 100. Peter Schramm, Ortsvereinsvorsitzender von ver.di Kappeln, hielt die Begrüßungsworte und war besonders erfreut, dass neben der ver.di-Bezirksgeschäftsführerin Ute Dirks und der DGB Kreisvorsitzende Holger Groteguth, auch der amtierende SPD-Kreisvorsitzende Ralf Wrobel und Birte Pauls (Mitglied des Landtags) der Einladung gefolgt waren. Es waren aber auch viele Kolleginnen und Kollegen von der AfA Schleswig-Flensburg anwesend.

Ute Dirks sprach in ihrer Rede über die Themen gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat an. Die ver.di Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn waren ein Schwerpunkt. Es gibt allein im Kreis Schleswig-Flensburg rund 2000 Menschen, die vollbeschäftigt arbeiten, aber von ihrem Einkommen nicht leben können. Deren Löhne müssen mit Hartz IV aufgestockt werden. Der Steuerzahler subventioniert auf diese Weise Arbeitgeber, die ihren Beschäftigten pro Stunde fünf bzw. sechs Euro oder weniger zahlen. Besonders davon betroffen sind der Pflegebereich, die Gastronomie und auch das Friseurgewerbe. Die Kündigung des Rahmenvertrags für die Wiedereingliederungshilfe durch die Kreistage im Land SH wurde von Ute Dirks kritisch behandelt. Die Landräte wollen da 100 Millionen Euro einsparen. Das wäre nur mit massiven Einschnitten bei den Personalstandards und der Betreuung möglich. Der zurzeit noch größte Arbeitgeber in Kappeln mit den 400 Beschäftigten der Kappeler Werkstätten allein in Sundsacker ist von diesen Kürzungen massiv betroffen. Holger Groteguth richtete im Anschluss seine Grußworte des DGB Kreisvorstandes an die Anwesenden.

Es war alles in allem wieder eine gute Veranstaltung und stärkte das Miteinander und das „Wir halten zusammen“ der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 01.05.2010, 16:57 Uhr - 4155 Clicks - Nr. 434

Kinderspielplätze bald fit für die Spielsaison

Was bereits im letzten Jahr von Kindern aus der Aukamp-Grundschule sowie den Osterrönfelder Kindergärten angeregt wurde, wird nun weitestgehend in die Tat umgesetzt: die Kinderspielplätze in Osterrönfeld werden seit einigen Tagen wieder fit für die Spielsaison gemacht. Teils werden die Spielplätze grundlegend erneuert.

Im Juli 2009 hatten Kinder der Grundschule Osterrönfeld und der beiden Osterrönfelder Kindergärten Vorschläge für die Umgestaltung der Spielplätze dem Werks- und Verkehrsausschuss übergeben und mit eindrucksvollen Modellen



veranschaulicht [siehe: [Bericht](#)]. Viele der Vorschläge können nun auch umgesetzt werden. So entsteht etwa am Bürgerzentrum ein Kleinfeld für Fußball und Basketball und am AWO-Kindergarten (Ohldörp) ein Kletterhügel mit mehreren Spielgeräten. Die Kosten für alle Maßnahmen liegen bei rund 25.000€.

Zusammengefasst werden folgende Spielplätze erneuert:

- Spielplatz Bargesch:
Errichtung einer Schaukel und einer Wippe
- Spielplatz am AWO-Kindergarten (Ohldörp):
Aufschüttung eines Kletter-Erdhügels mit diversen Spielgeräten drum herum
- Spielplatz Danziger Straße:
Errichtung einer Spielkombination (Kletterturm mit Rutsche)
- Spielplatz Bürgerzentrum:
Einrichtung eines Kleinfeldes mit zwei Fußballtoren

Da weitere Spielplätze in Osterrönfeld in der kommenden Zeit ebenfalls einer Überarbeitung bedürfen, sollten diese Maßnahmen nicht das Ende sein.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 01.05.2010, 18:51 Uhr - 2664 Clicks - Nr. 435

Spannender 1. Mai in Reinbek

Rosenplatz Reinbek - Das Maibaumfest gehört in Reinbek zu den Höhepunkten des Jahres. Die Freiwillige Feuerwehr schmückt den Maibaum und lädt danach zu Feierlichkeiten in ihren und rund um ihre Räumlichkeiten. 2010 war auch Martin Habersaat gekommen, um bei diesem Fest dabei zu sein und „um das Angebot an Kuchen und Gegrilltem zu testen“, wie er erklärte. Aufregend wurde es, als der Kranz aufgesetzt wurde - allerdings lag der Grund der Aufregung einige hundert Meter weiter:

Autos in einer Tiefgarage standen in Flammen, viele Feuerwehrkameraden mussten das Fest abbrechen und ausrücken.

In der Tiefgarage des Kloster Markts waren einige Autos in Brand geraten, der Rauch hing über der gesamten Innenstadt. Mit mehreren Wagen rückte die FFW Reinbek an, alarmierten auch die Kollegen aus Schönningstedt. Den Brandfall in guten Händen wissend, gingen die Feierlichkeiten derweil weiter, viele hundert Menschen versammelten sich schon am Vormittag, um bei strahlendem Sonnenschein miteinander zu feiern.

Weitere Bilder: [hier](#).

Keine Kommentare

Olof-Palme-Friedenspreis - Festrede 2010

In seiner Festrede beschäftigte sich Jörn Thießen mit der Frage, wo Deutschlands Freiheit und Sicherheit zu verteidigen sind.

Herzlichen Dank für die Einladung und Ehre, hier zu Ihnen sprechen zu dürfen. Es ist Tradition des Olof Palme Friedenspreises, sich an diesem Ort mit seinem Erbe zu beschäftigen und diese Überlieferung wollen wir heute gemeinsam fortsetzen.



Tradition ist derjenige Teil der Geschichte, den wir für wert achten, an unsere Kinder weiterzugeben. Sie ist deshalb kein totes Kapital, kein Marmorsockel, auf den wir oft Dinge stellen, damit sie schön anzusehen sind und uns fortan nicht weiter stören sollen.

So verstanden will die Überlieferung leben. Und muss von uns verstanden, beurteilt und angepackt werden. In meiner Heimatwissenschaft, der Theologie, gibt es dafür einen Begriff: die creatio continua. Dort sagt er, dass Gott die Welt täglich neu erschaffen muss, damit sie am Leben bleibt. Hier sagt uns die creatio continua, dass das Zusammenleben der Menschen sich ebenso nicht automatisch, gleichsam genetisch eingefasst, zum Friedlichen wendet, sondern, dass der Friede etwas ist, dass stets und ständig neu verstanden, neu errungen werden muss.

Das sagen wir hier in Reinbek. In Deutschland. Einem der friedlichsten Länder von zur Zeit 192 Mitgliedern der Vereinten Nationen. Herrscht hier, insbesondere an einem solchen Abend, nicht ein fast himmlischer Friede?

Es ist meiner Meinung nach ein großer Irrtum, allein davon auszugehen, der Friede auf dieser Erde müsse irgendwo draussen verteidigt werden. In Afghanistan, gegen die Reiterhorden im Sudan, gegen den leuchtenden Pfad in Lateinamerika, gegen die Tamilischen Tiger.

Peter Struck hat den mittlerweile berühmten Satz gesagt: „Deutschlands Freiheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt.“ Auch am Hindukusch. Das kann ich teilen. Und schon diese Zustimmung trifft nicht die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland.

Ich möchte diesem Satz meines ehemaligen Fraktionsvorsitzenden einen anderen zur Seite stellen: Deutschlands Freiheit wird in unseren Klassenzimmern verteidigt. Das ist ebenso verkürzt und trifft viele wichtige Aspekte nicht, aber es weist in eine andere Richtung: Es ist richtig, dass wir uns um die Hinterhöfe unserer Interessen kümmern – aber die Schulhöfe sind mindestens so wichtig!

Um das tun zu können, ist es leider nötig, unsere Interessen zu definieren, sie zu debattieren, sie mit anderen Interessen zu vergleichen. Ich sage leider, denn die eigene Interessenlage zu

diskutieren und offen zu benennen gehört nicht zu den Stärken Deutschlands. Nicht zu den Stärken unserer gesellschaftlichen Eliten, nicht zu den Lieblingsaufgaben derjenigen, die landauf landab Verantwortung tragen. Und ich meine damit nicht allein die Frau an der Spitze der Regierung, ich meine nicht den Präsidenten der Republik – ich meine uns. In Reinbek, in Stormarn, in Schleswig-Holstein.

Warum ist das so schwer? Weil die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts Deutschland zu recht die „Kultur der Zurückhaltung“ als Nachkriegsgeschichte gelehrt hat. Weil unser Wohlstand nach 1945 zu großen Teilen auch ein verdankter Wohlstand war, der darauf beruhte, dass die Alliierten dem Feind von Gestern die Hände gereicht haben und dafür sorgten, dass ein anderes, friedliches Deutschland erstehen konnte – durchaus im eigenen Interesse, aber auch im Interesse derselben Idee von Menschenwürde, die sie zur Befreiung Europas von den Nationalsozialisten kämpfen ließ.

Bis Deutschland von den eigenen, nach außen gerichteten Interessen sprechen konnte, sind Jahrzehnte vergangen. Es hat so lange gedauert, dass der Satz von der „verspäteten Nation“ umging, von dem sich klein machenden Riesen, den unser Land ja wirtschaftlich gesehen spätestens seit den 70er Jahren darstellte.

Das Deutschland von heute macht sich nicht klein. Es ist, wie Willy Brandt gesagt hat, eine „mittlere Macht mit weltweiten Interessen“ - wenn es sie wahrnimmt, dann in Erinnerung an die eigene Geschichte, wie auch die Befreiung durch andere, die dafür die Leben ihrer Kinder gaben.

Von einem evangelischen Pastor erwartet man keine Ausführungen über mittelalterliche Beichtspiegel und deren Bedeutung für unsere Zeit. Dennoch einige Fragen:

Was wünschen Sie sich für Ihre Familie und Freunde?

Haben Sie Feinde? Was wünschen Sie diesen?

Welche Bestrebungen Deutschlands teilen Sie und wie vertreten Sie diese?

Was bedroht Ihre Freiheit?

Wo und wie soll die Freiheit Deutschlands verteidigt werden?

Sind Sie Mitglied einer Organisation, die Absichten vertritt, die über die Region und die ihrer Mitglieder hinausweist?

Diese oder ähnliche Fragen sind nicht akademisch. Sie zu stellen ist wichtig. Weil jede Zeit ihre eigenen Antworten sucht. Weil wir uns die Antworten nicht ins Lebens-Helft diktieren lassen können, sondern sie selbst zu geben haben.

Es gibt eine Kaste von Menschen – davon übrigens 98,8 % ehrenamtlich – die sich als Trägerinnen und Träger von politischen Mandaten in Deutschland engagieren. Grob gerechnet gibt es auf der Ebene der Gemeinden, Kreistage, Städte, Landtage, Bundestag, EP 208. 150 Vertreter und Abgeordnete. Das sind zirka 2,6% unserer Bevölkerung. Hauptamtliche Politikerinnen und Politiker mit Mandaten sind rund 0,03% aller Menschen, die in Deutschland wohnen.

Sind diese Menschen dafür verantwortlich, die Interessen unseres Landes zu vertreten? Ja. Sind sie allein dafür verantwortlich? Natürlich nein. Gibt es einen breiten Konsens über diese Interessen? Ja. Gibt es deutliche Unterschiede in deren Gewichtung? Natürlich ja.

Die Gewichte müssen austariert werden, gegen einander gestellt, abgewogen, debattiert und

dann muss entschieden werden, wie es weitergehen soll. Das nennen wir Politik. Wer das tut, ist Politikerin und Politiker. Engagiert für unsere Gemeinschaft. Mir persönlich mal näher stehend und mal nicht. Dennoch engagiert. Und mit der Bürde belastet, dass der „Hauptberuf Politik“ mit einem Ansehen von 8% Achtung im öffentlichen Ansehen geschlagen ist.

Die Freiheit und der Friede dieses Landes wird auch auf seinen Schulhöfen verteidigt. Nämlich dort, wo wir die Bildung ernst nehmen. Die Gleichheit der Chancen zum Beispiel. Die lautet nicht, dass ein Kind der Oberschicht 2.1 mal so große Chancen haben darf, auf das Gymnasium zu gehen, wie sein Banknachbar aus anderen Schichten. Das ist die Zahl für unser Bundesland – im Saarland ist die Chance 4,5 mal so hoch – trösten kann uns das nicht.

Freiheit ist auch das Maß, mit dem Menschen ihre Chancen wahrnehmen können. Diese Freiheit ist eines der höchsten Güter. Im Grundgesetz ist diese vielfach buchstabiert – gerade in den so genannten ewigen Artikeln, die sich mit den Menschenrechten, der Würde, der Demokratie und dem Prinzip des Sozialstaates verbinden.

Diese Freiheit unterliegt leider auch dem allgemeinen Prinzip der Entropie, nach dem die Unordnung ohne Eingriffe von außen immer nur zunimmt – der Kaffee in der Tasse eben immer nur kalt und von sich aus nie wärmer wird. Andere mögen da an das häusliche Kinderzimmer denken und werden zum gleichen Schluss kommen.

Zudem schaffen Eingriffe von außen nicht Ordnung von sich aus. Um das Maß der angestrebten Ordnung definieren und öffentlich debattieren zu können, müssen wir wissen, wohin wir wollen, was für eine Ordnung uns vorschwebt, wie wir diese grob erreichen wollen und wie die Wege dahin zu beschreiben sind. Das ist Politik. Das ist kein Hauen und Stecken, das ist kein schmutziges Geschäft – das ist an jeder Ecke lebendige Demokratie als Ausdruck derjenigen Rechte, die nach unserer Auffassung alle Menschen von Geburt an haben – alle und überall.

Diese lebendige, streitbare Demokratie, die Verwirklichung der Menschenrechte und der soziale Ausgleich der Interessen fängt an der eigenen Nasenspitze an und endet mit ihrem Anspruch noch nicht einmal am Hindukusch. Wer sie aber am Hindukusch sucht und verteidigen will, ist klug beraten, sie vor der eigenen Haustür mindestens ebenso ernst zu nehmen.

Oder mehr: Wer das eine hier tut, wird das andere dort nicht ganz unterlassen können. Und ich sage auch: Mit allen bitteren Konsequenzen. Über die wir uns alle Rechenschaft abzulegen haben – nicht nur diejenigen in der Regierung und im Bundestag, die dieses anordnen und mandatieren.

Deutschlands Freiheit wird nicht nur dort, aber auch in unseren Klassenzimmern verteidigt. Mein langjähriger Chef und politischer Lehrer Björn Engholm hat in diesem Zusammenhang vom „Kitt der Gesellschaft“ gesprochen, von denjenigen, die über die Interessen der eigenen Gruppe hinausschauen, denen die Gemeinschaft am Herzen liegt, die mit Kopf, Hand und Herz die Angelegenheiten dieser Welt regeln und lenken wollen. Mit Kopf, Hand und Herz. Die kenntnisreich und empathisch sind, die anpacken wollen und vor dem Tun die Folgen des Handelns bedenken, die sich ihrer Rollen klar werden und die Rollen anderer in das eigene Kalkül ziehen.

Wie soll dies hier und am Hindukusch anders gehen, als durch Bildung? Bildung ist der größte Feind der Unterdrücker. Das wissen diese auch, wie die Nachricht von gestern beweist:

Schulen mit Gas angegriffen

Bei erneuten Gasangriffen auf Mädchenschulen werden im Norden Afghanistans etwa 61 Schülerinnen und Lehrer verletzt. Die Opfer leiden unter Schmerzen, Schwindel und Übelkeit. Viele Mädchen befürchten nun, aufgrund der Gefahr nicht mehr zur Schule gehen zu dürfen.

Solange es diese explodierenden Probleme kaum in die Medien und schon gar nicht in unsere Köpfe schaffen, solange kommen wir nicht voran. Weder dort, noch hier.

In Neukölln können Sie jeden Tag live und in Farbe eine deutsche Gesellschaft erleben, die sich Monat um Monat mehr zerlegt. Eine Gesellschaft, die wie unter dem Brennglas eine Entwicklung zeigt, in der es immer weniger mündige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gibt, sondern mehr und mehr bloße Bewohner. Menschen also, die zu diesem Staat und seinen Organen, zu seiner Verfassung und seinen Zielen keine innere, eigene Verbindung herstellen können.

Dabei ist dieser scheinbar unaufhaltsame Trend auf die Dauer noch gefährlicher als die grassierende Arbeitslosigkeit, die ethnische Trennung, die Bildung von Ghettos, die fallenden Bildungskurven in diesem Stadtteil. Das Mehrheitsgefühl der Menschen hier ist die Folge all dessen. Und birgt Gefahren in sich, die wir heute schon beschreiben können.

Was können wir tun? Nicht alles, was geschieht, geht uns an. Oder besser gesagt: Es mag uns alles angehen, aber begreifen können wir nicht alles, geschweige denn alles anpacken. Wer dies versucht, dem schwinden schnell die Kräfte bis hin zur Teilnahmslosigkeit. Vielen Menschen geht das so – aber eben nicht allen.

Die Preisträger wie auch die Preisgeber des heutigen Abends zeigen, wie es sein sollte, wie es angepackt werden kann. Sich eine Aufgabe suchen, einen Platz in der eigenen Geschichte. Selbst Geschichte schreiben. Etwas vielleicht Kleines tun, aber Großes erreichen. Nämlich Menschen. Chancen verbessern. Stifterin, Stifter sein. Friedensstifter. Das kann Ihnen nicht hoch genug angerechnet werden. Wir rechnen auf Sie.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 01.05.2010, 21:31 Uhr - 4198 Clicks - Nr. 437

Olof-Palme-Friedenspreis - Laudatio 2010 Kuratoriumsmitglied Cord Denker ehrt die Gewinner

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Olof-Palme-Kuratorium wundert und freut sich jedes Mal, wenn ein neues Jahr begonnen hat, darüber, was sich alles tut auf dem Gebiet menschlicher Zuwendung in unserem überschaubaren Stormarn. In diesem Jahr lagen 6 Vorschläge auf dem Tisch in denen Einzelpersonen und ihre Helferkreise für den Olof-Palme-Friedenspreis vorgeschlagen wurden.

Da diese Veranstaltung auch eine Informations- und Ideenbörse sein soll, will ich Ihnen alle 6 Vorschläge vor Augen führen.



Wer ist EfA?

Wenn ein Pastor solche Frage stellt, dürfte die Antwort leicht sein, aber Vorsicht, EfA schreibt sich in diesem Fall mit „F“. EfA: „Essen für Alle“ – hinter diesem Markenzeichen verbirgt sich eine Gruppe von etwa 20 ehrenamtl. Menschen in Oldesloe. EfA teilt dreimal in der Woche (Di, Do, So!) Mittagessen an Bedürftige aus und tut das schon seit fast 14 Jahren im Gemeindehaus am Kirchberg. Zu diesem Zweck arbeitet die Gruppe mit 4 Oldesloer Altersheimen zusammen, die reihum das Essen zur Verfügung stellen. Das alles muss koordiniert werden, und dafür, dass alles klappt, steht Frau Christine Zeising. Sie ist es denn auch, die dem Kuratorium als preiswürdig vorgeschlagen worden ist.

Als ich mit ihr telefonierte, erfuhr ich, dass ihre ganze Familie sozial eingestellt und eingespannt ist und dass es ihr ein Herzensbedürfnis ist zu helfen. Diese Hilfsbereitschaft hat Verbindungen bis nach St. Petersburg geschaffen, und dorthin ist sie nun ausgerechnet heute aufgebrochen. In Analogie zum Heiligen Martin von Tours haben die Lübecker Nachrichten Christine Zeising als Heilige Martina bezeichnet. - Ich bitte, diejenigen, die mit ihr diese Arbeit tragen, ihr unsere Grüße und unseren Dank zu übermitteln: bolschoi spassiba! Oder Ji köönt dat awers ok op Platt röberbringen, denn as ick mit ehr schnacken dä, heff ick markt, se is ne plattdüütsche Deern. Also: Een'n groten Dank an Ju all un sünnerlich an Christine Zeising.

Wo liegt Kadlub?

Das könnte uns Herr Dr. Otto Fickel, Apotheker i.R., sehr lebhaft schildern, denn er besucht diesen polnischen Ort in Oberschlesien seit 1982 regelmäßig als Überbringer verschiedenster Hilfsgüter. Sie haben gerade den 76. Hilfstransport dorthin begleitet (800 km). Alle Hilfsgüter sind bestimmt für ein Heim für 110 körperlich und geistig oder auch mehrfach behinderte männliche Heimbewohner (auch 2 weitere Heime für Mädchen profitieren davon), die von Franziskanerinnen betreut werden. Im Laufe der Jahre hat sich daraus eine bemerkenswerte Organisation ergeben, die von der Stiftung „Kind ohne Eltern, Breitenstein, Kiel“ unterstützt wird. Es geht nicht nur darum, Hilfsgüter anzuliefern und abzuliefern, sondern es hat sich ein reguläre Entwicklungs-Arbeit dort etabliert. Ein mechanisch bewässerter Garten mit 300 Obstbäumen wurde angelegt. Zwischen den Bäumen können Gemüse und Küchenkräuter gezogen werden. Folienzelte und ein Glashaus stehen zur Verfügung. Gebäude wurden isoliert, eine moderne Kohleheizung senkt Kosten. Eine Bäckerei konnte eingerichtet werden, die das Heim mit Backwaren versorgt. Schweineaufzucht und Schlachtereie sollen in Zukunft in eigener Regie möglich sein. Und das beste daran ist, das die Behinderten mit einbezogen werden und Fähigkeiten entwickeln, die man ihnen gar nicht zugetraut hätten. Darauf sind sie dann stolz. Diese Arbeit geschieht auf einem düsteren historischen Hintergrund: Was hat die deutsche Nation der polnischen angetan! Alte Wunden sind manchmal noch spürbar. Aber hier geschieht Versöhnungs-Arbeit aus dem Geist christlicher Nächstenliebe heraus. – Herr Dr. Fickel, das Olof-Palme-Kuratorium zollt Ihnen und all Ihren Mitstreitern großen Respekt. Wir danken Ihnen für Ihren Einsatz: Dienkuje barzo!

Wer bringt Kultur nach Bargteheide?

Ich bin jetzt in der Gefahr, lokalpatriotisch parteilich zu werden, ich versuche, mich zurückzuhalten. – Wenn Theater sich nicht nur als Unterhaltungs-Medium versteht, sondern sich mit den elementaren Lebensfragen der Menschen beschäftigt: Gerechtigkeit, Versöhnung, Frieden, Wahrhaftigkeit, Zivilcourage – dann reicht es an die Kriterien heran, die Olof Palme uns vorgegeben hat, heran. Dass solche Theaterstücke auch hier bei uns gesehen und erlebt werden können, dafür steht Manfred Kutsche aus Jersbek, der immer wieder gesellschaftsrelevantes, kritisches und politisches Theater nach Bargteheide holt. Um das zu illustrieren – ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit: Wir erlebten Volker Lechtenbrink in der Rolle des vom Watergate Skandal gezeichneten US-Präsidenten Nixon. Ein junger Journalist

wagt es, den mit allen Wassern der Rhetorik gewaschenen Präsidenten herauszufordern und scheint zu unterliegen. Erst im allerletzten Fernseh-Duell zerbricht die Fassade, und die präsidiale Gloriette entpuppt sich als ein Gespinnst aus Phrasen, Geschwätz, Vertuschungen und Lügen. – Ein aufrüttelndes Theaterstück als Plädoyer für Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit in der Politik. Olof Palme wäre von dieser Veranstaltung sicherlich angetan gewesen.

Lieber Manfred, seit 1993 bist Du Vorsitzender im Kulturring Bargteheide. Seit der Zeit hast Du etwa 220 Vorstellungen organisiert, schätzungsweise 58.000 Zuschauer sind damit erreicht worden. Manfred, wir danken Dir für Deinen Einsatz, der in diesem Rahmen einmal gewürdigt und hervorgehoben und auch mit dem Namen Olof Palme in Verbindung gebracht werden soll.

In welcher Schule lernt man Toleranz und Respekt vor anderen Kulturen?

Die Antwort lautet: in der Volkshochschule Ahrensburg. Als Reaktion auf die terroristische Zerstörung des Welthandels-Zentrums in New York am 11. September 2001 hat sich unter dem Dach der VHS Ahrensburg ein Interkultureller Gesprächskreis gebildet, der sich dem Dialog zwischen den Kulturen verschrieben hat. Durch die Mobilität der heutigen Gesellschaften und durch Flucht oder Vertreibung aus angestammten Lebensbereichen kommt es immer häufiger zu Begegnungen von Menschen aus verschiedenen Traditionen. Das kann dazu führen, dass sich Parallel-Gesellschaften bilden, die sich von einander abgrenzen. Welcher Sprengstoff sich so ansammeln kann, ist uns Deutschen und uns Europäern lebhaft bewusst. Integration heißt der Weg in eine Gesellschaft gegenseitiger Achtung, um ein lebenswertes Miteinander zu gestalten. Diese Integration ist durch den Nationalen Integrationsplan der Bundesrepublik von 2007 politisch gewollt, aber Integration kann nicht von oben angeordnet werden, sondern muss an der Basis gestaltet werden. Und das ist der Weg, den man in Ahrensburg geht mit einer Fülle von Veranstaltungen im Laufe des Jahres und besonders in den Interkulturellen Wochen.

In diesem Zusammenhang wurde uns - stellvertretend für die Gruppe, die diese Arbeit trägt - ein Name genannt: Hans Peter Weiß. Ihnen und Euch geht es um eine vorurteilsfreie Begegnung und eine demokratische Gesprächskultur. Und in solcher Umgebung sollen die noch-fremd Menschen eine neue Heimat finden. Das Kuratorium erkennt in Ihrer Arbeit und in dem Engagement des Freundeskreises den Geist, den Olof Palme propagiert hat. Das Kuratorium dankt Ihnen und dankt auch der VHS Ahrensburg für die Unterstützung dieser Initiative.

Beim Studium der Unterlagen, die mir zur Verfügung standen, kam mir plötzlich der Gedanke (in Frageform), ob es im Rahmen Ihrer Arbeit auch so etwas wie interkulturelle Feste gegeben hat. Vielleicht ist das ja eine Selbstverständlichkeit, wenn nicht, könnte ja der heutige Abend eine Anregung dazu sein. Nur einmal als Idee.

Wer kümmert sich um die vergessenen Opfer politischer Willkür?

Lieber Alfred Schulz, Deine Bischöfin, Maria Jepsen, hat Dir die Bugenhagen-Medaille verliehen, und wir haben heute noch einmal die Möglichkeit, Dir in diesem Rahmen dazu zu gratulieren. Wir konnten gar nicht anders, wir mussten nachziehen und haben Dich per Kuratoriums-Beschluss in die Reihe der Preisträger aufgenommen. Du hast selbst als Nachfolger von Egon Bahr dieses Gremium einige Jahre geleitet. Du hast mich damals in dieses Gremium aufgenommen, und nun freut es mich besonders, dass ich heute Dein Laudator sein darf. Ich will um Himmels willen nicht alle Deine Funktionen und Verdienste ausbreiten. Ich will mich im Namen des Kuratoriums dafür bedanken, dass Du dem Geist, für den Olof Palme gelebt hat, unter uns ein Gesicht gegeben hast, Dein Gesicht.

Du hast noch sehr bewusst den faschistischen Ungeist erlebt. Aus dieser Erfahrung heraus hast Du Dich für den Pazifismus entschieden und hast Dich zum Fürsprecher der Verfolgten, Verfemten und Vergessenen gemacht. Hast dabei nicht auf dem öffentlichen Beifall spekuliert,

sondern schlicht menschlich und biblisch Dich auf die Seite der Benachteiligten gestellt. Achja, biblisch – Du hast noch einen Konfirmations-Pastor kennen gelernt, der Kreuz und Hakenkreuz nicht auseinander halten konnte und von euch Konfirmanden verlangte, ihr solltet in Flakhelfer-Uniform mit Hakenkreuzbinde in den Gottesdienst kommen. Das war wenig einladend, sich kirchlich zu engagieren. Dennoch hast Du den Zugang zur Kirche gefunden und hast mitgestaltet und bist zu einem Brückenbauer zwischen Kirche und SPD geworden. Du hast damit ein gutes Beispiel für Verständigung über mögliche Grenzen hinweg gegeben. Ich danke Dir für dieses Beispiel, wir danken Dir für die Ausstrahlung einer überzeugenden Menschlichkeit. Du hast für uns demokratische Gesinnung verkörpert, an Dir konnten wir ablesen, wie Olof Palme gedacht hätte.

Du bist nun ein Senior unter uns, Du spürst, wie die Kräfte nachlassen, das Alter fordert seinen Tribut. Mit dem heutigen Abend wollten wir Dir noch einmal einen Motivationsschub zukommen lassen. Wir sind dankbar, dass es Dich gibt.

Wie wird Geld so verwaltet, dass es Menschen wohltut?

Das Spendenparlament Reinbek, nach dem Hamburger SP das 2. in Deutschland, 1997 aus der Taufe gehoben (und einer der Paten war damals Alfred Schulz) – das SP Reinbek hat in dieser Zeit so etwa 100.000 Euro gesammelt, verwaltet und verteilt. Spendenparlamente sind demokratische Instrumente, um Gelder so zu verwalten, dass sie dorthin kommen, wo sie Gutes bewirken. Das SP Reinbek unterstützt Projekte in Kindergärten, Begegnungstätten, Schulen, Senioren-Einrichtungen. – Spendenparlamente können auch dann, wenn öffentliche Gelder dem Rotstift zum Opfer fallen, notwendige Projekte aufrechterhalten und so dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft in Zeiten leerer Kassen ihr menschliches Gesicht nicht verliert. So unterstützte das SP die Ausländer- und Migrant-Beratungs-Stelle Neuschönningstedt.

Stellvertretend für die über 60 Mitglieder dieser Institution möchte ich mich im Namen des Olof-Palme-Kuratoriums bei dem 1. Vorsitzenden, Herrn Dr. Wolfgang Walter für diese Arbeit bedanken. Olof Palme konnte von dieser Entwicklung noch nichts ahnen, aber wir sind gewiss, dass sie durchaus in seinem Sinne und darum preiswürdig ist.

Zusammenfassung

Die spannende Frage ist nun: Wer bekommt das Preisgeld zugesprochen? Wie hat sich das Kuratorium entschieden und warum hat es sich so entschieden? – In diesem Jahr möchte das Kuratorium den Dialog zwischen den Kulturen fördern. Wir sind der Auffassung, dass Integration und Verständigung als langfristige Aufgabe vor uns liegen, um die Gesellschaft lebenswert und lebenswürdig zu gestalten.

Das Kuratorium bedankt sich bei Ihnen allen für Ihren Einsatz in puncto Mitmenschlichkeit. Das Kuratorium bedankt sich insbesondere bei den Spendern für das Preisgeld, bei der Walter-Jacobsen-Gesellschaft und unseren Bundestags-Abgeordneten.

Dieses Geld von 1500 Euro steht nun zur Verfügung und soll gleichmäßig auf 3 Empfänger verteilt werden. Alle drei sind also die „Nummer Eins“. Das Kuratorium hat keine Rangfolge festgelegt, wenn ich jetzt die drei Namen nenne, ist das völlig willkürlich:

- Herr Hans Peter Weiß für den Interkulturellen Gesprächskreis Ahrensburg und für das Netzwerk Migration und Integration
- Herr Dr. Wolfgang Walter für das Spendenparlament Reinbek
- Alfred Schulz für ein Lebenswerk im Sinne der Verständigung

Cord Denker –
29. April 2010

Keine Kommentare

Kreisverbandsausschuss Schleswig-Flensburg behandelt das Thema „Amtsausschüsse“

Auf einer ersten Veranstaltung des Kreisverbandsausschusses Schleswig-Flensburg wurde in Tarp am 28. April 2010 das Urteil des Landesverwaltungsgerichts Schleswig-Holstein vom stellvertretenden Landesverwaltungsrichter Uwe Jensen erläutert und die über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Möglichkeit, ihre Ideen einzubringen.

Wird ein Amtsausschuss durch die Direktwahl gewählt und werden die Aufgaben der Amtsverwaltung beschränkt?

Diese Frage – aber auch über die Bildung von Großgemeinden - stellten sich Vertreterinnen und Vertreter aus Gemeinden und Kreistagsabgeordnete der SPD im Kreis Schleswig-Flensburg. Auf der Veranstaltung wurden in vielen Wortbeiträgen die möglichen Auswirkungen des Landesverwaltungsgerichtsurteils für die Gemeinden und Ämter in Schleswig-Holstein beleuchtet und diskutiert.

Fakt ist, dass das Landesverwaltungsgericht sein Urteil bis zum Ende des Jahres 2014 geregelt haben will, das aufgrund einer Klage von den Parteien SSW und Bündnis 90/Grüne eingereicht wurde. Der Gesetzgeber des Landes SH wird dieses Urteil bereits bei der nächsten Kommunalwahl im Jahr 2013 anwenden.

Das Urteil dürfe nicht dazu führen, dass die Bürgernähe verloren geht. Darüber waren sich die Anwesend einig.

Für den Kreisverband Schleswig-Flensburg war es eine erste Veranstaltung und wird sich mit dem Thema weiterhin intensiv auseinandersetzen.

Keine Kommentare

Rückwärtsideologie gefährdet Schulabschlüsse

Das Ziel, mehr junge Menschen zum Abitur zu führen, ist durch die vom schleswig-holsteinischen Bildungsminister angekündigte Enthauptung der Gemeinschaftsschule gefährdet. Das befürchtet der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat. Habersaat, bis zu seinem Einzug in den Landtag Gymnasiallehrer, weist darauf hin, dass dies auch die neuen Gemeinschaftsschulen in Stormarn betreffen könne.

Die Idee der Schulreform war, durch mehr Oberstufen im Land mehr Abiturienten zu erreichen. Dass es dort einen Zusammenhang gebe, beweise die Tatsache, dass in Stormarn bisher schon rund ein Drittel der Schüler ihr Abitur machten, deutlich mehr als in Kreisen mit weniger Oberstufen.



„Der Schulgesetzentwurf des Bildungsministers Dr. Klug bedeutet das faktische Aus für eine gymnasiale Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen in Stormarn, die zuvor nicht bereits Gesamtschulen waren und Bestandsschutz genießen“, befürchtet Habersaat, der auch Vorsitzender der SPD Stormarn ist. „Viele Eltern sehen gerade die Möglichkeit, dass ihre Kinder

an den Gemeinschaftsschulen das Abitur in neun Jahren machen können, als großen Vorteil. Minister Dr. Klug und der FDP sind die von ihnen immer bekämpften Gemeinschaftsschulen offenbar zu erfolgreich und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, werden diese jetzt halt kaputtgemacht."

Gleichzeitig sollen hunderte Lehrerstellen aus den anderen Schulen an die Gymnasien verschoben werden, um dort parallele G9- und G8-Zweige anbieten zu können. Dass Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschaftsschulen künftig 1,5 Stunden pro Woche mehr unterrichten sollen als Gymnasiallehrer, erschwere die Arbeitsbedingungen dieser neuen Schularten zusätzlich, so der SPD-Abgeordnete.

„Auf diese Weise soll Druck auf die Gemeinschaftsschulen ausgeübt werden, sich ‚freiwillig‘ vom längeren gemeinsamen Lernen zu verabschieden und sich in Realschulen mit Hauptschulteil zurück zu entwickeln“, kritisiert Habersaat. Eine rückwärtsgewandte Bildungsideologie der FDP gefährde die erfolgreiche, bundesweit anerkannte Schulreform in Schleswig-Holstein. Er äußerte die Hoffnung, dass die fast einhellig negative Reaktion auf den Schulgesetzentwurf dazu beitragen werde, die eine oder andere Verschlechterung zu verhindern. Die SPD werde jedenfalls alles in ihrer Macht stehende tun, um die Rolle rückwärts im Bildungssystem abzuwenden.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.05.2010, 21:33 Uhr - 4147 Clicks - Nr. 440

Was geschieht mit der MVA Stapelfeld?

Die SPD Kreistagsfraktion hat gemeinsam mit Ole Thorben Buschhüter (Mitglied der Hamburger Bürgerschaft) und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD Stapelfeld Klaus Fechner über das weitere Schicksal der Müllverbrennungsanlage (MVA) diskutiert.

Schon Anfang des Jahres hatte die Fraktion sich über die Situation in Stapelfeld und die Vertragslage informieren lassen. Im zweiten Schritt gelang es jetzt alle beteiligten SPD Politiker an einen Tisch zu bekommen.

Es wurde deutlich, dass das künftige Schicksal der MVA davon abhängt, ob die Stadtreinigung Hamburg die Verträge verlängert, da von dort die wesentliche Auslastung der Anlage erfolgt. „Mit den Abfallmengen aus Stormarn und Lauenburg allein lässt sich die Anlage nicht wirtschaftlich betreiben. Man kann davon ausgehen, dass die bestehenden Verträge 2011 gekündigt werden und 2016 auslaufen. Offen ist, ob die Anlage in Stapelfeld bei einer dann erforderlichen Ausschreibung Erfolg haben könnte" sagte Heinz Hartmann, umweltpolitischer Sprecher der SPD Fraktion. Selbst eine Vertragsverlängerung aus Stormarn und Lauenburg



hängt davon ab, ob die MVA Stapelfeld eine entsprechende Ausschreibung gewinnen kann. Insbesondere die geplante Großanlage in Brunsbüttel und die erfreulicherweise zurückgehenden Abfallmengen entfachen einen Preiskampf im Großraum Hamburgs. Die Möglichkeit, dass der Kreis Stormarn die MVA selber betreibt, hält die SPD-Fraktion für ausgeschlossen, da die Anlage spätestens 2020 mit einem voraussichtlichen Investitionsbedarf von ca. 120 Millionen Euro erneuert werden müsste.

Was macht Hamburg? Ole Thorben Buschhüter: „Wir wissen, dass es nicht nur um die Arbeitsplätze in der MVA und die Abfallentsorgung geht, sondern dass in Stapelfeld ca. 500 und in Hamburg ca. 4500 Haushalte mit ihrer bestehenden Fernwärmeversorgung betroffen sind. Wir haben daher in der Hamburger Bürgerschaft eine Anfrage an den Senat gerichtet, aber nur die Auskunft bekommen, dass dort noch keine Entscheidung getroffen wurde und man sich zu gegebener Zeit damit befassen wird.“ Klaus Fechner gab zu bedenken, dass man sich nicht darauf verlassen könne, dass Hamburg die Fernwärmeversorgung nach der Abschaltung der MVA ebenfalls für Stapelfeld sicherstellt. Martin Habersaat, Mitglied des Landtages, sieht aber gerade hier Hamburg in der Verantwortung.

Allen ist bewusst, dass eine Frist von 5 Jahren kurze bemessen ist, um Alternativen für die Fernwärmeversorgung zu finden, sofern die Verträge 2016 auslaufen. Fraktionsvorsitzender Reinhard Mendel: „Uns war es wichtig, die wesentlich Betroffenen an einen Tisch zu bringen. Ohne die Müllmengen aus Hamburg ist die Anlage in Stapelfeld nicht zu betreiben und somit letztlich die Entscheidung über die Zukunft der MVA von Hamburg getroffen wird. Auf der anderen Seite möchten die Gemeindevertreter Stapelfelds ihrer Verantwortung nachkommen, sich frühzeitig um Alternativen für die bestehende Fernheizung zu kümmern, wenn das erforderlich wird.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.05.2010, 22:35 Uhr - 4589 Clicks - Nr. 441

Olof-Palme-Friedenspreis - Begrüßung 2010 In seiner Begrüßung ging Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn, auch auf die finanzielle Lage der Kommunen ein.

Sehr geehrte Damen und Herren,
was kann es bei einer Festveranstaltung für einen festlicheren Rahmen geben als diese Räume und Harfenklänge? Vielen Dank an Janina Albrecht, die uns heute musikalisch begleiten wird. Und herzlich willkommen im Schloss Reinbek. Das gilt besonders für unseren diesjährigen Festredner: Jörn Thießen.

Ich hoffe, Sie alle haben Ihren Kalender dabei: SPD-Kreisvorstand und Kuratorium haben beschlossen, den Olof-Palme-Friedenspreis künftig immer am 28. Februar zu verleihen, also bitte blockieren Sie sich diesen Termin schon einmal, zumal zwei besondere Preisverleihungen vor uns liegen: der 25. Todestag Olof Palmes und 25 Jahre Palme-Preis der SPD Stormarn.



Am 28. Februar 1986 wurde der schwedische Ministerpräsident Olof Palme in Stockholm auf dem Heimweg von einem Kinobesuch erschossen.

Mit Palme starb einer der großen Sozialdemokraten der 1970er und 1980er – Jahre, zusammen mit dem Österreicher Bruno Kreisky und dem Deutschen Willy Brandt bildete er ein Dreieck, dass in Sachen Demokratisierung und internationaler Solidarität maßgebende Akzente setzte.

Der Kreisvorstand der SPD Stormarn um den damaligen Kreisvorsitzenden Franz Thönnies, den ich heute als Bundestagsabgeordneten und erstmals als hauptberuflichen Außenpolitiker begrüße, beschloss, dem Leben und Wirken Olof Palmes mit dem Olof-Palme-Friedenspreis ein Denkmal zu setzen und Stormarnerinnen und Stormarner auszuzeichnen, die sich im Sinne Olof Palmes für den Frieden und den sozialen Ausgleich engagieren.

Gleichzeitig sind es die Bundestags- und Landtagsabgeordneten der SPD Stormarn, die durch ihre Spenden diesen Preis ermöglichen.

Außerdem ermöglicht diesen Preis durch ihre großzügige Unterstützung die Walter-Jacobsen-Gesellschaft, vertreten durch Birgit Kassovic. Wenn es nicht uncharmant klänge, würde ich sie gerne als „Urgestein des Palme-Preises“ begrüßen... Von der WJG geförderte Projekte müssen auf das Ziel gerichtet sein, politische Urteilskraft und Handlungsfähigkeit sowie gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein zu fördern. Wir freuen uns, dass dieses Kriterium beim Palme-Preis erfüllt wird.

Für ihr gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein nominiert wurden von Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Stormarn in diesem Jahr Hans-Peter Weiß und der Interkulturelle Gesprächskreis der VHS Ahrensburg, Manfred Kutsche, der Vorsitzende der Kulturrings Bargteheide, das Spendenparlament Reinbek und Umgebung e.V., Christine Zeising und Essen für Alle (EfA) aus Bad Oldesloe, Otto Fickel für den Hilfsgütertransport für behinderte Kinder von Bad Oldesloe nach Posen und Alfred Schulz aus Reinbek für sein Engagement in der Asyl- und Migrationsarbeit in Stormarn und Reinbek und im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Ich freue mich, dass Sie alle heute gekommen sind.

Alfred Schulz hat viele Jahre selbst im Kuratorium mitgewirkt. In diesem Jahr war er im Kuratorium gewissermaßen Beratungsgegenstand. Wie die Beratungen des Kuratoriums ausgegangen sind, wird uns das Kuratoriumsmitglied Cord Denker verraten, den ich wie die anderen anwesenden Kuratoriumsmitglieder herzlich begrüße: Pröpstin Margit Baumgarten, Birgit Kaccovic ist schon begrüßt,

Gisela Böhrk

Unser Landrat Klaus Plöger, ebenfalls Mitglied des Kuratoriums, ist heute unterwegs in Sachen Gleichstellung.

"Weil Kinder unsere einzige reale Verbindung in die Zukunft sind und weil sie die Schwächsten sind, gehören sie an die erste Stelle der Gesellschaft."

Wieder einmal habe ich mich auf die Suche nach einem Zitat Olof Palmes für die Einladung und meine kleine Begrüßung gemacht, und wieder einmal musste ich nicht lange suchen, bis ich eines gefunden hatte, dass in seiner Klarheit und Aktualität sich gewissermaßen aufdrängte.

Wir erleben dieser Tage zahlreiche Diskussionen um öffentliche Finanzen, Klagen über leere

Kassen und die Frage, was mit den wenigen Mitteln am Klügsten angestellt werden sollte.

"Weil Kinder unsere einzige reale Verbindung in die Zukunft sind und weil sie die Schwächsten sind, gehören sie an die erste Stelle der Gesellschaft."

Das beantwortet die Frage recht deutlich. Kindergärten, Schulen, Bildung. Aber auch Vereine und Verbände, deren Zuwendungen immer als „freiwillige Leistungen“ bezeichnet werden – wer hier spart, spart an der Zukunft und damit am falschen Ende.

Eltern und Kinder brauchen familienfreundliche Infrastrukturen vor Ort, sie brauchen gesellschaftliche Initiativen und Allianzen auf allen Ebenen.

Das Alltagsleben von Familien findet in den Kommunen statt, sie sind der unmittelbare Lebensraum für Eltern und Kinder. Familien und Kinder sind der Garant für Leben in unseren Städten und Gemeinden. Hierzu werden wir in diesem Jahr eine vertiefte Debatte auf vielen Ebenen erleben. Der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig hat schon „ziviles Ungehorsam“ der Kommunen empfohlen. Klaus-Peter Puls als langjähriger Innen- und Rechtspolitiker im Landtag hat in der Debatte um das Freizeitbad in Reinbek „rechtskonformere“ Varianten ins Spiel gebracht.

Kinder an die erste Stelle der Gesellschaft zu setzen, heißt übrigens auch, Konflikte im politischen Raum auszutragen:

- In Hamburg mussten Kindertageseinrichtungen schließen, weil sie den Nachbarn zu laut waren.
- In Umfragen erklären Senioren, besonders wenn sie selbst keine Kinder und Enkel haben, die Fixierung der Politik auf junge Familien sind ungerecht.
- In Leserbriefen zu Haushaltsberatungen in Südstormarn wurde schon die Position vertreten, man dürfe das wenige Geld nicht zu so großen Teilen nur in Schulen und Kindergärten investieren.

ich wandle das Palme-Zitat leicht ab: Weil Kinder unsere einzig reale Verbindung in die Zukunft sind, muss Politik hier Schwerpunkte setzen und diese auch durchhalten. Und sie muss sie auch dann Durchhalten, wenn die Rahmenbedingungen ungünstig aussehen, wie das momentan der Fall ist.

Enden möchte ich mit den gleichen Worten wie in den letzten Jahren:

Ich wünsche uns allen, dass uns die Beispiele, von denen wir heute hören, für unser eigenes Tun motivieren, uns die Musik und Worte des heutigen Abends inspirieren und wir alle ein Stück von dem Weitblick erlangen, den Olof Palme so oft gezeigt hat.

Keine Kommentare

Energie für alle

Die Energiekonferenz des Kreises Segeberg ist jetzt komplett im Netz. Weiterführende



Information zu den Themen Speichermedien, Energiemanagement und Finanzierung ergänzen die Ergebnisse der Konferenz.

Norderstedt Die Energiekonferenz des Kreises Segeberg ist jetzt komplett im Netz unter http://www.spd-segeberg.de/energiekonferenz_se/index.php?menu=1.

Leider wurden nicht alle Referate freigegeben. Es gilt das gesprochene Wort. Um die Referate herunterladen zu können, muß über den Webmaster das Passwort angefordert werden. Die Anforderer werden mit Namen und Ort festgehalten. Soweit die Referate auf anderen Tagungen gehalten wurden, sind sie über die Linkliste frei herunterzuladen.

Für die Themen Speichermedien, Energiemanagement und Finanzierung lohnt es sich die Abhandlungen unter den Links durchzuarbeiten, u.a. dem Informationsdienst der BINE, die wissenschaftlichen Arbeiten der Universität Rostock und der Christian-Albrechts-Universität (CAU), Kiel (u.a. zum Thema Biogasanlagen), sowie die Arbeiten des Max-Planck-Institutes für Plasmaphysik.

Als Modell in Fragen des Energiemanagement steht der Energiepark Druiberg/ Modellregion Harz gerne zur Verfügung.

Für die Finanzierungsfragen sind die Information der Volks- und Raiffeisenverbände sehr hilfreich. Es hat sich das Genossenschaftsmodell als sehr erfolgreich erwiesen. Zumal das Mitspracherecht der einzelnen Genossen sich als größte Einflußmöglichkeit heraus gestellt hat. Ein Genosse gleich eine Stimme. Die GmbH- und AG-Modelle lassen eine direkt Einflussnahme nicht zu und der größte Anteilseigner hat auch das optimalste Recht, denn er bestimmt die Geschäftspolitik.

Mario Florschütz und Reinhold Nawratil stehen zudem für Rückfragen und weitere Auskünfte bereit. Kontakt über webmaster und den Link auf der Eingangsseite.

Langfristig wird ein Energieverbund auf Verbraucherebene bzw. kommunaler Ebene angestrebt. Wir würden uns freuen, wenn es weitere Nachahmer gibt.

Keine Kommentare

Robin als Vorsitzender der Kreis SPD AG 60 plus bestätigt.

Die Seniorinnen und Senioren des SPD – Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde haben auf der Kreiskonferenz in Eckernförde den Rendsburger Ratsherrn Hans Peter Robin als Kreisvorsitzenden eindrucksvoll bestätigt. Robin erhielt alle Stimmen der anwesenden Mitglieder. Zu gleichberechtigten Beisitzern im AG 60 plus Kreisvorstand wurden Hans-Peter Bornholdt (Rendsburg), Heinz Danker (Büdelsdorf), Joachim Duysen (Fockbek), Gertrud Ehrenreich (Ehndorf), Uwe Fischer (Eckernförde), Harald Harder (Rendsburg) Robin mahnte an, dass die Städte und Kommunen daran arbeiten sollten, für die älter werdenden Menschen genügend seniorengerechten und barrierefreien Wohnraum vorzuhalten. „ Dies einzufordern soll Schwerpunkt unserer diesjährigen Politik sein,“ so der alte und neue Kreisvorsitzende.

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes, Frau Birgit Wille-Handels, referierte zu Beginn der Veranstaltung über ihre Aufgaben und Erfahrungen aus ihrer Arbeit. Sie forderte die Versammlungsteilnehmer auf, sich nicht zu scheuen, die Hilfe der Beauftragten bei Missständen im sozialen Bereich in Anspruch zu nehmen.

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 03.05.2010, 09:47 Uhr - 3517 Clicks - Nr. 444

Klimaschutz und Radwege in Neumünster

SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna fordert die Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 06.10.2009.

Kleine Anfrage (zur nächsten Ratsversammlung am 18.05.2010)

Umsetzung des Beschlusses zum Klimaschutz der Ratsversammlung vom 06.10.2009.

Die Ratsversammlung hat am 06.10.2009 u.a. folgendes beschlossen:

Zitate aus dem Beschluss der Ratsversammlung vom 06.10.2009:

.....Die Ratsversammlung beschließt den Einsatz eines „Runden Tisches zum Klimaschutz“. Unter Leitung der Stadt sollen Maßnahmen zum Klimaschutz und Energiesparen initiiert und koordiniert werden. Teilnehmer sind alle, die etwas zum Gelingen beitragen können.

.....Unabhängig davon spricht sich die Ratsversammlung dafür aus, schnellstmöglich folgende Punkte umzusetzen:

- Bedarfsorientierter Ausbau und Unterhaltung des Radwegenetzes.

Die Bürger/innen der Stadt Neumünster erwarten, dass in der Ratsversammlung nicht nur Beschlüsse gefasst werden, sondern dass diese Beschlüsse auch in die Tat umgesetzt werden. Nur so kann auf kommunaler Ebene glaubwürdige Politik gemacht werden.

1) Wurde ein „Runder Tisch“ zum Klimaschutz eingerichtet?

- 2) Wenn kein „Runder Tisch“ zum Klimaschutz eingerichtet wurde, warum ist dies nicht geschehen?
- 3) Wie sieht die Stadt Neumünster den Zustand der Radwege in Neumünster?
- 4) Welche konkrete Ausbaupläne gibt es für das Radwegenetz in Neumünster?
- 5) Welche Verbesserungsvorschläge für das Radwegenetz in Neumünster hat die Stadtverwaltung?
- 6) Welche Vorschläge der Brennpunkt tour vom 22.4.2010 werden umgesetzt und welche nicht?
- 7) Falls nicht alle Vorschläge (Punkt 6) umgesetzt werden, warum ist dies nicht möglich?

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 03.05.2010, 10:45 Uhr - 3369 Clicks - Nr. 445

Landstrom für Schiffe von Steuern befreien

Der Arbeitskreis Europa der SPD-Landtagsfraktion hat die Stadtwerke Lübeck besucht und sich über das Projekt Landstrom für Schiffe informiert. Dazu erklären der europapolitische Sprecher Rolf Fischer und die ostseepolitische Sprecherin Anette Langner:

Wir fordern Steuerbefreiung für Landstrom für Schiffe. Im Gespräch mit Vertretern der Stadtwerke Lübeck wurde deutlich, dass die ökologisch notwendige Stromversorgung der Schiffe von Land für Reedereien und Hafenbetreiber nur attraktiv ist, wenn es diese Steuerbefreiung gibt. Nur so werden wir unabhängig vom schädlichen Schiffsdiesel, der unsere Häfen schon jetzt extrem schwer belastet.

Wir fordern deshalb von der Landesregierung, sich umgehend in Berlin dafür einzusetzen, dass die bereits mehrfach angekündigte Steuerbefreiung zügig gesetzlich verankert wird. Landstromversorgung ist nicht nur aus umwelt- und klimapolitischen Gründen ein wichtiger Baustein, sondern kann auch für die Häfen im Ostseeraum einen Standortvorteil bedeuten. Um das Thema voran zu bringen, werden wir auch eine parlamentarische Initiative ergreifen. Dies ist gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ein wichtiges Signal für Reedereien und Hafenbetreiber.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 03.05.2010, 15:46 Uhr - 1063 Clicks - Nr. 446

Die Sparkassen müssen öffentlich-rechtlich bleiben!

Im Vorwege einer internen Anhörung haben sich heute über 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder der Sparkassen in Schleswig-Holstein vor dem Conti Hansa deutlich gemacht, was sie von dem neuen Sparkassengesetz halten.

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, und der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, erklären dazu:

„Die Kieler Rathauskooperation steht zur Förde-Sparkasse und zu den anderen Sparkassen in Schleswig-Holstein. Die auf das Gemeinwohl verpflichtete Sparkasse ist die erste Anlaufstelle für Kieler Geschäfts- und Privatkunden. Eine Privatisierung der Sparkassen kommt für uns nicht in Frage. Die Kooperation wird dazu einen entsprechenden Antrag in die nächste Ratsversammlung einbringen.“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 03.05.2010, 17:39 Uhr - 3706 Clicks - Nr. 447

Arroganz der Mehrheit in der Bildungspolitik

Pressemeldung - Kreistagsfraktion vom 27.04.2010

Arroganz der Mehrheit in der Bildungspolitik

In ihrer typisch arroganten Art meldet sich die CDU im Kreis Plön in Sachen Bildungspolitik zu Wort. Auf der einen Seite stellt sie einen Berichts Antrag im Kreistag, um ein Fundament für eine sachbezogene Diskussion zu erhalten, auf der anderen Seite nimmt sie das Ergebnis vorweg, um eine ideologische Entscheidung zu rechtfertigen.

Dabei tritt sie den Elternwillen, den Willen des Schulträgers und den der Lehrer an der Gemeinschaftsschule in Schönberg mit Füßen, wenn sie bereits heute feststellt, dass eine gymnasiale Oberstufe in Schönberg für sie nicht in Frage kommt.

Eine Frage, die zurzeit nicht aktuell ist, weil eine Entscheidung gar nicht ansteht und noch nicht einmal feststeht, ob der Kreis Plön sie zu entscheiden hat, so die stellvertr.

Fraktionsvorsitzende, Helga Hohnheit.

Die Gemeinschaftsschule in Schönberg ist erfolgreich, über 160 Anmeldungen für das nächste Schuljahr sprechen für sich. Dies ist der CDU ein Dorn im Auge, deshalb bekämpft sie sie bereits heute. Sie will den Eltern die Möglichkeit der gymnasialen Oberstufe verweigern, in der Hoffnung, dass dann die Anmeldungen zurückgehen werden. Dies ist ein durchsichtiges Manöver.

Warum ist die Gemeinschaftsschule in Schönberg so erfolgreich?

Weil die CDU eine Gemeinschaftsschule in Lütjenburg verhindert hat und dort lieber eine Regionalschule errichten wollte.

Weil die CDU ideologische Vorurteile gegen die Gemeinschaftsschule hat, wurden in Schönkirchen und Heikendorf keine Gemeinschaftsschulen errichtet, sondern Regionalschulen. In Schönkirchen gibt es 27 Anmeldungen für die Regionalschule, in Heikendorf 56.

Weil in der Probstei viele an einem Strang ziehen und gemeinsam gestalten und eben nicht wegen ideologischer Vorurteile die Gemeinschaftsschule blockieren.

Es ist ungeheuerlich, wie die Kreis-CDU unter dem Deckmantel einer vermeintlich sachlichen Argumentation gegen den Willen der Betroffenen versucht, ihren eigenen Standpunkt durchzusetzen.

Hätte die CDU eine ausgewogene Verteilung von Gemeinschaftsschulen im Kreisgebiet

mitgetragen, wäre die Diskussion um eine gymnasiale Oberstufe in Schönberg möglicherweise nicht entstanden.

Sicher ist es richtig, dass der Kreis in die Gymnasien, die in seiner Trägerschaft stehen, in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel für den baulichen Erhalt investiert hat. Das war dringend notwendig und kommt den Schülerinnen und Schülern zugute.

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Matthias Naumann: "Die SPD-Fraktion sieht sich nach wie vor in der Verpflichtung, ein breites Schulangebot in erreichbarer Entfernung für alle Schülerinnen und Schüler des Kreisgebietes bereitzustellen, dem Elternwillen eine hohe Priorität einzuräumen und Entscheidungen nach Vorlagen aller Fakten zu treffen."

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 04.05.2010, 10:21 Uhr - 4124 Clicks - Nr. 448

Rechte behinderter Menschen im Kreis Plön stärken und sichern

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion vom 22. April 2010

SPD-Kreistagsfraktion: Rechte behinderter Menschen im Kreis Plön stärken und sichern
Die SPD-Kreistagsfraktion nimmt die Verunsicherungen und Befürchtungen, die die unerwartete Kündigung des Landesrahmenvertrages der Eingliederungshilfe durch den Landkreistag bei unseren Menschen mit Behinderung, den Wohlfahrtsverbänden und den Beschäftigten ausgelöst haben, sehr ernst.

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion vom 22. April 2010

SPD-Kreistagsfraktion: Rechte behinderter Menschen im Kreis Plön stärken und sichern
Die SPD-Kreistagsfraktion nimmt die Verunsicherungen und Befürchtungen, die die unerwartete Kündigung des Landesrahmenvertrages der Eingliederungshilfe durch den Landkreistag bei unseren Menschen mit Behinderung, den Wohlfahrtsverbänden und den Beschäftigten ausgelöst haben, sehr ernst.

Eine Kündigung ohne Hinweise auf konkrete Änderungsbedarfe ist wenig zielführig und lässt Raum für Spekulationen, die das Klima zwischen Leistungsträgern und Leistungserbringern stark beeinträchtigt haben. Diese Situation muss so schnell wie möglich beendet werden, um gemeinsam und ohne künstlich aufgebauten Zeitdruck an zukunftsfähigen und finanzierbaren Hilfesysteme zu arbeiten, die die gesetzlichen Ansprüche unserer behinderten Menschen garantieren. Um diese Neuverhandlungen in ein ruhiges Fahrwasser zu bringen bietet sich nach Auffassung der SPD-Fraktion der Abschluss eines Moratoriums nach dem Hamburger Modell an, um darüber eine Grundlage zu schaffen, mit den Wohlfahrtsverbände wieder ins Gespräch zu kommen.

In Hamburg wurde in einem so genannten Moratorium, eine Übereinkunft zwischen Stadt und Verbänden abgeschlossen den Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung über die Kündigungsfrist hinaus zu verschieben, um bei sehr geringen Vergütungssteigerungen gemeinsam und ohne zeitlichen Druck einen gemeinsam getragenen Rahmenvertrag auszuarbeiten. Es bleibt zu hoffen, dass der Landkreistag einen solchen Weg zur Entschärfung der augenblicklichen Situation und im Interesse der betroffenen Menschen einschlägt. Aus diesen unschönen Abläufen der Kündigung eines so wichtigen Rahmenvertrages wird für die SPD-Fraktion deutlich, dass es erhebliche Informationsmängel zwischen den Gremien des Landkreistages, der KOSOZ (Koordinierungsstelle sozialer Hilfen der Schleswig-Holsteinischen Kreise) und den Selbstverwaltungsgremien der Kreise gibt. Das gibt Anlass darüber nachzudenken, wie der kommunalpolitische Einfluss der einzelnen Kreise z.B. auf die KOSOZ

verstärkt werden kann, um nicht nur vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, überlegt die stellv. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit.

Neben diesen Neuverhandlungen auf Landesebene gilt es für uns im Kreis Plön festzulegen, in welche Richtung sich die Eingliederungshilfe gerade auch unter dem Ansatz der Inklusion weiterentwickeln soll und welche Weichenstellungen dafür vorgenommen werden müssen. Das Ergebnis des Fragenkataloges der SPD-Fraktion zur Bestandsaufnahme aller Einrichtungen und Dienste usw. liegt vor.

Der Landrat, Dr. Gebel, hat die Ergebnisse in einer Pressemitteilung vorgestellt und sie werden in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses diskutiert und beleuchtet werden.

Auf dieser Grundlage kann es gelingen, gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden, der Verwaltung und der Selbstverwaltung ein zukunftsfähiges und tragfähiges Versorgungskonzept für den Kreis Plön zu entwickeln, das die berechtigten Ansprüche unserer behinderten Menschen garantiert.

Eine Sozialraumbezogene Analyse von Bedarf und Angebot wird dabei sicherlich wichtige Hinweise geben.

Die SPD-Fraktion setzt darauf, dass es über das bisherige vertrauensvolle Miteinander der Verbände und der Politik möglich sein wird, auch vor der bekannten Finanzsituation des Kreises, ein Hilfesystem zu entwickeln, das Menschen mit einer Behinderung professionell begleitet und damit die berechnete Teilhabe am Leben gewährleistet, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit und der sozialpolitische Sprecher Kai Bellstedt

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 04.05.2010, 11:35 Uhr - 10164 Clicks - Nr. 449

Großflughafen Kaltenkirchen

Lehnert (CDU) und Hildebrand (FDP) verhindern endgültiges Aus, kritisiert Kreisvorsitzender Hannes Birke das Abstimmungsverhalten der beiden Abgeordneten.

Ganz offensichtlich kann sich die Landesregierung von dem Projekt „Großflughafen Kaltenkirchen“ nicht verabschieden und will es durch die Hintertür wieder auf die politische Tagesordnung setzen. Für den SPD-Kreisvorsitzender Hannes Birke ist diese Zielsetzung nach der Entscheidung des Landtages, im Rahmen eines Luftverkehrskonzeptes den Standort Kaltenkirchen zu überprüfen, mehr als deutlich.

Mit ihrer Entscheidung verschließt sich die Landeregierung den seit Jahren bekannten Argumenten, die gegen den Bau sprechen. Birke verweist auf bekannte Gutachten, die keinen Bedarf für ein solches Großprojekt sehen, vor Fehlinvestitionen warnen und den Landschaftsverbrauch als ökologisch für unverantwortbar bezeichnen.

Den beiden Landtagsabgeordneten Peter Lehnert (CDU) und Günter Hildebrand (FDP) sind diese Gründe bekannt. Wer wie Hildebrand ohnehin gegen das Projekt ist und wer wie Lehnert prophezeit, am Ende der Prüfung müsse der endgültige Verzicht stehen, der liefert –so Birke sarkastisch – „dem staunen Publikum“ nichts anderes als einen politischen Eiertanz.

Für ihn haben die Barmstedter recht. Die Pläne für einen Flughafen in Kaltenkirchen gehören in die Tonne und dafür hätten die beiden Abgeordneten sorgen können. Bei der Ein-Stimmen-Mehrheit von schwarz-gelb im Landtag hätte ihr entschiedenes Nein alle Versuche das Projekt Flughafen wieder „zum Leben zu erwecken“ beendet.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 04.05.2010, 15:12 Uhr - 59946 Clicks - Nr. 450

Sozialen Wohnungsbau nicht kaputt sparen

Zu den Presseberichten über Pläne der Landesregierung, das Zweckvermögen Wohnungsbau zur Sanierung des UKSH umzuwidmen oder für Einsparungen im Landeshaushalt zu nutzen sagt der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Schröder:

Das Zweckvermögen Wohnungsbau bei der Investitionsbank ist ein Musterbeispiel gelungener Förderpolitik und die Grundlage der bisherigen aktiven Wohnungsbau- und Städtebaupolitik in Schleswig-Holstein. Die daraus gewährten Förderdarlehen decken zwar nur einen Teil der Investitions-Finanzierung ab, sichern aber die Wirtschaftlichkeit der Gesamtinvestition im Wohnungsbau in Kombination mit anderen Förderinstrumenten. So konnten z.B. im letzten Jahr KfW-Mittel des Bundes in Höhe von 340 Mio. € nach Schleswig-Holstein gezogen werden – ohne den Landeshaushalt auch nur mit einem Cent zu belasten.

Nun ist dieser Erfolg für den sozialen Wohnungsbau und das Zweckvermögen Wohnungsbau anscheinend für Gedankenspielerereien in der Haushaltskonsolidierung freigegeben: Es soll entweder für die Sanierung des Universitätsklinikums umgewidmet werden oder direkt zur Schuldensenkung eingesetzt werden. Ich bin auf weitere phantasievolle Vorschläge aus der Landesregierung gespannt, wie das Land sich kurzfristig, aber auf Dauer zu Lasten des sozialen Wohnungsbaus in den Kommunen, sanieren will.

Wer das Zweckvermögen Wohnungsbau - egal zu welchem Zweck - verringern will, legt die Axt am sozialen Wohnungsbau und damit an der Zukunft unseres Landes an. Zusammen mit den geplanten Änderungen am Landesentwicklungsplan zum Nachteil der Städte wird das Ziel von CDU und FDP deutlich: Einkommensstarke Familien sollen mit billigem Baugrund aufs Land gelockt werden, die Städte bluten aus und sollen noch nicht mal die Instrumente erhalten, um soziale Probleme zu bewältigen. Dies ist der genaue Gegensatz zu unserer Politik: Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht aus eigener Kraft mit angemessenem Wohnraum versorgen können, den Zugang zu preiswerten und qualitativ hochwertigen Wohnungen auch zukünftig ermöglichen. Wir wollen stabile Wohnquartiere und energetisch moderne Wohngebäude schaffen und erhalten. Dazu muss das Zweckvermögen Wohnungsbau mit jedem Cent auch in Zukunft für den sozialen Wohnungsbau verwendet werden; dafür werden wir uns einsetzen.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 04.05.2010, 15:18 Uhr - 10032 Clicks - Nr. 451

Thönnies: Stopp für Förderprogramme gefährdet Klimaschutz und Arbeit im Handwerk

„Jetzt ist es amtlich! Das Bundesumweltministerium (BMU) hat bestätigt, dass durch die Haushaltssperre das Marktanreizprogramm und die Vorhaben der Klimaschutzinitiative sofort gestoppt werden müssen und die damit verbundenen Folgen für das Handwerk dargestellt. Leider sind damit meine Befürchtungen eingetroffen“, sagt der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies (SPD).



Konkret werden für Solarkollektoren, Biomasseheizungen und Wärmepumpen keine Investitionszuschüsse mehr gewährt. Mit den Förderanträgen, die in diesem Jahr bereits eingegangen sind, sind die für 2010 noch zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits aufgebraucht. Laut BMU werden ab sofort auch keine neuen Förderanträge mehr entgegengenommen. „Damit wird das Vertrauensverhältnis zwischen Handwerkern und Kunden zerstört“, ist Thönnies überzeugt. Der Sozialdemokrat betont, dass viele Kunden im Vertrauen auf eine staatliche Förderung einen Auftrag erteilt und ihre Finanzierung darauf ausgerichtet hätten. „Die werden jetzt sauer sein, dass diese Zusagen nun nicht mehr gelten.“

Nach Aussage des BMU hat die Mittelsperre auch Auswirkungen auf die Programme der Nationalen Klimaschutzinitiative. Das Förderprogramm für kleine Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (Mini-KWK) und das Programm zur Förderung von Klimaschutzprojekten in Kommunen müssen sogar rückwirkend gestoppt werden, da schon mit den bereits bewilligten Anträgen das Budget für 2010 voll ausgeschöpft wird. Rückwirkend heißt, dass Anträge, die aus dem vergangenen Jahr vorliegen und noch nicht bewilligt worden sind, nicht mehr genehmigt werden.

„Auch wenn es zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu einer Entsperrung der Haushaltsmittel käme, würde es Wochen dauern, bis neue Aufträge erteilt und Förderanträge gestellt und bewilligt werden könnten. CDU/CSU und FDP lassen die Förderprogramme für erneuerbare Energien ausbluten und gefährden bundesweit tausende Jobs. Auch in den Kreisen Segeberg und Stormarn dürften hierdurch mehrere Arbeitsplätze negativ betroffen sein“, prognostiziert Thönnies.

Bildquelle: www.pixelio.de / RainerSturm

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 04.05.2010, 15:35 Uhr - 50076 Clicks - Nr. 452

"Aquakultur ja - aber bitte mit Verantwortung!"

Europäisches Parlament will nachhaltige Aquakultur in Europa stärken

Brüssel: Nachhaltig wirtschaftende Aquakulturbetriebe sollen zukünftig stärker durch die EU gefördert werden. Dafür hat sich der Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments auf seiner Sitzung am Dienstag in Brüssel ausgesprochen und klare Kriterien vorgelegt.

„Angesichts der dramatischen Überfischung unserer Meere und der stetig wachsenden Nachfrage nach Fischprodukten sind Alternativen zum Wildfang mehr denn je gefragt. Aquakultur ist aber nur dann eine Alternative, wenn sie ökologisch sinnvoll betrieben wird“, begrüßte die fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament,

Ulrike Rodust, den ausgewogenen Ansatz auf den sich der Ausschuss geeinigt hat. „Ökologisch sinnvoll heißt für mich, dass ein geringerer Fischmehlanteil bei der Fütterung angestrebt werden muss, dass Auswirkungen auf umliegende Gewässer vermieden werden und dass die Fischzucht durch zu hohe Besatzdichte nicht zur Tierquälerei verkommt“, machte Rodust deutlich. Unternehmen, die diese Anforderungen erfüllten, müssten gezielt aus dem Europäischen Fischereifonds gefördert werden.

„Die Diskussion über die Rolle der Aquakultur zeigt auch, dass eine maritime Raumplanung notwendig ist. Das Nebeneinander verschiedener Interessen wie Aquakultur, Fischerei, Tourismus und nicht zuletzt Naturschutz muss gut organisiert werden“, fügte die Fischereiexpertin hinzu.

Die Europäische Union wird bis 2013 ihre Gemeinsame Fischereipolitik grundlegend reformieren. Angesichts der zurückgehenden Fischbestände wird mit weiteren Einschränkungen des Fischfangs zu rechnen sein. „Das ist unumgänglich - aber die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze im Fangsektor lassen uns Sozialdemokraten nicht kalt. Ein wachsender Aquakultursektor kann und muss für einige Betroffenen eine neue Beschäftigungsmöglichkeit darstellen. Auch und gerade für Schleswig-Holstein sehe ich hier gute Chancen.“

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 04.05.2010, 16:43 Uhr - 8612 Clicks - Nr. 453

Nachhaltigkeit gehört zur Schuldenbremse

*Zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion, **Birgit Herdejürgen**:*

Mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und SSW zur Verankerung einer Schuldenbremse in die Landesverfassung bekennen sich die Unterzeichner zum haushaltspolitischen Hoheitsrecht der Länder.

Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion wird der Landtag gemeinsam mit der Schuldenbremse eine Resolution beschließen, die deutlich macht:

Wir brauchen eine nachhaltige Finanzpolitik, wenn wir die Ziele der Schuldenbremse realistisch umsetzen wollen.

Auch die SPD hält Einsparungen im Landeshaushalt für notwendig, wenn wir bis zum Jahr 2020 die Neuverschuldung auf Null bringen wollen. Wenn aber der Bund Mehrbelastungen auf die Länder überträgt oder ihnen die Einnahmen kürzt, wird jede Sparbemühung konterkariert. Dasselbe gilt, wenn der Bund auf EU-Ebene Richtlinien zustimmt, für die letztlich die Länder die Kosten haben.

Einnahmen und Ausgaben müssen in Einklang gebracht werden, und das wird nicht einseitig mit Kürzungen zu erreichen sein. Auch die Einnahmeseite muss berücksichtigt werden. Daher stellt sich die SPD weiteren Steuererleichterungen entgegen.

Eine faire Finanzpolitik des Bundes, die nicht zu Lasten der Länder geht, klare Umsetzung von Prioritäten im Landeshaushalt und die Verbesserung der Einnahmen – nur mit allen drei Punkten werden wir den Haushalt des Landes ins Gleichgewicht bringen.

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 05.05.2010, 12:23 Uhr - 3918 Clicks - Nr. 454

SPD-Kreisparteitag mit Impulsen von Innen und Außen

Zu einem Kreisparteitag treffen sich knapp 100 Delegierte der SPD Stormarn am 8. Mai in Lütjensee, Beginn ist um 10.00 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Wahlen, Berichte des Kreisvorstandes und der Abgeordneten, Anträge und „Impulse von Außen“. Martin Habersaat, Kreisvorsitzender seit 2004, berichtet: „Dr. Rüdiger Schwarz, Leitender Redakteur beim Stormarner Tageblatt, ist eingeladen, seine Sicht auf die SPD in Stormarn vorzutragen. Außerdem kommt Detlev Raphael, Geschäftsführer der Bundes-SGK.“



Der Kreisvorstand hat unter dem Titel „Die Basis stärken“ ein Konzept vorgelegt, nach dem künftig Ortsvereine und Kreisverband die Mitgliedschaft stärker in Entscheidungsfindungen einbinden sollen. Auch sollen künftig Kandidaten für Landtag und Bundestag nicht mehr von Delegierten, sondern in Mitgliederversammlungen von allen Mitgliedern aufgestellt werden. Die AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) hat Überlegungen für eine „selbstbewusste ehrenamtliche Parteiebene der SPD“ vorgelegt, das Forum Nachhaltigkeit beantragt, die vollständige oder teilweise Rekommunalisierung der Stromnetze anzustreben.

In Lütjensee wird der neunköpfige Kreisvorstand neu gewählt. Der Vorsitzende Martin Habersaat aus Barsbüttel, seine Stellvertreterin Susanne Danhier aus Bargtheide und Schatzmeisterin Gesa Tralau aus Hamberge kandidieren erneut. Als weiterer stellvertretender Vorsitzender tritt Reinhard Niegengerd aus Großhansdorf an, bisher Beisitzer im Kreisvorstand. Als Beisitzer kandidieren Niklas Klinger aus Tremsbüttel, Bernd Marzi aus Trittau, Regine Schilde aus Stapelfeld sowie Jürgen Schneider und Halina Waltz, beide aus Bad Oldesloe. Martin Habersaat: „Dies sind die heute vorliegenden Kandidaturen. Dieses Team könnte einen gut arbeitsfähigen Kreisvorstand bilden, weitere Kandidaturen sind bis zur Wahl selbst möglich.“

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.05.2010, 14:41 Uhr - 1227 Clicks - Nr. 455

Resolution zur Landesentwicklung verlangt ein Bündnis der Vernunft!

Zur Resolution der Städte im Städteverband Schleswig-Holstein zum Landesentwicklungsplan 2010-2025 des Landes Schleswig-Holstein erklären der baupolitische Sprecher der SPD-

Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen, der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Dirk Scheelje, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung werden die Resolution der Städte im Städteverband Schleswig-Holstein unterstützen, die sich gegen die von der Landesregierung beabsichtigte Deregulierung der Landesentwicklung richtet. Dazu rufen wir alle in der Ratsversammlung vertretenen Fraktionen zu einem parteiübergreifenden „Bündnis der Vernunft“ auf, dieser von der Verwaltung vorgelegten Resolution beizutreten. Denn diese beabsichtigte Landesplanung ist schlecht für Kiel.

Nach dem Willen der Landesregierung und der sie tragenden Landtagsfraktionen von CDU und FDP sollen die ländlichen Gemeinden weniger mit den Städten und dem Land zusammenarbeiten und dafür mehr Möglichkeiten erhalten, unabgestimmt Wohnungs- und Gewerbeflächen auszuweisen. Gerade für die Kieler Innenstadt wäre ein solches Vorgehen verheerend: Die Stärkung der Altstadt und der Holstenstraße hängen auch davon ab, dass die Landesregierung keinen Wildwuchs auf der „grünen Wiese“ zulässt.

Als Oberzentrum erfüllt Kiel wichtige Versorgungsaufgaben nicht nur für seine Einwohnerinnen und Einwohner, sondern auch für die finanzstarken Nachbargemeinden. Kiel trägt viele Verkehrsbelastungen und bietet soziale und kulturelle Infrastruktur für alle – dafür trägt es auch die finanzielle Last. Aufgrund der engen Verflechtung zwischen Kiel und den Umlandgemeinden darf es nicht zu einer ruinösen Konkurrenz kommen. Vielmehr brauchen wir eine umfassende interkommunale Zusammenarbeit mit sinnvollen Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Stadt und die umliegenden Gemeinden. Das muss die künftige Landesplanung berücksichtigen.“

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 05.05.2010, 19:06 Uhr - 1905 Clicks - Nr. 456

Kunst der Moderne - AG 60plus fährt zum Kunsthaus Stade

„Picasso und Nolde, Miro und Schmidt-Rottluff alle nebeneinander. Wer hat das nur möglich gemacht?“, Jürgen Schneider von der AG 60plus staunt. Das Wunder hat der Sammler und Klavierfabrikant Siegel vollbracht. Im Kunsthaus Stade wird erstmals seine Sammlung gezeigt. Kurator der Ausstellung in Stade ist Prof. Heinz Spielmann, ehemaliger Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums Schloss Gottorf sowie Begründer des Bucerius Kunstforums Hamburg.

Die Ausstellung beginnt mit Impulsgebern der klassischen Moderne wie Emil Nolde, zeigt inhaltliche Schwerpunkte wie »Die Brücke«, »Der Blaue Reiter« sowie Vertreter des Konstruktivismus, des Surrealismus, des »Bauhaus« oder der Abstraktion. Diese sehr persönliche Sammlung ist ein Wegweiser durch die klassische Moderne. Sie lädt ein zu einem Spaziergang



durch 60 Jahre Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts und erzählt zugleich die Geschichte der außergewöhnlichen Sammel- und Kunstleidenschaft des Ehepaares Siegel. Ausgestellt werden u.a. Ernst Barlach – Marc Chagall – Max Ernst – Erich Heckel – Horst Janssen – Ernst Ludwig Kirchner – Paul Klee – Max Liebermann – August Macke – Joan Miro – Edward Munch – Emil Nolde – Max Pechstein – Pablo Picasso – Karl Schmidt-Rottluff.

Die AG 60 Plus des SPD-Kreisverbandes Stormarn veranstaltet eine Exkursion zu dieser einmaligen Ausstellung. Am Mittwoch, dem 19.5.2010. Abfahrt 9:31 Uhr ab Bahnhof Oldesloe. Kosten: 20 Euro einschließlich Fahrt, Ausstellungsführung und Stadtführung durch Stade. Verbindliche Anmeldung erforderlich an Jürgen Schneider, Tel.: 04531/84603 oder juergen.schneider@SPD-badoldesloe.de

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 05.05.2010, 19:23 Uhr - 2423 Clicks - Nr. 457

Jahreshauptversammlung am 11. Mai

Am kommenden Dienstag lädt die SPD Glinde zur Jahreshauptversammlung ein. Auf der Tagesordnung stehen die Wahl des / der 1. Vorsitzenden und der Organisationsleiterin oder des Organisationsleiters.

Los geht es am 11. Mai ab 20:00 Uhr im Bürgerhaus.

Die Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Aktuelle (Viertel-) Stunde
3. Bericht des Vorstandes
4. Bericht des Schatzmeisters
5. Bericht der Revisoren
6. Aussprache und Entlastung
7. Neuwahlen
8. Verschiedenes



Keine Kommentare

Rezension: Sigmar Gabriel - Links neu denken / Politik für die Mehrheit

Sigmar Gabriel ist ein Optimist: „Die Mehrheit wartet darauf, mit überzeugenden Angeboten angesprochen und abgeholt zu werden.“

Von dieser Überzeugung ausgehend, formuliert er Ansprüche und Ziele für sozialdemokratische Politik im neuen Jahrzehnt. Linke Politik definiert er dabei als solche, die jeder und jedem ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und die natürlichen Lebensgrundlagen dafür dauerhaft sichert, die ein optimistisches Bild vom Menschen hat, das den Willen und die Fähigkeit des Einzelnen zur Freiheit voraussetzt. Und weil Freiheit zur Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens das ist, was die Mehrheit der Menschen unter Fortschritt versteht, ist linke Politik also Politik für die Mehrheit.

Die Legitimationskrise des Kapitalismus könnte die Stunde der Sozialdemokratie sein. Bisher ist sie es nicht, aber daran will Gabriel arbeiten. Er schildert, mit welchen Mitteln er den Finanzkapitalismus bändigen und den Markt schließlich zu einem Instrument machen will, das den Zwecken der Menschen dient. Mit der Trias von Staat, Markt und Zivilgesellschaft will er Balancen schaffen und einen neuen Gesellschaftsvertrag erreichen, dessen Kernversprechen muss sein: Anstrengung und Leistung müssen Wohlstand und Sicherheit ermöglichen.

Wirtschaftliche Modernisierung – Soziale Sicherheit – Ökologische Verantwortung, mit diesem inhaltlichen Dreieck will Gabriel das Primat der Politik wiedererlangen und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Er schildert seine Vorstellungen von ökologischer Industriepolitik, benennt strategische Zukunftsindustrien (Energie, Effizienz, Mobilität, Life Science) hält am Ziel der Vollbeschäftigung fest, möchte zu diesem Zweck eine neuartige Beschäftigungsversicherung einführen und macht sich Gedanken über ein zukunftsfestes Rentensystem. Mit neuer Ordnungspolitik will er die Märkte zwingen, externe Effekte wie den Klimawandel in wirtschaftliche Kalküle einzubeziehen. Dem zuletzt von verschiedenen Seiten geforderten bedingungslosen Grundeinkommen für alle erteilt er eine Absage: Zunächst müsse der Grundsatz der Eigenverantwortung gelten, die ein Herzstück selbstbestimmten Lebens sei. Solidarität funktioniere nicht als Gießkannenprinzip. Zur Sicherung von Motivation und Qualifikation stellt Gabriel fest: „Es gibt kein Recht auf Faulheit.“

Auch eine neue Außenpolitik fordert Gabriel: Global Governance sieht er als das große Projekt des 21. Jahrhunderts, der Widerspruch zwischen globalen Märkten und nationaler Demokratie müsse überwunden werden. Die Erhaltung von Unternehmen als langfristig funktionierende Einheiten müsste vor dem kurzfristigen Interesse von Anlegern stehen. Hier entwickelt Gabriel Perspektiven für Deutschland, die EU und die Weltgemeinschaft.

In der Klimapolitik stellt er Parallelen zur Friedenspolitik der 1970er- und 1980er-Jahre her. Wie es nur einen Weltfrieden gebe, könne es auch nur eine Energie- und Klimasicherheit geben.



Vertrauen in Politik kann laut Gabriel vor allem dann zurückgewonnen werden, wenn Optionen kommuniziert werden. „Alternativlosigkeit“ darf es in der Politik nicht geben, sonst ist Politik überflüssig. Demokratie muss überall in der Gesellschaft ein vorherrschendes Prinzip sein, weshalb es gelte, die betriebliche Mitbestimmung in der EU auszuweiten und sie nicht in Deutschland auf Druck der EU einzuschränken.

In Deutschland war die Sozialdemokratische Partei lange Zeit die einzige, welche die Einführung der Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte und dafür dreimal – im Kaiserreich, im Nationalsozialismus und in der DDR – Unterdrückung und Verfolgung erleiden musste. Heute ist sie die Partei, auf die noch viele Aufgaben warten, für deren Erledigung sie aufgrund ihrer Geschichte prädestiniert ist. Immer mit dem Streben nach Fortschritt, denn: „Für die Verwaltung des Bestehenden braucht es die SPD nicht.“

In Kürze:

Emanzipatorische Aufgaben der SPD:

1. Aufstieg und Teilhabe durch Leistung ermöglichen.
2. Solidarität mit denjenigen organisieren, die zeitweise oder dauerhaft der Hilfe bedürfen.
3. Für eine gerechte Verteilung von Lebenschancen und Lebensperspektiven sorgen – weltweit und für künftige Generationen.

Martin Habersaat, im Mai 2010

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 05.05.2010, 23:55 Uhr - 4970 Clicks - Nr. 459

Hände weg vom Sparkassengesetz!

Zu den Absichten der schwarz-gelben Landesregierung, das Sparkassengesetz zu ändern, und zur Großdemonstration der Sparkassenmitarbeiter in Kiel, an welcher der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer und die SPDRatsfraktionsvorsitzende Gesa Langfeldt teilnahmen, erklärt Rolf Fischer: „Wir lehnen die Beteiligung Privater an unseren Sparkassen ab. Die Förde-Sparkasse gehört zu Kiel und Kiel steht an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse,



deren Situation durch eine Privatisierung unsicher und gefährdet ist. Mit einer Privatisierung würde die öffentlich-rechtliche Stellung unserer Sparkassen aufgegeben und der Spekulationswut von Banken neuer Raum geschaffen werden. Nicht nur der ländliche Raum, auch Städte wie Kiel sind auf öffentlich-rechtliches Sparkassenwesen angewiesen. Deshalb werden wir einer Gesetzesänderung nicht zustimmen. Unsere Sparkassen sind gerade in der Finanzkrise Garanten für Stabilität. Dies darf nicht in Frage gestellt werden.“

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.05.2010, 08:35 Uhr - 3322 Clicks - Nr. 460

AfA Schleswig-Flensburg verurteilt Privatisierungswahn in Kiel

Auf der Sitzung der AfA SL-FL wurden neben vielen Themen hauptsächlich der Beschluss des SPD-Präsidium zu Korrekturen der Hartz-Gesetze "Fairness auf dem Arbeitsmarkt" behandelt,

der Kreisparteitag SL-FL am 12. Juni 2010 vorbereitet und eine Resolution zu den Privatisierungsabsichten der Sparkassen und der Uni-Klinik verabschiedet.

Hier der Inhalt der Resolution:

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD im Kreis Schleswig-Flensburg fordert die Landesregierung Schleswig-Holstein auf, die Schleswig-Holsteinischen Sparkassen im derzeitigen Gesellschafterstatus weiter zu führen und damit in der Gewährsträgerschaft der jeweiligen Kommunen zu belassen. Die Uni-Kliniken in Kiel müssen ebenfalls in der Öffentlichen Hand bleiben, schon allein um die universitäre Ausbildung im Land zu gewährleisten. Wir appellieren an die Verantwortlichen in der Politik den sozialen Frieden im Land Schleswig-Holstein nicht durch unnötige Privatisierungsabsichten zu gefährden.

Die AfA des Kreises Schleswig-Flensburg verurteilt in diesem Zusammenhang das beabsichtigte „Streichkonzert“ der Landesregierung, das durch Personaleinsparungen für Landesbedienstete in Gang gesetzt wird. In diesem Zusammenhang fordern wir die Einhaltung der Mitbestimmung und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen. Das Mitbestimmungsgesetz darf nicht zum Spielball politischer Beliebigkeiten werden. Arbeitnehmerrecht ist Menschenrecht.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.05.2010, 10:57 Uhr - 3276 Clicks - Nr. 461

Oberbürgermeisterwahl: Thede Boysen ist der Richtige für Flensburg.

Das war die einhellige Meinung der Mitglieder der Flensburger SPD, die am vergangenen Dienstag zusammengekommen waren, um den von der Ratsfraktion vorgeschlagenen Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl im Herbst kennenzulernen. Bei ihrer Kandidatenfindung hatte die SPD die Messlatte sehr hoch gelegt.

Der Kandidat oder die Kandidatin sollte selbstverständlich ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz und Erfahrungen in der Leitung einer Verwaltung mitbringen.

Darüber hinaus war eine besondere Kenntnis Flensburgs und der Region gefordert und die Beherrschung der dänischen Sprache wurde obendrein vorausgesetzt.



Mit Thede Boysen, der 1963 in Niebüll geboren wurde, hat die Flensburger SPD einen Kandidaten gefunden, der diesen hohen Anforderungen gerecht wird. Seine fachliche Kompetenz hat er durch ein Studium der Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz erworben und durch anschließende leitende Tätigkeiten in verschiedenen Ministerien ausgebaut. Mit der besonderen Situation Flensburgs und den speziellen Problemen der Grenzregion hat er sich als Leiter des Regionskontors für Sønderjylland/Schleswig intensiv auseinandergesetzt. Als derzeitiger Leiter des Minderheitensekretariats der vier heimischen nationalen Minderheiten Deutschlands in Berlin ist er natürlich mit den Fragen der dänischen Minderheit besonders vertraut. Seine dänischen Sprachkenntnisse hat er beim Besuch der

Duborg-Skolen erworben, den er mit dem Abitur abschloss. Als einer von hier spricht er natürlich auch fließend Plattdötsch.

„Flensburg ist die große Stadt zwischen Kiel und Aarhus. Es gilt das Profil Flensburgs als selbstbewusstes Oberzentrum einer dynamischen grenzüberschreitenden Region zu schärfen“, sagt Thede Boysen. Seine Vorstellungen, wie er das als nächster Oberbürgermeister Flensburgs erreichen möchte, wird er den Flensburgerinnen und Flensburgern in den nächsten Wochen nahebringen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 06.05.2010, 13:46 Uhr - 1950 Clicks - Nr. 462

Das Solarkataster ist ein Gewinn für den Klimaschutz und die regionale Wirtschaft

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Lars Juister, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker, SSW, erklären zur in der heutigen Sitzung des Bauausschusses anstehenden Freigabe der Mittel für die Erstellung eines Kieler Solarkatasters:

„Wir freuen uns, dass das Kieler Solarkataster noch in diesem Jahr auf den Weg kommt. Die hier gewonnenen Daten helfen Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie Investoren bei der Suche nach geeigneten Dächern für die Aufstellung von Solaranlagen. Dadurch können fossile Brennstoffe eingespart und der CO₂-Ausstoß verringert werden. Die Installation der Anlagen füllt zudem die Auftragsbücher des regionalen Handwerks.“

Das Solarkataster stellt damit ein Instrument zur Förderung des Klimaschutzes und der regionalen Wirtschaft dar!“

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes, MdB](#) - veröffentlicht am 06.05.2010, 14:27 Uhr - 9345 Clicks - Nr. 463

Thönnnes wirbt für Deutsch-Norwegisches Jugendforum 2010

„Du & Ich. Auf Wegen der Freundschaft“

Zum vierten Mal lädt das Deutsch-Norwegische Jugendforum jeweils 50 Jugendliche aus beiden Ländern zu seinem jährlichen Treffen ein. Diesmal findet es vom 7. bis 10. Oktober 2010 unter dem Motto „Du & Ich. Auf Wegen der Freundschaft“ in Oslo statt.

SPD-MdB Franz Thönnnes unterstützt dieses Vorhaben nicht zuletzt auch in seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Bundesvorsitzender der Deutsch-Norwegischen Freundschaftsgesellschaft. „Schon seit Jahren setze ich mich für die gute Weiterentwicklung Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ein und das geht am besten durch frühzeitige Begegnungen junger Menschen“, meint der Parlamentarier.



Diese Treffen ermöglichen es in beispielhafter Weise über den eigenen Tellerrand zu schauen und andere Kulturen dabei näher kennenzulernen. „Das fördert Toleranz, die lebendige Demokratie und nicht zuletzt auch die Chancen junger Menschen in einer globalisierten Welt“, so der Vorsitzende der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe.

Interessierte Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren können sich bis zum 18. Juni 2010 für das Programm und die Fahrt nach Oslo bewerben. Nähere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es unter www.dnjf.org

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 06.05.2010, 15:35 Uhr - 57039 Clicks - Nr. 464

Steuerausfälle treffen vor allem die Kommunen Schleswig-Holstein braucht einen neuen Finanzausgleich

Vom massiven Einbruch der Steuereinnahmen sind vor allem die Kommunen betroffen: Sie müssen bis 2013 mit rund 15,2 Milliarden Euro weniger auskommen als erwartet; die Ausfälle für den Bund liegen bei voraussichtlich gut 19 Milliarden Euro. Dies geht aus der Vorlage des Bundes für die aktuelle Steuerschätzung hervor.

Dazu erklärt Andreas Breitner, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für



Kommunalpolitik (SGK) und Bürgermeister der Stadt Rendsburg: „Wir Kommunalpolitiker sollen die Suppen auslöffeln, die uns Spekulanten und schwarz-gelbe Klientelpolitiker eingebrockt haben. In Berlin und Kiel müssen endlich Schutzschirme für die Städte und Gemeinden aufgespannt werden, damit die kommunale Infrastruktur nicht im Morast der Finanzkrise versinkt.“

Der Bund nimmt dreimal mehr ein als Städte und Gemeinden – die Städte und Gemeinden werden also dreimal mehr leiden unter den neuen Steuerausfällen. So geht es nicht weiter!

Ohne eine kluge Finanzpolitik von Bund und Land und zusätzliche Einnahmen wird vor allem die städtische Infrastruktur, also Kitas und Büchereien, Schwimmbäder und Theater, Straßenbau, Parks und soziale Einrichtungen massiv geschädigt werden. Wer Spekulanten schont und Hoteliers und Großverdienern die Steuern senkt, darf nicht den Bürgern vor Ort die Kindergärten und Straßen kaputt machen. Die Städte brauchen den Schutz von Regierungen, egal welcher politischen Farbe. Ansonsten spaltet sich die kommunale Familie in reiche Dörfer ohne Kitas und Schulen, die wie die Gemeinde Altenhof in der Lage sind, Rentenzahlungen für ehrenamtliche Feuerwehrleute einzuführen, und arme Städte, deren Verschuldung kontinuierlich steigt und die nicht wissen, wie sie ihre Aufgaben in Kinderbetreuung und Schulentwicklung schaffen sollen. Schleswig-Holstein braucht einen neuen Finanzausgleich, der dieser Entwicklung Einhalt gebietet. Hier sind Finanzminister Wiegard und Innenminister Schlie gefordert. Mit einem schwarz-gelben „Weiter so“ wächst die Gefahr, dass zahlreiche schleswig-holsteinische Städte dem griechischen Beispiel folgen müssen.

Vor diesem Hintergrund, erwarte ich von Landes- und Bundesregierung eine klare Absage an

weitere Steuersenkungen und eine solide Finanzierung der Kommunen.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.05.2010, 23:07 Uhr - 3967 Clicks - Nr. 465

FDP will kostenfreie Kita - aber nicht bei uns!

„Das beitragsfreie Kindergartenjahr steht für uns nicht zur Disposition. Es geht darum, allen Kindern von Beginn an faire Chancen auf Teilhabe zu ermöglichen. Dabei ist das letzte Jahr vor der Einschulung von entscheidender Bedeutung.“ Dieser Satz, der Sozialdemokraten-Herzen höher schlagen lässt, stammt vom niedersächsischen FDP-Landtagsfraktionschef Christian Dürr. Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, rechnet von Seiten der hiesigen FDP nicht mit solchen Einsichten.

Martin Habersaat: „Ich fürchte, in Schleswig-Holstein wird die frühkindliche Bildung Teil der Einsparungen sein, die die sogenannte ‚Haushaltsstrukturkommission‘, die für Herrn Kubicki erfunden wurde, Ende Mai vorlegen wird.“ Habersaat, bis zu seinem Einzug in den Landtag als Gymnasiallehrer tätig, bemängelt die kurzfristige Denkweise solcher Entscheidungen: „Eine Gesellschaft, der es gelingt, bereits im Kindergarten alle Kinder zu erreichen und soziale Nachteile aufzufangen und die dann auch noch über Gymnasien und Gemeinschaftsschulen möglichst viele dieser Kinder zum Abitur führt, spart auf lange Sicht Sozialausgaben und erhöht ihre Steuereinnahmen.“



Leider versuche die FDP im Lande stattdessen, das dreigliedrige Schulsystem im Land wieder einzuführen und die Klassengesellschaft zurückzugewinnen. „Abgrenzung nach unten“ schein hier eines der Leitmotive zu sein.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 07.05.2010, 08:30 Uhr - 3206 Clicks - Nr. 466

Landesregierung muss sich für Bürgerrechte im Baltikum einsetzen!

Zu der heutigen Entscheidung Gerichts der litauischen Hauptstadt Vilnius, eine Demonstration der Organisation „Baltic Pride“ zu verbieten, die sich in den drei baltischen Republiken für die Gleichstellung von Schwulen und Lesben einsetzt, erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts von Vilnius, auf Antrag des Generalstaatsanwaltes die Genehmigung für den Marsch von „Baltic Pride“ auszusetzen, der am 08. Mai stattfinden sollte, ist nicht nachvollziehbar. Der Generalstaatsanwalt räumt ganz offen ein, er befürchte schwere Übergriffe gegen die Kundgebung, die zu schützen der litauische Rechtsstaat

offensichtlich nicht in der Lage sei.

Damit kapituliert der Rechtsstaat vor einem entsprechenden Antrag eines rechtsradikalen Politikers, der dem Veranstalter vorwarf, die zentralen Werte Litauens „Anstand, Treue, Fruchtbarkeit und Menschenwürde“ zu verletzen.

Es ist zu hoffen, dass der heutige Gerichtsentscheid keinen Bestand hat und dass das EU-Mitglied Litauen nicht nur in seiner Rechtsordnung die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit respektiert. Es muss auch in der Lage sein, friedliche Kundgebungen für gesellschaftliche Achtung und Gleichstellung, wie sie in fast jedem Rechtsstaat heutzutage selbstverständlich sind, vor Übergriffen zu schützen. Litauen hat sich mit seiner Unterschrift unter den EU-Reformvertrag dazu verpflichtet.

Im Rahmen der engen Ostseekooperation zwischen unserem Bundesland und den baltischen Republiken steht auch die Schleswig-Holsteinische Landesregierung in der Verpflichtung, bei ihren Kontakten zu unserem nordöstlichen Partnerland ihren Einfluss in diesem Sinne auszuüben.

Keine Kommentare

[Kai Dolgner, MdL](#) - veröffentlicht am 07.05.2010, 08:48 Uhr - 4397 Clicks - Nr. 467

Extremismus: Jugendsozialarbeit für Prävention notwendig

Die vielen Problemfelder und die Zersplitterung der rechtsextremen Szene sowie die wachsende Gewaltbereitschaft linker und rechter Autonomen sind besorgniserregend. Da die nicht organisierten Aktionsgruppen zunehmen, wird ein höherer Personaleinsatz notwendig sein, um die Erkenntnislage auf gleichem Niveau zu halten.

Angesichts der Zunahme des Extremismus müssen wir die Frage nach den Ursachen stellen: Warum finden es immer mehr junge Menschen es attraktiv, sich in extremen Szene zu bewegen

Um hier gegenzusteuern und vorbeugend tätig zu sein, darf die Jugendsozialarbeit nicht zurückgefahren, sondern muss vielmehr verstärkt werden, um gefährdete Jugendliche aufzufangen und über die Gefahren von Rechts- und Linksextremismus aufzuklären.

Dieses erklärten Zum Verfassungsschutzbericht 2009 erklären der innen- und rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Kai Dolgner, und die kinder- und jugendpolitische Sprecherin Serpil Midyatli.

Keine Kommentare

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 07.05.2010, 09:45 Uhr - 1187 Clicks - Nr. 468

Steuerausfälle treffen vor allem die Kommunen -

Schleswig-Holstein braucht einen neuen Finanzausgleich

Vom massiven Einbruch der Steuereinnahmen sind vor allem die Kommunen betroffen: Sie müssen bis 2013 mit rund 15,2 Milliarden Euro weniger auskommen als erwartet; die Ausfälle für den Bund liegen bei voraussichtlich gut 19 Milliarden Euro.

Dies geht aus der Vorlage des Bundes für die aktuelle Steuerschätzung hervor. Dazu erklärt Andreas Breitner, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und Bürgermeister der Stadt Rendsburg: „Wir Kommunalpolitiker sollen die Suppen auslöffeln, die uns Spekulanten und schwarz-gelbe Klientelpolitiker eingebrockt haben. In Berlin und Kiel müssen endlich Schutzschirme für die Städte und Gemeinden aufgespannt werden, damit die kommunale Infrastruktur nicht im Morast der Finanzkrise versinkt. Der Bund nimmt dreimal mehr ein als Städte und Gemeinden – die Städte und Gemeinden werden also dreimal mehr leiden unter den neuen Steuerausfällen. So geht es nicht weiter! Ohne eine kluge Finanzpolitik von Bund und Land und zusätzliche Einnahmen wird vor allem die städtische Infrastruktur, also KITAS und Büchereien, Schwimmbäder und Theater, Straßenbau, Parks und soziale Einrichtungen massiv geschädigt werden. Wer Spekulanten schont und Hoteliers und Großverdienern die Steuern senkt, darf nicht den Bürgern vor Ort die Kindergärten und Straßen kaputt machen. Die Städte brauchen den Schutz von Regierungen, egal welcher politischen Farbe. Ansonsten spaltet sich die kommunale Familie in reiche Dörfer ohne KITAS und Schulen, die wie die Gemeinde Altenhof in der Lage sind, Rentenzahlungen für ehrenamtliche Feuerwehrleute einzuführen, und arme Städte, deren Verschuldung kontinuierlich steigt und die nicht wissen, wie sie ihre Aufgaben in Kinderbetreuung und Schulentwicklung schaffen sollen. Schleswig-Holstein braucht einen neuen Finanzausgleich, der dieser Entwicklung Einhalt gebietet. Hier sind Finanzminister Wiegand und Innenminister Schlie gefordert. Mit einem schwarz-gelben „Weiter so“ wächst die Gefahr, dass zahlreiche schleswig-holsteinische Städte dem griechischen Beispiel folgen müssen.“

Vor diesem Hintergrund, erwarte ich von Landes- und Bundesregierung eine klare Absage an weitere Steuersenkungen und eine solide Finanzierung der Kommunen.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 07.05.2010, 10:50 Uhr - 8397 Clicks - Nr. 469

Aktionstag 2010 SPD AG 60 plus: Neue Wege gehen – Barrierefreies Wohnen im Alter

„Als AG 60 plus fordern wir von Bund, Land und Kommunen mehr Engagement um auf den demographischen Wandel vor Ort reagieren zu können,“ so der Kreisvorsitzende der SPD AG 60 plus Hans Peter Robin am Aktionstag 2010 unter dem Motto „Barrierefreies Leben“. Die AG hatte zu einer Informationsveranstaltung bei der Baugenossenschaft Mittelholstein eG in Büdelsdorf eingeladen um sich vor Ort über die Angebote im Bereich seniorengerechtes Wohnen einweisen zu lassen und Projekte im Umfeld des AWO-Hauses für soziale Dienste in Augenschein zu nehmen.

Vorstandsmitglied Stefan Binder wies in seinen Ausführungen daraufhin, dass es ein besonderes Anliegen der Genossenschaft sei, entsprechenden Wohnraum nicht nur ausreichend, sondern auch bezahlbar vorzuhalten.

„Wir stehen dabei immer wieder vor der Frage, Altbestand zu sanieren oder im Zuge von Neubau Barrierefreiheit zu schaffen“, bemerkte Stefan Binder. „beim Altbaubestand sind uns oftmals rein technisch oder auch kostenmäßig die Grenzen gesetzt!“

Die Zusammenarbeit mit dem AWO-Haus in Büdelsdorf und der BGM ist ein gut gelungenes Angebot für barrierefreies Wohnen und Betreuung. Das war der Eindruck, den die SPD-

Seniorinnen und Senioren mitnehmen konnten.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 07.05.2010, 11:14 Uhr - 8931 Clicks - Nr. 470

Aktion lesbare Etiketten: Kleingedrucktes teilweise kaum zu entziffern

Die AG 60 plus des SPD Kreisverbandes Rendsburg- Eckernförde unterstützt die Verbraucherzentrale SH und Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) zum Start ihrer Kundenaktion

Wer sich gesund oder kalorienarm ernähren möchte, muss wissen, was in Lebensmitteln enthalten ist. Doch insbesondere Senioren beschwerten sich immer häufiger über das Kleingedruckte auf der Verpackung: Sie können es nicht lesen. Zutatenlisten oder Mindesthaltbarkeitsdaten werden zu klein gedruckt, manchmal hilft nur eine Lupe, um sie zu entziffern. Außerdem fehlt häufig der Kontrast zwischen Schrift und Hintergrund, Aufschriften sind verschwommen oder die Abstände zwischen den Buchstaben sind zu eng. Ein Wirrwarr von Zutatenlisten in 10 oder mehr Sprachen macht das Lesen noch mühsamer.

„Der Einkauf mit Vergrößerungsglas ist angesagt - das kann es nicht sein,“ so die Auffassung des SPD AG 60 plus Kreisvorsitzenden Hans Peter Robin, „Kleingedrucktes sind auch Barrieren, die beseitigt werden müssen !“

Daher starten die Verbraucherzentrale und die BAGSO die Aktion „Lesbare Etiketten“. Auf der Homepage www.fitimalter.de können sich Konsumenten über Produkte beschwerten, deren Inhaltsstoffe nicht deutlich sichtbar oder schlecht lesbar auf der Verpackung stehen. Entsprechende Produktbeispiele werden veröffentlicht.

„Die Lösung für das Etikettenproblem ist keinesfalls, nur noch mit der Lupe einkaufen zu gehen!“, sagt Gudrun Köster von der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein. „Wir fordern eine Mindestschriftgröße, die wichtigen Informationen müssen konsumentenfreundlicher aufgelistet werden

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.05.2010, 13:34 Uhr - 1103 Clicks - Nr. 471

Gut gebremst in der Kieler Abfallpolitik!

Zur Beschaffung von Abfallsammelfahrzeugen mit ybridantrieb im Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"SPD, GRÜNE und SSW begrüßen die vorgesehene Beschaffung zweier neuer Abfallsammelfahrzeuge mit Hybridantrieb durch den Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK). Kiel setzt damit die strategischen Ziele der innovativen und der klimafreundlichen Stadt um - als eine der ersten Städte Deutsch-lands. SPD, GRÜNE und SSW werden die Beschaffung weiterer Abfallsammelfahrzeuge mit Hybridantrieb unterstützen, wenn die Rekommunalisierung der Müllabfuhr für das gesamte Stadtgebiet vorbereitet wird.

Diese neuen Fahrzeuge haben einen Dieselmotor mit

hydraulisch-mechanischem Parallel-Hybridantrieb, der bei jedem Bremsvorgang den mechanischen Druck auffängt, zwischenspeichert und beim Anfahren wieder abgibt. Das ist bei Müllwagen besonders nützlich, weil diese schweren Fahrzeuge oft nach nur wenigen Metern Bremsen und wieder Anfahren, um Mülltonnen zu leeren. Mit dieser modernen Technik können bis zu 25% des bisherigen Kraftstoffverbrauches und damit auch der Kohlendioxidausstoß verringert werden - das ist gut für die Umwelt und gut für die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler.

Insgesamt darf sich gerade die CDU-Fraktion diese Beschaffung zum Vorbild dafür nehmen, dass in der Kieler Abfallpolitik auch einmal "gut gebremst" werden kann. Vielleicht geht sie dann in sich und unterstützt doch die Rekommunalisierung der Müllabfuhr."

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 07.05.2010, 14:24 Uhr - 2120 Clicks - Nr. 472

Umweltministerium bestätigt: Aus für Förderprogramme gefährdet Klimaschutz und A

„Jetzt ist es amtlich! Das Bundesumweltministerium (BMU) hat heute bestätigt, dass durch die im Bundeshaushalt 2010 ausgebrachte Haushaltssperre das Marktanreizprogramm und die Vorhaben der Klimaschutzinitiative sofort gestoppt werden müssen, und hat die damit verbundenen Folgen für das Handwerk dargestellt. Damit sind meine schlimmsten Befürchtungen eingetroffen“, sagt die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn (SPD).

Mit dem vom damaligen Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) 2007 initiierten Marktanreizprogramm wurden bislang Solarkollektoren, Biomassekessel- und Geothermieanlagen im privaten und gewerblichen Bereich durch Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen gefördert. Seitdem hat nicht nur die Nachfrage nach diesen Anlagen sprunghaft zugenommen, auch die technische Entwicklung ist rasant fortgeschritten. Doch nun sollen für Solarkollektoren, Biomasseheizungen und Wärmepumpen keine Investitionszuschüsse mehr gewährt werden. Mit den Förderanträgen, die in diesem Jahr bereits eingegangen sind, sind die für 2010 noch zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits aufgebraucht. Laut BMU werden ab sofort auch keine neuen Förderanträge mehr entgegengenommen. „Damit wird das Vertrauensverhältnis zwischen Handwerkern und Kunden zerstört“, ist Bettina Hagedorn überzeugt. „Die Kunden haben ja im Vertrauen auf eine staatliche Förderung einen Auftrag erteilt und ihre Finanzierung darauf ausgerichtet. Viele werden sauer sein, dass diese Zusagen nun nicht mehr gelten. Und auch das Handwerk muss mit massiven Auftragseinbrüchen rechnen und wird sich nun zweimal überlegen, ob sich weitere Investitionen in diese Technik in Zukunft noch rechnen. Das ist angesichts der drohenden Knappheit fossiler Brennstoffe das absolut falsche Signal und eindeutige Lobbypolitik im Sinne der Atomanlagenbetreiber.“ Nach Aussage des BMU hat die Mittelsperre auch Auswirkungen auf die Programme der Nationalen Klimaschutzinitiative. Das Förderprogramm für kleine Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (Mini-KWK) und das Programm zur Förderung von Klimaschutzprojekten in Kommunen müssen sogar rückwirkend gestoppt werden, da schon mit den bereits bewilligten Anträgen das Budget für 2010 voll ausgeschöpft wird. Rückwirkend heißt das, dass Anträge, die aus dem vergangenen Jahr vorliegen und noch nicht bewilligt worden sind, nicht mehr genehmigt werden.

„Das Thema Marktanreizprogramm steht an diesem Mittwoch, den 5. Mai, auf der

Tagesordnung im Haushaltsausschuss. Wir in der SPD werden uns dafür einsetzen, dass diese unverantwortliche Sperre unverzüglich aufgehoben wird," so die Haushälterin Hagedorn. „Selbst wenn es zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu einer Entsperrung der Haushaltsmittel käme, würde es Wochen dauern, bis neue Aufträge erteilt und Förderanträge gestellt und bewilligt werden könnten. Schwarzgelb lässt die erfolgreichen Förderprogramme für erneuerbare Energien ausbluten und gefährdet bundesweit hundertausende Jobs, allein in Ostholstein und Schleswig-Holstein sind dadurch zahlreiche Beschäftigte von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bedroht“, prognostiziert Hagedorn.

Der SPD-Ortsverein Reinfeld teilt die Meinung von Bettina Hagedorn voll und ganz. Statt eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Energie- und Umweltpolitik zu machen, ergibt sich die Schwarz-Gelbe Koalition den Lobbyinteressen. Währenddessen protestierten 120.000 Menschen in einer Menschenkette zwischen den AKW's Brunsbüttel und Krümmel gegen Atomenergie und zeigten eindrucksvoll das die Anti-AKW-Bewegung stark ist.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 08.05.2010, 18:54 Uhr - 5885 Clicks - Nr. 473

Guter Ansatz für neue Kieler Mitte

Zu den von der Stadt vorgestellten Plänen zur Innenstadtentwicklung:

„Kanal gut, Konzerthalle gut, Kieler Innenstadt gut“ – so lässt sich die Prioritätenliste der Kieler SPD für die Kieler Innenstadtentwicklung zusammenfassen. Jetzt ist das Land in der Pflicht, die gegebenen Versprechungen wahr zu machen.

In diesen Zusammenhang gehört aber auch unsere Forderung, mehr Wohnraum für alle Generationen in der Innenstadt zu schaffen. Das vorgelegte Innenstadtkonzept muss sich ebenfalls in die Entwicklung bei „Karstadt-Leik“ und im Rahmen der „Rathausgalerie“ einpassen“, so der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.



Keine Kommentare

[SPD-Russee](#) - veröffentlicht am 08.05.2010, 20:07 Uhr - 3551 Clicks - Nr. 474

40 Jahre Kiel-Russee Die Eingemeindung 1970 - Ein Gewinn für Kiel und Russee?

im April 1970 wurde die Gemeinde Russee durch Landesgesetz der Landeshauptstadt Kiel zugeordnet. Der Ortsbeirat Russee-Hammer erinnert in diesem Jahr mit einer Veranstaltungsreihe an diese 40 Jahre Kiel-Russee.

Zum 11. Mai 2010 lädt der Ortsbeirat Russee-Hammer recht herzlich um 19.30 Uhr zu einer Gesprächsrunde mit den damaligen und heutigen Aktiven in die Pausenhalle der Grundschule Russee ein.

Mit hoffentlich vielen Gästen werden die Fraktionsvorsitzenden der Gemeindevertretung von 1970 Karl Diekelmann (CDU), Max Nörenberg (SPD), der seinerzeitige Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Klaus Block und der heutige Uwe Maaß, Oberbürgermeister Torsten Albig, die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von SPD (Gesa Langfeldt) und CDU (Stefan Kruber) die Ereignisse bei der Eingemeindung beleuchten und die heutige Bedeutung von Russee als Stadtteil Kiels im Rahmen dieser Auftaktveranstaltung betrachten. Nach kurzen Statements haben Sie als Gast Gelegenheit, fragen an das Podium zu richten. Die Moderation der Veranstaltung wird Winfried Jöhnk, langjähriger Vorsitzender des Ortsbeirates, übernehmen.

Vom TSV-Russee wird im Juli ein **Fußballturnier - Ü 40** organisiert und durchgeführt. Die Vereine, Verbände, Institutionen, Unternehmen und Anwohner einzelner Straßen in Russee und Umgebung ruft der Ortsbeirat auf Mannschaften zusammenzustellen.

Zudem werden nach den Sommerferien eine Kinder- und Jugendaktion, im Herbst eine Ausstellung mit Bildern, Texten, Bebauungsplänen und Statistiken sowie zum Jahresende die Herausgabe einer Broschüre in dieser Veranstaltungsreihe geplant.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.05.2010, 14:17 Uhr - 5134 Clicks - Nr. 475

SPD Stormarn - große Mehrheit für den Kreisvorstand

„Eine Hand für das Schiff, eine für den Mann.“ - Diese Weisheit aus dem Segelsport möchte Martin Habersaat, Kreisvorsitzender der SPD Stormarn, auf die SPD übertragen: auf der einen Seite solle man die Erneuerung der SPD fortsetzen, auf der anderen Seite die Interessen des Landes und die Oppositionsrolle nicht vernachlässigen. Nach diesem Grundsatz waren auch die Gastredner des Kreisparteitages in Lütjensee ausgewählt.

Detlef Raphael, der Geschäftsführer der Bundes-SGK, der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik,

war aus Berlin gekommen um über die Folgen der schwarz-gelben Politik für die kommunalen

Ortsbeirat Russee-Hammer lädt ein

40 Jahre Kiel-Russee Die Eingemeindung 1970 – Ein Gewinn für Kiel und Russee?

Podiumsdiskussion am

11. Mai 2010, 19.30 Uhr

Pausenhalle Grundschule Russee

Begrüßung:

Ingrid Jöhnk, Vorsitzende des Ortsbeirates Russee-Hammer

Diskutieren Sie mit:

Karl Diekelmann, Vors. CDU-Fraktion Gemeindevertretung Russee

Max Nörenberg, Vors. SPD-Fraktion Gemeindevertretung Russee

Klaus Block, Wehrführer Freiw. Feuerwehr Russee 1966 - 1997

Oberbürgermeister Torsten Albig,

Gesa Langfeldt (Vors. SPD-Ratsfraktion)

Stefan Kruber (Vors. CDU-Ratsfraktion)

Uwe Maaß, Wehrführer Freiw. Feuerwehr Russee seit 1997

Moderation: Winfried Jöhnk, Ortsbeiratsvorsitzender 1994 - 2003.



Haushalte zu sprechen. Dr. Rüdiger Schwarz, Leitender Redakteur beim Stormarner Tageblatt, war eingeladen, um seine Sicht der SPD vorzustellen und zu diskutieren. Mit großer Mehrheit wurde außerdem der Kreisvorstand 2010 - 2012 gewählt.

Detlef Raphael ist Nordrhein-Westfale und als solcher ein Freund deutlicher Worte. Einer Regierung, die durch ein sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz den Kommunen 1,6 Mrd. Euro wegnehme und durch Änderungen in der Gewerbesteuer noch einmal 650 Millionen, glaube er nicht, dass sie sich für die Städte und Gemeinden interessiere. „Und wenn die FDP sich mit ihren Steuerplänen durchsetzt, fehlen weitere 2,4 Milliarden!“ Dieses Geld könne dann nicht in Kindergärten, Schulen, Straßen und weitere kommunale Infrastruktur gesteckt werden. In NRW und anderswo gibt es bereits Kommunen, die ihre Pflichtaufgaben nicht mehr bezahlen können. Raphael: „Das ist in Stormarn, das eher Kraftring als Speckgürtel von Hamburg ist, noch anders, aber auch hier können die Kommunen nicht mehr auffangen, was Bund und Land beschließen.“ Ein Problem sei, dass die Kommunen auf Bundesebene von den Ländern vertreten werden, die Lösung könne nur ein echtes Mitspracherecht der Kommunen sein. Und eine neue Verteilung sozialer Aufgaben. Raphael: „Es darf noch nicht sein, dass eine Kommune sich wünschen muss, dass möglichst wenige Behinderte und Bedürftige dort leben, damit sie ihre Finanzen im Griff behalten kann. Solche Kosten müssen gesamtgesellschaftlich getragen werden.“

Dr. Rüdiger Schwarz, Leitender Redakteur beim Stormarner Tageblatt, hielt seine erste Rede auf einem SPD-Parteitag. Eine parteiliche Vereinnahmung fürchtete er nicht: „Ich würde auch anderen Parteien erzählen, was ich beobachte und über Politik denke.“ Schwarz riet der SPD, nicht nur auf Programm und Ratio zu setzen, sondern auch die „gefühlte Wirklichkeit“ einzubeziehen. Die Partei solle sich um Klarheit in ihren Aussagen bemühen. Beispiel Griechenland-Hilfe: „Wenn sie erst lange erklären müssen, warum sie sich enthalten haben, ist das nicht die Klarheit, die ich meine.“ Ebenso bedürfe es dann der richtigen Personen, die diese Positionen überzeugt und überzeugend vertreten.

Konkrete Beschlüsse wurden auch gefasst: Künftig sollen die Landtagskandidaten von Mitgliederversammlungen statt Delegiertenkonferenzen aufgestellt werden, für die Bundestagskandidaten soll selbiges in Gesprächen mit den Nachbar-Kreisverbänden erreicht werden. Außerdem will sich die Partei weiter für Quereinsteiger und Nicht-Mitglieder öffnen. Ebenfalls angenommen wurden ein Antrag des Forums Nachhaltigkeit, die Rekommunalisierung von Stromnetzen anzustreben und eine Resolution der SPD Ammersbek, die sich mit der vernünftigen Planung von Biogasanlagen befasste.

Martin Habersaat (33, Barsbüttel) ist seit acht Jahren Mitglied des Kreisvorstandes und seit sechs Jahren Kreisvorsitzender. In diesem Amt wurde er mit 90,4% der Stimmen bestätigt (66 Ja, 4 Nein, 3 Enthaltungen). Seine Stellvertreterin Susanne Danhier wurde ebenfalls im Amt bestätigt (67-4-2), der bisherige Beisitzer Reinhard Niegengerd neu zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt (63-2-4). In Abwesenheit bekam Schatzmeisterin Gesa Tralau bei ihrer Wiederwahl ein Traumergebnis: alle 73 Delegierten votierten für sie. Deutliche Zustimmung erhielten auch die fünf Beisitzer, die alle neu im Kreisvorstand sind: Niklas Klinger (Tremsbüttel), Bernd Marzi (Trittau), Regine Schilde (Stapelfeld) sowie Jürgen Schneider und Halina Waltz (beide aus Bad Oldesloe). Martin Habersaat: „Ich freue mich über das Vertrauen, das in den neuen Kreisvorstand gesteckt wird. Es entspricht aber auch meinen sehr positiven Erfahrungen in der Arbeit für die SPD Stormarn in den vergangenen Jahren.“

Foto: Kreisvorstand 2010 - 2012

Reinhard Niegengerd, Susanne Danhier, Regine Schilde, Martin Habersaat, Halina Waltz, Jürgen Schneider, Bernd Marzi, Niklas Klinger

Mehr Bilder: [hier](#).

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.05.2010, 15:51 Uhr - 4626 Clicks - Nr. 476

Luftballon fliegt 60 Kilometer

Etwa 600 Luftballons waren beim Abschlussfest der 9. Stormarner Kindertage im vergangenen September gestartet. Die SPD Stormarn hatte sich mit einem Luftballonwettbewerb am Fest rund um das Glinder Gutshaus beteiligt, den weitesten Flug schaffte der Ballon von Christoph Deininger. Der Ballon des 15jährigen Glinders wurde in Lübeck gefunden, in der Grönauer Heide unweit des Flughafens Blankensee.



Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn: „Von Glinde zum Lübecker Flughafen sind es ca. 60 Kilometer, das ist dieses Mal die weiteste Strecke gewesen.“

Gewonnen hat Christoph Deininger vier Eintrittskarten für den Hansapark, ein Gewinn, über den sich auch sein Bruder Hendrik freut. „Vor allem wollen wir den ‚Fluch von Novgorod‘ ausprobieren“, berichten die beiden. Eine Achterbahn mit 97 Grad Fallwinkel und einer Beschleunigung, die den Fahrer in 1,4 Sekunden auf 100 km/h bringt. Martin Habersaat und Frank Lauterbach, Vorsitzender der SPD Glinde, überbrachten die Karten und fragten sich, ob sie sich ebenso begeistert in so eine Bahn setzen würden...

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.05.2010, 09:12 Uhr - 1261 Clicks - Nr. 477

Rahmenplanung Kieler Förde auf einem guten Weg!

Zum Bericht des Bürgermeisters Todeskino zum Fortgang des Projektes „Rahmenplanung Kieler Förde“ erklären der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen, und baupolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Dirk Scheelje:

"Im heutigen (6. Mai 2010) Bauausschuss berichtet Bürgermeister Todeskino über den Fortgang das rot-grünen Projektes "Rahmenplanung Kieler Förde". Wir begrüßen außerordentlich den Fortschritt, den dieses wichtige regionale Projekt, das eine Strahlkraft weit über die Grenzen Kiels hinaus hat, macht.

Ein wichtiger Meilenstein ist die bevorstehende Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Gemeinden Schönberg, Wisch, Wendtorf, Stein, Laboe, Heikendorf,

Mönkeberg, Schönkirchen, Strande, Schwedeneck, Noer und der Landeshauptstadt Kiel. Erstmals ist es gelungen, mit allen Gemeinden rund um die Kieler Förde auf Augenhöhe eine zukunftsweisende Kooperation auf den Weg zu bringen und diese auch verbindlich zu regeln. Wir wollen mit den Gemeinden rund um die Kieler Förde ein Denken ohne Grenzen ermöglichen, die regionale Identität fördern und die Region der Kieler Förde insgesamt attraktiver machen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.05.2010, 09:14 Uhr - 1203 Clicks - Nr. 478

Erweiterte Betreuungszeiten

Zur Erweiterung der Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen besonders in Randzeiten erklären der jugendpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Volkhard Hanns, und der jugendpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis '90/Die Grünen, Markus Engelmann:

„In engagierter Arbeit mit Trägern, Verwaltung und anderen Fraktionen hat die Kooperation im letzten Jahr die Erweiterung der Randbetreuungszeiten initiiert. Das ist ein großer Schritt, um Kiel noch kinder- und familienfreundlicher zu machen. Wir freuen uns über diese gute Nachricht für alle Kieler Familien, die Beruf und Familie trotz nicht immer leichter Rahmenbedingungen unter einen Hut bringen.“

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 10.05.2010, 10:03 Uhr - 68720 Clicks - Nr. 479

SPD-Frauen + Forum Familie unterstützen Bündnis: „Unsere Kinder – unsere Zukunft

Für Montag, den 10. Mai, hat das Bündnis aus Landeselternvertretung der Kindertagesstätten, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und anderen Organisationen einen Aktionsstart ausgerufen.

Unter dem Motto: „**Kürzt den Kindern nicht die Zukunft. Uns reicht's!**“ wird um fünf vor zwölf an zahlreichen Kitas im ganzen Land mit einer Banner-Enthüllung für die Aktionswochen, gegen die aktuellen Sparpläne der Kieler CDU-FDP-Regierung, mobilisiert.



Diese Proteste finden die volle Unterstützung der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) und des „Forums Familie“ in der schleswig-holsteinischen SPD. „In der Weise bei Kindern und Kinderbetreuung zu kürzen, wie es die schwarz-gelbe Landesregierung vorhat, ist unverantwortlich – und sogar verlogen“, konstatieren die AG-Vorsitzenden Cornelia Östreich und Friedhard Temme. Sie erinnern daran, dass die CDU selbst es war, die in der Großen Koalition mit der Idee eines beitragsfreien dritten Kita-Jahres vorpreschte – während die SPD längerfristig eine völlige Gebührenbefreiung einführen wollte. „Nun zeigt sich, es war alles bloße Taktik. Zügig nach der Landtagswahl wird auch das eine kostenlose Jahr wieder zur Disposition gestellt“ so Östreich und Temme. Damit würden in einem Bundesland, in dem Kinderbetreuung ohnehin rar und relativ teuer sei, Kita-Leitungen verunsichert, Eltern verprellt und Kinder ihrer Chancen beraubt. Die Deckelung bzw. Kürzung der Zuschüsse hat zur Folge,

dass die geltenden Standards für Kindertagesstätten verschlechtert werden. „Gruppen noch größer zu machen, ErzieherInnenstellen noch knapper zu kalkulieren, die Qualifikation des Personals weiter in Frage zu stellen – und dann zu erwarten, dass die Kita ihren Bildungsauftrag erfüllt: Wie soll das gehen?“ fragen sich die SPD-Aktiven.

Eine Rechtfertigung durch das Spardiktat, unter dem der Landeshaushalt zweifellos steht, sehen Östreich und Temme gleichfalls nicht: „Bei Kindern kann nicht ‚gespart‘ werden – Schleswig-Holstein investiert schon jetzt unterdurchschnittlich in Kinderbetreuung. Aber die Landesregierung aus CDU und FDP setzt offensichtlich die falschen Prioritäten.“ Außerdem sei daran erinnert, dass diese Regierung einen Großteil des Spardrucks selbst verschuldet hat – durch ihre Zustimmung zum sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das die Landes- und kommunalen Haushalte weiter ausbluten lasse und nun auch zu Lasten der schleswig-holsteinischen Kinder gehe. „Deshalb rufen wir auf, die zahlreichen Aktivitäten des Aktionsbündnisses zu unterstützen.“

Einen Überblick erhalten Sie auf der Internetseite <http://www.unsere-kinder-unsere-zukunft.de/>.

Cornelia Östreich und Friedhard Temme, 9. Mai 2010

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 10.05.2010, 12:15 Uhr - 3653 Clicks - Nr. 480

Großer Vertrauensbeweis für Johanna Skalski

Mit einem deutlichen Votum haben die Quickborner Bürgerinnen und Bürger dem amtierenden Bürgermeister Köppl die rote Karte gezeigt. Mehr als die Hälfte wollen einen Wechsel. Mit 32.5 % schnitt die von der SPD unterstützte Kandidatin Johanna Skalski sehr gut ab und wird nun in die Stichwahl am 6. Juni gehen.

Was Viele nicht erwartet hatten, ist eingetreten, dass nämlich eine Bewerberin von draußen, die noch nicht so intensiv mit den Quickborner Eigenheiten verwachsen ist, eine so deutliche Zustimmung erhalten würde. Die feste Bindung eines Bürgermeisters an eine Partei ist nicht mehr zeitgerecht und das wird von den Bürgern honoriert.

Johanna Skalski wird nun die kommenden Wochen bis zum 6. Juni dazu nutzen, ihre bisher aufgebauten Kontakte zu Quickborner Vereinen und Verbänden auszubauen und noch mehr in die konkrete Tagespolitik Quickborns einzusteigen. Sie wird aber auch die intensiven Hausbesuche fortsetzen und dabei die Menschen in Quickborn davon überzeugen, dass der Wechsel im Rathaus nicht nur wünschenswert, sondern auch dringend erforderlich ist.

Die Quickborner SPD gratuliert Johanna zu ihrem großartigen Erfolg und wünscht ihr viel Erfolg auf dem Weg ins Rathaus.

Kommentar von [Armin Swerd](#) vom 12.05.2010, 10:35 Uhr:

RE: Großer Vertrauensbeweis für Johanna Skalski

Herzlichen Glückwunsch Frau Skalski, RESPEKT!! ... das Wahlergebnis ist wirklich fast schon ein Wunder, nach der Nominierung von Frau S-M hatte ich vermutet, daß Herr K als lachender

Dritter den Schlachtplatz verläßt. Jetzt stellt sich nur noch die Frage: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, daß S-M-Wähler nun dem Herrn K. ihre Stimme geben? -schmunzel-höchstens im einstelligen Prozentbereich denke ich, das wären dann maximal 3% der gesamten Wähler, wenn Frau Skalski ihre Wähler halten kann, naja, hoffen wirs mal, dann kann doch nichts mehr schief gehen! oder? Jetzt noch mal richtig kämpfen, so nah war noch keiner dran!! Viel Glück

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 10.05.2010, 14:04 Uhr - 55304 Clicks - Nr. 481

Traditionsschiffe dürfen weiterhin zahlende Passagiere befördern Ausnahmeregelung auch für kleinen Grenzverkehr wahrscheinlich

Kiel: Die EU-Fahrgastrichtlinie hindert deutsche Traditionsschiffe nicht daran, zahlende Passagiere zu befördern. Dies teilte das Bundesministerium für Verkehr dem Büro der schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Ulrike Rodust auf Anfrage mit.

In seiner Stellungnahme weist das Ministerium ausdrücklich darauf hin, dass nach deutschem Recht zertifizierte Traditionsschiffe – anders als in den letzten Wochen in schleswig-holsteinischen Medien wiederholt behauptet – nicht unter die europäische Fahrgastschiffsrichtlinie fallen. Vielmehr gelten für diese Schiffe nationale Regelungen, die die baulichen und betrieblichen Besonderheiten von Traditionsschiffen berücksichtigen und sie eben nicht modernen Fahrgastschiffen gleichstellen.



Auch darf zwar bei Traditionsschiffen unter deutscher Flagge nicht der kommerzielle Einsatz als Fahrgastschiff im Vordergrund stehen, sondern „der Erhalt des Schiffes als historisch wertvoller Zeuge der maritimen Seeschiffahrtsgeschichte“, die entgeltliche Beförderung auch von mehr als 12 Fahrgästen schließt dies aber ausdrücklich nicht aus.

Da es sich bei den deutschen Sicherheitszeugnissen für Traditionsschiffe um nationale Zertifizierungen handelt, ist deren Anerkennung durch andere Staaten natürlich nicht automatisch gegeben, was im Grenzverkehr mit Dänemark in der Vergangenheit zu Schwierigkeiten geführt hat. Laut Auskunft des Ministeriums ist aber zu erwarten, dass hier eine deutsch-dänische Verwaltungsvereinbarung Abhilfe schaffen wird. Das Bundesministerium ist zuversichtlich, dass eine solche Vereinbarung deutschen Traditionsschiffen in der Flensburger Förde die Überfahrt nach Dänemark mit mehr als 12 Fahrgästen ermöglichen wird.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 10.05.2010, 15:07 Uhr - 7526 Clicks - Nr. 482

Neumitgliederkonvent in Neumünster motivierte

Aus Sicht der teilnehmenden Neumitglieder des Kreises Schleswig-Flensburg stieß der Neumitgliederkonvent der SPD Schleswig-Holstein in Neumünster auf reges Interesse.

Die Veranstaltung war gut strukturiert. Viel Beachtung fanden die Informationstische der Arbeitsgemeinschaften und Jusos. Die Neumitglieder formulierten in Arbeitsgruppen ihre Fragen und Wünsche, die von Ralf Stegner beantwortet wurden. Es gab einige, die zur Partei zurückgefunden haben und das hat Mut gemacht.



Die Jusos Johanna Tiedemann und Fabian Marx aus Steinfeld hatten bei der Gewinnspielverlosung großes Glück. Sie gewannen jeweils eine 3tägige Reise für 2 Personen nach Berlin, wo sie den Bundestag besichtigen werden.

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 10.05.2010, 17:06 Uhr - 14247 Clicks - Nr. 483

Staatisten begeistern vor vollem Haus

„Kamera ab, Ton an, Barkarett der fünfte Teil - und - Action“, hieß es am vergangenen Donnerstag im Kulturhof. Die Staatisten aus Kiel waren auf Einladung des SPD-Kreisverbandes nach Itzehoe gekommen, und gaben in der bekannt schönen Atmosphäre des Kulturhofes ein begeisterndes Gastspiel.



Präsentiert wurde das nunmehr fünfte Programm der Barkarettisten, die sich 1990 zusammengefunden hatten. In jenem Jahr trafen sich fünf mehr oder weniger verkrachte Existenzen durch Zufall in einer Bar irgendwo in Deutschland, und taumeln seitdem gemeinsam durch die Weltgeschichte.

Nicht fair aber immer fein wird das politische und gesellschaftliche Geschehen begleitet und kommentiert.

Diesmal bildet die Oscar-Verleihung den Rahmen für einen Reigen aus Gesang, Spiel und Stepptanz. Ohne Hemmung werden bekannte Melodien mit eigenen Texten gepaart und eigenen kabarettistischen Bedürfnissen angepasst.

Eigentlich sind Norbert, Wolfgang, Katharina und Birgit nach Los Angeles gereist, um an der Oscar-Verleihung teilzunehmen und die ihnen zustehenden Kontakte zur Traumfabrik zu knüpfen. Es gelingt ihnen jedoch nicht eingelassen zu werden. Sie stranden in einer Bar und treffen ihren Pianisten Markus wieder, den sie im vergangenen Programm verloren glaubten.

Die Staatisten starten zu einem Ritt durch die Niederungen aktueller Politik, immer knapp an der Erkenntnis des eigenen Versagens vorbei. Die Welt ist ein großes Kino und wir sind die Statisten. Steven Spielberg ist ein Regisseur aus Hollywood, Angela und Guido sind zwei Sternchen in der deutschen Landschaft, und der Papst ist auch dabei.

Insgesamt erlebte das Publikum einen vergnüglichen, zynischen, nachdenklichen und zuweilen tragikomischen Abend. Die Staatisten – ein Kabarettquintett, das gern wiederkommen darf.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 10.05.2010, 17:31 Uhr - 5476 Clicks - Nr. 484

Schwarz - Gelb: Mit Vollgas ins Chaos!

In der PRIMA SONNTAG vom 09. Mai 2010 erklärt der SPD-Fraktions- und Kreisvorsitzende Andreas Hering:

Am Anfang eine Frage: Wenn keine Regeln herrschen, dann herrscht

- a)Anarchie
- b)der globale Finanz-Zocker-Raubtier-Kapitalismus
- c)schwarz-gelb?



Auflösung folgt! Doch nun zum Thema: Schwarz-Gelb, dass in Zukunft in Schleswig-Holstein jede Gemeinde machen kann, was sie will. So darf zum Beispiel Tasdorf in Zukunft ohne weiteres riesige Wohnblocks neben einem überdimensionierten Supermarkt bauen. Oder die Weltgemeinde Mühbrook dürfte zum Beispiel ein Wohngebiet ausweisen, um die eigene Einwohnerzahl - sagen wir - zu verdoppeln. Und warum das ganze? Tja, das fragen nicht nur Sie sich, wir fragen uns das auch.

Das steckt dahinter: Der noch gültige Landesentwicklungsplan regelt grundsätzlich das Entwicklungsverhältnis der Kommunen in Schleswig-Holstein. So dürfen z. B. Gemeinden wie Boostedt oder Tasdorf nur in einem bestimmten Verhältnis zu ihrer jetzigen Einwohnerzahl wachsen. Auch darf zum Beispiel jetzt Rendsburg nicht auch noch ein DOC bauen. Der Landesentwicklungsplan setzt vernünftige Grenzen für ein gesundes Wachstum von ganz Schleswig-Holstein. Dies wollten auch die damaligen SPD-Innenminister Stegner und Hay während der Großen Koalition so fortschreiben. Und was macht schwarz-gelb? Logisch: Deregulieren! Deregulierung hat ja auch schon auf den Finanzmärkten geholfen. Sie wissen schon: Die gesunden Banken Hypo Real Estate, Lehmann Brothers, oder auch Opel, ein wirklich gesundes Unternehmen.

Was schwarz-gelb da macht, ist zündeln auf höchstem Niveau. Das Ergebnis wird sein, dass Kommunen nicht mehr Miteinander arbeiten, sondern im Wettbewerb gegeneinander stehen.

Kann das gut sein für unser Land? Deswegen: Wir Sozialdemokraten stehen zu klaren Regeln für ein gesundes Miteinander.

Ach ja: Die Auflösung! Richtig ist natürlich a), und b) natürlich auch. Aber richtig richtig ist c): Willkommen im schwarz-gelben Chaos.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 10.05.2010, 22:12 Uhr - 4546 Clicks - Nr. 485

Fahrbücherei fährt Erfolge ein

In der jüngsten Sitzung des Schul- und Kulturausschusses ging es auch um das Büchereiwesen in Stormarn. Es berichteten Dr. Heinz-Jürgen Lorenzen, Direktor der Büchereizentrale Schleswig-Holstein und Frank Stiller, der Leiter der Fahrbücherei Stormarn. Martin Habersaat, MdL und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, freute sich: „Nachdem der Kreis, wie von der SPD gefordert, wieder in die Finanzierung der Fahrbücherei eingestiegen ist, gehen die Leserzahlen bergauf.“



Der ‚Schlag ins Kontor‘ werde langsam verkraftet. "Das Bibliothekswesen ist eine klassische Kreisaufgabe, hier müssen wir unserer Ausgleichsfunktion nachkommen."

Die Fahrbücherei Stormarn versorgt seit 30 Jahren die Einwohnerinnen und Einwohner der Landgemeinden mit Literatur. Fünf Gemeinden konnten oder wollten nach dem Ausstieg des Kreises die Fahrbücherei nicht selbst finanzieren. Nun können diese wieder angesteuert werden und die Zahl der aktiven Leser stieg um 7,9% auf 2267. In Delingsdorf wurden durch eine verbesserte Haltestellenverteilung 56,2% mehr Medien ausgeliehen, in Witzhave betrug die Steigerung 82,3%. Habersaat: „Witzhave ist ein besonders erfreulicher Fall, zumal die höheren Ausleihzahlen hier besonders vielen jungen Familien mit Kindern zuzuordnen sind.“

An anderer Stelle gibt es sogar einen erfreulichen Rückgang von Ausleihzahlen bei der Fahrbücherei: In vielen Grundschulen des Kreises entstehen durch den Einsatz von Eltern, Lehrern und Schülern wieder starke Schülerbüchereien. Martin Habersaat, bis zu seinem Einzug in den Landtag Deutschlehrer: „Das ist ein Trend, den wir in Stormarn hoffentlich beibehalten können!“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 10.05.2010, 22:17 Uhr - 6122 Clicks - Nr. 486

Beschäftigung und Wirtschaft in Stormarn stärken - familienfreundliche Arbeitsbedingungen schaffen!

Diskussionsveranstaltung mit Dagmar Ziegler, MdB, der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Franz Thönnies, MdB, Birte Kruse-Gobrecht, Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Stormarn, Theda Greisner, IHK zu Lübeck, Dr. Heike Grote-Seifert, Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Bad Oldesloe.

Angefragt ist zudem Melanie Meyer, DGB-Vorsitzende der Region Schleswig-Holstein Süd-Ost. 27. Mai, 19.30 Uhr, Restaurant Strehl, Reeshoop 50, 22926 Ahrensburg.

Thema: Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Standortvorteil. Noch sind wir weit davon entfernt, hier zufriedenstellende Bedingungen zu haben, aber es gibt Konzepte, die Hoffnung machen.



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.05.2010, 11:59 Uhr - 1272 Clicks - Nr. 487

Innenstadtentwicklung nimmt Formen an – Städtebauförderung unentbehrlich

Zu der Berichterstattung über die Pläne zur Innenstadtentwicklung erklären der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen, und der baupolitische Sprecher Ratsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen, Ratsherr Dirk Scheelje:

„Wir begrüßen das Engagement von Oberbürgermeister Albig für die Attraktivierung der Kieler Innenstadt mit Tourismusmitteln des Landes nachdrücklich. Die realistische Umsetzbarkeit der einzelnen Vorschläge werden wir sorgsam prüfen. Mit Tourismusmitteln alleine wird die Innenstadtentwicklung allerdings nicht wie erforderlich realisierbar sein.

Deshalb fordern wir den Oberbürgermeister auf, sich gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen anderer Städte für den Erhalt der Städtebauförderung beim Land stark zu machen. Deren Reduzierung oder gar Streichung wäre ein weiterer Schlag ins Kontor der Kommunen. Insbesondere für die Sanierung und Erweiterung des Konzertsaals sind diese Mittel erforderlich.

Natürlich ist die Selbstverwaltung an der Entwicklung der Pläne zur Innenstadtentwicklung beteiligt – oder hat die CDU die Beschlussfassung beispielsweise in der Ratsversammlung vom 18.2.2010 (Drucksachen 0106/2010 und 0111/2010) völlig vergessen?“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.05.2010, 12:03 Uhr - 1211 Clicks - Nr. 488

Bürgerhaushalt ist Schritt auf dem Kieler Konsolidierungspfad von SPD, GRÜNEN und

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

„Bürgerhaushalte sind eine gute Möglichkeit, um die Kielerinnen und Kieler besser an kommunalpolitischen Entscheidungen zu beteiligen. Deshalb wollen wir einen Kieler Bürgerhaushalt in einem Amt der Stadtverwaltung modellhaft einführen und die dabei gemachten Erfahrungen in die weitere Diskussion über die Ausweitung dieser Beteiligungsform einfließen lassen. So haben wir es bereits in unserem Kooperationsvertrag vom Juli 2008 vereinbart, und bereits im Dezember 2008 haben wir die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung eines Konzepts für einen solchen Bürgerhaushalt als Bestandteil des Reformkatalogs (Drs. 1141/2008 Ziff. 10) beauftragt, der ein späterer Schritt auf dem von SPD, GRÜNEN und SSW entwickelten Kieler Konsolidierungspfad sein wird. Die FDP-Ratsfraktion kommt mit ihrem Anliegen also wieder einmal zu spät.

Zuvor müssen bei der Umstellung auf das doppische Haushaltsverfahren, die eine gewaltige und anerkennenswerte Kraftanstrengung von allen Beschäftigten im Kieler Rathaus verlangt, allerdings Prioritäten gesetzt werden. Zur tatsächlichen Bewertung der finanziellen Grundausstattung der Landeshauptstadt Kiel fehlt aktuell insbesondere noch die so genannte Eröffnungsbilanz, die den Vermögensbestand der Stadt feststellt. Erst aus der Gesamtheit der dann zur Verfügung stehenden Daten können nach und nach die Bereiche nebst verfügbaren Haushaltsmitteln herausgearbeitet werden, die tatsächlich verfügbar sind für Entscheidungen und nicht Pflichtaufgaben aufgrund landes- oder bundespolitischer Gesetzgebung. Erst wenn das neue doppische Verfahren in der Stadtverwaltung in der Praxis „angekommen“ ist, macht es Sinn, eine Beteiligung der Kielerinnen und Kieler durch einen Bürgerhaushalt zu erproben. Dabei wird es Aufgabe der Kommunalpolitik sein, die strategische Steuerung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zu leisten und eine effiziente Bewirtschaftung trotz weiterhin sinkender Einnahmen und steigender Ausgabebedarfe sicher zu stellen.“

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 11.05.2010, 15:54 Uhr - 3908 Clicks - Nr. 489

Osterrönfelder Seifenkistenrennen mit Fockbeker Unterstützung

Wie im letzten Jahr auch unterstützt die Gemeinde Fockbek das Osterrönfelder Seifenkistenrennen. Wenn am 04. Juli der „2. O'felder Seifenkisten Cup 2010“ von SPD und OTSV im Aspelweg startet, sollen auch Kinder ohne eigene Seifenkiste die Möglichkeit bekommen, am Rennen teilzunehmen.



Daher stellt die Gemeinde Fockbek den Osterrönfelder Veranstaltern drei ihrer Seifenkisten für das Rennen zur Verfügung, die für alle Kinder ab 8 Jahren bis zu einer Körpergröße von 1,50m bereitstehen. Anmeldungen hierfür sind ab sofort möglich.

Darüber hinaus werden Anmeldungen von Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern ab 8 Jahren

mit eigener Seifenkiste weiterhin über die Internet-Seite unter www.ofelder-seifenkiste.de entgegengenommen, ebenso für das erstmals stattfindende Bobby-Car-Rennen für Kinder zwischen 3 und 8 Jahren. Anmeldeschluss für alle Anmeldungen ist der 07. Juni!

Weitere Informationen und Anmeldemöglichkeiten gibt es unter www.ofelder-seifenkiste.de

--

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 11.05.2010, 16:46 Uhr - 8691 Clicks - Nr. 490

Hallo, Erde an Steuersenker!

*Zur heutigen regionalen Steuerschätzung für Schleswig-Holstein sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion, **Birgit Herdejürgen**:*

Die Ergebnisse können kaum überraschen und machen die ganze Absurdität einer Steuersenkungsdebatte deutlich. Ausgabenreduzierung und Konsolidierung der Einnahmen müssen Hand in Hand gehen, damit Schleswig-Holstein aus dem Tief herauskommt.

Dennoch hält die schwarz-gelbe Landesregierung es in dieser Situation für akzeptabel, mit einzelbetrieblicher Förderung in Millionenhöhe den Wettbewerb zu verzerren, den öffentlichen Status unserer Sparkassen in Gefahr zu bringen und sich gegen eine Verwaltungsstrukturreform zu sperren. Dieses Handeln ist unverantwortlich.

Die Koalitionsfraktionen täten gut daran, sich mit den anderen Fraktionen zusammenzutun, statt hinter verschlossenen Türen in einer „Haushaltsstrukturkommission“ ihre Untätigkeit zu verschleiern.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 12.05.2010, 08:31 Uhr - 3784 Clicks - Nr. 491

Erste Patenschaft mit türkischer Stadt

Zu den Bestrebungen der Landeshauptstadt Kiel, eine Städtepartnerschaft mit der türkischen Stadt Samsun am Schwarzen Meer vorzubereiten, erklären die Kieler Landtagsabgeordneten Serpil Midyatli und Rolf Fischer:

Wir setzen uns für eine möglichst schnelle Umsetzung dieser Städtepartnerschaft ein. Die Landeshauptstadt würde damit ein starkes überregionales Zeichen der Verständigung setzen. Erste Reaktionen der Vertreter der türkischen Stadt und der politischen Vertretung belegen, dass in Samsun ein großes Interesse an dieser neuen Kooperation besteht. Wir schlagen vor, dass auch das Land Schleswig-Holstein diese Kooperation, die bisher ohne Beispiel in Schleswig-Holstein ist, unterstützt. So könnte ein gemeinsamer Förderpreis für maritime Wirtschaftsinnovationen, der Aufbau von Schulpartnerschaften, die Kooperation der Universitäten sowie die kulturelle Zusammenarbeit sehr schnell realisiert werden. Dafür wollen wir auf der kommunalen und der Landesebene werben.

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 12.05.2010, 19:52 Uhr - 5691 Clicks - Nr. 492

**Kiel wehrt sich gegen das neue Schulgesetz
Vor dem Hintergrund der Proteste von Schülern, Eltern, Lehrern und
Lehrerverbänden gegen das neue Schulgesetz der CDU/FDP-
Landesregierung hat der Kreisvorstand der Kieler SPD einen
Grundsatzbeschluss gefasst.**



„Die Nachteile des neuen Schulgesetzes treffen auch Kiel. Viele Schulen und Eltern sind irritiert über die angekündigte Reform. Ohne Grund wird ein bestehendes System geschliffen.

Wir wollen keine neuerliche Schulreform, die die Bildungskämpfe der Vergangenheit wieder ans Tageslicht holt. Wir haben deshalb beschlossen:

1. Die CDU/FDP Landesregierung zerstört mit dem vorgelegten Schulgesetz die bundesweit anerkannte und vielfältig in der Umsetzung begriffene Schulreform von 2007. Das hat auch für die Kieler Schullandschaft ernste Konsequenzen. Die im Aufbau befindlichen Gemeinschafts- und Regionalschulen in Kiel stehen vor einem schulpolitischen Chaos.
2. Wir kritisieren aufs Schärfste, dass die Vorstellungen des FDP-Bildungsministers Herrn Klug das mögliche Aus für die gymnasiale Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen bedeutet. Die geplante Verschiebung hunderter Lehrerstellen aus anderen Schulen an die Gymnasien schadet gerade den neuen Gemeinschaftsschulen, deren Lehrer/innen künftig bis zu 1,5 Stunden pro Woche mehr arbeiten müssen als Gymnasiallehrer/innen.
3. Wir lehnen das sog. „Y-Modell“ der Landesregierung (Gymnasien bieten parallel G9 und G8-Zweige an) entschieden ab ebenso wie das „Turbo-Abi“ nach 8 Jahren. Das neue Schulgesetz führt zu einer Zergliederung der Schullandschaft und schafft Gymnasien scheinbar erster und zweiter Klasse. Ziel der Landesregierung ist offensichtlich, dass sich die Gemeinschaftsschulen wieder zu Realschulen mit Hauptschulenteil zurückentwickeln. Dies trifft auf unseren Widerstand.
4. Wir unterstützen längeres gemeinsames Lernen und die Form der Gemeinschaftsschule wie sie konzeptionell und auch baulich in Kiel auf den Weg gebracht wurde und wird. Nur so entsteht Chancen- und Bildungsgerechtigkeit“, so SPD-Kreischef Rolf Fischer.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 12.05.2010, 23:06 Uhr - 2856 Clicks - Nr. 493

Kaminabend mit Thede Boysen

Der SPD-Ortsverein Flensburger Mitte lädt für den 25. Mai zum nächsten Kaminabend ein.

Zu Gast wird der Oberbürgermeisterkandidat Thede Boysen sein. Im Gespräch mit dem Publikum wird Thede Boysen persönliches, politisches und seine Visionen für Flensburg verraten.

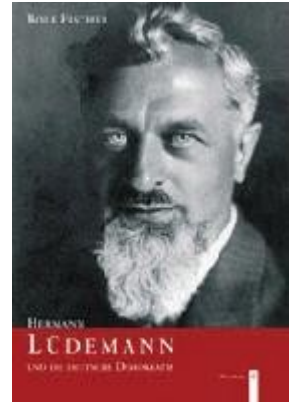
Die Öffentliche Veranstaltung findet im SPD-Büro, Große Str. 69 statt und beginnt um 19:30 Uhr. Die Moderation wird Stephan Kienabß haben.

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 13.05.2010, 11:14 Uhr - 5998 Clicks - Nr. 494

Historischer Stammtisch

Der "Historische Stammtisch" ist eine gemeinsame Veranstaltungsreihe von den Jusos Kiel, der AG 60 Plus sowie dem Kieler MdB Hans - Peter Bartels. Mehrmals im Jahr treffen wir uns an meist traditionsreichen Orten, um über sozialdemokratische Geschichte in Kiel zu sprechen. Am Donnerstag, dem 27.05. um 19 Uhr im Legienhof, lautet das Thema "Hermann Lüdemann". Er war der erste gewählte Ministerpräsident Schleswig - Holsteins von 1947 - 1949 und ein sozialdemokratischer Wegbereiter der Bundesrepublik. Als Referenten freuen wir uns auf den Kieler Landtagsabgeordneten Rolf Fischer, der Autor der ersten Lüdemann - Biographie ist.



Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 14.05.2010, 12:47 Uhr - 3683 Clicks - Nr. 495

SPD Glinde - Vorsitzender bestätigt

Auf ihrer Jahreshauptversammlung hat die SPD Glinde ihren Vorsitzenden Frank Lauterbach einstimmig im Amt bestätigt. Frank Lauterbach ist nun bis 2012 Chef der Gliner Sozialdemokraten. Neu im Vorstandsteam ist Manfred Wagner, der einstimmig zum Orga-Leiter gewählt wurde. Den Vorstand in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen wird Andreas Timmann, der in einer der nächsten Versammlungen zum Beisitzer im Vorstand gewählt werden soll.



Frank Lauterbach hat sich vorgenommen, verstärkt auf lokale Themen zu setzen und die Kooperation mit dem Kreisverband zu verstärken. Hier sagte Martin Habersaat Unterstützung zu, der als SPD-Kreisvorsitzender und örtlicher Landtagsabgeordneter als Gast an der Jahreshauptversammlung teilgenommen hatte.

Unter anderem beschlossen die Sozialdemokraten, ihr traditionelles Kinderfest in diesem Jahr ins Neubaugebiet am Depot zu verlegen. Außerdem berichtete Marietta Exner von der geplanten Ausfahrt des Diskussionsstreiffs 60plus nach Fehmarn.

Foto:

Obere Reihe v.l.: Manfred Wagner, Marietta Exner (Beisitzerin), Andreas Timmann
Untere Reihe v.l.: Oliver Sendzig (stv. Vorsitzender), Frank Lauterbach, Peter Michael Geierhaas (Beisitzer)

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 14.05.2010, 13:22 Uhr - 3020 Clicks - Nr. 496

AG 60plus - Treffen am 20. Mai und Ausfahrt nach Fehmarn

Am 20. Mai laden Organisatorin Marietta Exner und ihr Team ein zum nächsten Diskussionsstreff 60plus. Wegen des Feiertages an Himmelfahrt eine Woche später als gewohnt, ab 15.00 Uhr im Bürgerhaus. Bei Kaffee und Kuchen sollen aktuelle politische Themen diskutiert werden, außerdem wird die Ausfahrt nach Fehmarn besprochen, die am 10. Juni stattfinden soll.



Los geht es mit der Ausfahrt am 10. Juni um 8.30 Uhr ab Glinde, auf dem Programm stehen ein Besuch des Meereszentrums, eine Inselrundfahrt und ein gemeinsames Mittagessen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 35 Euro. Weitere Informationen gibt es bei Marietta Exner unter 040 / 710 63 29.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.05.2010, 19:06 Uhr - 4202 Clicks - Nr. 497

Olof-Palme-Friedenspreis

Erstmals wehten zur Verleihung des Olof-Palmes-Friedenspreises am Reinbeker Schloss feierlich die Farben Schwedens und Schleswig-Holsteins. Martin Habersaat, Kreisvorsitzender der SPD Stormarn: „Für diese Idee bedanken wir uns beim tollen Hausmeisterteam des Reinbeker Schlosses. Es macht Spaß, wenn alle Beteiligten Ideen beisteuern, aus einer guten Veranstaltung eine noch bessere zu machen.“

Besondere Einfälle kündigt Habersaat auch für die kommenden Jahre an: 2011 wird der 25. Todestag Olof Palmes begangen, 2012 wird der Olof-Palme-Friedenspreis 25 Jahre alt. Zum Gedenken an den großen Schweden verleiht die SPD Stormarn seit 1987 den Olof-Palme-Friedenspreis, einen Preis, der sich an Vereine, Verbände oder einzelne Personen aus Stormarn richtet, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für alle Menschen engagieren.



Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 16.05.2010, 14:03 Uhr - 3699 Clicks - Nr. 498

Martin Habersaat: Das ärgert mich!

Um eine Debatte über politische Entscheidungen abseits von Haushaltszwängen anzuregen, hat der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat aus Barsbüttel seine persönlichen „TOP 5 - Aufreger“ zusammengestellt.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen und angesichts aktueller Sparzwänge ist es leicht, die Regierung zu kritisieren und sich mit Betroffenen zu solidarisieren. In vielen Fällen ist das auch absolut erforderlich, weil beim Sparen eben nicht „Alles auf den Prüfstand“ darf.

Es gelingt der Landesregierung aus CDU und FDP aber auch, unabhängig von den Sparpaketen Unmut zu erzeugen:

1. Mit einem neuen Sparkassengesetz wird das bewährte Sparkassensystem mutwillig zerstört. Die Sparkassenverbände in Land und Bund sind dagegen, Vorstand und Personalrat unserer Sparkasse Holstein sind dagegen, die vereinigten Kreishandwerkerschaften sind dagegen, Juristen bezweifeln die „EU-Festigkeit“ des Gesetzes - trotzdem mach Schwarz-Gelb weiter.
2. Der Kultur im Land geht es an den Kragen. Vielerorts wird um Tausender-Beträge gerungen und kämpfen Einrichtungen um ihr Überleben. Für das Marine-Ehrenmal in Laboe hat die Regierung dann aber 600.000 Euro parat. Und das Parlament erfährt aus der Zeitung davon.
3. Der demographische Wandel macht auch vor Schleswig-Holstein nicht halt. Ein Landesentwicklungsplan müsste diesen Bevölkerungsrückgang berücksichtigen und Zielmarken für die Entwicklung des Landes setzen. Das tun CDU und FDP nicht. Sie „liberalisieren“ (= verzichten auf Vorgaben). Freier Wettbewerb zwischen den Kommunen. Verödete Innenstädte und halbleere Baugebiete werden billigend in Kauf genommen.
4. In Hamburg und Bremen haben sich die Parteien auf einen „Schulfrieden“ geeinigt. CDU und SPD haben in Zeiten der großen Koalition in Schleswig-Holstein ein Schulgesetz auf den Weg gebracht, dass, trotz aller Schwierigkeiten in der Umsetzung, als vorbildlich galt. FDP-Bildungsminister Klug aber möchte zurück zum dreigliedrigen Schulsystem, höhlt das Modell Gemeinschaftsschule aus und bringt Schleswig-Holsteins Gymnasien mit seinem „Y-Modell“ auf einen bundesweiten Sonderweg.
5. Das „Beauftragten-Unwesen“ kritisierte die CDU in Schleswig-Holstein zu Zeiten rot-grüner Landesregierungen. Als eine der ersten Amtshandlungen wurden dann aber nach der Wahl 2009 zwei neue Beauftragte ernannt - für Integration und für den Mittelstand. Das mag inhaltlich zu rechtfertigen sein. Aber musste Herr Carstensen als Beauftragten für die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein ausgerechnet den Schatzmeister der CDU Schleswig-Holstein aussuchen?



Keine Kommentare

Osterrönfelds grüne Lunge

„CO2 im Wilden Moor“. Was wie ein Umweltskandal klingt, beschreibt nicht weniger als die grüne Lunge Osterrönfelds. Das mehrere hundert Hektar große Wilde Moor vor den Toren der Gemeinde trägt durch Bindung von klimaschädlichen CO2-Gasen zum Umweltschutz bei. Dies erfuhren Mitglieder und Gäste der SPD Osterrönfeld während einer Exkursion im Wilden Moor.



Unter der fachkundigen Führung von Stefan Rathgeber, Mitglied im Unabhängigen Kuratorium Landschaft Schleswig-Holstein (UKLSH), wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in einer 3-stündigen Frühwanderung das Wilde Moor in seiner Funktion und Vielfalt erklärt.

Neben der vielfältigen Schutzfunktion für die Tier- und Pflanzenwelt trägt die fortschreitende Vernässung des Wilden Moores zum Umwelt- und Klimaschutz bei. Durch das Aufstauen von Regenwasser wird ehemals trockengelegtes Moor wieder vernässt. Hierdurch wächst langfristig Torf heran, der CO2 bindet. Diese Maßnahmen werden vom UKLSH seit Jahren in Osterrönfeld durchgeführt und geleitet.

Nach Informationen von Dr. Kuno Brehm, Vorsitzender des UKLSH, können nach einer erfolgreich abgeschlossen Vernässung von Moorflächen jährlich rund 733 kg CO2 pro Hektar (entsprechend 296 Liter Benzin) gebunden und damit der Atmosphäre entzogen werden.

Würde man intakte Moorflächen hingegen trockenlegen, würden große Mengen CO2 freigesetzt werden und das Klima zusätzlich schädigen. Grund hierfür ist, dass vormals nasses und unter Luftabschluss gespeichertes organisches Material (Torf) nun mit Luft in Berührung kommen und das vorher gebundene CO2 durch einen Zersetzungsprozess wieder abgeben würde. National wie international ringen daher erste Experten darum, dass die Vernässung von Mooren als Klimaschutzmaßnahme anerkannt wird.

Durch die ehrenamtliche Arbeit des Unabhängigen Kuratoriums Landschaft Schleswig-Holstein und seiner Unterstützer ist Osterrönfeld hier bereits einen Schritt weiter und handelt. Hierdurch ergeben sich nicht zuletzt auch noch erhebliche touristische Möglichkeiten.

Die SPD Osterrönfeld dankt für dieses ehrenamtliche Engagement und empfiehlt Interessierten eine der nächsten Moor-Exkursionen des UKLSH.

Keine Kommentare

[SPD Flensburg-Nord](#) - veröffentlicht am 16.05.2010, 15:57 Uhr - 2678 Clicks - Nr. 500

Veranstaltungshinweis: "Kunst Baustelle Kultur"

Der SPD-Ortsverein Flensburg-Nord freut sich, auf folgende Veranstaltung hinweisen zu können:

Vom Freitag, dem 28. Mai bis zum Sonntag, dem 6. Juni 2010 findet im Flensburger Norden die " **Kunst Baustelle Kultur** " statt.

An zwei Orten, nämlich der alten Schule in der Duburger Straße 14 (KKI) und in der ehemaligen Deutschen Bank in der Neustadt 12, kommen Künstler und Künstlerinnen aus dem Flensburger Norden mit Künstlern und Künstlerinnen aus Hamburg, Bremen und Kiel für dieses Projekt zusammen.

An dem Kunstprojekt sind ebenso Studierende der Uni in Flensburg und Schüler und Schülerinnen aus verschiedenen Einrichtungen und Schulen (auch aus dem Flensburger Norden) mit anspruchsvollen eigenen Projekten beteiligt.

"Daneben" gibt es noch ein kleines, qualitativ sehr wertvolles Filmprogramm.

Der Verein Flensburger Norden und weitere Vereine aus unseren Stadtteilen wie "8001", "Creakult" und "KKI" sind die Motoren der Kunst Baustelle.

Mehr Informationen: www.kunst-baustelle-kultur.de

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 16.05.2010, 22:10 Uhr - 4807 Clicks - Nr. 501

Sozialdemokratische Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein

Zu einer Verkehrskonferenz lädt die SPD Schleswig-Holstein am 7. Juni ab 18.00 Uhr in die Mediadocks in Lübeck (Willy-Brandt-Allee 31a) ein. Unter der Moderation von Jörn Thießen referieren und diskutieren u.a. Ralf Stegner, Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzender, Kurt Bodewig, Landesverkehrsminister a.D., Bernd Rohwer, Landesminister a.D. und Bettina Hagedorn, MdB.



Schleswig-Holstein kann bundesweit zu einem Vorbild einer „Neuen Verkehrspolitik“ werden. Diese Möglichkeiten sollen ausgelotet und miteinander debattiert werden. Rückfragen und Anmeldung: SPD Landesverband Schleswig-Holstein, nina.thielscher@spd.de.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.05.2010, 09:30 Uhr - 1172 Clicks - Nr. 502

Stadthaushalt erneut ohne Kürzungen genehmigt!

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

„Der mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und SSW beschlossene Stadthaushalt 2010 ist vom Innenministerium ohne Kürzungen genehmigt worden. Damit setzt die Rathauskooperation ihren soliden finanzpolitischen Kurs fort. Denn bereits der vorangegangene Stadthaushalt 2009 ist vom Innenministerium auch ohne Kürzungen genehmigt worden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die unzureichende Finanzausstattung der Städte und

Gemeinden in Deutschland – und damit auch der Landeshauptstadt Kiel – zwingen alle zu einer rationalen und verantwortlichen Konsolidierungspolitik. Allein durch Einsparungen in den Verwaltungsabläufen oder durch die Reduzierung von freiwilligen Leistungen (z.B. im Kulturbereich) ist aber kein Großstadthaushalt, auch nicht der Kieler Haushalt, zu konsolidieren. Grundlage jeder Haushaltskonsolidierung sind stabile Steuereinnahmen, die Konsolidierungsspielräume eröffnen. Diese Einnahmen werden vor allen Dingen von staatlicher Seite – und nicht von der Stadt – bestimmt, z.B. die städtischen Anteile an der Einkommenssteuer und an der Umsatzsteuer sowie die Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

Seit der nordrhein-westfälischen Landtagswahl vom 09. Mai 2010 kann auch Kiel nun zuversichtlicher in die Zukunft blicken: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die Reißleine ziehen müssen und angesichts fehlender Mehrheiten im Bundesrat die für die Kommunen tödlichen Steuersenkungspläne ihrer Regierung abgesagt. Dies entspricht auch Forderungen, die SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung schon lange vor dem 09. Mai 2010 erhoben haben. Kiel braucht endlich eine stabile und vernünftige Steuerpolitik für Bund, Länder und die Kommunen!“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.05.2010, 09:32 Uhr - 1165 Clicks - Nr. 503

10 Jahre Soziale Stadt Mettenhof

Zum 10-jährigen Jubiläum des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt Mettenhof“ erklären der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Wolfgang Schulz, und der sozialpolitische Sprecher von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsherr Sharif Rahim:

„10 Jahre Förderungsprogramm Soziale Stadt haben wichtige Impulse für eine positive Entwicklung in Mettenhof gesetzt. Unser besonderer Dank gilt dem Engagement des Stadtteilbüros, ohne deren kreative Kraft die wichtigen Impulse nicht möglich gewesen wären (für die bisherigen Projekte verweisen wir auf die gemeinsame Pressemeldung der Landeshauptstadt Kiel und des Stadtteilbüros Mettenhof). Wir freuen uns besonders, dass es uns gelungen ist, dass die Projekte über 2010 hinaus gefördert werden. Es gibt bereits umfangreiche Projekte für das Jahr 2012.“

Keine Kommentare

SPD Neumünster kämpft gegen Kopfpauschale

Die SPD Neumünster hat am vergangenen Samstag auf dem Großflecken eine Aktion gegen die unsoziale Kopfpauschalenplanung der schwarz-gelben Koalition durchgeführt.

"Wir haben uns selbst bandagiert, um auf die Gefahren einer Kopfpauschale aufmerksam zu machen, erklärt SPD-Kreis- und Fraktionsvorsitzender Andreas Hering.

Mit ihrer Aktion, bei der sich Mitglieder der Rathausfraktion und des Kreisvorstandes einen Kopfverband angelegt haben, wollten Neumünsters Sozialdemokraten über die Risiken einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen informieren.



Mit der Einführung der Kopfpauschale planen CDU/CSU und FDP den radikalen Umbau des sozialen Gesundheitssystems. Alle sollen den gleichen Versicherungsbeitrag bezahlen - egal ob Manager oder Sekretärin. Besonders belastet werden die Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen, Arbeitslose sowie Rentnerinnen und Rentner.

Ein solidarischer Ausgleich unter den Versicherten findet nicht mehr statt. Die Arbeitgeber verabschieden sich aus der Solidarität, die Versicherten müssen Kostensteigerungen im Gesundheitssystem zukünftig allein bezahlen. Die SPD will dagegen zurück zur vollen paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Sie fordern, dass Arbeitgeber und Versicherte wieder zu gleichen Teilen für die Gesundheitsausgaben bezahlen.

Gesundheit ist ein wertvolles Gut. Jeder Mensch muss Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle solidarisch füreinander eintreten", so Hering weiter.

Wir haben großen Zuspruch von den Neumünsteraner Bürgerinnen und Bürger für den Widerstand gegen die unsozialen Pläne von schwarz-gelb erhalten und zahlreiche Unterschriften gesammelt", freut sich Oliver Sundermann, stellvertretender Kreisvorsitzender.

Keine Kommentare

Vergabeverfahren gefährdet Arbeitsplätze

Zu dem drohenden Arbeitsplatzverlust von 120 Beschäftigten der Firma Berendsen in Glückstadt hat die Abgeordnete **Birgit Herdejürgen** folgende kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt:

Kleine Anfrage der Abgeordneten Birgit Herdejürgen (SPD)

Arbeitsplätze bei der Firma Berendsen in Glückstadt

Die Firma Berendsen hat zum 1. Mai ihren bisherigen Auftrag vom Universitätsklinikum Schleswig-Holstein verloren. In Folge davon droht den 120 Beschäftigten die Entlassung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche qualitativen oder fiskalischen Gründe haben das UKSH veranlasst, vor der Vergabeentscheidung am 15.08.2010 der langfristig tätigen Firma Berendsen die vorübergehende Versorgung mit Wäschereidienstleistungen für das UKSH zu entziehen und ein Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern zu beauftragen?
2. Ist mit der Entscheidung über die vorübergehende Versorgung im Wäschereibereich durch ein Konkurrenzunternehmen der Firma Berendsen aus Mecklenburg-Vorpommern eine Vorentscheidung für das eigentliche Vergabeverfahren gefallen?
3. Hat das UKSH bei diesem oder anderen Vergabeverfahren Vorabsprachen mit einzelnen Bewerbern vor der Vergabeentscheidung getroffen bzw. entsprechende Gespräche geführt?
4. Wie hoch sind die Investitionskosten des kurzfristig ausgewählten Bewerbers für die vorübergehende Versorgung im Wäschereibereich des UKSH? Hat in diesem Zusammenhang die für den 15.08.2010 vorgesehene Vergabeentscheidung eine Rolle gespielt?
5. Welche Kosten werden der öffentlichen Hand voraussichtlich entstehen, sollten die Firma Berendsen schließen und die 120 Beschäftigten der Firma Glückstadt arbeitslos werden?
 - a. entfallende Steuereinnahmen Gewerbesteuer
 - b. entfallende Steuereinnahmen Einkommensteuer
 - c. entfallende Sozialversicherungsbeiträge
 - d. Kosten für Arbeitslosenunterstützung
 - e. Mehraufwand für Wohngeld
 - f. Kosten für Wiedereingliederung in andere Beschäftigungen
 - g. weitere Kosten und Folgekosten
6. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um öffentliche Aufträge an Unternehmen aus Schleswig-Holstein zu vergeben?

Keine Kommentare

Vertretung bei Unterrichtsausfall Martin Habersaat fordert Kooperation mit Hamburg

In einer „Kleinen Anfrage“ hatten die Landtagsabgeordneten Dr. Kai Dolgner und Martin Habersaat verschiedene Hintergründe zum Vertretungsunterricht an Schleswig-Holsteins Schulen erfragt. Habersaat: „Aus meiner eigenen beruflichen Erfahrung und vielen Gesprächen weiß ich, dass viele Schulen im Hamburger Umland zuweilen Probleme haben, kurzfristig Vertretungsstellen adäquat zu besetzen. Von Kiel aus gelten wir hier unten als ‚Randlage‘. Umso ärgerlicher ist es, dass das Ministerium vor diesem Hintergrund nicht mit der Schulbehörde in Hamburg kooperiert.“

Hintergrund: Häufig werden für kurzfristige Vertretungen angehende Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt, die das Erste Staatsexamen erfolgreich abgelegt haben und auf ein Referendariat warten. Wer in Schleswig-Holstein Pädagogik studiert hat, wohnt aber in der Regel nahe den Universitäten Flensburg oder Kiel und zieht nicht gern für wenige Wochen in den Süden des Landes. Gleichzeitig gibt es aber auch in Hamburg viele, die auf einen Platz als Referendar warten. Habersaat: „Wer in Hamburg wohnt, ist oft schneller in Barsbüttel oder Reinbek als in manch Hamburger Schule. Deshalb sollten die beiden Länder dringend anfangen, ihre Wartelisten auszutauschen.“



Habersaats Anliegen wird deutlich bei einem Blick auf die Fragen und Antworten 8. und 9. Der Abgeordnete: „Kurze Antworten haben ja ihren Charme, aber in diesem Fall habe ich mich geärgert und hoffe, dass nun im Interesse guten Unterrichts Bewegung in die Sache kommt!“

8. Welche Formen der Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg gibt es bei der Sicherstellung von Unterrichtsvertretungen?

Antwort: Keine.

9. Besteht die Möglichkeit, Inhaber des Ersten Staatsexamens, die vor der Übernahme ins Referendariat in Hamburg mit Wartezeiten zu rechnen haben, in die Unterrichtsvertretung einzubinden?

Antwort: Ja.

Martin Habersaat kennt die Unterrichtspraxis in beiden Bundesländern aus der Nähe: Nach seinem Referendariat an der Sachsenwaldschule Reinbek war er 2006 bis 2009 als Studienrat am Emil-Krause-Gymnasium in Hamburg-Barmbek tätig.

Alle Fragen und Antworten finden Sie hier:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/0400/drucksache-17-0424.pdf>

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 18.05.2010, 14:34 Uhr:

RE: Vertretung bei Unterrichtsausfall

Unter dem Aspekt der Lehrkräfteversorgung und einer einheitlichen Bildungspolitik zeigt sich insbesondere im Süden Schleswig-Holsteins, aber auch im Norden Niedersachsens, dass in diesem Drei-Länder-Eck mit Hamburg eine gemeinsame Verwaltung längst überfällig ist. Ein weiteres praktisches Beispiel: In manchen Familien gibt es kaum mal Zeiten gemeinsamer Schulferien, weil die Termine in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen nicht passen. Die kleinteilige föderalistische Struktur unserer Länderverwaltung ist nicht mehr zeitgemäß. Wann kommt endlich der Nordstaat?

[SPD Flensburg-Nord](#) - veröffentlicht am 18.05.2010, 10:07 Uhr - 2681 Clicks - Nr. 507

Deutscher Mühltage in der Bergmühle

Anlässlich des 17. Deutschen Mühltages am 24. Mai (Pfingstmontag) steht die Bergmühle an der Bauer Landstraße von 11 bis 17 Uhr interessierten Besuchern offen. Der Verein zur Erhaltung der Bergmühle e.V. veranstaltet Führungen durch die historische Windmühle von 1792. Die originalgetreu restaurierte Technik wird erläutert. Im Mühlenspeicher gibt es ein "Mühlencafé". Es werden dort Kaffee und Kuchen serviert.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 18.05.2010, 16:48 Uhr - 3549 Clicks - Nr. 508

Nichts Neues im PUA!

Zur Darstellung von Hans Berger vor dem Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erklärt der Obmann der SPD-Abgeordneten, Jürgen Weber:

Hans Berger unterstrich die Auffassung der bisher gehörten Bankvertreter und Aufsichtsratsmitglieder, dass die wirtschaftlichen Entscheidungen der Bank aus der damaligen Sicht gerechtfertigt und hinsichtlich der Risikoeinschätzung auch unter dem Aspekt einer öffentlich-rechtlichen Beteiligung vertretbar gewesen seien.

Das Risikomanagement der Bank sei gut genug aufgestellt gewesen, um die Subprime-Krise aus eigener Kraft bestehen zu können. Die Pleite der Lehman-Bank habe man dagegen – wie andere auch nicht vorhersehen und dagegen Vorsorge treffen können. Dazu werden wir weiterhin kritisch nachfragen und Akten auswerten.

Des Weiteren wies Hans Berger darauf hin, dass es durch Vertreter des Landes im Aufsichtsrat keine politische Einflussnahme auf die Risikostrategie mit dem Ziel gab, eine möglichst hohe Rendite auf Kosten der Sicherheit zu erzielen. Das ist jedoch für die SPD keine neue Erkenntnis.

Keine Kommentare

Um Schuldenbremse einzuhalten, ist verlässliche Finanzpolitik nötig!

In der Debatte des Landtages zu den Gesetzentwürfen zur Änderung der Landesverfassung sowie Anträgen zur Aufnahme der Schuldenbremse und zum Altschuldenpakt (Drucksachen 17/516, 17/517, 17/187neu, 17/529) führte die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Birgit Herdejürgen**, aus:



Wir haben immer gesagt: Ja, wir wollen eine wirksame Regelung zur Schuldenbegrenzung. Aber wir haben bis heute Einigkeit im Parlament, eine Beschneidung der verfassungsmäßigen Rechte des Landes nicht ohne weiteres hinzunehmen. Wir haben bei den Beratungen über die Föderalismusreform immer betont, dass eine Schuldenbegrenzung in die Landesverfassung gehört und uns nicht vom Bund diktiert werden kann.

Beides hat uns geleitet, entsprechende Anträge einzubringen. Wir haben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir diese als Grundlage für eine **ausführliche Diskussion dieser Verfassungsänderung** verstanden wissen wollen.

Der Erfolg der Klage liegt uns insofern natürlich am Herzen. Somit haben wir für die Verfassung der Anhörung folgend einer Formulierung zugestimmt, die sich nah an die grundgesetzliche Regelung anlehnt.

Was die Menschen zurzeit umtreibt ist das, was an Kürzungen unmittelbar bevorsteht. D.h. die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und den Ländern beschreibt den **Abbaupfad bis 2020** und verpflichtet nicht nur diese, sondern auch künftige Regierungen.

Vor knapp einem Jahr habe ich hier im Landtag gesagt, dass **sich die SPD nicht verschließen wird, harte Einschnitte vorzunehmen** und diese auch öffentlich zu vertreten. Dazu gehört aber auch, dass der Vertragspartner Bund die Bemühungen Schleswig-Holsteins nicht konterkariert.

Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion wird der Landtag deshalb gemeinsam mit der Schuldenbremse eine Resolution beschließen, die deutlich macht: Wir fordern eine verlässliche Finanzpolitik, damit wir die Ziele der Schuldenbremse realistisch umsetzen können. Eine Gesetzgebung des Bundes, die **nicht zu Lasten der Länder** geht, klare Umsetzung von **Prioritäten im Landeshaushalt** und die **Verbesserung der Einnahmen** – nur mit allen drei Punkten werden wir den Haushalt des Landes ins Gleichgewicht bringen können.

In der Expertenanhörung ist auch prognostiziert worden, dass es vor 2020 zu einem weiteren Aufschlag der Föderalismuskommission kommen wird, bei dem das Thema **Konnexität** aus unserer Sicht erneut diskutiert werden muss. Mit der Souveränität des Landes in Haushaltsangelegenheiten ist es nicht weit her, wenn der Bund Schleswig-Holstein immer neue Belastungen aus Bundesgesetzen aufbürden kann. Hier ist die Landesregierung klar gefordert, im Bundesrat Rückgrat zu zeigen und dagegen zu halten. Das gleiche gilt für die Steuerentwicklung.

Wir haben kein Geld mehr für Zahlenspielerereien, die das Geld von unten nach oben verteilen.

Der Bund sollte nicht das Recht haben, Steuersenkungen zu Lasten von Ländern und Kommunen zu beschließen wenn er nicht bereit ist, die Mindereinnahmen netto auszugleichen. Also **ein klares Nein zu Steuersenkungen**. Im Gegenteil sollte man ernsthaft über **gezielte Anhebung von Steuern** dort nachdenken, wo das bestehende Steuer- und Abgabensystem die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland zementiert:

- Auf EU-Ebene übereinstimmende **Mindestsätze für Unternehmenssteuern** würden dafür sorgen, dass Wettbewerb über die Qualität ausgetragen wird, nicht über den Ruin des Staates.
- Wir bekennen uns zur bewährten **progressiven Einkommensteuer**.
- Eine **Umgestaltung des Steuerrechts** (Stichwort „Splitting“), um die Anreize für sozialversicherungs- und steuerpflichtige Berufstätigkeit von Ehefrauen zu erhöhen, hebt die Qualifikations-Ressourcen und macht unsere Gesellschaft ein großes Stück fairer und gleicher.
- Wir wollen eine **gerechte Besteuerung** von großen Vermögen und Erbschaften.
- Wir fordern eine **Transaktionssteuer**, mit der Spekulationen auf den Finanzmärkten beschränkt werden. In dieser Frage bewegt sich offenbar auch die CDU. Das freut uns natürlich sehr.
- Und wir brauchen eine **ökologische Reform der Besteuerung**, beispielsweise durch einen weiteren Abbau umweltschädlicher Subventionen.

All das schafft Spielräume, die wir brauchen, um gezielt in die Zukunft zu investieren.

Ich möchte noch einmal auf die **Altschuldenregelung** zurückkommen, über die wir hier im Landtag schon viel gesagt haben: Sie war auf Bundesebene bisher nicht durchsetzbar, ist – für uns – aber keineswegs vom Tisch. Schleswig-Holstein darf im Jahr 2020 gegenüber anderen Bundesländern nicht weiter ins Hintertreffen geraten. Und wir gehen davon aus, dass noch weitere Bundesländer ein hohes Interesse an einem fairen Ausgleich und an gleichen Startchancen im föderalen Vergleich haben. Auch hier der Hinweis auf sicherlich noch folgende Runden der Föderalismuskommission.

Wenn wir uns auf Kürzungen, auf **Personalabbau** verständigen, muss dies sehr verantwortungsvoll im Einklang mit den Aufgaben passieren. Dies zu vermitteln ist eine gemeinsame Anstrengung des gesamten Parlaments.

Wir haben im Bildungsbereich bereits in der letzten Wahlperiode mit dem Bildungspakt Reduzierungen beim Lehrpersonal akzeptiert, wenn die Zahl der Schülerinnen und Schüler zurückgeht: Aber wir haben auch immer deutlich gemacht, dass die so genannte **Demographie-Rendite** auch der Qualitätssteigerung dienen muss. Gemessen an den reinen Schülerzahlen könnten im Zeitraum 2011 bis 2020 schrittweise rund 4.200 Lehrstellen abgebaut werden. Vereinbart wurde damals, dass von diesen Stellen rund 1.300 im System bleiben, um den Systemwechsel zu unterstützen. Bildung ist so ziemlich die einzige Ressource, die wir in Deutschland haben. Deshalb ist es folgerichtig, dass wir **in Bildung investieren**.

Es ist nett, dass die CDU-Fraktion zu Gesprächen mit der Opposition bereit ist. Wir haben dies schon im März signalisiert. Bisher gibt es aber noch nichts zu diskutieren.

Natürlich heißt unsere Zustimmung zur Schuldenbremse nicht, dass wir kommentarlos akzeptieren, was ein kleiner Zirkel außerhalb jeder parlamentarischer Legitimation vorlegt.

Genau wie die Regierung sich Zeit lässt mit der Vorlage ihrer Giftliste (wie der Kollege Arp das

bezeichnet), werden wir die Vorschläge mit der nötigen Sorgfalt prüfen und eigene Vorschläge vorlegen. Wir werden **Prioritäten, aber auch Nachrangigkeiten benennen**. Und wir werden Vorschläge entwickeln, an welcher Stelle wir **Strukturen verändern** müssen. Bezogen auf unseren Schwerpunkt Bildung heißt das, auf diesen Firlefanz eines Nebeneinander von Systemen zu verzichten, die mehr kosten und bei den Betroffenen zu viel mehr Verunsicherung führen.

In der Vergangenheit gab es einen gewissen Automatismus, **Ausgabensteigerungen über Kredite zu finanzieren**. Das sage ich durchaus selbstkritisch. Dadurch sind wir in der absurden Situation, dass wir in den vergangenen 40 Jahren genauso viel Kredite aufgenommen haben, wie wir im selben Zeitraum an Zinsen gezahlt haben. Es ist also eine Illusion zu glauben, wir hätten Spielräume gewonnen. Eigentlich sollte es so sein, dass wir Aufgaben definieren und auf dieser Basis bestimmen, wie hoch die Einnahmen, also das Steueraufkommen sein muss.

Steuererhöhungen sind unpopulär. Wenn eine zusätzliche Aufgabe immer öffentliche Diskussionen über Steuererhöhungen auslösen würde, hätten wir auch mehr Diskussionen über die wirkliche Bedeutung dieser Aufgaben und die Struktur mancher Haushalte würde vermutlich anders aussehen als heute.

Zukunftsvorsorge bedeutet Stabilisierung des Schuldenstandes. Zukunftsvorsorge ist aber auch staatliche Aufgabenerfüllung in den beschriebenen Bereichen. Eine Schuldenbremse allein macht keine Politik. Politisch wird es bei ihrer Ausgestaltung.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 19.05.2010, 12:34 Uhr - 10565 Clicks - Nr. 510

MdB Sönke Rix: Olle Kamellen beim Zivildienst

Am Montag Abend hat sich die Koalition nach langem Hin und Her endlich in Sachen Wehr- und Zivildienst geeinigt. Dieser Streit wurde lange unterhalb der öffentlichen Wahrnehmung, dafür aber umso erbitterter geführt.

Nachdem sich die Fachpolitiker aus Verteidigungs- und Familienausschuss nicht einigen konnten, mussten sich schließlich die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP mit dem Thema befassen und eine Lösung aushandeln. Die Fronten waren verhärtet, schließlich wollte die FDP die Wehrpflicht aussetzen. Damit ist sie jedenfalls im Wahlkampf angetreten. Doch das war mit der CDU nicht zu machen, weswegen man sich im letzten Jahr auf eine Verkürzung des Wehrdienstes von neun auf nun nur noch sechs Monate geeinigt hat. Diese Einigung schafft allerdings mehr Probleme, als sie löst. War schon vorher nur schwer eine vernünftige Ausbildung der jungen Soldaten und eine verantwortungsvolle Anleitung der Zivildienstleistenden möglich, so ist dies in sechs Monaten gar nicht mehr zu schaffen. Das gute Konzept vom „Zivildienst als Lerndienst“, in der letzten Wahlperiode gerade mit der CDU ausgehandelt, ist so jedenfalls nicht mehr umzusetzen.



Auch der CDU/CSU war klar, dass mit der Verkürzung Probleme auftreten. Darum hat sie in einem Vorabgesetzentwurf die olle Kamelle „Freiwillige Verlängerung des Zivildienstes“

rausgekrat. Ein Projekt, dass bisher heftigen Widerstand in der FDP hervorgerufen hat. Bis Montag Abend. Da ist die FDP mal wieder eingeknickt und hat nach vermeintlichen Zugeständnissen, dem Gesetzentwurf zur Verkürzung des Wehrdienstes und der Einführung einer „freiwilligen“ Verlängerung des Zivildienstes zugestimmt. Die Aussicht auf viele zusätzliche billige Pflegekräfte dürfte ihnen diese Entscheidung erleichtert haben. Immerhin waren Brüderle und Co. auch gegen einen Mindestlohn in der Pflege.

Wenn die FDP jetzt versucht, dies als Erfolg zu verkaufen, kann sie es im (Zurück-)Rudern mit dem glorreichen Ratzeburger Achter aufnehmen.

Keine Kommentare

[Jusos Steinburg](#) - veröffentlicht am 19.05.2010, 13:41 Uhr - 6077 Clicks - Nr. 511

Grundgesetztag am 23.05.2010

Die Jusos Steinburg laden herzlich ein, mit uns den Jahrestag der Veröffentlichung des Grundgesetzes zu begehen.

Als Redner konnten wir MdL a.D. Helmut Jacobs aus Wilster gewinnen, der uns über die Bedeutung des Grundgesetzes für unsere Gesellschaft zu berichten weiß.

Gerade nach der Diktatur des nationalsozialistischen Terrorregimes ist die Leistung jener „Väter der Verfassung“ kaum hoch genug anzusiedeln, denn seit nunmehr 61 Jahren leben wir in Deutschland in Frieden miteinander und unseren Nachbarn. Mittlerweile ist aus der im Umgang mit der eigenen Nationalität verkrampften deutschen Gesellschaft ein Einwanderungsland geworden, in dem ohne überhöhten Nationalstolz nicht nur zu großen Sportereignissen „Flagge gezeigt“ wird. Diese Entwicklung ist bei allen Problemen beachtlich. Das Grundgesetz ist das Fundament des Friedens und des Wohlstands in Deutschland und in Europa.

Beginn der Veranstaltung ist am 23.Mai um 15Uhr am historischen Itzehoer Rathaus.

Im Anschluss an die Feierlichkeiten möchten wir gemeinsam zum Denkmal an den Malzmüllerwiesen gehen, wo ein Kranz in Gedenken derjenigen niedergelegt wird, die Krieg und Naziherrschaft nicht überlebt haben und die die demokratische Entwicklung Deutschlands nach dem Krieg nicht mehr erleben durften.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 19.05.2010, 15:14 Uhr - 55035 Clicks - Nr. 512

Europäisches Parlament stimmt gegen Fleischkleber Thrombin

Straßburg: Das Europäische Parlament hat sich am Mittwoch in Straßburg klar gegen die Zulassung von Thrombin als Lebensmittelzusatzstoff ausgesprochen.

Rinder- oder Schweinethrombin werden damit nicht wie von der Kommission vorgeschlagen als „Fleischkleber“ in der Lebensmittelherstellung verwendet werden.

In dem Abstimmungsergebnis sieht die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust ein klares Bekenntnis der Europaparlamentarier für mehr Verbraucherschutz: „Als Kunde habe ich ein Recht darauf, Schinken von Klebefleisch unterscheiden zu können. Die Resolution gegen die Zulassung von Thrombin darf deshalb auch nur der erste Schritt sein.“

Es sei nun notwendig, sich alle Stoffe anzusehen, die zum Zusammenkleben von Fleisch und Wurst verwendet werden. „Durch diese Form der Lebensmittelzubereitung können die Verbraucherinnen und Verbraucher leicht in die Irre geführt werden“ befürchtet die agrarpolitische Sprecherin der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. „Das ist schon deshalb nicht hinnehmbar, als davon ausgegangen werden muss, dass die vielen Einzelteile des „Klebefleischs“ mit ihrer größeren Oberfläche ein viel größeres Risiko haben, von Salmonellen und Bakterien befallen zu werden.“

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 19.05.2010, 17:29 Uhr - 3928 Clicks - Nr. 513

Kürzen bei den Kurzen schadet unserer Zukunft!

„Jede Kürzung von Mitteln für Kinder schadet unserer Zukunft!“ Darauf weist der SPD-Landtagsabgeordnete Lothar Hay hin.

In Schleswig-Holstein hat sich ein breites Bündnis von Eltern, Erzieherinnen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften u. a. gegen die Kürzungspläne der Landesregierung im Kita-Bereich zusammengeschlossen. Denn die Landesregierung will die Beitragsfreiheit für das 3. Kita-Jahr kippen und die Standards der pädagogischen Qualität verschlechtern. „Damit spart sie aber nicht für die Kinder, sondern an den Kindern. So sorgt sie für Verunsicherung, statt Klarheit und Planungssicherheit zu schaffen“, kritisiert Lothar Hay.



Hay fordert, die Standards und die Beitragsfreiheit für das 3. Kita-Jahr nicht anzurühren und warnt vor einem faulen Deal, bei dem die Beitragsfreiheit gekürzt wird und ein paar Millionen auf die Kita-Förderung draufgelegt werden: „Das ist kein gutes Geschäft für die Eltern, Kinder und Kommunen! Nicht kleckern, sondern klotzen müssen wir für unsere Kinder. Das ist die richtige Priorität auch und gerade in Zeiten knapper Kassen“, so der SPD- Abgeordnete.

Viele Kinder kommen, ohne gefrühstückt zu haben, in die Kita und können sich auch das Mittagessen nicht leisten – das hat sogar der Ministerpräsident festgestellt. „Deshalb sollte er seinen Worten Taten folgen lassen und in eine kostenfreie und qualitativ hochwertige Infrastruktur für Kinder investieren“, sagt Lothar Hay. Man dürfe nicht den Ärmsten noch das warme Mittagessen wegnehmen, sondern müsse das erfolgreiche Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ weiterführen.

„Kürzen bei den Kurzen, das ist gegen jede Vernunft, denn es geht um unsere Zukunft“, betont der SPD-Politiker. Es komme darauf an, kein Kind zurückzulassen, jedem Kind eine Chance auf seine Entwicklung zu geben. Hay fordert deshalb, den in der letzten Legislaturperiode eingeschlagenen Weg weiterzugehen:

- ◆ keine Streichung des beitragsfreien Kita-Jahres, sondern
 - ◆ schrittweiser Ausbau der Beitragsfreiheit für alle Kita-
 - ◆ keine Öffnung der Kita-Standards
 - ◆ gleiche Chancen für alle Kinder in unserem Land
 - ◆ kein Auslaufen des Programms „Kein Kind ohne Mahlzeit“
 - ◆ Ausbildung von genügend Fachkräften und Verbesserung der
- Lothar Hay : „Kinder sind unsere Zukunft, deshalb sind dies Investitionen in unsere Zukunft!“

Keine Kommentare

[SPD-Schilksee](#) - veröffentlicht am 19.05.2010, 22:47 Uhr - 2962 Clicks - Nr. 514

Kein Wildwuchs an der Promenade zum Olympiazentrum

In der Sitzung des Ortsbeirates Schilksee (OBR) am 17. Mai 2010 ging es um das Planungsgebiet „Am Kurpark“: Die Verwaltung will die Zustimmung des Stadtteilgremiums dafür haben, künftig keine verbindlichen Vorgaben in Form eines Bebauungsplans (B-Plan) für die Bebauung an der Promenade „Hohes Ufer“ zwischen Möwenweg und Kurallee zu machen. Dagegen wehren sich Maike Finger und Gerd Prasse (beide SPD): „Wir brauchen einen Bebauungsplan, der sich weitgehend am heutigen Bestand orientiert und und maßstäblich angemessenen Wohnbebauung führt. Schilksee ist nicht Düsternbrook. Bei uns soll es keine weiteren überdimensionierten Neubauten geben, die nicht hierher passen und die Ansicht verschandeln. Die Promenade führt zum Olympiazentrum und ist Ausflugsziel von Touristen“.

Das Kuriose dabei: In den Jahren 2003/2004 hatte die Bauverwaltung bereits den entsprechenden B-Plan Nr. 940 erarbeitet und als Entwurf vom Bauausschuss beschließen lassen (Beschlussvorlage 1262/2004). Das damalige Planungsziel war: Es „sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine städtebauliche geordnete und maßstäblich angemessene Wohnbebauung [...] geschaffen werden. Für diesen Bereich des Bebauungsplans zeichnet sich eine schleichende Vergrößerung der städtebaulichen Struktur durch schrittweise Maßstabsvergrößerung der Wohngebäude ab“.

Heute sieht die Verwaltung das ganz anders und möchte von Fall zu Fall entscheiden. Nach Paragraph 34 Baugesetzbuch, der ein Vorhaben zulässt, „wenn es sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt“ (§ 34 BauGB). Dieses Vorgehen lehnen die SPD-Mitglieder des OBR ab: „Das ist kein geordnetes demokratisches Verfahren, sondern Demokratenentscheidung. Wie fügt sich denn ein Flachdach neben Satteldächern ein? Wie passen überdimensionierte Mietflächen mit maximaler Ausnutzung allen Freiraums neben private Wohnhäuser für Familien?“

„Wir wollen den B-Plan. Damals hat die Verwaltung eine sehr fundierte fachliche Begründung für ihr Vorgehen geliefert, der wir auch heute voll und ganz zustimmen. Warum die Verwaltung sich jetzt um 180 Grad gedreht hat, können wir nicht nachvollziehen“ so Finger und Prasse abschließend.

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 20.05.2010, 00:05 Uhr - 3154 Clicks - Nr. 515

Beschluss zum Erhalt des historischen Kopfsteinpflasters am Blücherplatz

Nach einer langen und kontroversen Diskussion im Ortsbeirat Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook am 19.05.2010 hat der Ortsbeirat die Argumente der Bürgerinitiative zum Erhalt des historischen Kopfsteinpflasters um den Blücherplatz aufgegriffen und die Stadt aufgefordert, auf den Austausch des Pflaster zu verzichten.

Dem war bereits massiver Protest der Anwohnerinnen und Anwohner bei einer Bürgerwerkstatt zur Umgestaltung des Platzes im Februar vorausgegangen. Der Ortsbeirat



beschloss zudem, dass bereits geschlossene Verträge über die Baumaßnahmen zu ändern seien, um auf die ortsfremden Baumaterialien verzichtet zu können.

Die Landeshauptstadt Kiel hat im Sommer 2009 Gelder aus dem Konjunkturpaket II für Lärmschutz beantragt, um das Granitpflaster in diesem Bereich gegen Betonstein auszutauschen. Die Esmarchstraße und Blücherstraße sind eines von insgesamt [sechs genehmigten Maßnahmen](#) in ganz Schleswig-Holstein, die aus Lärmschutzgründen aus diesem Programm gefördert werden.

Eine zwischenzeitlich beantragte Umwidmung des Geldes für die Beseitigung von Winterschäden wurde vom Land abgelehnt, obwohl die [Bundesregierung dafür im April](#) den Weg frei gemacht hatte.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 20.05.2010, 07:29 Uhr - 6541 Clicks - Nr. 516

Uni Flensburg runter von der Streichliste!

Immer stärker verdichten sich die Gerüchte, dass eine Entscheidung über die Zukunft der Flensburger Universität bereits in der kommenden Woche im Landeskabinett getroffen wird, ohne die Ergebnisse der vertraglich vereinbarten Begutachtung abzuwarten. Die Absage des Besuches des Ministerpräsidenten bei der Universität vor einigen Tagen, lässt die Vermutung zu, dass erneut der Fortbestand der Universität Flensburg in Frage gestellt wird.

„Bei uns gibt es da überhaupt kein Wackeln“, sagt Kreisvorsitzender Helmut Trost, „für uns reicht eine sogenannte Standortgarantie, von der die CDU gern spricht, nicht aus. Diese kann auch eine Streichaktion oder einen Anschluss an die CAU in Kiel beinhalten.“

Die Flensburger SPD fordert daher: Uni Flensburg runter von der Streichliste! Bei der Uni und damit bei der Bildung zu streichen und zu kürzen ist Sparen am falschen Ende. Eine funktionierende, leistungsfähige Universität ist eine Investition, die eine hohe Rendite verspricht. Qualifizierte Fachkräfte werden nicht nur hier ausgebildet, sondern auch vor Ort gehalten oder gar angezogen. Die Region, ja ganz Schleswig-Holstein braucht diesen Effekt, wenn es nicht auf Kosten der eigenen Zukunft leben will.

Die Flensburger Universität hat in den vergangenen Jahren eine intensive Zusammenarbeit mit der Syddansk Universität entwickelt. Durch gemeinsame Projekte und Studiengänge ist hier eine vorbildliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit entstanden, die auch den kulturellen und gesellschaftlichen Austausch über die Grenze hinweg beflügelt.

„Hier liegt die besondere Stärke der Universität Flensburg“, stellt der SPD-Oberbürgermeisterkandidat Thede Boysen fest, „hier gibt es weitere Entwicklungsmöglichkeiten, die nur der Standort Flensburg bietet. Die ökonomischen Potentiale, die durch grenzüberschreitende Forschung und Lehre vorhanden sind, werden noch längst nicht ausgeschöpft.“

Auf Initiative der Flensburger Sozialdemokraten hat der Landesparteitag der SPD am 1. August letzten Jahres klar Stellung bezogen: "Wir bekennen uns zum Erhalt einer eigenständigen Universität Flensburg, die die sich in der deutsch-dänischen Grenzregion bietenden Chancen nutzen und gemeinsam mit der Syddansk Universität umsetzen kann."

Der Norden braucht seine Universität, sie ist für Stadt und Region unverzichtbar. Darum rufen wir zur Teilnahme an der Demonstration auf, die am kommenden Donnerstag in Flensburg stattfindet.

Keine Kommentare

Gemeindevertretung Kölln-Reisiek bekennt sich zu den

Gemeindevertretung Kölln-Reisiek bekennt sich zu den gleichberechtigten Interessen von Menschen mit Behinderungen

Auf seiner letzten Sitzung hat die Kölln-Reisieker Gemeindevertretung mit den Stimmen der SPD sich gegen die einseitige Kündigung des Landesrahmenvertrages der Eingliederungshilfe durch den schleswig-holsteinischen Landkreistag ausgesprochen. Die CDU-Gemeindevertreter stimmten gegen die von der SPD vorgelegte Resolution. Insbesondere bei den behinderten Menschen, deren besorgten Angehörigen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen und Werkstätten hat die Vertragskündigung erhebliche Verunsicherung ausgelöst. Sie befürchten erhebliche Verschlechterung bei der Hilfe für behinderte Menschen.

Die Gemeindevertretung Kölln-Reisiek fordert den Schleswig-Holsteinischen Landkreistag auf, schnellstmöglich einen neuen Landesrahmenvertrag abzuschließen, der sicherstellt, dass Menschen mit Behinderung sich auf eine ihrer Behinderung entsprechende Unterstützung bzw. Förderung verlassen können.

Für den neuen Landesrahmenvertrag -so die Gemeindevertretung- sind folgende Eckpunkte unverzichtbar:

- eine verlässliche Laufzeit,
- die Qualität der Leistungen für Menschen mit Behinderung sind zu gewährleisten
- die Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderung müssen effektiver gestaltet und, wo sie unzureichend sind, ausgebaut werden.

Insbesondere - so Hermann Pingel, SPD Fraktionsvorsitzender der Kölln-Reisieker Gemeinderatsfraktion- darf es keine Eingriffe in das Tarifrecht geben. Vielen Mitarbeitern befürchten, dass mit der Kündigung der Weg ins Lohndumping gegangen werden soll.

Während sich die CDU/FDP Mehrheit auf Kreisebene ohne eindeutige Positionierung zu den Eckpunkten und der Tarifsicherheit für die Mitarbeiter nur auf Allgemeinplätzen zur zukünftigen Hilfe für Behinderte verständigen konnten, ist für Fischer - Zweiter SPD- Ortsvereinsvorsitzender und Kreistagsabgeordneter- die Entscheidung der Gemeindevertretung der konstruktive Gegenentwurf.

„Entscheidend -so Pingel und Fischer- „ist die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft und die darf durch Einsparungen –gleich in welcher Höhe- nicht in Frage gestellt werden“.

gez. Hermann Pingel und Thorsten Fischer

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes, MdB](#) - veröffentlicht am 20.05.2010, 13:58 Uhr - 9402 Clicks - Nr. 518

Schüler aus Bad Segeberg besuchen Franz Thönnnes in Berlin

Im Rahmen Ihrer einwöchigen Klassenfahrt besuchte die 9. Klasse der Dahlmansschule Bad Segeberg am 19. Mai 2010 SPD-MdB Franz Thönnnes im Paul-Löbe Haus des Deutschen Bundestages in Berlin.



Der Zeitpunkt hätte kaum besser gewählt werden können, denn am Mittwochmorgen wurde der Euro-Rettungsschirm im Deutschen Bundestag behandelt. Aus diesem Grund waren die Themen Schulden und Solidarität in Europa von großem Interesse. Einen breiten Raum nahm ebenso die Schulpolitik ein, die mit ihren ständigen Änderungen viel Kritik hervorrief. Thönnnes erklärte hier die entsprechend des föderalen Aufbaus Deutschland bestehende Verantwortlichkeit des schleswig-holsteinischen Landtages und empfahl die Segeberger Landtagsabgeordneten in die Schule zur Diskussion einzuladen.

„Das Gespräch mit jungen Menschen über Politik und Demokratie ist für mich eine ganz wichtige Sache und macht immer wieder Spaß“, so SPD-MdB Franz Thönnnes nach dem Treffen.

Informationen zu einem Besuch im Reichstag findet man im Internet auf der Homepage von Franz Thönnnes unter www.thoennes.de

Bildunterschrift: Die 9. Klasse der Dahlmansschule Bad Segeberg mit ihren Lehrern Frau Janas-Fock und Herrn Repenning, sowie SPD-MdB Franz Thönnnes

Keine Kommentare

[SPD-Nortorf](#) - veröffentlicht am 21.05.2010, 09:33 Uhr - 3932 Clicks - Nr. 519

Fahrradrallye 2010

Am 15.05., um 14⁰⁰ Uhr war es wieder soweit und der "Startschuss" für die 3. Fahrradrallye des SPD-OV-Nortorf fiel.

Nach dem obligatorischen Fahrradcheck durch Frank Lamberty, trotzten die Teilnehmer dem starken Wind und machten sich auf den Weg. 12,5 Km mit viel frischer Luft, Spaß und Rätselaufgaben waren zu bewerkstelligen..

Am Ziel, dem Feuerwehr- u. Gemeinschaftshaus in Schotten, angekommen, bestand dann die Möglichkeit, sich bei Kaffee und Kuchen zu stärken und zu klönen.



Bei der anschließenden Tombola ging es dann darum Fortuna auf seiner Seite zu haben.

Zog man ein "leider verloren" gab es dennoch einen Gewinner, das "Juze" Wilster.

Wer inzwischen Hunger auf etwas Herzhaftes bekam, dem konnte geholfen werden, da der Grill schon angefeuert war.

Es gab dann Pokale zu verteilen, der 1. Platz, für die Punktbeste, der 3. Fahrradrallye wurde

dann - weil Punktgleich - durch das "Los" entschieden und so erhielt Anja Grünberg den begehrten Pokal. Ältester Teilnehmer war Rudolph Tiedemann und der jüngste Youri Stademann, die dafür auch jeder einen Pokal erhielten.

Den Hauptpreis, ein von dem Fahrradfachgeschäft Lamberty gestiftetes Fahrrad, gewann Astrid Behrens.

Es hätte sicher mehr los sein können aber es war dennoch ein schöner Nachmittag.

Wir möchten uns bei allen Teilnehmern und natürlich ganz besonders bei den Sponsoren bedanken, denn so kam Geld in die Spendenkasse für das "Juze" Wilster.

Hier kann man sich mal über das "Juze" informieren

<http://www.juze-wilster.de/>

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.05.2010, 11:22 Uhr - 5909 Clicks - Nr. 520

Solidarität mit der Uni Flensburg

SPD-Kreisvorsitzender Helmut Trost auf dem Südermarkt: „Kein Rücksturz in die siebziger Jahre“



Die SPD steht uneingeschränkt zur Flensburger Universität. Das machte der SPD-Kreisvorsitzende Helmut Trost am 20. Mai in seiner Rede auf dem Südermarkt deutlich. Eine Rückentwicklung zur PH wäre seiner Auffassung nach ein Schlag für Stadt und Region, ein Rücksturz in die siebziger Jahre. Unter anderem meinte Helmut Trost:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Studierende,

es sind heute viele auf den Südermarkt gekommen, die für die Zukunft unserer Stadt und der Region einstehen! Und die wissen, das Bildung der wichtigste Rohstoff für die Zukunft ist! Die Nachrichten, die aus Kiel kommen sind alarmierend, sie sind bedrohend: Hier wird nicht gespart, sondern zerstört, hier wird nicht konsolidiert, sondern chaotisiert!

Dagegen wehren wir uns - die Stadt, die Region, die Menschen, die hier wohnen, lernen, leben und arbeiten. Menschen, die eines wissen: „Wer die Axt an die Wurzeln unserer Uni legt, der zerstört nicht nur eine Universität, sondern zerstört auch die Infrastruktur einer ganzen Region.“

Bei der Landes-SPD, für die ich hier stehe, gibt es eine glasklare Position, am 1. August letzten Jahres in Lübeck beschlossen (Landesparteitag). Der Kernsatz des seinerzeitigen Beschlusses: „Wir bekennen uns zum Erhalt einer eigenständigen Universität Flensburg, die die sich in der deutsch-dänischen Grenzregion bietenden Chancen nutzen und gemeinsam mit der Süddänischen Universität umsetzen kann.“

Beschlossen wurde dies auf Initiative der Flensburger Sozialdemokraten. Denn wir wollen eines deutlich machen: Wir im Norden, Herr Ministerpräsident Carstensen, bilden auch bildungspolitisch das Oberzentrum einer starken Region. Mit einzigartigem Profil und Chancen, die es anderswo nicht gibt. Mit einer Universität, die das Fachkräfteangebot steigert, die

Unternehmen anzieht und das kulturelle und gesellschaftliche Leben bereichert. Wir sind anerkannt, fachlich stark und besitzen internationale Reputation. Aber: Wir sind nicht Streichobjekt und Einsparpotential. Darum können wir es nicht glauben: Will man in Kiel etwa durch die Zerstörung von unverzichtbaren Strukturen Zukunft gestalten?

Für die SPD ist klar: Die Universität hat nur dann eine gesicherte Zukunftsperspektive, wenn sie ein vielfältiges Lehrangebot bereit hält. Aber nicht, wenn sie den Weg in die siebziger Jahre gehen und sich zu einer PH zurückentwickeln soll.

Eine Rückentwicklung zur zur PH – das ist der Rücksturz in die siebziger Jahre – hat das etwas mit Zukunftsgestaltung zu tun?

Nein: Wir brauchen eine Stärkung der Region Flensburg und unseres Landesteils, nicht den Rückbau und ganz bewusst in Kauf genommene Verkümmern. Und wenn aus dieser bewussten Verkümmern jetzt eine gewollte Demontage werden soll, mit einer verheerenden Wirkung auf Stadt und Region, aber auch auf unsere dänischen Nachbarn, dann sagen wir Nein.

Zukunftsgestaltung geht nur, wenn endlich Planungssicherheit einkehrt. Darum lasst die Uni endlich arbeiten - so unser Apell - eine Uni, die gerade ein überzeugendes Zukunftskonzept vorgelegt hat.

So wie Kiel mit unserer Uni umgeht, so darf man nicht mit ihr umgehen: Erst aushungern und mürbe machen, durch chronische Unterfinanzierung und miese Ausstattung - und dann den Rest wegsterben lassen.

Darauf kann es nur eine Antwort geben: Die Rote Karte für schwarz-gelb! Oder sinnbildlich gesprochen: Wir dürfen den Rohstoff Bildung nicht einfach in Förde kippen, sondern müssen damit unsere Zukunft gestalten!

Keine Kommentare

[AG60plus Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 21.05.2010, 18:43 Uhr - 4336 Clicks - Nr. 521

AG 60plus präsentiert sich Neumitgliedern

Auf dem SPD-



Neumitgliederkonvent im „Kiek in“ in Neumünster Anfang Mai trafen sich ca. 50 neue Genossinnen und Genossen um über ihre Wünsche und Vorstellungen in der SPD zu diskutieren. Zwei Metaplanwände reichten kaum aus. Schwerpunkt war die Bildung und die Chancengleichheit.

Die Partei war mit fast allen Arbeitsgemeinschaften vertreten. Unser Stand wurde gut besucht und es kam zu vielen Gesprächen. Wir gewannen auch einige neue 60plus-Mitglieder dazu.

Der nächste Stand von AG 60 plus auf Landesebene ist am 11.Juli 2010 beim SPD-Sommerfest in Trappenkamp.

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 22.05.2010, 23:14 Uhr - 2082 Clicks - Nr. 522

SPD-Senioren beim „Dialog mit der Moderne“ im Stader-Kunsthaus Kunst – Sonne – Altstadt

Picasso neben Nolde, Ernst Barlach neben Paul Klee. Das Kunsthaus-Stade ermöglichte in einer Ausstellung den „Dialog mit der Moderne“. Erstmals wurde die Sammlung Arnd und Erika Siegel öffentlich gezeigt. Diese einmalige Chance eines Überblicks über 60 Jahre Kunstgeschichte ließen sich die Senioren der AG 60plus der SPD Stormarn nicht entgehen.



Eine Kunstexpertin erklärte die Werke, erzählte Hintergründe und vieles über die Sammler, dessen Familie die berühmte Klavierfabrik Siegel in Stade gehörte. Im Altstadtcafe, gelegen in einem denkmalgeschützten Fachwerkhaus, gab es ein leckeres Mittagessen.

So gestärkt begann der „anstrengendste“ Teil des Ausfluges: die Stadtführung. Denn es gibt in der alten Hansestadt, die einst bedeutender als Hamburg war, viel zu sehen. Wunderschöne Fachwerkhäuser mit geschnitzten Giebeln, lauschige Plätze, einen alten Hafen, ein altes Kloster und zwei schöne alte Kirchen. Ein alter Brauch an einem Brunnen mit Plastik, die an die Geschichte vom Fischer und seiner Frau erinnert, ist besonders bemerkenswert. Hier werden alle Abiturienten in Stade nach bestandener Reifeprüfung durch Untertauchen „getauft“. Am späten Nachmittag ging es mit dem Metronom zurück. Die Teilnehmer waren sehr zufrieden: „Es war ein sehr interessanter Ausflug und es hat Spaß gemacht, mit dieser netten Gruppe die Stadt Stade zu besichtigen“, so die Oldesloer Stadtführerin Frau Demiss.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 22.05.2010, 23:24 Uhr - 3833 Clicks - Nr. 523

Martin Habersaat zum Gastschulabkommen Landtagsrede vom 20. Mai 2010

"Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich war ein Gastschüler! Meine Eltern mussten sich formal trennen, damit ich morgens mit dem Fahrrad zur Schule fahren konnte. Wer in Ammersbek-Hoisbüttel wohnt, kann zu Fuß zum Gymnasium Ohlstedt gelangen - oder mit dem Schulbus ins dreimal so weit entfernte Bargteheide gefahren werden.

In Barsbüttel kann man in einen regulären Bus der Linie 263 einsteigen und binnen 15 bis 20 Minuten drei Hamburger Gymnasien erreichen.

Oder man nutzt die vom Kreis organisierte Schülerbeförderung, um in etwas mehr Zeit das Gymnasium Glinde und nach noch mehr Zeit das Gymnasium in Reinbek



zu erreichen. Beide Gymnasien kann ich vorbehaltlos empfehlen, beide sind aber, vorsichtig formuliert, nicht dringend auf deutlich mehr SchülerInnen angewiesen.

Nachdem die Landesregierung die Kleine Anfrage der Kollegin Strehlau über die Kapazitäten der Schulen im Hamburger Rand nicht beantworten konnte, empfehle ich einen Blick in die Schulentwicklungspläne der einzelnen Kreise. In Stormarn jedenfalls ist das leicht erkennbar.

Es ist aus Schüler- und Elternsicht ein großer Vorteil, mehrere Schulen in räumlicher Nähe zu haben und aus Schulen mit unterschiedlichem Profil die auszusuchen, die am besten passt. Die Profilierung der einzelnen Bildungsanstalt ist ja auch von allen Seiten politisch gewollt und zu unterstützen. In der Sachsenwaldschule Reinbek gibt es ein Schülerorchester auf hohem Niveau. Gut für ein musisch begabtes Kind. Oder soll es doch eher die Vorbereitung auf eine globalisierte Welt sein? Das Gymnasium Marienthal arbeitet eng mit Hamburgs Partnerstadt Shanghai zusammen, bietet Chinesisch als Fremdsprache an, dazu entsprechende Projekte und Austauschprogramme.

Aber halt: dazwischen liegt ja eine Landesgrenze. Und unser Ministerpräsident, der sich vorstellen konnte, der letzte des Landes Schleswig-Holstein zu sein, hat es in vielen Bereichen nicht einmal vermocht, diese Grenze als Hindernis im Alltag der Menschen zu beseitigen.

In Hamburg sind die Schulleitungen nun angewiesen, detektivisch zu ermitteln, welche ihrer Schülerinnen und Schüler „Fremde“ im Sinne des nicht mehr vorhandenen Gastschulabkommens sind. Nach Klasse 7 und 10 sollen diese Schülerinnen und Schüler heim nach Schleswig-Holstein. Was ja kein Problem ist, weil die Bildungssysteme der Länder so kompatibel sind, dass ja auch Umzüge sich völlig unproblematisch darstellen. (Vorsicht - Ironie erst ab Klasse 10).

Dabei könnte es so einfach sein: Pro Schüler entstehen Kosten, die man berechnen kann. Und die man ausgleichend zahlen kann. Ohne Herumgepoker und ohne in die Debatte zu führen, was auf anderen Feldern noch alles berücksichtigt werden müsste. Das kann dann bitte auf diesen anderen Feldern beackert werden. Bereits im letzten Jahr gab es Verhandlungen zur Erneuerung des Gastschulabkommens zwischen Schwarz-Grün in Hamburg und Schwarz-Gelb bei uns. Was es nicht gab, war ein Ergebnis. Es wurde ein dünner Kompromiss für ein Jahr erzielt, verbunden mit der Zusage, an einer tragfähigen Lösung zügig zu arbeiten. Und, wie sieht die Lösung aus? Fehlanzeige! Besonders erschreckend für mich: Wenn CDU und FDP heute den Antrag vorlegen, erneut in Verhandlungen mit Hamburg einzutreten, muss das ja im Umkehrschluss bedeuten, dass da momentan nichts läuft... Oder dass die Fraktionen von CDU und FDP glauben, das Ministerium sei untätig.

Die Hamburger Seite berechnete die Mehrkosten für sich mit rund 30 Mio. Euro, was wiederum vom Bildungsministerium angezweifelt wurde. Die GRÜNEN haben nun ein Rechenexempel aufgemacht, das sich auf pauschalierte Kostensätze von jeweils 5.000 € stützt (mit Ausnahme der Förderschulen), sind auf Kosten von 33,5 Mio. € auf Hamburger Seite gegen 14 Mio. € auf schleswig-holsteinischer Seite gekommen und regen nun an, sich bei der Differenz von 19,6 Mio. € zu treffen. Ihre Rechenmethodik ist für mich nicht ohne Weiteres nachvollziehbar. Die Lehrpersonalkosten lägen pro Schüler demnach bei 3.800-4.100 €, wenn man die Schülerkostensätze von Ihrer 5.000 €-Pauschale abzieht.

Schülerinnen, Schüler, Eltern und Schulen haben Planungssicherheit verdient. Eine schnelle

Wiederaufnahme und ein Abschluss der Verhandlungen mit Hamburg sind ein wichtiger nächster Schritt. Die von den GRÜNEN ange-dachte gemeinsame Schulentwicklungs-planung halten wir für einen wichtigen weiteren. Jetzt sollte für alle Seiten gelten: Schluss mit Poker-Spielen, es müssen Lösungen erarbeitet werden! Wir teilen mit den GRÜNEN das Ziel der freien Schulwahl ohne Landesgrenzen, aber wir sind uns die Mittel betreffend nicht einig.

Wir beantragen daher die Überweisung in den Bildungsausschuss und verbinden dies mit der Aufforderung an den Bildungsminister, dort über den Gang der Verhandlungen zu berichten, lieber über deren Fortschritt und am besten über den erfolgreichen Abschluss!"

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 24.05.2010, 19:32 Uhr - 4505 Clicks - Nr. 524

Rezension: Jochen Schimmang - Das Beste, was wir hatten

Jochen Schimmang befasst sich in „Das Beste, was wir hatten“ mit der Geschichte der „Bonner Republik“ und öffnet den Blick dafür, dass nicht nur die ehemaligen DDR-Bürger mit der Wiedervereinigung den Staat ihrer Jugend verloren haben. „Das Beste“ ist übrigens ein Schuppen, den die Hauptfigur Gregor Korff, Jahrgang 1948 wie sein Schöpfer Jochen Schimmang, mit seinem besten Freund in Ostfriesland findet und für allerlei Abenteuer herrichtet. Dieser beste Freund wird später als Anwalt Linksradikale gegen den Staat verteidigen.



Während seines Studiums in West-Berlin wird Gregor Korff zunächst auch ein Linksradikaler, als er sich einer Frau zuliebe einer K-Gruppe anschließt. Später freundet er sich mit dem Verfassungsschützer Leo Münks an und verlässt die Szene nicht nur, sondern heuert nach einem Gastspiel als Privatdozent in Speyer bei einem Politiker an, der Rudolf Seiters (CDU) ist, aber nicht so genannt wird. Diesen begleitet er fortan auf allen Stationen seiner politischen Karriere bis ins Kanzleramt, das Seiters für Helmut Kohl organisierte. Es beginnt ein beschauliches Leben im beschaulichen Bonn und Korff freundet sich unter anderem mit Peter Glotz (SPD) an, der, da 2005 verstorben, namentlich auftreten darf.

Als herauskommt, dass er eine Affäre mit einer Stasi-Agentin hatte, die er sogar heiraten wollte, muss Korff seine Position als Politikberater aufgeben und nimmt wieder Lehraufträge an. Nach der Wiedervereinigung geht es noch einen Schritt weiter zurück: Er nimmt den Kampf gegen den Staat wieder auf, der nicht mehr seiner ist und befreit einen Freund aus Jugendtagen aus der Haft. Dieser Freund hatte sich zum Ziel gesetzt, das Niederwalddenkmal zu sprengen, das an den Sieg über Frankreich im Jahr 1870/1871 erinnert. Gewalt gegen Sachen, zumindest gegen diese eine, wird in Kauf genommen. Später kauft Korff sich sogar Farbbeutel für einen eigenen Anschlag.

Erzählt wird nicht immer linear, immer wieder gibt es Rückblenden, Erinnerungen und Reflexionen. Mit Dietlind Mohr-Hagen taucht auch eine eindrucksvolle sogenannte Liberale auf: „...ganz besonders hübsch war es, wenn eine Angehörige des Schmarotzerapparats der politischen Klasse, gepampert und ausgestopft mit bestem Gehalt, ..., die alte Weise „Jeder ist seines Glückes Schmied“ sang und zu Selbstverantwortung und Eigeninitiative mahnte und zu

einem schlanken Staat.“ (S.181)

Michael Braun kommt für den Tagesspiegel zu dem Schluss, Jochen Schimmang habe „hier sein Opus Magnum vorgelegt“ (<http://www.tagesspiegel.de/kultur/werdet-partisanen/1595916.html>). Ich persönlich finde, wer sich für Zeitgeschichte interessiert und Politik mal hinter den Kulissen zusehen will, der wird mit diesem Buch vergnügliche Tage haben, sich allerdings in einem Jahr nicht mehr an Vieles erinnern.

Martin Habersaat im Mai 2010

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 25.05.2010, 09:59 Uhr - 9070 Clicks - Nr. 525

Sparkassengesetz - geht mich das was an ?

Warum die SPD die Privatisierung der Sparkassen ablehnt...

Der umstrittene und viel diskutierte Gesetzentwurf der schwarz-gelben Landesregierung ist darauf zugeschnitten, dass sich die Hamburger Sparkasse (Haspa, eine privatrechtliche Bank!) an den öffentlich kontrollierten Sparkassen in Schleswig Holstein beteiligen kann.

Die EU-Kommission hat auf Anfrage der SPD-Landtagsfraktion darauf hingewiesen, dass sie die von Kubicki und jetzt auch von Carstensen im Gesetz vorgesehene Öffnung der schleswig-holsteinischen Sparkassen für eine Beteiligung der Haspa dementsprechend als Beteiligung einer „Privatbank“ ansehen könnte. Und da liegt der Hase im Pfeffer:

Dann wäre ein Einstieg auch anderer privater Banken aus Gleichbehandlungsgründen nicht mehr zu verhindern - wohl gemerkt in ganz Deutschlands Sparkassen, nicht nur bei uns. Damit zieht dann das überzogene Rendite-Denken z.B. des Herrn Ackermann auch in die Sparkassen ein. Diese sehen bislang immer auch soziale und regionale Verantwortung als Maßstab ihrer bisher v.a. kommunalpolitisch beeinflussten Geschäftspolitik – noch!

Die Einführung von Stammkapital bei den Sparkassen wird zudem dazu führen, dass kommunale Anteilseigner ihre Sparkassenanteile verkaufen, um ihre Krisen-gebeutelten und von Schwarz-Gelb nun endgültig ruinierten Haushalte zu sanieren.

Die SPD will: Die Sparkassen müssen zur flächendeckenden geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung so erhalten bleiben, wie sie heute sind. Wir wollen die dörfliche Filiale und nicht nur Callcenter oder Internet-Banken! Sparkassen sind der Geld- und Schuldenberater des „Kleinen Mannes“. Und sie stellen das „Konto für jedermann“ sicher.

Im Falle von Privatisierungen stünden auch die jedes Jahr fließenden Zuwendungen für Kultur, Sport und soziale Einrichtungen auf dem Spiel, weil die Sparkassen zu aller erst die Rendite-Erwartungen ihrer künftigen privaten Miteigentümer erfüllen müßten.

Die Sparkassen sind ein starker öffentlich kontrollierter Finanzverbund - sie konkurrieren mit Genossenschafts- und privaten Geschäftsbanken. In Zeiten abenteuerlicher Spekulationen auch noch diesen Teil unseres Finanzwesens schlechter kontrollierbar zu machen und zu privatisieren ist pure Ideologie, die uns BürgerInnen nichts nützt, wieder aber dem Kapital neue Macht eröffnet... Darum also: schwarz-gelbe Sparkassenpläne - NEIN DANKE!

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 25.05.2010, 12:12 Uhr - 5451 Clicks - Nr. 526

Bildungsstreik am 02. Juni

Die Jusos Kiel rufen gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus SchülerInnen und StudentInnen zum nächsten Bildungsstreik in Kiel auf. Trotz bereits vergangener Proteste gegen die Bildungspolitik des Landes hat sich noch nicht viel bewegt. Jetzt plant der Bildungsminister Klug gar, die Gemeinschaftsschulen – die einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellen – zu schwächen und mehr Lehrkräfte an die Gymnasien zu schicken, um sein Bild der Oberstufe zu verwirklichen.



Die Profiloberstufe entspricht überhaupt nicht den Vorstellungen der SchülerInnen: Mangelnde Wahlfreiheit und Umsetzung erschweren den Schulalltag. Zusätzlich erhöht G8 den Leistungsdruck auf die Jugendlichen und nimmt ihnen ein Jahr der Entwicklung und Selbstentfaltung. Zudem geben die neusten Ideen zum "Turbo - Abi" zu denken. Das so genannte Y - Modell des Ministers wird zu einer neuen Aufsplitterung des Schulsystems führen und ein "2- Klassen Gymnasium" zur Folge haben. Hinzu kommt, dass bei alledem die Wünsche und Probleme, derer die es betrifft nicht beachtet und übergangen werden. Deshalb fordern wir die Demokratisierung des Bildungssystems.

Es ist an uns ein weiteres Zeichen zu setzen, um Bildungsblockaden zu überwinden. Deshalb komm am 02. Juni zum Bildungsstreik. Los geht's um 10:30 Uhr am Hauptbahnhof.

Am 27.05. schon wird es auf dem Asmus - Bremer - Platz einen Flashmob geben. Unter dem Titel Bildungsblockaden einreißen, sollen um 16:00 Uhr vorher aufgestellte Pappbarrieren umgelaufen werden.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 26.05.2010, 11:08 Uhr - 9853 Clicks - Nr. 527

Förderschüler aus Kaltenkirchen zu Gast bei Thönnies in Berlin

Ein Blick hinter die Kulissen der Politik bekamen 16 Schüler der Förderschule am Lakweg aus Kaltenkirchen am 20. Mai 2010 in Berlin. Auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnies waren Sie im Rahmen ihrer Klassenfahrt zu Besuch im Deutschen Bundestag.



Nach der Teilnahme an einer Plenardebatte auf der Besuchertribüne des Reichstages kamen die Jugendlichen mit dem SPD-Politiker zusammen um ihm politische und persönliche Fragen zu stellen. Davon machten sie regen Gebrauch und interessierten sich besonders für Hilfen beim Übergang von der Schule in Ausbildung, den beruflichen Werdegang von Thönnies und die Organisation der Abgeordnetenarbeit im Verhältnis zum Privatleben. Die Stunde ging schnell vorbei und zum Abschluss stand noch der Besuch der Reichstagskuppel auf dem Programm.

Informationen zu einem Besuch im Reichstag findet man im Internet auf der Homepage von Franz Thönnies unter www.thoennes.de

Bildunterschrift: Franz Thönnies und Schüler der Förderschule am Lakweg aus Kaltenkirchen im Reichstagsgebäude

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 26.05.2010, 13:26 Uhr - 4123 Clicks - Nr. 528

SGK-Fachtagung - Amtsordnung

Nachdem das Landesverfassungsgericht am 26. Februar Teile der Amtsordnung mit der Landesverfassung für unvereinbar erklärt hat, muss der Landtag aktiv werden.

Zusammen mit der kommunalen SPD-Basis will die SGK diesen Prozess aktiv gestalten. Die SGK deshalb alle SPD-Gemeindevertreter ein, sich daran zu beteiligen am **Freitag, dem 11. Juni 2010 im Holstenhallen-Restaurant, Justus-von-Liebig-Str. 2, 24537 Neumünster Beginn: 18.00 Uhr.**

Folgender Ablauf ist geplant:

Begrüßung

Andreas Breitner, SGK-Landesvorsitzender

Amtsordnung – Wahl des Amtsausschusses - Selbstverwaltungsaufgaben, Erläuterungen zum Urteil

Maren Thomsen, Mitglied des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein und Richterin am Bundesverwaltungsgericht

Für die Praxis: Kommunale Handlungsalternativen rund um die Amtsordnung zur Erfüllung des Richterspruchs

Marc Ziertmann, stv. Geschäftsführer des Städteverbandes Schleswig-Holstein

Anschließend Diskussion im Plenum

Zusammenfassung der Diskussion, weiteres Vorgehen und Schlusswort

Ende der Veranstaltung gegen 21.00 Uhr

Bitte wegen der besseren Planung Anmeldung bis zum 7. Juni unter Tel. 04621-27110 oder Email: SGK-Landesverband-SH@SPD.de

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 26.05.2010, 16:23 Uhr - 5897 Clicks - Nr. 529

SPD-Kreistagsfraktion in Preetz

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion vom 12. Mai 2010

SPD-Kreistagsfraktion in Preetz
„Fraktion vor Ort“

Am 05.05.2010 besuchte die SPD-Kreistagsfraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion Preetz die neu errichtete Mensa, die gemeinsam von Schülern und Lehrern des Friedrich-Schiller-Gymnasiums und des Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule in Preetz genutzt wird.



Der Bürgermeister der Stadt Preetz, Herr Wolfgang Schneider, ließ es sich nicht nehmen, selbst den beiden Fraktionen das neue Prunkstück des Schulstandortes Preetz näher zu bringen. Außerdem anwesend waren Frau Dr. Grabowsky, Schulleiterin des Friedrich-Schiller-Gymnasiums und der stellvertretende Schulleiter Herr Andreas sowie die Leiterin der Gemeinschaftsschule, Frau von Guerard.

Gelbe Stühle, ein Holzfußboden im warmen Branton, Licht durchflutet und Bilder an den Wänden, die den Geräuschpegel wie in einem Wohnzimmer wirken lassen. Schon auf dem ersten Blick wird klar, die Zeiten, in denen eine Mensa ein kühler, ungemütlicher war, sind vorbei. "Dies ist ein Teil des Konzeptes", so Herr Andreas, "die Mensa soll zum Verweilen einladen und ein Ort für Gespräche sein".

Dieses Konzept scheint voll aufzugehen, denn über 100 Essen werden in der Mensa täglich ausgegeben. Tendenz steigend. Das Essen wird von einem Caterer angeliefert. "Für 2,90 Euro liefert der Caterer eine hervorragende Qualität", berichten die anwesenden Schulleiter, die selbst oft in der Mensa zu Mittag essen. "Außerdem übernimmt der Caterer die gesamte Organisation und Durchführung des Bezahlsystems, welches bargeldlos über ein Kartensystem funktioniert", ergänzt Herr Andreas. "Der große Vorteil des bargeldlosen Bezahlsystems ist, dass bei der Bezahlung des Essens nicht erkennbar ist, für wen ein Essensgeldzuschuss gewährt wird und für wen nicht."

Im Anschluss an die Besichtigung der Mensa folgte ein Rundgang durch das Friedrich-Schiller-Gymnasium. Hier haben längst WLAN, Beamer und USB-Stick Einzug gehalten. Die Mitglieder der Fraktionen zeigten sich von so viel Technik beeindruckt. Neben der Technik wird aber auch sehr viel Wert auf Eigenverantwortung der Schüler gelegt. Die Aufsicht der Bibliothek zum Beispiel wird eigenständig von den Schülern geplant und übernommen. "Die Vermittlung von Werten und Wertschätzung ist uns sehr wichtig. Wir binden die Schüler in das tägliche Geschehen mit ein und übertragen ihnen Verantwortung", so Frau Dr. Grabowsky. Abgerundet wird das 'Konzept-Schule', das am Friedrich-Schiller-Gymnasium gelebt wird, durch die Arbeitsplätze der Lehrer. Hier gilt 'klein aber fein'. Neue, moderne Schreibtischmöbel und praktische Rollcontainer, in denen jede Lehrkraft ihre Unterlagen aufbewahren kann und bei Bedarf zum PC-Arbeitsplatz oder an einen anderen Schreibtisch rollen kann, versprühen eine angenehme Arbeitsatmosphäre. Die Anschaffung der Arbeitsplätze wurde durch Kreismittel in Höhe von rund 60.000,- Euro realisiert. Gut angelegtes Geld, wie die Fraktionsmitglieder befanden.

Das Ende der Besichtigung endete mit einem gemeinsamen Appell der Schulleiter. Auf die aktuelle Entwicklung bezüglich G8 / G9 wollen das Friedrich-Schiller-Gymnasium und die Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule mit einem gemeinsamen Konzept reagieren. Dieses sieht vor, dass das Friedrich-Schiller-Gymnasium ein G8-Abitur anbietet und die

Gemeinschaftsschule ein G9-Abitur.

Durch enge Zusammenarbeit der Schulen soll den Schülern der Gemeinschaftsschule so ein reibungsloser Übergang auf die gymnasiale Oberstufe ermöglicht werden. "Diese hervorragend funktionierende Zusammenarbeit zwischen Gymnasium und Gemeinschaftsschule quasi auf einem Grundstück und dem Fachgymnasium in der Kührener Straße ist ein starkes Pfund für den Schulstandort Preetz und sollte anderen Standorten als Vorbild dienen", so Matthias Naumann, schulpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion.

Vorraussetzung für diese Zusammenarbeit ist aber, dass dem Friedrich-Schiller-Gymnasium nicht vorgeschrieben wird, ein so genanntes 'Y-Gymnasium' zu werden, also ein Gymnasium, das sowohl das G8-Abitur als auch das G9-Abitur anbietet. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Helga Hohnheit, sicherte den Anwesenden die Unterstützung der SPD-Kreistagsfraktion zu.

Zum Abschluss betonte noch einmal Frau von Guerard: "Lassen Sie die Gemeinschaftsschule nicht sterben. Die Schülerinnen und Schüler fühlen sich wohl in dieser Schulform. Es ist der richtige Weg, auch langsameren Schülern eine Chance zu geben und die Wahlmöglichkeit zwischen Gemeinschaftsschule oder Gymnasium, G8 oder G9 vor Ort anzubieten". Dem, so befanden die Fraktionen, ist nichts hinzuzufügen. "

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 26.05.2010, 17:47 Uhr - 6286 Clicks - Nr. 530

Sinnlose Amputationen und Verstümmelungen für die Region Wende zu einer finanzpolitischen politischen Geisterfahrt

Zu den finanzpolitischen Planungen der Landesregierung im Rahmen der beabsichtigten Kürzungsrunde erklärt der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Flensburg, Helmut Trost: Schmerzhaft Operationen sind manchmal notwendig und unvermeidbar - wenn sie medizinisch sinnvoll sind und den Heilungsprozess unterstützen. Bei der sogenannten Sparoperation ist das Gegenteil der Fall: Sinnlose Amputationen und Verstümmelungen sind kein Beitrag zur Genesung der Finanzen, sondern schwächen und zerstören die Entwicklungschancen in Flensburg und der Region.

Nicht einmal ein finanzpolitischer Nutzen ist erkennbar. Teilweise wird ein minimales Einsparpotential in eine weit entfernte Zukunft projiziert – so bei der Universität -, teilweise entsteht durch das sogenannte Sparen zusätzlicher Aufwand, der weit teurer ist - so bei der Schließung der JVA Flensburg.

So saniert man keine Finanzen, so zerstört man Infrastruktur und untergräbt Wachstums- und Entwicklungschancen der Region. Die Vorschläge sind von der Sache her nicht durchdacht und der entstehende Schaden übersteigt – auch in finanzieller Hinsicht – die angeblichen Einsparungseffekte.

Das Ganze ist verbunden mit Wortbruch und Etikettenschwindel. Das ministerielle Wort und die Zusagen zur Justizvollzugsanstalt hatten ein bemerkenswert kurzes Verfallsdatum. Und die örtliche CDU-Abgeordnete brüstet sich stolz damit, das Etikett „Universität“ gerettet zu haben, während ihr Minister gleichzeitig die Axt an die Wurzeln eben dieser Universität legt. Ohne Wirtschaftswissenschaften, ohne Energie- und Umweltmanagement und ohne grenzüberschreitende Studiengänge – das ist der Rücksturz in die 70er Jahre und hat nichts mehr Zukunftsgestaltung zu tun. Wer der Flensburger Universität ihre Stärken, ihre Alleinstellungsmerkmale und ihre Reputation nimmt, der betreibt ihre aktive Demontage.

Das Ganze ist keine Wende zu einem Sparkurs, das ist die Wende zu einer orientierungslosen finanzpolitischen Geisterfahrt, die für unsere Region in einem Desaster zu enden droht.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.05.2010, 18:27 Uhr - 1274 Clicks - Nr. 531

Stadtwerke müssen Kieler Stadtwerk bleiben!

Zur Unruhe bei den Stadtwerken Kiel nehmen die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Gesa Langfeldt und Ratsherr Lutz Oschmann, wie folgt Stellung:

Das offensichtlich erkennbare Ansinnen, mithilfe so genannter Umstrukturierungen auf Kosten von Mitarbeitern und Kunden den Einfluss des Miteigners Stadt Kiel auf das Unternehmen auszuhöhlen, wird auf den entschiedenen Widerstand der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Grüne stoßen.

Unsere Kernforderung lautet: Die Stadtwerke Kiel dürfen nicht zu einem Appendix des Mehrheitseigners MVV werden, sondern müssen ein Stadtwerk im Wortsinn bleiben: ein regionaler Energieversorger mit allen Wertschöpfungsstufen und den relevanten Steuerungs- und Lenkungenfunktionen. Es kann nicht sein, dass in Mannheim die Fäden gezogen und die Stadtwerke zu einer MVV-Außenstelle Kiel degradiert werden.

Und noch einen anderen, bisher vernachlässigten Punkt halten wir in diesem Zusammenhang für sehr wichtig: 2015 laufen die Netzkonzessionen in Kiel für Strom, Gas und Wasser aus – wenn jetzt steuerungsrelevante Funktionen nach Mannheim zentralisiert werden, beraubt sich die Stadt ihrer Chance, die Netze von diesem Zeitpunkt an wieder in Eigenregie führen zu können. Schon deshalb kann die Stadt als Miteigentümer der Stadtwerke solchen Vorhaben nicht zustimmen, das wäre nicht nur ökonomisch unsinnig und beraubte die Stadt einer wirtschaftlichen Chance und wäre fahrlässig.

Wenn jetzt in der Belegschaft der Stadtwerke Kiel große Unruhe herrscht, so haben wir dafür volles Verständnis. Es geht hier schließlich nicht nur um Zahlen und Ebits, sondern auch und vor allem um Menschen und Schicksale. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn in einer so wichtigen Phase des Unternehmens von Mannheimer Seite dem Betriebsrat in Kiel wichtige Informationen vorenthalten werden – vermutlich um kritische Nachfragen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Dabei sollte die Konzernführung sehr genau wissen, dass sich gerade die Kieler Kolleginnen und Kollegen in der Vergangenheit sehr besonnen gezeigt und schmerzliche Einschnitte mitgetragen haben. Diesem Betriebsrat jetzt zwanzig Aktenmeter vor die Füße zu werfen und zu verlangen, dass er die innerhalb kürzester Zeit abnickt, ist nicht nur in höchstem Grade unfair, sondern wird auch nicht funktionieren. Die Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Grüne fordern im Interesse des Unternehmens Stadtwerke Kiel und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine rechtzeitige und umfassende Einbeziehung der Mitbestimmung.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 27.05.2010, 11:46 Uhr - 3871 Clicks - Nr. 532

Schleswig-Holstein muss Vorreiter für Gentechnikfreiheit werden!

Landtagsrede vom 20.05.2010 zu TOP 12, Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen + Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette (Drucksachen 17/294 + 17/390)



Ich bedanke mich bei allen Menschen, die seit langem und weiter engagiert und voller Überzeugung für das Recht auf die Erzeugung von gentechnikfreien Nahrungsmitteln eintreten. Schon ca. 30.000 Bäuerinnen und Bauern haben in 190 gentechnikfreien Regionen in Deutschland, in Initiativen und Selbstverpflichtungen freiwillig erklärt, dass sie keine Gentechnik auf ihren Äckern und Wiesen einsetzen wollen. Auf allen Ebenen ist dadurch Bewegung entstanden mit dem Ziel, gegenüber der EU das Recht einzufordern, sich auch gesetzlich abgesichert als gentechnikfreie Region zu erklären. Dieses Ziel wird von allen Oppositionsfraktionen mit den beiden vorliegenden Anträgen unterstützt, schnell muss eine Bundesratsinitiative aus Schleswig-Holstein eingeleitet werden, das Selbstbestimmungsrecht für jedes Bundesland einzufordern.

In Bayern hat sich der Umweltminister bereits im letzten Jahr klar für ein Selbstbestimmungsrecht bei der Gentechnik ausgesprochen und will Bayern zur gentechnikfreien Region erklären. Hamburg hat Anfang Februar fraktionsübergreifend beschlossen, auf Gentechnik zu verzichten und möchte dies auf die gesamte Metropolregion ausdehnen. Auch die Kirche in Nordelbien wird auf allen Pachtflächen in 590 Kirchengemeinden ein Anbauverbot für gentechnische Organismen aussprechen über 2011 hinaus.

Als erste Reaktion auf den Hamburger Bürgerschaftsbeschluss hat das Landwirtschaftsministerium Schleswig-Holsteins leider gemauert und dabei auf das – noch – entgegenstehende EU-Recht verwiesen. Kurz darauf hat hier im Landeshaus die Initiative „gentechnikfreies Norddeutschland“ auf einer Pressekonferenz wieder überzeugend die Notwendigkeit und die Vorteile von gentechnikfreien Regionen vorgestellt.

Für die SPD möchte ich dazu unterstreichen: Wir unterstützen die Initiative für ein gentechnikfreies Norddeutschland und das Ziel, die gentechnikfreie Produktion zu einem Markenzeichen für Schleswig-Holstein zu machen. Denn damit schaffen wir für unsere landwirtschaftlichen Produkte neue Marktchancen.

Dafür muss in einem ersten Schritt zunächst das EU-Recht geändert werden; wir brauchen in den Mitgliedsstaaten und Bundesländern ein Selbstbestimmungsrecht zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Wir wollen von der EU das Recht erhalten, per Gesetz den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft in unserem Landwirtschafts- und Tourismusland auszuschließen. Hier ein Wort an die Regierungsfaktionen, die in ihrem Antrag auf die Koexistenz setzen. Bulgarien hat sich zwar nicht für ein generelles Anbauverbot ausgesprochen, aber nach dem Parlamentsbeschluss ist zu Schutzgebieten ein Abstand von 30 km, von 10 km zu Bienenstöcken und von 7 km zu biologischen Betrieben einzuhalten. Das bedeutet ein komplettes Anbauverbot. Richtig so!

Wir waren in Schleswig-Holstein in der rot-grünen Regierungszeit bundesweit führend beim Thema gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir haben die gentechnikfreie Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten immer als eine Art schleswig-holsteinisches Reinheitsgebot betrachtet, als ein wichtiges und von den Verbrauchern gefordertes Qualitätskriterium.

Die jetzige Regierung möchte im Gegenteil die Forschungsgelder für Gentechnik erhöhen; auch der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein unterstreicht das und zeichnet sich durch eine Technikgläubigkeit aus, die in keiner Weise den bisherigen – eher negativen – Erfahrungen mit (gen-)technischer Optimierung in der Ernährungswirtschaft entspricht. Das muss sich ändern, Schleswig-Holstein muss den Mut und politischen Willen aufbringen, um sich wieder an die Spitze der Initiative für ein gentechnikfreies Norddeutschland zu stellen.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 27.05.2010, 16:59 Uhr - 2045 Clicks - Nr. 533

Sonntag 30.05.2010 - Boulen mit der SPD-Reinfeld

Der SPD-Ortsverein Reinfeld hat im vergangenen Jahr damit begonnen, nicht nur mit Mitgliedern, sondern auch mit weiteren Interessierten aus Reinfeld und Umgebung gemeinsam Boule zu spielen. Nun soll die Saison wieder eröffnet werden.

Daher lädt der SPD-Ortsverein für den 30.05.2010 zu um 15.30 Uhr auf die Boulebahn in Reinfeld in der Marktstraße ein. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Bis in den September hinein sind jeweils an den letzten Sonntagen eines Monats Boulenachmittage geplant.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 27.05.2010, 18:40 Uhr - 8165 Clicks - Nr. 534

Kreisparteitag der SPD

Schleswig-Flensburg: Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg lädt zum SPD-Kreisparteitag am Samstag 12.Juni 2010 um 10:00 Uhr in den „Schaalby-Krog“, Hauptstr.51 in Schaalby ein. Nach einem Referat des Hamburger SPD-Landesvorsitzenden Olaf Scholz mit dem Thema „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“, stehen Vorstandswahlen auf der Tagesordnung. Es gilt für die Delegierten des SPD-Kreisparteitages einen Nachfolger für den im vergangenen Herbst zurückgetretenen SPD-Kreisvorsitzenden Dirk Peddinghaus zu wählen.

Kommentar von [Arne Mumm](#) vom 28.05.2010, 07:46 Uhr:

RE: Kreisparteitag der SPD

Hoffentlich sind wir auch beschlussfähig...

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.05.2010, 09:14 Uhr - 1351 Clicks - Nr. 535

Jetzt Städtebauförderung für Kieler Innenstadt nutzen!

Zur Entscheidung der Landesregierung, die Städtebauförderung weiterzuführen erklären Dr. Hans Friedrich Traulsen und Dirk Scheelje, baupolitische Sprecher der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

„Mit ihrer Entscheidung vom 26.5.2010, die Städtebauförderung in Schleswig-Holstein weiterzuführen, hat die Landesregierung die Tür für die Entwicklung der Kieler Innenstadt offen gehalten. Dass künftig nicht alle Bundesmittel gebunden werden sollen, bedeutet, dass Kiel sich besonders anstrengen muss, um in die Förderung zu kommen.“

Für die Landeshauptstadt kann das jetzt nur heißen, umgehend die Hausaufgaben zu erledigen und ein förderfähiges Sanierungsgebiet vorzugsweise im Bereich der Altstadt auszuweisen.

Damit werden Projekte wie die Sanierung der Konzerthalle, der Wasserverbindung vom Kleinen Kiel zum Bootshafen und die Umgestaltung der Eggerstedtstraße förderfähig und realistisch in ihrer Umsetzung.

Wenn in Kürze die Pläne zum Umbau des ehemaligen Karstadtgebäudes am Alten Markt vorliegen, kann die Stadt parallel dazu ihren Teil der Innenstadtgestaltung ebenfalls darstellen.

In anliegendem Positionspapier nehmen wir ausführlich Stellung zur aktuellen Situation der Innenstadtentwicklung und den Entwicklungen der letzten zwölf Monate.“

Entwicklung der Kieler Innenstadt aus Rot-Grüner Perspektive

Von Dirk Scheelje und Hans-Friedrich Traulsen

Der Zustand der Kieler Innenstadt wird häufig beklagt. Dabei steht vornehmlich das Niveau des Einzelhandels am Pranger: Ständig wechselnde Läden von Billigketten in der mittleren Holstenstraße, Leerstände im Leik, Schließung der Altstadtfiliale von Karstadt.

Diese Umstände sind jedoch von Seiten der Stadt nur wenig beeinflussbar.

Wohl aber kann städtische Politik Rahmenbedingungen setzen, die die Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation darstellen: Klare Ansagen für Investoren verbunden mit öffentlichen Investitionen zur Attraktivierung der Innenstadt.

Dabei war die Ausgangslage in der Kieler Innenstadtentwicklung zu Beginn der Rot-Grünen Kooperation 2008 denkbar kompliziert. Die Zukunft des Karstadt/Leik-Areals war wegen der Schwierigkeiten des Karstadt-Konzerns und der Leerstände im Leik ungewiss. Daneben standen konkurrierend Planungen für zwei weitere große Einzelhandelszentren im Raum: Die Rathausgalerie und das ECE-Konzept für eine Citymall rund um das Schlossareal einschließlich des Neubaus einer kostspieligen Fördephilharmonie. So wurde die Existenz des Kieler Schlosses ebenso aufs Spiel gesetzt wie der dazu gehörige Konzertsaal, der dringend einer Sanierung bedarf, um eine baldige Schließung zu verhindern.

Die politische Aufgabenstellung bestand nun darin, in diese z.T. widerstreitenden Umstände Ordnung zu bringen und Prioritäten festzulegen. In dieser Situation hat sich Rot-Grün dafür entschieden, als ersten Schritt für die Rathausgalerie ein geordnetes Bebauungsplanverfahren einzuleiten. Vor allem aber wurde beschlossen, in einem breiten Beteiligungsverfahren die anstehenden Fragen öffentlich zu diskutieren und Meinungen aus der Bevölkerung einzuholen. Dieses Verfahren hat deutlich gemacht, wohin die Mehrheitsmeinung in Kiel tendiert. Die Kielerinnen und Kieler wollen keinen Abriss des Kieler Schlosses, sondern eine behutsame Entwicklung dieses Areals. Sie wollen eine Attraktivierung der Innenstadt und gute Einkaufsmöglichkeiten, aber sie haben große Zweifel, ob ein weiterer erheblicher Zuwachs an Einkaufsflächen für die Stadt verträglich ist. Sie wollen mehr Wohnmöglichkeiten und durchaus auch touristische Attraktionen. Daraus ergeben sich folgende Grundlinien zur Innenstadtentwicklung:

- Kein geschichtsloser Umgang mit dem Schlossareal, Umgestaltung statt Abriss
- Vorrang für die Entwicklung des Altstadtareals einschließlich einer Nachfolgelösung für Karstadt am Alten Markt
- Aufwertung der Innenstadt durch Maßnahmen wie die Wasserverbindung zwischen Kleinem Kiel und Altem Markt, Neugestaltung der Eggerstedtstraße. und Aufwertung der Museumslandschaft einschließlich eines möglichen Museumsneubaus am Schifffahrtsmuseum
- Erhöhung des Wohnanteils
- Neugestaltung des Holstenplatzes, möglicherweise als Shared Space

Konkret sahen sich in der Bürgerbeteiligung sowohl die Planungen der Rathausgalerie als auch die der ECE am Schlossareal deutlichen Vorbehalten ausgesetzt, die sich vor allem auf die

Frage konzentrierten, wie viel Verkaufsfläche die Innenstadt über eine Neugestaltung des Karstadt/Leik Areals hinaus verträgt.

Rot-Grün hat daraus schon 2009 die politische Konsequenz gezogen, als Schwerpunktstandort für Einzelhandel den Bereich Karstadt/Leik festzulegen, von dessen weiterer Entwicklung die Zukunft der Rathausgalerie abhängig zu machen und einer City-Mall am Schloss eine Absage zu erteilen.

Da die Innenstadt jedoch weit mehr ist als eine Funktion von Handel, sollen parallel dazu die Anstrengungen für die Neugestaltung der Innenstadt mit Nachdruck vorangetrieben werden. Hierzu wurden folgende Initiativen ergriffen:

- Erarbeitung eines Sanierungsgutachtens für die Konzerthalle
- Einwerbung von Städtebauförderung von Bund und Land für die Attraktivierungsmaßnahmen der Innenstadt und Vorbereitung der Ausweisung des Schlossareals als Sanierungsgebiet
- Einwerbung von Tourismusfördergeldern als Kompensation für das vom Land abgesagte Science Center
- Festlegung eines Wohnanteils von 25% bei neuen Vorhaben
- Einrichtung eines Innenstadtforums zur permanenten Beiteilung wichtiger Akteure der Kieler Innenstadt

Nach knapp einem Jahr lässt sich feststellen, dass die Rot-Grüne Strategie, durch klare Verfahren und konkrete Projektplanungen für einen entscheidenden Fortgang der Entwicklung zu sorgen, aufgegangen ist:

Bereits zum Jahreswechsel 2009/21010 geriet Bewegung in die zuvor ungewisse Zukunft des Karstadtgebäudes am Alten Markt. Der Projektentwickler Matrix hat das Gebäude gekauft und legt Ende Mai eine Planung für ein Geschäftshaus vor, die sicherstellt, dass im priorisierten Areal auch weiterhin attraktive Einkaufsmöglichkeiten bestehen. Zwar konnte die von vielen gewünschte gemeinsame Entwicklung mit dem Leik-Gebäude so voraussichtlich nicht verwirklicht werden, aber der drohende dauerhafte Leerstand an dieser Stelle ist vermieden. Sobald endgültig geklärt ist, wie viel Verkaufsfläche hier entsteht und mit welchen Angeboten zu rechnen ist, wird darüber zu entscheiden sein, ob die Kieler Innenstadt noch ein weiteres Einkaufszentrum verträgt. Dies kann nach Lage der Dinge nur die Rathausgalerie sein. Eine Entscheidung hierfür setzt allerdings neben dem weiteren Interesse des Investors voraus, dass das Einkaufszentrum sich direkt zur mittleren Holstenstraße öffnet und der angestrebte Wohnanteil von 25 % realisiert wird.

Seit dem Frühjahr 2010 rücken auch die Attraktivierungsmaßnahmen der Innenstadt in greifbare Nähe. Aus dem Städtebauförderungsprogramm des Landes zur Aktivierung von Innenstädten könnten sich mehrere Maßnahmen finanzieren lassen:

Für den Konzertsaal liegt ein Sanierungsgutachten vor, wonach diese für etwa 12 Mio € zu sanieren ist. Zusätzlich sechs Mio. € werden für einen Anbau zur Attraktivierung veranschlagt. Die Städtebauförderung kann einschließlich eines Stadtanteils von 2 Mio € hierzu 6 Mio € beitragen. Inwieweit Stadt und Land darüber hinaus Haushaltsmittel bereitstellen, wird erst entscheidbar sein, wenn ein klares Finanzierungskonzept vorliegt, das nunmehr schleunigst entwickelt werden muss, um die drohende baldige Schließung zu verhindern.

Auch die Wasserverbindung von Kleinem Kiel und Bootshafen und der Umbau der Eggerstedtstraße sind aus der Städtebauförderung realisierbar.

Das Land hat sich darüber hinaus bereit erklärt, in einen gemeinsamen Planungsprozess für ein Bündel touristischer Attraktivierungsmaßnahmen einzutreten, der neben einem Museumsneubau ebenfalls die Wasserverbindung zwischen Kleinem Kiel und Bootshafen und andere Einzelmaßnahmen beinhaltet.

Damit sind wesentliche Eckpfeiler für die Innenstadtentwicklung gesetzt, die nun entschieden vorangebracht werden müssen.

Die Finanzsituation von Bund, Ländern und Kommunen lässt erwarten, dass die finanziellen

Spielräume in den nächsten Jahren immer geringer werden. Daraus lässt sich schließen, dass für Investitionsentscheidungen wie die genannten große Eilbedürftigkeit besteht, auch um jahrelangem Stillstand in der Innenstadt-Entwicklung zuvorzukommen.

Es handelt sich um für Kiel angemessene und realistischerweise erreichbare Ziele. Wir fordern deshalb die anderen politischen Fraktionen der Ratsversammlung auf, sich unserem Kurs anzuschließen.

Wie bei der Beethovenhalle in Bonn oder dem Kölner Schauspielhaus ist eine neue Bescheidenheit angebracht. Gerade die Sanierung und Attraktivierung des Konzertsaals könnte aktuell den wichtigsten Impuls zur Belebung der Altstadtinsel darstellen. Es ist vollkommen unstrittig, dass eine Landeshauptstadt wie Kiel neben Sparkassenarena, Schauspiel- und Opernhaus einen Veranstaltungsort wie den bestehenden Konzertsaal benötigt. Sein Angebot, das von Philharmonischen Konzerten und SHMF über Kabarettabenden zu Volkstümlicher Musik und Heavy Metal reicht, erfreut sich bereits jetzt großer Beliebtheit. Diese lässt sich durch eine bauliche und technische Anpassung an heutige Standards noch deutlich steigern.

Genauso wie es sich als richtig herausgestellt hat, bei der Einzelhandelsentwicklung auf eine realistische Planung zu setzen und klare Prioritäten herauszuarbeiten, bietet es sich also auch bei der Entwicklung des Schlossareals als vielleicht dem wichtigsten Entwicklungsgebiet der Innenstadt an, auf bescheidenere aber umsetzbare Pläne zu setzen. Besser allemal, als die Schließung in Kauf zu nehmen, verbunden mit einer unkalkulierbaren anderweitigen Nutzung des Gebäudes.

Dem Motto unseres Kooperationsvertrags „Die Stadt gestalten“ entsprechend hielten wir es für einen Fehler dieser Aufgabe auszuweichen, sondern plädieren dafür sie mit Realitätssinn anzugehen.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 28.05.2010, 14:11 Uhr - 10472 Clicks - Nr. 536

Pflege geht alle an

Pflege geht alle an! Unter diesem Motto stand ein Vortrag zum neuen Pflegegesetz beim Kreissenorenrat. Die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen gab einen kurzen Einblick in das Thema.

Mit dem so genannten Selbstbestimmungsstärkungsgesetz reagiert Schleswig-Holstein auf neue Anforderungen in der Pflege. Bereits seit Jahren fordern sowohl älter werdende, als auch behinderte Menschen mehr Eigenverantwortung, Recht auf Selbstbestimmung, Teilhabe und Normalität.

Dabei müssen die jeweiligen Schutzbedürfnisse gewahrt bleiben. Das bisherige Heimgesetz genüge den heutigen Anforderungen an die Transparenz der Leistungen von Pflege und Betreuung und an



Verbraucherorientierung nicht mehr. Deshalb waren Neuregelungen nötig.

„Wichtig ist, wie das neue Gesetz in der Praxis umgesetzt wird“, erläuterte Birgit Herdejürgen. Im Sozialausschuss des Landtages wurde bereits angemahnt, die dafür nötigen zusätzlichen Bestimmungen rasch auf den Weg zu bringen.

Der Kreissenorenrat unter Leitung von Willi Duschl diskutierte angeregt die Möglichkeiten pflegebedürftiger Menschen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde positiv bewertet, dass auch Angehörige an der Interessenvertretung von Einrichtungen beteiligt werden sollen.

„Jeder kann jederzeit pflegebedürftig werden“, so das Fazit von Birgit Herdejürgen. „Deshalb sollten wir uns alle mit dem Thema befassen. Die Qualität von Pflege darf nicht nur von Seniorenräten und Behindertenbeauftragten vorangetrieben werden. Das geht uns alle an.“

Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 28.05.2010, 15:43 Uhr - 4290 Clicks - Nr. 537

Klaus Hinrichs - 10 Jahre Bürgermeister

Im Mai 2010 wurde Klaus Hinrichs (SPD) als Nachfolger von Johannes Henkens (SPD), der dieses Amt 30 Jahre inne hatte, zum Bürgermeister der Gemeinde Mildstedt gewählt.

Sein Einsatz wurde mit der Verleihung der "Freiherr-von-Stein-Gedenkmedaille" im Jahr 2006 gewürdigt.

Er setzt damit die Erfolgsgeschichte der SPD-Bürgermeister in Mildstedt fort.

Er ist fast täglich viele Stunden für die Gemeinde der wichtigste Ansprechpartner und Entscheidungsträger.

Er steht immer noch seine „Mann“, obwohl die CDU und FDP bei der letzten Wahl meinten Klaus wäre zu alt. CDU und FDP wollten nur eine unerfahrene CDU-Gemeindevertreterin (pikanterweise die Ehefrau eines der zwei FDP-Gemeindevertreter) in das Bürgermeisteramt hebeln.

Seine Hauptziele waren und sind die Gemeindestruktur sozial zu gestalten. Er ist für alle Einwohner ansprechbar.

Während seiner Amtszeit wurden folgende größere Projekte durchgeführt:

Renaturierung der Mühlenau zum Naturerlebnisraum, mehrere Schul- und Umbauten, Sanierung von Rentnerwohnungen, „Geburtshilfe“ bei der Gründung des Fremdenverkehrsvereins, Internetauftritt der Gemeinde, Anbau am Feuerwehrgerätehaus, mehrere Baupläne, Start der „Betreuten Grundschule“, dann „Verlässliche Schule“, Sanierung und Isolierung der Turn- und Sporthalle, Ausbau und Verbesserung der Gemeindestraßen und -wege, 700-Jahr-Feier-Mildstedt, Beteiligung am Reitwegenetz, Umwandlung des Nadelholzwaldes in Laubwald sowie umfangreiche Aufforstungen, Rückübertragung des Feuerwehrwesens auf die Gemeinde, Renovierung des Kirchspielskruges, Umwandlung der Grund- und Hauptschule in eine Regionalschule, Anschaffung zweier Feuerwehrfahrzeuge, Bau eines Jugendhauses, Errichtung von 20 Krippenplätzen, Umgestaltung des Fuß- und Radweges



Rödemisser Chaussee, Austausch von Straßenlampen durch energiesparende LED-Leuchten.

Lieber Klaus vielen Dank für Deine Arbeit.
Dir und Deiner Familie Glück und Gesundheit!
Deine SPD Mildstedt Rosendahl

Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 28.05.2010, 16:00 Uhr - 3706 Clicks - Nr. 538

Jahreshauptversammlung SPD-Mildstedt

Ungewöhnlich scharf kritisierte der Vorsitzende Rudolf Knipfer die selbsternannten Wunschpartner CDU und FDP. Nicht nur die weitaus meisten Bürgerinnen und Bürger haben inzwischen erkannt, dass diese Politik den meisten Menschen in Deutschland und Schleswig-Holstein schadet. Haben fast alle Medien vor den Wahlen berichtet, Schwarz-Gelb sei ein Glücksfall für Deutschland, melden seit Monaten genau diese Medien wie unprofessionell und teilweise dumm diese Regierungen im Bund und im Land arbeiten.

Es reicht bei weitem nicht sich nur die wenigen Reichen und Superreichen auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung zu beglücken.

Der Vorsitzende dankte der Fraktion und allen Mitgliedern für ihre gute Arbeit. Besonders würdigte er die Leistungen des SPD-Bürgermeister Klaus Hinrichs, der nach 45 jähriger Tätigkeit im Vorstand ausscheidet. Knipfer wünschte Klaus Hinrichs, dass der Tag kommen möge, an dem Klaus bei voller Gesundheit sagen kann. „Nunmehr habe ich den größeren Teil meines Lebens nicht für den Vorstand der SPD Mildstedt gearbeitet.“ Dann wäre Klaus 91 Jahre alt.

Erfreut zeigte sich Knipfer über die anwachsende Mitgliederzahl, er konnte einen Zugang von sieben Genossinnen und Genossen vermelden.

Die Ergebnisse der Europa-, Bundes- und Landtagswahl waren, obwohl die SPD Mildstedt etwas über dem Trend lag, nicht berauschend. Überzeugt war man, würden die Wahlen heute stattfinden sehen die Ergebnisse für die SPD deutlich besser aus.

Die satzungsgemäßen Wahlen ergaben folgendes Ergebnis: Stellvertretende Vorsitzende bleiben Andrea Grunwald und Bernd Heiber, Jürgen Gleitsmann wurde als Beisitzer nach gewählt, Kassiererin bleibt Gabriela Schütt, auch der Organisationswart Reinhard Taube wurde wieder gewählt.

Die Pausen während den Auszählungen wurden genutzt um Hermann Thomsen und Rickert Friedrichsen für 40 Jahre und Helmut Bahr und Marliese Schmolla für 25 Jahre Mitgliedschaft zu danken. Auch in der Pause wurde die diesjährige Tagestour zur Hallig Hooge vorgestellt.

Keine Kommentare

[SPD Pries-Friedrichsort](#) - veröffentlicht am 28.05.2010, 16:51 Uhr - 2886 Clicks - Nr. 539

Bürgergespräch am 09.06.10 im Sportheim der SV Friedrichsort

Bürgergespräch im Kieler Norden

Das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern ist eines der wichtigsten Dinge für uns.
Nur so wissen wir, wo wirklich der Schuh drückt.

Gemeinsam mit den Ortsvereinen Altenholz, Holtenau und Schilksee wollen wir daher in

regelmässigen Abständen Bürgergespräche durchführen und dort Entwicklung und Probleme der Stadtteile und Gemeinden nördlich des Kanals ansprechen.

Ein erstes Bürgergespräch findet statt am Mittwoch, den 09.06.10, um 19:00 Uhr im Sportheim der SV Friedrichsort (siehe auch Terminkalender).

Thema dieses ersten Bürgergesprächs ist der Flugplatz Holtenau, wie geht es dort weiter.

Als Diskussionsteilnehmer stehen Rolf Fischer (MdL), Gesa Langfeldt (SPD – Fraktionsvorsitzende in Kiel), Wolfgang Weiß (SPD – Fraktionsvorsitzender in Altenholz) und Volkhard Hanns (SPD Ratsherr in Kiel) zur Verfügung.

Wir vier Ortsvereine hoffen auf eine rege Teilnahme und hohes Interesse seitens der Bürgerinnen und Bürger.

Der OV Pries – Friedrichsort wird am Sonnabend, 05.06.10 mit einem Infostand auf die Veranstaltung aufmerksam machen, ähnliches planen die anderen drei Ortsvereine.

Auch am Sonnabend, 05.06.10 findet unser Sommergrillen statt (siehe Terminkalender). Hoffentlich spielt das Wetter mit.

Keine Kommentare

[SPD Kiel-Süd-West](#) - veröffentlicht am 28.05.2010, 20:49 Uhr - 5256 Clicks - Nr. 540

Thomas Gedig folgt Gert Haack

In ihrer Jahreshauptversammlung wählten die Mitglieder des SPD Ortsvereins Kiel-Südwest ihren neuen Vorstand und Thomas Gedig aus Wellsee, bislang stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender, zu ihrem neuen Vorsitzenden.

Marco Ouzten aus Kronsburg wurde stellvertretender Vorsitzender und Danny Schulze aus Neumeimersdorf Schriftführer. Willy Bargmann aus Schlüsbek bleibt für die Finanzen des Ortsvereins zuständig.

Beate Friedrichs, Vorsitzende des Ortsbeirats Wellsee/Kronsburg/Rönne, die Ortsbeiratsmitglieder Rolf-Dieter Barth, Klaus Iser, Eckhard Makoschey sowie der stellvertretende Vorsitzende des Ortsbeirates Meimersdorf/Moorsee Normen Mohr und Ortsbeiratsmitglied Norbert Hartmann wurden zu Beisitzern im Vorstand gewählt. Ebenfalls in den Vorstand gewählt wurden Birgit Hannemann-Röttgers (ständige Delegierte im Kreisausschuss), Walter Hansen, Werner Neumann, Gert Haack und Heinz Liebscher. Peter Bock und Dr. Ali Mahdani sind weiterhin die Revisoren des Ortsvereins.

Verbunden mit dem Dank des Ortsvereins an seinen Vorgänger Gert Haack umriss Thomas Gedig die künftigen Arbeitsschwerpunkte: "Der SPD Ortsverein muss die wahlfreie Zeit nutzen, um für die Menschen sichtbar und fleißig zu arbeiten. Wir wollen 2013 das Ratsmandat für den Wahlkreis gewinnen; denn mit dem Wahlsieg von Bernd Heinemann bei den Landtagswahlen 2009 hat der Kieler Südwesten zwar einen direkten Ansprechpartner im Landtag, aber leider keine Stimme mehr in der Stadtvertretung. Für die Menschen sind die Ortsbeiräte erste Ansprechpartner. Wir wollen deren Arbeit und Zuständigkeit stärken und weiter entwickeln."

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.05.2010, 13:19 Uhr - 6285 Clicks - Nr. 541

Energieprojekte in Schleswig-Holstein

Auf einer Rundreise durch Nordfriesland besichtigte der Arbeitskreis für Energie und Landesplanung verschiedene Projekte zur Energiegewinnung in Nordfriesland. Olaf Schulze, Landtagsabgeordneter aus Geesthacht und Arbeitskreisvorsitzender, Marion Sellier, Landtagsabgeordnete aus Viöl und stellvertretende Arbeitskreisvorsitzende und Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel und wegen seiner Zuständigkeit für die Metropolregion Hamburg Mitglied des Arbeitskreises,



besichtigten Anlagen und trafen Ingenieure, Unternehmen und Investoren, um sich über aktuelle Entwicklungen in einer wachsenden Branche zu informieren.

Die Team Hallenbau GmbH aus Ahrenviöl hat den „Sündreyer“ erfunden - ein Dach, das sich stündlich neu nach der Sonne ausrichten kann und somit mehr Sonnenenergie „ernten“ kann als statische Dachanlagen. Effizienzgewinn: ca. 25 Prozent, weil ein Photovoltaikmodul dann am effektivsten arbeitet, wenn die Sonnenstrahlen senkrecht auftreffen, was selbst bei optimal ausgerichteten Dächern nur in den Mittagsstunden der Fall ist. Zunächst nur auf runden Gebäuden installiert, sind inzwischen auch weitere Konstruktionsmöglichkeiten erschlossen. Ca. 80 Arbeitsplätze in der Region sind so außerdem entstanden.

Ebenfalls besichtigt wurde ein Solarpark in Hörup, der zu einem Viertel als Bürgersolarpark konzipiert ist. Der Initiator Max-Hermann Johannsen erläuterte den Weg von der Idee zur Realisierung des Parks und seine Zusammenarbeit mit der Conergy AG aus Hamburg. Johannsen, auch ein erfahrener Windmüller, betonte vor allem die Bedeutung von dezentraler Energieerzeugung für die regionale Wertschöpfung.

Fazit von Martin Habersaat: „Es tut sich so viel bei den regenerativen Energien. Wenn zu dieser Dynamik noch die Kräfte kämen, die momentan in die Verteidigung der Atomkraft gesteckt werden, könnten wir in zehn Jahren in einem Land leben, das sich wegen seiner Energieversorgung keine Sorgen zu machen braucht.“

Keine Kommentare

Anträge der SPD gehen in die zweite Runde

Nachdem die Osterrönfelder Gemeindevertretung im März diesen Jahres zwei Anträge der SPD-Fraktion zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen hat, geht es nun in die zweite Runde. Am Mittwoch, 09.06.2010, wird nun im Verkehrs- und Werksausschuss über den Antrag der SPD beraten, ob Fahrradstraßen in Osterrönfeld eingerichtet werden sollen und ob eine öffentliche Begehung zur Frage "Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?" stattfindet...

FAHRRADSTRABEN:

Seit Jahren ist die kritische Verkehrssituation für Radfahrer und Fußgänger in der Dorfstraße bekannt. Da eine bauliche Veränderung und eine Realisierung der Dorfkernplanung auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist, kann mit der Einrichtung von Fahrradstraßen im Dorfkern kurzfristig und kostengünstig wenigstens teilweise eine Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer erreicht werden. Indem Verkehrsströme entflochten und auf die vorhandenen Straßen besser verteilt werden, profitieren letztendlich nicht nur die Fahrradfahrer, sondern auch Fußgänger und Kraftfahrer von der Maßnahme.



Fahrradfahrer können nur dann von der gewohnten Route entlang der gefährlichen Dorfstraße weglockt werden, wenn die Attraktivität von alternativen Routen gesteigert wird. Eine derartige Attraktivitätssteigerung stellt die Einrichtung von Fahrradstraßen dar, weil Fahrradfahrer dort gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern bevorrechtigt sind.

Mehr Infos zum Thema "Fahrradstraßen" finden Sie hier, ebenso wie eine Diskussionsmöglichkeit [[mehr](#)]

"WIE BEHINDERTENGERECHT IST OSTERRÖNFELD?"

Wie behindertengerecht sind die öffentlichen Einrichtungen in Osterrönfeld? Wo liegen die Probleme auf öffentlichen Wegen und Straßen? Mit welchen Schwierigkeiten haben körperlich und geistig Behinderte in Osterrönfeld zu kämpfen?

Als Nichtbetroffener ist die Beurteilung dieser Fragen kaum möglich. Was für den einen nur ein Kantstein oder eine Treppe ist, ist für den anderen bereits ein unüberwindbares Hindernis.

Um all diese Fragen sachgerecht beantworten und vorhandene Probleme lösen zu können, beantragt die SPD-Fraktion Osterrönfeld eine öffentliche Begehung Osterrönfelds.

Mehr Infos zum Thema "Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?" finden Sie hier [[mehr](#)]

Während der öffentlichen Sitzung des Verkehrs- und Werksausschusses am 09.06.10 wurden die beiden Anträge der SPD beraten. Die Ergebnisse der Diskussion und Beratung finden Sie hier [[mehr](#)]

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 29.05.2010, 16:01 Uhr - 11888 Clicks - Nr. 543

Sönke Rix als Kreisvorsitzender bestätigt

Mit großer Mehrheit wurde der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix als Rendsburg-Eckernförder SPD-Chef bestätigt. Auf dem ordentlichen Parteitag am 29.05. in Nortorf erhielt Rix 107 von 110 abgegebenen Stimmen. Zwei Delegierte stimmten gegen ihn, es gab eine Enthaltung.

Als stellvertretende Kreisvorsitzende wählte der Kreisparteitag Heidrun Isolt (Eckernförde) und Ulf Daude (Molfsee).

Als Kreiskassierer wurde Marc Nissen

(Dänischenhagen) wiedergewählt, Schriftführer wurde Götz Borchert (Dänischenhagen).



Beisitzer im Kreisvorstand sind für die nächsten zwei Jahre Andreas Fleck (Felde), Hatice Kara (Rendsburg), Thomas Lemm (Eckernförde), Thiemo Lüebe (Molfsee), Friederike Rupprecht (Flintbek), Mira Spill (Schwedeneck) Jürgen Strack (Neuwittenbek) und Manfred Tank (Mielkendorf).

Mit stehenden Ovationen wurde Anke Göttisch (Eckernförde) verabschiedet, die nicht wieder kandidierte. Anke Göttisch war 10 Jahre Mitglied des Kreisvorstandes, davon 8 Jahre als stellvertretende Kreisvorsitzende

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.05.2010, 16:51 Uhr - 4252 Clicks - Nr. 544

Unsere Kinder - unsere Zukunft

Unter dem Motto „Unsere Kinder - unsere Zukunft“ demonstrierten Mitte Mai ca. 800 Kinder, Eltern und Erzieherinnen vor dem Kieler Landtag gegen Kürzungen im Kita-Bereich und für eine bessere frühkindliche Förderung. Die Kreiselternvertretung Stormarn hatte nun zum selben Thema eine Podiumsdiskussion organisiert, an der für die SPD Landtagsfraktion Martin Habersaat teilnahm. Über 50 Eltern, ErzieherInnen und Vertreter von Kita-Trägern waren der Einladung gefolgt.



Ein wichtiges Thema war die Streichung des kostenfreien dritten Kindergartenjahres. Alle Fraktionen im Kieler Landtag hatten dies, in Kenntnis der schwierigen Haushaltslage Schleswig-Holsteins, 2009 eingeführt. Nach der Wahl kippten nun CDU und FDP die Kostenfreiheit und mussten sich den Vorwurf des Wahlbetruges gefallen lassen. Martin Habersaat nahm zur

Bedeutung des kostenfreien Kita-Jahres Stellung: „Wenn es einer Gesellschaft gelingt, alle Kinder zu erreichen und soziale Nachteile bereits im Kita-Alter aufzufangen, wird sie auch in der Schule weniger Probleme zu bearbeiten haben und langfristig profitieren. Diese Erkenntnis setzt sich in immer mehr Bundesländern durch, Schleswig-Holstein macht jetzt aber wieder einen Schritt zurück.“

Thematisiert wurde auch die Rolle des Kindergartens vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Gesellschaftsbildes. Während es vor einigen Jahrzehnten, gerade in Schleswig-Holstein, noch die Meinung vieler war, Frauen sollten nicht arbeiten und sich zuhause um ihre Kinder kümmern, hat sich heute die Erkenntnis durchgesetzt, dass zu einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft ein gutes Angebot in der Kinderbetreuung gehört. Ursula von der Leyen habe geholfen, auch die CDU von dieser Tatsache zu überzeugen.

Warum man langfristig mehr in Bildung investieren muss, wenn man Geld sparen möchte, begründete Habersaat unter anderem mit einer Studie der Berstelsmann-Stiftung: Demnach kann jeder fünfte 15-Jährige bereits heute nur mangelhaft lesen und rechnen. Daraus entstünden für den Staat, durch nachsorgende Sozialarbeit, Sozialleistungen und entgangene Steuereinnahmen, in den nächsten acht Jahrzehnten Kosten von 2,8 Billionen Euro ([Quelle](#)). Eine OECD-Studie geht davon aus, dass 25 PISA-Punkte mehr der nächsten Generation in Deutschland 5000 Milliarden Euro zusätzlich einbringen könnten ([Quelle](#)).

Martin Habersaat: „Die Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein haben einen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag. Davon ausgehend müssten nun eigentlich die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher verbessert werden, müssten FH-Absolventen in die Einrichtungen und müsste die Gehaltsstruktur der Bedeutung der Einrichtungen angepasst werden.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.05.2010, 12:02 Uhr - 1064 Clicks - Nr. 545

Universität wird noch sichtbarer in der Mitte der Stadt!

Der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Lars Juister, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

"SPD, GRÜNE und SSW freuen sich über das vorgesehene "Samuel-Reyher-Haus" an der Hörn. Mit diesem Haus der Wissenschaft wird die Christian-Albrechts-Universität noch sichtbarer in der Mitte der Stadt. Ein Vergleich dieses hervorragenden Universitätsprojektes mit dem vom Land abgesagten Science Center durch Begriffe wie "Science Center light" hieße allerdings, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Der Universität wäre es abgesehen davon ohnehin nicht zuzumuten, anstelle des Landes die Kompensation für die Science-Center-Absage des Landes zu erbringen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.05.2010, 12:04 Uhr - 1144 Clicks - Nr. 546

Der Sieg im Wettbewerb „Stadt der jungen Forscher“ ist ein großer Erfolg!

Der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Lars Juister, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker, SSW, zum Erfolg Kiels beim Wettbewerb „Stadt der jungen Forscher“:

„Kiel wird die ‚Stadt der jungen Forscher 2011‘. Wir freuen uns sehr über diesen großen Erfolg, mit dem einmal mehr gezeigt werden kann, welchen Stellenwert die Wissenschaft für Kiel hat! Dieser Erfolg ist auch ein weiterer Ansporn für die Stadt, in einem der nächsten Jahre den Titel im Wettbewerb ‚Stadt der Wissenschaft‘ anzustreben!“

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 31.05.2010, 13:17 Uhr - 9475 Clicks - Nr. 547

Ein Jahr in den USA – Austauschprogramm von Bundestag und US-Kongress SPD-MdB Thönnies wirbt:

Wer Interesse hat an einem Jahr in den USA, sollte diese Chance nutzen: Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) fördert der Deutsche Bundestag auch im kommenden Jahr den Jugendaustausch mit den USA mit Stipendien für Schüler und junge Berufstätige.



Das Programm wird vom Deutschen Bundestag und dem US-Kongress finanziert. Zusätzlich zu dem kostenlosen Aufenthalt in den USA werden die Jugendlichen von jeweils einem Abgeordneten der beiden Parlamente betreut, der die Patenschaft für die Stipendiaten übernimmt.

"Nichts fördert die Völkerverständigung besser als persönliche Kontakte. Auslandserfahrungen bereiten Jugendliche besonders gut auf die internationalen Anforderungen der künftigen Gesellschaft vor", unterstreicht Thönnies, der dieses Projekt seit Jahren betreut.

Für das Schuljahr 2011-2012 läuft die Bewerbungsfrist bis zum **3. September 2010**.

Schüler müssen zum Beginn des Auslandsaufenthalts am 31. 7. 2011 zwischen 15 und 17 Jahren alt sein. Junge Berufstätige müssen ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und zwischen 16 und 24 Jahre alt sein.

Die Bewerbungsunterlagen können im Bürgerbüro von Franz Thönnies in Bad Segeberg angefordert werden, per E-Mail buengerbuero@thoennes.de, telefonisch unter 04551-96 83 83, oder per Fax 04551-96 73 38.

Bildquelle: O. Fischer / www.pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 31.05.2010, 16:14 Uhr - 2731 Clicks - Nr. 548

Viel Spaß bei Radtour mit Johanna Skalski

Bürgermeisterwahlkampf kann auch Spaß machen. Das fanden die 35 Teilnehmer der von SPD, WIR-Fraktion und den Grünen gemeinsam veranstalteten Radfahrt am vergangenen Samstag. Bei strahlendem Sonnenschein haben Bürgerinnen und Bürger eine schöne Radfahrt mit der Bürgermeisterkandidatin Johanna Skalski unternommen.

Vorbei an den Schulneubauten, über die schönsten Stellen im Himmelmoor mit jeweils kleinen Vorträgen erlebten die Radfahrer eine bestens aufgelegte Johanna Skalski. Sehr interessant der Stop am Peperkamp bei den von EON geplanten Riesenmasten. Die Bürgerinitiative gab einen kurzen und interessanten Abriß über die Problematik. Alle Teilnehmer waren sich einig: die Riesenmasten müssen verhindert werden. Als Abschluß trafen sich die durstigen Radfahrer im Holstenstadion um dort bei Wurst und Bier den Tag ausklingen zu lassen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 31.05.2010, 23:35 Uhr - 4890 Clicks - Nr. 549

Einladung: Nachhaltige Energienutzung

- kommunale Versorgungsnetze - Energielieferverträge - Wegenutzungsverträge - kommunale Beteiligung - mit vielen Fachreferenten

Freitag, den 18. Juni 2010, 18.00 Uhr,

in 22941 Bargtheide, Jersbeker Straße, im Schützenhof Iden

Programm:

Begrüßung

Martin Habersaat, MdL, Vors. SPD-KV Stormarn

„Aufbruch 2010: Stormarn ist voller Energie“

Stefan Bolln, Mitglied im SPD-Landesvorstand und Energiepolitischer Sprecher

„Energienetze und Energieprojekte in Schleswig-Holstein“

Detlef Palm, Geschäftsführer Verband kommunaler Unternehmen e. V.

„Versorgungsnetze in kommunale Hand/kommunale Beteiligung - Vertragsformen“

Abschlussdiskussion mit allen Beteiligten und Plenum

„Nächste Schritte in die Zukunft kommunaler Energienetze“

Resümee

Susanne Danhier, stv. SPD-Kreisvorsitzende Stormarn + SPD-OV-Vorsitzende Bargtheide

Reinhard Niegengerd, stv. SPD-Kreisvorsitzender Stormarn

Kommentar von [Uwe Rasch](#) vom 11.06.2010, 14:47 Uhr:

RE: Einladung: Nachhaltige Energienutzung

Ausgerechnet Herrn Palm als Fachreferenten für Nachhaltigkeit zu präsentieren ist schon sehr mutig. In Reinbek hat er so nachhaltig agiert, dass infolge seiner Verträge das Schwimmbad kurz vor der Schließung steht. Solche Vertragsformen sind hoffentlich nicht gemeint. Uwe Rasch

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 01.06.2010, 00:15 Uhr - 1967 Clicks - Nr. 550

AG 60plus - Nachmittag

Die AG 60 plus der SPD Stormarn macht nicht nur Exkursionen zu interessanten Ausstellungen und spannende Ausflüge, sondern veranstaltet auch regelmäßig „Bunte Nachmittage“. Der nächste findet am Mittwoch, dem 2. Juni von 15 Uhr bis 17 Uhr im SPD-Kreisbüro, Bad Oldesloe, Kurparkalle 2 statt. Und wir möchten Sie/Dich dazu sehr herzlich einladen.

Die Teilnahme ist kostenlos. Wir bitten aber um Anmeldung, damit wir genug Kaffee haben. (Tel.:04531/84603 oder juergen.schneider@spd-badoldesloe.de)

Programm:

1. Anti Age oder Mit System alt werden und dabei gesund bleiben.

Mit Anti Age sind hier keine neuen Anti-Faltencreme gemeint. Die Wissenschaft versucht vielmehr die Lebenszeit des Menschen mit vielfältigen Tricks systematisch zu verlängern. Was bei Fadenwürmern und Labormäusen funktioniert soll irgendwann vielleicht auch die Lebensspanne des Menschen verlängern??? Immerhin einiges davon kann man heute schon konkret anwenden. Kurzreferat von Jürgen Schneider und bei Bedarf Fragen und Diskussion dazu.

2. Bei uns zu Haus

Jeder (der will) kann über die aktuellen Probleme seiner Gemeinde/Ortes berichten. Entweder hören wir anderen nur zu oder wir fragen nach. Auf jeden Fall nehmen wir „Anteil“ und wissen hinterher ein bisschen mehr von den Sorgen/Lösungen der anderen. Moderation Angela Batty (Kreistagsabgeordnete)

3. Die Vorlese-Ecke

Wer kennt den Roten Jochen noch? Gemeint ist Jochen Steffen. Einige wissen noch, dass er einiges für die SPD in S-H bewirkt hat. Kuddl Schnöf hat ein nettes kleines Büchlein auf plattdeutsch geschrieben mit „achtersinnige Gedankens“. Zeitgeschichte und doch noch immer aktuell. Daraus lesen wir. (NN)

Wer einen Kuchen backen und spenden kann, dem danke ich im Namen aller im voraus. Da wir etwa 10 bis 20 Teilnehmer werden, bitte ich dies telefonisch mit mir abzustimmen. Pro Nachmittag können wir ohne Mühe zwei Kuchen verkraften. Aber um die kargen Tage gering zu halten muss man auch hier ein bisschen planen. Für „Reserve-Kekse“ wird gesorgt.

Wer neu ist und nicht weiß, wo das Parteibüro ist und wo man parken kann, möge mich bitte anrufen/anmailen.

AG 60 plus des SPD KV Stormarn im Mai 2010
Jürgen Schneider

Keine Kommentare

[Serpil Midyatli, MdL](#) - veröffentlicht am 01.06.2010, 09:23 Uhr - 5984 Clicks - Nr. 551



Kinder- und Jugendarbeit nicht Kaputtsparen!

Zu den geplanten Kürzungen der schwarz-gelben Koalition im Kinder- und Jugendbereich erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli:

Wenn die in den Vorschlägen der Haushaltsstrukturkommission enthaltenen Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich umgesetzt werden, bedeutet dies das Aus für viele Einrichtungen. Damit würden Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit in Schleswig-Holstein, die auch für die wichtige ehrenamtliche Arbeit unabdingbar sind, zerstört. Deshalb muss die institutionelle Förderung erhalten bleiben, die Träger der Kinder- und Jugendarbeit brauchen ihre Bildungsreferenten, Projektförderung allein reicht nicht. Wir können nicht einerseits (kostengünstiges) ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger einfordern und andererseits den Rahmen, den diese Tätigkeit braucht, zerstören. Wir haben in der Großen Koalition bereits bei den Trägern Kürzungen der Förderung vorgenommen, mehr können diese – allen voran der Landesjugendring – nicht verkraften, ohne auf der Strecke zu bleiben.

Wir fordern die Koalition auf, von Kürzungsplänen im Kinder- und Jugendbereich abzusehen. Die jungen Menschen sind unsere Zukunft, sie eignen sich nicht als Sparopfer. Es kann nicht sein, dass Ministerpräsident Carstensen den Kahlschlag vornimmt nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 01.06.2010, 12:45 Uhr - 11005 Clicks - Nr. 552

SPD-Kreisverband kritisiert Streichliste der Landesregierung

Der SPD- Kreisvorstand des Kreises Segeberg kritisiert die Spar- und Streichliste, die die schwarz-gelbe Landesregierung angekündigt hat.

In der Abschaffung der Gebührenfreiheit für das dritte Kindergartenjahr sieht der SPD-Kreisvorstand einen massiven Angriff auf die Chancengleichheit der Kinder, denn Kindergartenbeiträge sind eine Barriere, Beitragsfreiheit aber ein entscheidender Schritt, die Hürden für den Kita-Besuch zu senken.

Die Kreis-SPD unterstützt ausdrücklich das Aktionsbündnis gegen Kürzungspläne und mehr Qualität im Kitabereich und fordert deshalb die Landesregierung auf, bei der erst vor weniger als einem Jahr eingeführten Beitragsfreiheit zu bleiben. Die SPD hält an ihrem Bestreben fest, über ein Stufenverfahren alle drei Kita-Jahre beitragsfrei zu gestalten.

Dieses machten die Sozialdemokraten nach einer Klausurtagung am Samstag deutlich.

Kritisch gesehen wird auch der Personalabbau im Bereich der Schulen. Der Kreisverband weist darauf hin, dass sinkende Schülerzahlen in der Zukunft allein den Stellenabbau nicht rechtfertigen. Vielmehr sei darauf zu achten, dass vorrangig die Qualität der Schulangebote durch Senkung der Klassenfrequenzen und verbindliche Ganztagschulen angehoben wird.

Einen erheblichen Rückschritt für die Chancengleichheit in der Bildung sieht die Kreis-SPD in der angekündigten Streichung der Landeszuschüsse bei der Schülerbeförderung und die Kürzung der Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände für die Hausaufgabenhilfe. Kreis und Kommunen können angesichts knapper Kassen die Kürzungen nicht auffangen. Der Besuch weiterführender Schulen abseits vom Wohnort dürfe aber nicht von der finanziellen Situation

der Eltern abhängig sein.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes, MdB](#) - veröffentlicht am 01.06.2010, 14:59 Uhr - 9687 Clicks - Nr. 553

Bundespolitiker besuchten Betriebskindergarten „Kleiner Planet“ Familienfreundliche Arbeitsbedingungen werden zum Standortfaktor

Erfreut zeigte sich die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler über die vorausschauende Arbeitgeberpolitik der Segeberger Kliniken bei ihrem Besuch des zur Unternehmensgruppe gehörenden Betriebskindergartens „Kleiner Planet“ in Bad Segeberg.



„Familienfreundliche Arbeitsbedingungen“, so die ehemalige Arbeits- und Sozialministerin Brandenburgs, „werden zunehmend zu einem wichtigen Standortfaktor“.

Gemeinsam mit Dagmar Ziegler konnte KiTa-Leiterin Angelika Pommerenke auch die Landrätin des Kreises Segeberg Jutta Hartweg, die Segeberger SPD-Fraktionsvorsitzende Kirsten Tödt sowie den SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes zu einem Informationsbesuch begrüßen. Der Verwaltungsleiter des Neurologischen Zentrums der Segeberger Kliniken GmbH, Jörg Seifert, unterstrich, dass es bereits seit langem zur Unternehmenspolitik gehöre, sich auch auf die familiären Bedürfnisse der Beschäftigten einzustellen. Dies komme sowohl den Ärzten, dem weiteren Klinikpersonal, wie auch den Segeberger Kliniken als Arbeitgeber zugute. „Manche Dinge kann man eben nicht in Geld aufwerten“, so Seifert.

Angelika Pommerenke informierte über die Besucher über die breiten Öffnungszeiten der Kindertagesstätte von 6.00 – 18.00 Uhr. Damit stelle man sich auf die Bandbreite der verschiedenen Arbeitszeiten ein und könne somit auch der bestehenden Nachfrage als Kindertagesstätte, die jeweils zur Hälfte betrieblich wie öffentlich getragen wird, gerecht werden. Bereits jetzt schon aber zeichne sich ab, dass der Bedarf an weiteren Nachmittagsangeboten steige. Derzeit besuchen 72 Kinder den „Kleinen Planeten“. Landrätin Jutta Hartweg zeigte sich davon überzeugt, dass angesichts des demografischen Wandels und des Bemühens um gut qualifizierte Fachkräfte die Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen immer notwendiger werde.

Dagmar Ziegler stellte klar: „Betreuung von Kindern ist nicht nur Aufbewahrung, sondern auch Erziehung und Bildung.“ Hier zu kürzen, sei eine völlig falsche Weichenstellung. Im Gegenteil müsse das Angebot von Ganztagschulen weiter ausgebaut und die Kindertagesstätten mit mehr Personal ausgestattet werden. Bundesweit fehlten etwa 40.000 Erzieher, rechnete Ziegler vor. Und auch die Pflege älterer Familienangehöriger werde zukünftig eine immer wichtigere Rolle spielen, so die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

SPD-MdB Franz Thönnnes ergänzte: „Wir wollen die Gebührenfreiheit für die Betreuungsangebote von Anfang an. Da dürften eben keine überflüssigen Steuergeschenke zu Lasten der Kommunen durch die Bundesregierung gemacht werden. Gemeinsam mit der Wirtschaft muss an einem Strang gezogen werden, denn familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind ein Wettbewerbsvorteil und können gerade hier bei uns mit dazu

beitragen die Wirtschaftskraft der Gesundheitsregion Segeberg zu stärken.“ Als Dank für die Information über die gemachten Erfahrungen des „Kleinen Planeten“ versprach Thönnes den Schützlingen der Kindertagesstätte für eine „Vorlesestunde“ wieder zu kommen.

Bildunterschrift v.l.n.r.: Dagmar Ziegler, Thorsten Wolf, Angelika Pommerenke, Franz Thönnes, Jutta Hartweg, Jörg Seifert, Kirsten Tödt

Keine Kommentare

[Franz Thönnes, MdB](#) - veröffentlicht am 01.06.2010, 15:00 Uhr - 9426 Clicks - Nr. 554

Familienfreundliche Arbeitsbedingungen werden zum Standortfaktor

Gleich zu Beginn der von SPD-MdB Franz Thönnes eingeladenen Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Beschäftigung und Wirtschaft in Stormarn stärken – Familienfreundliche Arbeitsbedingungen schaffen“ im Ahrensburger Restaurant Strehl beschrieb die Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Bad Oldesloe, Dr. Heike Grote-Seifert, die Entwicklung vor Ort:



„Das Erwerbspersonenpotential verändert sich in Stormarn dramatisch. Lag der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 45-64 Jahren 2006 noch bei 45,8 %, so wird er 2025 bei 53,1 % liegen.“

Da sich die Situation in der Bundesrepublik Deutschland ähnlich darstelle, müsse man versuchen, alle Beschäftigungspotenziale für die Zukunft zu entwickeln. „Und dazu gehöre eben auch für Frau wie Mann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einem flächendeckenden Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten“, so die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler. „Wir wollen die Gebührenfreiheit für die Betreuungsangebote von Anfang an“, forderte die ehemalige Arbeits- und Sozialministerin Brandenburgs. Da dürften eben keine überflüssigen Steuergeschenke zu Lasten der Kommunen durch die Bundesregierung gemacht werden, so die Familienpolitikerin weiter.

Theda Greisner von der Beratungsstelle Wirtschaft und Familie der IHK zu Lübeck unterstrich, dass es wichtig sei, die Unternehmen für die demografische Herausforderung zu sensibilisieren und gerade dem Mittelstand dabei zu helfen, sich hierauf einzustellen. „Man muss hier gemeinsam an einem Strang ziehen, denn familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind ein Wettbewerbsvorteil“, unterstrich sie.

Dem pflichtete auch die DGB-Regionsvorsitzende Melanie Meyer bei. Unternehmen und Betriebsräte könnten hier viel gemeinsam gestalten. Da ginge es um verlässliche und neue, die familiäre Situation berücksichtigende Arbeitszeiten genauso wie um einen guten Mix von öffentlichen Betreuungsangeboten, Betriebskindergärten und der Kindertagespflege. „Keinesfalls darf hier gespart werden“, so die Gewerkschafterin.

„Stormarn ist schon ganz gut mit dem Ausbau von Angeboten der Kinderbetreuung vorangekommen“, beschrieb die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises, Birte Kruse-Gobrecht, die Situation. Doch der Familienatlas für Deutschland zeige auf, dass Stormarn hier noch Potentiale nach oben habe. Deshalb sei es ganz wichtig, dass die Wirtschaftsförderung und die

Gleichstellungsarbeit hier noch enger zusammenarbeiten. Bei knapper werdendem Fachkräftepotential würden die Arbeitnehmer ihre Entscheidung der Arbeitsplatzwahl zunehmend von einem familienfreundlichen Umfeld abhängig machen.

Während der Diskussion mit den Gästen stellte Dagmar Ziegler klar: „Betreuung von Kindern ist nicht nur Aufbewahrung, sondern auch Erziehung und Bildung.“ Hier zu kürzen, sei eine völlig falsche Weichenstellung. Im Gegenteil müsse das Angebot von Ganztagschulen weiter ausgebaut und die Kindertagesstätten mit mehr Personal ausgestattet werden. Bundesweit fehlten etwa 40.000 Erzieher, rechnete Ziegler vor. „Und auch die Pflege älterer Familienangehöriger werde zukünftig eine immer wichtigere Rolle spielen“, so die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Das Fazit der Diskussion zog schließlich SPD-MdB Franz Thönnies: „Stormarn hat seine Wirtschaftskraft den vorausschauenden Unternehmern und den Leistungen seiner Arbeitnehmer zu verdanken. Wenn wir wollen, dass das so bleibt, dann muss mehr zusammen daran gearbeitet werden, dass Kinder, Familie und Beruf durch ausreichende Betreuungsangebote und familienorientierte Rahmenbedingungen in Einklang kommen.“

Bildunterschrift v.l.n.r.: Melanie Meyer, Dr. Grote-Seifert, Dagmar Ziegler, Franz Thönnies, Birte Kruse Gobrecht und Theda Greisner

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 02.06.2010, 14:15 Uhr - 1058 Clicks - Nr. 555

Kiel steht ein für die Lindenau-Werft

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

"SPD, GRÜNE und SSW sind erleichtert über die nun mögliche Rettung der Lindenau-Werft in Kiel-Friedrichsort. Wir stützen die Kreditzusage von Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD), die Bestandteil des Rettungspakets für die Werft ist. Denn Kiel steht ein für die Lindenau-Werft. Damit stärkt die Rathauskooperation die maritime Wirtschaft und den Werftenstandort Kiel insgesamt. Es ist gut, dass die HSH Nordbank AG gemeinsam mit der Fördesparkasse und der Investitionsbank Schleswig-Holstein die Finanzierung sichert. Auch die Landesregierung trifft mit ihrer Bürgschaft die richtige Entscheidung. Der Kampf der Beschäftigten, der Gewerkschaft und der entschlossene Einsatz des Oberbürgermeisters werden sich lohnen."

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 02.06.2010, 15:38 Uhr - 3405 Clicks - Nr. 556

Bürgerschaftssitzung im Landeshaus? Ältestenrat soll entscheiden!

Zur Weigerung des Schleswig-Holsteinischen Landtagspräsidenten, Thorsten Geerds, eine Sondersitzung der Lübecker Bürgerschaft im Landeshaus abzuhalten, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber: Die SPD-Landtagsfraktion hat beantragt, dass der Ältestenrat sich in seiner nächsten Sitzung

mit dem Wunsch der Lübecker Bürgerschaft befasst, eine Sitzung im Landeshaus abzuhalten.

Keine Kommentare

[Jusos Steinburg](#) - veröffentlicht am 02.06.2010, 17:18 Uhr - 6118 Clicks - Nr. 557

Überwachte Straßen Itzehoes?

Seit einiger Zeit sind in Itzehoe so genannte „Wetter-Webcams“ aufgestellt, welche laut Aussage des verantwortlichen Betreibers für die Dokumentierung und Aufzeichnung der Wetterlage dienen sollen. Daher sollte man als Bürger eigentlich davon ausgehen dürfen, dass jene Webcams dementsprechend derart ausgerichtet sind, so dass sie auf den Himmel, wo sich das Wettergeschehen abspielt, aufzeichnen. Die Wetter-Webcams sind jedoch sowohl auf die Straße als auch auf die Fußgängerzone gerichtet, so dass
Es stellt sich nun die Frage, ob diese Webcams nicht ihren ursprünglichen Sinn, der darin besteht, das Wetter aufzuzeichnen, verfehlen und ob man nicht eventuell mit einer Art Überwachung rechnen muss. Die Anfrage bei einem Betreiber stieß auf Desinteresse und führte lediglich zu der lapidaren und uneinsichtigen Antwort, man wolle die Kameras beibehalten.

Im geschilderten Fall ist es ersichtlich, dass es sich um eine öffentliche Nutzung der Webcams handelt. Prinzipiell kann die Aufstellung von Webcams dann erfolgen, wenn ein berechtigtes Interesse des Betreibers existiert und eine Art „Warnschild“ die Menschen auf das Vorhandensein einer Kamera hinweist. Zudem dürfen die Gesichter der Menschen nicht erkennbar sein, denn ansonsten ist mit einem Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte zu rechnen. Das Datenschutzzentrum Schleswig-Holstein hält die Aufstellung solcher Kameras für unzulässig. Eine deutliche Meinung von seiten der Rechtsprechung ist hier nicht vorhanden, da die Urteile stets auf den konkreten Einzelfall bezogen sind und immer unterschiedlich ausfallen. Es ist nämlich fraglich, ob das „zufällige“ Vorbeilaufen eines Passanten, welches von den Wetter-Webcams festgehalten wird, gleich auf eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts hinausläuft. Nichtsdestotrotz ist es unverständlich, warum eine Kamera, welche den Zweck der Wetterauszeichnung erfüllen sollte, auf die Fußgängerzone gerichtet ist. Die Intention des Betreibers ist unklar, schwammig und recht befremdlich.

Die Jusos Itzehoe & Umland hoffen, dass sich der Betreiber bewusst wird, welchen Zweck er verfolgen mochte und welchen möglichen Eingriff sie in die Privatsphäre durch die Webcams dadurch vornimmt.

Kommentar von [Klaus Albrecht](#) vom 03.06.2010, 10:20 Uhr:

RE: Überwachte Straßen Itzehoes?

Dass mit den Webcams Missbrauch getrieben werden kann, macht ein Artikel in der Norddeutschen Rundschau vom 13. Februar 2009 deutlich, in dem es u.a. heißt: "Offenbar werden die Kameras nicht ausschließlich für die Stadtwerbung benutzt: Bxxxx Gxxxxxx berichtete, dass ihn die Polizei einmal gebeten habe, seine Optik auf den Berliner Platz auszurichten, weil dort gerade eine Demonstration ablief. Dafür habe er sie extra auf die Front am Sandberg umgebaut."

[SPD-Kaköhl](#) - veröffentlicht am 02.06.2010, 20:32 Uhr - 2671 Clicks - Nr. 558

Gemeindevertretung Blekendorf, 1. Juni 2010
Sitzung der Gemeindevertretung Blekendorf
1. Juni 2010, Feuerwehrhaus Blekendorf

10 Zuhörer, P. Braune (KN)

Zunächst wurde die Tagesordnung in einigen Punkten geändert. Die Einwohnerfragestunde ergab im ersten Teil keine Wortmeldungen.

Der Wegenutzungsvertrag für die Stromversorgung (Ablauf des alten Vertrages: April 2011) sorgte für eine längere Diskussion. Die Wortmeldungen seitens der SPD (M. Ehmke, Thiessen) sorgten für eine ausgiebige Diskussion. Am Ende stand der Beschluss (bei einer Enthaltung), mit der eon-Hanse über die Möglichkeit eines 5-Jahresvertrages oder sogar eines unbefristeten Vertrages zu sprechen. Auf einer späteren Sitzung soll dann mit Hilfe der Antwort und weiteren Informationen über die Vertragslaufzeiten der anderen Gemeinden des Amtes neu beraten werden. Auch soll bis dahin geklärt sein, was eigentlich geschehen würde, sollte gar kein Vertrag zu Stande kommen.

Beim Zuschuss für den Notarztstandort Lütjenburg hat sich eine neue gesetzliche Regelung ergeben. (Das Amt darf nicht pauschal für alle Gemeinden zahlen). Danach werden für die im Amtsbereich zu zahlende Umlage von 7.000 € zur Berechnung der Gemeindeanteile die Steuermesszahl, die Schlüsselzuweisungen und die Umlagegrundlagen (=Finanzkraft) herangezogen, das ergibt für unsere Gemeinde einen Betrag von 709,32 €.

Die Satzung über die Benutzung des Kindergartens musste geändert werden, d.h. die beschlossene Erhöhung für u3-Kinder wurde bis zum 31.12. ausgesetzt, Grund ist eine Spende eines Bürgers.

Die Jahresabschlüsse für die drei Betriebe mussten beschlossen werden. In der Diskussion spielte vor allem die Tatsache eine Rolle, dass alle drei Betriebe mit einem Minus abgeschlossen haben. Beim Kurbetrieb liegt das vor allem an geforderten Rückstellungen für die Altersteilzeit eines Mitarbeiters, die in den kommenden zehn Jahren scheinbar wieder zurückfließen. Von der SPD wurde zudem moniert, dass die Ausschüsse die sonst übliche Empfehlung an die Vertretung diesmal gar nicht ausgesprochen hätten, auch lagen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen wie auch die Bilanzen weder im Ausschuss noch jetzt vor. Das soll im kommenden Jahr wieder wie üblich gehandhabt werden.

Im Wasserwerk der Gemeinde ist eine Pumpe ausgefallen. Sie war defekt und musste dringend ersetzt werden. Die Kosten für die neue Pumpe betragen 5.766,81 € brutto. Diese Anschaffung war wegen der Dringlichkeit bereits getätigt worden und wurde im zuständigen Ausschuss behandelt und der Gemeindevertretung zur nachträglichen Genehmigung empfohlen, was einstimmig geschah.

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung für den Bereich Tivoli werden auf die Stadtwerke Lütjenburg übertragen. Hierzu sind vertragliche Regelungen des Interessenten mit der Stadt erforderlich, die in einer weiteren Sitzung im Juli beschlossen werden können. Es dürfen dabei jetzt und in der Zukunft keinerlei Lasten und Kosten auf die Gemeinde Blekendorf entfallen.

Auch die zweite Einwohnerfragestunde ergab keine Wortbeiträge.



Für den Neubau der Kurverwaltung hatte der Kurausschuss der Gemeindevertretung einstimmig empfohlen, einen Architektenwettbewerb durch das Amt ausschreiben zu lassen. Das war offensichtlich aber schon ohne diesen Beschluss durchgeführt worden. Auch deshalb sollte dieses Thema nichtöffentlich behandelt werden. Das wurde von der SPD-Fraktion moniert. So wurde nunmehr öffentlich darüber gesprochen und der Ausschreibungsbeschluss zur Architektenfindung gefasst. (Mit den bereits vorliegenden Ergebnissen wird sich der Kurausschuss noch im Juni befassen).

Bürgermeister Köpke teilte mit, dass die Mitarbeiter der Gemeinde am 5. Mai gemäß dem Personalvertretungsgesetz eine Personalratswahl vorgenommen haben. Kandidiert haben Stephanie Juhnke und Dieter Falkowski. Letzterer wurde gewählt, die Amtszeit beträgt nur ein Jahr, da im nächsten Jahr die landesweiten Personalratswahlen stattfinden. In nichtöffentlicher Sitzung wurden Grundstücksangelegenheiten behandelt.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 02.06.2010, 20:48 Uhr - 5838 Clicks - Nr. 559

Lindenau-Hilfe ist Hoffnungszeichen für Kieler Schiffbau!

Zur Lindenau-Entscheidung:

„Das ist ein Zeichen der Hoffnung für die Werft, den Stadtteil, die Stadt und das Land. Die große innovative Kraft der Schiffbauer bekommt eine neue Chance. Eine gute Lösung, an der alle Beteiligten, Unternehmen, Gewerkschaften usw. ihren Anteil haben.



Wir danken insbesondere unserem Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD), der ein klares Signal der Solidarität gesetzt hat und – über Parteigrenzen hinweg - Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU), der sich auch persönlich für die Werft stark gemacht hat“, so SPD-Kreischef und Landtagsabgeordneter für Kiel-Nord, Rolf Fischer.

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 02.06.2010, 21:08 Uhr - 3832 Clicks - Nr. 560

„Schilderstreich“ in der Esmarchstraße

Kreativer Protest gegen den Abriss des historischen Kopfsteinpflasters in der Esmarchstraße und Blücherstraße

In ungewöhnlicher Form haben unbekannte Gegnerinnen und/oder Gegner der geplanten Lärmschutzmaßnahme in der Blücherstraße und Esmarchstraße ihre Kritik im öffentlichen Raum plakatiert. Als Träger des Protests dienen die, von der Stadt errichteten, Informationsschilder über die Baumaßnahme.

Anlass für die Kritik an der Maßnahme ist die, von der Stadt Kiel beschlossene, Beseitigung des historischen Kopfsteinpflasters in der Blücherstraße und Esmarchstraße. Als Ersatz ist geplant in diesem



Bereich ein Betonpflaster zu verlegen. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Fahrgeräusche zu vermindern. In der Blücherstraße wird der Straßenbelag entlang des Blücherplatzes bis zur Einmündung der Hardenbergstraße ebenfalls durch Betonsteine ersetzt und der restliche Abschnitt durch Asphalt ausgetauscht.

Dieser Eingriff ist das historische Erscheinungsbild der Esmarchstraße hat auch zu einer mehrheitlich ablehnenden Haltung im SPD Ortsvereinsvorstands Kieler Mitte geführt.

Die zwischen 1904 und 1914 vom Stadtplaner Joseph Stübben als großbürgerliche Prachtstraße angelegte Esmarchstraße, die die Verbindung zwischen Sternwarte und Wasserturm am Ravensberg herstellt, ist mit ihren getrennten Fahrspuren, dem begrünten Mittelstreifen, den Häusern mit Vorgärten und dem Kopfsteinpflaster wird als ein erhaltenswertes Ensemble der Stadtgestaltung angesehen. Die Pflasterung der Esmarchstraße trägt zu diesem ursprünglichen Erscheinungsbild maßgeblich bei.

Den aktuellen Erfordernissen der Barrierefreiheit könnte auch mit der Neuverlegung dieses Pflasters Rechnung getragen werden.



Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 03.06.2010, 07:35 Uhr - 2519 Clicks - Nr. 561

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe unserer Stadtteilzeitung

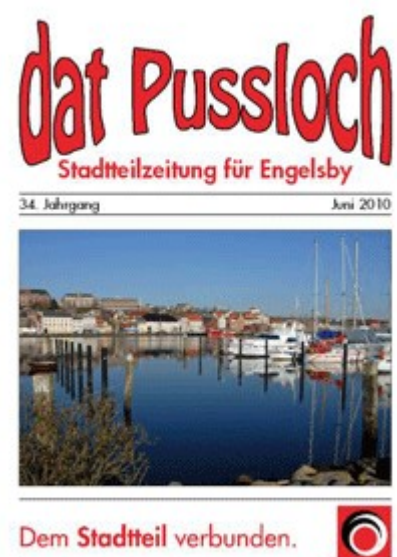
Sehr geehrte Pussloch-Leser, ab Samstag dem 05. Juni werden wir mit der Briefkastenverteilung unserer Stadtteilzeitung beginnen.

Der eMail-Versand an unsere Abonnenten ist bereits erfolgt.

Zusätzlich besteht die Möglichkeit sich die aktuelle Ausgabe herunterzuladen.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und ein sonniges Wochenende.

Wenn Sie unsere Stadtteilzeitung abonnieren möchten, können Sie sich hier dazu [anmelden](#).



Keine Kommentare

Sparen ja, aber nicht so (Gemeinsame Pressemitteilung Thönnies/Rix)

Die SPD-Bundestagabgeordneten Sönke Rix, und Franz Thönnies, erklären als Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Gremien für Minderheitenfragen des Deutschen Bundestages und des Landtages Schleswig-Holstein, zu den Sparvorhaben der Landesregierung Schleswig-Holstein:



„Nachdem die Bundesregierung während der Haushaltsverhandlungen bereits die Interessen der Minderheiten mit Füßen getreten hat, setzt nun auch noch das Land Schleswig-Holstein den Sparhammer an. 4,6 Millionen Euro sollen an den Dänischen Schulen in Schleswig-Holstein eingespart werden. Das ist eine Kürzung bei den Schulkosten um 15 Prozent. Dass Kinder aus dänischen Familien in Deutschland nur noch zu 85 Prozent gefördert werden sollen, ist völlig inakzeptabel. Uns ist jedes Kind gleich viel wert. Deshalb müssen die Schulen ihrer Kinder auch zu 100 Prozent gefördert werden. Schließlich zahlen auch die Familien der dänischen Minderheit 100 Prozent Steuern in Schleswig-Holstein. Die geplante Kürzung hätte nach Angaben des SSW die Schließung von vielen der 48 dänischen Schulen zur Folge. Dies wäre ein ganz falsches Signal für die im Grenzbereich lebende dänische Minderheit und die Schülerinnen und Schüler, die sich jetzt wie Schüler zweiter Klasse vorkommen müssen. Für uns ist klar: Eine glaubwürdige Minderheitenpolitik sieht anders aus.“

Zum Hintergrund: Bereits in den Haushaltsverhandlungen im Februar haben Sönke Rix und Franz Thönnies gemeinsam mit Bettina Hagedorn sowohl für die deutsche Minderheit im Süden Dänemarks (BdN) eine Erhöhung des Budgets von 100.000 Euro als auch zusätzlich 60.000 Euro für die Dachvereinigung von Organisationen nationaler Minderheiten Europas (FUEV) mit Sitz in Flensburg gefordert. Beide Anträge scheiterten letztlich am Votum von CDU und FDP, obwohl mit Norbert Brackmann und Jürgen Koppelin zwei Schleswig-Holsteiner für Schwarz-Gelb im Haushaltsausschuss sitzen.

Mit dem BdN und der FUEV gibt es zwei Institutionen in Schleswig-Holstein, die auf dem Gebiet der Minderheitenförderung seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit leisten und eine feste Säule im guten nachbarschaftlichen Miteinander von Deutschen und Dänen im nördlichen Grenzbereich sind. Diese Arbeit verlangt eine angemessene finanzielle Unterstützung, zudem ist die Förderung nationaler Minderheiten schwarz auf weiß im Koalitionsvertrag festgehalten.

Die zusätzlichen Gelder werden dringend gebraucht: Beim BdN müssen aufgrund einer dänischen Tarifierhöhung Personalmehrkosten vor allem im Schulbereich finanziert werden, die weitere Arbeit der FUEV war schon 2009 - dem Jahr ihres 60. Jubiläums - aufgrund einer Finanzierungslücke von 60.000 Euro ernsthaft gefährdet. Die CDU hat daraufhin gefordert, den Mehrbedarf der FUEV aus dem Etat der Nordschleswiger zu finanzieren - und damit quasi die Verbände gegeneinander auszuspielen. Diese Spaltpilz-Politik verurteilen wir aufs Schärfste. Kommentar von [Bernd Uwe Rasch](#) vom 04.06.2010, 11:28 Uhr:

RE: Sparen ja, aber nicht so (Gemeinsame Pressemitteilung Th

Bei der Überschrift des Artikels hatte ich erwartet, dass auch eine Aussage getroffen wird wie und wo gespart werden soll. Dies ist leider nicht geschehen, daher reiht sich dieser Beitrag leider in die Reihe der vielen Artikel ein, die zwar vehement für Sparen eintreten, aber für die Bereiche der eigenen Interessenlage ist dies natürlich völlig ausgeschlossen. Oder kurz zusammengefasst: "Sparen Ja aber bitte bei den anderen" Diese Haltung aller Parteien in der

Vergangenheit hat uns erst in eine derartig katastrophale Finanzlage gebracht, Umdenken ist dringend erforderlich. Uwe Rasch

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 03.06.2010, 21:09 Uhr - 2582 Clicks - Nr. 563

In Süderbrarup wird „Eine Schule für alle Kinder“ gefordert

Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und SPD-Gemeindevertreter aus dem Amt Süderbrarup - vor allen Dingen aus der Gemeinde Steinfeld - wehrten sich lautstark am 3. Juni 2010 gegen das neue Schulgesetz von der schwarz-gelben Landesregierung und sammelten sich nach der 3. Schulstunde vor der Gemeinschaftsschule. Gemeinsam zogen sie durch den Ort Süderbrarup und protestierten lautstark am Einkaufszentrum Südertoft.

Im Rahmen eines "Unterrichts auf der Wiese" fand der Protest großen Anklang. Auf Spruchbändern forderten die Schülerinnen und Schüler unter vielen anderen „Nicht schon wieder ein neues Schulgesetz“ und „Das sollte man sich KLUGerweise sparen“.

Die Gemeinschaftsschule - zuständig für alle 17 Gemeinden im Amt Süderbrarup aber auch aus Gemeinden der umliegenden Ämter - existiert seit 2 Jahren. Die Lehrkräfte haben mit viel Aufwand den Unterricht so umgestellt, dass jeder Schüler auf seinem Niveau lernen kann. Vom Förderschüler bis zum Gymnasialschüler lernen alle Kinder gemeinsam und voneinander. Die Eltern werden wöchentlich über die Arbeit ihrer Kinder informiert. Nach der 10. Klasse kann man ab dem nächsten Schuljahr weiter an dieser Schule gehen, um dann das Abitur zu erlangen.

Dieses Konzept ist so erfolgreich, dass immer mehr Eltern sich für die Schule und für das gemeinsame Lernen entscheiden.

Der jetzige Bildungsminister Klug (FPD) will nun wieder alles zurückrudern: Oberstufen soll es zukünftig nur an Gymnasien geben (Elitenbildung!). Längeres gemeinsames Lernen soll wieder aufgegeben werden zugunsten schulartbezogener Klassen. Es sollen weniger Lehrkräfte mehr arbeiten u. v. a. m.

Die rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Demonstration haben lauthals bekundet, dass sie sich das nicht gefallen lassen. Viele Unterschriften wurden gesammelt.

Alle Kinder brauchen gute Schulen und eine vielfältige Ausbildung. Gemeinschaftsschulen sind der richtige Weg. Für die vielfältige Ausbildung werden ausreichend Lehrkräfte gebraucht.

Fazit: Alle Beteiligten waren der Meinung „Sparen an der Bildung von Kindern und Lehrern ist der falsche Weg!“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 04.06.2010, 08:47 Uhr - 4003 Clicks - Nr. 564

Gute Arbeit der ARGE im Kreis Plön soll fortgesetzt werden

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion vom 26. Mai 2010

SPD-Kreistagsfraktion:

Gute Arbeit der ARGE im Kreis Plön soll fortgesetzt werden

Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßt es im Interesse der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Beschäftigten in den Argen, dass mit der Entscheidung auf Bundesebene für die Grundgesetzänderung eine fast zweijährige Diskussion über die künftige Gestalt der Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende beendet ist.

Damit ist die verfassungsrechtliche Absicherung der bewährten Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit und den Kreisen in den bisherigen ARGEN sowie der ebenfalls erfolgreichen Optionskommunen (Alleinzuständigkeit des Kreises) gegeben. Das sorgt für Sicherheit bei den Betroffenen und den Beschäftigten.

Durch diese zukunftsfeste Struktur der SGB II-Verwaltung wird das zentrale Prinzip der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die Hilfe aus einer Hand, auch ab 01. Januar 2011 weiterhin Maßstab und Anspruch für die Bemühungen um die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen in Arbeit und Beruf sein, stellt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit fest.

Mit der ARGE hat der Kreis Plön und die Bundesagentur 2005 den richtigen Weg eingeschlagen. Die Regelleistungen zum Lebensunterhalt und Leistungen zur Eingliederung in Arbeit werden von der Bundesagentur, die Sozialflankierenden Leistungen und die Leistung für Unterkunft und Heizung vom Kreis erbracht. Diese Verzahnung der Verwaltungskompetenzen hat sich bewährt und im Vergleich zu anderen Argen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt.

Aus diesem Grunde spricht sich die SPD-Kreistagsfraktion für eine Fortführung dieser Zusammenarbeit aus, sieht aber auch einen Optimierungsbedarf, um die Leistungsfähigkeit der ARGE weiter zu steigern. Im Vordergrund muss stets die Frage stehen, welche Instrumente brauchen wir, um Alleinerziehende, Ältere oder Jugendliche besser und schneller in den Arbeitsmarkt integrieren zu können.

Dabei muss aus Sicht der Fraktion auch geprüft werden, ob eine stärkere Vernetzung mit anderen kommunalen Angeboten an den jeweiligen Standorten der Jobcenter hilfreich wäre. Bei der Ausarbeitung der vertraglichen Grundlagen für die Fortführung der neuen gemeinsamen Einrichtung von Bundesagentur und Kreis muss das Prinzip der gleichen Augenhöhe gewahrt sein und eine Überreglementierung bei den Arbeitsabläufen vermieden werden.

Aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden, Lutz Schlüsen, sollte der Weg in eine Optionskommune nicht eingeschlagen werden. Aus den verschärften Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine Option ergeben sich keine triftigen Gründe und vor allem keine Verbesserung für die Leistungsempfänger, um die bisher erfolgreiche Arbeit der Agentur aufzugeben.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 04.06.2010, 12:09 Uhr - 8876 Clicks - Nr. 565

MdB Sönke Rix und MdB Franz Thönnies: Sparen ohne Plan

MdB Sönke Rix und MdB Franz Thönnies erklären als Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Gremien für Minderheitenfragen des Bundestages und des Landtages Schleswig-Holstein zu den Sparvorhaben der Landesregierung Schleswig-Holstein:

„Nachdem die Bundesregierung während der Haushaltsverhandlungen bereits die Interessen der Minderheiten mit Füßen getreten hat, setzt nun auch noch das Land Schleswig-Holstein den Sparhammer an. 4,6 Millionen Euro sollen an den Dänischen Schulen in Schleswig-Holstein eingespart werden. Das ist eine Kürzung bei den Schulkosten um 15 Prozent. Dass Kinder aus dänischen Familien in Deutschland nur noch zu 85 Prozent gefördert werden sollen, ist völlig

inakzeptabel. Uns ist jedes Kind gleich viel wert. Deshalb müssen die Schulen ihrer Kinder auch zu 100 Prozent gefördert werden. Schließlich zahlen auch die Familien der dänischen Minderheit 100 Prozent Steuern in Schleswig-Holstein.

Die geplante Kürzung hätte nach Angaben des SSW die Schließung von vielen der 48 dänischen Schulen zur Folge. Dies wäre ein ganz falsches Signal für die im Grenzgebiet lebende dänische Minderheit und die Schülerinnen und Schüler, die sich jetzt wie Schüler zweiter Klasse vorkommen müssen.

Für uns ist klar: Eine glaubwürdige Minderheitenpolitik sieht anders aus.“

Zum Hintergrund: Bereits in den Haushaltsverhandlungen im Februar haben Sönke Rix und Franz Thönnies gemeinsam mit Bettina Hagedorn sowohl für die deutsche Minderheit im Süden Dänemarks (BdN) eine Erhöhung des Budgets von 100.000 Euro als auch zusätzlich 60.000 Euro für die Dachvereinigung von Organisationen nationaler Minderheiten Europas (FUEV) mit Sitz in Flensburg gefordert. Beide Anträge scheiterten letztlich am Votum von CDU und FDP, obwohl mit Norbert Brackmann und Jürgen Koppelin zwei Schleswig-Holsteiner für Schwarz-Gelb im Haushaltsausschuss sitzen.

Mit dem BdN und der FUEV gibt es zwei Institutionen in Schleswig-Holstein, die auf dem Gebiet der Minderheitenförderung seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit leisten und eine feste Säule im guten nachbarschaftlichen Miteinander von Deutschen und Dänen im nördlichen Grenzgebiet sind. Diese Arbeit verlangt eine angemessene finanzielle Unterstützung, zudem ist die Förderung nationaler Minderheiten schwarz auf weiß im Koalitionsvertrag festgehalten. Die zusätzlichen Gelder werden dringend gebraucht: Beim BdN müssen aufgrund einer dänischen Tarifierhöhung Personalmehrkosten vor allem im Schulbereich finanziert werden, die weitere Arbeit der FUEV war schon 2009 - dem Jahr ihres 60. Jubiläums - aufgrund einer Finanzierungslücke von 60.000 Euro ernsthaft gefährdet. Die CDU hat daraufhin gefordert, den Mehrbedarf der FUEV aus dem Etat der Nordschleswiger zu finanzieren - und damit quasi die Verbände gegeneinander auszuspielen. Diese Spaltpilz-Politik verurteilen wir aufs Schärfste.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 04.06.2010, 12:18 Uhr - 9804 Clicks - Nr. 566

MdB Rix zu den Nazi-Parolen in der Jungen Union Baden-Württemberg

Zu den Veröffentlichungen der Jungen Union Göppingen in ihrer „Eislinger Erklärung“ erklärt der Sprecher der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion Sönke Rix:



Zu der „Eislinger Erklärung“ müssen der baden-württembergische CDU-Chef Mappus und der Bundesvorsitzende der Jungen Union Mißfelder Stellung nehmen und sich sofort und ausdrücklich klar davon distanzieren. Es ist ein Skandal, dass dies noch nicht passiert ist. Schließlich kursiert dieses Papier bereits seit März in Unions-Kreisen

In dem 34-seitigen Papier zeichnet die Junge Union ein Bild von einem Staat, der nur als ausländerfeindlich, homophob, nationalistisch, frauenfeindlich und reaktionär beschrieben

werden kann, sollten alle Forderungen umgesetzt werden. Wenn hier keine Klarstellung erfolgt, muss man davon ausgehen, dass diese Meinung in der CDU Baden-Württemberg geteilt wird und mehrheitsfähig ist. Ein verheerendes Bild.

In Zeile 657 wird die Junge Union konkret: „Die Folgen der Überfremdung sind inzwischen stark spürbar. Sie kosten die Gesellschaft nicht nur Milliarden sondern sie gefährden auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das Miteinander, die Sicherheit und letztendlich auch den Wohlstand sowie unsere Werteordnung.“

Angespornt von der Führungslosigkeit in der CDU versuchen hier erste Untergliederungen sich Gehör zu verschaffen. Dem muss die gesamte CDU-Spitze einen Riegel vorschieben.

Keine Kommentare

[SPD-Osterröfeld](#) - veröffentlicht am 05.06.2010, 09:22 Uhr - 3931 Clicks - Nr. 567

Das Rennfieber steigt - Osterröfelder Seifenkistenrennen am 04. Juli

Nur noch wenige Wochen, dann startet am 04. Juli der 2. O'felder Seifenkisten Cup 2010. Nach intensiver Vorarbeit haben die SPD Osterröfeld und der Osterröfelder TSV wieder gemeinsam ein Seifenkistenrennen in Osterröfeld auf die Beine gestellt, das diesmal im Aspelweg stattfindet.



Nach der erfolgreichen Premiere im letzten Jahr und der ausgesprochen positiven Resonanz vor und nach dem Rennen soll nun auch das diesjährige Seifenkistenrennen wieder eine spannende Veranstaltung für Groß und Klein werden. Die kleinen und großen „Rennfahrer“ werden in ihren selbstgebauten Seifenkisten ab 12:00 Uhr auf die Piste gehen. Davor startet um 11:00 Uhr erstmals ein BobbyCar-Rennen für Kinder zwischen 3 und 8 Jahren.

Bereits jetzt zeichnet sich wieder eine überregionale Resonanz auf das Seifenkistenrennen ab. So sind bereits Anmeldungen aus den unterschiedlichsten Landesteilen Schleswig-Holsteins bei den Organisatoren eingegangen, etwa aus Geesthacht und Leck (Nordfriesland). Doch auch die regionalen Seifenkistenfahrer lassen sich die Gelegenheit nicht nehmen, ihr fahrerisches Können und die eigenen/ausgeliehenen, hochgerüsteten Seifenkisten unter Beweis zu stellen. Osterröfeld kann sich also auf ein spannendes Seifenkistenrennen freuen, bei dem auch die Zuschauer aktiv eingebunden werden, wenn es heißt, die schönste bzw. pfiffigste Seifenkiste zu bestimmen.

Die kleinen und großen Rennfahrer würden sich über viele Zuschauer an der Strecke freuen, die sie bei ihren heißen Rennen tatkräftig unterstützen können. Zugesagt haben sich etwa bereits Vertreter der Osterröfelder Partnergemeinde Osten, die sich das Spektakel nicht entgehen lassen wollen.

Für die kulinarische Verpflegung von Teilnehmern und Zuschauern ist gesorgt!

Kurzfristige Anmeldungen für das Seifenkisten- oder BobbyCar-Rennen werden noch bis einschließlich 23. Juni angenommen (Anmeldungen am Veranstaltungstag sind nicht möglich)! Kinder bis 1,50m Körpergröße können Seifenkisten des Veranstalters ausleihen! Die Teilnahme ist kostenfrei.

Anmeldungen und weitere Infos unter www.ofelder-seifenkiste.de.

Für Fragen stehen Dennis Schmidt (Tel: 0176/22784914) und Jan-Niklas Potten (Tel: 0174/6836646) zur Verfügung.

Keine Kommentare

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 06.06.2010, 16:24 Uhr - 8201 Clicks - Nr. 568

Bildungsparteitag der SPD Steinburg

Auf dem heutigen SPD Kreisparteitag haben die Delegierten beschlossen, dass Schulen gesellschaftlicher Mittelpunkt sein müssen und ein kostenloses Mittagessen dazu gehört.

Außerdem soll das Bildungschaos endlich beendet werden, in dem alle Gemeinschaftsschulen die Oberstufe mit anbieten. Ein Ende des Klug-Schnackens wird Zeit!

Trotz schönem Wetter hat sich die Spd Steinburg sehr konstruktiv mit Berufsvorbereitung und der Forderung der CDU/FDP auf Rücknahme der Kostenfreiheit des dritten Kita-Jahres beschäftigt. Dies wird kategorisch abgelehnt.

Keine Kommentare

[Ag60plus - Segeberg \(Kreis\)](#) - veröffentlicht am 06.06.2010, 17:00 Uhr - 4053 Clicks - Nr. 569

Schlecht Gesundheit und Armut im ländlichen Raum

Gesundheitspolitik am Patienten vorbei - Kostensenkung bringt für Rentner und Arbeitnehmer Mehrkosten und Armut

Die Kostenpauschale in der Krankenversicherung scheint vom Tisch zu sein, nach dem Einspruch Regierung Bayerns. Doch es wird weiterverhandelt. Denn es sollen die Arbeitskosten ja nicht steigen.

Doch was bedeuten für den Bürger die diskutierten Modelle, entweder der Arztbesuch wird pro Besuch teurer oder er muß monatlich mehr Beitrag zahlen.

Gesundheitspolitik am Patienten vorbei - Kostensenkung bringt für Rentner und Arbeitnehmer Mehrkosten und Armut

Die Kostenpauschale in der Krankenversicherung scheint vom Tisch zu sein, nach dem Einspruch Regierung Bayerns. Doch es wird weiterverhandelt. Denn es sollen die Arbeitskosten

ja nicht steigen.

Doch was bedeuten für den Bürger die diskutierten Modelle, entweder der Arztbesuch wird pro Besuch teurer oder er muß monatlich mehr Beitrag zahlen. Beamte und Bürger oberhalb der Bemessungsgrenze werden nicht zur Kasse gebeten.

Im Kreis Segeberg haben wir aber noch ganz andere Probleme. Ärzte im ländlichen Raum geben auf bzw. jüngere treten gar nicht erst an, da sie nicht gerecht entlohnt werden. Bei den Kosten für das Rettungswesen drücken die Krankenkassen bei den Kostenpauschalen in Richtung Existenzminimum.

Der ländliche Raum wird abgekoppelt.

Statt bei den Kosten für die Verwaltungen im Gesundheitssystem zu sparen, überlegen sich Vorstände und Beiräte in den Krankenkassen, wie ihnen der Abschied aus den Krankenkassen versüßt werden können, da die Anzahl der Krankenkassen endlich reduziert werden. Aber 150 verschiedene sind immer noch eine zuviel.

Dem Rentner bleibt somit nicht anders übrig, als hinter den Ärzten und dem Krankentransport hinterher zuziehen und bei Bekleidung und Ernährung zu sparen. Für die, die kein ausreichendes Einkommen haben, heißt dieses, verminderte Gesundheitsversorgung oder Tod auf Raten.

Im ländlichen Raum droht Altersarmut.

Aber auch die Gemeinden an den Aufbauachsen werden Mehrkosten haben von den Rentnern, die zu Ihnen ziehen. Hohe Steueraufkommen und Krankenkassenbeiträge werden die Rentner spätestens in 20 Jahren in die Altersarmut zwingen. Somit kommen auf die Kommunen weitere Kosten hinzu.

Auf der anderen Seite zwingen die Sparpläne des Landes und der hohe Verschuldungsgrad der Kommunen, den Kreis und die Gemeinden, die sogenannten freiwilligen Leistungen, insbesondere auf dem sozialen Sektor, einzuschränken.

Die Verteilungsschlüssel im Rahmen des Finanzausgleiches zwischen Bund, Länder und Kommunen müssen dringend überarbeitet werden. Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft müssen mehr Berücksichtigung finden.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.06.2010, 19:28 Uhr - 4245 Clicks - Nr. 570

SPD spricht sich für ARGE aus

Die überregionale Arbeitsvermittlung von Langzeitarbeitslosen muss weiterhin sichergestellt sein. Die SPD Kreistagsfraktion möchte hierzu die Kooperation von Kreis und Agentur für Arbeit in Form einer ARGE fortsetzen.

Nach der geplanten Neuorganisation des SGB II kann der Kreis Stormarn die Betreuung von Langzeitarbeitslosen selber in Form einer Optionskommune durchführen oder in Kooperation mit der Agentur für Arbeit im Modell der ARGE.

"Das Modell der ARGE hat sich grundsätzlich bewährt. Insbesondere die überregionale Vermittlung ist bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in der Metropolregion Hamburg eine notwendige Voraussetzung um die Möglichkeit der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen," so Margot Sinning sozialpolitische Sprecherin der SPD Fraktion. Das Optionsmodell



würde die Vermittlung primär auf Stormarn beschränken.

Bei Abwägung der Argumente anlässlich der Beratung der SPD-Fraktion wurde schnell deutlich, dass das seit 2005 praktizierte Modell der ARGE nicht nur günstiger für den Kreis ist, sondern vor allem objektiv bessere Bedingungen für die Bürger bietet. Die SPD Kreistagsfraktion wird sich daher im Kreistag für die Beibehaltung des Modells der ARGE aussprechen.

„Es wird jetzt allerhöchste Zeit, dass die gesetzliche Grundlage in Berlin geschaffen wird,“ sagte Fraktionsvorsitzender Reinhard Mendel. „Es ist unerträglich, dass nach dem gefundenen Kompromiss im Bundestag jetzt von Teilen der CDU wieder eine Neuverhandlung gefordert wird.“

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 07.06.2010, 12:15 Uhr - 4065 Clicks - Nr. 571

Johanna Skalski zeigt Thomas Köppl die Grenzen

Die Sensation ist fast perfekt. Johanna Skalski hat es fast geschafft. Nur 22 Stimmen Vorsprung für den amtierenden Bürgermeister. Dies ist kein großer Vertrauensbeweis an den alten und neuen Bürgermeister Thomas Köppl.

Mit unglaublichem Einsatz hatte Johanna Skalski die Quickborner als mündige Bürger wieder in den Mittelpunkt ihrer Stadtentwicklung gestellt. In vielen Gesprächen hatte sie die Anliegen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen. Die Quickborner haben sie als eine aufgeschlossene, unvoreingenommene und kommunikationsstarke Bewerberin kennen und schätzen gelernt. Sie hat sich sehr schnell in die aktuellen Probleme der Stadt eingedacht und konnte von sich überzeugen. Trotz Dauerfeuer des gegnerischen Lagers und trotz Riesenplakaten sogenannter Unabhängiger und Prominenter haben die Quickborner Bürger Johanna Skalski das Vertrauen ausgesprochen.

Die SPD Quickborn dankt Johanna Skalski, dass sie mit beispielloser Fairness diesen Wahlkampf bestritten und dem amtierenden Bürgermeister seine Grenzen aufgezeigt hat.

Wenn auch die Wahl mit 49,85 Prozent hauchdünn verloren gegangen ist, so ist sie insbesondere ein Gewinn für die Demokratie in Quickborn. Die Wahl hat gezeigt, dass die politisch engagierten Menschen in dieser Stadt in der Lage sind, unter Führung der SPD Quickborn, über Parteigrenzen hinaus ein gemeinsames Ziel zu verfolgen. Die Aufbruchstimmung in Quickborn wird bestehen bleiben. Es wird keine Entscheidung über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg geben, sondern mit den Quickbornern werden wir gemeinsam – transparent und offen – Entscheidungen für unsere Stadt treffen.

Guter demokratischer Brauch ist es, dem wiedergewählten Bürgermeister Thomas Köppl zu gratulieren. Wir wünschen ihm für die zweite Amtszeit eine glücklichere Hand in der Verfolgung von Allgemeininteressen, weniger verkrampten Aktionismus und mehr Hinwendung zu den Bürgern. Die SPD Quickborn hofft, dass er diese Zeichen der Zeit erkennt.

Keine Kommentare

25 Jahre Kinderfest der SPD Oststeinbek

Marktplatz Oststeinbek - Ein Jubiläum gab es zu feiern, und die Sonne feierte mit - nachdem es in den letzten Jahren jeweils geregnet hatte, verlegte die SPD Oststeinbek ihr 25. Kinderfest auf einen Termin vor den Sommerferien und machte damit alles richtig: bei strahlendem Sonnenschein konnten viele Kinder und Erwachsene auf dem Marktplatz neben dem Einkaufszentrum an der Möllner Landstraße die zahlreichen handgemachten Spiele ausprobieren und Leckerer vom Grill genießen.



Martin Habersaat kam gerade rechtzeitig von der Reise mit der Landtagsfraktion durch das Ruhrgebiet zurück und konnte einen gelungenen Nachmittag miterleben: „Endlich fängt der Sommer an!“

SPD Oststeinbek online: www.spd-oststeinbek.de

Keine Kommentare

Neues Leben im Lessingbad? Unbedingt!

Derzeit finden intensive Gespräche über eine künftige Nutzung des ehemaligen Lessingbades statt.

Dazu erklären die kulturpolitischen SprecherInnen Ingrid Lietzow (SPD) und Ulrike Kahlert (GRÜNE) sowie die baupolitischen Sprecher Dr. Hans-Friedrich Traulsen (SPD) und Dirk Scheelje (GRÜNE):

„Wir sind von dem vorliegenden Konzept für das Lessingbad überzeugt. Unabhängig von den noch zu klärenden Detailfragen geht es mit der geplanten Zwischennutzung eindeutig in die richtige Richtung. Ein Zentrum für Kunst und Kreativwirtschaft mit einem attraktiven Freizeitangebot wird die Menschen im Stadtteil und darüber hinaus mit Sicherheit anziehen. Hier könnte eine neue angesagte Location für Menschen aller Altersgruppen entstehen, die sich auf einen Kaffee treffen, Kunst angucken, sich von einer Tanzperformance begeistern lassen oder ein eigenes Kunstprojekt starten wollen.“

Kiel hat eine hochvitale Kunstszene, und dazu passt ein neues Zentrum in einem geschichtsträchtigen Gebäude wie dem Lessingbad außerordentlich gut. So findet das Musiculum mit dem ARTICULUM im Lessingbad eine wunderbare Ergänzung.

Ein derartiges Projekt funktioniert durch die Verbindung von bürgerschaftlichem Engagement, privatwirtschaftlicher Initiative, fachkundiger Expertise und städtischer Unterstützung. Daher

wollen wir die Verwaltung bitten zu prüfen, ob die eingesparten Kosten der Stadt dem Projekt zeitlich befristet zur Verfügung gestellt werden können. Kosten, die in dieser Höhe auch ohne diese ungewöhnliche Initiative für die Stadt entstanden wären, womit das gesamte Projekt für die Stadt haushaltsneutral wäre.

Die Botschaft an die Kreativszene Norddeutschlands aus Kiel lautet: Kiel hat das ARTICULUM im Lessingbad, das KünstlerInnenatelierhaus und das Musiculum. In Kiel lässt es sich gut leben und arbeiten.“

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 07.06.2010, 15:51 Uhr - 2581 Clicks - Nr. 574

SPD-Engelsby: „Schottweg Hochhaus“ wird abgerissen!

Jetzt ist es amtlich und notariell beurkundet. Das in Flensburg als "Schottweg Hochhaus" bekannte Gebäude Wasserloser Weg 2 wird abgerissen und das Grundstück geht in das Eigentum des städtischen Sanierungsträgers, der FGS GmbH über. Die Stadt Flensburg und die NEUE LÜBECKER Norddeutsche Baugenossenschaft eG haben sich nach längeren Verhandlungen darauf geeinigt, dass das geräumte Grundstück zum 1. Oktober an die Stadt übergeben wird.

Bereits in dieser Woche wird mit den Vorbereitungen zum Abbruch des 13 Stockwerke beziehungsweise 38 m hohen und 98 Wohnungen umfassenden rund 40 Jahre alten Gebäudes begonnen. Die entsprechenden Genehmigungen liegen seit Ende letzter Woche vor.

Das Engagement der NEUE LÜBECKER endet damit endgültig in Flensburg. Das letzte noch vorhandene Gebäude der Baugenossenschaft in Flensburg wird aber nicht, wie es häufig bei Gebäuden dieser Größe üblich ist, gesprengt, sondern ab Ende Juli mit einem speziellen Bagger Stück für Stück von oben abgebrochen. Vorher wird der gesamte Bau entkernt und auf den eigentlichen Abriss vorbereitet.

Die gesamte Abbruchmaßnahme wurde von Fachleuten geplant und wird von diesen auch überwacht. Es wurden alle technischen, sicherheitstechnischen, abfallrechtlichen und naturschutzrechtlichen Aspekte mit den entsprechenden Fachbehörden erörtert und abgestimmt.

Lange Zeit war das leer stehende Hochhaus nebst Grundstück Mittelpunkt von Gesprächen zwischen der NEUE LÜBECKER, potenziellen Investoren und den städtischen Gremien.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.06.2010, 14:37 Uhr - 1204 Clicks - Nr. 575

Eigenständigkeit der Stadtwerke Kiel erhalten!

Alle Fraktionen der Kieler Ratsversammlung und das Ratsmitglied des SSW haben heute einen Dringlichkeitsantrag zur Ratsversammlung am 10. Juni 2010 eingebracht, den wir hier nun veröffentlichen.

Antrag:

„Die Kieler Ratsversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, alle der Stadt zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um sicherzustellen, dass es infolge des Restrukturierungsprojektes „Einmal gemeinsam“ der MVV Energie AG zu keiner Schwächung des eigenständigen integrierten Energieversorgers Stadtwerke Kiel AG kommen kann. Die steuerungsrelevanten Funktionen bei der Stadtwerke Kiel AG müssen am Standort erhalten bleiben, und die Fähigkeit, kommunale und regionale energiepolitische Gestaltungen voranzutreiben, darf nicht beeinträchtigt werden. Es darf zu keiner einseitigen Verlagerung von Arbeitsplätzen und Aufgaben zu Lasten der Stadtwerke Kiel AG nach Mannheim kommen.“

Begründung:

Seit einigen Wochen verdichten sich die Hinweise, dass in der Folge des Restrukturierungsprojektes „Einmal gemeinsam“ der MVV Energie AG wesentliche Funktionen der Stadtwerke Kiel AG in Mannheim zentralisiert werden sollen. Nach den bisher bekannt gewordenen Informationen steht zu befürchten, dass sich die MVV Energie AG mit ihren Tochtergesellschaften in Kiel und Offenbach von der bisherigen Strategie eines Stadtwerke-Netzwerks verabschieden und sich zu einem zentral gesteuerten Konzern entwickeln wird. Die Stadtwerke Kiel AG verlöre damit ihre eigenständige Steuerungsfähigkeit und würde zu einer Kieler Niederlassung der MVV degradiert werden. Eine Weiterentwicklung der Regionalstrategie, die Vernetzung mit anderen kommunalen Energieversorgern in Schleswig-Holstein, wäre nicht mehr möglich.

Die Einflussmöglichkeiten des Anteilseigners Landeshauptstadt Kiel über die Gremien der Stadtwerke Kiel AG und somit die energiepolitischen Gestaltungsmöglichkeiten würden stark eingeschränkt werden.

Der Betriebsrat der Stadtwerke Kiel AG fühlt sich nur unzureichend über den Projektstand informiert. Dies führt in der Belegschaft zu großer Verunsicherung und zu einem erheblichen Vertrauensverlust in die MVV. Es wird ein weiterer erheblicher Arbeitsplatzabbau innerhalb des Konzerns befürchtet, der einseitig zu Lasten der Stadtwerke Kiel AG und der Energieversorgung Offenbach geht, um Arbeitsplätze bei der Konzernmutter in Mannheim zu erhalten.

Im Mai 2004, nach der Insolvenz der TXU, hat sich die Kieler Ratsversammlung einstimmig für die MVV Energie AG als neuen strategischen Partner für die Stadtwerke entschieden. Die Ratsfraktionen haben einen Partner gewählt, der kommunal verankert ist, einen Partner, mit dem die Landeshauptstadt Kiel auf Augenhöhe zusammenarbeiten kann. Mit dem Projekt „Einmal gemeinsam“ wird die MVV Energie AG diesen Erwartungen nicht mehr gerecht.

Es gibt Anzeichen dafür, dass die Konzernmutter in Mannheim, die MVV Energie AG, bereits erste Schritte zur Umsetzung des Restrukturierungsprojektes eingeleitet hat. Es ist daher ein schnelles, entschlossenes Handeln der Verwaltung erforderlich.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 09.06.2010, 14:38 Uhr - 3882 Clicks - Nr. 576

Sparkassenverbände müssen der NoSpa helfen!

Zum Bericht über fehlende Hilfe für die NoSpa (Financial Times von heute) erklären der sparkassenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Rother, und der Flensburger Abgeordnete Lothar Hay:



Wir fordern den Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein und den Deutschen Sparkassen- und Giroverband auf, zu ihrer Zusage zu stehen, dass die Sparkassenfamilie ihre Mitglieder in Notlagen unterstützt. Die beiden Verbände sind nun gefordert, schnellstens eine Lösung zu finden, damit die NoSpa wieder in ruhiges Fahrwasser kommt.

Diese Rettungsaktion hat mit der von Schwarz-Gelb in Schleswig-Holstein geplanten Änderung des Sparkassengesetzes nichts zu tun – deshalb kann auch das eine nicht zur Bedingung für das andere gemacht werden, wie in dem Zeitungsbericht suggeriert wird.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 09.06.2010, 14:48 Uhr - 1260 Clicks - Nr. 577

3 Mio. Euro Landeshilfe für Winterschäden: Rechnung aufgegangen!

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

"SPD, GRÜNE und SSW werden die volle Ausschöpfung der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds (KIF) zur Behebung der Winterschäden auf den Kieler Straßen beschließen. Mit 3 Mio. Euro aus dem KIF-Sonderprogramm werden sehr viel mehr Winterschäden behoben werden können, als es die Stadt aus eigener Kraft hätte finanzieren können. Die Rechnung von SPD, GRÜNEN und SSW ist aufgegangen: Wir haben in der Ratsversammlung im März 2010 die Landesregierung aufgefordert, der Landeshauptstadt Finanzhilfen für die Beseitigung der Schlaglöcher zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug hatten wir angeboten, jene Konjunkturfördermittel, die an sich für Lärmschutzmaßnahmen rund um den Blücherplatz vorgesehen sind, auch für die Schlaglochbeseitigung einzusetzen, wenn die Landesregierung dem zugestimmt hätte. Die Konjunkturfördermittel mochte die Landesregierung zwar nicht umwidmen, aber die Bereitstellung der Zuwendungen aus dem Kommunalen Investitionsfonds entspricht genau dem Ziel von SPD, GRÜNEN und SSW und wird den Stadthaushalt spürbar entlasten."

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 09.06.2010, 18:01 Uhr - 5639 Clicks - Nr. 578

Hassee demnächst ohne Polizeistation!

Zur Situation der Polizei im Kieler Stadtteil Hassee:

Nach den vorliegenden Informationen soll die in der Hamburger Chaussee eingerichtete Polizeiwache (im Haus des ASB) im Juli geschlossen werden. Damit gibt es im Stadtteil Hassee keine polizeiliche Anlaufstation mehr. Schon bisher galt diese Wache als Provisorium.



Vor einem Jahr war das Gebäude in der Diesterwegstraße wegen baulicher Mängel geschlossen worden.

Die Polizisten wurden daraufhin in verschiedenen anderen Stationen außerhalb Hassees untergebracht, z.B. in Mettenhof und Russee.

Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Um ihre Aufgaben im Sinne der Bürger erfüllen zu können, muss die Polizei kurze Wege haben, eine angemessene räumliche Unterbringung und ebensolche Arbeitsbedingungen. Wir werden diese Situation politisch auf die Tagesordnung setzen und gegenüber Stadt und Land ansprechen.

Dies ist umso dringlicher, weil auch in anderen Kieler Wachen und Stationen schwierige Zustände herrschen. So ist auch die Polizei in der Blumenstraße mit erheblichen Mängeln konfrontiert: renovierungsbedürftige Räumlichkeiten, nicht ausreichende sanitäre Anlagen, Heizungsprobleme, kein behindertengerechter Zugang usw.", so SPD-Kreischef Rolf Fischer.

Keine Kommentare

[Andreas Beran](#) - veröffentlicht am 10.06.2010, 00:35 Uhr - 5830 Clicks - Nr. 579

Schwarz-Gelb verzockt sich beim Glücksspielstaatsvertrag

Zu dem heute von CDU und FDP vorgelegten Gesetzentwurf über einen neuen Glücksspielstaatsvertrag erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Andreas Beran: Der vorgelegte Gesetzesentwurf wird nicht verhindern, dass auch künftig illegale Glücksspielangebote im Internet angeboten werden. Auch in anderen Bereichen sind Netzwerksperren bisher nicht erfolgreich gewesen, es sei denn, in totalitären Staaten. Das Beispiel in England hat gezeigt, dass Glücksspielanbieter – selbst bei einer staatlichen Abgabe von nur 5 % - ihre Geschäftssitze in Steuerparadiese verlegen, um diese Abgabe ganz zu sparen. Wie soll es da mit einer staatlichen Abgabe von 15 %, wie im Entwurf vorgeschlagen, anders sein?

Der schwarz-gelbe Entwurf des neuen Glücksspielstaatsvertrages sieht vor, dass auch Private Lotterien anbieten dürfen. Eine Konkurrenz zur staatlichen Lotterie gefährdet jedoch die staatlichen Einnahmen, die zur Förderung sozialer Projekte (z. B. Suchtprävention) und des Sportes eingesetzt werden. Der Entwurf enthält kein schlüssiges Konzept, wie die zu erwartenden Minderausgaben ausgeglichen werden sollen.

Außerdem muss befürchtet werden, dass die Umsätze der Lottoannahmestellen zurückgehen und damit einige Annahmestellen, insbesondere auf dem Lande, vor dem Aus stehen werden. Wegen dieser negativen Auswirkungen lehnt die SPD Landtagsfraktion den Entwurf ab. Er ist unseriös und bedient im Wesentlichen die Klientel der Regierungsfractionen. Finger weg vom bestehenden Glücksspielstaatsvertrag. Hier kann man sich nur verzocken!

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 10.06.2010, 08:35 Uhr - 1991 Clicks - Nr. 580

Leitbild zur demografischen Veränderung gefordert

SPD: „Wir brauchen ein Leitbild zur demografischen Entwicklung im Kreis Segeberg“
„Die Herausforderungen des demografischen Wandels werden auch uns im Kreis Segeberg in allen Lebensbereichen einholen, wenn wir uns als Politik den neuen Erfordernissen nicht stellen“, so Jürgen Sass-Olker und Edda Lessing, Sprecher der Fraktionsarbeitskreise

„Demografischer Wandel“ und „Bildung, Kultur und Sport“.

Im Rahmen einer Klausurtagung hat die Fraktion in mehreren Arbeitsgruppen die voraussichtlichen Entwicklungen und notwendige Handlungserfordernisse offen und intensiv diskutiert.

Im Februar 2010 hatte die Kreisverwaltung einen „Leitfaden für die Kommunen zu den Entwicklungen des demografischen Wandels in Bezug auf die älter werdende Gesellschaft im Kreis Segeberg“ vorgelegt, der von allen Gremien beraten und begrüßt wurde; aus der Sicht der SPD-Kreistagsfraktion weist er zwar in die richtige Richtung, beleuchtet aber nur einen Teilaspekt und muss somit in einen Gesamtleitfaden eingebettet werden.

„Der Demographische Wandel bleibt wie kein anderes Thema tagespolitisch spannend und langfristig aktuell für unsere konkrete politische Arbeit. Nicht zuletzt auf Grund der Gefahren und Risiken, aber auch der damit verbundenen Chancen ist es absolut notwendig, dass der Kreis Segeberg einen Leitfaden zum demografischen Wandel für Kreis und Kommunen entwickelt“, so ein entsprechender Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Aufgrund einer Anregung der SPD-Fraktion wird sich der Kreistag in der zweiten Jahreshälfte 2010 in einer Tagessitzung mit den Folgen des demographischen Wandels im Kreis Segeberg beschäftigen.

„Wir dürfen uns den Tatsachen nicht versperren. Nur ein offensiver Umgang mit dem demographischen Wandel bewirkt, dass der Kreis Segeberg am Ende nicht im Regen steht“, so die Sprecher abschließend.

Für die SPD-Kreistagsfraktion

Jürgen Sass-Olker Edda Lessing Alexander Wagner

Sprecher der Fraktionsarbeitskreise Pressesprecher

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 10.06.2010, 14:58 Uhr - 11112 Clicks - Nr. 581

SPD Kreis Segeberg: Daseinsvorsorge für die Zukunft erhalten

Der SPD-Kreisverband spricht sich gegen den Regierungsentwurf zum Landesentwicklungsplan und für die Beibehaltung des erfolgreichen und zukunftsfähigen Achsenkonzeptes aus. Dabei sei eine Verlängerung der Achse von Norderstedt bis Neumünster zu überlegen.

Dem Fortbestand des ländlichen Raumes in den Achsenzwischenräumen sei durch eine geordnete Entwicklung mehr gedient als durch eine Zersiedelung, zu der es bei Umsetzung der Pläne der Landesregierung kommen würde.

Das Zentralörtliche System in Schleswig-Holstein stellt sicher, dass die Bevölkerung Einrichtungen der Daseinsvorsorge in zumutbarer Entfernung und mit vertretbarem Zeit- und Kostenaufwand erreichen kann. Trotz der demografischen Entwicklung muss die Daseinsvorsorge nach Auffassung des SPD-Kreisverbandes langfristig gesichert bleiben. Das Aufrechterhalten des Leistungsangebots einer umfassenden Daseinsvorsorge - Krippen, Kindertagesstätten und Schulen für die einen, der Wunsch älterer Menschen nach selbst bestimmter Teilhabe am Leben auf der anderen Seite - ist bereits heute in den zentralen Orten finanziell zunehmend schwieriger geworden.

Immer neue ländliche Zentralorte würden die Konkurrenz verschärfen und gefährden bei rückläufigen Einwohnerzahlen die Tragfähigkeit und die Bezahlbarkeit von Versorgungseinrichtungen bereits bestehender Zentraler Orte.

Genau hier liegt – so der SPD-Kreisvorstand - der zentrale Irrtum des Antrags der Regierungsfractionen, in dem es heißt, man wolle, dass „Eine ortsnahe und qualitativ hochwertige Versorgung mit Bildungseinrichtungen sowie mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die auch eine flächendeckende medizinische Versorgung beinhaltet, überall auf dem Lande vorgehalten wird.“ Dieses „all inclusive“ passt nicht zur demographischen Entwicklung und wird schlichtweg nicht bezahlbar sein.

Der SPD-Kreisvorstand kommt zu dem Ergebnis: Die Herausforderungen der Zukunft können insgesamt nur durch eine Stärkung und Ertüchtigung des zentralörtlichen Systems und verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen gemeistert werden. Dem wird der neue Entwurf der Koalitionsfractionen von CDU und FDP in keinsten Weise gerecht.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraction Kiel](#) - veröffentlicht am 10.06.2010, 15:50 Uhr - 1420 Clicks - Nr. 582

Eigenständigkeit der Stadtwerke Kiel

Anlässlich der Ratsversammlung am 10. Juni 2010 hat die Vorsitzende der SPD-Ratsfraction Kiel, Ratsfrau Gesa Langfeldt, eine viel beachtete Rede gehalten, deren Wortlauf wir hier wiedergeben.

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir heute mit diesem Dringlichkeitsantrag den Oberbürgermeister auffordern wollen, sich für den Erhalt der Eigenständigkeit unseres Energieversorgers einzusetzen, dann ist daran vor allem eines bemerkenswert: alle demokratischen Fractionen und Ratsmitglieder stellen diesen Antrag gemeinsam. Das zeigt die Geschlossenheit in dieser Frage über die Parteigrenzen hinweg. Umso höher ist dieser Antrag zu bewerten.

Lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen kurz zurückblicken: Als wir im Jahr 2004 nach der Insolvenz von TXU einen neuen Partner für die Stadtwerke Kiel suchten, haben wir uns ganz bewusst für die MVV Energie AG entschieden. Wir wollten einen starken Partner, der weiß, wie ein Stadtwerk tickt. Und die MVV hatte diesen Stallgeruch. Das Modell eines Stadtwerke-Netzwerks, wie ihn die MVV anstrebte, hat uns überzeugt. Das war die richtige Alternative zu den zentralistisch ausgerichteten Energiekonzernen wie RWE, EnBW, Vattenfall oder e.on. Vor allem aber überzeugte uns die Ankündigung des neuen Miteigners, eine Partnerschaft auf Augenhöhe anzustreben.

Und die MVV hat ihren Worten Taten folgen lassen: Das Stadtwerke-Netzwerk war immer eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Jeder Partner konnte seine eigenen Stärken einbringen und hat von den Stärken des anderen zusätzlich profitiert. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es gelingen kann, Synergien zu heben und Kosten zu senken, ohne die Eigenständigkeit der Beteiligten aufzugeben. Die Gründung gemeinsamer Service-Gesellschaften für die Abrechnungen und die IT sind hierfür gute Beispiele. Das Netzwerk hat eine sehr gute Entwicklung genommen. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass unsere damalige Entscheidung richtig war. Wir wollten 2004 die Kooperation mit MVV und wir wollen sie auch

heute noch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Natürlich kennen wir die Bedingungen auf dem Energiemarkt. Natürlich wissen wir, dass der Markt sich mit unglaublicher Geschwindigkeit entwickelt. Und natürlich wissen wir um den enormen Wettbewerbsdruck, der die Akteure immer wieder vor neue Herausforderungen stellt. Dieser Druck und ständige neue Vorgaben der Bundesnetzagentur zwingen die Energieversorger immer wieder, Kosten zu senken und zu sparen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch die Stadtwerke Kiel sind von diesem Druck betroffen; sie haben eingespart und in zwei Restrukturierungsprojekten 2004 und 2008 bereits 400 Arbeitsplätze abgebaut. Um die Handlungsfähigkeit des Unternehmens auch zukünftig zu gewährleisten, ist es erforderlich, weitere Kostensenkungspotenziale zu erschließen. Dem können wir uns nicht verschließen und dem wollen wir uns auch nicht verschließen.

Die große Mehrheit der Ratsversammlung ist aber der Meinung, dass der jetzt mit dem Projekt „Einmal Gemeinsam“ eingeschlagene Weg droht, in die falsche Richtung zu gehen. Es ist zu befürchten, dass die Eigenständigkeit der Stadtwerke Kiel auf dem Altar der Zentralisierung geopfert werden soll. Eine Zentralisierung, die, nach allem was bisher bekannt ist, einseitig zu Lasten der kommunalen Beteiligungen der MVV in Kiel und Offenbach gehen soll, um in Mannheim Arbeitsplätze zu sichern. Eine Zentralisierung, die zum Ziel hat, Konzernstrukturen zu schaffen, um von Mannheim aus die Fäden zu ziehen und den Einfluss der kommunalen Anteilseigner auszuschalten. Wenn das so kommt – und so ist der Schlussakkord der Begründung unseres interfraktionellen Antrages zu verstehen – wird MVV dem Anspruch eines Agierens auf Augenhöhe nicht mehr gerecht. Wir befürchten, dass das Projekt „Einmal Gemeinsam“ bereits wesentlich weiter fortgeschritten ist als öffentlich bekannt.

Mit unserem Antrag fordern wir daher den Oberbürgermeister auf, hier gegenzusteuern. Es liegt im ureigenen Interesse der Stadt Kiel als Anteilseigner wie auch der Stadtwerke-Kunden und der Menschen in der gesamten Region, diesem Begehren rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben. Der Kieler Energieversorger muss ein integriertes Stadtwerk bleiben. Eines, das vom Vorstand der Stadtwerke Kiel gesteuert wird und das von seiner Aufstellung her in der Lage ist, eigenständig eine sichere und kostengünstige Versorgung der Region mit Energie und Trinkwasser zu gewährleisten. Eines, das schon von weitem als eigenständiges Unternehmen, als eigenständige Marke wahrgenommen wird und nicht als Niederlassung eines Konzerns mit Sitz in Mannheim.

Es ist falsch, um der Kostensenkung willen Steuerungs- und Leitungsfunktionen aus Kiel abzuziehen und damit im Übrigen auch die energiepolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt Kiel zu beschneiden. Der Weg muss vielmehr der sein, dass man Wachstumschancen konsequent nutzt – etwa im Bereich der erneuerbaren Energien, beim intelligenten Ausbau dezentraler Erzeugungsstrukturen oder beim Angebot von Contracting - Modellen für die Wärmeversorgung. Das sind die Wachstumsfelder, mit denen die Stadtwerke Wertschöpfung generieren können. Wertschöpfung in Kiel und in der Region.

Die Pläne, die die MVV Energie AG mit „Einmal Gemeinsam“ realisieren will, haben über das rein wirtschaftliche hinaus noch eine weitere Dimension: Es geht auch um eine kulturelle Frage, eine Frage der gegenseitigen Wertschätzung, ob man den Betriebsrat und die Beschäftigten in so wichtige Planungen mit einbindet oder nicht. Einen Betriebsrat, der sich in den letzten Jahren sehr kooperationsbereit und fachlich kompetent gezeigt hat. Eine Belegschaft, die die Umstrukturierungen der letzten Jahre mitgetragen hat.

Wir freuen uns, dass wir heute zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der Stadtwerke Kiel begrüßen können. Herzlich willkommen! Ihr könnt Euch sicher sein: wir stehen fest an Eurer Seite!

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, ich freue mich sehr, dass wir uns alle einig sind: Kiel braucht auch zukünftig ein voll funktionsfähiges Stadtwerk mit allen Steuerungs- und Lenkungenfunktionen vor Ort. Ein Stadtwerk light am Standort Kiel ist keine Perspektive für die Region. Denn noch eines möchte ich an dieser Stelle erwähnen:

Die Stadtwerke Kiel sind nicht nur ein leistungsfähiger und sicherer Energieversorger, sie sind auch ein sozialer und wirtschaftlicher Partner für die Region. Ich nenne hier an erster Stelle das Engagement des Unternehmens für die Ausbildung. Über 100 Auszubildende sind bei den Stadtwerken beschäftigt. Mehr als 30 junge Leute beginnen in jedem Jahr ihr Berufsleben bei den Stadtwerken und erhalten dort eine hoch qualifizierte Ausbildung. Dabei müsste das Unternehmen das gar nicht tun – die Stadtwerke bilden seit Jahren über den eigenen Bedarf hinaus aus. Aber es ist eben Teil des Selbstverständnisses unserer Stadtwerke, der Region, in der sie wirtschaftet, auch etwas zurückzugeben. Wir wollen, dass das so bleibt.

Das große Engagement für den Jugendsport, das jährliche Segelcamp hier bei uns in Kiel. Sailing City und das Eisfestival sind weitere Beispiele für diese Philosophie. So profitieren alle Menschen in dieser Region von einem eigenständigen, leistungsstarken Stadtwerk.

Diese Ratsversammlung will, dass das auch zukünftig so bleibt. Darin stecken die Chancen für Kiel und seine Stadtwerke und damit auch für die MVV Energie AG. Die Chancen liegen eben nicht in der Rationalisierung nach Labor-Erfahrungen und Lehrbuch-Kenntnissen von Unternehmensberatern.

Mein Appell geht an dieser Stelle ausdrücklich an die Verantwortlichen bei der MVV Energie AG: Wir stehen zu der Kooperation mit Ihnen. Wir glauben an einen dritten Weg in der Energieversorgung zwischen Weltkonzernen und rein kommunaler Energieversorgung. Wir wollen weiterhin mit Ihnen diesen Weg beschreiten und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Schauen Sie sich noch einmal genau an, was Sie für Ihre jetzigen Pläne alles opfern würden. Sie gäben den dritten Weg auf.

Die Entscheidung darüber, welche Pläne Sie dem Konsortialausschuss und dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Kiel präsentieren werden, können wir Ihnen nicht abnehmen. Aber eines kann ich Ihnen schon heute ankündigen: Im Fall einer einseitigen Arbeitsplatz- und Aufgabenverlagerung zulasten der Stadtwerke Kiel werden Sie auf den entschiedenen Widerstand der Kieler Ratsversammlung stoßen. Und an diesem Widerstand werden Sie sich eine blutige Nase holen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Kommentar von [Jürgen Frommholz](#) vom 07.07.2010, 07:34 Uhr:

RE: Eigenständigkeit der Stadtwerke Kiel

Frau Langfeld, vielen Dank für die klare Positionierung. Ich glaube, das ist es, was die BürgerInnen erwarten. Klare Positionen und und kein Wischi-Waschi! Der Ausbau der alternativen Energieträger in seiner Vielfältigkeit benötigt dezentrale Strukturen. Diese sollte die Politik und wir Bürger auf allen Ebenen durchsetzen helfen. Auch deshalb ist es wichtig, einer Zentralisierung in Mannheim entgegen zu steuern. Und ein letztes: Mit der Zentralisierung wäre auch ein großer Stein des Widerstandes in Kiel aus dem Weg geräumt, um das Megakraftwerk doch noch auf dem Ostufer durchzusetzen. Bleiben wir wachsam. Ich

wünsche der SPD-Fraktion Standfestigkeit in diesen Fragen!

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 11.06.2010, 08:05 Uhr - 2362 Clicks - Nr. 583

Hilfe für junge Menschen bleibt auf der Agenda

SPD: „Kinder- und Jugendschutz im Kreis Segeberg ist eine vordringliche Aufgabe der Politik“
„Der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen ist uns eine vordringliche Aufgabe in der Jugendhilfe des Kreises Segeberg“, macht Gerd-Rainer Busch, Jugendhilfeausschussvorsitzender und stellvertretender SPD- Fraktionsvorsitzender, deutlich. Die Diskussionen der SPD-Fraktion im Bereich Jugend und Familie drehen sich in den nächsten Monaten verstärkt um das Thema Kinder und Jugendschutz.

Zum Auftakt fand ein Gespräch mit der Jugendschutzbeauftragten des Kreises Segeberg, Frau Laaser, statt, um sich über die aktuelle Arbeit des Kreises zu informieren. Insbesondere neue Tendenzen im Bereich der Süchte wie Alkohol, Drogen und Medien wurden beleuchtet. In diesem Zusammenhang wurde die Möglichkeit diskutiert, eine einheitliche Rufnummer einzurichten, an die sich jeder bei Beratungs- und Informationsbedarf wenden kann, zielgenau weitergeleitet und auch fachlich beraten wird. Zwischenzeitlich wurde ein entsprechender Bereitschaftsdienst im Jugendamt des Kreises eingerichtet.

Als zweite Station in der Diskussion besuchte der Fraktionsarbeitskreis Jugend den Verein Regenbogen in Kaltenkirchen. Dort wird Jugendlichen geholfen, die sich in Schieflagen befinden, in der Schule, in der Ausbildung oder im sozialen Umfeld wieder Fuß zu fassen. „Der Regenbogen e.V. ist ein Vorzeigeprojekt im Kreis Segeberg. Diese und ähnliche Arbeit gilt es zu fördern“, so Busch weiter. Direkt vor Ort haben zurzeit sechs Jugendliche die Möglichkeit, in einem Wohnprojekt für eine gewisse Zeit, in der sie im Regenbogen betreut werden, zu leben. Regenbogen-Geschäftsführer Harald Hussels sieht hier eine große Chance, für die zu betreuenden Jugendlichen ein Umfeld für die erfolgreiche Durchführung von Maßnahmen zu schaffen. Der Verein versucht inzwischen, neue Kooperationspartner zu finden, um ein weiteres Wohnprojekt in die Realität umzusetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönnfeld](#) - veröffentlicht am 11.06.2010, 08:46 Uhr - 4059 Clicks - Nr. 584

Von der Nachspielzeit ins Elfmeterschießen - Anträge werden weiter bearbeitet

Dass auch die Fußball-WM Einzug in die Osterrönnfelder Kommunalpolitik halten würde, hat wohl keiner der Gemeindevertreter erwartet, als am 09.06.10 der Verkehrs- und Werksausschusses tagte. Dort sollten u. a. zwei Anträge der SPD-Fraktion beraten werden, die bereits in der Gemeindevertretung im März eingebracht worden waren (Fahrradstraßen und "Wie behindertengerecht ist Osterrönnfeld?")

Die Osterrönnfelder Sozialdemokraten hatten angeregt, die für Radfahrer unsichere Dorfstraße durch eine parallel verlaufende Fahrradstraße zu entschärfen. Außerdem stellte die SPD-Fraktion einen Antrag mit der Frage „Wie behindertengerecht ist Osterrönnfeld?“



Für Nichtbetroffene ist die Beantwortung nach der Frage der **Behindertengerechtigkeit** in Osterrönfeld kaum sachgerecht zu bewältigen. Daher hatte die SPD mit ihrem Antrag vorgeschlagen, eine öffentliche Begehung Osterrönfelds unter Mitwirkung von interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Fachleuten durchzuführen, um damit mögliche Problembereiche aufzudecken und eine Prioritätenliste zur Problemlösung aufzustellen. Der Antrag der SPD wird nun von den anderen Fraktionen unterstützt und durch einen öffentlichen Aufruf des Bürgermeisters in einer der nächsten Ausgaben des Kanalblattes allen Osterrönfeldern präsentiert. Sie werden darin gebeten, mögliche Problembereiche zu benennen, damit sich der Verkehrs- und Werksausschuss dann anhand der Einsendungen mit der Frage „Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?“ näher beschäftigen kann. Mehr zum Antrag "Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?" lesen Sie hier [[mehr](#)].

Der Tagesordnungspunkt „**Fahrradstraßen**“ wurde da schon intensiver diskutiert. Aufgrund der für Fahrradfahrer sehr unsicheren Verkehrslage in der Osterrönfelder Dorfstraße hat die SPD-Fraktion die Einrichtung von Fahrradstraßen vorgeschlagen. Hierdurch sollen attraktive Alternativrouten für Fahrradfahrer geschaffen werden, um sie so aus der Dorfstraße herauszulotsen. Daher wurde von der SPD vorgeschlagen, die parallel zur Dorfstraße verlaufende Schulstraße und den Dorfblick sowie die zur Schwebefähre führende Fährstraße als Fahrradstraßen auszuweisen.

Bereits im Vorfeld hatten sich die Osterrönfelder Sozialdemokraten in Rendsburg nach den Erfahrungen mit den dort seit einigen Jahren bestehenden Fahrradstraßen erkundigt. Sowohl Anlieger, ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) als auch die Rendsburger Stadtverwaltung konnten nur Erfreuliches über den Nutzen der dortigen Fahrradstraßen berichten. Aufgrund dessen und den positiven Erfahrungen auch in anderen Gemeinden hat die SPD-Fraktion die Idee zur Einrichtung von Fahrradstraßen in Osterrönfeld der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Rahmen der politischen Diskussion konnten nun, wie auch von der SPD bereits gefordert, während der Beratung des Verkehrs- und Werksausschusses Fachleute der Polizei, der Verkehrsaufsicht sowie des ADFC ihre Expertenmeinungen einbringen.

Da seit Jahren die kritische Verkehrslage in der Dorfstraße bekannt ist, bisher aber keine Abhilfe geschaffen wurde, war der Antrag der SPD-Fraktion ein seit langem überfälliger Ideenstoß für eine möglichst rasche Problemlösung. Dieser ist vor allem auch deshalb interessant, weil die Einrichtung von Fahrradstraßen im Gegensatz zu den ansonsten erforderlichen umfangreichen Grunderwerbs- und Baumaßnahmen relativ kostengünstig sowie schnell zu bewerkstelligen wäre.

Die Reaktionen aller anderen Fraktionen waren jedoch bisher sehr verhalten bis skeptisch. Obwohl die SPD-Fraktion ihren Antrag einerseits als neuen Anstoß zur Lösung der „alten Dorfstraßenproblematik“ und andererseits auch als Angebot an die anderen Fraktionen versteht, wieder neu und konstruktiv über die Gefährdungslage für Radfahrer sowie mögliche Auswege zu diskutieren, war der Verlauf der Ausschussdebatte dennoch ein wenig enttäuschend. Trotz aller Bedenken gegenüber des SPD-Vorschlages wurde von den Skeptikern nämlich keine Alternative präsentiert, wie man das Problem evtl. auf anderem Wege lösen könnte. Denn: die SPD-Fraktion Osterrönfeld hat mehrmals darauf hingewiesen, dass sie neben dem Vorschlag zur Einrichtung von Fahrradstraßen auch immer für andere oder ergänzende Vorschläge offen ist, die der Sicherheit schwächerer Verkehrsteilnehmer in Osterrönfeld dienen.

Als die Diskussion schon fast beendet schien, kam dann noch einmal der Vertreter der Verkehrsaufsicht des Kreises, Herr Wischniewski, ins Spiel und brachte einen Hauch von Fußball-WM in die Ausschusssitzung. Die Mannschaft des Werks- und Verkehrsausschusses war nach einem enttäuschenden Spiel schon fast auf dem Weg in die Kabine, als Herr Wischniewski seine Absicht offenbarte, die benutzungspflichtigen Rad- und Fußwege entlang der klassifizierten Straßen in Osterrönfeld für Radfahrer zu „schließen“, wenn keine Lösung für die Gefährdungslage gefunden würde. Damit brachte die Verkehrsaufsicht deutlich zum Ausdruck, dass auch sie erhebliche Mängel im Osterrönfelder Radwegenetz sieht. Verglichen mit der Ansprache des Trainers nach einem enttäuschenden Spiel, kam dann noch einmal ein bisschen Bewegung in die Diskussion. Herr Wischniewski schickte die Gemeindevertreter quasi in die Verlängerung.

Nachdem die Gemeindevertreter die Aussage des Kreismitarbeiters für den ersten Moment verdaut hatten, einigte man sich, den Antrag der SPD nicht gänzlich abzulehnen, sondern in der nächsten Sitzung des Verkehrs- und Werksausschusses intensiv über ein mögliches Radwegekonzept für Osterrönfeld nachzudenken. Damit sollen neben der Gefährdungslage in der Dorfstraße auch andere kritische Bereiche in Osterrönfeld nachgebessert werden. Der SPD-Antrag ist daher, ob nun angenommen oder nicht, ein für Osterrönfeld gutes Zeichen, da sich nun niemand mehr einer konstruktiven Lösungssuche verschließen kann. Gelingt es der Osterrönfelder Gemeindevertretung jedoch nicht, in naher Zukunft ein schlüssiges Radwegekonzept vorzulegen, wird die Verkehrsaufsicht des Kreises ihre „Drohung“ wohl früher oder später in die Tat umsetzen.

Wenn der Verkehrs- und Werksausschuss Ende August oder Anfang September zu seiner nächsten Sitzung zusammenkommt und über dieses Thema berät, kann also einiges für Osterrönfeld erreicht werden. Dies setzt allerdings voraus, dass lösungsorientiert diskutiert und beraten wird. Mittlerweile ist also das Elfmeterschießen erreicht!

Mehr zum Thema „Fahrradstraßen“ und eine Diskussionsmöglichkeit finden Sie hier [[mehr](#)].

Keine Kommentare

[SPD Flensburg-Nord](#) - veröffentlicht am 11.06.2010, 09:25 Uhr - 2845 Clicks - Nr. 585

Midtsommerjazz im Norden

Der SPD-Ortsverein Flensburg-Nord freut sich, auf ein kulturelles Highlight im Flensburger Norden hinweisen zu können. Am 20. Juni findet von 15:00 bis 21:00 Uhr im Ostseebad das diesjährige Midtsommerjazzfest statt.

Den Veranstaltern ist es auch in diesem Jahr, trotz eines knappen Budgets, gelungen, großartige Musiker einzuladen. Zu verdanken ist dies einer breiten Unterstützung im Stadtteil und den dänischen Kulturvereinen, die diesmal mit im Boot sind. Weitere Infos: www.kunst-und-kultur-recorder.de

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.06.2010, 10:44 Uhr - 1117 Clicks - Nr. 586

Zahl der Ausbildungsplätze um über 60 Prozent gestiegen!

Kiel nimmt Verantwortung zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungs-platzangebots wahr

Zu den jüngst im Personalbericht 2009 veröffentlichten Ausbildungszahlen der Landeshauptstadt Kiel erklären der personalpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Dirk

Sievers, die personalpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Karin Weichert sowie Antje Danker (SSW):

„Die Anzahl der besetzten Ausbildungs- und Anwärterplätze ist 2009 gegenüber dem Jahr 2007 von 77 auf 127 gestiegen. Dies bedeutet ein Plus von 60,6 Prozent!

Damit stellt die Landeshauptstadt Kiel unter Beweis, dass sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihrer besonderen Verpflichtung nachkommt, einen Beitrag zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots zu leisten. Eine abgeschlossene Ausbildung verbessert deutlich die Chancen auf einen Job.

Dazu hat beigetragen, dass SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der SSW im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2009 dafür gesorgt haben, dass zusätzliche Mittel eingestellt werden, um Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche zu schaffen. Jugendliche ohne Schulabschluss, mit Sonder- oder Hauptschulabschluss sowie sozial benachteiligte Jugendliche haben es besonders schwer, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. 18 benachteiligte Jugendliche konnten 2009 eine Ausbildung bei der Landeshauptstadt Kiel beginnen.

Zudem hatte Oberbürgermeister Torten Albig (SPD) unmittelbar nach Amtsantritt im letzten Jahr entschieden, dass 16 zusätzliche zukunftssichere Ausbildungsplätze angeboten werden, für die es auch außerhalb der Stadtverwaltung ein Arbeitsplatzangebot gibt.“

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 11.06.2010, 12:03 Uhr - 8858 Clicks - Nr. 587

Landesrechnungshof hat Scheu vor politischer Einflussnahme verloren

*Zu den Bemerkungen 2010 des Landesrechnungshofs sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Birgit Herdejürgen**:*

Mit der Murmann School weist der Landesrechnungshof auf eines von mehreren Projekten hin, bei denen Ministerpräsident Carstensen versucht hat, in einer Liga mitzuspielen, in die er nicht passt. Es war ein teures Experiment, auf das das Land hätte verzichten sollen. Bleibt zu hoffen, dass für solche Prestigewünsche künftig kein Geld mehr zur Verfügung gestellt wird.

Erfreut sind wir darüber, dass der Landesrechnungshof bereit war, sich nun doch des Themas Grunderwerbsteuer anzunehmen. Vor gut eineinhalb Jahren hat der Präsident des Landesrechnungshof Dr. Altmann auf die Bitte der SPD-Abgeordneten Anna Schlosser-Keichel im Finanzausschuss gesagt, „der Landesrechnungshof werde sich zur Frage einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer, die politisch entschieden werden müsse, nicht äußern. Hinsichtlich höherer Einnahmeerwartungen müsse man die Auswirkungen der Steuererhöhung auf die Nachfrage nach Immobilien, die Kaufpreise und die Konjunktur berücksichtigen.“ Der Landesrechnungshof hat offenbar seine Scheu vor politischer Einflussnahme verloren und wir sichern ihm gern unserer Unterstützung bei der Umsetzung dieser Forderung zu - seinerzeit konnten wir uns gegen den Koalitionspartner nicht durchsetzen.

Im Abschlussbericht der AG Haushaltsanalyse für die Föderalismuskommission wird sogar eine Mehreinnahme von bis zu 70 Mio. Euro für Schleswig-Holstein genannt.

Das Thema wird in der kommenden Woche auch im Landtag diskutiert, wo hoffentlich - im Gegensatz zum Jahr 2008 - nach der Nachhilfe durch den Landesrechnungshof auch die

Regierungsparteien einer Erhöhung um einen Prozentpunkt auf 4,5% zustimmen können.

Wir danken dem Landesrechnungshof für die hilfreichen Hinweise zur Diskussion um die dringend anstehende Haushaltskonsolidierung.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.06.2010, 16:24 Uhr - 3854 Clicks - Nr. 588

Lübeck braucht die Universität und das UKSH!

Zur Sondersitzung der Lübecker Bürgerschaft vor dem Landeshaus in Kiel sagt Martin Habersaat, der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

Vertreter aller in der Lübecker Bürgerschaft vertretenen Parteien haben es gesagt, jetzt muss die Landesregierung nur noch hören: Die Mediziner Ausbildung ist nicht nur ein wesentlicher Bestandteil der Universität Lübeck, sie ist deren Herz.

In der Hochschulmedizin spielt Schleswig-Holstein bisher in der ersten Liga. Allein die unselige Debatte dieser Tage schadet der Universität und dem Wissenschaftsraum Schleswig-Holstein.



Die Universität Lübeck braucht die Mediziner Ausbildung, und Lübeck braucht die Universität und das UKSH. Universität und UKSH, das sage ich auch aus der Perspektive des Stormarner Landtagsabgeordneten, sind für die Innovations- und Wirtschaftskraft der ganzen Region unerlässlich.

Es haben auch Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion an der Sondersitzung der Lübecker Bürgerschaft teilgenommen. Hoffentlich geben sie ihrem Ministerpräsidenten und dem Wissenschaftsminister weiter, was sie dort hören konnten. „Lübeck kämpft – Regierung denkt“ – das wäre doch was!

Foto: Bürgermeister Saxe und Rektor Dominiak vor dem Landeshaus

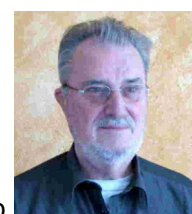
Keine Kommentare

[AG60plus - Kiel](#) - veröffentlicht am 11.06.2010, 17:23 Uhr - 3443 Clicks - Nr. 589

Das Gegenteil von Intelligentem Sparen

Zu dem von der Bundesregierung geplanten Sparpaket:

Die Bundesregierung will mit dem Sparpaket in erster Linie Rentner, Familien, Arbeitslose und kleine Einkommen zur Finanzierung der Folgekosten der Finanzkrise heranziehen. Das ist sozial ungerecht, denn die hohen Einkommen bleiben verschont und die Spekulanten sollen nach dem Willen von Schwarz-Gelb



weitgehend ungeschoren davon kommen!

Im Bereich der Rentenversicherung schafft die Bundesregierung lediglich neue Probleme.

Die geplante Abschaffung des Zuschusses für die Rentenversicherung für Arbeitslosengeld-II-Empfänger ist nur auf den ersten Blick eine Einsparung. Der Rentenversicherung fehlen durch den Beschluss 1,8 Milliarden Euro im Jahr, die entweder durch einen höheren Bundeszuschuss aus Steuermitteln, einen höheren Beitrag zur Rentenversicherung oder Leistungskürzungen in der Rentenversicherung ausgeglichen werden müssen! Teuer wird es auch in der Zukunft, wenn als Folge der Abschaffung mehr Geld für die Grundsicherung im Alter ausgegeben werden muss.

Das ist nicht nachhaltig und eine Hypothek für die Zukunft.

Da rund 45 Prozent der Kieler Wohngeldempfänger Rentnerinnen und Rentner sind, wären diese besonders von der geplanten Streichung des Heizkostenzuschusses betroffen!

Rentner mit kleinem Einkommen werden also von Schwarz-Gelb zur Kasse gebeten.

"Alles in Allem ist das Sparpaket der Bundesregierung nicht nur fehlgeleitet sondern unausgewogen, unfair und ungerecht gegenüber der älteren Gesellschaft.

Das ist das Gegenteil von intelligentem Sparen!" teilt der Vorsitzende der Kieler SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus Detlef von Schlieben, stellvertretend für die rund 850 Seniorinnen und Senioren in der Kieler SPD mit.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 12.06.2010, 23:46 Uhr - 2332 Clicks - Nr. 590

Fahrt zum Paradiesgarten nach Rehna

Da die Fahrt zum Paradiesgarten nach Rehna wegen der verspäteten Rosenblüte verschoben werden musste, sind noch Anmeldungen möglich.

Neuer Termin ist der 03.07.10 um 13.00 auf dem Reinfelder Marktplatz, um von dort aus nach Rehna zu Fahren.

Weitere Informationen werden in Kürze nachgereicht.

Anmeldungen bei Annita Klüver, Telefon 04533-4362 oder

Email: Thomas.kluever@web.de.

Keine Kommentare

**2 Jahre Kinderschutzgesetz
Veranstaltung mit Manuela Schwesig und
Gitta Trauernicht, 1.7.2010, 16.00 Uhr, MuK
Lübeck, Willy-Brandt-Allee 10.**

Das Kinderschutzgesetz in Schleswig-Holstein ist ein großer Erfolg! Das belegt auch der vor kurzem erschienene erste Landeskinderschutzbericht. Es ist ein Gesetz, das bundesweit Beachtung findet und als erstes neue und innovative Wege im Kinderschutz aufgezeigt hat. Es wurden neue Strukturen und ein verbindliches Einladungswesen geschaffen, damit der Kinderschutz in Schleswig-Holstein verwirklicht werden kann.

Neue Entwicklungsmöglichkeiten der lokalen und regionalen Kinderschutzbemühungen werden insbesondere durch die verbindliche Einrichtung von lokalen Netzwerken und Kooperationskreisen aller kinderschutzrelevanten Akteurinnen und Akteure ermöglicht.



Ein modernes Verständnis von Kinderschutz hat die vor allem ordnungspolitische Fürsorge überwunden und orientiert sich an einem sozialpädagogischen Ansatz. Wir möchten die Wirkungsweise des Kinderschutzgesetzes in Schleswig-Holstein sowie die Weiterentwicklungsmöglichkeiten diskutieren.

Keine Kommentare

Podiums-Diskussion zum Gastschulabkommen

6200 Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein gehen in Hamburg zur Schule. Noch - denn die Regierungen beider Länder können sich nicht auf ein Gastschulabkommen einigen und Hamburg droht den Gastschülern mit Ausweisung. Martin Habersaat: „Es ist mehr als ärgerlich, dass es mit den Verhandlungen nicht voran geht - das hat konkrete Folgen für das Leben der Betroffenen.“

Ich freue mich aber, dass nun die Verhandlungsführer beider Seiten im Rahmen einer Podiumsdiskussion Rede und Antwort stehen und nicht länger abtauchen!“



Staatsrat Ulrich Vieluf (parteilos) von der Hamburger Bildungsbehörde und Eckhard Zirkmann (FDP), Staatssekretär im Kieler Bildungsministerium, stellen sich der Öffentlichkeit am 29. Juni ab 20.00 Uhr in der Aula des Luisen-Gymnasiums (Reinbeker Weg 74, Hamburg). Moderiert

wird die Veranstaltung von der Bergedorfer Zeitung.

Martin Habersaat: Landtagsrede zum Gastschulabkommen:
http://www.martinhabersaat.de/rede_gastschulabkommen.html

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 13.06.2010, 17:28 Uhr - 8936 Clicks - Nr. 593

Ralf Wrobel mit überzeugender Mehrheit als neuer SPD-Kreisvorsitzender gewählt

In sehr harmonischer Atmosphäre fand der SPD-Kreisparteitag Schleswig-Flensburg am 12. Juni 2010 in Schaalby statt und hatte sich ein großes Arbeitsprogramm gesetzt.

Nach der Begrüßungsrede von Ralf Wrobel richteten Christian Reimer vom Kreisvorstand der SPD in Flensburg und der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix als Vorsitzender des SPD Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde und für die Betreuung des Kreises Schleswig-Flensburg zuständiger Bundestagsabgeordneter ihre Grußworte an die Delegierten.



Neben den Wahlen war das Referat von Olaf Scholz, SPD-Landesvorsitzender in Hamburg zum Thema „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ ein Mittelpunkt des Kreisparteitages.

Olaf Scholz begann seinen Beitrag mit dem Satz "Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur". Eine demokratische Gesellschaft muss es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, mit Arbeit ihr Leben sichern zu können.

Unsere heutige Gesellschaft erfüllt diese Aufgabe nicht.

Lange und hohe Arbeitslosigkeit ist ein gesellschaftlich drängendes Problem, das an den Wurzeln unseres Gemeinwesens nagt. Darum darf eine demokratische Marktwirtschaft das Ziel der Vollbeschäftigung nie aufgeben. Vorübergehende Arbeitslosigkeit wird zu keiner Zeit ganz vermieden werden können. Seit Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre ist in Deutschland die Zahl der Menschen, die dauerhaft ohne Arbeit sind, kontinuierlich gewachsen. Wurde an der Schwelle von den Sechzigern zu den Siebzigern die Arbeitslosigkeit nur von wenigen Hunderttausend als dramatisches Problem empfunden, hat sich seither ein großer Teil der politischen Eliten mit der angeblichen Unveränderlichkeit millionenfacher Arbeitslosigkeit abgefunden. Das ist zynisch.

Olaf Scholz ging außerdem auf die verstärkte Zunahme von befristeten Arbeitsverträgen ein. Von dem Beschäftigungsförderungsgesetz, das 1985 von dem damaligen CDU Arbeitsminister Norbert Blühn verabschiedet wurde, haben die Arbeitgeber in ungehöriger Weise Gebrauch gemacht. Es ist nicht hinnehmbar, dass heute nur noch 50% der Arbeitsverträge unbefristet abgeschlossen werden.

Die Möglichkeit der sachgrundlosen befristeten Beschäftigung gehört abgeschafft, so Scholz. Er führte weiterhin aus, dass Leiharbeit allgemein verbindlich tarifvertraglich abgesichert werden muss. Die Zahlung von gesetzlichen Mindestlöhnen – wie sie vergleichbar in vielen europäischen Ländern üblich seien – sind das Gebot der Stunde.

In der Arbeitsmarktvermittlung durch die Agentur für Arbeit müssen gute Angebote gemacht und Missbrauch verhindert werden.

In anschließender Aussprache wurden Themen wie Qualifizierung, das Sparpaket der

Bundesregierung und die daraus beabsichtigten Kürzungen beim Arbeitslosengeld II (Alg II), die Situation junger Menschen bei der Suche nach Ausbildungsplätzen, Problematik bei der Grundsicherung für Alg II-Empfängerinnen und Empfänger, Forderung nach Beitragsfreiheit für den Kita-Besuch und viele andere Themen angesprochen, zu denen Scholz Stellung nahm. In seinem mündlichen Rechenschaftsbericht ging der amtierende Kreisvorsitzende Ralf Wrobel auf die Schwerpunkte der Arbeit des Kreisvorstandes in seiner zu verantwortenden Amtszeit seit Oktober 2009 ein und betonte die gute Zusammenarbeit innerhalb des Kreisvorstandes. In dieser Zeit sind wichtige Aufgaben angefangen und Arbeitsthemen behandelt worden, die von dem neu zu wählenden Kreisvorstand fortgeführt werden müssen. Als Schwerpunkte nannte er u. a. die Nachbereitung der Landtags- und Bundestagswahlen, Auftragserledigungen zusammen mit der Kreistagsfraktion aus den Nachbereitungsrunden der Kommunalwahl, Anträge für den Landesparteitag mit Schwerpunkt Bildung und Auswirkung für die Region Schleswig-Flensburg durch die Fehmarn-Belt-Querung. Wichtiges Ziel für die Zukunft, so Wrobel, sei es, die über 60 Ortsvereine im Kreis Schleswig-Flensburg bei ihren Aufgaben zu unterstützen und für Entscheidungsfindungen die Meinung der Basis einzuholen. „Wir müssen mit den Menschen in unserer Region sprechen, ihre Sorgen und Nöte aufnehmen und sie von unserer Politik überzeugen“.

Bei den sich anschließenden Neuwahlen des SPD-Kreisvorstandes Schleswig-Flensburg wurde Ralf Wrobel mit großer Mehrheit – er erhielt 92,4% der Stimmen – zum Kreisvorsitzenden gewählt. Dem neuen Kreisvorstand gehören weiterhin Birte Pauls aus Schleswig als 1. stellvertretende Vorsitzende und Karsten Stühmer aus Schaalby als 2. stellvertretender Vorsitzender an. Als Schriftführerin wurde Hanna Hansen aus Treia und als Kreiskassierer Ingo Obst aus Freienwill in ihren Ämtern bestätigt. Vervollständigt wurde der neue Vorstand durch Anne Marxen aus Steinfeld als Beisitzerin für Pressearbeit, Andreas Pauls aus Norderstapel als Beisitzer für Internetarbeit und die weiteren Beisitzerinnen und Beisitzer Rotraud Rasch aus Fahrdorf, Bente Reimer aus Gelting und Antje Schümann aus Husby, Hans-Christian Biermann aus Busdorf, Jan Thorben Book aus Sterup, Holger Groteguth aus Schleswig, Tom Landfester aus Busdorf und Thorsten Schacht aus Kappeln gewählt.

Ralf Wrobel bedankte sich anschließend bei den ausgeschiedenen Kreisvorstandsmitgliedern Marina Eibich, Dirk Peddinghaus, Helmut Friedrich, Jörg Joosten und Peter Casper für ihre geleistete Arbeit im Kreisvorstand. Gewürdigt wurde von ihm auch die Verdienste der nicht mehr zur Landtagswahl angetretenen ehemaligen Mitglieder des Landtages Anna Schlosser-Keichel und Holger Astrup.

Der Kreisparteitag beschloss anschließend Anträge. Zum Thema „Neue Ämterordnung“ wurde 1 Antrag an den a. o. Landesparteitag am 11. September in Kiel weitergeleitet. Den Antrag „Mitgliederbeitragsverteilungen“ soll der Kreisvostand im Rahmen eines Kreisverbandsausschusses mit den Ortsvereinen und dem zuständigen Vertreter des Landesvorstandes erörtern. 2 Anträge zum Thema „Bildung und Ausbildung“ wurden an den a. o. Landesparteitag überwiesen. Ein Antrag zum Thema „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ fordert Nachregelungen zum Positionspapier des SPD-Bundesvorstandes, der an den SPD-Bundeskongress am 26. September 2010 in Berlin überwiesen wurde. Der Antrag „Lotsenpflicht in Kadetrinne“ wurde an die SPD-Landtags-, Bundestags und Europafractionen überwiesen und der Antrag „Kernwegenetze in den Gemeinden“ wird in einer gemeinsamen Veranstaltung der Kreistagsfraktion und des Kreisvorstandes behandelt, wozu alle SPD-Ortsvereine eingeladen werden.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 14.06.2010, 10:56 Uhr - 3557 Clicks - Nr. 594

Kiel und Lübeck müssen an einem Strang ziehen!

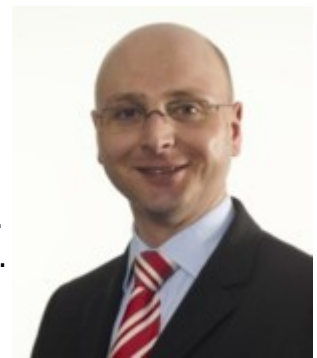
Zur Sitzung der Lübecker Bürgerschaft am 11.06. vor dem Landeshaus erklären die Kieler SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Fischer, Bernd Heinemann, Serpil Midyatli und Jürgen Weber: Wir begrüßen die Lübecker Bürgerschaft ganz herzlich in Kiel. Wir unterstützen sie in ihrem Engagement gegen die Schließung der medizinischen Universität, die auch den Medizinstandort Lübeck gefährden würde. Wir als Kieler Abgeordnete sind überzeugt, dass wir gemeinsam mit den Lübeckern alles unternehmen müssen, um die Politik von Schwarz-Gelb gegen die Städte sowie den angekündigten Bildungsabbau zu verhindern. Kiel und Lübeck ziehen an einem Strang - wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen!

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 14.06.2010, 11:10 Uhr - 5255 Clicks - Nr. 595

Andreas Hering schrieb am 13.06.2010 in der PRIMA SONNTAG

Unser Land befindet sich in einer ernsten Haushaltslage. Angela Merkel und Guido Westerwelle behaupten: Wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt. Die Wahrheit ist aber: Unter SPD-Finanzminister Peer Steinbrück waren wir auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt im Jahr 2011. Dann haben uns die Banken und Finanzmärkte eine beispiellose Finanz- und Wirtschaftskrise eingebrockt. Um diese Suppe auszulöffeln, musste sich der Staat massiv verschulden.



Beschäftigte und sozial Schwache zahlen die Zeche der Krise!

Bei der Regulierung der Finanzmärkte steht die Regierung mit beiden Füßen auf der Bremse. Kampf für eine wirksame Finanzmarkttransaktionssteuer, ein konkreter Gesetzentwurf für eine Bankenabgabe? Alles Fehlanzeige. Dafür sollen jetzt die Beschäftigten, die Familien, Rentner und die sozial Schwachen in unserem Land die Zeche zahlen.

Wo wird gespart?

Arbeitslose tragen die Hälfte der Sparmaßnahmen

Maßnahmen zur finanziellen Abfederung des Übergangs in das Arbeitslosengeld II: Gestrichen.!

Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslosengeld-II-Empfänger: Fallen weg! Der Weg in die Altersarmut ist damit für viele vorprogrammiert.

Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger: Komplett gestrichen! Allein 46 Prozent aller Empfänger sind Rentnerinnen und Rentner.

Das neue Elterngeld: Wird abgesenkt! Damit legt Schwarz-Gelb den Rückwärtsgang in der Familienpolitik ein.

Öffentlicher Dienst: Mehr als 10.000 Stellen werden dauerhaft gestrichen!

Banken, Spitzenverdiener und Vermögende werden hingegen geschont. Ein echter Sozialausgleich findet nicht statt.

Unsere Alternative: Das Gemeinwohl schützen durch einen fairen Lastenausgleich

Um das Gemeinwohl zu sichern, brauchen wir einen fairen Lastenausgleich und damit einen echten Beitrag der starken Schultern in der Gesellschaft zur Bewältigung der Lasten der Krise.

Unsere Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch und sind berechnet:

- Eine Finanzmarkttransaktionssteuer: 14 bis 30 Mrd. Euro je nach Ausgestaltung.
- Rücknahme der Steuersenkungen für Hoteliers und Gutbetuchte: 3,5 Mrd. Euro.
- Gerechtere Besteuerung großer Vermögen: mindestens 10 Milliarden Euro.
- Ein höherer Spitzensteuersatz: bis zu sieben Milliarden Euro.
- Ein flächendeckender Mindestlohn von 7,50 Euro: würde 1,5 Mrd. Euro weniger Ausgaben bedeuten, wenn der Staat Dumpinglöhne nicht mehr mitfinanzieren müsste.

Gegen den Angriff auf das Gemeinwohl werden wir Widerstand leisten. Es gibt einen sozial gerechten und wirtschaftlich vernünftigen Weg für unser Land.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 14.06.2010, 22:31 Uhr - 2011 Clicks - Nr. 596

Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn Ernüchterung für Bürger und Gemeinden: kein Geld des Berliner Verkehrsministeriums für „Extras“ bei Hinterlandanbindung

Ein neuer Bericht des Bundesverkehrsministeriums zur Festen Fehmarnbeltquerung vom 2. Juni wird bei vielen Bürgern und Kommunen in Ostholstein für Ernüchterung und berechtigte Unruhe sorgen.

Die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn (SPD), die als Hauptberichterstatteerin für Verkehr im Rechnungsprüfungsausschuss diesen Bericht im Mai angefordert hatte, stellt vorab zusammenfassend fest: „Dieser Bericht zeigt deutlich, dass manche Hoffnung auf finanzielle Zusatzleistungen von Bahn bzw. vom Berliner Verkehrsministerium ‚wie eine Seifenblase platzen‘ werden. Für jede vermeintlich ‚soziale und ökologische Ausrichtung der Hinterlandanbindung‘ wird das Geld fehlen – es soll bei der ‚Billigvariante‘ zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in Ostholstein bleiben.“

Konfliktpunkt 1 - Trassenführung: Hagedorn: „Für den Südkreis scheinen sich die Befürchtungen zu bestätigen, dass die beiden alternativen Trassenplanungen mit Mehrkosten von 195 bzw. 231 Mio. Euro aus Kostengründen nicht ernsthaft vom Verkehrsministerium in Erwägung gezogen, sondern vielmehr lediglich genutzt werden, um das Planfeststellungsverfahren „gerichtsfest“ zu machen. Bei seiner Argumentation „verschanzt“ sich das Ministerium dabei hinter der Bundeshaushaltsordnung (BHO). Und auch der Kreisnorden soll offenbar mit seinen Befürchtungen von Lärmbelästigung mitten durch u.a. Großenbrode und Lensahn mit dauerhaft geschlossenen Schranken allein gelassen werden.“ Wörtlich heißt es im Bericht: „Im Rahmen der Entwurfsplanung werden für den Bereich der Ostseebäder sich aufdrängende Trassenalternativen untersucht, für den Bereich Großenbrode und Lensahn gibt es diese nicht. Der Bund ist nach BHO verpflichtet, die wirtschaftlichste Variante, die die rechtlichen Anforderungen bezüglich Lärm und Erschütterung erfüllt und dem Staatsvertrag gerecht wird, zu finanzieren. Varianten mit Mehrkosten können nach BHO dann nicht vom Bund realisiert werden, wenn die gesetzlichen Erfordernisse auch ohne diese Mehrkosten erfüllbar sind.“

Noch am 29. März hatten die Anwohner neuen Mut gefasst, als sich die DB-Konzernbevollmächtigte Ute Plambeck bei einem gemeinsam Besuch mit Bettina Hagedorn in

Großenbrode offen für Alternativplanungen zeigte. Hagedorn: „Offenbar sind die Hoffnungen, die damals geschürt wurden, nichts als ‚heiße Luft‘. Zwar ist die Bahn nach wie vor offen für Trassenalternativen, bräuchte dafür aber den Auftrag des Verkehrsministeriums – und das stellt sich mit den vorliegenden Aussagen quer!“

Konfliktpunkt 2 – Bahnübergänge: Während bislang von manchem Verantwortlich noch Hoffnungen auf eine Kostenübernahme des Bundes für Bahnübergänge im Gespräch war, bestätigt das Ministerium nun schriftlich, dass die Kommunen – wenn überhaupt – nur Entlastung vom Land Schleswig-Holstein erfahren können: Zitat vom 2. Juni: „Gegenwärtig werden auf der Strecke Lübeck und Puttgarden Geschwindigkeiten zwischen 120 und 160 km/h erreicht. Geplant ist, die Strecke zur Eröffnung der festen Fehmarnbeltquerung möglichst durchgehend für eine Geschwindigkeit von 160 km/h auszubauen. Die Wirtschaftlichkeit für eine höhere Geschwindigkeit konnte nicht nachgewiesen werden. Daher besteht nicht die Verpflichtung, alle höhengleichen Bahnübergänge zu beseitigen. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat auf die Durchführung von Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen, soweit keine Bundesstraßen betroffen sind, keine Einflussmöglichkeit. Es ist allein Sache der beiden Baulastträger – der DB Netz AG für den Schienenweg und dem entsprechenden Straßenbaulastträger (Land/Kreis/Kommune) – zu entscheiden, ob und wie der Bahnübergang geändert werden soll, um den Anforderungen an die Sicherheit und Abwicklung des Verkehrs genüge zu tun. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG). Die Kommunen haben ein Drittel einer Bahnübergangsbeseitigung dort zu tragen, wo der Bahnübergang eine kommunale Straße betrifft. Die Kommunen können von den Ländern gemäß dem sogenannten Entflechtungsgesetz für ihr Kostendrittel eine finanzielle Unterstützung erhalten. Die Höhe des Fördersatzes wird dabei von den Ländern in eigener Zuständigkeit festgelegt. Der Bund kann den kommunalen Anteil aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht übernehmen.“

Hagedorn: „Nun wird der ‚Schwarze Peter‘ also dem Land zugeschoben. Doch angesichts der klammen Finanzlage Schleswig-Holsteins können die Kommunen ihre Hoffnung auf finanzielle Unterstützung damit wohl begraben.“

Bereits in ihrer Pressemitteilung vom 9. April 2010 hatte Hagedorn auf die enormen Investitionskürzungen im Verkehrsetat hingewiesen, die letztlich dazu führen würden, dass es lediglich eine „Billigvariante“ der Hinterlandanbindung geben wird. Hagedorn abschließend: „Nun heißt es für die Bürger vor Ort: der lange Kampf um die Interessen vor Ort steht erst in den Startlöchern. Die engagierten Bürgerinitiativen brauchen die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger der Region!“

Hintergrund: Dem Bericht vorangegangen war eine Beschlussfassung des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) vom Juni 2009 sowie zwei Gespräche der Abgeordneten im Verkehrsministerium im April und Mai 2010, bei denen sie wiederholt Berichte angefordert hatte. Die Beantwortung der Fragen lief allerdings inhaltlich wie terminlich derart unbefriedigend, dass sie eine Verschiebung der planmäßig vorgesehenen Beratung im RPA am 7. Mai auf den 18. Juni veranlasste. Für weitergehende Informationen stellt Bettina Hagedorn auf ihrer Homepage www.bettina-hagedorn.de ein ausführliches Informationspapier zur Verfügung.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.06.2010, 22:39 Uhr - 4561 Clicks - Nr. 597

Sparpaket der Bundesregierung belastet die Kommunen

Die Kommunen hatten gehofft, das Sparpaket der Bundesregierung würde ihre dramatische Finanzsituation nicht noch weiter verschlechtern. Doch es ist mal wieder anders gekommen.

Für die vorgesehenen Einschnitte in die Sozialgesetze, insbesondere im Leistungsrecht des SGB II, in der Arbeitsmarktpolitik, im Rentenrecht oder im Wohngeld, werden insbesondere die Kommunen mittel- oder unmittelbar aufkommen müssen.

Wer durch die vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme schlechter gestellt wird, landet mit seinen berechtigten Ansprüchen bei den Kommunen. Die kommunalen Sozialausgaben werden also noch weiter steigen. Mit den geplanten Eingriffen in den Haushalt des Bundesverkehrsministeriums ist auch vorgesehen, dass die Städtebauförderungsmittel, die einen maßgeblichen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen leisten, erheblich reduziert werden. Dadurch werden die Kommunen nach dem Auslaufen des Konjunkturprogramms Ende 2010 ihre Investitionen auch zu Lasten des ortsansässigen Handwerks und der regionalen Unternehmen noch weiter einschränken müssen.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 15.06.2010, 11:38 Uhr - 3209 Clicks - Nr. 598

Vertrauen ist gut, Kontrolle nicht nötig!

Zur Darstellung von Jörg-Dietrich Kamischke, Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Schleswig-Holstein, vor dem Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss am 14. 6. erklärt der Obmann der SPD-Abgeordneten, Jürgen Weber, MdL:

Die Vernehmung des ehemaligen Vorsitzenden des Risikoausschusses, der als Vertreter der schleswig-holsteinischen Sparkassen im Aufsichtsrat der HSH Nordbank saß, hat vor allem eines ergeben: Grenzenloses Vertrauen in die Führung der Bank durch den Vorstand.

Gründe für kritisches Nachfragen oder Beanstandungen hat es für Kamischke zu keinem Zeitpunkt gegeben, auch nicht im September 2007, als die Bank bereits in eine gefährliche Liquiditätskrise zu geraten drohte.

Zwar habe er angesichts des Kreditersatzgeschäftes und des sog. „Schnellankaufsverfahrens“ durchaus gelegentlich „Unbehagen“ gehabt, jedoch habe alles, was vom Vorstand hierzu vorgetragen wurde, „Hand und Fuß“ gehabt.

Es musste schon zu einem „Unfall“ kommen, um hier aus Sicht des Aufsichtsrates Mängel entdecken zu können.

Dieser Unfall ist bekanntlich eingetreten und hat schließlich zu einem Bilanzverlust in Höhe von 1,3 Mrd. Euro geführt.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 15.06.2010, 17:19 Uhr - 2969 Clicks - Nr. 599

SPD-Engelsby: 280 neue Arbeitsplätze für Flensburg Deutsche Post plant Callcenter in Flensburg

Zur Ankündigung der Deutschen Post, in Flensburg ein neues Callcenter mit rund 280 Arbeitsplätzen anzusiedeln, teilt Flensburgs Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner mit:

Zur Ankündigung der Deutschen Post, in Flensburg ein neues Callcenter mit rund 280 Arbeitsplätzen anzusiedeln, teilt Flensburgs Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner mit:

"Wir freuen uns sehr über das Interesse und die Perspektive, welche die Deutsche Post Flensburg mit dieser geplanten Ansiedlung eröffnet. Wir werden alles daran setzen, dass diese für unsere Stadt und die Region wichtige Ansiedlung ermöglicht wird", so Tscheuschner.

Seit vielen Wochen befindet sich die Stadt Flensburg in intensiven Gesprächen und Verhandlungen mit der Deutschen Post, die jetzt unmittelbar vor dem Abschluss stehen. Über die endgültigen vertraglichen Vereinbarungen muss ebenfalls noch die Ratsversammlung beschliessen.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 15.06.2010, 19:24 Uhr - 7823 Clicks - Nr. 600

Kreisverband Schleswig-Flensburg setzt ihren Schwerpunkt auf die Basis

Am 14. Juni 2010 wurden auf der ersten, konstituierenden Sitzung des am 12. Juni 2010 in Schaalby neu gewählten Kreisvorstandes erste Arbeitsverteilungen festgelegt. Für die nächsten Jahre hat sich der neue Kreisvorstand große Ziele gesteckt und viele Aufgaben vorgenommen. Es soll vor allen Dingen die Arbeit an der Basis und in den Ortsvereinen unterstützt und diese sollen in die Arbeit mit eingebunden werden. Für diejenigen Mitglieder, die keinen Zugang zum Internet haben, soll die interne Kommunikation verbessert werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist es, rechtzeitig Hilfen und Unterstützung für Ortsvereine in Bezug auf die Kommunalwahlen 2013 zu leisten, die in enger Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion vorbereitet werden sollen.

In Arbeitsgruppen werden Schwerpunkte zur Unterstützung der Ortsvereine festgelegt und in einer anderen sollen Fragen formuliert werden, die telefonisch bei den Mitgliedern abgefragt werden.

Keine Kommentare

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 15.06.2010, 22:06 Uhr - 3046 Clicks - Nr. 601

AfA gratuliert Torsten Albig

Herzlichen Glückwunsch von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD zu einem Jahr erfolgreiche OB-Tätigkeit von Torsten Albig in Kiel

Kiel, 15. Juni 2010

Der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler und der Kieler AfA Kreisvorsitzende Jürgen Müller beglückwünschen den Oberbürgermeister Torsten Albig zu einem Jahr Tätigkeit nach Amtseinführung am 17.06.2009 für den erfolgreichen Einsatz und Arbeit für Arbeitnehmer in der Landeshauptstadt Kiel

„Nach sechs Jahren nur netten Worten haben Arbeitnehmer und Bürger der Landeshauptstadt endlich wieder einen OB der sich in mehr als deutlich in wirtschaftliche Belange hineinkniet und auch Akzente setzt“, so der Landesvorsitzende Mädler.

Gewünscht wird von der AfA die Stärkung des

Die in Bewegung gebrachte Maritime Denkfabrik, der Einsatz bei der Lindenau-Werft und dem UKSH, aber auch die Diskussionsbereitschaft bei der Stadtregionalbahn, und den klaren Worten zur Verantwortung der Eigentümer bei den Kieler Stadtwerken sind nur einige wenige Beispiele dafür, dass sich in Kiel wieder etwas bewegt.

Mit der Entscheidung den Bereich Arbeit und Wirtschaft mit der neuen Stadträtin Ute Berg aufzuwerten wurde eine wichtige Doppelspitze - OB und Stadträtin - erreicht, die damit die Bedeutung und Wichtigkeit dieser Arbeit wieder hervorhebt.

Für die Kieler Betriebe war diese Entscheidung mehr als überfällig, so Jürgen Müller, der als Betriebsratsvorsitzender bei L3 Elac Nautik weis was von Betriebsräten und Geschäftsführern gewünscht wird. Maritimen Profils in der Wissenschaft und den Betrieben, dazu gehört die Sicherung des Industriestandortes Friedrichsort genauso wie das Bemühen um weitere Ansiedlung von Betrieben. Doch auch über Kiel hinausblicken ist wichtig, deshalb unterstützt die AfA alle Bemühungen für eine neue Metropolregion um Kiel herum.

Wolfgang Mädél
AfA-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

Jürgen Müller
AfA-Kreisvorsitzender Kiel I

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 16.06.2010, 10:17 Uhr - 8408 Clicks - Nr. 602

Harksheider Schüler besuchten SPD-MdB Franz Thönnies im Deutschen Bundestag

Einen Blick hinter die Kulissen der Politik bot sich 30 Schüler/innen der 11. Klasse des Gymnasiums Harksheide bei ihrem Besuch in der Bundeshauptstadt Berlin am 14. Juni 2010.

Auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnies erhielten sie auf der Besuchertribüne eine Einführung in die Funktionsweise des Deutschen Bundestages und hatten auch die Möglichkeit in die Kuppel des Reichstagsgebäudes zu gehen.



Anschließend diskutierten sie in einem Gespräch mit dem Segeberger Bundestagsabgeordneten verschiedene politische Themen. Von dieser Gelegenheit machten die Schüler/innen regen Gebrauch und interessierten sich besonders für den Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, das Verhältnis der Parteien untereinander sowie die Frage nach der Einführung eines Bundesbildungsministeriums um den Föderalismus-Wirrwarr im Bildungssystem aufzulösen.

Die Stunde ging schnell vorbei und Thönnies gab den Schülerinnen und Schülern den Rat mit auf den Weg: "Legen Sie einen guten Abschluss in der Schule hin und überlegen Sie mal bei einer der Jugendorganisationen der demokratischen Parteien vorbeizuschauen. Wir alle brauchen jungen politischen Nachwuchs."

Keine Kommentare

Zebras in Osterrönfeld - Neuer Fußgängerüberweg im Dorf

Das Überqueren der Kieler Straße im Bereich Mühlenweg war in der Vergangenheit teilweise eine reine Mutprobe: "Schaffe ich es vor dem Auto noch über die Straße, oder warte ich die Kolonne der Fahrzeuge ab?". Nun soll es den Fußgängern an dieser Stelle erleichtert werden, die Fahrbahn zu überqueren. Dafür soll ein Fußgängerüberweg ("Zebrastrreifen") eingerichtet werden.



Damit sind Autofahrer in diesem Bereich verpflichtet, Fußgängern und Fahrern von Rollstühlen das Queren der Fahrbahn zu ermöglichen, d.h. sie müssen mit mäßiger Geschwindigkeit an den Zebrastrreifen heranfahren und ggf. ihr Fahrzeug stoppen.

Fahrradfahrer jedoch können sich beim Überqueren der Kieler Straße mittels Zebrastrreifen nicht darauf verlassen, dass die Autofahrer halten, da Radfahrer erst absteigen müssen, bevor sie den Zebrastrreifen nutzen. Fahrradfahrer müssen also, wie jetzt bereits auch, dem Fahrzeug-Verkehr weiter Vorrang gewähren!

Zuständig für die Einrichtung des Fußgängerüberweges ist die Verkehrsaufsicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde, da die Kieler Straße als Kreisstraße ausgewiesen ist.

Hinweis: Einrichtung des Fußgängerüberweges verzögert sich und soll nach Angaben der Kreis-Verkehrsbehörde im Frühjahr 2011 durchgeführt werden [\[mehr\]](#).

--

Kommentar von [Detlef Strufe](#) vom 17.06.2010, 16:03 Uhr:

RE: Zebras in Osterrönfeld - Neuer Fußgängerüberweg im Dorf

Das wurde auch allerhöchste Zeit!!!! Detlef Strufe

Sparkassen müssen Sparkassen bleiben!

Auf durchweg positive Resonanz stieß eine Aktion der SPD-Landtagsfraktion zum Erhalt der Sparkassen in ihrer jetzigen Form. Während die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen im Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank arbeiten musste, übernahmen es SPD-Mitglieder, die Bürgerinnen und Bürger über die Gefahren der schwarzen Pläne zum Sparkassengesetz zu informieren.



Der „Brief“ von Birgit Herdejürgen wurde von den Angesprochenen gern angenommen. Hier der Wortlaut:

„Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

die schwarz-gelbe Koalition in Kiel peitscht gegen massive Widerstände der Betroffenen, der Wirtschaft und der Kommunen eine Änderung des Landessparkassengesetzes durch. Dadurch besteht die begründete Gefahr, dass zukünftig der Einstieg privater Investoren ermöglicht wird.

Vor allem gibt es erhebliche Zweifel, ob die Hamburger Sparkasse (Haspa), deren Einstieg bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen durch die Gesetzesänderung ermöglicht werden soll, als öffentlich-rechtliches Institut im Sinne des Europarechts gewertet wird.

Falls nicht, hätte das einen Dammbbruch zur Folge und nach der Haspa dürfte auch anderen Privaten der Erwerb von Anteilen nicht verweigert werden.

Dies hätte weit reichende Konsequenzen für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein, zu denen auch die Sparkasse Westholstein gehört.

Denn durch die Beteiligung von privaten Banken würden die Sparkassen ihren öffentlich-rechtlichen Status verlieren und somit wären ihre wichtigsten Funktionen als verlässlicher Kreditgeber für mittelständische Unternehmen und als vertrauenswürdiger Finanzpartner für unsere Bürgerinnen und Bürger in Gefahr.

Auch die vielen Verein, Verbände und kulturellen Einrichtungen, die bisher durch die Sparkassen unterstützt wurden können sich darauf einstellen, zukünftig kei spenden mehr zu erhalten. Statt Gemeinnützigkeit zählen zukünftig private Renditeinteressen.

Ein schwarz (-gelber) Tag für Schleswig-Holstein!

*Ihre
Birgit Herdejürgen"*

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.06.2010, 14:32 Uhr - 1319 Clicks - Nr. 605

Entwicklung in der Innenstadt

Zur aktuellen Entwicklung in der Innenstadt erklären Dr. Hans-Friedrich Traulsen und Dirk Scheelje, baupolitische Sprecher der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

"Wir begrüßen, dass die Realisierung eines Geschäftshauses auf dem alten Karstadt-Gelände offenbar kurz bevorsteht und sich auch im LEIK-Gebäude etwas bewegen könnte. Unsere klare Priorisierung für diesen Altstadt-Standort ist damit bestätigt.

Begrüßenswert ist auch, dass der Wohnanteil der Rathausgalerie nunmehr unseren

Anforderungen entsprechen soll. Nach Ablauf des Moratoriums werden die Kreisverbände von SPD und Bündnis 90/Die Grünen über das weitere Vorgehen an dieser Stelle zu beraten haben. Wichtig wird dann vor allem sein, wie das Projekt sich zur mittleren Holstenstraße öffnen kann.

Mit Besorgnis betrachten wir die Entwicklungen im Bereich der Tourismusförderung. Es steht zu befürchten, dass Kiel an dieser Stelle im Wettbewerb mit Lübeck das Nachsehen hat. Umso bedeutender wird die Städtebauförderung für die Möglichkeiten der Innenstadtentwicklung. Wir fordern alle Ratsfraktionen und die Verwaltung auf, sich mit uns für deren Erhalt auf Landes- und Bundesebene stark zu machen.

Die erfreulichen Entwicklungen im Innenstadtbereich verdanken sich wesentlich auch den klaren Vorgaben der Rathauskooperation aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW. Die kleinkarierte Kritik von CDU und FDP läuft damit ins Leere. Warum dies so ist, haben wir ausführlich in dem angehängten Positionspapier zur Innenstadtentwicklung begründet."

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 16.06.2010, 16:05 Uhr - 50097 Clicks - Nr. 606

EP lehnt Ampel-Kennzeichnung für Lebensmittel ab

Ulrike Rodust bedauert Abstimmungsergebnis

Straßburg: Das Europaparlament hat sich am Mittwoch in Straßburg gegen die von Verbraucherschützern, Krankenkassen und Kinderärzten geforderte Ampel-Kennzeichnung für Lebensmittel ausgesprochen.

Ein hoher, mittlerer oder niedriger Anteil an Zucker, Fett oder Salz muss also künftig nicht mit roter, gelber oder grüner Hinterlegung kenntlich gemacht werden.

Zwar sollen die Hersteller verpflichtet werden, Angaben zu den enthaltenen Kalorien zu machen und die vorhandenen Fette, sowie den Anteil an Salz, Zucker, Eiweiß und ungesättigten Fettsäuren in Relation zur empfohlenen Tagesportion anzugeben, „allerdings müssen die Nährwerte nicht pro Portion angegeben werden“ bedauert die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust.

Gegen den Widerstand der konservativen Mitglieder im Parlament konnte allerdings durchgesetzt werden, dass auch für Produkte aus Fleisch, Geflügel und Milch sowie für Obst und Gemüse immer das Herkunftsland angegeben werden muss. „Ich glaube, dass es vielen Menschen sehr wichtig ist zu wissen, woher ihre Lebensmittel stammen – jetzt sollen sie dieses Recht auch bekommen“, so Rodust.

Auch wenn einige Verbesserungen für die europäischen Verbraucher erreicht werden konnten, bedauert Rodust, dass sich die verständlichere „Ampel“ nicht durchsetzen konnte: „Ich hätte mich gefreut, wenn die Mehrheit meiner Kollegen den Empfehlungen von Verbraucherschützern und Ärzten gefolgt wäre, statt sich der Argumentation der Lebensmittelindustrie anzuschließen.“

Nach der ersten Lesung im Parlament geht die Vorlage an den Ministerrat, der sich mit dem Europäischen Parlament, das hier ein Mitentscheidungsrecht hat, auf einen Kompromiss einigen muss.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.06.2010, 16:30 Uhr - 1419 Clicks - Nr. 607

Schulabbrecher: Wir tun was dagegen!

Schleswig-Holstein befindet sich im Vergleich mit den anderen Bundesländern auf einem Abstiegsplatz, wenn es um die Zahl der Schulabbrecher geht. Dazu erklären der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski, die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Kirsten Wegner von Bündnis 90/Die Grünen sowie Ratsfrau Antje Danker, SSW:

„Jeder Schulabbrecher ist ein Schulabbrecher zu viel. Wer keinen Schulabschluss hat, hat auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance auf einen Ausbildungsplatz und damit später auf eine qualifizierte Beschäftigung. Auch aus diesem Grund hat die Rathauskooperation aus SPD, B90/Die Grünen und SSW die Schulsozialarbeit in Kiel seit 2008 kontinuierlich ausgebaut. Seit dem wurden acht neue Stellen geschaffen und vierhundertachtzigtausend Euro in Sozialpädagogische Projektmaßnahmen investiert. Allein in 2010 haben wir, trotz der angespannten Haushaltslage, drei zusätzliche Schulsozialarbeiterstellen an Kieler Schulen geschaffen. Sie kommen u.a. den Schülerinnen und Schülern der Timm-Kröger-Schule und des Thor-Heyerdahl-Gymnasiums zu gute. Eine weitere Stelle ist für projektbezogene sozialpädagogische Maßnahmen von 6 -12 Monaten an Kieler Schulen vorgesehen.

Zusätzlich haben wir den Regionalen Berufsbildungszentren Mittel für drei weitere Schulsozialarbeiterstellen zur Verfügung gestellt, weil u.a. auch dort durch Weiterqualifizierungsmaßnahmen diese Schüler erfolgreich zu einem Abschluss geführt werden.

Wir sind sicher, dass wir damit einen großen Beitrag dafür leisten können, die Zahl der Schüler zu erhöhen, die erfolgreich zu einem Abschluss geführt werden - was aber eigentlich auch Aufgabe der Landesregierung wäre.“

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 16.06.2010, 20:46 Uhr - 4209 Clicks - Nr. 608

Ralf Wrobel mit überwältigender Mehrheit als Kreisvorsitzender gewählt

Die Mitglieder der AfA Schleswig-Flensburg gratulieren Ralf Wrobel zu seiner Wahl als Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg. Ralf Wrobel, gleichzeitig AfA-Kreisvorsitzender Schleswig-Flensburg, erhielt ein großartiges Vertrauensergebnis: 92,4% der Delegierten stimmten auf dem Kreisparteitag am 12. Juni 2010 in Schaalby für ihn.

In einer kämpferischen Rede zum mündlichen Rechenschaftsbericht sprach Ralf Wrobel deutliche Worte gegen die Sparpolitik der schwarz-gelben Landesregierung an. Außerdem betonte Wrobel, dass der neue Kreisvorstand sich auf die Basisarbeit konzentrieren werde, um die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass eine bessere und sozial gerechtere Politik nur mit der SPD möglich sei.



Gastredner auf dem Kreisparteitag war der stellvertretende Bundesvorsitzende Olaf Scholz, der seinen Schwerpunkt auf das Thema "Fairness auf dem Arbeitsmarkt" setzte. "Arbeit ist die Grundlage allen Reichtums und aller Kultur", so Olaf Scholz. Daraus leitet sich Moral, Gerechtigkeit und Zukunft ab.

Für den Nachbarkreisvorstand sprach Christian Reimer in seinem Grußwort vom Kreisverband Flensburg sich über die besonders gute Zusammenarbeit zwischen den Kreisverbänden aus und lobte die gute Zusammenarbeit der beiden AfA-Kreisverbände. MdB Sönke Rix, der den ganzen Bereich des Nordens als Bundestagsabgeordneter mitbetreut, richtete Grüße aus dem Kreisverband Rendsburg-Eckernförde an die Delgeierten. Seine frische Art kam besonders gut an.

Weitere Informationen zum Kreisparteitag der SPD Schleswig-Flensburg unter www.spd-net-sh.de/sl/

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes, MdB](#) - veröffentlicht am 17.06.2010, 11:15 Uhr - 7608 Clicks - Nr. 609

50 Wahlkreisbürger besuchten Franz Thönnnes in Berlin „Den Horizont erweitert“

Regelmäßig lädt SPD-MdB Franz Thönnnes politisch Interessierte aus dem Wahlkreis ein, sich in Berlin einen intensiven Einblick in die Parlamentsarbeit zu verschaffen.



Bei der letzten Fahrt waren auch Mitglieder der MS-Selbsthilfegruppe aus Kaltenkirchen dabei. „Das Programm war eine gute Mischung“, sagt Holger Fischer aus Kaltenkirchen. Als Rollstuhlfahrer war er dankbar für die gute Vorbereitung. Vom Busfahrer bis zum Hotel und den verschiedenen besuchten Gebäuden waren alle darauf eingestellt, den in ihrer Mobilität eingeschränkten Besuchern alle Türen öffnen zu können. Dazu sagt der SPD-Politiker: „Es ist mir wichtig, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das kann man nicht alleine. Dazu gehören Gemeinschaften.“

So konnten alle Reisenden sich auf die vielfältigen Informationen über Bundestag und Bundesrat, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder die Arbeit der SPD-Parteizentrale im Berliner Willy-Brandt-Haus konzentrieren. „Vieles habe ich nicht so im Detail gewusst“, fasst Fischer zusammen, „einiges habe ich sogar zum ersten Mal gehört. Alles in allem waren die Tage eine echte Horizonterweiterung.“

Die ebenfalls mitgereiste Kaltenkirchenerin Gudrun Fuchs ergänzt: „Besonderen Eindruck hat auf alle das ehemalige Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen gemacht. Die Führung durch ehemalige Insassen, die dort psychische Folter erlebt haben, macht aus der Besichtigung etwas Besonderes. Und zeigt, dass man Demokratie nicht als selbstverständlich nehmen darf, sondern sich ständig um sie bemühen muss.“

Gemeinsam mit ihrem Abgeordneten diskutierten die Teilnehmer auch die aktuelle politische Lage.

Thönnnes: „Das war eine sehr diskussionsfreudige Gruppe. Wir haben einen Ritt durch die Entscheidungen zur Sicherung der Stabilität Griechenlands und des Euros bis hin zur Bildungspolitik gemacht.“

Bildunterschrift: Franz Thönnnes mit der Gruppe in der Kuppel des Reichstagsgebäudes. (Foto Atelier Schneider, Berlin)

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes, MdB](#) - veröffentlicht am 17.06.2010, 11:38 Uhr - 7583 Clicks - Nr. 610

SPD-Bundestagsfraktion begrüßt EU-Ratsentscheidung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island

Zur heutigen Entscheidung des Europäischen Rates zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union mit der Republik Island erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion **Franz Thönnnes**:

Mit seinem heutigen Beschluss hat der Europäische Rat die Tür für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Island endgültig geöffnet. Damit ist nach langer Zeit endlich die Entscheidung gefallen, über dessen Beitritt zur EU offiziell zu verhandeln. Dies begrüßt die SPD-Bundestagsfraktion sehr. Der Deutsche Bundestag hatte hierzu bereits im April eine positive Stellungnahme abgegeben.



Island ist eine der ältesten europäischen Demokratien, die die politischen und ökonomischen Kriterien für einen Beitritt grundsätzlich erfüllt. Als langjähriges Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) hat Island weite Teile des EU-Besitzstandes bereits umgesetzt. Es ist bereits weitgehend in den Binnenmarkt eingebunden und auch Mitglied des Schengen-Raums. In der Nördlichen Dimension und im Hinblick auf die Entwicklung der EU-Politik für die Arktis ist Island ein wichtiger Partner für die EU, deshalb ist die heutige Befürwortung von großer Bedeutung. Trotzdem muss Island in einigen Bereichen noch weitere Anstrengungen unternehmen, um die vollständigen Voraussetzungen für einen Beitritt zu erfüllen, denn die Landwirtschafts- und Fischereipolitik sind vom EWR-Abkommen nicht erfasst.

Die Fischereipolitik Islands und der EU sind in ihrer derzeitigen Ausgestaltung nicht kompatibel. Fisch ist das wichtigste Exportprodukt der isländischen Wirtschaft. Nach einem Beitritt wäre Island der größte Fischereistaat der Union. Eine dauerhafte Ausnahmeregelung („Opt Out“) für Island ist jedoch aus europapolitischer Sicht nicht wünschenswert. Ein „Europa à la carte“ lehnen wir ab. Zweifelsohne ist aber einer der entscheidenden Vorteile des Beitritts, dass Island die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) als Mitglied weitaus stärker zu beeinflussen vermag, denn als assoziierter EWR-Staat. Die gegenwärtige Diskussion über die Reform der GFP bietet Gelegenheit einvernehmliche Lösungsansätze zu entwickeln. Der Nachhaltigkeitsaspekt muss sich künftig stärker in der GFP widerspiegeln. Denn die Grundvoraussetzung für ein wirtschaftliches Überleben der Fischer ist zugleich die soziale und ökologische Nachhaltigkeit.

Wir setzen nun auf gründliche und zügige Verhandlungen und gehen dabei davon aus, dass die isländische Regierung die Verhandlungsphase für einen intensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Islands nutzt, um aktiv für die Idee der Europäischen Union als ein der Solidarität verpflichteter Raum von Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Vielfalt zu werben. Wenn nach Abschluss der Verhandlungen die isländische Bevölkerung in einem Referendum den Beitritt ihres Landes zur EU bejaht, so freuen wir uns auf eine die EU bereichernde Mitgliedschaft Islands in der Europäischen Union.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 17.06.2010, 11:45 Uhr - 53731 Clicks - Nr. 611

Ulrike Rodust und Jo Leinen: "EU muss kommerziellen Walfang blockieren"

"Die Europäische Union muss mit einer Stimme sprechen und den kommerziellen Walfang ablehnen sowie eine Verlängerung des Walfangverbots unterstützen", forderte Jo LEINEN, SPD-Europaabgeordneter und Vorsitzender des Umweltausschusses im Europäischen Parlament am Donnerstag in der Plenardebatte von Kommission und Rat.

Bei der internationalen Walfangkonferenz vom 21. bis zum 25. Juni in Agadir/Marokko drohe erneut eine Zersplitterung der EU in verschiedene Interessen. Dänemark und Schweden befürworten die Aufhebung des Walfangmoratoriums, während die anderen EU-Länder eine Verlängerung des Jagdverbotes auf Wale unterstützen.

"Diese europäische Uneinigkeit öffnet Japan Tür und Tor, um auch in Schutzgebieten des Südpolarmeers Wale zu jagen", kritisierte die Experte für Meerespolitik und SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST.

Wale seien durch Klimawandel, Meeresverschmutzung und 'Beifang' vielen Bedrohungen ihres Lebensraums ausgesetzt. Die EU müsse sich daher klar für den Schutz der Wale positionieren. "Es kann nicht sein, dass durch das Verhalten von Dänemark und Schweden alle anderen Länder in ihren Artenschutzbemühungen behindert werden", sagte Ulrike RODUST.

Wie schon bei der CITES-Konferenz, so drohe auch bei der Walfangkonferenz die Bedeutungslosigkeit der EU in internationalen Verhandlungen, wenn nicht alle an einem Strang ziehen. "Im Internationalen Jahr der Biodiversität muss dem Artenschutz der Vorrang vor kurzfristigen Wirtschaftsinteressen gegeben werden", erklärte Jo LEINEN.

Kommentar von [Hans-Christian Koch](#) vom 28.06.2010, 11:07 Uhr:

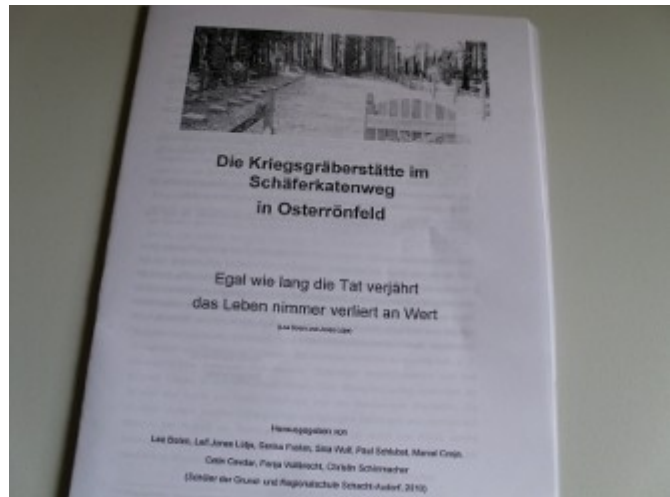
RE: Ulrike Rodust und Jo Leinen:

nicht nur den kommerziellen Walfang muss die EU blockieren - sie muss auch endlich den Fang von Glasaalen verbieten - bevor der Aal völlig ausgerottet ist. In vielen Flüssen in S-H ist der Aal kaum noch anzutreffen.

Kriegsgräberstätte Osterröfnfeld. Schüler bringen Licht ins Dunkel der Geschichte

„Egal wie lang die Tat verjährt, das Leben nimmer verliert an Wert“. Zu diesem Fazit kommt die bemerkenswerte Aufarbeitung eines dunklen Kapitels der jüngeren Osterröfnfelder Geschichte.

Neun Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Schacht-Audorf haben auf beeindruckende Art und Weise die geschichtlichen Hintergründe zur Kriegsgräberstätte im Osterröfnfelder Schäferkatenweg untersucht.



Durch intensive Recherchen und Gespräche mit Zeitzeugen haben die Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klasse gemeinsam mit ihrer Lehrerin Frauke Rittscher Licht ins Dunkel der Geschichte gebracht.

Die alljährlichen Gedenkveranstaltungen an der Kriegsgräberstätte im Schäferkatenweg waren bei vielen Teilnehmern bisher von fehlenden Informationen zu den dortigen Grabstätten gekennzeichnet. Es stellten sich nicht selten die Fragen, wer dort genau begraben ist, warum diese Grabstätten genau hier zu finden sind und woran die dort Begrabenen gestorben sind. Aus diesem Anlass haben sich die Osterröfnfelder Gemeindevertreter im Frühjahr letzten Jahres einstimmig dazu entschlossen, den Antrag der SPD-Fraktion zu unterstützen, für die Kriegsgräberstätte eine Informationstafel entwerfen zu lassen.

Die Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Schacht-Audorf haben sich im Rahmen einer Projektarbeit dieser nicht ganz einfachen Aufgabe gestellt. Umso erstaunlicher sind die jetzt veröffentlichten Ergebnisse der Jugendlichen, die in ihrer Freizeit diesem Thema sehr viel Engagement entgegengebracht haben. Mit ausgesprochen hoher Motivation haben sie eines der dunkelsten Kapitel der Osterröfnfelder Geschichte selbständig untersucht und machen es mit ihrem Abschlussbericht allen Interessierten möglich, mehr über die Kriegsgräberstätte im Schäferkatenweg zu erfahren. Darüber hinaus setzen die Jugendlichen auch ein Zeichen an die eigene Generation, indem sie sich mit den NS-Gräueltaten auseinandersetzen, die vor der eigenen Haustür stattgefunden haben. In diesem Sinne trägt das Projekt sicherlich in einem hohen Maße dazu bei, sich über die Folgen von Krieg und Gewalt bewusst zu werden.

Die SPD Osterröfnfeld möchte sich an dieser Stelle nochmals bei allen Beteiligten für die herausragenden Arbeitsergebnisse bedanken, die einem bisher kaum beachteten Platz der Osterröfnfelder Heimat in Zukunft hoffentlich zu mehr Aufmerksamkeit verhelfen.

Keine Kommentare

Abstimmung über Sparkassengesetz verschieben!

Zur morgigen Abstimmung über die Änderung des Sparkassengesetzes erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Birgit Herdejürgen**:

Wir haben den Hilferuf des Sparkassen- und Giroverbandes verstanden und unterstützen seinen Vorschlag, die Beratungen fortzusetzen und die Verabschiedung des Gesetzentwurfes zu verschieben. Wir sind in diesem Sinne an CDU- und FDP-Fraktion herangetreten.

Vor allem zwei Punkte müssen überarbeitet werden:

1. Die Regelung zum Wertausgleich bei der Übertragung von Stammkapitalanteilen, da sie nicht die erforderlichen Kriterien für die Anerkennung als Kernkapital erfüllt.
2. Die Möglichkeit des Einstiegs sogenannter vergleichbarer Träger, da unklar ist, ob diese – wie z. B. die HaSpa – nach EU-Bestimmungen als öffentlich-rechtliche Institute eingestuft werden.

Die SPD-Landtagsfraktion appelliert an die Kollegen von CDU und FDP im Landtag, die Bedenken des SGVSH ernst zu nehmen und die Abstimmung zu verschieben, damit ausreichend Zeit zu weiterführender Beratung besteht und eine Regelung gefunden wird, die rechtsfest ist. Anscheinend gibt es jedoch bei CDU und FDP keine Bereitschaft, die Abstimmung zu vertagen.

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 18.06.2010, 08:47 Uhr - 3920 Clicks - Nr. 614

Zukunft der Versorgungsnetze in Neumünster

Der außerordentliche Kreisparteitag der SPD-Neumünster hat am 17.06.2010 mit großer Zustimmung den Antrag des Ortsverein-Süd angenommen, der von Bernd Delfs ausgearbeitet wurde.

Der Beschluss lautet wie folgt:

Für die SPD Neumünster ist die Sicherung und Fortentwicklung der eigenständigen Stadt Neumünster als Oberzentrum eine sehr wichtige Aufgabe.

Dabei fällt eine wichtige Aufgabe den Stadtwerken Neumünster (SWN) zu. Den SWN obliegt es weiterhin – wie in den vergangenen Jahren erfolgreich geschehen – die Bevölkerung und die ansässigen Unternehmen in Neumünster und dem Umland mit Strom, Gas, Fernwärme, Wasser und zunehmend auch mit Telekommunikationstechnik zu versorgen. Mit der Abfallaufbereitung und –entsorgung, der Durchführung des ÖPNV in Neumünster und dem Betrieb des Bades am Stadtwald werden von den SWN weitere - zugegebenermaßen risikobeladene - aber für die Entwicklung der Stadt und des Umlandes sehr wichtige Aufgaben wahrgenommen.

Die von SWN durch Kraft-Wärme- Koppelung erzeugte Fernwärme und Energie wird sich durch weiter verschärfende Auflagen und Wettbewerbssituationen eventuell auch zu einem Betriebszweig mit einem gewissen Risiko entwickeln. Aber zusammen mit der weiter zu fördernden regenerativen Energiegewinnung ist sie auch für den Klimaschutz ein bedeutender Faktor in Neumünster.

Die SPD Neumünster fordert immer noch ein an den Zukunftsaufgaben orientiertes Energiekonzept für die Stadt Neumünster.

Voraussetzung für ein vor einigen Jahren erstelltes erstes Energiekonzept war damals der Rückkauf des Gasnetzes durch SWN. Erst durch die Zusammenlegung der Eigentumsverhältnisse für die Gas- und Fernwärmenetze konnte dieses erste Energiekonzept entstehen.

Die nun angedachte mehrheitliche Abgabe des Strom- und Gasnetzes wäre ein Schritt zurück und wird abgelehnt.

Die Versorgungsnetze sind ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sollen mehrheitlich –

und somit von der Stadt Neumünster beeinflussbar – in der Hand des öffentlichen Energieversorgers, also der SWN, bleiben. Eine mehrheitliche Übergabe der Netze an die EON wird mittelfristig die Möglichkeit zur Einflussnahme nehmen. Solche Übergabe käme einer Privatisierung und Monopolisierung dieser öffentlichen Netze gleich.

Auch bei sinkenden Netzentgelten und dadurch geringere Margen können die SWN als in der Region fest verwurzeltes Versorgungsunternehmen, das eine hohe Akzeptanz genießt, zukünftig am Markt bestehen. Die derzeitige Unternehmensstruktur der SWN zeichnet sich durch eine hohe Effizienz aus und wird auch bei konjunkturellen Schwankungen nachhaltig sichere Erträge bringen. Auch die Arbeitnehmer können weiterhin über die kommunalen Gremien die Möglichkeit erhalten, Einfluss zu nehmen.

Wichtig ist die Eigenständigkeit der SWN bei den oben genannten Aufgaben zu sichern.

Die SPD Neumünster befürwortet weitere Kooperationen der SWN, sofern es eine Möglichkeit zur mitentscheidenden Einflussnahme gibt.

Die geplante Einbringung der bei SWN derzeit vorhandenen Strom- und Gasnetze in die S-H Netz AG würde den SWN und somit der Stadt Neumünster einen Anteil von ca. 4% an der S-H Netz AG bringen. Auch wenn ein Sitz im Aufsichtsrat der S-H Netz AG in Aussicht gestellt wird, ist die Möglichkeit zur Einflussnahme als zu gering anzusehen. Wenn das später aber erkannt wird, droht –auch wegen der finanziellen Lage der Stadt- der Verkauf des verbliebenen Anteils, um so eine kurzfristige finanzielle Haushaltsentlastung zu erreichen, die aber langfristig verheerende Folgen für die Stadt hätte.

Kommentar von [Christian Meyers](#) vom 01.07.2010, 08:30 Uhr:

RE: Zukunft der Versorgungsnetze in Neumünster

Guten Tag Herr Delfs, Ihre Einstellung ist ein Witz. Soweit bekannt sind Sie im Aufsichtsrat der SWN. Die SWN verpulvert Geld was eigentlich nicht akzeptierbar ist! Der Geschäftsbereich Telko ist der grösste Fehler den die SWN in Ihrer Geschichte begannen hat. Der Markt wird sich in diesen Bereich in Zukunft auffressen, die SWN verpulvert Geld. Die Marktpreise der SWN sind nichmehr Marktfähig... Die Akzeptanz der SWN ist nur bei der älteren Bevölkerung da , die Jungen suchen Sie andere Anbieter.

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 18.06.2010, 11:59 Uhr - 2424 Clicks - Nr. 615

Ralf Stegner ehrt SPD-Mitglieder aus den Ortsvereinen

Am Freitag, den 25. Juni 2010 um 15.00 Uhr, werden SPD-Mitglieder aus den Ortsvereinen im Amt Süderbrarup für langjährige Mitgliedschaften durch den SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner im Gasthof Norderbrarup geehrt. Neben diesen Ehrungen für 60-, 40- und 25-jährige Mitgliedschaft in der SPD wird auf der Veranstaltung Ralf Stegner die Willy-Brandt-Medaille an ein sehr verdientes Mitglied für sein ehamtliches Engagement in der SPD überreichen. Die Medaille, benannt nach dem Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, ist die höchste Auszeichnung, die die SPD an ihre Mitglieder vergibt.

An den Ehrungen werden neben Ralf Stegner auch Birte Pauls (MdL), Ingo Degner (Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreis Schleswig-Flensburg), Ralf Wrobel (Kreisvorsitzender der SPD Schleswig-Flensburg) und Uwe Jensen (ehemaliger Staatssekretär und Bürgermeister in Borgwedel) an den Ehrungen teilnehmen.

Für Rückfragen stehen

Ralf Wrobel, Telefon (04641) 2709 oder

Anne Marxen, Telefon (04641) 9879107
gerne zur Verfügung.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 18.06.2010, 12:15 Uhr - 9902 Clicks - Nr. 616

SANA Krankenhausgesellschaft fordert vom Kreis 850.000,00 €.

SANA Krankenhausgesellschaft fordert vom Kreis 850.000,00 €. Beim Verkauf der Regio-Kliniken, kritisiert Hannes Birke, haben CDU und FDP verantwortungslos gehandelt.

Der Verkauf der Regio-Kliniken an die SANA Kliniken AG entwickelt sich für den Kreis zu einem finanziellen Fass ohne Boden. Für den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion sind die skandalösen Vorgänge der Nachforderungen von SANA an den Kreis in Höhe von 850.000,00 € für Beiträge an den Kommunalen Schadensausgleich, ein weiterer Beleg für die politische Verantwortungslosigkeit von CDU und FDP beim Verkauf der Kliniken.



Als Flucht vor dem eigenen Versagen bewertet Birke den Versuch von CDU und FDP, für die Nachforderungen von SANA den ehemaligen Landrat Dr. Grimme und die Rechtsanwälte verantwortlich zu machen.

Wenn die CDU Fraktionsvorsitzende jetzt erklärt, die Nachforderungen von SANA würde sie schockieren und weder die Anwälte noch der ehemalige Landrat hätte ihr dieses Risiko erläutert, dann will sie -so Birke- die Öffentlichkeit schlicht hinter das Licht führen. Bei der Verkaufsentscheidung des Kreistages im Juli 2009, der innerhalb einer Woche durch die Kreisgremien „gepeitscht“ wurde, konterte Beukelmann die Kritik der SPD, der Zeitdruck lasse eine gründliche Prüfung nicht zu, mit den Hinweis, ihre Fraktion sei von den Experten der Warburg-Bank und der Anwaltskanzlei White & Case gut beraten worden. Und ergänzte wörtlich: „Ich konnte da keine Ungereimtheiten feststellen“.

Ihre Kollegin von FDP Frau Sabine Werner sprang ihr in der gleichen Sitzung zur Seite und versicherte: „Ich kann guten Gewissens dem Teilverkauf zustimmen.“ Und eine weitere Zeit zur gründlicheren Prüfung „hätte an ihrer Entscheidung nichts geändert“.

Bei der angeblich gründlichen Prüfung der Verträge und des „guten Gewissens“ für die Verkaufsentscheidung, stellt sich für den SPD Fraktionsvorsitzenden die Frage, ob CDU und FDP von den Vertragsrisiken informiert waren und sie als nicht wesentlich für ihre Entscheidung bewertet haben. Einen Alleingang des ehemaligen Landrats, unter Ausschluss der Mehrheitsfraktionen, kann sich Birke nicht vorstellen. „Das hätte“ –so Birke- „dem Arbeitsstil von Dr. Grimme widersprochen, der bei kritischen Entscheidungen immer die enge Abstimmung mit CDU und FDP gesucht hat“.

Nach Birkes Informationen ist die Prüfung der Verwaltung, ob auch Teile der ehrenamtlichen Selbstverwaltung von den Vertragsrisiken informiert waren, noch nicht abgeschlossen. Er erwartet eine lückenlose Aufklärung ohne Rücksicht auf Fraktionszugehörigkeit.

Keine Kommentare

Landesentwicklungsplan: Von Boetticher lehnt Gespräch mit Bürgermeistern ab

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen!

Der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen CDU-Landtagsfraktion, Christian von Boetticher, hat das Angebot der SPD-Bürgermeister abgelehnt, über die Stadt-Umland-Zusammenarbeit und die Neuformulierung des schleswig-holsteinischen Landesentwicklungsplans zu sprechen.

Stattdessen bot er den Sozialdemokraten ein Gespräch mit dem Fraktionsmitglied Werner Kalinka an – „ab dem 2. August“, also nach der Beschlussfassung der Landesregierung über den Landesentwicklungsplan, die am 6. Juli erfolgen soll.

Rund 20 sozialdemokratische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Schleswig-Holstein, darunter Kiels Bürgermeister Torsten Albig und Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe, wollten zeitnah und direkt mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden über das hochbrisante Thema zu sprechen, das auch viele CDU-Bürgermeister beschäftigt.

Andreas Breitner, Rendsburgs Bürgermeister und Landeschef der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK): „Der Landesentwicklungsplan ist ein Frontalangriff auf die Städte. Er wird dazu führen, dass die Spaltung unseres Landes in reiche Dörfer und arme Städte noch tiefer wird. Der praktizierten Stadt-Umland-Kooperation darf nicht die Geschäftsgrundlage entzogen werden durch Dumpingangebote der Dörfer und eine Schwächung der Zentren.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende zeigt sich in einer für das Land sehr bedeutsamen Frage dialogunwillig – er vergibt so Chancen zur Verständigung über Parteigrenzen hinweg. Sein Angebot, erst nach dem Beschluss der Landesregierung die vollendeten Tatsachen zu besprechen, nennen wir Arroganz der Macht. Immer wenn es wichtig wird, gilt für die CDU: Augen zu und durch - nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Vor Ort wird so der Unmut über dieses inkompetente Politikmanagement wachsen. Denn die Städte brauchen jetzt Schutz und nicht ein großes schwarzes Schweigen.“

Keine Kommentare

Glückwunsch:

AfA-Landesvorsitzender Wolfgang Mädler beglückwünscht Ralf Wrobel zu seiner Wahl als SPD-Kreisvorsitzender

"Mit Ralf Wrobel ist ein für die SPD wichtiger Arbeitnehmersprecher - in der AfA und bei der Gewerkschaft ver.di politisch groß geworden - mit einem herausragenden Ergebnis zum SPD-Kreisvorsitzenden in Schleswig-Flensburg gewählt worden. Der AfA-Landesvorstand beglückwünscht ihm zur Wahl und versichert alle erdenkliche Unterstützung", so Landesvorsitzender Wolfgang Mädler.

Es ist ein gutes Zeichen, dass anerkannte Gewerkschafter in der SPD in wichtige Funktionen gewählt werden. Damit wird auch deutlich die klare Abkehr einer vor der Bundestagswahl 2009 verkehrt ausgerichteten Bundespolitik der SPD und die Unterstützung einer dagegen immer anders ausgerichteten Politik der Schleswig-Holsteinischen SPD. Arbeitnehmerpolitik, Bildungsfragen und die Anliegen der Mehrheit der Bevölkerung stehen im politischen Fokus der SPD und mit der Wahl von Ralf Wrobel zum Kreisvorsitzenden und der Landtagsabgeordneten Birte Pauls zur 1. Stellvertreterin wird dieses eindrucksvoll untermauert.

Keine Kommentare

Hier gehts lang!

Im Rahmen der 725-Jahre Feierlichkeiten der Gemeinde Kropp hat der SPD-Ortsverein Kropp seine diesjährige Fahrradtour durchgeführt.

Bei kühlem Wetter und guter Stimmung machten sich Mitglieder und Bürger der Gemeinde Kropp auf die exakt abgemessene Tour von dreimal 7,25 Km.

Am Rathaus wurden die Teilnehmer vom SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Peter Casper begrüßt.

Er wünschte der Radfahrgemeinde

viel Spaß und kein „platt“. Doch wer dachte, es handelte sich nur um eine geführte Radtour, der wurde entsprechend überrascht. Hans-Joachim Krause, der sich auch für die Verpflegung verantwortlich zeigte, hatte ein Fahrradquiz vorbereitet. Dieser bestand aus mehreren Umschlägen. Umschlag Nr. 1 durfte bei der ersten Verpflegungsstation nach 7,25 Km geöffnet werden. Bald schon rauchten die Köpfe. Hier wurde klar, dass man sich doch die Schönheiten unserer Region mal genauer anschauen sollte. Aufmerksamkeit, Geschicklichkeit, mathematische Künste sowie ein geschultes Auge waren von Vorteil bei der Beantwortung der Quizfragen. Nach einer ausgiebigen Stärkung mit heißen Würstchen bereiteten sich die Radfahrer auf die nächsten 7,25 Km vor.

Wie gehts es weiter?

[zum ausführlichen Bericht mit Bildern](#)



Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

SPD-Beschluss zur Innenstadtentwicklung im Juli

Die Kieler SPD hat sich in einem umfassend geführten Verfahren mit der Kieler Innenstadtentwicklung befasst. Wir werden Eckpunkte dazu auf unserem Kreisparteitag am 03. Juli 2010 beschließen. Der Kieler SPD-Kreisvorstand, in dem die Rathausgalerie bisher als kritisch betrachtet wurde, begrüßt die Ausweitung des Wohnanteils. Gleichsam gilt es eine Reihe von Fragen zu klären, bevor wir eine Entscheidung im Juli treffen werden.

Dazu gehören die Verkehrs- und Parksituation, sowie die Entwicklung bei MATRIX. Vor der Sommerpause wird die Kieler SPD dazu eine

Grundsatzentscheidung treffen. Wir rufen an dieser Stelle die Kieler CDU auf, von ihrer Fundamentalopposition Abstand zu nehmen.



Keine Kommentare

[AsF Kiel](#) - veröffentlicht am 20.06.2010, 15:11 Uhr - 3850 Clicks - Nr. 621

Haben Frauen die Hälfte der Macht?

Auf ihrer Jahreshauptversammlung hat die Kieler Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) am 03. Juni 2010 in der Pumpe die Vorsitzende Ingrid Lietzow und ihre Stellvertreterin Regina Selke einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Bestätigt wurden auch Jasmin Bauer und Najmeh Moradian. Neu hinzugekommen in das Vorstandsgremium sind: Katrin Bestmann, Waltraud Bischoff, Beate Friedrichs und Elèn Jochens.

Die anschließende öffentliche Diskussion war der Frage gewidmet, ob Frauen wirklich die Hälfte der Macht haben, oder was noch fehlt für ihre gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen. Das Podium bildeten die ZEIT-Redakteurin und Publizistin Dr. Susanne Gaschke, Kiels Arbeits- und Wirtschaftsdezernentin Ute Berg und der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.

Vier Fragen bestimmten die Diskussion: Gibt es im Feminismus eine selbstkritische Debatte darüber, was dazu geführt hat, dass die Frauenbewegung ihre Ziele nicht erreicht hat? Entspricht der Begriff der Genderpolitik dem, was die Frauenbewegung erreichen will, ist er noch zukunftsweisend, oder muss man zurück zu einem klaren frauenpolitischen Ansatz? Wo zeigen sich Projekte, die Frauen – oder auch Männer – begeistern und zur Beteiligung bewegen können? Und welche Grundlagen muss die Partei schaffen, um interessierte Frauen zu ermutigen und ihnen die Mitarbeit zu ermöglichen?

Damit, so die alte und neue Vorsitzende Ingrid Lietzow in ihrem Schlusswort, lägen der AsF genügend Themen für eine weitere produktive Arbeit vor.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.06.2010, 21:15 Uhr - 3786 Clicks - Nr. 622

Schwarz-gelber Freitag für Schleswig-Holstein

Zwei Tagesordnungspunkte hatte der Landtag am 18. Juni zu behandeln. Mit ihrer Mehrheit von einer Stimme beschloss die schwarz-gelbe Regierung zuerst das Ende des bisherigen Sparkassensystems und verabschiedete sich dann vom kostenfreien dritten Kindergartenjahr, das erst im Sommer 2009 eingeführt worden war. Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, stimmte bei beiden Gesetzen in namentlicher Abstimmung mit „Nein“ und äußerte hinterher:

„Ich hätte mir gewünscht, dass auch die Vertreter der die Regierung tragenden Fraktionen die Bedeutung unserer Sparkassen auf der einen und die Bedeutung von frühkindlicher Bildung auf der anderen Seite zu würdigen gewusst hätten. Das war ein schwarzer Freitag für Schleswig-Holstein.“



Als „Lex Haspa“ kritisierten Oppositionspolitiker, was die Regierung mit den Sparkassen vorhat. Weil zwei Sparkassen im Land (Sparkasse Südholstein und Nospa) in finanzielle Schieflage geraten sind, wird der Haspa der Einstieg in die Institute des Landes ermöglicht. Die Mehrheit der Sparkassen lehnt diese Öffnung ab, nicht zuletzt, weil befürchtet wird, dass auch anderen

privaten Investoren der Einstieg erlaubt werden muss, wenn die Haspa auch einsteigen darf. Habersaat: „Unsere Sparkassen bieten jedem Menschen ein Girokonto an, versorgen die Regionale Wirtschaft mit Krediten und fördern über ihre Stiftungen Kultur und Soziales. All diese Interessen haben private Investoren primär nicht.“

2009 war die CDU stolz mit der Botschaft in den Wahlkampf gezogen, das kostenfreie dritte Kindergartenjahr eingeführt zu haben. Debatten im Wahlkampf drehten sich zuweilen um die Frage, wer das Patent an diesem Schritt habe, CDU oder SPD. Nach der knapp gewonnenen Wahl kassieren CDU und FDP diesen Schritt in die richtige Richtung nun wieder ein. Martin Habersaat: „Eine Gesellschaft, der es gelingt, alle Kinder frühzeitig zu erreichen und ihnen zu helfen, einen Platz im Leben zu finden, wird darüber langfristig mehr Einnahmen und weniger Aufwand für Sozialtransfers haben. Auch sollten wir Eltern und junge Familien unterstützen und nicht gerade diese Gruppe zur Sanierung der öffentlichen Haushalte überproportional heranziehen.“

Keine Kommentare

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 20.06.2010, 21:27 Uhr - 6921 Clicks - Nr. 623

Helmut Jacobs: Bericht aus der Fraktion

Im Rahmen der Mitgliederversammlung vom vergangenen Freitag hielt Helmut Jacobs als Fraktionsvorsitzender einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der SPD-Rathausfraktion.

Zunächst erinnerte Helmut Jacobs an das Jahr 2009:

Der neue Kindergarten wurde eingeweiht, es wurde ein neues Feuerwehrfahrzeug angeschafft, die Gemeinschaftsschule erhielt ein neues Gebäude, die Johann-Meyer-Straße und die Lange Reihe wurden ausgebaut.

Außerdem wurde der 10-jährige Bestand der Städtepartnerschaft mit Nowy Staw 10 Jahre groß gefeiert und seit dem 17. Dezember hat Wilster eine neue Einwohnerin: die Waschfrau Op de Götten.

In diesem Jahr seien die Investitionen nicht so üppig. Es werde ein Feuerlöschpumpwerk gebaut, das Alte Rathaus werde saniert und der Bischofer Deich werde neu ausgebaut. Das Hallenbad werde als Leuchtturmprojekt mit Hilfe von Mitteln aus dem Konjunkturprogramm des Bundes so saniert, so dass es energetisch höchste Ansprüche erfülle.

Größte Sorge würden die Finanzen bereiten. Seit mehreren Jahren gebe es einen Fehlbedarf. Einnahmen im Verwaltungshaushalt in Höhe von 6.544.300 Euro stehen 10.009.800 Euro Ausgaben gegenüber, so dass der Fehlbedarf inzwischen 3.465.500 Euro betrage. Es fehlen der Stadt fast 35 %.

Da der steuerliche Verbund von Hallenbad und Stadtwerke wegen neuer Gesetze kaum noch Vorteile bringe, müsse die Stadt hohe Verluste der Stadtwerke ausgleichen. Die Anforderungen für die Stadtwerke seien gewachsen, so dass Kooperationsmöglichkeiten ausgeschöpft werden müssen. So müsse auch darüber entschieden werden, ob die Stadtwerke sich bei der Breitbandversorgung einbringen sollte. Neue Gesetze und die Übernahme von Netzen zwingen zu enger Zusammenarbeit mit den Steinburger Stadtwerken.

Jacobs erinnerte daran, dass umfangreich über Regen- und Schmutzwassergebühren diskutiert worden sei. Verluste müssten spätestens nach drei Jahren ausgeglichen werden. Andererseits dürfte die Stadt keine Überschüsse erzielen. Man habe sich nach einem langen Ringen



schließlich interfraktionell auf eine RW-Gebühr von 34,35 Euro pro Einheit und auf eine SW-Gebühr von 4,17 Euro pro Kubikmeter geeinigt.

Jacobs ging auf Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dethlefs ein, der auf einer CDU-Versammlung erklärt hatte, dass er die Sozialdemokraten nicht wahrnehme und sie somit auch nicht kritisieren könne.

Jacobs: „Wir haben eigentlich keine Probleme mit den Christdemokraten und nehmen diese, wenn ihr Fraktionsvorsitzender sie zu Wort kommen lässt, auch wahr. Das liegt wahrscheinlich an unserer besseren Wahrnehmungsfähigkeit.“

Kommentar von [delia Güssefeld](#) vom 03.06.2012, 16:02 Uhr:

RE: Helmut Jacobs: Bericht aus der Fraktion

*English RWE Innogy errichtet vierten Windpark in Polen * Baustart für 39 MW installierter Leistung * Kontinuierlicher Ausbau der polnischen Onshore-Pipeline * REpower liefert die Turbinen des Typs MM92 mit je 2,05 Megawatt Leistung In Nowy Staw, nahe der Stadt Danzig, rücken demnächst die ersten Baufahrzeuge an. Anlass ist der Baustart des vierten Innogy-Windparks in Polen. Auf einer 15 Quadratkilometer großen Fläche werden 19 Windturbinen des Anlagenherstellers REpower Systems SE mit einer installierten Gesamtleistung von 39 Megawatt (MW) errichtet. Bei planmäßigem Verlauf kann der Windpark bereits Anfang 2013 in Betrieb genommen werden und umgerechnet über 50.000 Haushalte jährlich mit grünem Strom versorgen. Das Investitionsvolumen beträgt mehr als 60 Millionen Euro. „Mit Nowy Staw erweitern wir unser Windportfolio in Polen um fast 40 MW. Damit kommen wir unserem Ziel, bis 2015 jährlich 50 MW Windkraftanlagen in Polen zuzubauen, einen großen Schritt näher. Unsere Wind-Pipeline ist gut gefüllt. Innogy plant in Polen bis 2015 ein Portfolio von rund 300 MW Windkraft zu betreiben“, erläutert Prof. Fritz Vahrenholt, CEO von RWE Innogy. Andreas Nauen, CEO der REpower Systems SE kommentiert: „Mit Nowy Staw realisieren wir unser bislang größtes Projekt in Polen. Der Standort im Norden des Landes ist mit seinen mittleren Windgeschwindigkeiten optimal für die REpower MM92 geeignet. Weltweit haben wir bereits mehr als 2.000 Anlagen der MM-Baureihe errichtet. Wir freuen uns, dass RWE Innogy in unsere bewährte Technologie vertraut und REpower als Lieferanten ausgewählt hat.“ RWE Innogy betreibt mit Suwalki, Tychowo und Piecki bereits drei Windparks in Polen mit einer Gesamtleistung von rund 108 MW. Neben den Baumaßnahmen am Anlagen-Standort wird das Unternehmen auch die lokale Infrastruktur rund um Nowy Staw ausbauen. Dies beinhaltet Reparatur- und Modernisierungsarbeiten sowie den Neubau eines Straßennetzes von über drei Kilometern, der im Zusammenhang mit der Errichtung des Windparks notwendig ist. Für das Jahr 2013 ist eine weitere Ausbaustufe des Onshore-Windparks Nowy Staw geplant. Aktuell wird die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Polen über ein System „grüner Zertifikate“ unterstützt. Stromanbieter sind verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz der in das Netz eingespeisten Energie auf Basis erneuerbarer Energien anzubieten. Dieser Verpflichtung können sie über den Zukauf „grüner Zertifikate“ entsprechen.*

Für sektorale Einschnitte ist ein Bulldozer das falsche Werkzeug!

Habersaat empfiehlt der Landesregierung: Erst denken, dann handeln!

Mit der Politik des Wirtschafts- und Wissenschaftsministers Jost de Jage setzte sich Martin Habersaat in seiner jüngsten Landtagsrede auseinander. Er warf dem Minister vor, den Wissenschaftsraum Schleswig-Holstein zu schädigen und gerade durch die Gefährdung der Universität Lübeck auch wirtschaftliche Schäden anzurichten. Habersaat: „Wer ‚sektorale Schnitte‘ setzen will, sollte als Werkzeug nicht den Bulldozer wählen!“



Die Rede im Wortlaut:

In Fortbildungsseminaren gibt es eine interessante Übung, die Kreativität und Denken in neue Richtungen fördern kann, vielleicht haben Sie schon einmal davon gehört: Man sammelt Ideen, um das Gegenteil dessen zu bewirken, was man eigentlich erreichen möchte. Zum Beispiel fragt man angehende Lehrer: „Was muss ich tun, damit niemand etwas lernt?“ Hinterher dreht man die Überlegungen dann um und hat eine gute Grundlage für künftiges Arbeiten.

Zu so einem Gedankenexperiment möchte ich meine fünf Minuten hier nutzen: Was muss man tun, um eine Hochschullandschaft kaputt zu machen und kaputt zu behalten?

Maßnahme 1: Rasur

Ich schaue, wo Erfolge und Leistungsstärken sind und rasiere dann die entsprechenden Bereiche.

Platz 1 in nationalen Rankings? Nobelpreisträger? Leibnitzpreise? Schnell weg damit, sonst setzt sich der Erfolg noch fest! Am besten, man untersagt Wachstum und Gut-Sein präventiv, wie Staatssekretärin Andreßen das mit Lübecker Initiativen gemacht hat.

Maßnahme 2: Amputation

Wenn ich mich nicht traue, ganze Einrichtungen sofort zu schließen, amputiere ich zunächst wichtige Teile.

Lübeck: Eine der besten medizinischen Fakultäten Deutschlands soll geschlossen werden, die Uni Lübeck 1.100 von 2.600 Studenten verlieren, auf Ausgründungen und Drittmittel soll künftig verzichtet werden. (Um den Effekt zu erhöhen, könnte man im Koalitionsvertrag behaupten, seine „Entscheidungen hierzu in Abstimmung mit der Universität Lübeck insbesondere auf das Ziel ausrichten, die künftige Entwicklung dieser Universität finanziell und strukturell besser abzusichern“, FDP und CDU tun das auf S.29), und man könnte bis kurz vor Toresschluss Kappungspläne leugnen.

Und noch eine schaurig-schöne Randnote: Während die Einen meinen, wegen der guten Arbeit der Uni Lübeck komme das Fraunhofer Institut, stellt die Regierung fest, wegen des Kommens des Fraunhofer Instituts die Arbeit der Uni beenden zu können. In Flensburg werden mit den Wirtschaftswissenschaften 800 Studienplätze und der Teil mit den Ausgründungen und den Drittmitteln dichtgemacht, in Kiel wird das

Exzellenzcluster „Entzündungen an Grenzflächen“ durch Wegfall des Partners gefährdet, frei werdende Stellen werden blockiert werden müssen, um Einsparpotentiale auch wirklich zu realisieren.

Für diesen Teil der Strategie hat der zuständige Minister das Wort von den „sektoralen Einschnitten“ erfunden. Wer einen sektoralen Schnitt setzen will, sollte als Werkzeug aber nicht den Bulldozer wählen!

Maßnahme 3: Helfer abschrecken

Damit niemand von Außen zu Hilfe eilt, muss ich natürlich auch Auswärtige abschrecken: Beispiel Universitätsrat - ich stelle ein Team von hochrangigen auswärtigen Professoren und Wissenschaftsexperten zusammen, im ganzen Land anerkannt und vernetzt, ignoriere dessen Vorschläge und zerschlage dann das Hochschulsystem, ohne diese Experten noch einmal anzuhören. Zynisch könnte ich dann noch nachtreten. Ich gestehe, diese Idee stammt eigentlich nicht von mir, sondern von Frau Funke, die sagte, der Rücktritt des Rates sei für sie nicht nachvollziehbar, und den Experten nachrief „gerade jetzt wäre ihre Unterstützung für die Hochschullandschaft Schleswig-Holsteins außerordentlich hilfreich“. (Scurrile Idee: Ich schlage einem Freund ins Gesicht und beklage dann, dass er gerade dann geht, wenn Leute geschlagen werden.)

Beispiel Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen: Ich bestelle bei einem unabhängigen Expertengremium erst ein Gutachten für die Entwicklung der Universität Flensburg, warte dann mit meinen Entscheidungen dessen Ergebnis nicht ab und habe weitere Hochschulexperten vor den Kopf gestoßen.

Gut im Sinne unseres Gedankenexperiments: Damit wird dann auch gleich die Reputation des Landes als Wissenschaftsraum zerstört. Die Maßnahmen 4, 5 usw. könnten folgen, aber dafür reicht die Zeit leider nicht.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP: Sie haben jetzt Kreativität angeregt und Denkprozesse angestoßen. Jetzt ist dann Umdrehen gefragt, wenn man nicht wirklich nachhaltig Schaden anrichten will.

Aus unserer Sicht stellen sich für die Zukunft unserer Hochschullandschaft vier Fragen:

- 1) Was wollen wir wissenschaftspolitisch?
- 2) Was wollen wir gesellschaftspolitisch?
- 3) Was wollen wir regionalpolitisch?
- 4) Was wollen wir finanzpolitisch?

Diese Fragen müssen wir gemeinsam und ernsthaft debattieren. Nachdem die Haushaltsstrukturkommission von Sachkenntnis unbeschwert ihre Vorschläge unterbreitet hat, ist es jetzt an der Zeit, ernsthaft und politisch legitimiert zu beraten! Alle Anträge haben im Kern gemeinsam, dass jetzt erst gedacht und dann gehandelt werden soll, deshalb sind alle zustimmungsfähig. Wenn Frau Schavan jetzt auch noch mitdenkt – umso besser! Aber zunächst: Umdrehen! Einhalten! Nachdenken!

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 22.06.2010, 08:21 Uhr - 3229 Clicks - Nr. 625

Krise? War da was?

Zur Darstellung von Finanzminister Rainer Wiegard vor dem Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss am 21. 6. erklärt der Obmann der SPD-Abgeordneten, Jürgen Weber:

Die Vernehmung von Finanzminister Rainer Wiegard, der als Vertreter des Landes Schleswig-Holstein im Aufsichtsrat der HSH Nordbank saß, hat vor allem eines ergeben: So viel Ausblendung eigener Verantwortung hatten wir bisher noch nicht im PUA. Eine „Schieflage der HSH Nordbank“ habe es nie gegeben, der Steuerzahler habe keinen Cent dazubezahlt und amerikanische Nobelpreisträger haben keine Ahnung von Volkswirtschaft! Und Minister und Aufsichtsrat Wiegard hat alles richtig gemacht. Der Abschreibungsbedarf von 1,9 Mrd Euro? Kein Problem für Herrn Wiegard, alles nur virtuelle Verluste!

Es gab schon viele Erklärungen ehemaliger Aufsichtsratsmitglieder und Vorstände, die darlegten, warum zwar alle anderen, nicht aber sie selbst für die Fast-Pleite der Bank verantwortlich gewesen sein sollten. Minister Wiegard hat heute sicherlich die kreativste geliefert, indem er die schwerwiegende Krise schlichtweg leugnete. An allem anderen Ungemach waren die Lehman Brothers und all die Nörgler und Zweifler schuld, die durch Fragen und Bedenken die Bank in ein schlechtes Licht gerückt hätten.

Keine Kommentare

[Jusos Steinburg](#) - veröffentlicht am 22.06.2010, 14:45 Uhr - 6816 Clicks - Nr. 626

Ein neuer Schritt für die Jugendkultur!

Die Juso Orts-AG Itzehoe & Umland stellte Anfang April einen Antrag an die Stadt, in dem es um längere Öffnungszeiten für das provisorische HDJ am Holzkamp ging. Bisher war es den Jugendlichen nämlich nur erlaubt, Konzerte bis 22 Uhr auszurichten! „Viel zu wenig Zeit um ausgiebig dem Feiern nachzugehen“ so der Vorsitzende Jan Spiering. Das an dieser Stelle etwas getan werden musste, da war sich die gesamte Orts-AG der Jusos einig. Nach einreichen des Antrags kam nun die erfreuliche Nachricht, das dem HDJ nun einmal im Monat Konzerte bis 24 Uhr erlaubt werden! „Dieser Erfolg ist wenigstens ein kleiner Schritt in den leider meist ernüchternden Schritten des HDJs. Es ist also auch ein Dank an die Verantwortlichen zu richten“, so lies es der Vorstand verlauten und wünscht sich wohl auch in Zukunft eine so gute Zusammenarbeit mit der Stadt.

Keine Kommentare

Energie - Engagement vor Ort ist nötig!

Zu einer Fachkonferenz rund um das Thema Energieversorgung hatte die SPD Stormarn nach Bargteheide eingeladen. Susanne Danhier moderierte die Beiträge verschiedener Experten und die Fragen der interessierten Gäste, überwiegend Kommunalpolitiker aus verschiedenen Stormarner Städten und Gemeinden. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender der SPD Stormarn, gab einen kurzen Überblick über aktuelle Beratungen des Landtages und endete mit dem Aufruf:



„Energieversorgung ist Teil der kommunalen Daseinsfürsorge. Es ist wichtig, sich vor Ort zu interessieren und sich um Fragen der Erzeugung, der Verteilung und des Verkaufs zu kümmern. Nur so kann man Einfluss nehmen und die Region positiv entwickeln!“

Detlev Palm, ehemals Bürgermeister von Reinbek und heute Geschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen, stellte Entwicklungen im Bereich der Energieversorgung vor. Habe es vor einigen Jahren noch den Trend gegeben, Stadtwerke zu schließen und zu privatisieren, seien Stadt- und Gemeindewerke momentan wieder in Mode. Hamburg hat nach der Privatisierung der HEW mit „Hamburg Energie“ einen neuen Versorger gegründet, und auch viele kleinere Städte und Gemeinden wollen nicht mehr alles E-On überlassen. Palm empfahl den anwesenden Kommunalpolitikern, sich kompetente Berater zu suchen und über den Rückkauf kommunaler Netze nachzudenken. Deren Betrieb sollten dann allerdings nicht die Kommunen in Eigenregie übernehmen, sondern eher die Zusammenarbeit mit vorhandenen Stadtwerken in der Region oder den Zusammenschluss zu größeren Einheiten prüfen.

Der Vertreter eines solchen Zusammenschlusses war der nächste Referent, Marius Lembicz von der Unternehmensleitung der „Vereinigte Stadtwerke GmbH“, die aus einem Zusammenschluss der Stadtwerke Bad Oldesloe, Mölln und Ratzeburg hervorgegangen sind. Lembicz stellte verschiedene Möglichkeiten kommunalen Engagements vor und betonte die Möglichkeit, Wertschöpfung in der Region zu halten. Auch sei der Service kleinerer Stadtwerke oft besser, beispielsweise habe sein Unternehmen eine Geschäftsstelle in jeder der beteiligten Städte. Lembicz: „Die Möglichkeit, Energienetze von E-On zu übernehmen, besteht auch, wenn Gemeinden diese nicht aus ihrem Haushalt herauf kaufen können. Diesen Ankauf können auch die jeweiligen Stadtwerke schultern.“ Auf Interesse stießen die Erklärungen des Referenten zur Zusammensetzung des Strompreises: Etwa ein Drittel setzt sich aus Steuern und Abgaben zusammen, etwa auch aus der Förderung von regenerativen Energien, ein Drittel des Preises entsteht durch die Leitungskosten und das letzte Dritte ist der Erzeugung und dem Vertrieb des Stroms geschuldet.

Als dritter Referent stellte Stefan Bolln, energiepolitischer Sprecher im Landesvorstand der SPD

Schleswig-Holstein, die Debatte in einen größeren Zusammenhang. Ausgehend von seiner eigenen Nebenkostenabrechnung entwickelte Bolln Gedanken zu einer Energieversorgung der Zukunft, wobei er, den Posten dieser Abrechnung entsprechend, der Wärme die größte Aufmerksamkeit widmete: „Bei dezentralen Energieerzeugern und Netzen, die nicht in der Hand eines Großkonzerns sind, ergeben sich Einflussmöglichkeiten für die Kommunalpolitik. Anstelle des Interesses von Anteilseignern wird auch das Interesse der Empfänger von Nebenkostenabrechnungen berücksichtigt.“ Wer aber Atomkraftwerke besitze und an deren langfristigem Betrieb interessiert sei, der werde solche Entwicklungen nicht befördern, stellte Bolln fest.

Reinhard Niegengerd, Ingenieur aus Großhansdorf und stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender, hatte den Abend organisiert und kündigte weitere Impulse zum Thema Energie an: „Energieeinsparung durch eine neue Straßenbeleuchtung, Hausdämmung aber auch Energieproduktion sind weitere Bereiche, um die wir uns kümmern werden.“

Foto v.L.: Stefan Bolln, Susanne Danhier, Marius Lembicz, Detlev Palm, Martin Habersaat

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 23.06.2010, 23:08 Uhr - 4318 Clicks - Nr. 628

SPD-Landtagsfraktion hospitiert

Martin Habersaat bei der Brücke in Schwarzenbek

Zum dritten Mal absolvierten Abgeordnete der SPD Schleswig-Holstein ein Praktikum im Sozialbereich, in diesem Jahre war die Brücke Schleswig-Holstein der Kooperationspartner. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, besuchte die Brücke in Schwarzenbek. Habersaat (33), bis zu seinem Einzug in den Landtag 2009 Lehrer an einem Aufbaugymnasium in Hamburg, informierte sich



über die Angebote für Menschen mit psychischen Behinderungen, Erkrankungen durch Suchtmittel-Missbrauch oder sozialen Benachteiligungen und sprach mit den Team der Bücke über seine Arbeit.

Der Diplompsychologe Mattias Morenings hatte Treffen mit Teammitgliedern organisiert und stellte dem Abgeordneten anschließend unterschiedliche seiner eigenen Projekte vor. Regionalleiter Frank Ahlers schließlich diskutierte mit Habersaat aktuelle Entwicklungen in der Landes- und Bundespolitik, von der Kündigung des Landesrahmenvertrages bis zur Zukunft der ARGEN. Nur andiskutieren konnte die Runde, was unter dem Schlagwort „Inklusion“ von der UNO gefordert wird; beispielsweise die Auflösung von Förderschulen und die Beschulung von Kindern mit Behinderungen in Regelklassen. Alle waren sich einig, hier noch vor einer großen Herausforderung zu stehen.

Habersaat: „Natürlich wollte ich möglichst viel über allgemeine Rahmenbedingungen der Arbeit in der Eingliederungshilfe erfahren, mir ging es aber auch um die spezielle Situation vor Ort: Was ist das Besondere an der Arbeit in Schwarzenbek? Was funktioniert besonders gut, wo hapert es und wo kann die Politik möglicherweise helfen? In Schwarzenbek habe ich ein ideenreiches Team mit spannenden Biografien kennengelernt, das mit Freude für die Menschen arbeitet.“

Probleme gibt es zuweilen in der Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit. Während regionale Partner und Ansprechpartner gut zusammenarbeiten, dauern Rückmeldungen aus Nürnberg zuweilen etwas länger, es fehlen feste Ansprechpartner. Das sei insbesondere deshalb schwierig, weil für Menschen mit Vermittlungshemmnissen oft passgenaue Lösungen erarbeitet werden, die dann aber nicht „Schema F“ passen.

Auch in die Zukunft wurde der Blick gerichtet: Frank Ahlers stellte das Projekt „Netzwerk psychische Gesundheit“ vor, das in Lübeck und Kiel schon in diesem Jahr und im Herzogtum Lauenburg 2012 gemeinsam mit der Techniker Krankenkasse realisiert wird. Alle TK-Kunden mit entsprechenden Diagnosen haben dann Anspruch auf Betreuung durch Netzwerkmitarbeiter in ihrem sozialen Umfeld vor Ort. Dies soll Klinikaufenthalte minimieren und den Menschen helfen in ihrer gewohnten Umgebung zu gesunden. Nicht zu vergessen ist, dass dieser präventive Ansatz helfen soll die Kosten für die Versicherten zu mindern!

Die Brücke SH, 1984 gegründet, ist eine gemeinnützige Gesellschaft. Sie erbringt vielfältige Hilfen für Menschen mit seelischen Erkrankungen und deren Familien und Angehörige in Schleswig-Holstein. Im Kreis Herzogtum Lauenburg beschäftigt die Brücke 34 Mitarbeiter und betreut etwa 300 Menschen.

<http://www.bruecke-sh.de>

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 24.06.2010, 14:43 Uhr - 2063 Clicks - Nr. 629

Boulenachmittag am Sonntag

Der Boulenachmittag am Sonntag den 27.06.2010 fällt aus.

Nachdem Deutschland das Spiel gegen Ghana gewonnen hat, gingen einige Absagen beim Vorstand der SPD-Reinfeld ein.

Zum nächsten möglichen Termin wird wieder rechtzeitig informiert.

Wir wünschen Ihnen trotzdem einen schönen Fußballsonntag.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 24.06.2010, 16:12 Uhr - 1349 Clicks - Nr. 630

Dank an ABK und Grünflächenamt für "saubere Arbeit" während der Kieler Woche 201

Der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

"Die Kieler Woche stellt Müllabfuhr und Straßenreinigung des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (ABK) wie auch das städtische Grünflächenamt in jedem Jahr vor eine große Herausforderung. SPD, Grüne und SSW danken den Beschäftigten des ABK für die tagtägliche "saubere Arbeit": Jeden Morgen nach einem "Kieler-Woche-Tag" sind die Abfälle gründlich entsorgt und die Straßen und Grünanlagen gesäubert. Dies ist nur durch Überstunden der Beschäftigten möglich, und das trotz der ohnehin schon hohen Überstundenlast nach dem harten Winter und dem fordernden Winterdienst auf den Kieler Straßen. Dieser engagierte Einsatz wird von vielen Kielerinnen und Kielern und von den Gästen der Kieler Woche gewürdigt."

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 25.06.2010, 09:45 Uhr - 8119 Clicks - Nr. 631

Bundestag beschließt Reform der Job-Center

Thönnies froh über Entscheidung:

Der Deutsche Bundestag hat am 17. Juni 2010 mit einer 2/3 Mehrheit mit den Stimmen der Regierungskoalition sowie von SPD und Bündnis90/Die Grünen die Reform der Job-Center mit einer Grundgesetzänderung beschlossen.



„Es ist gut, dass jetzt endlich Sicherheit für die Arbeitsvermittler in den Job-Centern besteht. Die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen bleibt mit der heutigen Entscheidung auch künftig in einer Hand“, so SPD-MdB Franz Thönnies.

Die Grundgesetzänderung war notwendig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht die bisherige Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit von Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz gehalten hatte. Thönnies: „Es ist leider viel Zeit ins Land gegangen bis CDU/CSU begriffen haben, dass hier ein gemeinsames Vorgehen notwendig ist. Diese Regelung hätte man auch schon im Sommer des vergangenen Jahres haben können.“

Der SPD-Politiker ist erfreut darüber, dass der Kreis Stormarn an dem bewährten Modell der ARGE, also der Kooperation von Kommune und Bundesagentur für Arbeit, festhält. Dass sich jetzt auch der Sozialausschuss des Kreises Segeberg dafür ausgesprochen hat, bei der bisherigen Organisationsform der ARGE zu bleiben, begrüßt Thönnies. Nach seiner Auffassung wäre auch die Entscheidung für ein Optionskommunen-Modell, also der alleinigen Übernahme der Aufgaben durch den Kreis Segeberg, erheblich teurer geworden.

Durchgesetzt habe sich die SPD gegen den Widerstand von CDU/CSU und FDP auch mit der Aufhebung der Befristung von weiteren 3.200 Stellen für die Job-Center. „Dies gibt ebenfalls mehr Planungssicherheit für die Beschäftigten und sichert die Betreuungs- und Vermittlungsqualität, so Thönnies.

Bildquelle: www.pixelio.de / Rainer Sturm

Keine Kommentare

**SPD-MdB Thönnnes kritisiert Kürzungen bei Wohngeldempfängern:
Bundesregierung belastet mit Heizkostenstreichung
erneut die Kommunen**

„Die geplante Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger durch die christlich-liberale Bundesregierung wird überwiegend zu Lasten der Kommunen gehen“, kritisiert SPD-MdB Franz Thönnnes.



Das Wohngeld und der Heizkostenzuschuss sind zusammen ein zentrales Instrument der Wohnungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Es erreicht Haushalte mit niedrigem Erwerbseinkommen sowie Rentnerinnen und Rentner. „Ziel ist die Erhaltung und Schaffung stabiler Wohnstrukturen. Mit der Streichung des Heizkostenzuschuss organisieren CDU/CSU und FDP einen Verschiebeparkplatz, denn damit besteht das Risiko, dass mehr Menschen in das Arbeitslosengeld II fallen oder „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ beantragen müssen“, so Thönnnes. Das Wohngeld zahlen zu je 50% Bund und Länder, die Kosten der Unterkunft von Hartz IV-Empfängern und Rentnern überwiegend die Kommunen, die so stärker zur Kasse gebeten würden. Immerhin geht es bei der durch die Bundesregierung beabsichtigten Kürzung um 100 Mio. €.

Auch befürchtet Thönnnes, dass die Bezieher so gezwungen werden sollen, in billige Wohnungen umzuziehen, statt sich selbst um angemessenen Wohnraum zu bemühen und Energie zu sparen. „Das Wohngeld schafft für die Bezieher Anreize, selber Verantwortung zu übernehmen. Und es gibt den Kommunen Möglichkeiten, stabile Bewohnerstrukturen zu schaffen und zu erhalten. Das beugt einer Spaltung des Wohnungsmarktes vor“, sagt der SPD-Politiker. Hier Kürzungen vorzunehmen, destabilisiere den Wohnungsmarkt und torpediere eine gute kommunale Gesellschaftspolitik. Das Argument, der Ölpreis und damit auch die Heizkosten wären gesunken, sei falsch, fügt er hinzu. Tatsächlich lägen sie derzeit 34 Prozent über dem Stand vom 1. Januar 2009.

„Hier setzen Union und FDP ihre Politik fort, die Probleme des Bundes auf dem Rücken der Kommunen lösen zu wollen. Mit verantwortungsvoller Politik hat das nichts zu tun“, sagt Thönnnes.

Keine Kommentare

Stadtverwaltung legt Eröffnungsbilanz vor

Zur Vorlage der Eröffnungsbilanz der Landeshauptstadt Kiel zum 1.1.2009 erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"Auf die Vorlage der Eröffnungsbilanz der Landeshauptstadt Kiel haben wir lange warten

müssen, zu umfangreich waren die damit verbundenen Arbeiten. Die ersten Haushaltsberatungen nach der Umstellung auf die doppische Buchhaltung waren geprägt von Unsicherheit und einer mangelhaften Datenlage. Mit der Darlegung der städtischen Vermögenslage wird nun eine mehrjährige Strategie- und Budgetrahmenplanung durch die Ratsversammlung möglich.

Wir sind ein wenig erleichtert darüber, dass die Vermögenswerte der Stadt mit ca. 450 Mio. Euro derzeit noch über den Schulden liegen. Dies zeigt zumindest, dass die Landeshauptstadt Kiel mit ausreichend Eigenkapital ausgestattet ist, auch wenn es undenkbar ist, diese Vermögenswerte zu veräußern. Im Städtevergleich ist eine positive Eigenkapitalquote heutzutage wahrlich keine Selbstverständlichkeit mehr.

Gleichwohl teilen wir die Auffassung der Verwaltung, dass es zu unserem eingeschlagen Weg der Reduzierung des für 2011 zu erwarteten Defizits keine Alternative gibt. Auch mittelfristig führt kein Weg an einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung vorbei.

Wir werden nun in unseren Fraktionen in den Sommermonaten die Eröffnungsbilanz analysieren und dann die Ergebnisse in den kommenden Haushaltsberatungen in unsere Beratungen mit einfließen lassen."

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 25.06.2010, 22:04 Uhr - 5213 Clicks - Nr. 634

Mitgliederehrungen der Ortsvereine im Amt Süderbrarup durch Ralf Stegner

Auf Anregung des Kreisvorsitzenden Schleswig-Flensburg und Ortsvereinsvorsitzenden Süderbrarup Ralf Wrobel wurde zusammen mit den Ortsvereinen im Amt Süderbrarup die erste gemeinsame Ehrungsveranstaltung in Norderbrarup am 25. Juni 2010 mit großer Beteiligung durchgeführt. Die Laudatio zu den Ehrungen hielt der Landesvorsitzende Ralf Stegner.

Ralf Wrobel begrüßte in der Eröffnungsrede die vielen Anwesenden. Einen besonderen Gruß richtete er an die Gäste Herrn Kuhl von der Presse, Birte Paus (MdL) und an Uwe Jensen (ehemaliger Staatssekretär und Mitbegründer des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis). Besondere Grüße richtete Wrobel aus von Ingo Degner, Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreis Schleswig-Flensburg, der war wegen eines anderen dringenden Termins nicht teilnehmen konnte.

Ralf Stegner betonte in seiner Rede, wie wichtig es sei, dass solche Ehrungen vorgenommen werde und betonte, dass er wisse, wie aktiv die SPD-Ortsvereine im Amt Süderbrarup die SPD-Politik vertreten.

Für ihre 60jährige Mitgliedschaft in der SPD wurde Lisa Gäth-Tikovsky aus Süderbrarup geehrt. Sie war ihr ganzen Leben sehr aktiv in der Gemeindevertretung und jahrelange AWO-Vorsitzende in Süderbrarup.

Karl-Heinz Petersen aus Wagersrott und Paul-Gerhard Bock aus Rügge wurden für ihre 40jährige Mitgliedschaft geehrt.

Für ihre 25jährige Zugehörigkeit in der SPD wurden Hans-Christian Green (seit 20 Jahren SPD-Bürgermeister in Ekenis und stellvertretender Amtsvorsteher im Amt Süderbrarup), Jutta Green (Kassiererin im Ortsverein Ekenis), Siegfried Kleinschmidt (Scheggerott), Johannes

Nicolaisen (Scheggerott), Elisabeth Dobler (Süderbrarup), Jochen Vollbehr (Wagersrott), Jutta Seemann (Wagersrott) Hermann Schlemm (Wagersrott), Georg Jensen (Wagersrott), und Jonny Neve (Wagersrott) geehrt.

Für sein 10jähriges Jubiläum wurde Jürgen Seeth, Verwaltungsbeamter im Amt Süderbrarup und viele Jahre in der Gemeindevertretung in Ekenis geehrt.

Eine ganz besondere Laudatio hielt Ralf Stegner mit der Übertragung der Willy-Brandt-Medaille – die höchste Auszeichnung in der SPD – für Karl-Heinz Klinker aus Steinfeld. Karl-Heinz Klinker war u. a. neben den Genossen Uwe Jensen (ehemaliger Staatssekretär und jetziger Bürgermeister in Borgwedel), Günter Große und andere Mitbegründer des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis im Jahr 1972 und jahrelanger erster SPD-Bürgermeister und jetziger Ehrenbürgermeister in der Gemeinde Steinfeld. Karl-Heinz Klinker ist praktizierender Sozialdemokrat und in seiner Gemeinde als solcher sehr geschätzt. In der anschließenden Rede wandte sich Klinker an die Anwesenden – überwiegend in plattdeutscher Sprache – und betonte, wie wichtig es sei, dass besonders das Augenmerk in der SPD auf die Arbeitnehmerschaft in der SPD zu richten. Diese gilt es wieder für die SPD zu begeistern.

Keine Kommentare

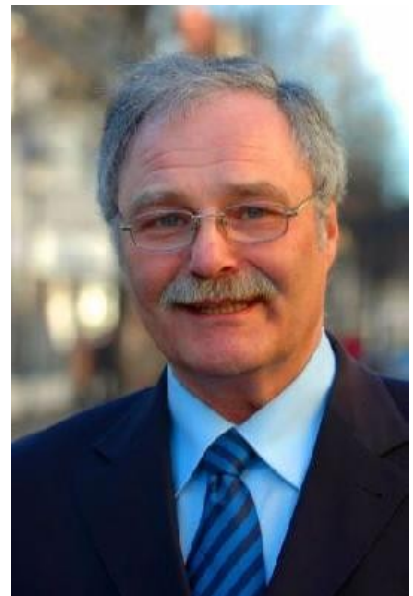
[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.06.2010, 23:32 Uhr - 3688 Clicks - Nr. 635

Keine Unterstützung der Universität Lübeck von CDU und FDP in Stormarn

Der Stormarner Kreistag hat mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP den Antrag der SPD Fraktion abgelehnt, eine Resolution gegen die von der Landesregierung beabsichtigte Schließung der medizinischen Hochschule in Lübeck zu verabschieden.

Der Stormarner Kreistag hat mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP den Antrag der SPD Fraktion abgelehnt, eine Resolution gegen die von der Landesregierung beabsichtigte Schließung der medizinischen Hochschule in Lübeck zu verabschieden.

Der Bildungspolitische Sprecher der SPD und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat hob in der Kreistagssitzung neben dem in Deutschland führenden Platz, welchen die Universität aufgrund der hervorragenden Forschung belege, die wirtschaftliche Bedeutung der Universität hervor. „Der Wirtschaftsbereich der Medizintechnik umfasst in Schleswig Holstein derzeit etwa 600 Unternehmen mit 15.000 Beschäftigten“, führte Habersaat aus. Die Schließung würde nicht nur Schleswig-Holstein in Forschung und Ausbildung zurückwerfen, sie würde auch nicht zu Einsparungen führen, da die Folgen in der Wirtschaft mit den damit verbundenen Steuerausfällen wesentlich größer wären.



Man sei zwar auch gegen die Schließung, hieß es aus der CDU, man halte jedoch solche Resolutionen nicht für zielführend. So wurde dann auch von CDU und FDP eine Resolution abgelehnt, in der die Landesregierung aufgefordert werden sollte, bei ihren –sicherlich notwendigen – Sparbemühungen den Landeshaushalt nicht dadurch zu entlasten, dass sie Ausgaben auf die Kommunen abwälzt.

Anders als die CDU in Lübeck und Lauenburg hat es hier die CDU in Stormarn wohl nicht gewagt, sich noch einmal gegen die Landesregierung zu stellen. Denn das Argument, solche Resolutionen seien nicht hilfreich, galt bei der CDU bislang nicht, hat sie doch selbst seinerzeit eine Resolution zur Unterstützung der Olympiabewerbung Hamburgs und zusammen mit 2 anderen Fraktionen im letzten Kreistag eine solche gegen die beabsichtigte Änderung des Sparkassengesetzes eingebracht.

„Schade, dass Brot und Spiele höher bewertet werden als medizinische Versorgung bzw. die Handlungsfähigkeit des Kreises“ sagte der Fraktionsvorsitzende der SPD Reinhard Mendel. „Bislang waren wir uns im Kreistag einig, wenn das Land seinen Haushalt auf Kosten der Kommunen sanieren wollte, egal, welche Koalition uns in die Tasche greifen wollte.“ Jetzt steht bei der CDU eben Parteiräson vor den Interessen des Kreises und seiner Kommunen.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 28.06.2010, 11:07 Uhr - 5659 Clicks - Nr. 636

Flensburger SPD solidarisch mit der der dänischen Minderheit

„Es geht um Vertrauen Respekt und Gleichwertigkeit!“

Die Flensburger SPD hatte zur Teilnahme an den Protestaktionen der dänischen Minderheit gegen die drastische Kürzung der Landeszuschüsse für Kinder an dänischen Schulen aufgerufen. An der Flensburger Demonstration nahmen unter anderem ihr OB-Kandidat Thede Boysen sowie ihr Vorsitzender Helmut Trost teil. Seiner Auffassung nach bedrohen die Kürzungspläne der Kieler Landesregierung das Miteinander in der Region.



Trost meint, dass zu einer vorbildlichen Minderheitenpolitik Vertrauen, Respekt und Gleichwertigkeit gehören. Diese Werte würden, so der SPD-Kreisvorsitzende, mit Füßen getreten:

„Wir sind alle betroffen - denn es geht nicht nur um die Minderheit, es geht um das Miteinander in der Region. Es geht um Vertrauen, Respekt und Gleichwertigkeit:

- Vertrauen, in das, was 2007 gesetzlich garantiert wurde,
- es geht um Respekt vor der Minderheit und um die
- Gleichwertigkeit der Bildungssysteme. Wobei Gleichwertigkeit auch ökonomische Gleichstellung bedeutet. Sonderopfer sind deshalb abzulehnen.

Diese Werte - Vertrauen, Respekt, Gleichwertigkeit - werden in Kiel mit Füßen getreten, und darum stehen wir Sozialdemokraten solidarisch an der Seite der Minderheit. Es geht nicht an, dass in von der Landesregierung in Sonntagsreden das hohe Lied der Gemeinsamkeit gesungen wird und dann in der praktischen Politik die deutsch-dänischen Beziehungen aufs Spiel gesetzt werden. Die Aufhebung der finanziellen Gleichstellung der Kinder an deutschen und dänischen Schulen wird von der Minderheit zu Recht als Diskriminierung empfunden.

Man kann die Werte der Minderheitenpolitik nicht der Beliebigkeit und Irrationalität von Haushaltsberatungen unterordnen. Hier wird nicht konsolidiert und gespart, hier wird zerstört. Der politische Schaden, der für die deutsch-dänische Zusammenarbeit entsteht, ist überhaupt nicht zu ermessen. Denn das, was hier für das Schulwesen geplant wird, ist in Bruch mit der

bisherigen Minderheitenpolitik. Hier wird das bisher so vorbildliche Miteinander bewusst aufs Spiel gesetzt

Gleichstellung und Gleichbehandlung – das sind die zentralen Prinzipien, an denen sich politisches Handeln orientieren muss. Wer diese Prinzipien aufs Spiel setzt, der bedroht nicht nur das Schulwesen der Minderheit, der bedroht auch die kulturellen Grundlagen des Miteinander.

Schwarz-gelb legt die Axt an die Beziehungen im Grenzland. Die Landesregierung setzt für die Region den Rücksturz in die 70er Jahre fort. Dagegen müssen wir uns wehren. Begonnen hat es auf dem Campus: In der Hochschulpolitik wird eine Lebensader der deutsch-dänischen Wissenschaftsbeziehungen durchtrennt – durch das de facto Rückstufen der Uni zu einer PH. Und jetzt geht es an das Schulwesen der Minderheit.

Nein – es darf keine Diskriminierung geben. Darum lasst uns gemeinsam laut werden. Lasst uns die Stimme der Region nicht nur hörbar, sondern unüberhörbar machen. So stark und laut, dass sie unüberwindbar ist.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 28.06.2010, 11:13 Uhr - 8342 Clicks - Nr. 637

Thönnies begrüßt Arbeitnehmervertreter aus dem Wahlkreis Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

Am 16. Juni 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion zur Betriebs- und Personalrätekonferenz mit dem Titel „Mitbestimmung und Beschäftigungspolitik – Erfolgsmodell, krisengeprüft“ in den Deutschen Bundestag eingeladen.



Aus dem Wahlkreis von SPD-MdB Franz Thönnies nahmen der DGB-Kreisvorsitzende Segeberg, Rudolf G. Beeth, und Betriebsratsvorsitzender Peter Kalbitz aus Norderstedt teil. „Besonders in den heutigen, wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist die Arbeit der Gewerkschafter nicht leicht. Und es ist vielfach nur den Betriebsräten zu verdanken, dass die Belange der Beschäftigten in einer Krise, die sie nicht selber verursacht haben, nicht gänzlich auf der Strecke bleiben“, betont Thönnies.

Gerade mit Blick auf die Zukunft ist hier eine engere Zusammenarbeit notwendig. Denn immer mehr Beschäftigte werden befristet eingestellt, bekommen nur Teilzeitstellen oder arbeiten als Leiharbeitskräfte. Die Angst vor unsicheren Zukunftsperspektiven verhindert, dass Beschäftigte für ihre Interessen im Arbeits- und Gesundheitsschutz oder für eine angemessene Vergütung eintreten. Diese Trends prägen auch die Betriebsratsarbeit nachhaltig und werden die Arbeitnehmervertreter künftig vor neue Herausforderungen stellen.

Der SPD-Parteivorstand hat deshalb bereits Mitte März das Positionspapier „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ beschlossen, mit dem zum Beispiel die Missstände bei der Leiharbeit oder der sachgrundlosen Befristung bekämpft werden sollen und ein gesetzlicher Mindestlohn gefordert wird. Die damit begonnene Diskussion wird nun intensiv mit den Arbeitnehmervertretern geführt.

Dem zeigt sich Rudolf G. Beeth aufgeschlossen: „Hier gilt es auch die Fehlentwicklungen der Vergangenheit selbstkritisch zu beleuchten. Die Veranstaltung hat Mut gemacht, dass ein kritisch konstruktiver Dialog gewollt ist“. Und Peter Kalbitz ergänzt: „Das Engagement der SPD-Bundestagsfraktion einen engen Kontakt mit Betriebsräten zu halten begrüße ich sehr. Dies ist auch für unsere zukünftige Arbeit dringend erforderlich. Zu begrüßen wäre es, wenn auch andere Parteien diesen Dialog aufnehmen würden“.

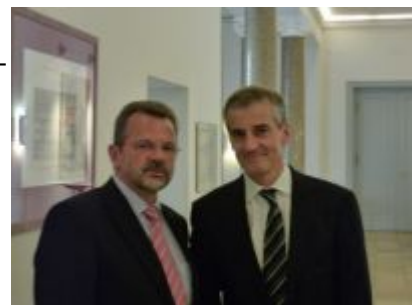
Bildunterschrift (v.l.n.r.): Franz Thönnies, Peter Kalbitz und Rudolf G. Beeth vor dem SPD-Fraktionssaal

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 28.06.2010, 11:45 Uhr - 7647 Clicks - Nr. 638

Thönnies traf norwegischen Außenminister Støre

Im Rahmen einer Gesprächsrunde in der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ zum Thema „Herausforderungen der Arktis“ traf SPD-MdB Franz Thönnies mit dem norwegischen Außenminister Jonas G. Støre in Berlin zusammen.



Thönnies, der als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses auch Berichterstatter seiner Fraktion für diese Region ist, zeigte sich gemeinsam mit Støre davon überzeugt, dass die Arktis aus deutscher Sicht mehr Aufmerksamkeit verdiene. Der Klimawandel, die im hohen Norden gelegenen Erdöl- und Erdgasreserven sowie neue Schifffahrtsrouten mit kürzeren Fahrzeiten nach Asien stellen die Länder der Arktis aber auch die Europäische Union und Deutschland als einen der wichtigsten Ressourcen-Importeure vor große Herausforderungen. So bezieht Deutschland 80 % seines Fischkonsums von Island. Norwegen ist nach Russland mit knapp 30 % der Gasimporte und rund 17 % der Ölimporte Deutschlands zweitwichtigster Lieferant. Deutschland importiert damit 30% der Gasproduktion Norwegens und ist dessen größtes Abnehmerland. Norwegen ist drittgrößter Öl- und Gasexporteur der Welt und will durch die Förderung der Gasvorkommen in der Barentsee seine Lieferkapazität weiter ausbauen. Als Bundesvorsitzender der Deutsch-Norwegischen Freundschaftsgesellschaft e.V. freute sich Thönnies, dass der Besuch von Jonas G. Støre in Berlin einmal mehr die hervorragenden Beziehungen beider Länder unterstrichen habe.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 29.06.2010, 17:27 Uhr - 7932 Clicks - Nr. 639

SPD-MdB Thönnies kritisiert Kürzungen bei Städtebauförderung: Bundesregierung gefährdet Klimaschutzziele und Arbeit vor Ort

„Die von CDU/CSU und FDP geplanten Kürzungen bei Städtebauförderung und Klimaschutz gefährden Arbeitsplätze in den Kommunen“, kritisiert SPD-MdB Franz Thönnies.

Die Bundesregierung plant bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Kürzungen in den Bereichen Städtebauförderung und CO2-Gebäudesanierung, um den Bundeshaushalt zu entlasten. „Die Auswirkungen



dieser Einschnitte wären verheerend“, sagt dazu der SPD-Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies. Die Bundesmittel zur Städtebauförderung werden von Ländern und Kommunen aufgestockt. „Das bedeutet, dass ein Zurückfahren der Bundesmittel die Investitionen vor Ort um das Zwei- bis Dreifache reduziert“, erklärt der SPD-Politiker. Durch ausreichende Städtebauförderung werde eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch ausgewogene Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik erst möglich. Zudem profitierten Baugewerbe und Handwerk von ihr nachhaltig. Dafür, dass das schwarz-gelbe Regierungsbündnis auch die für Kommunen wichtigen Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost / West“ auf den Prüfstand stellt, hat Thönnies kein Verständnis. „Besonders Kommunen im ländlichen Raum, die Arbeitsplätze schaffen, werden in ihrer Funktion für die Daseinsvorsorge behindert“, meint der Sozialdemokrat.

Richtig ärgerlich sei dies, da hiermit auch die Mittel zur energiesparenden Sanierung von Gebäuden halbiert werden sollen. „Durch fachgerechtes Sanieren und moderne Gebäudetechnik können bis zu 80 Prozent des Energiebedarfs eingespart werden. Das wäre ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, stärkt zukunftsfähige Technologien und fördert noch einmal die Handwerksbetriebe vor Ort in den Kommunen“, kritisiert Thönnies. Bereits der aktuelle Bundeshaushalt sehe für 2011 eine Reduzierung der Mittel von 1,5 Mrd. Euro auf 875 Mio. Euro vor. „Mit der weiteren Reduzierung setzt die christlich-liberale Koalition praktisch die selbst gesteckten klimapolitischen Ziele außer Kraft.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 29.06.2010, 17:30 Uhr - 9008 Clicks - Nr. 640

Gegen Extremismus in Stormarn – Am 2. Juli für die Demokratie Flagge zeigen!

Habersaat und Thönnies:

Schockiert und empört reagieren Stormarns SPD-Chef Martin Habersaat (MdB) und der SPD-Bundesabgeordnete Franz Thönnies über die vor kurzem in Bargteheide stattgefundenene Demonstration von 50 Neonazis in Bargteheide.



Habersaat: „Dass Neonazis aus den Reihen der Autonomen Nationalisten und der NDP in Bargteheide demonstrieren konnten, hat mich sehr betroffen gemacht. Es zeigt uns in aller Deutlichkeit, dass Stormarn inzwischen auch zum Aufmarschgebiet der Rechtsextremen gehört und dieses politische Problem nicht irgendwo in den größeren Städten ist, sondern direkt vor unserer Haustür.“ Offen müsse über diese politische Herausforderung geredet und dagegen angegangen werden.

Thönnies verweist darauf, dass auch so manche Stormarner Gewerkschafter und Oppositionelle während der Nazizeit flüchten mussten oder gar ums Leben kamen. Die aus den Schrecken der faschistischen Diktatur gezogene Schlussfolgerung einer freiheitlichen Demokratie sei nicht ohne Weiteres von Natur aus gegeben. Sie müsse täglich erneut gelebt und verteidigt werden. „Deshalb ist es wichtig, bei Neonazi-Demonstrationen den öffentlichen Raum durch ein breites Bündnis aller Demokraten in Anspruch zu nehmen und den Rechtsextremen deutlich zu machen, dass sie hier keinen Platz haben“, so der SPD-Politiker. Gleiches gelte ebenso für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und natürlich auch gegen Gewalt von Links.

In diesem Sinne begrüßen die beiden Sozialdemokraten es sehr, dass nun eine breite Allianz

von Vereinen, Verbänden und Parteien am Freitag, den 2. Juli 2010, klar Farbe für die Demokratie bekennt. Habersaat und Thönnies rufen alle Bürgerinnen und Bürger in Bargteheide und Umgebung auf mit dabei zu sein, wenn man sich am kommenden Freitag um 16.00 Uhr am Bahnhof trifft und gemeinsam friedlich für die Demokratie demonstriert sowie deutlich macht: „Bargteheide bleibt bunt!“

Kommentar von [ANS](#) vom 30.06.2010, 15:06 Uhr:

RE: Gegen Extremismus in Stormarn – Am 2. Juli für die Demok

Nun passt mal lieber auf dass euer kleines Sülfeld Kaff nicht auch noch zum Rechten Dorf wird.

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 29.06.2010, 20:14 Uhr - 3186 Clicks - Nr. 641

Regionale Rennfahrer gesucht!

Nach dem offiziellen Anmeldeschluss für den 2. O'felder Seifenkisten Cup am kommenden Sonntag (04. Juli, ab 11 Uhr, Aspelweg) sieht alles nach einer „Landesmeisterschaft im Seifenkistenrennen“ aus. Begeistert zeigen sich die Organisatoren Dennis Schmidt und Jan-Niklas Potten von der Anzahl an Fahrern aus allen Teilen Schleswig-Holsteins, die sich für den Osterrönfelder Seifenkisten Cup bereits angemeldet haben. Auch einige regionale Nachwuchsfahrer lassen sich die Gelegenheit nicht nehmen.



Doch damit das Seifenkistenrennen nicht nur eine reine Landesmeisterschaft, sondern auch eine Regionalmeisterschaft wird, rufen die Organisatoren noch einmal alle Interessierten aus Osterrönfeld und der Region auf, am Seifenkistenrennen teilzunehmen. Erwachsene, Jugendliche und Kinder ab 8 Jahren können am O'felder Seifenkisten Cup teilnehmen. In diesem Zusammenhang weisen die Organisatoren noch einmal auf die Möglichkeit für Kinder hin, auch ohne eigene Seifenkiste am Rennen teilzunehmen. Durch die Hilfe der Gemeinde Fockbek können Kinder bis 1,50 m Körpergröße eine Seifenkiste direkt am Veranstaltungstag im Aspelweg kostenlos ausleihen.

„Es wäre doch gelacht, wenn wir als Osterrönfelder gemeinsam mit unseren Nachbarn den Seifenkistenfahrern aus Schleswig-Holstein nicht Paroli bieten könnten“, wollen die Veranstalter den Ehrgeiz der Region wecken und machen es daher allen Kurztentschlossenen nun möglich, sich noch bis zum Veranstaltungstag am 04.07. anzumelden. Anmeldungen sind im Vorfeld direkt über das Internet unter www.ofelder-seifenkiste.de möglich sowie unmittelbar an der Strecke vor dem Start des Seifenkistenrennens um 12:00 Uhr. Gleiches gilt auch für das Bobby-Car-Rennen (Start 11:00 Uhr), das diesmal zum ersten Mal für Kinder zwischen 3 und 8 Jahren durchgeführt wird.

Da der Wetterbericht zudem deutlich besseres Wetter als im letzten Jahr verspricht, steht einer erfolgreichen Veranstaltung für Groß und Klein nichts mehr im Wege.

Interessierte können sich mit Fragen an Dennis Schmidt (Tel: 0176/22784914) und Jan-Niklas Potten (Tel: 0174/6836646) wenden. --

Keine Kommentare

Erklärungsdruck auf den Vorstand wächst!

Zur heutigen Vernehmung des ehemaligen Aufsichtsratsmitgliedes der HSH Nordbank und ehemaligen Europa-Chefs des Finanzinvestors J.C. Flowers, Ravi Sinha vor dem Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses erklärt der Obmann der SPD-Abgeordneten Jürgen Weber, MdL:

„Herr Sinha erhob gegen den Vorstand erhebliche Vorwürfe. So sei die Information des Aufsichtsrates unzureichend gewesen und der Vorstand hätte die Komplexität des Kreditersatzgeschäftes verkannt und hätte die Voraussetzungen für das Immobiliengeschäft in den USA nicht erfüllt. Der Vorstand habe auch nicht über die Informationen verfügt, die für eine umfassende Lagebeurteilung erforderlich gewesen wären. Die Stärken der Bank seien die Mittelstandsförderung, die Schiffsfinanzierung und das inländische Immobiliengeschäft, hinsichtlich der internationalen Geschäftsbereiche bestand jedoch erhebliche Skepsis, ob das Management hierfür geeignet sei.

Man habe frühzeitig auf die Gefahren, insbesondere die Größe des CIP-Portfolios und die Informationsdefizite aufmerksam gemacht, diese Hinweise wurden jedoch vom Vorstand nicht aufgenommen. Auch hätte man die HSH Nordbank gern mehr an den Erfahrungen der Flowers-Gruppe im internationalen Bank- und Investmentgeschäftes teilhaben lassen, dieses sei jedoch nicht erwünscht gewesen. Diese Entwicklung hätte letztlich zu Spannungen zwischen dem Anteilseigner J.C. Flowers und dem Vorstand der Bank geführt. Nicht die Pleite der Lehman-Bank allein habe die Krise der Bank verursacht, hierfür seien auch die Strukturen der Bank verantwortlich gewesen.

Diese Aussage widerspricht der Darstellung von Finanzminister Rainer Wiegand, dass die HSH Nordbank bis zur Pleite der Lehman-Bank keinerlei Probleme hatte und die nachfolgenden Liquiditätsprobleme der Bank allein auf den Zusammenbruch des Interbankenhandels zurückzuführen seien. Richtig scheint vielmehr zu sein, dass die frühzeitigen Warnungen und Hinweise eines international tätigen Finanzinvestors vom Vorstand ignoriert wurden und ein unzureichendes Informationssystem dazu führte, dass man im Blindflug in die Krise geriet.

Hierzu wird der Vorstand uns einiges zu erklären haben.

Keine Kommentare

„Stonefield-Rhinos“ gewinnen Beachvolleyball-Turnier im Jugendzentrum (JUZ)

Am Sonnabend, den 26. Juni 2010, feierte das JUZ Süderbrarup ihr fünfjähriges Jubiläum. Bei schönem Wetter folgten über 200 Jugendliche und Erwachsene den spannenden Nachmittag mit Wickingerschach, Hüpfburg, leckeren selbstgemachten Kuchen, alkoholfreien Cocktails und mehr. Die Live-Musik einer Rockband aus Süderbrarup sorgte für gute Stimmung. Höhepunkt des Jubiläums war wie in den vergangenen Jahren ein spannendes Beachvolleyball-Turnier mit 13 Mannschaften aus den Gemeinden des Amtes Süderbrarup, die alle mit urigen Namen antraten. Der Cup wurde in diesem Jahre von den „Stonefield-Rhinos“ mit Laurits Weitkamp, André Helm und Jannik Feddersen nach Steinfeld geholt.

Keine Kommentare

Gastschulabkommen - Bildung ohne Grenzen?

Die Bürgermeister Reinbeks und Wentorfs sowie der Bezirksamtsleiter Bergedorfs, Axel Barendorf, Matthias Heidelberg und Christoph Krupp, haben geschafft, was bisher noch niemand geschafft hatte: nämlich den Staatssekretär Eckhard Zirkmann (FDP) und den Staatsrat Ulrich Vieluf (parteilos) auf eine Bühne zu bekommen und über das zu diskutieren, was sie seit einem Jahr nicht hinbekommen: ein neues Gastschulabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein.



Unter den mehr als 300 Gästen in der Aula des Bergedorfer Louisengymnasiums war neben vielen Eltern, Schülern, Lehrern und Kommunalpolitikern auch Martin Habersaat, der als SPD-Landtagsabgeordneter dieses Thema im Bildungsausschuss des Landes begleitet.

Martin Habersaat stellte sich in der Fragerunde selbst als „Produkt offener Landesgrenzen“ vor: Der 33jährige Barsbütteler absolvierte sein Abitur am Gymnasium Marienthal in Hamburg, studierte in Hamburg und absolvierte sein Referendariat an der Sachsenwaldschule in Reinbek. Dann trat er in den Hamburger Schuldienst ein und wurde 2009 für die Dauer seines Landtagsmandats in Schleswig-Holstein beurlaubt. Er forderte: „Wenn denn eine gemeinsame Planungsregion Hamburg / Schleswig-Holstein gewünscht ist, dann sollte Bildung der Bereich sein, mit dem man anfängt. Den Familien kann man nicht vernünftig erklären, warum ein Kind die eine Schule in der Nachbarschaft besuchen darf und die andere nicht.“

Zirkmann und Vieluf äußerten sich zum Verhandlungsstand, ohne jedoch Details preiszugeben. Derzeit besuchen etwa 6200 Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein eine Schule in Hamburg, umgekehrt sind es etwa 1000. Vieluf deutete die Bereitschaft Hamburgs an, Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein zu beschulen, wenn ein entsprechender finanzieller Ausgleich erfolgt. Ähnliches gibt es innerhalb Schleswig-Holsteins schon. Habersaat: „Besucht ein Reinbeker Schüler das Gymnasium Glinde, so muss Reinbek Schulkostenbeiträge an die Nachbarstadt überweisen.“ Hoffnungen auf eine Lösung noch in den Sommerferien kam nach den Beiträgen Zirkmanns und Vielufs jedoch nicht auf.

Und was soll man unsicheren Eltern und Schülern bis dahin raten? Martin Habersaat: „Ich würde ein dreistufiges Vorgehen vorschlagen: Erster Versuch sollte ein Gespräch mit dem Klassenlehrer und der Schulleitung sein, ob das Kind nicht einfach auf der Schule bleiben kann. Falls nicht, wäre ein Härtefallantrag der zweite Schritt. Wichtig ist hier, den Härtefall als Einzelfall aus der Perspektive des Kindes zu schildern. Ein spezielles Angebot an der Hamburger Schule reicht nicht als Begründung, eher sollte auf die Notwendigkeit eines stabilen Umfeldes in einer schwierigen Entwicklungsphase hingewiesen werden. Politisch könnte man den Hinweis ergänzen, dass nach einer möglichen Einigung im Herbst ein einziger Jahrgang

zum Systemverlierer würde. Der letzte Schritt sind dann rechtliche Mittel: Begründete Schulverhältnisse mit Hamburger Schulen aus vorherigen Schuljahren sind öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zwischen Eltern und Schule und müssen Bestandsschutz genießen. Eine Klage hätte nach meiner Einschätzung durchaus Erfolgchancen.“

Für Samstag, den 3. Juli, planen Eltern und Schüler eine Menschenkette vom Rathaus Bergedorf bis zum Casinopark Wentorf. Die Aktion läuft von 12:00 Uhr bis 12:45 Uhr. Um 12:45 Uhr soll auf der Landesgrenze symbolisch ein Schlagbaum zersägt werden.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 30.06.2010, 12:57 Uhr - 2157 Clicks - Nr. 645

Martin Habersaat informierte auf dem Wochenmarkt

Den monatlichen Informationsstand der SPD Barsbüttel nutze in diesem Monat Martin Habersaat, um über Aktuelles aus dem Landtag zu berichten. Der 33jährige Barsbüttler gehört dem Landtag seit Oktober 2009 an und ist in der SPD-Fraktion für Hochschulpolitik und die Metropolregion Hamburg zuständig. Besonders gefragte Themen waren das schwarz-gelbe Sparkassengesetz, das die eigenständige Zukunft der Sparkassen gefährdet, und der Ausstieg des Landes aus dem kostenfreien dritten Kita-Jahr, mit dem die CDU vor Kurzem noch in den Wahlkampf gezogen war.



Auch Barsbüttler Themen spielten eine Rolle. Martin Habersaat und seine Schwester Anika Habersaat, Kreistagsabgeordnete für die SPD, diskutierten mit vielen Bürgerinnen und Bürgern die Zukunft des Barsbüttler Rathauses und des Stiefenhoferplatzes. Martin Habersaat: „Viele hängen am Rathaus, auch wenn es nicht wirklich schön ist und marode dazu. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass man sich an das Ensemble von Rathaus, Kirche und Marktplatz gewöhnt hat. Das geht auch mir so.“

Im nächsten Monat, am 9. Juli von 9.00 bis 12.00 Uhr, werden die SPD-Planungsausschussmitglieder Holger Gettschat und Klaus-Jürgen Krüger auf den Markt die aktuellen Überlegungen zum neuen Flächennutzungsplan vorstellen. Der neue Plan wird die Entwicklung Barsbüttels in den nächsten 20 Jahren skizzieren und soll im Herbst in den Gremien weiter beraten werden. Im August geht der Infostand in die Sommerpause, im September sind die Sozialdemokraten dann wieder da.

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 30.06.2010, 13:20 Uhr - 2972 Clicks - Nr. 646

60plus diskutiert mit Ursula Caberta

Das nächste Treffen des Glinder Diskussionsstreiffs 60plus findet am 8. Juli ab 15.00 Uhr im Bürgerhaus Glinde statt.

Organisatorin Marietta Exner hat dieses Mal gemeinsam mit dem DGB Stormarn die Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Scientology, Ursula Caberta, eingeladen. Unter dem Namen „Dianetics“ wirbt Scientology in den vergangenen Monaten auch auf dem Glinder Markt. Ursula Caberta wird Struktur und Strategie von Scientology erläutern.

Ursula Caberta hat auch verschiedene Bücher zum Thema veröffentlicht und am kürzlich gesendeten Fernsehfilm mitgearbeitet.



Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 30.06.2010, 13:32 Uhr - 2065 Clicks - Nr. 647

Sommerausflug der Stormarner AG 60 Plus

Hafenfähren – Jenischpark – Ausstellung „Sehnsucht nach Arkadien“

Manfred Wittkowski, stellvertretender Vorsitzender der AG 60 plus des SPD Kreisverbandes Stormarn hat einen Geheimtipp in den Globetrotter-Handbüchern für Hamburg-Besucher aufgegriffen: „Wir wollen Hamburg mit den Hafenfähren außerhalb der Touristenströme kennen lernen.“

Von den Landungsbrücken geht es zunächst mit der Hafenfähre nach

Waltershof und Neuhof, dem vergessenen Stadtteil von Hamburg. Auf dieser Fahrt haben wir eine tolle Aussicht auf die Köhlbrandbrücke, den Industriehafen und die im Umfeld liegenden Industrieanlagen. Dann geht es über den Museumshafen Övelgönne und über Finkenwerder weiter elbeabwärts nach Teufelsbrück.



Es folgt ein gemütlicher Spaziergang durch den Jenisch Park zum Jenisch Haus. Dieses zählt zu den schönsten historischen Gebäuden Hamburgs. Es ist in einem ausgedehnten

Landschaftsgarten am Ufer der Elbe gelegen und bietet einen großartigen Blick auf den Strom mit seinen Schiffen.

Ursprünglich war das Jenisch Haus der Landsitz des Hamburger Kaufmanns und Bausenators Martin Johann Jenisch d. J.,. Heute gehört der Park und das Jenisch-Haus seinem Ur-Enkel dem Baron Jenisch aus Blumendorf bei Bad Oldesloe, der das Anwesen langfristig an die Stadt Hamburg verpachtet hat. Es wurde 1831 bis 1834 u. a. nach Entwürfen von Karl Friedrich Schinkel im klassizistischen Stil erbaut. Heute Museum, zeigt es im Erdgeschoß repräsentative komplett eingerichtete Räume aus dem Empire und Biedermeier.

In den oberen Räumen präsentiert sich z. Zt. die Gemäldeausstellung „Sehnsucht nach Arkadien“. Der Traum vom irdischen Paradies hat die Menschen schon immer fasziniert. Seit dem 18. Jahrhundert zog es darum auch viele schleswig – holsteinische Künstler nach Süden, nach Italien und insbesondere nach Rom. Die Künstler aus dem Norden priesen das südliche Licht und hielten die mediterrane Landschaft und das pulsierende Leben auf den Gassen in ihren Bildern fest. Die Ausstellung präsentiert ca. 60 Meisterwerke schleswig-holsteinischer Künstler, von Louis Gurlitt bis Hans Peter Feddersen.

Termin: Mittwoch, 21.Juli 2010 Regionalbahn 10:31Uhr ab Bhf Bad Oldesloe
Zustiegsmöglichkeiten auf allen Bahnhöfen.

Kosten: 15 Euro einschließlich Bahnfahrt, Hafenfähren, Eintrittsgelder, Führung. Verbindliche Anmeldung erforderlich an Jürgen Schneider, Tel.: 04531/84603 oder juergen.schneider@SPD-badoldesloe.de Bitte bald anmelden, die Teilnehmerzahl ist beschränkt.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 01.07.2010, 10:57 Uhr - 49785 Clicks - Nr. 648

Kommission will Verwaltungsaufwand für Landwirte senken Erhebungen für Agrarstatistiken müssen vereinfacht werden

Brüssel/Kiel: Die Europäische Kommission strebt Vereinfachungen bei der Datenverarbeitung in der Landwirtschaft an.

Im Rahmen der für 2013 anstehenden Reform der gemeinsamen Agrarpolitik will sie „gegebenenfalls geeignete Anpassungen“ vorschlagen, was die von den Landwirten geforderte Senkung des ihnen entstehenden Verwaltungsaufwands bei den Agrarstatistiken betrifft. Das teilte der zuständige EU-Kommissar Darcian Cioloş der schleswig-holsteinischen SPD-Europaabgeordneten Ulrike Rodust auf Anfrage mit.

Gleichzeitig wies der Agrar-Kommissar in seiner schriftlichen Stellungnahme auf den unterschiedlich hohen Zeitaufwand für die Landwirte beim Ausfüllen der statistischen Fragebögen je nach Mitgliedstaat hin: Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip läge die Auswahl der geeigneten Erhebungsverfahren bei den Mitgliedstaaten, die sich dann für Fragebögen auf Papier oder in elektronischer Form entscheiden könnten, die durch persönliche Befragung, telefonisch oder über das Internet ausgefüllt werden.

„Die umfangreichen Datenerhebungen in der Landwirtschaft führen zu einem nicht unerheblichen Arbeitsaufwand für die Landwirte“, so Rodust. Und: Zu den schon

durchgeführten Erhebungen sollen nach Informationen des Deutschen Bauernverbands noch weitere hinzukommen.

„Jetzt sind sowohl die EU als auch die deutschen Stellen gefragt, den Arbeitsaufwand für die Landwirte so weit wie möglich zu reduzieren“ fordert Rodust. „Die europäischen Agrarstatistiken sind wichtig, nicht zuletzt auch für unsere Arbeit im Europäischen Parlament; sie sollten aber nicht dazu beitragen, dass die Produktion hochwertiger Lebensmittel hinter der Produktion aussagekräftiger Zahlen zurückbleibt.“

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 01.07.2010, 11:37 Uhr - 12878 Clicks - Nr. 649

Wertschätzung für junge Menschen

Einmal den Alltag in verschiedenen sozialen Einrichtungen erleben, das hat sich die SPD-Landtagsfraktion vorgenommen. In diesem Rahmen hospitierte die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen jetzt einen Tag bei der Brücke SH.



Die Brücke SH begleitet, berät und betreut Menschen, die seelisch erkrankt oder sozial beeinträchtigt sind. In Itzehoe werden mehrere Einrichtungen von teilstationären Wohngruppen bis zu Werkstätten betrieben.

Birgit Herdejürgen besuchte eine Trainingsmaßnahme der Starthilfe zur Verbesserung der beruflichen Integrationschancen von benachteiligten jungen Menschen unter 25 Jahren. Dieses Programm ist für die Landtagsabgeordnete vor allem auch deshalb interessant, weil es von Länderseite durch das Zukunftsprogramm Arbeit mit gefördert wird.

Mit diesem Programm wird 20 jungen Erwachsenen die Chance gegeben ihre psycho-sozialen Hemmnisse zu überwinden und sich so in ihrem Leben zu stabilisieren. Das ist für viele junge Menschen außerordentlich wichtig und richtungweisend, haben sie doch oftmals in Schule und Elternhaus nicht die besten Erfahrungen gemacht. „Das Vertrauen in Institutionen ist auch aufgrund von negativen Erfahrungen nicht besonders groß, wir arbeiten teilweise mit großen Widerständen“, erläutert der Sozialpädagoge Thomas Scholz.

Die Mitarbeiter des Starthilfe-Teams gehen deshalb auch bewusst anders an die jungen Menschen heran. Es gibt kein „Meckern“, und man versucht bei den jungen Menschen die positiven Eigenschaften und Fähigkeiten in den Vordergrund zu stellen, berichtet Petra Tschink, die Ergotherapeutin. Das kann man auch an den Räumlichkeiten erkennen, von selbstgemalten Wandbildern bis hin zu einem in Handarbeit kultivierten Gemüsegarten ist alles vorhanden.

„Wir freuen uns immer wieder, dass uns ehemalige Teilnehmer besuchen und wir sehen können, wie positiv unsere Maßnahme auf die Jugendlichen gewirkt hat“, so Elisabeth Ganseforth die pädagogische Fachkraft.

Unter anderem konnte die Landtagsabgeordnete am Matheunterricht teilnehmen. „Die Jugendlichen waren durchgängig sehr interessiert und auch konzentriert bei der Sache. Man merkte ihnen an, dass sie mit Spaß lernen.“

Aber auch diese Maßnahme ist natürlich von der weiteren Förderung, in diesem Fall gemeinsam von EU, Arge und dem Land Schleswig-Holstein, abhängig. Der Antrag auf Bezuschussung für die nächsten zwei Jahre ist gestellt.

„Ich hoffe nicht, dass eine solche effektiv arbeitende Maßnahme dem Rotstift zum Opfer fällt. Jeder Cent, den wir heute an diesen jungen Menschen sparen, zahlen wir in den nächsten Jahren doppelt und dreifach wieder drauf“, so Herdejürgen.

Abschließend bedankte sich die Abgeordnete bei den Mitarbeitern für den interessanten Tag. „Es ist toll zu sehen, wie engagiert Sie mit den ihnen anvertrauten Jugendlichen arbeiten und leben. Ich hoffe, dass Sie so weiterarbeiten können.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 01.07.2010, 12:14 Uhr - 1642 Clicks - Nr. 650

Blindengeld: CDU und FDP sparen im Landeshaushalt auf Kosten der Blinden und au

Zur angekündigten Kürzung des Landesblindengeldes erklären der behindertenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Thomas Wehner, das bürgerliche Mitglied der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Sozialausschuss, Bianca Kronschnabel, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Jetzt ist es offensichtlich: Die von der schleswig-holsteinischen CDU und der schleswig-holsteinischen FDP angekündigte Kürzung des Landesblindengeldes soll zu einer Einsparung im Landeshaushalt auf Kosten nicht nur der Blinden, sondern auch der Kieler Stadtkasse führen. Denn bei gekürztem Blindengeld setzen CDU und FDP darauf, dass mehr blinde Menschen die städtische Sozialhilfeleistung „Blindenhilfe“ in Anspruch nehmen werden. Allein für den Kieler Stadthaushalt wird ein solches Vorgehen zu einer Mehrbelastung von 185.000 Euro führen.“

In den Empfehlungen ihrer Haushaltsstrukturkommission haben die schleswig-holsteinische CDU und die schleswig-holsteinische FDP vorgeschlagen, dass das Landesblindengeld für volljährige Blinde von bislang 400 Euro auf 200 Euro gekürzt wird. Und der schleswig-holsteinische Landessozialminister Dr. Heiner Garg (FDP) erklärt in einem Interview mit der Zeitung „Schleswig-Holstein am Sonntag“ vom 13. Juni 2010, er halte diese Kürzung für vertretbar, denn „... für Blinde mit geringen, mittleren oder gar keinem Einkommen gibt es alternativ die Blindenhilfe“. Das bedeutet nichts anderes, als dass die bislang ohne Rücksicht auf Einkommen und Vermögen gewährte Unterstützung des Landes – das Blindengeld – nun Stück für Stück durch eine an den Einkommens- und Vermögensgrenzen des Sozialhilferechts zu messende Sozialleistung der Kommunen – die Blindenhilfe – ersetzt werden soll.

Nicht nur, dass blinden Menschen die Hilfe des Landes verringert werden soll: Gleichzeitig sollen auch die kommunalen Haushalte mit Mehrausgaben im Bereich der Sozialhilfe (Blindenhilfe) belastet werden, um die von CDU und FDP gewollten Einsparungen im Landeshaushalt zu ermöglichen. Sowohl das Blindengeld des Landes als auch die Blindenhilfe der Kommunen sind aber öffentliche Ausgaben, welche die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezahlen – gleichgültig, ob sie vom Land oder von den Kommunen getätigt werden müssen.

Wer die Ausgaben aus der „linken Tasche“ des Landes verringert und dies als haushaltspolitischen Erfolg feiert, gleichzeitig aber für Mehrausgaben aus der „rechten Tasche“ der Kommunen sorgt, der versucht nichts anderes als einen billigen Taschenspielertrick! Die betroffenen Menschen bleiben dabei allemal auf der Strecke. SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung fordern ernsthafte und gemeinsame Anstrengungen von Land und Kommunen, um Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Alltag zu ermöglichen. Der Vorschlag „Blindenhilfe statt Blinden-geld“ erfüllt diese Bedingungen ersichtlich nicht.“

Keine Kommentare

[AG60plus Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 01.07.2010, 12:20 Uhr - 4874 Clicks - Nr. 651

AG 60plus zu Besuch in Nykøbing

Auf Einladung der dänischen Sozialdemokraten in Nykøbing besuchte der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft 60 plus ein für die Kommune zuständiges Altenwohnheim.

Es besteht aus 10 Flachbauten mit je 10 Einzelzimmern von 40 Quadratmetern Größe. Für jede Einheit sind 8 Betreuer zuständig. Es ist wunderschön gelegen und strahlt eine Ruhe und Freundlichkeit aus, die uns aus Altenheimen hierzulande völlig fremd ist.

Eine Empfehlung erfolgt über das Gesundheitsamt. Vermehrt werden Bürger, die an einer dementiellen Erkrankung leiden, aufgenommen.

Von der für alle älteren dänischen Bürger obligatorische Volksrente werden Miete und Verpflegung bezahlt. Die Unterhaltung der Häuser und die Betreuung übernimmt die Kommune.

„Es ist teuer“, sagten unsere dänischen Nachbarn. „Aber unsere Jugend und unsere Alten lassen wir uns etwas kosten.“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 02.07.2010, 08:38 Uhr - 3873 Clicks - Nr. 652

ERFOLG FÜR DIE WALE

Die Walfang-Lobby versuchte den vermeintlichen Kompromiss, eine Waljagd-Quote, mit politischen Geschenken durchzubringen. Doch hinter verschlossenen Türen stieg die Spannung, und die gigantische Petition wurde zur Top-Story in den BBC Weltnachrichten.

Es ist ein wichtiger Erfolg für die Wale, doch auch wenn wir diese Runde gewonnen haben, sind die Wale noch lange nicht in Sicherheit. Auch will Japan die Jagd zu wissenschaftlichen Zwecken fortführen. Um endgültig zu gewinnen müssen wir die Kampagne ausweiten und uns für eine



Reform und Stärkung der Walfangkommission einsetzen. Dafür müssen wir die Öffentlichkeit in Walfang-Ländern mobilisieren.

Erfolg für Wales

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 02.07.2010, 11:43 Uhr - 7684 Clicks - Nr. 653

SPD-MdBs Rix und Thönnies unterstützen die Proteste der dänischen Minderheit

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Sönke Rix und Franz Thönnies erklären als Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Gremien für Minderheitenfragen des Deutschen Bundestages und des Landtages Schleswig-Holstein zu den Demonstrationen im Land Schleswig-Holstein gegen die Absichten der Landesregierung die Förderung für die dänischen Schulen erheblich zu kürzen:



„14.000 Eltern, Kinder und andere Angehörige haben am vergangenen Sonnabend gegen die Kürzungen von über 4,6 Millionen Euro für den Dänischen Schulverein demonstrierten. Wir begrüßen und unterstützen die friedlichen Proteste der dänischen Minderheit und ihrer Sympathisanten in Schleswig-Holstein. Eine Kürzung der Zuschüsse an die dänischen Schulen um 15 Prozent ist nicht akzeptabel. Mit diesen Sparplänen verstößt die Landesregierung gegen das Schulgesetz von 2007. Darin wurde festgelegt, dass Schülern an dänischen Schulen genau wie Schülerinnen und Schülern an deutschen Schulen ein Zuschuss von 100 Prozent der öffentlichen Schülerkostensätze gewährt wird. Das muss auch so bleiben.

Denn dänische Schulen sind im Gegensatz zu deutschen Privatschulen keine Alternativschulen, da nur an solchen Schulen die dänische Sprache gelernt werden kann und gepflegt wird. Die Sprache aber ist die wichtigste Voraussetzung für den Erhalt der dänischen Kultur und der Gemeinschaft der Minderheit. Deshalb liegen uns die Schulen und deren Förderung besonders am Herzen.

Für uns gilt nach wie vor: Uns ist jedes Kind gleich viel wert. Schließlich zahlen auch die Familien der dänischen Minderheit 100 Prozent Steuern in Schleswig-Holstein.

Für die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein ist es mehr als merkwürdig, dass eine christdemokratische geführte Landesregierung so eklatant gegen den vom einstigen CDU-Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten Text in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen verstößt. Schließlich besteht danach im Kapitel I für die dänische Minderheit das „Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.“ Und im Kapitel II heißt es „Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.“

Demnach demonstrieren die Betroffenen jetzt nicht nur alleine berechtigt für die dänischen Schulen, sondern auch für die Bewahrung der Absichten der Bonn-Kopenhagener

Erklärungen, die über die letzten Jahrzehnte mit zu einem guten Miteinander in der Grenzregion beigetragen haben.

Die Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten setzt sich sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene dafür ein, dass die CDU/FDP-Landesregierung ihre, das gute Klima des Zusammenlebens im Norden Schleswig-Holsteins gefährdende, unsinnige Absicht der Kürzungen zurücknimmt. Gerade in schwierigen Zeiten zeigt sich, wie ernst die ansonsten so hoch gelobte Minderheitenpolitik genommen wird.“

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 05.07.2010, 00:08 Uhr - 3965 Clicks - Nr. 654

O'felder Seifenkisten Cup – Die Zweite

Bei hochsommerlichen Temperaturen wurde der „2. O'felder Seifenkisten Cup 2010“ am 04. Juli ausgetragen. Die begeisterte Stimmung aus dem letzten Jahr hatten die Veranstalter von SPD Osterrönfeld und Osterrönfelder TSV (OTSV) in die Vorbereitung des diesjährigen Rennens mitgenommen und daher erneut ein Seifenkistenrennen in Osterrönfeld auf die Beine gestellt.



Vor Beginn des Seifenkistenrennens konnte der Nachwuchs sein fahrerisches Können unter Beweis stellen. Beim erstmals veranstalteten BobbyCar-Rennen waren die kleinen Rennfahrer begeistert bei der Sache und konnten sich über viel Applaus und die anschließende Siegerehrung freuen. Dass Osterrönfeld sich mit seinem Rennnachwuchs auch gegen überregionale Rennpiloten behaupten kann, bewies der 5-jährige Silas Schulz aus Osterrönfeld, der sich gegen Linus Rautenberger (Kiel) und Mia Ottilie (Schönkirchen) mit seinem BobbyCar durchsetzen konnte.

Das anschließende Seifenkistenrennen war dann wieder fest in der Hand der teils weit angereisten Teilnehmer, unter denen sogar Fahrer aus Geesthacht dabei waren. Doch auch die regionalen Rennfahrer etwa aus Osterrönfeld, Bistensee und Schacht-Audorf bewiesen ihr fahrerisches Talent, auch wenn es für einen Platz auf dem Treppchen nicht ganz gereicht hat. Dort lieferte sich Mats Ottilie (Schönkirchen) in seiner Seifenkiste „Der wilde Kerl“ ein packendes Rennen mit Jan Gehrt und Henning Clausen aus Tetenhusen, die beide im „Feuerstuhl“ auf die Piste gegangen waren. Nur wenige Sekunden trennten die drei voneinander und so konnte Mats Ottilie sich schlussendlich den ersten Platz vor Jan Gehrt und Henning Clausen sichern. Doch von dieser Dominanz überregionaler Seifenkisten ließen sich die anderen Teilnehmer und Zuschauer nicht abschrecken. Manche begaben sich sogar auf „Werksspionage“ und schauten sich die Kisten der Konkurrenz sehr genau an, um die eine oder andere Idee für die eigene Seifenkiste mitzunehmen.

Die Frage „Wer hat die schönste bzw. pfiffigste Seifenkiste?“ beantworteten die Zuschauer mit ihrer Stimmenabgabe zu Gunsten des bereits im Zeitclassement Erstplatzierten, Mats Ottilie mit seinem „Wilden Kerl“. Doch auch die anderen Seifenkisten waren echte Hingucker und beeindruckten Zuschauer wie Teilnehmer, etwa der „Rennwolf“ des Osterrönfelders Dennis Wolf. Seine Seifenkiste überzeugte nicht nur mit Motorengeräuschen, sondern auch mit qualmenden „Antriebsdüsen“.

Sichtlich angetan vom Seifenkistenrennen waren auch die als Zuschauer angereisten Vertreter der Osterröndfelder Partnergemeinde, Osten (Niedersachsen), die sich das Seifenkistenrennen nicht entgehen lassen wollten.

Aus Sicht der Organisatoren war die zweite Auflage des O'felder Seifenkisten Cup wieder eine rundum gelungene Veranstaltung. Wie im letzten Jahr auch rufen die Organisatoren alle Zuschauer und Teilnehmer auf, sich wieder mit Anregungen, Tipps und Kritik zum Seifenkistenrennen im direkten Gespräch oder per E-Mail unter info@ofelder-seifenkiste.de an der Zukunft des O'felder Seifenkisten Cup zu beteiligen.

Ein großer Dank geht an dieser Stelle an die vielen ehrenamtlichen Helfer und Unterstützer, die das Seifenkistenrennen durch ihre beeindruckende Arbeit erst möglich gemacht haben!

Weitere Bilder und Ergebnisse vom Seifenkistenrennen gibt es unter www.ofelder-seifenkiste.de

--

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes, MdB](#) - veröffentlicht am 05.07.2010, 10:58 Uhr - 8523 Clicks - Nr. 655

SPD-MdB Franz Thönnnes: Berlin-Fahrt für jedermann 17. bis 19. September 2010

Nach dem überaus guten Zuspruch und der regen Nachfrage bietet der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes auch in diesem Jahr eine selbst zu bezahlende Fahrt nach Berlin an.

Die Reise findet vom 17. bis 19. September 2010 statt. Die Teilnahme kostet 175,- Euro pro Person im Doppelzimmer. Für Einzelzimmer entsteht ein Zusatzbetrag von 50,- Euro.



In diesem Preis enthalten sind neben dem Bustransfer, zwei Übernachtungen mit Frühstück im Hotel „Ludwig van Beethoven“, ein Besuch des Deutschen Bundestages im Reichstag und eine Kunstführung in den Räumen der SPD-Zentrale im Berliner Willy-Brandt-Haus sowie eine Besichtigung der Parkanlagen von Sanssouci in Potsdam.

Die selbst organisierten Fahrten sind ein zusätzliches Angebot von Franz Thönnnes, weil es für die Berlin-Fahrten aus dem Abgeordnetenkontingent auf Einladung des Bundespresseamtes inzwischen deutlich mehr Anmeldungen gibt als Plätze zur Verfügung stehen.

Interessenten werden gebeten, sich im Bürgerbüro unter 04551-968383 oder buengerbuero@thoennes.de anzumelden.

Keine Kommentare

Selbstdenken muss erlaubt sein!
**Martin Habersaat - Kolumne für das Stormarner
Tageblatt**

Lerne leiden, ohne zu klagen! - Dieser Satz wird dem Preußenkönig und Kaiser Friedrich III. zugeschrieben. Mit diesem Satz oder ähnlich könnte man die Weigerung der CDU interpretieren, im letzten Kreistag eine Resolution zur Unterstützung der Universität Lübeck zu beschließen, wie es beispielsweise einstimmig die Bürgerschaft Lübecks und der Kreistag Ostholsteins getan haben.

Nicht, weil man die Universität nicht vor den Plänen der Landesregierung retten wolle, wohl aber, weil man gegen Resolutionen sei. Dabei ist es letztlich die Kraft des Wortes, die in einer Demokratie immer die entscheidende sein sollte. Was sollte unser neuer Präsident Wulff, Gratulation von dieser Stelle, sonst mit seinem neuen Amt anfangen?

Die Uni Lübeck ist in ihrer Existenz bedroht, wenn dort künftig keine Mediziner mehr ausgebildet werden. 1500 von 2600 Studenten fielen weg, viele Firmen aus dem Bereich der Medizintechnik haben sich in und um Lübeck angesiedelt, eben weil es diesen Studiengang gibt; übrigens seit Jahren auf Top-Niveau, wie alle Rankings zeigen. In und um Lübeck? Genau das ist der Punkt: Auch in Stormarn sitzen solche Betriebe. Auch Stormarn verliert, wenn die Uni verloren ist. Aber die CDU möchte die Landesregierung nicht kritisieren. Das erinnert an einen anderen Spruch, der früher in preußischen Amtsstuben hing:

„Es ist dem Untertanen untersagt, den Maßstab seiner begrenzten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen“. - Auch aus Protest gegen solches Denken entstand vor knapp 150 Jahren die SPD. Und weil jeder, auch ein Kreistag, selbst denken und urteilen darf, sind Resolutionen ein geeignetes Mittel von Politik. Das gilt aus meiner Sicht übrigens besonders dann, wenn die Obrigkeit eine begrenzte Einsicht an den Tag legt!

Martin Habersaat (33, Barsbüttel) ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion und hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Webseite: www.martinhabersaat.de



Keine Kommentare

Habersaat und Müller: Landesregierung muss Beratungsresistenz überwinden!

Zur Berichterstattung über die Wissenschafts- und Hochschulpolitik der Landesregierung in der Sitzung des Bildungsausschusses vom 1.7. erklären der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, und der Lübecker Abgeordnete Hans Müller:

Die Ausschusssitzung hat erneut klar gemacht, wie beratungsresistent die Landesregierung in ihrer Wissenschaftspolitik in den letzten Monaten war.

Die Wissenschaftsstaatssekretärin Dr. Andreßen berichtete, dass in der Kultusministerkonferenz über den Ausbau der Studienplätze in



Humanmedizin verhandelt werde. Unter diesen Voraussetzungen kann die Mediziner Ausbildung an der Universität Lübeck nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt, sondern muss im Rahmen eines solchen Sonderprogramms gestärkt werden.

Der Landesrechnungshof hat in derselben Sitzung vorgerechnet, dass die Einstellung der Mediziner Ausbildung in Lübeck nicht zu Einsparungen, sondern nur zu einer Kostenverlagerung nach Kiel führen würde.

Wir erwarten deshalb von der Landesregierung, dass sie noch vor der Sommerpause ein klares Signal an die Studierenden und Lehrenden sowie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UK S-H aussendet, dass in Lübeck auch künftig Mediziner ausgebildet werden.

Entgegen bisheriger Erklärungen wird die Wissenschaftskommission Niedersachsen nun doch zum Jahresende ihr Gutachten über die Weiterentwicklung der Universität Flensburg abgeben. Wir begrüßen es, wenn die Landesregierung tatsächlich zum ursprünglich verabredeten Verfahren zurückgekehrt ist, statt durch Beschlüsse im Küchenzirkel der Haushaltsstrukturkommission auch noch die Universität Flensburg in ihrem Bestand zu gefährden. Einen neuen Anfall von Beratungsresistenz kann sich unsere Wissenschaftslandschaft nicht leisten!

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 05.07.2010, 12:27 Uhr - 2634 Clicks - Nr. 658

Ehrenpreis für Jutta Bahnsen

Zum ersten Mal wurde der Ehrenpreis der Gemeinde Barsbüttel vergeben. Preisträgerin 2010 ist Jutta Bahnsen, die seit 36 Jahren ehrenamtlich für das Rote Kreuz in Barsbüttel aktiv ist, als Schriftführerin im Vorstand und Übungsleiterin in Bewegungsgruppen für Senioren. „Jutta Bahnsen ist eine würdige erste Preisträgerin, sie war auch von den meisten Menschen für diesen Preis vorgeschlagen worden“, berichtete Bürgervorsteher Jörg Kiencke (SPD).



Die Preisverleihung fand als außerordentliche Sitzung der Barsbütteler Gemeindevertretung in der Mensa der IGS Barsbüttel statt. Die Laudatio hielt Bürgermeister Thomas Schreitmüller, unter den Gästen waren viele Weggefährten Jutta Bahnsens vom DRK, Werner Schlüter als Vorsitzender des Seniorenbeirats, Pastorin Sabine Eler, IGS-Schulleiter Hartmut Hohann und, in seiner Eigenschaft als Gemeindevertreter, der Barsbütteler Landtagsabgeordnete Martin

Habersaat (SPD).

Jörg Kiencke hatte den Preis ins Leben gerufen, um ehrenamtliches Engagement oder bedeutende Leistungen von Barsbüttlerinnen und Barsbüttlern würdigen zu können. Auf der Ehrentafel, die im Rathaus aufgehängt werden soll, ist nun Platz für die Preisträger der nächsten 150 Jahre, scherzten Besucher der Feierstunde. Die nächste Plakette wird 2011 ergänzt, bis zum März 2011 können preiswürdige Barsbüttlerinnen und Barsbüttler bei Jörg Kiencke nominiert werden. Dieser sammelt die Vorschläge und legt sie zur Entscheidung dem Hauptausschuss der Gemeinde Barsbüttel vor.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 06.07.2010, 15:02 Uhr - 1091 Clicks - Nr. 659

Doppelaufträge vermeiden!

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

"Anderthalb Jahre, nachdem SPD, Grüne und SSW in der Ratsversammlung vom 11. Dezember 2008 die Verwaltung mit der Entwicklung eines doppelischen Haushaltskonsolidierungskonzepts namens "Kieler Konsolidierungspfad/Reformkataster" beauftragt haben, entschließt sich nun auch die CDU-Ratsfraktion, sich der Rathauskooperation anzuschließen. Zumindest gehen ihre Anträge in diese Richtung, wenn sie den Oberbürgermeister zu einem Bericht über Einsparmöglichkeiten durch Veränderungen von allein durch die Stadt zu bestimmenden Standards auffordern (Antrag der CDU-Fraktion "Standards kritisch prüfen", Drs. 0528/2010) und ein Konzept "Verwaltung 2013" erarbeiten lassen will, wie Personal und Aufgaben abgebaut und die Verwaltung durch dezentrale Ressourcenverantwortung und verbessertes Controlling gesteuert werden können (Antrag der CDU-Fraktion "Verwaltungsreformprozess", Drs. 0552/2010). Doppelaufträge werden wir in der Ratsversammlung nicht beschließen, weil sie unnötig sind und nur zusätzlichen und teuren Verwaltungsaufwand erzeugen.

Denn die Rathauskooperation hat in ihrem Auftrag für einen "Kieler Konsolidierungspfad/Reformkataster" (Drs. 1141/2008) die Verwaltung bereits auf folgende Vorgaben verpflichtet:

"1. Die konkrete Ausgestaltung der Haushaltskonsolidierung orientiert sich an den strategischen Zielen der Landeshauptstadt Kiel, die an den Erfordernissen einer nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung neu ausgerichtet werden. Auf der Grundlage der Doppik werden künftig strategische Vorgaben an die Fachverwaltung vorgegeben. Diese strategischen Vorgaben basieren auf den strategischen Zielen und den damit verbundenen Prioritäten, der laufenden Aufgabenkritik und dem Prinzip der sparsamen Haushaltsführung. Die strategischen Vorgaben werden von der Ratsversammlung im ersten Quartal zur Beschlussfassung vorgelegt. Auf der Basis der strategischen Vorgaben werden die Fachdezernate ihre Budgets aufstellen und anmelden.

2. Zur Absicherung der Haushaltskonsolidierung soll ein Anreizsystem der pauschalen Übertragung eingeführt werden. Nicht verausgabte Mittel werden als Reste in den Budgets belassen, sodass sie im Folgejahr noch zur Verfügung stehen. Dezernate erhalten zudem die

Möglichkeit, im Vollzug Mittel umzuschichten, bisherige Standards zu prüfen bzw. bestimmte Aufgaben nicht mehr wahrzunehmen, um flexibel auf neue Situationen reagieren zu können.

3. Das Controlling wird im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung in die Fachdezernate verlagert. Dazu wird entsprechend Personal bereitgestellt.

4. Für die informationsgestützte Steuerung auf der Basis von Kennzahlen erstellt die Verwaltung ein verwaltungsinternes Handbuch zur Wirtschaftlichkeitsberechnung mit den für die Verwaltung gültigen Standards.

5. Zur Fortsetzung der Aufgabenkritik erstellt die Verwaltung eine Übersicht zu folgenden Fragen:

- Welche Aufgaben sind seit 2004 weggefallen bzw. in ihrem Umfang reduziert oder erweitert worden?

- Welche Aufgaben sind seit 2004 an Dritte delegiert?

- Welche Aufgaben erledigt die Stadt seit 2004 effizienter als zuvor?

und aktualisiert die Übersicht über alle zur Zeit von der Stadtverwaltung wahrgenommenen Aufgaben nach den Bindungsgraden 1 bis 5 im Sinne der Vorlage (Geschäftliche Mitteilung) „Stadtverwaltung 2010“ (Drs. 0684/2001).“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.07.2010, 23:23 Uhr - 3729 Clicks - Nr. 660

Ein neues Buch zur Geschichte der SPD SH

Eckart Kuhlwein, von 1969 bis 1971 Landesvorsitzender der Jungsozialisten, von 1973 bis 2003 im Landesvorstand, fünf Jahre Landtagsabgeordneter und 22 Jahre Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Stormarn-Süd/Herzogtum Lauenburg, hat ein Buch über die schleswig-holsteinische SPD geschrieben.

Als roter Faden zieht sich durch seine Aufzeichnungen die Frage, was denn immer „links“ am SPD-Landesverband im Norden gewesen ist. Sein Fazit: Es gab gelegentlich Irrungen und Wirrungen, aber in vielen politischen Feldern ist er Vorreiter in der großen „linken Volkspartei“ gewesen: In der Ostpolitik, in der Friedens- und Abrüstungspolitik, bei der Verteidigung der Bürgerrechte, bei der Energiewende weg von der Atomkraft, in der Umweltpolitik, in der Bildungspolitik, beim Einsatz für eine nachhaltige Entwicklung“, bei der Aussetzung der Wehrpflicht, bei der Gleichstellung von Frau und Mann.

Vieles davon geht auf den legendären Landesvorsitzenden Jochen Steffen zurück, der die Generallinie von 1965 bis 1975 bestimmt hat. Steffen wandelte sich in diesen Jahren vom Prediger für industrielles Wachstum zum Skeptiker einer kapitalistischen Industriegesellschaft, in der die Menschen nicht mehr selbst über ihre Zukunft entscheiden können.



Das Buch von Eckart Kuhlwein über 30 Jahre SPD-Geschichte ist bei „rotation“, einer Tochter des Vorwärts-Verlags in Berlin, als Book-on-Demand erschienen.

Paperback, 288 Seiten, 19.90 Euro

ISBN: 978-3-86850-661-7

www.rotation-verlag.de

kontakt@rotation-verlag.de

Eckart Kuhlwein war von 1971 bis 1976 MdL, von 1976-1998 Mitglied des Deutschen Bundestags. Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft von 1981-1982 durfte er gelegentlich mit Helmut Schmidt am Kabinetttisch sitzen. Kuhlwein engagiert sich heute in der SPD für die Umweltpolitik, arbeitet im Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands mit und ist Vorsitzender eines Deutsch-Zyprischen Forums, das sich um die friedliche Wiedervereinigung der Insel Zypern bemüht. Seine Anschrift: Eckart Kuhlwein, Bramkampweg 5, 22949 Ammersbek
Tel. 04102-42574, [mailto: kuhlwein@naturfreunde.de](mailto:kuhlwein@naturfreunde.de)

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 07.07.2010, 08:57 Uhr - 8059 Clicks - Nr. 661

SPD-Kreis AG 60 plus: Sparen nur auf Kosten der Armen ist unsozial

Zu der geplanten Erhöhung des Beitragssatzes erklärt der Kreisvorsitzende der SPD-AG 60 plus Hans Peter Robin:

„Mehr Netto vom Brutto, so lautete das schwarz-gelbe Versprechen. Immer weniger vom Netto ist die bittere Wahrheit“

Die Rentner und Geringverdiener werden immer mehr belastet – durch einen höheren Kassenbeitrag, noch höhere Zusatzbeiträge, Nullrunden für Rentner, Wegfall der Rentenbeitragszahlung für ALG II – Empfänger.

Das ist nicht nur ungerecht sondern mindert die Kaufkraft u

Zu einem ausgewogenen Sparpaket gehört, dass alle gesellschaftlichen Gruppen in die Maßnahmen einbezogen werden. Die Lasten müssen auf breitere Schultern gelegt werden.

„Bei den Krankenkosten muss nach unserer Auffassung von Gerechtigkeit auch die Pharmaindustrie einen großen Beitrag leisten. Sparen nur auf Kosten der Armen ist unsozial und unanständig,“ so der Kreisvorsitzende Robin.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 07.07.2010, 11:29 Uhr - 3140 Clicks - Nr. 662

Mediziner Ausbildung in Lübeck erhalten - aber so nicht!

Zum Alternativkonzept zum Erhalt der medizinischen Fakultät der Universität Lübeck erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Wir stellen fest, dass die Verantwortlichen der Lübecker Universität der Landesregierung auf den Leim gegangen sind, die die Standorte gegeneinander ausspielt. Wir finden es ärgerlich, dass die Lübecker dieses Spiel nicht durchschaut haben, sondern dabei mitmachen.

Die von der Landesregierung vorgesehene Sparquote ist keine realistische Größenordnung,

wenn man das erreichte Niveau der Mediziner Ausbildung erhalten möchte. Sie kann nicht ohne Qualitätsverlust in Wissenschaft und Forschung umgesetzt werden. Medizinstudienplätze können nur Schritt für Schritt rechtssicher abgebaut werden.

Die Autoren des Alternativkonzepts der Uni Lübeck schlagen faktisch vor, die angebliche Rettung des Medizinstudiums in Lübeck vom UKSH bezahlen zu lassen. Außerdem wollen sie Studiengebühren im Rahmen einer Stiftungsuniversität erheben. Der hinkende Vergleich mit der Finanzierung des privaten Uniklinikums Gießen-Marburg macht deutlich, dass die Konzeptautoren auch eine Privatisierung des Klinikums als Grundlage für ihre Kürzungspläne ansehen.

Auch der Vorschlag, die Trennung zwischen Universitätspersonal mit Aufgaben in Forschung und Lehre sowie reinem Klinikpersonal ist nicht sinnvoll, da er die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Qualifikation begrenzt und die wesentlichen Voraussetzungen für die Ausbildung von Hochschulmedizinern verhindert.

Wir hätten erwartet, dass die medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck gemeinsam ein Konzept erarbeiten, das die Mediziner Ausbildung in Schleswig-Holstein an zwei Standorten erhält, stabilisiert und qualitätsverträgliche Einsparpotentiale definiert. Jeder Alleingang einer Fakultät ist kontraproduktiv; in einer schwierigen Situation ist vielmehr Teamgeist und Kooperation gefragt.

Die SPD will die Mediziner Ausbildung in Lübeck erhalten – und zwar ohne Studiengebühren! Deshalb halten wir es für sinnvoll zu prüfen, ob das mit einer Fakultät und zwei Standorten besser funktioniert und ob der Bund sich über einen Ausbildungspakt für Mediziner an der Finanzierung beteiligen kann. Durch Synergien sind sicherlich Kostenreduzierungen zu erreichen.

Das sogenannte Alternativkonzept von Prof. Dominiak mag eine hilfreiche Brücke für die Landesregierung sein, ihren Vorschlag – Schließung der medizinischen Fakultät Lübeck – ohne großen Gesichtsverlust rückgängig zu machen. Es ist aber für die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein genauso wenig akzeptabel wie der Vorschlag der Landesregierung.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 07.07.2010, 13:18 Uhr - 50983 Clicks - Nr. 663

„Risiken von Ölgewinnung in der Nordsee müssen neu bewertet werden“

Straßburg: Angesichts der Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko fordert die SPD-Europaabgeordnete und fischereipolitische Sprecherin der S&D Fraktion, Ulrike Rodust, Rat und Kommission auf, die Risiken der Ölförderung auch in europäischen Gewässern neu zu bewerten. In der für die Plenarsitzung am Mittwochabend in Straßburg angesetzten Debatte geht es für Rodust um die Frage, welche Konsequenzen Europa aus der Ölkatastrophe ziehen wird: „Ich erwarte hier konkrete Schritte und einen ehrgeizigen Zeitplan von dem zuständigen Kommissar Günther Oettinger.“



Seit der Explosion der Ölplattform „Deepwater Horizon“ vor der US-Küste Ende April strömen täglich mehrere Millionen Liter Öl ins Meer –

mit verheerenden ökologischen wie wirtschaftlichen Folgen. Die schwerste Umweltkatastrophe in der Geschichte der USA lenkt den Blick aber auch auf die Ölförderung vor europäischen Küsten. Schließlich stehen allein in der Nordsee mehr als 400 Ölplattformen.

„Der für Energiepolitik zuständige Kommissar muss hier Stellung beziehen, welche Anpassungen in der europäischen Gesetzgebung er plant, um ähnliche Katastrophen bei uns zu verhindern“, fordert Rodust und fragt: „Ist die Kommission bereit, die Umwelthaftung auszubauen, um mögliche Unglücksfolgen zumindest finanziell abzufangen?“ Mit den bestehenden Haftungsregelungen für Unglücke auf Ölplattformen ist Rodust jedenfalls ebenso unzufrieden, wie mit der Risikovorsorge bei der Ölförderung vor allem in Tiefen über 200 Meter, in denen keine Taucher sondern nur noch Roboter arbeiten können.

„In Anbetracht von 320 000 km Meeresküste, über die die EU verfügt, müssen wir uns die Frage stellen, wie viel Risiken wir bereit sind in Kauf zu nehmen, ehe wir endlich den Schritt weg vom Öl, hin zu einer Energiezukunft auf Basis erneuerbarer Ressourcen wagen“, so Rodust abschließend.

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 07.07.2010, 18:23 Uhr - 2903 Clicks - Nr. 664

Erste gemeinsame MV der Ortsvereine Glücksburg und Wees

Am 30. Juni fand die erste gemeinsame Mitgliederversammlung der Ortsvereine von Wees und Glücksburg statt.

Der Einladung folgten als Referenten der MdL Lothar Hay und der Bürgermeister von Wees Uli Christophersen.

In seinen Ausführungen stellte Lothar Hay die Bemühungen der SPD Fraktion zur Spardebatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag dar. In naher Zukunft sei ein Konsolidierungskonzept der SPD Fraktion zu erwarten.

Im zweiten Teil der Veranstaltung gab der Bürgermeister von Wees, Uli Christophersen, einen Überblick über die bisherigen Vorarbeiten und Maßnahmen zur Infrastruktur des neuen Gewerbegebietes von Flensburg/ Wees und Glücksburg ab.

Am Ende der Diskussionen wurde von allen Teilnehmern die Ansiedlung von Gewerbe in dem neugeschaffenen Ansiedlungsgebiet mit einem klaren Ja beantwortet.

Die Vorsitzenden Hartmut Krause vom OV Wees und Hermann Jobben vom OV Glücksburg waren sich einig, dass es weitere gemeinsame Veranstaltungen geben wird, die eine gemeinsame politische Arbeit in den Kommunen ermöglicht.

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 08.07.2010, 08:20 Uhr - 3740 Clicks - Nr. 665

Die Entscheidung für den Verkauf der Versorgungsnetze war falsch!!

Die SPD-Ratsherren Bernd Delfs und Claus-Rudolf Johna bedauern die Entscheidung der Ratsversammlung.

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag gestellt, dass die Versorgungsnetze (Strom- und Gasnetze) der Stadtwerke Neumünster nicht an einen landesweiten Netzbetreiber unter der Führung der E.ON-Hanse verkauft wird. Der Antrag wurde von der Ratsversammlung mit Stimmen der CDU/FDP und Grünen abgelehnt. Bedauerlich ist, dass sich CDU und FDP nicht an der Debatte beteiligten.

Die SPD ist der Meinung, dass der Verkauf der Versorgungsnetze eine falsche Entscheidung

war. Wer Eigentümer der Netze ist, hat die (Entscheidungs-)Macht. Der Netzbetreiber entscheidet, wo Leitungen verlegt werden und wie diese instand gehalten werden. Die Netze gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge und es ist davon auszugehen, dass sich diese Entscheidung auch für die Strom- und Gaskunden negativ auswirkt (steigende Kosten). Finanziell lohnt sich diese Entscheidung auch für die Stadt Neumünster nicht, denn die Kunden können sich nicht die Netzbetreiber aussuchen, aber sehr wohl den Stromlieferanten. Mit der Entscheidung der Ratsversammlung wurde das gewinnbringende Netz privatisiert und die Stromproduktion vollständig der Stadt Neumünster zurückgegeben. Damit ist fraglich, ob die Stadtwerke Neumünster -ohne ihre Netze- sich weiterhin gegen die großen Stromproduzenten behaupten können. Die CDU/FDP und Grüne entscheiden nach dem Motto:

Gewinne privatisieren und Verluste verstaatlichen.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 08.07.2010, 09:20 Uhr - 5055 Clicks - Nr. 666

SPD Familienfest mit Sonne, Politik und guter Laune

Am kommenden Samstag, 10. Juli 2010 geht es wieder rund auf dem Großflecken. Der SPD Kreisverband lädt zum Ferienstart alle kleinen und großen Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner zum bunten SPD Familienfest auf dem Großflecken ein.

In der Zeit von 10 bis 14 Uhr gibt es wieder ein Fest mit LIVE-Musik der Bratzband Tungendorf und der Gruppe BEATSHOCK. Neben Kinderspielaktionen wie Hüpfburg, "Heißer Draht" , Kindertatoos und Torwandschießen sorgen die Ortsvereine der SPD Neumünster mit Bratwurst, frischgezapftem Bier vom Faß, Waffeln sowie Kaffee und Kuchen für das leibliche Wohl. Mit von der Partie sind in diesem Jahr, neben den Arbeitsgemeinschaften der SPD, auch der Alevitische Kulturverein und das "Bündnis gegen Rechts". "Das Wetter scheint gut zu werden und wir freuen uns sehr darauf, wenn sich viele Mitbürger an unserem Fest beteiligen." erklärt der stellv. Kreisvorsitzende Oliver Sundermann. " Die Politik kommt natürlich auch nicht zu kurz," ergänzt Fraktionschef Andreas Hering. "Neben den Mitgliedern der SPD Rathausfraktion stehen der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies sowie die zwei Landtagsabgeordneten Annette Langner und Henning Höppner zu Gesprächen zur Verfügung."

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 08.07.2010, 11:22 Uhr - 10885 Clicks - Nr. 667

Kommunen in Finanznot

Wirtschaftsförderung – schwarz-gelb bringt auch im Kreis Segeberg die Kommunen in Finanznot

Die SPD des Kreises Segeberg ist sich der Verantwortung für die Wirtschaft im Kreis sehr wohl bewusst und unterstützt das Vorhaben, Wirtschaftsförderung zu betreiben. Dabei geht es darum, Arbeitsplätze durch neue Betriebsansiedlungen zu schaffen, aber auch darum, bestehende Betriebe zu unterstützen und existenzsichernde Arbeitsplätze zu erhalten.

Auch wenn in einer Umfrage die einzelnen Kommunen, vor allem im Osten des Kreises, eher auf eine kreiseigene Wirtschaftsförderung verzichten möchten, sollte der Kreistag das gesamte Kreisgebiet im Auge behalten. Die SPD sieht daher in der Wirtschaftsförderung einen

notwendigen Schritt, um dem Kreis die wirtschaftliche Zukunft nachhaltig zu sichern.

Anders als CDU und FDP will die SPD die Wirtschaftsförderung moderat entwickeln und aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, wo die Wirtschaftsförderung wenig erfolgreich war. Weder die Zusammenarbeit mit dem Kreis Pinneberg in der gemeinsamen WEP noch die Tätigkeit der allein dem Kreis Segeberg gehörenden WFS GmbH waren von Erfolg gekrönt.

Die SPD lehnt die Wirtschaftsförderung in einer privat-wirtschaftlichen GmbH ab. Angesichts einer leeren und völlig überschuldeten Kreiskasse ist die notwendige Bereitstellung von 100.000 Euro als Stammkapital für die Wirtschaftsförderung und das jährliche Budget von bis zu 500.000 Euro nicht zu verantworten. Die SPD schlägt statt dessen einen Fachdienst vor, der der Kreisverwaltung angegliedert wird. Mit diesem Dienst können die Interessen des Kreises am besten und transparentesten wahrgenommen werden.

Der von CDU und FDP beschlossene Weg wird alle Kommunen an der Finanzierung der Wirtschaftsförderung indirekt beteiligen, auch wenn sie keine Wirtschaftsförderung für sich in Anspruch nehmen wollen. Dieses wird geschehen durch die – von CDU und FDP bereits angedrohte – überhöhte Anhebung der Kreisumlage.

Eine übermäßige Erhöhung der Kreisumlage ist durch die Kommunen nicht mehr aufzubringen und bringt sie in Finanznot.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 08.07.2010, 14:55 Uhr - 7651 Clicks - Nr. 668

Fragen der SPD zu Kürzungen für die Minderheiten in Deutschland und Dänemark: Bundesregierung antwortet widersprüchlich und mit mangelnder Kompetenz



Die SPD-Bundestagabgeordneten Sönke Rix und Franz Thönnies erklären als Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Gremien für Minderheitenfragen des Deutschen Bundestages und des Landtages Schleswig-Holstein zu den Kürzungsvorhaben der Landesregierung Schleswig-Holstein und der Bundesregierung für die dänische und deutsche Minderheit in der Grenzregion im Nachgang zu der gestrigen Fragestunde:

Das Thema der Kürzungen der Zuschüsse an die dänischen Schulen durch die CDU/FDP-Landesregierung in Schleswig-Holstein hat den Deutschen Bundestag erreicht. Die Mitglieder der Landesgruppe der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels, Bettina Hagedorn, Sönke Rix und Franz Thönnies hatten acht Fragen hierzu und zu den beabsichtigten Zuschussreduzierungen der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung für die deutsche Minderheit in Dänemark in die gestrige Fragestunde des Berliner Parlamentes eingebracht.

Die durch die FDP-Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, gegebenen Antworten waren ernüchternd, widersprüchlich und zeugten von mangelnder Kenntnis über die Bedeutung und den Wert der Bonn-Kopenhagener Erklärungen aus dem Jahr 1955 hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung und des Lebens der Minderheiten in der Grenzregion in den letzten Jahrzehnten.

Gerade zu sarkastisch mutete die Einleitung der Fragenbeantwortung der FDP-Staatsministerin Cornelia Pieper an, da sie angesichts der beabsichtigten Kürzungen in Kiel und Berlin formulierte: „Ich möchte seitens der Bundesregierung erst einmal zum Ausdruck bringen, dass wir uns freuen, dass Sie sich dafür einsetzen, dass Bildungsinvestitionen gesteigert werden.“ Angesichts der von der Carstensen-Regierung in Kiel vorgesehenen Reduzierung der Zuschüsse um 4,7 Mio. Euro an die Schulen der dänischen Minderheit und der damit verbundenen Wirkung, dass hier nur noch 85 der 100 Prozent der deutschen Schulen bezahlt werden sollen sowie der in Aussicht gestellten Teilstreichung von Berliner Mitteln für die deutsche Minderheit in Dänemark, erklärte die FDP-Staatsministerin weiter: „Die Bundesregierung kann die Einschätzung der dänischen Außenministerin Lene Espersen, wonach es zu einer „schiefen Entwicklung“ bei den Zuschüssen für beide Minderheiten gekommen sei, nicht bestätigen.“

Immer wieder wurde von Cornelia Pieper darauf verwiesen, dass das Thema aufgrund der Kultushoheit in der Verantwortung der schleswig-holsteinischen Landesregierung läge. Ein Verstoß gegen die Minderheiten schützenden Regeln der Bonn-Kopenhagener Erklärungen konnte sie ebenfalls nicht erkennen, obwohl hierin klar bestimmt ist, dass niemand unter anderem „wegen seiner Sprache benachteiligt werden darf“ und dass „bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden dürfen.“

Grotesk wirkten die Aussagen der FDP-Staatsministerin, wonach die Förderung der beiden Minderheiten auf Dauer nur dann sichergestellt werden könne, wenn die Maßnahmen als Teil der Konsolidierungsmaßnahmen der staatlichen Haushalte beiderseits der deutsch-dänischen Grenze den gewünschten Erfolg erzielen, und dass dies auch „im Interesse der zukünftigen Generationen“ sei. Dennoch äußerte sie Verständnis für „den Ärger und auch die Enttäuschung einiger Eltern der dänischen Minderheit“ und ermunterte die Oppositionsabgeordneten angesichts der befürchteten Schließung von 22 Schulen gleich mehrfach auf, die Forderungen an die schleswig-holsteinische Landesregierung zu stellen und „im Landtag von Schleswig-Holstein alles daran zu setzen – so wie wir es hier auch von der Bundesregierung aus leisten –, dass es keine Kürzung im Bildungsbereich und keine Schließung von Schulen gibt.“

Gleich zweimal erklärte die Vertreterin von FDP-Außenminister Westerwelle auf die Fragen der SPD-Bundestagsabgeordneten Sönke Rix und Franz Thönnies zu den beabsichtigten Bundeskürzungen für die deutsche Minderheit in Dänemark, „dass die Bundesregierung gerade nicht kürzt“. Sie unterstrich dies mit den Worten: „Die Förderung mit Bundesmitteln wird nicht nur in diesem Jahr, sondern soll auch im nächsten Jahr nominal gleich bleiben.“

Die Konfusion der schwarz-gelben Regierungsarbeit war da endgültig perfekt, denn parallel lag dem Haushaltsausschuss die Haushaltsplanvorlage für das Innenministerium vor, wonach sich die Mittel für die deutsche Minderheit in Dänemark im nächsten Jahr um 1,5 Mio. Euro verringern sollen. Da konnte auch der neben der FDP-Staatsministerin sitzende und aus Schleswig-Holstein stammende Parlamentarische Staatssekretär beim Innenminister Dr. Ole Schröder nicht mehr helfen.

Die insgesamt 45 Minuten mit 23 Fragen dauernde Behandlung der beabsichtigten Kürzungen für die dänische und deutsche Minderheit im Parlament hat mit den Antworten der Bundesregierung mehr als deutlich gemacht, dass die Verantwortung für die von den damaligen Regierungschefs Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und Ministerpräsident H.C. Hansen 1955 unterzeichneten Bonn-Kopenhagener Erklärungen von CDU/CSU und FDP nur unvollständig wahrgenommen wird. Die Art und Weise der Antworten lässt ebenfalls die

Schlussfolgerung aufkommen, dass das bisherige erfolgreiche Bemühen aller politischen Akteure und der beiden Minderheiten in der Grenzregion von einem Gegeneinander zu einem gedeihlichen Miteinander im zurückliegenden halben Jahrhundert auf die leichte Schulter genommen werden.

Die SPD wird sich jedenfalls weiterhin mit ihren Abgeordneten dafür einsetzen, dass die Kürzungsabsichten der christlich-liberalen Regierungen in Kiel und Berlin zu Lasten der Minderheiten keine Mehrheiten in den Parlamenten finden.

Das interessante Wortprotokoll der Fragestunde des Deutschen Bundestages kann unter www.bundestag.de Drucksache Plenarprotokoll 17/54 (7. Juli 2010) abgerufen werden.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 08.07.2010, 15:13 Uhr - 4286 Clicks - Nr. 669

UBA Studie Energieziel 2050: 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen

Energieziel 2050: 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen

Windrad in der Landschaft vor blauem Himmel; Quelle: Martin Lehotkay © fotolia.de Eine neue UBA-Studie zeigt, dass eine Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien realistisch ist. Dies ist mit der besten bereits heute am Markt verfügbaren Technik möglich. Das untersuchte Szenario "Regionenverbund" belegt: Deutschland kann die Importabhängigkeit von Primärenergie deutlich reduzieren



Link: [Energieziel 2050: 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen](#)

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 09.07.2010, 09:22 Uhr - 2735 Clicks - Nr. 670

Aldi-Standort an der Apenrader Straße?

SPD erreicht in der Ratsversammlung eine Denkpause

„Neuer Zentralstandort für das JAW unverzichtbar“

Auf Initiative der SPD hat der Rat den Verkauf des JAW-Geländes an der Apenrader Straße noch nicht vollzogen und so eine Denkpause ermöglicht. Aus Sicht der SPD ist es richtig, Verkaufserlöse für die Zukunftssicherung des JAW zu erwirtschaften, zur zukünftigen Nutzung des Grundstückes gebe es aber noch viele offene Fragen.

Der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost: „Die SPD steht uneingeschränkt hinter dem Konzept, die Einrichtungen des JAW an einem neuen Zentralstandort zu bündeln. Das optimiert seine Arbeitsbedingungen, sorgt für eine vernünftige Nutzung des Ex-Motorola-Gebäudes an der Eckener Straße und hilft so, die Zukunft des JAW dauerhaft zu sichern.“ Die Veräußerung der Alt-Standorte sei ein unverzichtbarer Baustein im Finanzierungskonzept.

„Gleichwohl gibt es für uns noch Klärungsbedarf für die Nachnutzung, insbesondere in baurechtlicher und planerischer Hinsicht“, so Trost weiter. „Deshalb hat die SPD bereits am vergangenen Dienstag im Hauptausschuss verschiedene Fragen an die Verwaltung

gerichtet.,die für uns noch nicht geklärt sind. So sind wir erstaunt darüber, dass der Aldi-Markt, der von der Sonderburger Straße auf das JAW-Gelände ziehen soll, baurechtlich der "Nahversorgung" dient. Schon am alten Aldi-Standort sind es jedoch schon jetzt 30 Prozent auswärtige, nämlich dänische Kunden. Am neuen Standort ist eine Steigerung eben dieses Anteils das Ziel der Investoren. Außerdem ist offensichtlich nicht sicher, ob das sogenannte gemeindliche Einvernehmen baurechtlich wirklich auf sicheren Füßen steht - weist der Flächennutzungsplan doch eine Gemeinbedarfsfläche und im Umfeld allgemeines Wohngebiet aus. Wird dem Einfügungsgebot wirklich Rechnung getragen? Diese und andere Fragen müssen geklärt werden."

Ein Verkaufsbeschluss hat aus Sicht der SPD auch keine Eile, da laut Verwaltung der Bau des neuen Marktes ohnehin erst im Jahr 2012 erfolgen sollte. „Im Nachhinein müssen sich Verwaltung und Politik selbstkritisch die Frage stellen, ob ein Bebauungsplanverfahren mit Bürgerbeteiligung nicht der bessere Weg zur Klärung aller Fragen gewesen wäre - wie zum Beispiel auch hinsichtlich der Auswirkungen auf den benachbarten ADS-Kindergarten Sophiesminde“, meint Trost abschließend.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes, MdB](#) - veröffentlicht am 09.07.2010, 09:28 Uhr - 9187 Clicks - Nr. 671

Gymnasiasten aus Henstedt-Ulzburg zu Gast bei Thönnnes in der Hauptstadt

Ein Blick hinter die Kulissen der Politik bekamen 25 Schülerinnen und Schüler des Alstergymnasiums aus Henstedt-Ulzburg Anfang Juli in Berlin. Auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnnes waren Sie im Rahmen ihrer Klassenfahrt zu Besuch im Paul-Löbe Haus des Deutschen Bundestages.



Thönnnes diskutierte mit den Jugendlichen und diese nahmen die Gelegenheit intensiv wahr und stellten dem SPD-Politiker Fragen zur Wehrpflicht und dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Auch die Bereiche Frauenförderung in der Wirtschaft durch feste Quoten und die Funktionsfähigkeit der Krankenversicherung in problematischen Einzelfällen wurden diskutiert. Thönnnes appellierte schließlich auch an die Schüler ihr politisches Interesse in die Jugendorganisationen der demokratischen Parteien einzubringen. Schließlich seien alle Parteien vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung auf politischen Nachwuchs angewiesen.

Die Zeit ging schnell vorbei und zum Abschluss stand bei schönstem Sommerwetter noch der Besuch der Reichstagskuppel auf dem Programm. „Das Gespräch mit jungen Menschen über ihre Sichtweisen sowie über Politik und Demokratie ist mir in meiner Arbeit sehr wichtig. Deshalb freut es mich viele junge Menschen aus dem Wahlkreis in Berlin begrüßen zu können“, so der Segeberger Bundestagsabgeordnete nach dem Besuch der Klasse.

Bild: Die Schülerinnen und Schüler des Alstergymnasiums aus Henstedt-Ulzburg und Franz Thönnnes im Paul-Löbe Haus des Deutschen Bundestages

Keine Kommentare

Kein Schüttgut nach Dietrichsdorf!

In einer gemeinsamen Presseerklärung teilen der Aufsichtsratsvorsitzende der Seehafen Kiel GmbH, Ratsherr Hans-Werner Tovar (SPD) sowie das Aufsichtsratsmitglied, Ratsherr Dirk Scheelje (Bündnis 90/Die Grünen) mit, dass die angedachte Verlagerung des Schüttguts von der Tirpizmole in den Ostuferhafen vom Tisch ist.

Angesichts der sich positiv entwickelnden Auslastung des Ostuferhafens und des damit verbundenen Platzbedarfs ist eine Verlagerung des Schüttgutumschlags betriebswirtschaftlich nicht vertretbar.

Wie berichtet, war angedacht, aus städtebaulichen Gründen den in Holtenau gelegenen Tonnenhof an die Scheermole und den dortigen Schüttgutumschlag in den Ostuferhafen zu verlagern. Der Ostuferhafen steht für diesen Ringtausch nicht mehr zur Verfügung. Die dahinter stehende Problematik könne, so Tovar und Scheelje, allenfalls durch eine Verlagerung des Tonnenhofs an einen anderen Standort gelöst werden.

Die Ortsbeiräte Neumühlen-Dietrichsdorf und Wellingdorf-Ellerbek hatten sich gegen eine Verlagerung des Schüttgutes ausgesprochen. Seehafen Kiel kann nunmehr „Entwarnung“ geben.

Keine Kommentare

Bürgerhaushalt ist Schritt auf dem Kieler Konsolidierungspfad von SPD, Grünen un

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

„Bürgerhaushalte sind eine gute Möglichkeit, um die Kielerinnen und Kieler besser an kommunalpolitischen Entscheidungen zu beteiligen. Deshalb wollen wir einen Kieler Bürgerhaushalt in einem Amt der Stadtverwaltung modellhaft einführen und die dabei gemachten Erfahrungen in die weitere Diskussion über die Ausweitung dieser Beteiligungsform einfließen lassen. So haben wir es bereits in unserem Kooperationsvertrag vom Juli 2008 vereinbart, und bereits im Dezember 2008 haben wir die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung eines Konzepts für einen solchen Bürgerhaushalt als Bestandteil des Reformkatasters (Drs. 1141/2008 Ziff. 10) beauftragt, der ein späterer Schritt auf dem von SPD, Grünen und SSW entwickelten Kieler Konsolidierungspfad sein wird.

Zuvor müssen bei der Umstellung auf das doppische Haushaltsverfahren, die eine gewaltige und anerkennenswerte Kraftanstrengung von allen Beschäftigten im Kieler Rathaus verlangt, allerdings Prioritäten gesetzt werden. Zur tatsächlichen Bewertung der finanziellen Grundausstattung der Landeshauptstadt Kiel ist eine Eröffnungsbilanz erforderlich, die den Vermögensbestand der Stadt feststellt. Diese liegt nun seit wenigen Tagen vor. Mit der Gesamtheit der jetzt zur Verfügung stehenden Daten können nach und nach die Bereiche nebst verfügbaren Haushaltsmittel herausgearbeitet werden, die tatsächlich verfügbar sind für Entscheidungen und nicht Pflichtaufgaben aufgrund landes- oder bundespolitischer

Gesetzgebung. Aber erst wenn das neue doppische Verfahren in der Stadtverwaltung in der Praxis „angekommen“ ist, macht es Sinn, eine Beteiligung der Kielerinnen und Kieler durch einen Bürgerhaushalt zu erproben. Das bedeutet einen durchgängigen Ausweis von wirkungsorientierten Zielen in allen Haushaltsbereichen unter Berücksichtigung der strategischen Ziele. Die notwendigen Beschlüsse für ein verantwortungsvolles Handeln von Politik und Verwaltung haben SPD, Grüne und SSW insbesondere mit dem "Kieler Konsolidierungspfad/Reformkataster" gefasst."

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 09.07.2010, 11:00 Uhr - 50620 Clicks - Nr. 674

"Klares Signal für die Agrarpolitik nach 2013" Europäisches Parlament stimmt für den Erhalt einer starken nachhaltigen Gemeinsamen Agrarpolitik

Noch vor der Veröffentlichung der ersten Kommissionsmitteilung zu der für 2014 anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik bezieht das Europäische Parlament bereits Position. Mit ihrem am Donnerstag in Straßburg angenommenen Bericht bekennen sich die Europaabgeordneten zu einer starken und nachhaltigen Gemeinsamen Agrarpolitik, die gleichermaßen auf die verlässliche Versorgung mit qualitativ-hochwertigen Agrarprodukten ausgerichtet ist, wie auf ein nachhaltiges Wachstum, das die Umwelt schützt und zum Klimaschutz beiträgt.



Ulrike RODUST, agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten begrüßte das Abstimmungsergebnis: "Das Europäische Parlament hat ein klares Signal gesetzt, dass es zukünftig bei der Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik mitentscheiden will und kann!"

Besonders erfreut zeigte sich Ulrike RODUST, dass zentrale sozialdemokratische Ideen in den Bericht aufgenommen wurden. So ist es der Agrarpolitikerin vor allem wichtig, dass Landwirte zukünftig gezielter für die Erzeugung von gesellschaftlichen Leistungen entlohnt werden, etwa für den Schutz wichtiger Ressourcen wie Wasser und Boden. "Die vermehrte Ausrichtung der Direktzahlungen an von der Landwirtschaft erbrachten gesellschaftlichen Leistungen, wird die Akzeptanz für die Gemeinsame Agrarpolitik erhöhen", ist sich Ulrike RODUST sicher. "Nur wenn wir es schaffen, die Bürgerinnen und Bürger der EU davon zu überzeugen, dass hier gesellschaftlicher Mehrwert entlohnt und nicht pauschal Geld verteilt wird, bekommt die Gemeinsame Agrarpolitik die Anerkennung die sie verdient", betonte Ulrike RODUST: "Landwirte erzeugen die Grundlagen unseres Lebens – das dürfen wir bei der Diskussion um die Ausgestaltung der zukünftigen Agrarpolitik nicht vergessen."

Durch vereinfachte Regelungen für die Direktzahlungen sieht der Bericht des Parlaments zudem die Entlastung kleinerer Familienbetriebe vor. "Wir müssen uns dafür einsetzen, dass in Europa auch in Zukunft eine flächendeckende, multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft erhalten bleibt", so die SPD-Politikerin Ulrike RODUST. Für den Fortbestand eines aktiven ländlichen Raumes als attraktives Lebensumfeld – nicht nur für Landwirte – müsse sich die Politik gerade auch für die kleineren Betriebe einsetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 09.07.2010, 20:01 Uhr - 3680 Clicks - Nr. 675

Neuer Vorstand bei der SPD Norderstedt

Am 05.07.2010 wurde im größten SPD Ortsverein von Schleswig Holstein in Norderstedt ein neuer Vorstand gewählt.

Heute hatten die neue Vorsitzende Katrin Fedrowitz und der stellvertretende Vorsitzende Thomas Jäger ein Interview beim Fernsehsender NOA 4.

Keine Kommentare

[Ag60plus - Segeberg \(Kreis\)](#) - veröffentlicht am 09.07.2010, 21:27 Uhr - 4087 Clicks - Nr. 676

Landesregierung führt den Bürger hinters Licht

Das Geschenk von der Bundesbildungsministerin Frau Schavan verschleiert den angestrebten Verkauf des Landesbetrieb Uniklinikum SH. Ein großer Personalabbau ist geplant.

Wie wir unschwer den Medien entnehmen können, plant die Landesregierung zur Sanierung des Landeshaushaltes u.a. ein Verkauf des Uniklinikum Schleswig-Holsteins.

Was bedeutet dieses für den Kreis Segeberg? Das Forschungsinstitut Borstel hat allein durch die Ankündigung zehn Forschungsaufträge verloren. Borstel arbeitet in enger Zusammenarbeit mit dem Uniklinikum Lübeck zusammen. Zudem hat der Fortgang eines der Professoren in Lübeck ebenfalls zu Stornierung von Forschungsaufträgen geführt. Das Forschungsinstitut gehört zur Leibniz-Gemeinschaft. Eine Übernahme der Universität durch den Bund würde zu dem einen Trägerwechsel zur Helmholtz-Gesellschaft nach sich ziehen. Borstel müßte sich einen neuen Kooperationspartner suchen. Diese zeitliche Verzögerung würde zu weiteren Auftragsverlusten führen.

Weitere Pläne der Landesregierung die Anteile an der Altona-Kaltenkirchen-Neumünster-Eisenbahn AG zu verkaufen, zu der auch die Nordostbahn und die Schleswig-Holstein-Bahn gehört, wird dem Kreis Segeberg zusätzlich 800 Arbeitsplätze kosten.

Nach noch nicht bestätigten Aussagen ist ein Verkauf an die S-Bahn-Hamburg GmbH geplant, einer Tochter der DB AG.

Mitarbeiter der DB AB, u.a. aus Hamburg, werden die Arbeiten übernehmen. Die Bereiche Gleis- und Signalbau, Fahrzeugwerkstätten und Steuerung würden aus Kaltenkirchen abgezogen, die Mitarbeiter auf die Straße gesetzt. Auch ein Verkauf der Anteile an die Hamburger Hochbahn AG würde zur Reduzierung der Arbeitskräfte führen.

Nächster Streich ist die Reduzierung der Kosten im Bildungs- (Schul-)Bereich und bei den Sozialkosten. Jede Entscheidungsebene (Bund, Land, Kreis) kürzt seinen Anteil drastisch. Die Vorschläge der Kreis-CDU und -FDP zum Kreishaushalt sprechen Bände.

Wieviel erträgt der Bürger noch?

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 10.07.2010, 11:43 Uhr - 3484 Clicks - Nr. 677

Geologische Wanderung am 2. Juli 2010

Der SPD Ortsverein Glücksburg lud zu einer geologischen Wanderung rund um die Halbinsel HOLNIS ein.

Der stellvertretende OV Vorsitzende Michael Schulz hatte dafür die Geologin Sonja Everskemper aus Eckernförde mit Hilfe von Petra Moritz gewinnen können.

Unter ihrer sachkompetenten Führung wurde es zu einem Erlebnis der TeilnehmerInnen, wobei der Wettergott noch seinen Beitrag leistete.

Nach der Wanderung bestand der einhellige Wunsch, dies zu wiederholen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.07.2010, 16:07 Uhr - 3967 Clicks - Nr. 678

Vertretungslehrer - Länder sollen kooperieren

Unter Tagesordnungspunkt 19 diskutierte der Landtag in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause einen Antrag der SPD Fraktion zur „Zusammenarbeit mit Hamburg bei der Sicherung der Unterrichtsversorgung“. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, hatte den Antrag eingebracht. Er erklärt: „Vor allem im Hamburger Umland gibt es Schulen, die zuweilen Probleme haben, Krankheitsvertretungen kurzfristig zu besetzen. In Hamburg gibt es wiederum viele Inhaber des ersten Staatsexamens, die auf ihr Referendariat warten und für solche Vertretungen in Frage kommen.

Was es nicht gibt sind Initiativen des Bildungsministeriums, beide zusammenzubringen.“



Einen Teilerfolg konnte Habersaat verbuchen: Der Landtag beschloss einstimmig eine Weiterleitung des Themas an den Bildungsausschuss.

Antworten aus dem Bildungsministerium auf eine kleine Anfrage hatten den Abgeordneten, vor seinem Einzug in den Landtag erst Referendar an der Sachsenwaldschule in Reinbek und dann Studienrat am Emil-Krause-Gymnasium in Hamburg, verärgert: „Besteht die Möglichkeit, Inhaber des Ersten Staatsexamens, die vor der Übernahme ins Referendariat in Hamburg mit Wartezeiten zu rechnen haben, in die Unterrichtsvertretung einzubinden?“, hatte er gefragt und als Antwort ein „Ja.“ erhalten. Auf die Frage, welche Formen der Zusammenarbeit mit Hamburg es bei der Sicherstellung von Unterrichtsvertretungen gebe, lautete die Antwort: „Keine.“ In einem Schreiben an die Gemeinde Barsbüttel hatte das Ministerium erklärend hinzugefügt, dafür müssten zunächst „technischen Voraussetzungen“ geschaffen werden. Habersaat: „Nach der Sommerpause hoffe ich auf einen Durchbruch im Bildungsausschuss.“ Seine Landtagsrede zum Thema hatte er mit einem Tipp für die technischen Voraussetzungen beendet, indem er dem Plenum einen Zettel und einen Stift präsentierte.

Die Rede in voller Länge: [hier](#).

Kommentar von [Martin Habersaat](#) vom 12.07.2010, 21:56 Uhr:

RE: Vertretungslehrer - Länder sollen kooperieren

Das Problem ist, dass die Alternative ausfallender Unterricht ist. Wenn in Kiel ein Lehrer für drei Wochen ausfällt, kann ein Kieler Absolvent für die Zeit als Vertretung geholt werden. Wenn in Barsbüttel das gleiche passiert, fällt der Unterricht aus, weil sich keine Vertretung findet. Das voll ausgebildete Lehrer als "Springer" die optimale Lösung wären, finde ich allerdings auch. Solange es das nicht gibt, arbeite ich an der zweitbesten Lösung.

Kommentar von [Knut Peter](#) vom 12.07.2010, 15:57 Uhr:

RE: Vertretungslehrer - Länder sollen kooperieren

Das mit den Vertretungslehrern mit dem 1. Staatsexamen ist echt mal Qutasch. Das sind Leute, die noch praktisch keine Lehrerfahrung haben und statt ihre Ausbildung ordentlich mit

einem Referendariat zu beenden, werden sie ohne Betreuung in den Job gesteckt - eine Zeit, die nicht einmal auf das Referendariat angerechnet wird - obwohl sie viel mehr Verantwortung tragen. Dazu kommt, dass das Referendariat ja zunächst mit relativ wenig Stunden anfängt, damit sich die ReferendarInnen erst einmal darum kümmern können, dass sie vernünftigen Unterricht vorbereiten können. Das fällt bei der Aushilfe weg. Dafür gibts dann aber auch nicht so viel Geld...

[Serpil Midyatli, MdL](#) - veröffentlicht am 12.07.2010, 07:41 Uhr - 5972 Clicks - Nr. 679

Rede zum Bericht der Landesregierung Kinder- und Jugendbeteiligung

Sehr geehrter Landtagspräsident meine Damen und Herren,
seit 2003 sind die Gemeinden zwingend verpflichtet bei Planungen und Vorhaben, Kinder und Jugendliche in angemessener Weise zu beteiligen, wenn deren Interessen berührt werden. Im Bundesdurchschnitt ist die Regelung in S-H die weitest reichende. In S-H ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Alle der 1.116 Gemeinden sind somit aufgefordert durch ein entsprechendes Beteiligungsverfahren Kinder und Jugendliche in ihre Vorhaben einzubeziehen.

Diese sollten die gemeinden nicht als ein Mehraufwand betrachten, denn Kinder und Jugendliche, die sich selbst als aktiv gestaltet erfahren, werden sich auch im Erwachsenenalter eher an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Die Stärkung der Partizipation von Kinder und Jugendlichen steht damit im Kontext der weiteren Demokratisierung unserer Gesellschaft.

Laut Bericht der Landesregierung haben sich 856 der Gemeinden und Städte bei der Umfrage beteiligt.

In Prozenten mag diese Quote vielleicht ausreichend sein, um repräsentativ die Große Anfrage zu beantworten.

Jedoch möchte ich hinzufügen, dass alle Gemeinden und Städte auch per GO dazu verpflichtet sind in geeigneter Weise darzulegen, wie sie die Interessen berücksichtigt und die Beteiligung durchgeführt haben.

Somit sollte eine Abfrage keinen großen Mehraufwand bei den Gemeinden und Städten verursachen, wenn sie ihrer Pflicht nachgekommen sind den §47f Abs. 1 der Gemeindeordnung umzusetzen.

Auf Kommunalen Ebene haben wir die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in angemessener Form durch den § 47f Abs. 1 der GO geregelt.

Aufgabe der Landesregierung muss jetzt sein bei der Umsetzung genau hinzuschauen, um gegeben falls bei nicht Einhaltung auch von ihrem Recht der Sanktionen gebrauch zu machen.

Jedoch gibt es auf Landesebene auch noch einiges zu Tun.

Die klarste Form der Partizipation ist die Teilnahme an Wahlen.

Daher wird meine Fraktion in der nächsten Plenarsitzung einen Antrag zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre beantragen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich bereits jetzt über eine konstruktive Diskussion mit Ihnen.

Vielen dank für ihre Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

Sommorgespräch: Martin Habersaat besucht Axel Bäreendorf

Zu einem sommerlichen Gedankenaustausch besuchte Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) den Reinbeker Bürgermeister Axel Bäreendorf im Rathaus. Bei dem Treffen ging es vor allem um die Idee von Verwaltungskooperationen auf unterschiedlichen Ebenen, das Gastschulabkommen mit Hamburg und die Frage, wie sich die Entwicklung am Hamburger Rand weiter gestalten sollte.



Beide hoffen, dass die Kooperation zwischen Reinbek, Glinde, Wentorf und Barsbüttel erfolgreich ausgebaut werden kann. Als wichtigen Meilenstein auf diesem Weg betrachten sie die Pläne für einen gemeinsamen Bauhof Reinbeks und Barsbüttels. Bäreendorf: „Ich glaube, nach der Sommerpause kommen wir da einen großen Schritt weiter.“ Mit dem neuen Landesentwicklungsplan wird zudem eine gemeinsame Regionalplanung über mehrere Kommunen und Kreisgrenzen hinweg erforderlich werden. Beide waren sich einig: „Eine solche Regionalplanung müsste die Besonderheiten in der Metropolregion Hamburg berücksichtigen und in enger Abstimmung mit der Hansestadt stattfinden.“

Das bisherige Scheitern der Verhandlungen zum Gastschulabkommen trifft vor allem Familien aus dem Hamburger Umland. Bäreendorf und Habersaat meinen, dass hier eine schnelle Lösung gefunden werden muss, die auch langfristig tragen und im Kern den Schülerinnen und Schülern eine freie Schulwahl gewährleisten soll. Habersaat berichtete von einem Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion, Schulkostenbeiträge für Schulbesuche in Hamburg hinsichtlich der Pflichten der Wohnsitz-Kommunen künftig genauso zu behandeln, wie es innerhalb Schleswig-Holsteins der Fall wäre. Habersaat: „Die Wohnort-Kommunen wären dann an der Finanzierung des Gastschulabkommens beteiligt, das Land müsste noch einen Anteil für Lehrerkosten drauflegen. Hamburg hat angedeutet, mit einer solchen Lösung gut leben zu können.“

Bäreendorf und Habersaat betonten die Wichtigkeit von solchen Gesprächen über Verwaltungsebenen und Parteigrenzen hinweg, um langfristige und nachhaltige Perspektiven für die Region zu entwickeln, über die bloße Fortführung von Bestehendem hinaus. Die Bürgermeister der Region sind da auf einem guten Weg. Impulse erhofft sich Habersaat hierfür auch von der Enquetekommission des Landtages zur norddeutschen Kooperation, deren Mitglied er ist.

Keine Kommentare

Wessen "kulturelles Erbe" fördert die Landesregierung in Laboe?

600.000 Euro hat der Deutsche Marinebund für die Renovierung und Umgestaltung des Ehrenmals in Laboe aus dem „Investitionsprogramm Kulturelles Erbe“ des Landes Schleswig-Holstein erhalten. Zur Neugestaltung der Ausstellung des Deutschen Marinebunds in der „Historischen Halle“ des Marine-Ehrenmals in Laboe erklärt Hans Müller, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

Da diese Summe in keinem Verhältnis zu den Kürzungen bei anderen Kultureinrichtungen steht, fragt man sich, was für ein kulturelles Erbe hier in Zeiten knapper Kassen mit Steuergeldern gefördert wird.

Die [Stellungnahme namhafter schleswig-holsteinischer Historiker](#) zum Ausstellungs-Konzept hat gezeigt, dass es dem Marinebund auch mit der neuen Ausstellung nicht gelungen ist, eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Marinegeschichte zu präsentieren. Sie hatte von einem „diffusen Konzept“ gesprochen, welches „in zentralen Aussagen nicht tragfähig“ ist und „auf einen unkritischen historischen Ansatz, plakativ-banale ausstellungs- und museumsdidaktische Vorstellungen sowie einen unreflektierten Positivismus im Kontext aktueller außenpolitischer Entwicklungen schließen“ lässt.



Gerade die lange Geschichte des Ehrenmals Laboe macht einen differenzierteren und sensiblen Umgang mit der Geschichte der deutschen Marine zwingend erforderlich. Statt auf eine didaktische und gestalterische Konzeptionierung mit breiter und offener Beteiligung der Wissenschaft zu dringen, hat die Landesregierung die Bewilligung am Parlament vorbei beschlossen. Die Netzwerke des Marinebundes funktionieren anscheinend noch immer ganz ordentlich.

Wir fordern in jedem Fall, dass die von der Landesregierung ohne Parlamentsbeteiligung zu verfügenden Zuwendungssummen deutlich reduziert werden.

Links

- [Stellungnahme zum Konzept des Deutschen Marinebundes zur Neugestaltung der Historischen Halle des Marine-Ehrenmals in Laboe von Dr. Detlef Garbe, Prof. Dr. Martin Krieger, Prof. Dr. Olaf Mörke, Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, Dr. Harald Schmid](#)
- Kleine Anfrage: [Zuwendung für die Neugestaltung des Marine Ehrenmals in Laboe](#)
- Video: [Wessen „kulturelles Erbe“ fördert die Landesregierung mit dem Marine-Ehrenmal in Laboe](#)

Kommentar von [Peter Reuter](#) vom 18.07.2010, 18:34 Uhr:

RE: Wessen

Das "Ehrenmal" gehört nicht dem Land, nicht dem Bund und nicht der Bundeswehr. Es gehört einem privaten Verein ohne öffentlichem Auftrag. Das Gebäude ist beeindruckend, aber letztlich funktional nicht mehr als das Vereinsheim des Deutschen Marinebundes. Der Marinebund hat seine eigenen Ziele - und die decken sich ganz offensichtlich nicht mit dem, was man klassischer Weise unter einem Gedenkort verstehen würde. Bezeichnend finde ich auch, dass der Marinebund in seiner Satzung ein Bekenntnis zum Grundgesetz hat. Mir ist kein anderer Verein bekannt, der das hat - Wer sich so etwas in die Satzung schreibt, hat es auch nötig. Übrigens: Es gibt einen offiziellen Gedenkort der Bundeswehr in Berlin.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 16.07.2010, 08:36 Uhr:

RE: Wessen

Vor Jahren habe ich das Ehrenmal besucht und war hin und hergerissen von der Atmosphäre, die zwischen Heldenverehrung und Gedenken an die Opfer auf Seiten der Marine lag. Von den

Opfern, die die Marine verursacht hat und einer Distanzierung vom Unrechtssystem, dem die Marine gedient hat, habe ich nichts mehr in Erinnerung. Wenn das beim neuen Konzept für die Ausstellung nicht anders wird, kann wirklich keine Berechtigung für Förderung aus dem Landesetat gerechtfertigt werden. Dann wäre diese vielleicht das vorletzte "Kultur"-Projekt das gefördert werden sollte. Für eine angemessene Aufarbeitung der Marinegeschichte, die zum Beispiel auch den Missbrauch der Soldaten durch die Nationalsozialisten und die verheerende Militärjustiz erfasst und die Opfer der Marineeinsätze nicht vergisst, sähe das anders aus. Wir müssen uns mit diesem Teil der deutschen Geschichte befassen und ihn angemessen darstellen. Und da das Marineehrenmal nun mal da ist, muss es mit einer angemessenen Ausstellung versehen werden, sonst wird es dem falschen Publikum als Ort der Heldenverehrung dienen, das kann auf gar keinen Fall im Interesse der fortschrittlichen Kräfte in unserem Lande sein. Deshalb kann ich unsere Landespolitiker nur auffordern, sich für eine sinnvolle Umgestaltung des Ehrenmals in Laboe einzusetzen.

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 13.07.2010, 19:00 Uhr:

RE: Wessen Erbe

Sehr schnell sind die Ursachen für den U-Boot-Krieg vergessen. Das Ganze ist schon 60 Jahre her? Noch verseuchen U-Boote die Weltmeere, sei es als Wrack, sei es als Atommüll. Wozu dienen sie. Sie sollen die Allmacht ihrer Betreiber signalisieren. Zwar gammelt an einigen Stellen die U-Boot-flotte vor sich hin, wie in Murmansk. Aber was ist mit den Franzosen, US-Amerikanern, Südafrikanern? welchen Zwecken dienen diese Boote? Mittlerweile sind auch die großen Explorationsunternehmen in das Gefilde der U-Bootnutzer eingestiegen. Die Umweltschäden werden an der Umweltkatastrophe im Golf erstmals richtig sichtbar. Aber was ist, wenn der U-Boot-Krieg von Privatunternehmen entweder untereinander oder im Auftrag einer staatlichen Stelle geführt werden. Enige sind bereits heute im Besitz von Hassadeuren und Terroristen. Mit dem Ehrenmal wird etwas verklärt und zum Heldentum hoch stilisiert, das es gilt massiv zu kritisieren genauso wie den "Krieg der Sterne" bzw. der Satelliten.

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 12.07.2010, 18:38 Uhr - 8143 Clicks - Nr. 682

"Es schmerzt, seine Stimme nicht mehr zu hören"

Zum Tod von Helmut Schumann

Unser Freund und Genosse Helmut Schumann ist nicht mehr unter uns. Es schmerzt, seine Stimme nicht mehr zu hören. Auch wenn Helmut Schumann jetzt von uns gegangen ist, wird er für immer bei uns sein. Denn sein Leben, sein Wirken war Flensburg. Er hat diese Stadt geprägt und weiter entwickelt wie kaum ein anderer.

Er hat einen unauslöschlichen Teil der Flensburger Stadtgeschichte geschrieben. Ohne ihn gäbe es den Flensburger Sport in seiner Vielfalt und Breite nicht, wären bei Stadtentwicklung und Wohnungspolitik viele Weichen für ein zukunftsfähiges Flensburg nicht gestellt worden. Helmut Schumann hat die gesamte Palette kommunalen Handelns in der Fördestadt geprägt und war uns auch nach seinem Ausscheiden aus der Ratsversammlung, der er von 1966 bis 1987 angehörte, immer ein wertvoller Ratgeber.



Mit Stolz und Anerkennung blicken wir auf sein Lebenswerk zurück. Helmut Schumann hat nicht nur unauslöschliche Spuren hinterlassen, er ist und bleibt ein Teil dieser Stadt und der Flensburger Sozialdemokratie. Über ein halbes Jahrhundert war er Mitglied der SPD, der er 1959 beitrug. Er hat in beispielhafter Weise Verantwortung übernommen und sich mit höchstem persönlichen Engagement für ein faires und gemeinschaftliches Miteinander in der Kommune eingesetzt. Dabei war er, wenn es sein musste, auch ein Freund deutlicher und klarer Worte. Das hohe Maß an Anerkennung, das er über alle Parteigrenzen hinweg erhielt, zeigt, dass seine Gradlinigkeit und Einsatzbereitschaft allen hohen Respekt abnötigte.

Bis zuletzt war ihm die Zukunft der Fördestadt ein Herzensanliegen. Auch wenn die ihm verbliebene Zeit begrenzt war, so hat er doch das Morgen im Blick gehabt. Noch im vergangenen Monat hat er „Gedanken zu einer Reform der Kommunalpolitik“ zu Papier gebracht. „Nicht alles, was erforderlich ist kostet Geld, wohl aber den Willen, offen für Neuerungen zu sein und Einsatzbereitschaft zu zeigen“, formulierte Helmut Schumann. Er schloss mit einem „Auf einem guten Weg, in die Zukunft unserer Kommunen!“ Dieses Vermächtnis ist für uns alle Verpflichtung.

Helmut Trost
(Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Flensburg)

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 13.07.2010, 19:18 Uhr - 3145 Clicks - Nr. 683

125 Jahre Freiwillige Feuerwehren Sünderup und Tarup

Am kommenden Sonnabend, dem 17. Juli feiern die Freiwilligen Feuerwehren Sünderup und Tarup ihr 125 jähriges Bestehen und laden alle Interessierten von 13 bis 18 Uhr auf das Gelände der Schule Adelby zu einem Mitmach-Nachmittag ein.

Ab 11 Uhr werden Innenstaatssekretär Volker Dornquast, Flensburgs stellvertretender Stadtpräsident Erich Seifen und die stellvertretende Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Ilona Dudek im Vereinsheim des SV Adelby, Ringstraße, 7, in Tarup Grußworte im Rahmen des Jubiläumsempfanges sprechen.

Gäste sind herzlich Willkommen.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 14.07.2010, 10:39 Uhr - 53110 Clicks - Nr. 684

„Saisonarbeitskräfte vor Ausbeutung schützen“

Die SPD-Europaabgeordneten Ulrike Rodust und Jutta Steinruck zum heute von der EU-Kommission vorgestellten Richtlinienentwurf zur Beschäftigung von Saisonarbeitnehmern.

Am Dienstag stellte die EU-Kommission in Brüssel einen Richtlinienvorschlag für Saisonarbeitskräfte aus Drittstaaten vor. Der Entwurf regelt, zu welchen Bedingungen Saisonarbeitnehmer beschäftigt werden dürfen. Unter anderem sieht die Richtlinie vor, dass die

maximale Beschäftigungsdauer für Saisonarbeiter auf höchstens sechs Monate festgelegt werden soll. Jutta STEINRUCK: „Das ist positiv zu bewerten, denn in der deutschen Landwirtschaft hat sich diese Frist bewährt.“ Allerdings schränkt der Kommissionsvorschlag den Geltungsbereich der Richtlinie nicht auf bestimmte Branchen ein. Das bewertet die SPD-Europaparlamentarierin kritisch. „Hier muss zukünftig darauf geachtet werden, dass durch die Saisonarbeit kein neuer Billiglohn-Sektor und kein zweiter Leiharbeitssektor entsteht.“

Darüber hinaus sieht die Richtlinie ein Gleichbehandlungsgebot vor. Die allgemein geltenden Lohnvorschriften und vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen in einem Mitgliedsland sollen zukünftig gleichermaßen auch für Saisonarbeitskräfte gelten. Ulrike RODUST, SPD-Europaabgeordnete: "Die Arbeitsbedingungen für Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen müssen auch in Zukunft menschenwürdig und angemessen sein. Das ist ein richtiger Schritt. Allerdings muss auf die Einhaltung geachtet werden. Ausbeutung darf nicht durch die Hintertür eingeführt werden." Arbeitgeber, die ihre arbeitsvertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Saisonbeschäftigten verletzen, sollen laut dem neuen Richtlinienvorschlag zukünftig deutlich sanktioniert werden. Das setze die notwendigen Anreize zur Einhaltung von Mindeststandards.

Jutta STEINRUCK betont in diesem Zusammenhang auch noch einmal die Bedeutung der Arbeitnehmerfreizügigkeit: "Gut ist, dass die neueren EU-Mitgliedsstaaten, etwa Polen, wie vorgesehen ab Mai 2011 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit erhalten und für die neuen EU-Mitgliedsstaaten die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens gelten wird. Diese Freizügigkeit hilft in Zukunft, Ausbeutung von Saisonarbeitskräfte - wenn nicht vollkommen zu verhindern - so zumindest erheblich zu erschweren." Abschließend bekräftigen die beiden SPD-Europaabgeordneten noch einmal den Schutz vor Ausbeutung: „Es gibt einen hohen Bedarf an Saisonarbeitskräften, aber soziale Standards und angemessene Bezahlung müssen eingehalten und auch in Zukunft genau überprüft werden. Als Europäisches Parlament werden wir den Kommissionsvorschlag genau prüfen und Änderungsvorschläge zur Sicherung der Rechte der Arbeitskräfte einbringen.“

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 15.07.2010, 13:40 Uhr - 4207 Clicks - Nr. 685

Einkaufszentrum statt Jugendhaus?

SPD Adelby-Engelsby fordert „Finger weg vom Jugendhaus!“

SPD Ortsverein Adelby-Engelsby spricht sich mit Nachdruck gegen die Pläne eines Nahversorgungszentrums an der Stelle des Taruper Jugendhauses an der Ringstraße aus und fordert die Verwaltung auf, derartige Absichten nicht weiter zu verfolgen.



„Es ist kaum zu glauben“, sagt der neue Vorsitzende des gerade neu gegründeten SPD Ortsvereins Adelby-Engelsby Nicolas Jähring und meint damit die Pläne, auf dem Gelände des Jugendhauses Tarup ein Nahversorgungszentrum zu errichten. „Dass die Verwaltung auf der Suche nach einem geeigneten Standort für ein Nahversorgungszentrum im Bereich Tarup nun sogar den Standort des Jugendhauses in Betracht zieht, ist einfach ungeheuerlich“, so Jähring

weiter.

Das Taruper Jugendhaus besteht seit 2004 und hat gerade aufgrund seines hervorragenden Standortes neben der Schule und neben dem Sportplatz einen regen Zulauf von Kindern und Jugendlichen. Wann immer man das Jugendhaus besucht, es ist immer etwas los. Noch vor wenigen Wochen hat der Trägerverein für Naturnahes Spielen in Tarup angekündigt, dass das Jugendhaus vergrößert werden müsse, um den vielen Jugendlichen genügend Platz bieten zu können.

Gerade vor diesem Hintergrund kann es doch bei der Frage, ob Einkaufszentrum oder Jugendhaus nur eine Antwort geben. Deshalb fordert der SPD Ortsverein „Finger weg vom Jugendhaus!“ Erst schließt man den Tarupern den einzigen Lebensmittelmarkt kurzerhand vor der Nase zu. Das werden wir für das Jugendhaus nicht zulassen. Kinder und Jugendliche haben an dieser Stelle Vorrang. Für die Nahversorgung steht der ehemalige EDEKA schließlich noch zur Verfügung!

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.07.2010, 14:54 Uhr - 2266 Clicks - Nr. 686

Einen Angriff auf die Kieler Universität werden wir nicht hinnehmen!

Zu der aktuellen Diskussion über den Hochschulstandort Kiel erklären der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Lars Juister und Katja Günther, stv. Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und Antje Danker, SSW:

„Die schwarz-gelbe Landesregierung löst keine Probleme, sie verschiebt sie nur. Mit ihrem Deal, den sie gemeinsam mit der Bundesregierung eingefädelt hat, macht sie das Kieler Institut für Meereswissenschaften Geomar zum Spielball von CDU und FDP, um von dem Chaos abzulenken, das sie in Lübeck angerichtet hat. Statt eine gute Lösung für Lübeck zu präsentieren, trägt sie damit einen schweren Angriff auf die Universität Kiel vor.

Wir teilen die Befürchtungen der CAU und warnen dringend davor, diese konzeptlose Politik fortzusetzen. Einen solchen Angriff auf die Kieler Universität werden wir nicht hinnehmen!

Wir freuen uns, dass sich CDU und FDP in Kiel hier klar gegen ihre Vertreter in der Landesregierung stellen und hoffen, dass sie für Klarheit in den eigenen Reihen sorgen werden. Es liegt auch in den Händen der Kieler Ratsfraktionen von CDU und FDP, ob der Deal zwischen Ministerpräsident Carstensen und Bundesbildungsministerin Schavan so umgesetzt wird.

Die CAU ist eine der führenden Universitäten bundesweit. Laut aktueller Studie des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gehört die CAU im Bereich Forschung und Entwicklung - FuE- zur Spitzengruppe. Und das, obwohl das Land Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr wenig in seine Universitäten investiert.

Die Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Kiel und der CAU hat sich in den vergangenen Jahr deutlich verbessert, zunehmend wird die CAU als wichtiger Teil der Stadtgesellschaft wahrgenommen. Mit dem geplanten Samuel Reyher Haus wird mitten in der Stadt ein Haus der Begegnung von Wissenschaft und den BewohnerInnen Kiels entstehen. Wir stehen an der Seite der CAU und werden alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten

nutzen, die CAU in Kiel zu stärken."

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 15.07.2010, 17:26 Uhr - 5182 Clicks - Nr. 687

FiVe - fünf Impulse für eine kommunale Finanz- und Verwaltungsreform

Die Kieler SPD setzt ihre finanzpolitische Diskussion im Anschluss an das Papier "Stadt statt Staat" fort. Mit "Stadt statt Staat" hat sie den Vorrang der kommunalen vor der staatlichen Ebene in der Finanzausstattung betont. Mit dem nun vorgelegten Diskussionspapier "FiVe" setzt sie fünf Impulse für eine kommunale Finanz- und Verwaltungsreform, die auf ein gemeinsames Wirken von städtischer und staatlicher Politik zur Neuordnung des Gemeindefinanzsystems zielen, um so auch die strukturelle Schieflage des Kieler Stadthaushalts zu überwinden.

Kiel steht vor den Folgen einer dauerhaften Unterfinanzierung. Schon lange decken die Erträge die städtischen Aufwendungen nicht mehr. Dies liegt auch daran, dass die Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich um 21 Mio. Euro zurückgehen (2010: 112 Mio. Euro; 2011: nur noch 91 Mio. Euro). Weil die Erträge die Aufwendungen nicht decken, steigen auch die Schulden der Stadt. Denn Investitionen können nur noch durch Kredite finanziert werden. Zugleich nehmen die Herausforderungen für die Stadt zu: Mehr öffentliche Kinderbetreuung (2010: 47 Mio. Euro; 2011: schon 55 Mio. Euro), mehr Leistungen für Langzeitarbeitslose und für Sozialhilfe (2010: 226 Mio. Euro; 2011: schon 234 Mio. Euro).

Die ersten drei Impulse sollen wieder ausgeglichene Stadthaushalte ermöglichen:

- Erster Impuls: Die Erträge werden erhöht. Die Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer und der örtlichen Aufwandssteuern (Hundesteuer, Zweitwohnungssteuern) kann die Stadt noch allein beschließen.

Aber das wird nicht genügen, um das Defizit auszugleichen. Zusätzlich muss der Bund die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln, die neben Gewerbetreibenden auch Freiberufler erfasst, sodass sich das Steueraufkommen erhöht, die Belastung des Einzelnen aber durch die Vergrößerung der Zahl der Steuerpflichtigen verringert. Außerdem muss das Einkommensteuerrecht reformiert werden. Statt eines Gemeindeanteils an einer ausschließlich vom Bund erhobenen Lohn- und Einkommensteuer sollte es einen "geteilten Einkommensteuertarif" geben: Eine pro Einwohner erhobene "Stadtsteuer", deren Höhe von der Ratsversammlung festgelegt wird und deren Tarif unmittelbar über dem steuerfreien Existenzminimum aufsetzt, und eine nach der Höhe der Einkommen orientierte "Staatssteuer", die progressiv gestaltet ist und deren Höhe vom Bundestag bestimmt wird. Steuererhöhungen und vor allem Steuersenkungen des Bundes würden nicht auf die kommunale Ebene übertragen und Löcher in den Kieler Stadthaushalt reißen können. Ein Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze kann durch gesetzlich vorgeschriebene Mindeststeuersätze verhindert werden.

- Zweiter Impuls: Heute ist der Kommunale Finanzausgleich und nicht eine eigene Steuer die Hauptertragsquelle des Kieler Stadthaushalts. Dabei soll der Kommunale Finanzausgleich eigentlich nur die unterschiedliche Steuerkraft zwischen den schleswig-holsteinischen Städten und Gemeinden ausgleichen.

Der Kommunale Finanzausgleich könnte vom Land Schleswig-Holstein dann - aber auch nur dann - auf seine Ausgleichsfunktion zurückgeführt werden, wenn in einem vom Bund reformierten Einkommensteuerrecht eine pro Einwohner erhobene "Stadtsteuer" eingeführt wird. Dies ist für Städte mit größeren Einwohnerzahlen vorteilhafter als für kleinere Dörfer und würde die kommunale Eigenverantwortung stärken.

- Dritter Impuls: Die städtischen Aufwendungen müssen verringert werden, solange es sich nicht um Bildungsinvestitionen in Schulen und Kindergärten handelt. Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) hat gute Vorschläge unterbreitet, indem er z.B. den Abbau von nicht zwingend erforderlichen Baustandards vorschlägt, umso mehr als 1,2 Mio. Euro weniger auszugeben. Die Optimierung von Verwaltungsabläufen ist gut geeignet, um Aufwendungen zu reduzieren. Zum Beispiel sollten bislang getrennte Verwaltungseinheiten mit ähnlichen Aufgaben zusammengelegt werden, wie etwa die Müllabfuhr und die Straßenreinigung einerseits und das Grünflächenamt andererseits zu einem einheitlichen "Stadtpflegebetrieb". Auch regionale Kooperationen mit anderen Stadt- oder Kreisverwaltungen - z.B. durch Gemeinsame Rechtsämter, Gemeinsame Rechnungsprüfungsämter u.ä. - können den Verwaltungsaufwand verringern. Grundlage für Maßnahmen, die zur Verringerung von Aufwendungen führen, bleibt der zwischen SPD, GRÜNEN und dem SSW vereinbarte Kooperationsvertrag "Die Stadt gestalten" vom Juli 2008.

Auch bei der notwendigen Aufwendungsverringerung gilt: Es bleiben die Bemühungen der Stadt fruchtlos, wenn sie von Bund und Land konterkariert werden: So belastet der Bund die künftigen Stadthaushalte mit zusätzlichen Ausgaben für Grundsicherung im Alter und Kosten der Unterkunft, indem er Rentenversicherungsbeiträge für Langzeitarbeitslose streicht und das Wohngeld kürzt. Und das Land Schleswig-Holstein plant die Kürzung des Landesblindengeldes und nimmt gleichzeitig eine höhere Inanspruchnahme der Blindenhilfe in Kauf, die aus dem Stadthaushalt bezahlt werden muss. Mit dieser Verschiebung von Ausgaben von der staatlichen auf die kommunale Ebene muss Schluss sein!

Der vierte und der fünfte Impuls dienen dem vernünftigen Abbau der städtischen Altschulden, wenn ausgeglichene Haushalte wieder möglich sind.

- Vierter Impuls: Es wird ein staatlicher Entschuldungsfonds zugunsten stark verschuldeter Städte und Gemeinden eingesetzt. Für die in der Schuldenfalle steckenden Kommunen ist ein finanzwirtschaftlicher Neustart notwendig, der sie in die Lage versetzt, ihre Aufgaben wieder ordnungsgemäß zu erfüllen und kommunale Selbstverwaltung wahrzunehmen. Vom Staat wird deshalb ein kommunaler Entschuldungsfonds für Städte und Gemeinden eingerichtet, aus dem Zins- und Tilgungshilfen finanziert werden. Die Zins- und Tilgungshilfen des Entschuldungsfonds werden nur bei ausgeglichenem Ergebnishaushalt gewährt. Der kommunale Entschuldungsfonds wird aus dem Haushalt des Landes, aus dem Kommunalen Finanzausgleich und aus Finanzhilfen des Bundes gespeist.

- Fünfter Impuls: Je mehr freiwillige gemeinsame Aufgabenwahrnehmungen zwischen Städten, Gemeinden und Kreisen vereinbart werden, desto höher wird ihr Anteil an den Hilfen aus dem Entschuldungsfonds und den Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Um die gemeinsame, sparsamere und wirtschaftlichere Wahrnehmung von öffentlichen Aufgaben der Städte, Gemeinden und Kreise zu befördern, wird ein Anreizsystem geschaffen: Je mehr freiwillige

gemeinsame Aufgabenwahrnehmungen, desto höher werden Hilfen und Zuweisungen.

"Diese Vorschläge zur Neuordnung des Gemeindefinanzsystems sind gerechter und vernünftiger als das, was zur Zeit von CDU, CSU und FDP geplant wird. Die von der jetzigen Bundesregierung geplante Abschaffung der Gewerbesteuer und ihre Ersetzung durch einen kommunalen Zuschlag auf die Lohn- und Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer bedeutet eine konkrete Umverteilung zulasten von Arbeitnehmern und kleinen Selbständigen. Kiel hat für das Jahr 2010 mit Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 97 Mio. Euro kalkuliert. Müssten die auf einen Einkommensteuerzuschlag aufgerechnet werden, würden zwar Gewerbebetriebe entlastet, Arbeitnehmer und Mittelständler aber belastet.

Mit "FiVe" verknüpft die Kieler SPD den Erhalt einer wirtschaftskraftbezogenen Kommunalsteuer (weiterentwickelte Gewerbesteuer) mit einer stärkeren kommunalen Bestimmung über die eigenen Steuerquellen durch eine "Stadt-Einkommensteuer".

Im Herbst wird sich ein SPD-Bundesparteitag das Thema "Neuordnung des Gemeindefinanzsystems" zum Schwerpunkt setzen. Die Kieler SPD wird als Großstadtpartei zu dieser Debatte mit eigenen Anträgen beitragen", so der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der Kieler SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und die stellvertretende Kieler SPD-Kreisvorsitzende Veronika Dicke.

[FiVe - fünf Impulse für eine kommunale Finanz- und Verwaltungsreform](#)

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 15.07.2010, 19:13 Uhr - 6385 Clicks - Nr. 688

Martin Habersaat besucht Thomas Schreitmüller

Einen Teil der Zeit, die sich durch die Sommerpause ergibt, möchte Martin Habersaat für Hintergrundgespräche nutzen, zum „diskutieren, nachdenken und lernen“. Nun besuchte der SPD-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) Bürgermeister Thomas Schreitmüller im Barsbüttler Rathaus. Thomas Schreitmüller zeigte seinem Gast den aktuellen Stand der Bauarbeiten zur Verbesserung des Brandschutzes.



Dann besprach man aktuelle Barsbüttler Themen, aber auch solche über den Tellerrand hinaus.

Schreitmüller: „Ich finde es wichtig, dass ein Abgeordneter sich über die Situation in seinem Wahlkreis informiert. Es ist gut, wenn es solche Gespräche gibt.“

Sparpakete auf Bundes- und Landesebene verdeutlichen es ebenso wie die Haushaltsberatungen in den Kommunen: Die Lage der öffentlichen Finanzen ist schlecht und es gibt Handlungsbedarf. Schreitmüller schlug vor, über die Aufgabenverteilung der Verwaltungsebenen neu nachzudenken. Eine Leitlinie könnte sein: Wo politische

Entscheidungen vor Ort getroffen werden, müssen auch die Aufgaben vor Ort erledigt werden. Was man vor Ort nicht beeinflussen kann, kann vielleicht auch woanders zusammengefasst werden. Ebenfalls sollte man viele Zuschussregularien vereinfachen. Die KITA-Finanzierung sei so kompliziert, dass sie kaum jemand verstehe, und auch das Landesprogramm zur Beseitigung der Winterschäden an den Straßen sei komplizierter, als es sein müsse. Schreitmüller: „Anstelle von Anträgen, die dann doch nur teilweise bewilligt werden, hätte auch ein einfacher Verteilungsschlüssel, z.B. nach Fläche der Kommunen, stehen können.“

Ausführlich besprach man die besondere Lage Barsbüttels als Nachbargemeinde Hamburgs. Martin Habersaat ist Mitglied der Landtagsenquetekommission zur Verbesserung der norddeutschen Zusammenarbeit und in der SPD-Fraktion für die Metropolregion Hamburg zuständig. Als wichtige anzugehende Projekte benannten beide ein funktionierendes Gastschulabkommen und dem folgend eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung, eine abgestimmte Gewerbeflächenentwicklung und andere Bereiche, in denen die Zusammenarbeit besser werden muss. Schreitmüller: „Zur Abwasserbeseitigung dürfte Barsbüttel mit einer Gemeinde in Nordfriesland gemeinsam einen Zweckverband gründen, mit Hamburg Wasser aber nicht.“ Beide fordern: „Die Landesgrenze darf den Alltag der Menschen nicht mehr als nötig negativ beeinflussen.“

Bei einem kurzen Rundgang durch das Rathaus besichtigte man den Stand der Arbeiten, die aus Gründen des Brandschutzes notwendig geworden waren. Ein anderes Barsbüttler Problem hat Habersaat sogar auf die Tagesordnung des Landtags gebracht: Die IGS Barsbüttel hatte in der Vergangenheit zuweilen Probleme, bei kurzfristigen Erkrankungen von Lehrern Vertretungslehrer zu finden. Nun arbeitet Habersaat daran, zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung aller Schulen in der Metropolregion eine Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg zu erreichen.

Foto: Thomas Schreitmüller und Martin Habersaat in der Rathaus-Baustelle

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 15.07.2010, 20:30 Uhr - 4581 Clicks - Nr. 689

SPD-Politiker besuchen Stormini - und sind begeistert

STORMINI - die Kinderstadt Stormarn - ist ein Planspiel für Kinder von 9 bis 13 Jahren, das im Sommer 2010 in Bad Oldesloe/Kreis Stormarn durchgeführt wird. Anlässlich des Promi-Tages besuchten nun Reinhard Mendel, der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, sein Kreistagskollege Heinz Hartmann, Ahrensburgs Bürgermeister Michael Sarach und der Landtagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat das Areal.

Sie ließen sich auf einem Rundgang alles zeigen, lernten Storminis Bürgermeister Lennart (13) kennen, Heinz Hartmann nahm am Promi-Gokartrennen teil und Martin Habersaat grüßte das Stormini-Parlament „von Parlamentarier zu Parlamentariern“.



Veranstalter des Projektes ist der Kreis Stormarn, der den Kreisjugendring Stormarn in

Kooperation mit der Stadt Bad Oldesloe mit der Durchführung beauftragt hat. Vom 11. bis 17. Juli 2010 wurde mitten in Bad Oldesloe eine Zeltstadt errichtet. 200 teilnehmende Kinder und mehr als 100 haupt- und ehrenamtliche Betreuer/-innen gestalten einen Lernraum, in dem schwer greifbare Prozesse (z.B. Demokratie, Geldverkehr, Arbeitsmarkt, Marktwirtschaft) erlebbar werden. Die Kinder werden dabei in vielfacher Weise an den Abläufen des Stadtspiels beteiligt und sie erfahren, wie sie selbst durch ihre Ideen und Handlungen das Miteinander in der Kinderstadt gestalten können.

Martin Habersaat: „Es ist toll, was hier mit viel Engagement auf die Beine gestellt wurde. Sparkasse und Arbeitsamt sind mit eigenen Mitarbeitern vor Ort, die Währung hier (Stormis) besteht aus Muscheln, die Kinder können zahlreiche Berufe für jeweils zwei Stunden ausprobieren und dafür vier Stormis verdienen.“ Aufregung herrschte in Stormini, weil unbekannte den Gartenzwerg Gunther entführt hatten, das Maskottchen des Stormini-Krankenhauses. Auch eine Lösegeldforderung war bereits eingegangen.

Stormini im Internet: www.stormini.de

Mehr Fotos: [hier](#).

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 16.07.2010, 08:41 Uhr - 3725 Clicks - Nr. 690

Ein Loch wird geflickt, mehrere neue aufgerissen

Zur angekündigten Zuordnung des bisherigen Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften GEOMAR zur Helmholtz-Gemeinschaft erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, der Kieler Abgeordnete Jürgen Weber:

Die Entscheidung, das Institut für Meereswissenschaften-GEOMAR von Leibniz zu Helmholtz zu switchen, ist ganz offensichtlich en passant am Grünen Tisch gefallen. Die betroffenen Führungspersonen und Wissenschaftler sowohl des Instituts als auch der CAU wurden vor dieser Entscheidung nicht konsultiert, sondern danach davon in Kenntnis gesetzt. Dieser unangemessene Umgang mit den Betroffenen passt leider zum üblichen Vorgehen der Landesregierung: Es wird über Institutionen und damit auch über Menschen entschieden, nicht mit ihnen. Kooperation sieht anders aus.

In diesem Fall könnte sich die Entscheidung „von Leibniz zu Helmholtz“, die offenbar ohne Vorbereitung getroffen wurde, als Bumerang erweisen: Schon ein Blick auf die Websites der beiden Forschungsgemeinschaften macht deutlich, dass für die Helmholtz-Gemeinschaft viele Fördertöpfe, die die Leibniz-Institute regelmäßig nutzen, verschlossen sind. Es ist völlig unklar, was das für die Weiterführung der Arbeit am IfM bedeuten wird.

Ein weiteres Problem ist die sehr unterschiedliche Lehrverpflichtung der Professoren und Wissenschaftler. Die Befürchtungen des Präsidiums der CAU, dass hier Lehrkapazitäten wegbrechen und damit Studiengänge gefährdet werden, müssen sorgfältig geprüft werden.

Und: Was bedeutet die Zusage der Bundesregierung in Bezug auf die Finanzierung weiterer Forschungsvorhaben in Schleswig-Holstein? Bleiben womöglich in der Folge Projekte – auch Bauvorhaben – in Schleswig-Holstein, die vom Bund und den Ländern finanziert werden, unberücksichtigt?

Diese Gesamtrechnung ist noch nicht gestellt. Sicher ist, dass die Leistungen des Bundes, für deren Aushandlung sich die Landesregierung nun loben lässt, unter dem Strich deutlich geringer sein werden als 25 Mio. € jährlich. Ich werde dazu eine Kleine Anfrage stellen. Denn es ist offenkundig: CDU-FDP flicken ein Loch und reißen dabei neue auf.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 16.07.2010, 08:45 Uhr - 3869 Clicks - Nr. 691

Archangelsk – eine vergessene Region braucht unsere Hilfe

Zur Unterstützung schleswig-holsteinischer Initiativen in der russischen Region Archangelsk erklären der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer, und der sozialpolitische Sprecher Wolfgang Baasch:

Archangelsk ist eine russische Region, die unbedingt europäischer Hilfe bedarf: Die Menschen haben eine Lebenserwartung von knapp über 50 Jahren, das Gebiet ist militärischer Müllplatz und ökologische Krisenregion mit sozialen Zuständen, die dringend verbessert werden müssen.

In Schleswig-Holstein arbeiten in dieser schwierigen Region mehrere Initiativen mit großem Engagement und kreativem Elan: Das sind der Förderverein für soziale Arbeit in Osteuropa e.V., die Fachhochschule Kiel, das Landesförderzentrum Hören in Schleswig und der Schleswig-Holsteinische Verband für soziale Strafrechtspflege, Straffälligenhilfe und Opferhilfe e.V. Diese bislang erfolgreiche Arbeit gilt es fortzusetzen, denn die Hilfen kommen konkret bei den Menschen vor Ort an. Deshalb fordern wir in einem Antrag von der Landesregierung, diese kontinuierlich gewachsenen Beziehungen und damit die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Nordwestrussland auch weiterhin konstruktiv zu unterstützen und insbesondere in den Bereichen

soziale Strafrechtspflege, Straffälligen- und Opferhilfe
Jugendhilfe für auffällig gewordene Kinder
Arbeit mit Menschen mit Behinderung
Suchtprävention und Suchthilfe
Ambulante und stationäre Altenhilfe
kulturelle Initiativen

auszubauen, um Nordwestrussland in die Kooperation der Ostseeregion zu integrieren und damit die Politik der „nördlichen Dimension“, in die auch Schleswig-Holstein eingebunden ist, weiter umzusetzen. Da es um nur sehr geringe finanzielle Mittel geht, zieht das Haushaltsargument der Landesregierung in diesem Fall nicht.

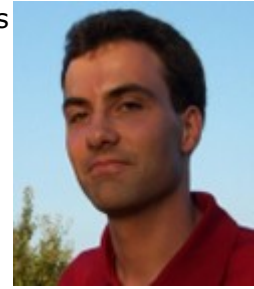
Die Europapolitiker der SPD-Landtagsfraktion wollen mit dieser initiative nicht nur die Aufmerksamkeit auf diese vergessene Region lenken, sondern vor allem auf den notwendigen Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in Russland hinweisen.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 16.07.2010, 19:19 Uhr - 5765 Clicks - Nr. 692

Schwarz-gelb gefährdet Exzellenz an der Uni Kiel

Zum Pressegespräch des Präsidenten der CAU Prof. Gerhard Fouquet und des Oberbürgermeisters Torsten Albig erklären der hochschulpolitische Sprecher und die stellvertretende Vorsitzende der Kieler SPD, Benjamin Raschke und Veronika Dicke:



„Die schwarz-gelbe Landesregierung macht es sich sehr einfach, wenn sie das Kieler Institut für Meereswissenschaften Geomar zum hochschulpolitischen Spielball macht und eine Schwächung der Kieler Uni in Kauf nimmt, um den Standort in Lübeck zu sichern.

Es zeugt schon von einem beispiellosen Dilettantismus, wenn Minister de Jager bei den Verhandlungen um die Umwandlung des Leibnitz-Instituts in ein Institut der Helmholtz-Gemeinschaft nicht bedacht hat, dass das IFM Geomar zukünftig nur noch in geringem Umfang Forschungsgelder einwerben kann. Umso schlimmer ist jedoch, dass er diesen Schritt mit den Betroffenen nicht abgesprochen hat – sie hätten ihm die Probleme erklären können, sie nun die Meereswissenschaften in Kiel bedrücken.

Schwarz-gelb gefährdet mit dem überhasteten Manöver auch die meereswissenschaftlichen Studiengänge an der CAU, da bei einer Umwandlung des IFM Geomars Lehrkapazitäten vernichtet werden – ein Aushängeschild der Lehre an der Kieler Universität wird genauso geopfert wie die angestrebte Bewerbung um die dritte Förderlinie in der Exzellenzinitiative: Der erfolgreiche Exzellenzcluster „Future Ocean“, der einen starken Schwerpunkt der Kieler Uni dargestellt hat, steht auf einmal auf wackeligen Beinen und ohne ihn wird der Weg der CAU zur „Elite-Uni“ noch schwieriger.

Die Kieler SPD steht an der Seite der Christian-Albrechts-Universität und unterstützt sie bei der Verteidigung gegen die Pläne von Schwarz-gelb.

Die schnelle Unterstützung des Kieler Oberbürgermeisters Torsten Albig (SPD) und der Kieler Stadtpräsidentin Cathy Kietzer (SPD) sind ein wichtiges Zeichen an die Landesregierung gewesen: Kiel kämpft für seine Uni!“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 16.07.2010, 22:08 Uhr - 10568 Clicks - Nr. 693

Politisches Aufbruchssignal aus der Denkfabrik

Ein Startzeichen setzte die Mitgliederkonferenz der sozialdemokratischen Frauen im Kreis Rendsburg-Eckernförde am Freitag in der Denkfabrik Bordesholm. Mit neuem Vorstand und neuem Selbstbewusstsein gehen die SPD-Frauen an die Politische Arbeit. „Ich glaube, das dieser neue Vorstand viel bewegen wird“ ist sich die scheidende Vorsitzende Christiane Lescau sicher.

Sie übergab ihre Aufgabe an die neue AsF-Kreisvorsitzende Friederike Rupprecht, die bereits im SPD-Kreisvorstand aktiv ist und sich auch dort für Geschlechtergerechtigkeit stark macht. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde Annette Gliencke gewählt. „Ich bin erst seit kurzem in der SPD.“ berichtet die Eckernförderin „Für mich ist klar: wenn ich in eine Partei eintrete, dann will ich auch etwas bewegen. Und genau das tun wir jetzt!“ Als studierte Pädagogin braucht sie nicht lange nachzudenken, was ihr am Herzen liegt: „Alleinerziehende sind meistens Frauen. Sie tragen das höchste Armutsrisiko. Das ist nicht gerecht! Wo Frauen nicht mit bedacht werden, da werden Frauen schlicht vergessen.“

Komplett wird der neue AsF-Vorstand mit Viola Blankenhagen aus Eckernförde und Sabrina

Jakob aus Schacht-Audorf.

Das ihre Aufgabe nicht leicht sein wird, ist allen klar "Wir wollen ein Netzwerk schaffen, so das aktive und interessierte Frauen - und Männer – eine Ansprechpartnerin und Know-How finden. Wir wollen das Thema Gerechtigkeit auf der Tagesordnung halten." umreißt Friederike Rupprecht die zukünftigen Aufgaben, „denn mit mehr aktiven Frauen macht Politik mehr Sinn und mehr Spaß.“ Wie viel Lust auf Politik die Frauen in der SPD haben konnte man in der Denkfabrik Bordesholm erleben.

Die sozialdemokratischen Frauen sind zu erreichen über: www.spd-net-sh.de/rdeck/

Keine Kommentare

[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 17.07.2010, 08:43 Uhr - 10053 Clicks - Nr. 694

Liebing und Damerow (CDU) nun auf Merkels CCS-Kurs Der nächste politische Willkürakt hat begonnen!

Zur Presseerklärung – CCS: Bundesregierung zieht Konsequenzen aus Erfahrungen in Schleswig-Holstein - der CDU-Nordfriesland vom 14.07.10 erklärt der SPD-Kreisvorsitzende Horst Deyerling:



„Die CCS-Presseerklärung der CDU-Abgeordneten Liebing und Damerow offenbart ein ungeheuerliches Täuschungsmanöver! Bei der CDU-NF gilt auch in Sachen CCS - was schert mich das, was gestern war! Nun haben sie die Katze aus dem Sack gelassen.

In ihrer Presseerklärung schwenken Liebing und Damerow (CDU) auf Merkels CCS-Kurs ein. Sie wollen uns Glauben machen, dass man "nur eine kleine CCS-Erprobung" an drei Standorten in Deutschland machen will und nach der Investition von Hunderten von Millionen Euro für die "Erprobung" durch die Energie-Konzerne wird die CO2-Verpressung nur dort erlauben, wo diese willkommen ist.

Tatsache ist jedoch: Die Erprobung ist der Einstieg in die Anwendung. Tatsache ist weiter: Wer die Bevölkerung durch die Verlängerung von Laufzeiten altersschwacher AKW unsinnigen nuklearen Unfall-Risiken aussetzen will, wird auch vor der Implementierung der CCS-Technologie und der Verpressung von flüssigem CO2 nicht zurückschrecken.

Die CDU-Nordfriesland (verantwortlich zeichnet Herr Liebing) hat noch am 26.06.2010 in ihrer „Zukunfts-Zeitung“ behauptet, „der rapide Anstieg des Kohlepreises auf dem Weltmarkt, die hohen Investitionskosten in der CO2-Abscheidung und der geringe Wirkungsgrad der Kraftwerke mit CCS-Technologie machen CCS bei uns unwirtschaftlich“. Diese Presseerklärung ist der schon bekannte Sinneswandel des Herrn Liebing, diesmal schon nach drei Wochen. Frei nach dem Motto, was schert mich mein Geschwätz von gestern.

Der Presstext erinnert an seine früheren Jubeltexte auf CCS, bevor er sich, durch öffentlichen Druck, massiv gegen eine CO2-Einlagerung aussprach. Und war Frau Damerow nicht bei den Demonstrationen und sprach sie sich dort nicht auch gegen die Anwendung der CCS-Technologie aus?

Für wie dumm halten diese Leute die Bevölkerung? Mit ihrer jetzigen Presseerklärung wollen Liebing und Damerow die von uns strickt abgelehnte Technologie der Bevölkerung schmackhaft

machen.

Wieso will die NF-CDU etwas „erproben“, wenn sie es anschließend nicht realisieren will. Diesen logischen Bruch sollte die CDU aufklären, anstatt Nebel zu verschießen.

Eines sollte allen bewusst sein: Der proklamierte „Sieg“ gegen die CO₂-Speicherung in Schleswig-Holstein ist ebenso irreführend wie das neue CCS-Gesetz. Hier werden gefährliche „Beruhigungspillen“ verteilt. Die Ausdauer der Stromkonzerne ist scheinbar deutlich größer als die der Bürgerinitiativen.

Die Kernpunkte des neuen Gesetzes sind: die Beschränkung auf Demonstrationsvorhaben, eine jährliche Speicherkapazität von höchstens 3 Millionen Tonnen je Speicher und 8 Millionen Tonnen bundesweit, eine bis zu 30 Jahre wirkende Nachsorgepflicht der Betreiber, nachdem das Lager geschlossen wurde, Enteignungen für den Bau von Leitungen und Lagerstätten.

Bereits für diese „Demonstrationsvorhaben“ muss eine uneingeschränkte Untersuchung der Speicherschichten erfolgen, so dass man diese „Demonstrationsvorhaben“ nur als Beruhigungsspiel und eine mit einem irreführenden Etikett versehene Vorstufe zur Implementierung der CCS-Technologie interpretieren kann. Sind erst einmal diese „Demonstrationsanlagen“ genehmigt, haben die Stromkonzerne nach EU-Recht automatisch Anspruch auf eine umfassende Speichergenehmigung, wenn das „Demonstrationsvorhaben“ positiv bewertet wird. Genau diese positive Bewertung ist vorprogrammiert, da in der noch nicht bekannten, aber keinesfalls langfristigen Erprobungszeit mit der genannten Menge an jährlich verpressten 8 Mill. Tonnen CO₂ mit Sicherheit nicht die wesentlichen Risiken erprobt werden können.

Es bleibt alles wie es ist, in Teilen sogar noch schlimmer. Die CCS-Option ist der Versuch, den Großkraftwerken einen Rettungsring bereitzustellen. Die Alternativen der Wärme-Kraft-Kopplung und der Wiederverwertung von abgeschiedenem CO₂ wird von den Großkonzernen nicht verfolgt, weil das für sie auch Dezentralisierung der Stromerzeugung auf Kohlebasis bedeuten würde.

Die Interessen der Stromkonzerne sollen noch hinterhältiger als bisher gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden. Man ködert, mit in Aussicht gestellten Entschädigungen, diversen Kommunen, damit die ihre Bürger dann überzeugen mögen. Funktioniert das nicht, wird enteignet! Basta!

Die Entschädigung von Standortkommunen ist allein schon sachlicher Humbug, da verpresstes CO₂ unterirdisch in alle Richtungen driften wird und an geologisch schwachen Stellen, auch unter dem Meer, wieder an die Oberfläche gelangen kann. Betroffen sind somit nicht nur die Standortkommunen. Es macht keinen Sinn von einer „ewigen Lagerung“ zu reden und die Nachsorge für die Stromkonzerne auf 30 Jahre nach Schließung der Lagerstätten zu beschränken. Die Lasten, so wie bei den Atomlagern, soll danach der Staat, sprich der Steuerzahler tragen.

Man kann eventuell davon ausgehen, dass aufgrund des Widerstandes in Schleswig-Holstein eine CO₂-Verpressung hier nicht stattfinden wird, jedoch werden die Strom-Konzerne am Ende versuchen, das "flüssige" CO₂ in den Niederlanden oder in Niedersachsen in bis zu 3 km Tiefe zu verpressen. In solchen Tiefen wandert das flüssige CO₂ in den bis zu 1.500 m mächtigen salinen Aquiferen nach Osten und Norden bis Dänemark und unter Schleswig-Holstein hinweg (unter Nord- und Ostsee) zur polnischen Küste und bis vor die Baltischen Staaten. Diffus unter

der See aufsteigendes CO2 kann ohnehin niemand mit absoluter Sicherheit nachweisen. Das hat zusätzlich folgenden extremen Vorteil für die Konzerne:

Entweicht das CO2 großflächig unter Nord- und Ostsee, so bekommt man einen "ewigen Speicher". Das bedeutet, der Speicher wird niemals voll, da ab einer bestimmten Füllmenge und einem bestimmten Fülldruck stets genau so viel CO2 (technisch praktisch nicht nachweisbar) diffus, d.h. durch kleine Lecks und Erdspalten, in das Meerwasser entweicht, wie eingepumpt wird. Das bedeutet weiterhin, man kann "auf ewig" die erheblichen Kosten für die Luft-Verschmutzung durch CO2 "sparen". Das sind ebenfalls mehrere Milliarden Euro pro Jahr.

Ich möchte daran erinnern, dass in Nord- und Ostsee Ölbohrungen stattfinden, bzw. stattgefunden haben. Sind diese Bohrlöcher möglicherweise solche geologische Schwachpunkte?

Waren die Atomlager nicht auch sicher? Es wird wieder eine neue, keineswegs in irgend einer Weise erprobten Technik auf die Bevölkerung los gelassen.

Abgesoffene Atommüllfässer haben wir bereits und die Endlagerung für diesen Müll ist weiter ungeklärt. Eine Endlagerung für CO2 wird es ebenso wenig geben. Flüssiges CO2 fließt frei durch den Untergrund und wird seinen Weg an die Oberfläche finden.

Erklären uns Damerow und Liebing nicht täglich über ihre Regierungen von den Schulden, die wir unseren Kindern nicht überlassen dürfen. Und was hinterlassen die hier? Schulden plus Gefahr für unsere Kinder!

Meiner Partei auf Bundesebene gebe ich den Rat: Die SPD sollte sich davor hüten, für ein solches Gesetz die Hand zu reichen. CCS ist ein **irREWeg** in die Sackgasse.

Zur Erinnerung: Als 1957 das Atomgesetz mit den Stimmen der SPD verabschiedet wurde, gab es eine einzige Gegenstimme - die vom SPD-Bundestagsabgeordneten Karl Beckert, der vor allen Folgen der Atomenergienutzung warnte. Seine Warnungen wurden überhört und belacht. Doch er behielt in allen Punkten recht. Erst nach langen Konflikten hat sich die SPD 1986 von der Atomenergie programmatisch verabschiedet.

Machen wir einen solchen Fehler mit langwierigen Konsequenzen nicht noch einmal. Es hat keinen Nutzen für die Gesellschaft, für die Wirtschaft und für die SPD.

Es gilt den 1998 eingeschlagenen Weg zu den erneuerbaren Energien unbeirrt weiter geht und die tragende und treibende politische Kraft der Energiesystem-Wende zu erneuerbaren Energien zu bleiben. CCS gehört definitiv nicht dazu!"

Kommentar von [Gallier](#) vom 01.08.2010, 10:03 Uhr:

RE: Liebing und Damerow (CDU) nun auf Merkels CCS-Kurs

Wo bleibt die Reaktion der Landes-SPD? Das wird von vielen mit Interesse beobachtet. Und ist CCS kein Thema auf dem Sonderparteitag im September?

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 18.07.2010, 12:26 Uhr - 9357 Clicks - Nr. 695

Robin: Mindestlohn in der Pflegebranche war überfällig

Zum vereinbarten Mindestlohn in der Pflegebranche erklärt die Kreisvorsitzende der SPD AG 60 plus, Hans Peter Robin:

„Endlich wurde der Mindestlohn in der Pflegebranche umgesetzt, den die SPD in der vergangenen Wahlperiode auf den Weg gebracht hat.“

Bereits heute ist die Pflegebranche Lohndumping ausgesetzt. Mit dem Mindestlohn wird dem ein Riegel vorgeschoben. In einer älter werdenden Gesellschaft werden wir zunehmend auf qualifizierte und menschenwürdige Pflege angewiesen sein. Der Mindestlohn ist ein Schritt zur Aufwertung der wichtigen Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger.

Bedauerlich ist allerdings, dass immer noch Unterschiede im Mindestlohn für die alten und neuen Bundesländer gemacht werden.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 18.07.2010, 13:02 Uhr - 2080 Clicks - Nr. 696

CDU/FDP: Kein demografischer Wandel im Kreis Segeberg

CDU/FDP lehnen es ab, sich im Kreistag mit den Folgen des demographischen Wandels für den Kreis Segeberg zu beschäftigen.

Der in der letzten Kreistagssitzung eingebrachte Antrag der SPD, der Kreistag möge ein „Leitbild zum demographischen Wandel im Kreis Segeberg“ entwickeln, wurde von der CDU/FDP abgelehnt.

Begründet wurde diese Haltung unter anderem damit, dass es schon genug Literatur zu dem Thema gebe.

„Die Vertreter von CDU/FDP haben es immer noch nicht begriffen, wie wichtig es ist, sich jetzt mit den Auswirkungen des demographischen Wandels auseinander zu setzen, um die Zukunft des Kreises zu sichern“, so SPD-Kreistagsabgeordneter Sass-Olker.

Die Bevölkerung wird immer älter, die Geburtenzahl sinkt drastisch und es besteht die Gefahr der Abwanderung von Arbeitskräften. Allein diese Entwicklungen stellen den Kreis künftig vor Herausforderungen, die nicht einfach ignoriert werden oder auch nur nebenbei angenommen werden können. Die Kreispolitik hat nach Auffassung der SPD die Aufgabe, sich mit den Auswirkungen des demographischen Wandels auseinander zusetzen und sich rechtzeitig für eine nachhaltige Entwicklung des Kreises einzusetzen.

„CDU/FDP stehlen sich aus der Verantwortung für den Kreis Segeberg und wollen Land und Bund die Zukunft unseres Kreises überlassen. Dafür sind sie jedoch nicht gewählt worden“, so Sass-Olker/SPD.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.07.2010, 09:11 Uhr - 1218 Clicks - Nr. 697

Urlaub in Kiel wird attraktiver

Zur Markenstudie "Destination Brand 09" aus der Fachhochschule Westküste erklären der stellvertretende

Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS'

90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

Der hohe Bekanntheitsgrad der Landeshauptstadt Kiel in ganz Deutschland (79%) ist erfreulich - die Tatsache, dass nur 62% derjenigen, die Kiel kennen, unsere Stadt auch mögen, verbesserungsfähig. SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung arbeiten gemeinsam mit der zuständigen Dezernentin für Arbeit und Wirtschaft an einer Erhöhung der Attraktivität des Tourismusstandortes Kiel.

Für Familien mit kleinen Kindern, die in Kiel Urlaub machen, ist es besonders wichtig, auch einmal etwas bei (in Kiel auch im Sommer nicht selten vorkommendem) Regenwetter unternehmen zu können. Auch zu diesem

Zweck werden wir an der Hörn ein neues, großes Hallenbad mit attraktivem Außenbadebereich, Spiellandschaft und Rutschen bauen und im Gegenzug die alten Kieler Schwimmhallen am Schrevenpark und in Gaarden schließen. So schaffen wir nicht nur für die Kielerinnen und Kieler, sondern auch für unsere Gäste neue und schönere Bademöglichkeiten auch bei Regenwetter.

Für die Fähr- und Kreuzfahrttouristen ist eine attraktive Innenstadt, die sie bequem und ohne Hektik besuchen können, besonders wichtig. Dazu haben wir nicht nur feste Vorgaben für eine geordnete Stadtentwicklung rund um das Karstadt/LEIK-Gelände gesetzt, innerhalb derer gerade ein marktwirtschaftlicher Wettbewerb um die besten Ideen stattfindet. Wir fügen Handel, Gastronomie, Museen und Galerien zu einer attraktiven Mischung zusammen, die Besucherinnen und Besucher von nah und fern anzieht und die für jung und alt gut zu Fuß zu erreichen ist. Dabei helfen eine deutlichere Beschilderung und elektronische Anzeigen überall in der Innenstadt, wann welches Fähr- bzw. Kreuzfahrtschiff wieder ablegt.

Wir haben darüber hinaus 150.000 Euro in der Planung für den kommenden Stadthaushalt des Jahres 2011

und die folgenden Haushaltsjahre bestimmt, die gemeinsam mit rd. 160.000 Euro der Seehafen Kiel GmbH & Co. KG und weiteren 300.000 Euro des Vereins "Kiel Marketing e.V." verwendet werden sollen, um ein Projekt "Cruise Kiel - Touristisches Destinationsmanagement Schleswig-Holstein" zu finanzieren. Mit "Cruise Kiel - Touristisches Destinationsmanagement Schleswig-Holstein" sollen die durch den Fähr- und Kreuzfahrttourismus erzeugten Umsätze verdoppelt werden. Derzeit geben z.B. Kreuzfahrer in ganz Schleswig-Holstein für Gastronomie, Shopping, Verkehrsmittel u.ä. einschließlich Hotelübernachtungen rd. 6,6 Mio. Euro pro Jahr aus. Im Zuge des Projektes sollen touristische Produkte von Touristikexperten und weiteren Leistungsträgern (z. B. Hotellerie und Gastronomie) in Kiel und Schleswig-Holstein benannt und weiterentwickelt werden, um in „Cruise Kiel“ zu einer Gesamtinfrastruktur zusammengefasst zu werden, die dann gezielt international kommuniziert und beworben werden kann.

Gleichzeitig haben die Hauptausschüsse der Landeshauptstadt Kiel und des Plöner Kreistages eine Arbeitsgruppe "Tourismus" gebildet, die sich vor allem der Entwicklung eines gemeinsamen Destinationsmanagements widmen soll. Wer im Kieler Umland ein Hotelzimmer bucht, geht wahrscheinlich trotzdem mehrmals in Kiel bummeln; und wer in Kiel übernachtet, besucht vielleicht das Plöner Schloss oder Laboe im Tagesausflug. Besonders die Fördeschiffahrt, ihre Organisation und ihre Finanzierung werden einen Schwerpunkt dieser Gespräche bilden.

Kommentar von [Ratsherr Falk Stadelmann \(SPD\)](#) vom 20.07.2010, 22:24 Uhr:

RE: Urlaub in Kiel wird attraktiver - besonders für Familien

Diese zusätzlicher Ideen zur Attraktivitätssteigerung Kiels klingen interessant. Ich glaube, dass es oft gar nicht so umfänglicher weiterer Impulse braucht, um eine spürbare Verbesserung des städtischen Lebens zu erreichen. So war die bauliche Umgestaltung des Bootshafens sicherlich erforderlich, um die nördliche Innenstadt zu beleben - aber sie allein war nicht ausreichend. Erst der zusätzliche Impuls der Gastronomie in diesem Bereich (die Cafés am Wall und an der

Holstenbrücke) ziehen richtig viele Menschen tagsüber bis in den frühen Abend dorthin. Welche weiteren Impulse kann man finden? Hier ist Kreativität gefragt. Eine gute, von SPD, CDU und GRÜNEN in der vergangenen Kommunalwahlperiode gemeinsam getroffene Entscheidung war z.B., auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für die Benutzung von öffentlichen Flächen zu verzichten, wenn Cafèbesitzer draußen Tische und Stühle aufstellen. So verzichtet die Stadt zwar auf Einnahmen in Höhe von ca. 30.000 Euro, aber es fördert und belebt die Qualität des städtischen Lebens, die örtliche Gastronomie - und letztlich auch den Städtetourismus, indem es unsere Stadt attraktiver macht.

Kommentar von [Günther](#) vom 20.07.2010, 17:46 Uhr:

RE: Urlaub in Kiel wird attraktiver - besonders für Familien

Für mich gehört zur Attraktivitätssteigerung im Urlaub in Kiel auch noch einige andere Dinge dazu. Ich möchte an dieser Stelle ein paar Beispiele anführen: 1. Stadtrundfahrten, diese müssten öfter als bisher stattfinden und auch mehrere Routen angeboten werden. 2. Mehr Hafensrundfahrten 3. Was ist mit den Schleusenbesichtigungen? Attraktionen in Kiel müssten besser bekanntgemacht werden und auch deutlich sichtbar ausgeschildert werden. Übrigens: Schade dass das Science-Center versenkt worden ist.

Kommentar von [Ratsherr Falk Stadelmann \(SPD\)](#) vom 19.07.2010, 22:03 Uhr:

RE: Urlaub in Kiel wird attraktiver - besonders für Familien

Das neue, große Hörnbad auf dem Gelände neben der Gablenzbrücke soll für alle da sein: Für Kielerinnen und Kieler UND für Gäste von außerhalb Kiels. Für die SPD-Ratsfraktion (aber auch für die meisten anderen Fraktionen in der Kieler Ratsversammlung) ist es wichtig, dass die Eintrittspreise für das Schwimmen und Baden in einem neuen Kieler Hallenbad - oder in den alten Kieler Hallenbädern - bezahlbar bleiben. Damit möglichst viele Menschen schwimmen gehen können, und damit auch Familien und jene, die über wenig Einkommen verfügen (Seniorinnen und Senioren mit kleinen Renten, Auszubildende, Studierende, Schülerinnen und Schüler, Arbeitslose), diese öffentliche Einrichtung besuchen. Die Höhe der Eintrittspreise hängt davon ab, wie teuer der Betrieb eines Bades bzw. mehrerer Bäder ist. Am einfachsten ist doch eine gedankliche Kontrolle, was plausibler ist. Können mehrere kleinere und veraltete Bäder mit hohem energetischem Aufwand (weil nicht gedämmt) und mit Personal für jedes einzelne Bad zu geringeren Kosten betrieben werden als ein einziges, dafür größeres Bad, das nach modernem energetischen Standard gebaut ist (deshalb geringere Energiekosten hat) und nicht doppeltes Personal benötigt? Die SPD-Ratsfraktion ist der Ansicht, dass ein einziges, großes Bad in der Mitte der Stadt eine gute Lösung für eine Vielzahl von Problemen ist. Momentan ist in den zwei kleineren Schwimmhallen in Gaarden (Ostufer) und am Lessingplatz (Westufer; seit mehreren Jahren ohnehin nicht betriebsbereit) nicht genügend Schwimmfläche für das Schul-, Vereins- und Freizeitschwimmen vorhanden. Die Schwimmhalle in Schilksee - die bestehen bleibt - fängt den Bedarf nicht auf, die Uni-Schwimmhalle wird von der Universität für eigene Zwecke benötigt, und das Freibad Katzheide in Gaarden ist auch keine Lösung, weil es nur abwechselnd zum Hallenbadbetrieb in Gaarden genutzt werden kann. Die soziale Funktion des Freibades Katzheide ist wichtig, deshalb soll auch eine für die Bäder GmbH kostenneutrale Lösung für den Betrieb eines kleineren Badbereiches gefunden werden. Für das neue Hörnbad will die SPD-Ratsfraktion 17 Mio. Euro aufwenden. Damit soll ein großes Bad gebaut werden, das so modern und attraktiv ist, dass darin nicht nur Schul- und Sportschwimmen möglich ist, sondern dass auch Gäste von außerhalb sich darin zum Freizeitschwimmen und -baden aufhalten wollen. Je mehr Menschen das neue Bad besuchen werden, umso geringer werden die Betriebskosten - und umso günstiger kann der Eintrittspreis gestaltet werden. Das ist eine einfache Berechnung. Für einen mehrstündigen Schwimmbadbesuch wird ein Eintrittspreis von 3,- Euro kalkuliert (gegenüber 2,70 Euro für

eine heutige Eintrittskarte in einem veralteten kleinen Bad). Würden stattdessen die Gaardener Halle und die Lessinghalle und das Freibad Katzheide für mehr als 25 Mio. Euro saniert (denn so hoch wäre der Sanierungsaufwand mindestens), dann stiegen die Eintrittspreise zwingend auf mindestens 5,- Euro pro Person, um die Betriebskosten für alle drei Bäder zu decken. Das wäre dann für Familien und Alleinerziehende, für junge Menschen, für Schülerinnen und Schüler, für Auszubildende und Studierende, für Rentnerinnen und Rentner und für Arbeitslose nicht zu bezahlen! Deshalb ist die SPD-Ratsfraktion für eine soziale Sport- und Baupolitik, die in Zukunft allen Kielerinnen und Kielern wieder mehr Schwimmen in Kiel ermöglicht. Und es ist gut, wenn Kiel durch ein modernes und großes Bad auch für Touristen attraktiver wird. Denn Touristen kommen in unsere Stadt, um hier Urlaub zu machen, die Ostsee zu genießen, Kiel zu erleben - und geben dabei Geld für Gastronomie, Hotel- und Fremdenverkehrsgewerbe, Handel, Freizeit und Kultur aus. Dieses Geld sichert Arbeitsplätze in Kiel, und das ist gut so und muss unterstützt werden. Den Bau eines Hörnbades unterstützen nicht nur unsere Kooperationspartner GRÜNE und SSW, sondern auch CDU und FDP. Warum die Ratsfraktionen von DIE LINKE und DIREKTE DEMOKRATIE (vor ihrer Spaltung war das eine einzige Fraktion, nämlich DIE LINKE) den Bau des Hörnbades ablehnen, erschließt sich mir nicht. Warum soll kein neues Schwimmbad im Stadtteil Gaarden entstehen, wo doch die Hörn in Gaarden liegt? Warum wollen DIE LINKE und die abgespaltene Rest-LINKE (die sog. "DIREKTE DEMOKRATIE") in Kauf nehmen, dass die Eintrittspreise im Katzheider Freibad und in den beiden kleineren Hallenbädern Gaarden und Lessinghalle (von denen eine schon aus Gründen der Bauauffälligkeit seit Jahren geschlossen ist) steigen und für Menschen mit geringeren Einkommen nicht mehr zu bezahlen sind? Das ist doch nicht sozial. Rechnen diese Fraktionen etwa damit, dass die Stadt aus ihrem Haushalt dann die Eintrittspreise subventioniert? Aber dann würde das Geld fehlen, dass in die Sanierung der Schulen und die zusätzliche Schaffung von Kindergartenplätzen gesteckt werden soll? Sollen Mütter in Gaarden sich schon deshalb nicht um einen Arbeitsplatz bewerben oder an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen können, weil es gar keine Betreuungsplätze für ihre Kinder gibt (weil mit dem Geld stattdessen Eintrittspreise für sanierte alte Schwimmhallen subventioniert würden, anstatt ein großes und günstigeres Bad zu bauen)? Für die SPD-Ratsfraktion sind städtische Haushaltsmittel zu anderen sozialen Zwecken zu verwenden, z.B. für die Unterstützung von Kindern aus armen Familien, denen die Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen bezahlt werden. Dieses Programm heißt "Kids in die Clubs", und der städtische Zuschuss in Höhe von 22.000 Euro wurde zuerst im Stadthaushalt 2009 von der SPD-Ratsfraktion gemeinsam mit den GRÜNEN und dem SSW beschlossen - übrigens gegen die Stimmen der LINKEN (soviel zu deren angeblich "sozialen" Politik!). Was immer auch die Motive der LINKEN sein mögen, sie bleiben ihr Geheimnis. Denn plausibel dargelegt hat sie ihre Ablehnung von günstigeren Eintrittspreisen auch für Einkommensschwächere bislang nicht. Die SPD-Ratsfraktion dagegen hat ihre Beweggründe offen gelegt - so kann jede Kielerin und jeder Kieler nachvollziehen, aus welchem Grund und mit welchem Ziel wir die Stadt gestalten.

Kommentar von [Thilo Pfennig](#) vom 19.07.2010, 12:48 Uhr:

RE: Urlaub in Kiel wird attraktiver - besonders für Familien

Jetzt verstehe ich, wozu das "Spaßbad" gebaut wird: Damit Kiel für Touristen attraktiver wird - nicht etwa für die Kieler. Die können sich die bisher geplanten Eintrittspreise auch wohl kaum leisten. Und wenn das Bad teurer wird, gilt der jetzige Baubeschluss nicht mehr, der die Kosten auf 17 Mio. deckelt. Oder sie machen einen neuen und erhöhen die Eintrittspreise noch weiter. Ein Bad für Wenige, aber sicher nicht mehr für arme Familien aus z.B. Gaarden. Die dürfen bald nur noch im neu eingeweihten Brunnen baden.

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 20.07.2010, 11:40 Uhr - 2032 Clicks - Nr. 698

Fröhliche Kinderschar bei der Ferienpassaktion mit dem Förster

Am 13.07.10 hat der SPD-Ortsverein Reinfeld seine beliebte Ferienpassaktivität mit dem Förster Günther Fischer durchgeführt.

Um 10.00 Uhr trafen sich an der Försterei 18 Jungen und Mädchen mit dem Förster Günther Fischer und Tom Klüver von der SPD Reinfeld zu einem lehrreichen Querfeldeinspaziergang in Begleitung des noch jungen Schweißhundes des Försters. Es gab viel zu entdecken und die Kinder lauschten interessiert den Ausführungen von Günther Fischer. Zur Stärkung gab es zum Schluss, bevor die Eltern zur Abholung erschienen, im Wald bei Voßkaten Grillwürste, Brot und Getränke.



Zum Dank für seinen Einsatz während seines Urlaubs übergab Petra Gehrke an Günther Fischer ein kleines Präsent und brachte ihr Bedauern zum Ausdruck, dass aufgrund seines Ausscheidens aus dem Forstdienst wegen Beginn der Altersteilzeit dieses die letzte Veranstaltung dieser Art mit ihm gewesen sei. Allen Beteiligten hat die Aktion in jedem Jahr viel Freude bereitet. Für seinen „Unruhe-Zustand“ wünscht die SPD-Reinfeld Günther Fischer alles Gute und seinem Nachfolger einen positiven Start für die Übernahme der Försterei.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.07.2010, 13:49 Uhr - 4448 Clicks - Nr. 699

Sommersgespräch: Martin Habersaat besucht Gerhard Lein

Im Rahmen seiner Sommertour besuchte Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek), nun seinen Hamburger Kollegen Gerhard Lein, der - gemeinsam mit zwei weiteren Sozialdemokraten - den Wahlkreis Bergedorf in der Hamburger Bürgerschaft vertritt. Gerhard Lein war bis 2009 Leiter der Gesamtschule Lohbrügge, Martin Habersaat bis zu seinem Einzug in den Landtag Gymnasiallehrer in Hamburg; da lag es auf der Hand,



in erster Linie bildungspolitische Themen zu besprechen und von der Bildungspolitik ausgehend Ansätze zu einer vertieften Zusammenarbeit zu entwickeln.

Ein für Hamburg und Schleswig-Holstein unbefriedigendes Thema ist das Gastschulabkommen, über das beide Landesregierungen nun seit bald einem Jahr vergebens verhandeln. Martin Habersaat berichtete von seinen Erkenntnissen aus dem Kieler Bildungsausschuss, Gerhard Lein informierte seinen Kollegen über verschiedene kleine und große Anfragen an den Hamburger Senat zum Thema. Die Hamburger SPD-Fraktion hatte bereits im März einen

Antrag gestellt, Schülerinnen und Schülern aus Schleswig-Holstein, die eine Hamburger Schule besuchten, dort auch den Verbleib bis zum Abitur zu ermöglichen, fand dafür aber keine Mehrheit. Beide fordern ihre jeweilige Landesregierung auf, schnell eine Lösung zu finden, die vor allem den Schülerinnen und Schülern gerecht wird, die jetzt akut von Abschulung bedroht sind.

Um eine gemeinsame Perspektive in der Bildungspolitik zu entwickeln, wollen die beiden Abgeordneten im Kontakt bleiben. Sie streben außerdem gemeinsame Sitzungen der Bildungsarbeitskreise ihrer Fraktionen an und wollen sich über Parteiinitiativen in der Bildungspolitik austauschen. Habersaat: „Für den 11. September plant die SPD Schleswig-Holstein zum Beispiel einen Bildungsparteitag, auf dem die weiteren Ziele in der Bildungspolitik vom Kita-Bereich bis zu den Hochschulen beschlossen werden sollen.“

Die SPD Schleswig-Holstein hatte zuletzt auf einem Parteitag im März 2004 in Norderstedt ein bildungspolitisches Langzeitprogramm „Lernen für die Zukunft“ beschlossen, das inzwischen in weiten Teilen umgesetzt ist. Die Gemeinschaftsschule als Schule für alle ist mittlerweile die Schulart mit den meisten Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe in Schleswig-Holstein.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 20.07.2010, 16:01 Uhr - 55630 Clicks - Nr. 700

Europaweiter Kormoran-Managementplan rückt in weite Ferne

Brüssel/Kiel: Ein europaweiter Kormoran-Managementplan, wie ihn das Europäische Parlament seit mehreren Jahren fordert, scheint mangels Interesse der Kommission und des Rates in weite Ferne gerückt zu sein. Das geht aus der Antwort der EU-Kommission hervor, die die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Dienstag in Brüssel erreichte.

Rodust, die sich als Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion im Fischerei-Ausschuss mit der Problematik der zunehmenden Schäden durch Kormorane für Fischbestände, Fischerei und Aquakultur konfrontiert sieht, hatte hierzu eine schriftliche Anfrage an die Kommission gestellt. Dabei hatte sie die neu ins Amt gekommenen Kommissare daran erinnert, dass das Europäische Parlament das Gremium bereits im Jahr 2008 dazu aufgefordert hatte „einen europäisch koordinierten Bestandsmanagementplan für Kormorane vorzulegen und die Erhebung wissenschaftlicher Daten zur Größe der Kormoranpopulationen zu fördern“.

„Ich bedaure, dass sich die Mitgliedsstaaten dieser Problematik nicht im ausreichenden Maße stellen“, erklärt Rodust und fragt: „Wie glaubwürdig ist es, den Betroffenen Hilfe zu versprechen, solange man nicht ausreichend wissenschaftliche Daten als Basis für Lösungsansätze ermittelt.“ Umso wichtiger sei es nun, dass wenigstens die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen vernünftig umgesetzt werden, betont Rodust. „Ich setzte mich zurzeit im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für 2011 dafür ein, dass das von der Kommission vorgeschlagene Projekt einer "Plattform" für den Informationsaustausch und für die Erfassung aktueller Daten über die Kormoranbestände in der EU (die aus einer Website bestehen wird) um ein echtes Forum erweitert wird.“ Hier könnten Experten Erfahrungen und bewährten Praktiken beim Kormoranmanagement austauschen, erhofft sich Rodust.

Keine Kommentare

**Besuch in Masuren-erlebnisreich, aber anstrengend
Eine Delegation der Gemeinde Kropp
fuhr zum jährlichen
Partnerschaftsbesuch
vom 02.-04.Juli 2010 in die Gemeinde
Orzysz (Arys) nach Masuren.**

Neben Bürgermeister Reinhard Müller und Bürgervorsteher Klaus Lorenzen waren der Kommodore Oberst Karsten Stoye vom AG 51 „Immelmann“ und sein Info-Meister OStFw Gerd Neas dabei. Als Vorsitzender des Ausschusses für Schule und Kultur der Gemeindevertretung Kropp komplettierte ich die Delegation.



Mit dem Bus des TSV Kropp starteten wir am Abend des 01.Juli 2010 von Kropp zu einer Nachtfahrt über Stettin, Bydgoszcz, Torun, Olsztyn nach Orzysz wo wir am 02. Juli gegen 13:30Uhr ankamen. Knapp 1200 km beträgt die einfache Straßenentfernung.

Untergebracht waren wir in dem Ferienhaus unseres freundlichen Übersetzers Pjotr in Cierzpiety (Seehöhe) ca. 8km von Orzysz entfernt.

Das offizielle Programm der Orzysz-Festtage begann um 18:00 Uhr mit einem feierlichen Gottesdienst in der katholischen Kirche. Anschließend führte der Bürgermeister von Orzysz , Jan Aleszyk, seine Gemeindevertreter und Vertreter aller (4) Partnergemeinden zum Festplatz. Dort wurden auf einer Bühne Grußworte ausgetauscht, sowie eine bereits bestehende Partnerschaft mit einer litauischen Gemeinde urkundlich gefestigt.

Reinhard Müller trug die Kropper Grüße auf Polnisch vor.

Danach folgte das musikalische Abendprogramm für die gesamte Bevölkerung, während sich die Delegationen bei der Orts-Feuerwehr erfrischten.

Am späteren Abend ging es für die Delegationen und den Orzysz-Vertretern mit Bussen zum festlichen Abendessen nach Milki (Milken) auf dem Weg nach Gizycko (Lötzen).

Am 3.Juli starteten wir früh mit Bussen zu einer Fahrt über Elk (Lyck) nach Augustow, im Nordosten Polens, um dort in ein Ausflugsschiff umzusteigen. Mit diesem ging es bei strahlendem Sonnenschein über masurische Seen. Anschließend ging es per Bus weiter zum Wallfahrtsort Wigry, wo Papst Johannes Paul II. dem Ort 2005 seinen letzten Besuch abstattete.

Mit einer Fahrt in einer historischen Schmalspurbahn durch masurische Felder und Wälder begann das Nachmittagsprogramm.

Der Bürgermeister von Orzysz hatte auch dafür gesorgt, dass die deutsche Delegation das Argentinien-Spiel in einer polnischen Gaststätte miterleben konnte.

Zum Abend ging es zurück nach Orzysz, wo bei der Feuerwehr die Tische reichhaltig gedeckt waren und sich gute partnerschaftliche Gespräche ergaben.

Am 4.Juli führte der Bürgermeister Jan Aleszyk den Stadtrundgang durch den Ort an, wobei zuerst die fast fertiggestellte Sporthalle in ihren großen Dimensionen besichtigt wurde. Dann

war ein wenig Zeit zum Einkaufen, denn sonntags haben die Geschäfte in Orzysz geöffnet. Mit dem Bus fuhren wir in der Mittagszeit zur Eröffnung des neuen Freibades am Orzysz-See. Anschließend teilten sich die Delegationen auf.

Wir Kropper Delegierten fuhren nach Nowe Guty (Seegutten) am Spirdingsee.

Nach der Besichtigung einiger neuer Ferienhäuser an der Uferkante fuhren wir zu unserer Unterkunft um uns in Ruhe auf den Abschiedsabend vorzubereiten. Leider mußten wir bereits zu diesem Zeitpunkt an die Abreise denken und packen. Es blieb noch ein Sprung in den See. Dann ging es mit dem Kropper Bus nach Ublik (Ublick) in das am See gelegene Hotel „Ublick-Park“, wo ein festliches Abschiedsessen auf uns wartete. Alle Delegationen überreichten Gastgeschenke. Neben Reinhard Müller überreichte der Kommodore Oberst Karsten Stoye ein Bild vom Jageler Flugplatz mit polnischer Aufschrift zur Erinnerung.

Gegen 21:00Uhr verabschiedeten wir uns, fuhren noch zum Umkleiden zum Ferienhaus um dann gegen 22:00Uhr die lange Heimreise nach Schleswig-Holstein anzutreten.

Am nächsten Tag erreichten wir nach mehreren Fahrerwechseln gegen 13:00Uhr unseren Heimatort Kropp.

Fazit: Eine gelungene Reise zur Festigung der Partnerschaft. Der Gegenbesuch ist bereits für die Mondscheinnacht am 22. August vorgesehen.

[Der ausführliche Bericht kann hier eingesehen werden](#)

Joachim Tschesch

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 21.07.2010, 16:27 Uhr - 5490 Clicks - Nr. 702

Zwischenstopp im Neuen Hafen Kiel-Canal

Auf seiner Sommerreise entlang des Nord-Ostsee-Kanals machte der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner, gemeinsam mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten, Dr. Kai Dolgner, am 20.07.2010 Zwischenstation in Osterrönfeld.

Hier informierte er sich vor Ort bei zuständigen Ingenieuren und Hafengeschaftern über den Stand beim Bau des Neuen Hafens Kiel-Canal und erfuhr, dass bereits 95% der Spundwände gesetzt und 90% der Betonkaimauer gegossen sind. Insgesamt werden bei diesem Infrastrukturprojekt - einem der größten in Schleswig-Holstein - über 190.000 Kubikmeter Erdaushub bewegt. Stegner war vom Stand der Bauarbeiten nur 11 Monate nach Auftragserteilung sehr beeindruckt, ebenso wie die anwesenden Vertreter der SPD Osterrönfeld, darunter der Ortsvereins- und stv. Fraktionsvorsitzende, Detlef Strufe und das SPD-Vorstandsmitglied, Gerhard Gehringer.



Mit der Ansiedlung des Entwicklungszentrums der Firma REpower wurden bereits viele neue Arbeitsplätze für Osterrönfeld und die Region gewonnen. Als nächste Schritte sind der Bau einer Produktionshalle der Firma REpower für Windenergieanlagen unmittelbar neben dem

Entwicklungscenter und die Ansiedlung der Firma Hanse Drehverbindungen im neuen Gewerbegebiet südlich der Bundesstraße B202 vorgesehen.
Live-Bilder vom Stand der Baustelle gibt es unter www.canalcup-cam.de sowie unter www.ahlmann-zerssen.de.

Mehr zum Thema REpower und alle Begleitthemen finden Sie hier [[mehr](#)].

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 22.07.2010, 15:23 Uhr - 4809 Clicks - Nr. 703

Die Wahrheit über die Atompolitik in 45 Minuten

„Der große Bluff. Die falschen Versprechen der Atompolitik.“ Unter diesem Titel lief Mitte Juli eine Dokumentation von Frontal 21 im ZDF. Herausgearbeitet wird, wie die Energiekonzerne durch eine Laufzeitverlängerung Milliarden Gewinne erzielen, ohne dass dies Einfluss auf den Strompreis hätte, den der Endverbraucher zu zahlen hat. Beim Atomausstieg hat die Wirtschaft ihr Wort gegeben, das nun gebrochen werden soll.

Der Entsorgungsstandort Gorleben kam nicht nach wissenschaftlichen Kriterien zustande, sondern durch eine politische Entscheidung Ernst Albrechts, des Vaters der heutigen Arbeitsministerin Ursula von der Leyen.



Thematisiert werden auch den Pannenreaktor Krümmel und weitere Sicherheitsrisiken in den deutschen Meilern. Martin Habersaat: „Risiken sind eben nicht beherrschbar, sonst wäre es ja keine Risiken. Verantwortungsvolle Politik minimiert Risiken und verlängert sie nicht.“

Der Link zur Dokumentation:

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/#/beitrag/video/1090144/Frontal21-Dokumentation:-Der-gro%C3%9Fe-Bluff>

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 22.07.2010, 16:51 Uhr - 6220 Clicks - Nr. 704

Katrin Fedrowitz ist neue Vorsitzende der SPD Norderstedt

Die Norderstedter SPD hat am Montag einen Generationswechsel vollzogen. Die Stadtvertreterin Katrin Fedrowitz wurde auf der Mitgliederversammlung mit 92 Prozent zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Die 37-jährige Norderstedterin folgt damit auf Heiner Köncke, der seit 2003 Chef der Sozialdemokraten war und nicht mehr angetreten ist. Zudem wurde Thomas Jäger zum stellvertretenden Vorsitzenden und Pressesprecher gewählt. Der 33-jährige Norderstedter erhielt mit 92 Prozent die gleiche Zustimmung wie

Die Norderstedter SPD hat am Montag einen Generationswechsel vollzogen. Die

Stadtvertreterin Katrin Fedrowitz wurde auf der Mitgliederversammlung mit 92 Prozent zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Die 37-jährige Norderstedterin folgt damit auf Heiner Köncke, der seit 2003 Chef der Sozialdemokraten war und nicht mehr angetreten ist. Zudem wurde Thomas Jäger zum stellvertretenden Vorsitzenden und Pressesprecher gewählt. Der 33-jährige Norderstedter erhielt mit 92 Prozent die gleiche Zustimmung wie Katrin Fedrowitz.

Nach den zuletzt enttäuschenden Wahlergebnissen bei der Kommunalwahl und der Wahl zum Oberbürgermeister Anfang Mai forderte Katrin Fedrowitz mehr Optimismus und Siegeswillen von ihren Parteifreunden. «Wir müssen uns ins Gewinnen verlieben», sagte Fedrowitz. Allerdings betonte sie auch, dass es auf dem eingeschlagenen Kurs nicht weitergehen kann. «Wenn wir diese Wahlergebnisse erst nehmen, müssen wir uns verändern.» Den Bürgern will die als Bürovorsteherin in einer großen Norderstedter Rechtsanwaltskanzlei arbeitende Vorsitzende die Inhalte der SPD besser vermitteln. Dazu zähle in einer älter werdenden Gesellschaft die Solidarität zwischen Jung und Alt, sagte sie.

Bei seiner letzten Rede als Ortsvereinsvorsitzender gab Heiner Köncke unumwunden zu, dass es für die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren trotz Regierungsverantwortung in Berlin massiv abwärts ging. «Die Zeit in der Regierung hat uns unglaublich viel Substanz gekostet», zog der 53-Jährige eine «nüchterne Bilanz» der Zeit seit 1998. Als Beispiel nannte Köncke die Abwanderung mancher Gewerkschaftsfunktionäre zur Linkspartei. Er verlangte, dass die «Entfremdung zu den Gewerkschaften» beendet werden müsse. Die Genossen forderte er auf, nicht den Rückzug anzutreten, sondern anzugreifen. Im Namen der Mitglieder dankte Margret Gabriel, die bisherige stellvertretende Vorsitzende, Heiner Köncke für seinen unermüdlichen Einsatz für die SPD in Schleswig-Holstein.

Als eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Vorstandes nennt Katrin Fedrowitz die Schärfung des sozialdemokratischen Profils in Norderstedt, die Gewinnung neuer Mitglieder und die Mobilisierung der örtlichen Gremien, um künftig auch wieder auf Bundes- und Landesebene eigene Positionen zum Kurs der Partei engagiert zu vertreten.

Zielsetzungen, die Thomas Jäger unterstreicht. „Wir müssen die Akzeptanz für die Norderstedter SPD deutlich steigern“, so der in Hamburg arbeitende Polizeibeamte, der im Wahlkampf-Team von Oberbürgermeister-Kandidatin Katharina Kriston eine tragende Rolle einnahm. Jäger setzt darauf, die SPD wieder stärker mit den Bürgern zu vernetzen. „Wir müssen das Vertrauen der Menschen, die sich aus verschiedensten Gründen von der Partei abgewandt haben, wieder zurückgewinnen - mit viel Arbeit und viel Spaß an dieser Arbeit.“ Speziell mit Blick auf Bund und Land gelte es, eigenständige Positionen zu vertreten und zu kommunizieren, um sich unabhängiger zu machen von überörtlichen Trends. Ganz generell gelte es daher, vor Ort die soziale Gerechtigkeit als Schlüsselkompetenz der Sozialdemokraten zu stärken.

Die komplette Liste der neuen Vorstandmitglieder im Überblick:

Vorsitzende Katrin Fedrowitz
stellv. Vorsitzender/Pressesprecher Thomas Jäger
Schatzmeister Emil Stender
Schriftführerin Monika Rheingans-Kühl
Mitgliederbetreuer Hans-Joachim Zibell

Beisitzer Bernd Kiehm
Peter Behr
Thorsten Loeck
Wolfgang Göldner

Ralf Ehrenfort
Bernd Andt
Tobias Schloo
Ulla Lange

Vertreter der Jusos Yannick Regh
Vertreterin der Fraktion Sybille Hahn

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 23.07.2010, 11:56 Uhr - 2659 Clicks - Nr. 705

Abenteuer bei 38 Grad – Sommerausflug der AG 60 plus Stormarner SPD-Senioren besuchen Hamburg

„Und gerade heute wird der heißeste Tag des Jahres“, seufzt Manfred Wittkowski, stellvertretender Leiter der AG 60 plus des Kreisverbandes Stormarn der SPD und verantwortlicher Reiseleiter an diesem Tag: „Mal sehen, ob alle kommen.“ Mit der Regionalbahn ging es gemütlich Richtung Hamburg, in Bargtheide und Ahrensburg kamen stiegen viele Teilnehmer noch zu. Und es stellte sich heraus: Senioren sind zäh – sie kamen, immerhin 43 von 50 trotzten der Hitze.



Hochbetrieb an den Landungsbrücken. Es ist Urlaubszeit und Hamburg ist eine Reise wert. Gestärkt mit ein paar leckeren Fischbrötchen geht es auf die erste Hafenfähre. Auch pünktlich. Und preiswert: es gilt der HVV-Tarif. Der Fahrtwind lässt die Temperatur leichter ertragen. Es gibt viel zu sehen. Schiffsverkehr, die Hafenbecken, die Werften. Die Yacht des russischen Öl-Milliardärs liegt (wieder) am Ausrüstungskai. Dann der Höhepunkt: die Köhlbrandbrücke von unten und ganz aus der Nähe. Die LKWs oben wirken wie Spielzeugautos. Dann wieder ans andere Elbufer. Schon wieder neue Büro-Hochhäuser. Wie soll man sich bei der Aussicht wohl auf die Arbeit konzentrieren? Eine Badestelle. Seit der Wiedervereinigung ist die Elbe wohl wieder sauber? Interessant auch die „Einflugschneise“ zu Airbus-Werft in Finkenwerder. Die Jets – frisch in den Farben der internationalen Airline-Kunden angestrichen – kommen aus Toulouse und erhalten hier ihre Innenausrüstung.

Dann der Anleger Teufelsbrück. Nun beginnt der ernsthafte Teil des Ausfluges. Über einen schier endlosen Sandweg ging es durch den Jenisch-Park. Ja, das alles hier gehört auch heute noch Baron von Jenisch aus Blumendorf bei Bad Oldesloe. Es ist langfristig an die Stadt Hamburg verpachtet. Dann das „Jenisch-Haus“. Zwei junge Damen - Doktoren der Kunstgeschichte - erwarten die Gäste aus Stormarn. Begeistert berichten sie von der Baugeschichte des Jenisch-Hauses, erklären uns die Gestaltung der Fenster, die sich wie ein Bilderrahmen zur Parkanlage öffnen und schildern das Leben des gehobenen Bürgertums im Hamburg zur Gründerzeit. Und zeigen die steile Treppe, nur 80 cm breit, die die Diener zur

Versorgung der Herrschaften benutzen mussten.

Aber bei diesen Temperaturen sind doch alle froh, nach der Führung in einem kleinen Kaffee unter Bäumen im Jenisch-Park zum gemütlichen Teil des Ausfluges kommen zu können. Danach geht es vorbei an den restaurierten Insthäusern der Gutsarbeiter zum S-Bahnhof Klein-Flottbek, von dort aus schließlich wieder nach Hause.

Foto: Auf der Hafenfähre

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 23.07.2010, 12:05 Uhr - 5290 Clicks - Nr. 706

Sommersgespräch: Martin Habersaat besucht Karl Heinz Mentzel

Einer Tradition seines Vorgängers Klaus-Peter Puls folgend, besucht Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) derzeit auf einer Sommertour die Bürgermeister seines Wahlkreises. Nun war er bei Karl Heinz Mentzel in Oststeinbek. Mentzel ist der dienstälteste Verwaltungschef in Südstormarn und konnte dem Abgeordneten Erfahrungen aus 11 Dienstjahren mit auf den Weg geben. Unter anderem unterhielten die beiden sich über die kommunalen Finanzen, Verwaltungskooperationen und die Arbeit der freiwilligen Feuerwehren.



Wenn es um die öffentlichen Finanzen geht, haben Mentzel, Stormarns Landrat Klaus Plöger und die Länder Bayern und Baden-Württemberg etwas gemeinsam: Den Wunsch, nach dem Finanzausgleich, sei es auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene, im Verhältnis nicht schlechter zu stehen als vorher. Habersaat: „In der Pädagogik ist es das Prinzip, Stärken zu stärken, das mir als Lehrer am hilfreichsten schien. Wer den starken Regionen ihre Stärken lässt und weiterentwickelt, hilft damit den schwächeren Regionen auch.“

Der beste Weg zu Verwaltungskooperationen ist für Mentzel ein „Weg der kleinen Schritte“ mit pragmatischen gemeinsamen Lösungen im Einzelfall. Wichtig sei außerdem, auch die Abläufe und Herausforderungen der Nachbarkommunen zu kennen. In diesem Zusammenhang machten er und Habersaat sich auch Gedanken über die Ausbildung in der Verwaltung und die Möglichkeiten, gute Leute in der Region zu halten, von gegenseitiger Aushilfe von Rathaus zu Rathaus bis zu einem gemeinsamen Stellenpool. Habersaat: „Vor allem ist mir aber klar geworden, wie wichtig gute theoretische Grundlagen sind, um hinterher pragmatische Lösungen zu finden.“

Das Selbstverständnis der freiwilligen Feuerwehren, meint Mentzel, werde sich ändern, wenn zunehmend auch Frauen in den aktiven Dienst eintreten. Wenn künftig um ehrenamtliches Engagement geworben werden muss und Nachwuchsmangel droht, werde es sich die Feuerwehr überlegen müssen, ob sie Jugendliche unter 18 Jahren weiterhin grundsätzlich vom

aktiven Dienst ausschließen könne. Das hatte der Landesfeuerwehrverband im vergangenen Jahr beschlossen. Menzel: „Es gibt auch Möglichkeiten zum Einsatz junger Leute, die keine Gefahren für körperliche und seelische Gesundheit mit sich bringen. Schlichte Ja/Nein-Antworten greifen zu kurz.“ Habersaat ergänzt: „Die Wehren in Südstormarn haben in der Vergangenheit eine vorbildliche Jugendarbeit geleistet. Ich hoffe, hier kann eine Lösung im Interesse aller Beteiligten gefunden werden.“ Momentan lehnt Innenminister Schlie noch ab, das Thema neu zu diskutieren.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.07.2010, 10:26 Uhr - 1445 Clicks - Nr. 707

Kieler SPD-Ratsfrauen gut aufgestellt

Zum Genderranking deutscher Großstädte erklärt die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt:

„Die Kieler Ratsfraktion hat zwar nur vier Frauen, dieses ist aber einem demokratischen Wahlverhalten geschuldet. Diese vier Frauen haben über Jahre hin immer auch an verantwortlicher Stelle eine aktive Rolle übernommen.

So sind die Stadtpräsidentin Cathy Kietzer und ich als Fraktionsvorsitzende neben unserer Führungsverantwortung auch noch in verschiedenen Aufsichts- und Verwaltungsräten wie bei der KVG oder der Theater AöR aktiv, genau so wie auch unsere Fraktionskolleginnen Verantwortung in Aufsichts- und Verwaltungsräten übernommen haben.

Es war in der Fraktion selbstverständlich und zu keinem Zeitpunkt einer Diskussion wert, dass Frauen ein Amt als Fachsprecherinnen und auch Mandate in Aufsichtsräten übernehmen konnten. Damit haben wir eine Ausnahmestellung in der Kieler Ratsversammlung, keine andere Partei hat eine Fraktionsvorsitzende. Sicher ist noch manches mehr wünschenswert und ich werbe auch immer wieder dafür, gesellschaftliche Verantwortung auch in Parteien zu übernehmen.

Frauen für Kommunalpolitik zu begeistern ist nicht das Problem, sondern eine gerechte Verteilung der vorhandenen Mandate. Direktkandidatinnen und auch auf den Listenplätzen gab es genug Frauen, die sich in und für Kiel aktiv beteiligt haben. Aber der Wähler hat anders entschieden, dies gilt es zu respektieren.“

Keine Kommentare

[Jusos Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 26.07.2010, 21:13 Uhr - 5429 Clicks - Nr. 708

Sommer Sonne Sozialismus!

Sommercamp der Jusos SH, wir waren dabei!

Vom 22.-25.7 war es endlich wieder soweit. Die schleswig-holsteinischen JungsozialistInnen richteten ihr Sommercamp in der wunderschönen Ostholsteinischen Schweiz in Bosau am großen Plöner See aus. Mit dabei dieses mal 6 junge Menschen aus Dithmarschen. Das Motto des diesjährigen Sommercamps, an dem sich insgesamt ca. 40 Jusos aus ganz SH beteiligten, lautete „Soziale Gerechtigkeit – Ein Auslaufmodell?“.

Das Thema soziale Gerechtigkeit wurde daraufhin in verschiedenen Workshops z.B. zur

Steuerpolitik, Staatsverschuldung, Bildung, Frauen und Migration, Gesundheit, Europa und einem Theorieworkshop (Programmtische Grundlagen des demokratischen Sozialismus) besprochen und als aktuelle Lösung für die vielfältigen Probleme in der Politik herausgearbeitet.

Doch auch abseits von inhaltlichen Debatten hatten alle viel Spaß. Kanu fahren, Volleyball, Fußball, Schwimmen und abends in genossenschaftlicher Runde am Lagerfeuer Arbeiterlieder singen, für alle war etwas dabei!

Das Sommercamp war super organisiert und harmonisch! Dafür nochmal vielen Dank aus Dithmarschen an das Organisationsteam und den Landesvorstand.

Diese Veranstaltung zeigte einmal mehr wie viel Spaß Politik in unseren Reihen machen kann, und motivierte uns alle auch weiterhin vor Ort aktiv zu bleiben, oder zu werden. Die Jusos Dithmarschen freuen sich besonders über 2 auf Grund des Sommercamps gewonnene Neumitglieder. Das Sommercamp 2011 wird dann hoffentlich im schönsten Kreis Schleswig-Holsteins stattfinden.

Keine Kommentare

[AG60plus - Flensburg / Schleswig](#) - veröffentlicht am 27.07.2010, 16:06 Uhr - 6092 Clicks - Nr. 709

Informationsbesuch bei der Flensburger Tafel

Die Veröffentlichungen in den Printmedien über die innere Struktur und der Vergabe von Grundnahrungsmitteln des täglichen Bedarfs der FLENSBURGER TAFEL veranlassten Vorstand und Mitglieder der AG60plus des Kreisverbandes Flensburg-Schleswig zu einem Informationsbesuch und -gespräch innerhalb der Räumlichkeiten in Flensburg . Die Leiterin der Flensburger Tafel - Frau Regina Ryl - stand Rede und Antwort zu allen strittigen Fragen und Gerüchten.

Für die Teilnehmer dieses Informationsbesuches war kein " kriminelles Handeln " erkennbar und waren darüber verwundert, dass ein mögliches Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft Flensburg anhängig sei.

Beim Finanzamt Flensburg befinden sich derzeit alle Buchungsunterlagen, um eine erneute " gemeinnützigkeit " für die Flensburger Tafel zu erlangen.

Abschließend waren sich alle Teilnehmer der AG60plus darüber einig, dass eine politische Unterstützung der Flensburger Tafel notwendig ist, um den möglichen Schaden, der durch die bisherige " Schmutzkampagne " entstanden ist, zu minimieren.

Hermann Jobben

Keine Kommentare

[SPD-Mettenhof / Hasseldieksdamm](#) - veröffentlicht am 28.07.2010, 12:10 Uhr - 4101 Clicks - Nr. 710

Veranstaltung zu Ergebnissen der Schulreform in Mettenhof

Durch das Schulgesetz des Landes Schleswig-Holstein sind die bestehenden Haupt- und Realschulen zu Regionalschulen umgewandelt sowie Schulen verschiedener Schularten auf

Antrag zu Gemeinschaftsschulen verbunden worden. In Mettenhof werden ab dem Schuljahr 2009/2010 bei den weiterführenden Schulen alle Schularten angeboten.
Zur Sache: Ergebnisse der Schulreform in Mettenhof

Durch das Schulgesetz des Landes Schleswig-Holstein sind die bestehenden Haupt- und Realschulen zu Regionalschulen umgewandelt sowie Schulen verschiedener Schularten auf Antrag zu Gemeinschaftsschulen verbunden worden. In Mettenhof werden ab dem Schuljahr 2009/2010 bei den weiterführenden Schulen alle Schularten angeboten. Die Max-Tau-Schule ist eine Regionalschule, die Haupt- und Realschule im BZM haben sich zur Gemeinschaftsschule zusammengeschlossen und daneben besteht das Thor-Heyerdahl-Gymnasium im BZM unverändert fort. Insoweit haben wir für die Schüler/innen ein breit gefächertes Angebot. Alles gut ?! Nach einem Jahr stellen sich nun mehrere Fragen:

Welche Erkenntnisse gibt es im Jahr 1 nach der Schulreform in Mettenhof?
Wurden die Erwartungen an die neuen Schulformen erfüllt?
Wie werden die weiterführenden Schulen angenommen?
Wieviel Informationsbedarf gibt es bei den Eltern zu den Schulformen?
Was leisten die weiterführenden Schulen selbst zur Information?
Wie sehen die Perspektiven aus ? Was muss verbessert bzw. geändert werden?

Zwecks Beantwortung dieser und anderer Fragen lädt die SPD in Mettenhof/Hassel-dieksdamm ein zur öffentlichen Informationsveranstaltung

„ Alles klar ?! Die Schulreform in Mettenhof “

Mittwoch, 22. September 2010, 19.30 Uhr
Bürgerhaus Mettenhof, Vaasastraße 43a, Kiel-Mettenhof.

Als Gesprächsteilnehmer/in stehen zur Verfügung:

Hans-Joachim Ogurreck - Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen
Dieter Ruser - Gemeinschaftsschule im BZM
Ulrike Schmidt-Hansen - Schule am Heidenberger Teich
Rainer Siegmund - Max-Tau-Schule
Ralph Stolze - Thor-Heyerdahl-Gymnasium im BZM

V.i.S.d.P.: Cai-Uwe Lindner – SPD in Mettenhof / Hasseldieksdamm
Kiel, 26.07.2010

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.07.2010, 17:51 Uhr - 1368 Clicks - Nr. 711

Dank an couragierte Bürger nach Messerangriff auf Busfahrerin

Thomas Wehner, örtlicher Ratsherr der SPD-Ratsfraktion, Lutz Oschman, Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Antje Danker, SSW-Ratsfrau, bedanken sich für das couragierte Verhalten von zwei Bürgern nach dem Überfall auf eine Busfahrerin:

„Am Sonntagnachmittag wurde eine 36-jährige Busfahrerin der KVG in Kiel-Suchsdorf brutal mit einem Messer angegriffen, nachdem die Fahrgäste an der Endhaltestelle den Bus verlassen

hatten. Zwei der Fahrgäste wurde durch ihre Hilferufe auf den Vorfall aufmerksam und kehrten zurück. Ein 19-Jähriger holte den Täter ein und konnte ihn überwältigen. Der andere Fahrgast kümmerte sich um die medizinische Notversorgung.

Für das äußerst couragierte Verhalten der beiden Helfer möchten wir uns herzlich bedanken. Damit haben sie Schlimmeres verhindert und der Täter konnte festgenommen werden. Dieser Vorfall zeigt, dass Zivilcourage im Alltag unverzichtbar ist. Wir würden uns freuen, wenn diese Hilfsbereitschaft noch in angemessener Form gewürdigt werden könnte.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.07.2010, 17:53 Uhr - 1373 Clicks - Nr. 712

„Kiels Badewanne“ wieder per Schiff erreichbar

Im Herbst 2008 musste der Anleger Falckenstein der Fördeschiffahrt wegen Baufähigkeit geschlossen werden. Jetzt erstrahlt der neu gebaute Anleger in besonderem Glanz und die Kieler sowie ihre Gäste können ab morgen wieder „ihren Strand“ per Schiff erreichen. Unter lebhafter Anteilnahme der Politik aus dem Rat und dem Ortsbeirat Pries-Friedrichsort wurde heute der neu gebaute Fähranleger eingeweiht.

Der verkehrspolitische Sprecher von der SPD, Achim Heinrichs, der umweltpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Björn Sander, sowie Ratsfrau Antje Danker vom SSW betonen die hohe emotionale Bedeutung der Schiffsverbindung zum Falckensteiner Strand:

„Viele Kieler sind schon als Kinder mit dem Schiff zur sommerlichen Stranderholung gefahren. Es ist schön, dass dies jetzt wieder möglich wird. Neben den Kielern ist es auch von hervorragender touristischer Bedeutung, dass die Kieler Gäste direkt aus der Innenstadt mit dem Schiff an den Badestrand fahren können. Und es steht der Landeshauptstadt natürlich gut zu Gesicht, dass sie bei dem Neubau auch die Belange der Menschen mit Handicap berücksichtigt hat und der neue Anleger barrierefrei errichtet wurde. Wir freuen uns darauf, dass im nächsten Jahr auch der Reventlou-Anleger barrierefrei instand gesetzt wird. Im Rahmen dieses Umbaus bzw. Neubaus wird der Anleger so gestaltet, dass künftig das Umsteigen von den Fähren der großen Linie F1 auf die Fähren der Schwentinelinie (F2) besser möglich wird. Wenn die technischen Probleme durch den Umbau gelöst sind, sollen auch die Fahrpläne von Bussen und Schiffen so aufeinander angepasst werden, dass die Bushaltestelle Reventlou gemeinsam mit dem Anleger zur Drehscheibe im kombinierten Verkehr Bus-Schiff wird. Dies ist aktive Förderung des ÖPNV sowohl auf dem Wasser als auch per Bus.“

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 01.08.2010, 15:48 Uhr - 4171 Clicks - Nr. 713

Ferienpassaktion „Islandpferdehof Solbakur“

„Solbakur“ ist isländisch und heißt „Sonne, die auf den Rücken des Reiters scheint“ In diesem Sinne konnten 10 Kinder einen ersten Eindruck davon erhalten, wieviel Freude es macht auf den gutmütigen, robusten und freundlichen Pferden, den Isländern, reiten zu können.

Zu 2 Schnupperstunden hatte der SPD-Ortsverein Reinfeld Kinder im Alter ab 10 Jahre auf den Islandpferdehof „Solbakur“ in die Schuhwiese eingeladen. Einige Kinder waren jedoch auch jünger als ursprünglich geplant, doch diese Mädchen brachten bereits Reiterfahrung mit. Zu



Beginn gab es allerhand Informationen durch den Reitlehrer, danach wurden die Pferde gebürstet und ihre Hufe ausgekratzt, was für die jüngeren Kinder recht anstrengend war. Viel Freude bereitete allen der Ritt auf den Pferden in den Gangarten „Schritt“ und „Trab“. Von versierten Reiterinnen wurde den Mädchen noch die Gangart „Tölt“ vorgeführt, zu der nur Islandpferde fähig sind.

Zum Schluss gab es noch Getränke und Süßigkeiten zur Stärkung und die Aussage von der SPD-Reinfeld, dass im nächsten Jahr wieder ein kostenloser Schnuppertermin im Ferienpass auf dem Islandpferdehof angeboten werden soll.

Petra Gehrke

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 02.08.2010, 11:05 Uhr - 1211 Clicks - Nr. 714

Nachwuchsförderung bei der Landeshauptstadt Kiel hoch im Kurs!

Dirk Sievers und Karin Weichert, personalpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion und der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßen die neuen Auszubildenden bei der Landeshauptstadt und gratulieren den Nachwuchskräften, die in diesem Jahr ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben:

„Nachwuchsförderung steht bei der Landeshauptstadt Kiel hoch im Kurs! Am Montag, 02.08.2010 beginnen 34 neue Auszubildende ihr Berufsleben bei der Landeshauptstadt Kiel. Eine abgeschlossene Ausbildung verbessert die Chancen auf einen Job deutlich. Wir begrüßen daher die Ankündigung des Oberbürgermeisters, dass die Zahl der Ausbildungsplätze – trotz der schwierigen Haushaltssituation - nicht gekürzt werden soll. Die Landeshauptstadt stellt damit unter Beweis, dass sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihrer besonderen Verpflichtung nachkommt, einen Beitrag zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots zu leisten. Die Anzahl der besetzten Ausbildungs- und Anwärterplätze ist 2009 gegenüber dem Jahr 2007 von 77 auf 127 gestiegen. Dies bedeutet ein Plus von 60,6 Prozent!

Wir heißen unsere neuen Auszubildenden bei der Landeshauptstadt Kiel herzlich willkommen und wünschen einen gelungenen Start in diesen neuen Lebensabschnitt!

Wir freuen uns mit den Nachwuchskräften, die in diesem Jahr ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben und wünschen für die weitere berufliche Zukunft viel Erfolg!“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.08.2010, 14:31 Uhr - 4179 Clicks - Nr. 715

Einblicke in die Arbeit des Landtages

Martin Habersaat (33) ist seit Oktober 2009 Mitglied des Landtages. Im Wahlkreis 34 angetreten, rückte er über die Landesliste seiner Partei ins Parlament ein. Er ist als hochschulpolitischer Sprecher seiner Fraktion stellvertretender Vorsitzender des SPD-Arbeitskreises „Bildung“, sitzt im Bildungsausschuss und ist Mitglied der Enquetekommission „Norddeutsche Kooperation“. Jetzt informiert er über die Möglichkeiten, Einblicke in die Arbeit des Landtages zu nehmen.

Habersaat: „Wer Informationen über die Arbeit des Landtages bekommen möchte, kann mich anrufen oder mir eine Mail schreiben. Ich besuche auch gerne Versammlungen oder beispielsweise



Vorstandssitzungen von Vereinen und berichte dort. Es haben mich auch schon Menschen zum Nachmittagskaffee mit den Nachbarn eingeladen, um in nettem Rahmen über Politik zu plaudern. Über die SPD veranstalten wir solche Informationstermine auch mehrmals im Jahr, diese sind öffentlich.“

Es gibt auch die Möglichkeit, das Landeshaus in Kiel zu besuchen. Der Besucherdienst der Landtagsverwaltung ist bei der Planung behilflich. Das Team (Susanne Keller, Tel.: 0431/9881118 und Sigrid Moser, Tel.: 0431/ 9881121) organisiert für Gruppen den Besuch einer Plenardebatte, eine Diskussion mit Abgeordneten aller Parteien oder ein spezielles Informationsprogramm. Auch Einzelpersonen können sich über das Besucherteam für Sitzungstage (der Landtag tagt in der Regeln an drei Tagen im Monat) einen Tribünenplatz reservieren. Martin Habersaat: „Wer als Einzelperson mit mir gemeinsam einen Tag in Kiel verbringen und z.B. eine Gremiensitzung besuchen will, kann mich auch gerne direkt ansprechen. Wer über das Besucherteam einen Tag in Kiel organisiert und mich dort treffen will, sollte den Termin mit mir abstimmen.“ Wegen der starken Nachfrage kann es bei Gruppenterminen zu Wartefristen kommen.

Außerdem bietet der Landtag eine Vielzahl von Materialien an, um sich über die Arbeit des Landesparlaments zu informieren. Faltblätter, Sitzungskalender, Unterrichtsmaterialien und die Zeitschrift „Der Landtag“. Alle Materialien können unter bestellungen@landtag.ltsh.de kostenfrei bezogen werden.

Martin Habersaat informiert über seine Arbeit unter www.martinhabersaat.de und ist unter Tel. 040/67081528 zu erreichen.

Foto: Martin Habersaat während einer Plenardebatte

Keine Kommentare

[SPD-Elmschenhagen](#) - veröffentlicht am 02.08.2010, 18:28 Uhr - 3698 Clicks - Nr. 716

Neuer Vorstand im OV Elmschenhagen/Kroog

Vorstand verjüngt! Neuwahlen beim SPD-Ortsverein Elmschenhagen/Kroog.

Vorstandswahlen als Verjüngungskur: Die 22-jährige Annika Langfeldt wurde bei der Jahreshauptversammlung des SPD Ortsvereins Elmschenhagen/Kroog einstimmig zur neuen Vorsitzenden gewählt. Die bisherige Vorsitzende Gesa Langfeldt hatte nach dreijähriger Vorsitzendentätigkeit wegen ihrer Aufgaben als Ratsfrau und Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Auch die bisherige stellvertretende Vorsitzende, Erdmut Rüdiger, schied wegen Ortswechsel aus dem Vorstand aus. Zu Vorstandsmitgliedern wurden neben der neuen Vorsitzenden außerdem gewählt:

Timm Wüstenberg zum stellvertretenden Vorsitzenden, Rüdiger Kirkskothen zum Kassierer, Patrik Hannemann zum Schriftführer sowie Anke Johanßon, Klaus Lukkes und Birte Schönbeck zu Beisitzern. Damit sind fünf der sieben Vorstandsmitglieder im Juso-Alter. Nach den Neuwahlen bedankte sich Annika Langfeldt bei den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für die geleistete Arbeit.

Keine Kommentare

[SPD-Elmschenhagen](#) - veröffentlicht am 02.08.2010, 19:10 Uhr - 2960 Clicks - Nr. 717

Ortstermin: Lebensgefährlicher Leichtsin am Bahnübergang Elmschenhagen

Lebensgefährliche Eingriffe am gesperrten Bahnübergang! Der SPD-Ortsverein Elmschenhagen/Kroog appelliert an Unbekannte, Beschädigungen an Absperrungen zu unterlassen. Der beliebte Fußgängerüberweg am Friedhof Elmschenhagen Richtung Wellsee ist

nach dem Neubau des Bahnhofs zur Zeit aus Sicherheitsgründen gesperrt. Leider wird die Absperrung immer wieder durch Unbekannte zerstört. Der SPD-OV hat dazu eine Ortsbesichtigung durchgeführt.

Der Bahnübergang vom Elmschenhagener Friedhof zum Wellsee („Kirchweg“) ist wegen der Verlegung eines zweiten Bahngleises zum Elmschenhagener Bahnhof zur Zeit aus Sicherheitsgründen für Fußgänger und Radfahrer gesperrt worden. Dennoch wird versucht, die Gleise an dieser Stelle zu überqueren. Sperrzäune werden beschädigt.

Aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung haben sich der Vorstand des SPD-Ortsvereins Elmschenhagen/Kroog, die Elmschenhagener Ratsfrau Gesa Langfeldt sowie der Vorsitzende des Ortsbeirates, Detlef Langfeldt, in einer Ortsbesichtigung am 31.07.2010 von der gefährlichen Situation überzeugt. Es wurde festgestellt, dass Sperrgitter mutwillig gelöst und umgestürzt sowie Hinweisschilder entfernt und Absperrbänder durchschnitten worden sind. Spuren und niedergetretene Zäune machten zudem deutlich, dass das Umgehen der Sperrungen nicht nur versucht worden ist. „Die Art der Eingriffe lassen deutlich erkennen, dass sie von Personen unter Mithilfe von Werkzeugen ausgeführt worden sind, die nicht den Älteren der Gesellschaft zugerechnet werden können“, so die Vorsitzende Annika Langfeldt.

Der jetzige Zustand stellt eine Gefahr dar. Deshalb bittet der SPD-Vorstand die Bevölkerung Elmschenhagens, bis zur Wiederherstellung eines gesicherten Überweges die Fußwege zu den Bahngleisen vom Elmschenhagener Friedhof und von der Maria-Magdalenen-Kirche zur Stechwiese am Wellsee und umgekehrt nicht zu nutzen. Eindringlich appelliert er an die Täter, das mutwillige Entfernen der Absperrungen zu unterlassen, um so Unbeteiligte und sich selbst nicht in Gefahr zu bringen.

Flankierend bittet der SPD-Vorstand die Zuständigen bei der Bahn, der Trinitatis-Kirchengemeinde, der Stadt Kiel und der Polizei, durch eine verstärkte Befestigung und höherer Absperrzäune, durch vermehrte Kontrollen und durch das weitläufige Sperren der Zuwege den Gefahrenpunkt besser abzusichern.

Für den Vorstand des SPD-Ortsvereins Elmschenhagen-Kroog
gez. Rüdiger Kirkskoth

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 03.08.2010, 20:05 Uhr - 1899 Clicks - Nr. 718

Teilnahme des Ortsvereins an der Demo in Lübeck gegen längere Laufzeiten der Ato

Am Montag, d. 26.07.10 waren Mitglieder dem Aufruf des SPD-Ortsvereins Reinfeld gefolgt und mit Fahrrädern zu der um 12.00 Uhr begonnenen Demo in Lübeck gegen die Laufzeitverlängerungen gefahren. Wegen der ungünstigen Uhrzeit an einem Wochentag in den Ferien konnten leider nicht so viele Teilnehmer mitfahren, wie gerne gewollt hätten. Überhaupt war nur eine geringe Teilnehmerzahl vor Ort bei der Veranstaltung, zu der „Campact“ aufgerufen hatte.



Ca 40 Menschen unterschiedlichen Alters trafen sich in der Breiten Straße mit Tröten, Rasseln und Topfdeckeln um mit Krach auf den „Atom-Alarm“ aufmerksam zu machen. Zur Steigerung der Profite von Stromkonzernen wie Eon

beabsichtigen einige Bundesländer wie Bayern, Hessen und Baden-Württemberg die Laufzeiten der Atomkraftwerke durch die Bundesregierung verlängern zu lassen. Scheinbar ist den Regierenden die Sicherheit und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger nicht so viel wert, wie die Profite der Stromindustrie. Die 4 großen AKW-Betreiber wünschen sich eine Laufzeitverlängerung, so lange die Anlagen „sicher“ sind. Wie lange wäre das? Bis ein Atomkraftwerk Gesundheit und Leben vieler Menschen vernichtet?

Nach Ansicht des SPD-Ortsvereins Reinfeld sollte alle Kraft und viel Geld in die Entwicklung, Erforschung und Errichtung von Anlagen fließen, die für saubere und nachhaltige Energie sorgen!

Petra Gehrke

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.08.2010, 13:36 Uhr - 1106 Clicks - Nr. 719

Zum Artikel „Trommeln für die Kiel Region“

Zum Artikel „Trommeln für die Kiel Region“ erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Hans-Werner Tovar und der wirtschaftspolitische Sprecher von Bündnis90/Die Grünen Lutz Oschmann:

„Es ist erfreulich, dass nunmehr die gemeinsame Standortvermarktung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön mit der Landeshauptstadt Kiel unter einer weltweit vermarktbareren Marke „Kiel Region“ gut angelaufen ist. Die Zusammenarbeit in dem Bereich der wirtschaftlichen Kooperation zwischen den Beteiligten muss zum Wohle aller weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus muss der Weg des Oberbürgermeisters und der Selbstverwaltung, auch in anderen Feldern Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde auszuloten, fortgesetzt werden. Einzelne Projekte wie z.B. der Förderrahmenplan sind gute Bausteine für eine intensivere räumliche Kooperation in Wirtschafts-, Kultur-, Wohn-, Natur- und Verwaltungsfragen.“

Kommentar von [SPD-Ratsfraktion, verkehrspol. Sprecher Achim Heinrichs](#) vom 04.08.2010, 17:17 Uhr:

RE: Zum Artikel „Trommeln für die Kiel Region“

Die Stadt-Regional-Bahn wäre für die Region Kiel genau das richtige Signal für ein weiteres Zusammenwachsen. Von den 56.000 Einpendlern aus der Region nach Kiel könnte ein erheblicher Teil auf dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel ausweichen und damit die Straßen entlasten. Die Kooperation aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und dem SSW arbeitet daran, dieses möglich zu machen. Im Herbst sollen die letzten Gutachten vorliegen. Dann hoffen wir auf einen schnellen Beschluss zur Realisierung, voraus gesetzt die Fördergeber (Bund und Land) stehen zu ihren früher gemachten Finanzierungszusagen.

Kommentar von [Günther](#) vom 04.08.2010, 16:04 Uhr:

RE: Zum Artikel „Trommeln für die Kiel Region“

Um die Wirtschaftskraft der Kiel Region zu erhöhen bedarf es meiner Meinung auch einer guten Verkehrsanbindung, daher meine Frage: Wie steht er mit der Stadtregionalbahn Kiel?

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.08.2010, 13:38 Uhr - 1159 Clicks - Nr. 720

Zum Artikel „Cruise Kiel' will Hamburg Konkurrenz machen“

Zum Artikel „Cruise Kiel' will Hamburg Konkurrenz machen“ erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Hans-Werner Tovar und der wirtschaftspolitische Sprecher von Bündnis90/Die Grünen Lutz Oschmann:

„Ein gut gemeinter Gedanke wird schon abgearbeitet. Offensichtlich hat die CDU-Fraktion im Wirtschaftsausschuss nicht richtig zugehört, sonst hätte sie ihren Vorschlag nicht jetzt im „Sommerloch“ unterbreitet.“

Seehafen Kiel ist schon dabei, Möglichkeiten einer internationalen Vermarktung und Imagewerbung für die „Cruise Kiel“ im Rahmen eines touristischen Destinationsmanagements mit Partnern und geeigneten Maßnahmen vorzubereiten. Wie war es noch mit dem alten Spiel vom Hasen und vom Igel...“

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 05.08.2010, 14:44 Uhr - 4381 Clicks - Nr. 721

Sternstunde im August

Am Freitag den 06. August findet, wie jeden ersten Freitag im Monat, ab 20 Uhr wieder unser offenes Mitgliedertreffen, die "Sternstunde", im Restaurant "Gutenberg" (Gutenbergstraße 66) statt.

Diesen Monat treffen wir uns unter keinem bestimmten Thema, sondern diskutieren das, was Dich interessiert. Bring Zeitungsberichte, Internetartikel oder auch einfach nur Deine Fragen oder Anregungen mit. Sag uns deine Meinung und diskutiere mit uns! Wir freuen uns auf Dich !



Bereits um 18 Uhr findet unsere Kreisvorstandssitzung an gleichem Ort statt. Hier die vorläufigen Themen auf der Tagesordnung:

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls der letzten Sitzung

TOP 3: Berichte

a. Kreisparteitag

b. JHV der JU

c. Situation im Landesverband

TOP 4: Veranstaltungen

a. (Neu-) Mitgliederbrunch

b. Sommerfest

c. Campact – Aktion in Kiel

d. nächsten Mitgliedertreffen/"Sternstunden"

TOP 5: (Kommunal)politisches

a. Landestheater

b. Skateboardfahren auf dem Alten Markt

c. Jugendpolitik / Jugendbeirat

TOP 6: Organisatorisches

a. VPJ

b. Zusammenarbeit mit anderen Kreisverbänden

c. Vernetzungstreffen mit den HSG'en

- d. Koordination der Telefonaktion
- e. Danksagungen
- TOP 7: Termine
- TOP 8: Sonstiges

Auch hierzu sind alle, die Interesse an einem jungen und engagierten Kiel haben, herzlich eingeladen.

Wenn Du Fragen oder Anregungen hast, kannst du über das Kontaktformular oder unter "info@jusos-kiel.de" Kontakt zu uns aufnehmen.

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 05.08.2010, 14:46 Uhr - 5020 Clicks - Nr. 722

Jetzt Posts abonnieren

Willst du immer auf den aktuellsten Stand sein und kein Post mehr verpassen?
Dann trag dich doch hier ein und du erhältst alle aktuellen Posts per Mail.



Wenn du keine Infos mehr von uns erhalten möchtest dann kannst du den Newsletter jederzeit wieder abbestellen indem du in der oberen Leiste auf Post abonnieren klickst und abbestellen auswählst.

[Hier abonnieren](#)

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 05.08.2010, 19:02 Uhr - 2537 Clicks - Nr. 723

SPD Reinbek unterstützt Zuschussantrag des FC Voran Ohe für Flutlichtanlage

Die Reinbeker SPD-Fraktion hat für die nächste Sitzung des Sozial- und Schulausschusses beantragt, dem FC Voran Ohe für die Erneuerung der Flutlichtanlage in Neuschönningstedt einen Zuschuss in Höhe von 17.000 Euro zu gewähren und die dafür erforderlichen Haushaltsmittel aus den Mehreinnahmen zu finanzieren, die aktuell für 2010 prognostiziert sind.

Antragsunterzeichner Klaus-Peter Puls: "Wir bemühen uns seit fast einem Jahr, für die Unterstützung des FC Voran Ohe eine politische Entscheidung herbeizuführen." Deshalb sei es "überaus erfreulich, dass mit einem gleichgerichteten Antrag der CDU-Fraktion im Fachausschuss endlich die Rathausmehrheit gesichert ist." Puls weist darauf hin, dass sich die 30 Jahre alte Flutlichtanlage auf dem Schul- und Vereinssportplatz in Neuschönningstedt seit Jahren in einem desolaten Zustand befindet, der für die zahlreichen Fußballjugendmannschaften des FC Voran Ohe in der dunkleren Jahreszeit einen regulären Trainings- und Spielbetrieb nicht zulässt. Deshalb sei die Entscheidung unmittelbar nach der Sommerpause und vor Beginn der Fußballpunktspiele im Herbst "gerade noch rechtzeitig, aber auch überfällig". Im übrigen verteuere sich jede städtische Pflege- und Unterhaltungsmaßnahme "mit jedem weiteren Jahr der Verzögerung automatisch". Dies gelte auch, so Klaus-Peter Puls, für größere soziale Einrichtungen wie Freizeitbad oder Uwe-Plog-Sporthalle, "die wir als SPD für unverzichtbar halten und für die im Rathaus ebenfalls schnellstmöglich angemessene, dauerhafte und finanzierbare Entscheidungen getroffen werden sollten."

Der Antrag im Wortlaut:

Antrag der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Reinbek

1. Dem FC Voran Ohe wird ein Zuschuss für die Erneuerung der Flutlichtanlage auf dem Sportplatz Neuschönningstedt in Höhe von 17.000 Euro gewährt.
2. Der Zuschuss wird als außerplanmäßige Ausgabe gemäß § 95 d GO bei der Haushaltsstelle 211040.5211020 (Grundschulen/Gertrud-Lege-Schule - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen/Außenanlagen) bereitgestellt.
3. Die Deckung erfolgt aus den Mehreinnahmen 2010 bei der Haushaltsstelle 611001.4021000 (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer).

Für die SPD-Fraktion:

Klaus-Peter Puls

Keine Kommentare

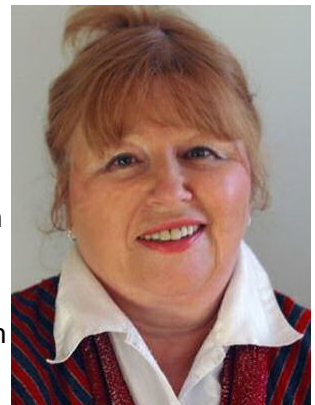
[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 05.08.2010, 19:43 Uhr - 2266 Clicks - Nr. 724

Anti-Age – Politik vor Ort – Roda Roda

Bunter Nachmittag der AG 60plus der SPD Stormarn

Die AG 60plus des SPD Kreisverbandes Stormarn lädt zu einem „Bunten Nachmittag“ am Mittwoch, dem 18.8. um 15:30 Uhr in das Parteibüro Kurparkallee 2 in Bad Oldesloe ein. Themen: Anti Age (= lange leben und dabei gesund bleiben) Was bewirken sogenannte „Nahrungsergänzungsmittel“? Ist Gelee Royal ein „Jungbrunnen“? Helfen Anti-Oxydantien freie Radikale zu binden? Wirkt der Pilz der Unsterblichkeit (Roter Reishi) nur bei Chinesen und Japanern Warum ist Melatonin in Deutschland verboten? Ein Erfahrungsbericht von Jürgen Schneider.

Es folgt eine Diskussion über Politik vor Ort. Was ist bei uns zu Hause aktuell? Die Moderation dieses Parts übernimmt die Kreistagsabgeordnete Angela Batty. Zum Schluss: Vorlesecke: Niels-Peter Horn liest humorvolles aus der KuK-Zeit Österreichs von Roda Roda.



Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 05.08.2010, 21:33 Uhr - 5379 Clicks - Nr. 725

Abkassierpläne von CDU und FDP beenden

Abkassierpläne von CDU und FDP beenden - wir brauchen andere kommunale Steuern!

Zur Kritik der CDU und FDP am Papier „FiVe – fünf Impulse für eine kommunale Finanz- und Verwaltungsreform

„Wir brauchen stetige kommunale Steuereinnahmen, um unsere Stadt weniger abhängig vom Konjunkturverlauf zu machen. Dafür brauchen wir andere Steuern als bisher. Und dieses Steueraufkommen muss



stärker als bislang am Bedarf der Stadt orientiert sein.

Deshalb haben wir zwei grundsätzliche Veränderungen vorgeschlagen: Die Aufteilung der Einkommensteuer in einen kommunalen Tarif („Stadtsteuer“) und in einen staatlichen Tarif, ohne dass die Gesamteinkommensteuerschuld des Einzelnen deshalb steigen muss. Und eine kommunale Wirtschaftssteuer zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer, die auch Freiberuflerinnen und Freiberufler einbezieht.

Die Aufteilung der Lohn- und Einkommensteuer in einen „Stadtsteuertarif“ und in einen „Staatssteuertarif“ bedeutet in der Summe keine höhere Lohn- bzw. Einkommensteuer als bisher. Aber in Zukunft würde über den Teil, der für die Finanzierung der städtischen Aufgaben – d.h. von Schulen, Kindergärten, Feuerwehr, Straßenbau und vieles mehr – benötigt wird, im Rathaus entschieden und bei jeder Kommunalwahl abgestimmt werden. Der Stadtsteueranteil flösse direkt in die Stadtkasse. Und der Bund würde im Bundestag über seinen Teil entscheiden für die staatlichen Aufgaben, über die dann bei den Bundestagswahlen abgestimmt wird. Vorbild für eine solche „Stadtsteuer“ sind die Kommunen der Schweiz, Belgiens und die skandinavischen Staaten Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland.

Anders als die FDP halten wir mit einer kommunalen Wirtschaftssteuer an einer wirtschaftskraftbezogene Steuer fest, weil sie – wie bislang die Gewerbesteuer – für die ortsansässigen Unternehmen und Betriebe die Gegenleistung für die bereitgestellte kommunale Infrastruktur (Schulen, Straßen, Ver- und Entsorgung) ist. Wie andere betriebliche Vorleistungen kann eine solche Infrastruktur nicht zum Nulltarif zur Verfügung gestellt werden. Viele europäische Nachbarstaaten erheben ebenfalls kommunale Wirtschaftssteuern: Österreich eine Lohnsummensteuer, Frankreich eine Gemeindegewerbesteuer für Gewerbetreibende und Freiberufler (taxe professionnelle), Italien eine Besteuerung des Betriebserfolges (IRAP: Imposta regionale sulle attività produttive) und Großbritannien die Besteuerung der genutzten Wirtschaftsgüter (business rate). Mit der Erhöhung der Zahl der Steuerpflichtigen wird das Steueraufkommen für die Stadt insgesamt erhöht – zugleich sinkt aber für den einzelnen die steuerliche Belastung, weil nun mehr Personen steuerpflichtig sind als vorher. Verrechnungen mit der Einkommenssteuer sollen weiterhin ermöglicht werden. Die Erhöhung der Zahl der Steuerpflichtigen werden die bisherigen Schwankungen im Gewerbesteueraufkommen stabilisieren und die Abhängigkeit der Stadt von einer einseitigen Wirtschaftsstruktur mindern.

Dagegen wollen Union und FDP eine eigene wirtschaftliche oder gewerbliche Besteuerung für Unternehmen und Betriebe abschaffen. Stattdessen sollen Unternehmen und Arbeitnehmer, aber auch Selbständige nur noch nach ihren Einkommen besteuert werden. Wir lehnen diese Vorstellungen ab. Sie würden ungerechterweise die Last der Finanzierung der städtischen Aufgaben von den Unternehmen auf die Schultern der Arbeitnehmer und mittelständischen Kleinstbetriebe verlagern. Diese geplante Abkassiererei von Arbeitnehmern und Mittelstand muss sofort beendet werden“, erklären der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und die stellvertretende Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Kiel, Veronika Dicke.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 05.08.2010, 21:47 Uhr - 6258 Clicks - Nr. 726

Rechtsextreme Gewalt mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen!

"Die Kieler Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ Kiel) hat die Situation zur "Rechten Gewalt in Kiel" auf ihrer Mitgliederversammlung am 13.07.2010 mit dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung im schleswig-holsteinischen Innenministerium, Ministerialdirigent Horst Eger, diskutiert. Als Folge dieser Diskussion hat sie folgenden Beschluss gefasst:



Die Mitgliederversammlung der Kieler Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ Kiel) sieht in der Zunahme rechtsextremer Gewalttaten in Schleswig-Holstein eine Bedrohung für das friedliche Zusammenleben der Menschen. Im Jahr 2009 betrug die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten in Schleswig-Holstein 60, im Vergleich zum Jahr 2008 mit 46 Delikten bedeutet dies einen Anstieg um rund 30%. Rechtsextreme Gewalt ist mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Dazu gehören eine konsequente Strafverfolgung durch die Justiz und eine wirksame Gefahrenabwehr durch Polizei und Verfassungsschutz. Die Kieler ASJ begrüßt, dass auch die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel auf Initiative der SPD-Ratsfraktion und ihrer Kooperationspartner eine Vielzahl von Schritten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in unserer Stadt unternommen hat, z.B. die Förderung von Projekten der Jugendarbeit gegen Rechts ("Vielfalt tut gut, Kieler Jugend für Toleranz und Demokratie") und den Beitritt der Stadt Kiel zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus im Jahr 2009. Mit der Kommunalwahl vom 25. Mai 2008 hat zum Bedauern der Kieler ASJ auch ein Vertreter der NPD ein Mandat in der Kieler Ratsversammlung erlangt. In der Kieler Ratsversammlung kann es für die SPD-Ratsfraktion keine Bündnisse, keine gemeinsamen Anträge, kein gemeinsames Abstimmungsverhalten mit Rechtsextremen geben. Wir begrüßen, dass die SPD-Ratsfraktion die Bemäntelung und Verdeckung der rechtsextremen Haltung des Vertreters der NPD in der Kieler Ratsversammlung nicht zugelassen hat und dies auch in Zukunft nicht zulassen wird. Die sozialdemokratischen Ratsfrauen und Ratsherren handeln gemäß § 32 Absatz 1 der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung nach ihrer freien, durch das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung, wenn sie jeden Antrag des Vertreters der NPD – gleich welchen Inhalts – ablehnen. Im Interesse der Kielerinnen und Kieler wird damit jedem Versuch der NPD, im Rathaus den Eindruck einer unverfänglichen kommunalpolitischen Partei zu erwecken, von Anfang an entgegengetreten. Die NPD und ihr Vertreter in der Ratsversammlung sind und bleiben als Verfassungsfeinde aus dem demokratischen Diskurs ausgeschlossen", so der Sprecher der Kieler Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ Kiel), Lars Juister.

Den Beschluss im vollständigen Wortlaut finden Sie [HIER](#)

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 06.08.2010, 08:53 Uhr - 3650 Clicks - Nr. 727

Du sollst nicht falsch Zeugnis reden!

Zu den Äußerungen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Kubicki im ZDF über die Staatsverträge mit den Kirchen erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer: Wolfgang Kubicki ist die personifizierte saure Gurke; er möchte offenbar unbedingt das Sommerloch füllen. Erst die zynischen Äußerungen zum Pokerspiel um die Universität Lübeck, nun – wieder – die notorischen Trommelwirbel gegen die Kirchen.

Es läuft alles nach demselben Muster: Kubicki verbreitet bewusst öffentlich einen Sachstand, der längst überholt ist.

Die Kirchenstaatsverträge sind Fakt und stehen nicht zur Disposition. Die Kirchen haben sich jedoch zu Gesprächen bereit erklärt. Es wurde deshalb eine Kommission gebildet, die nach der Sommerpause ihre Arbeit aufnimmt, um einen möglichen Sparbeitrag der Kirchen vor dem Hintergrund der prekären Haushaltslage des Landes auszuloten. Es darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass die Kirchen als Träger zahlreicher sozialer Einrichtungen im Land enorme Leistungen erbringen.

Die Äußerungen von Wolfgang Kubicki tragen bestenfalls dazu bei, die bislang sachliche und gute Atmosphäre in der Zusammenarbeit mit den Kirchen zu belasten. Auch im Sommerloch gilt: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden...“

Kommentar von [Hans-Joachim Schneider](#) vom 08.08.2010, 12:18 Uhr:

RE: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden!

Der Unterschied zwischen sauren Gurken und Kubicki : Saure Gurken sind genießbar und gesund.Herr Kubicki jedoch....

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 07.08.2010, 16:57 Uhr - 3615 Clicks - Nr. 728

Einweihung des neuen SPDpodiums

Herzliche Einladung zur
Einweihung des neuen SPDpodiums
des SPD-Ortsvereins Norderstedt
am Sonntag 22.August 2010 um 11.00 Uhr im SPDpodium
Ochsenzoller Straße 116
in Norderstedt

Der Umzug in unsere neuen Räume an der Ochsenzoller Str. ist abgeschlossen. Wir haben unsere Arbeit dort zwischenzeitlich aufgenommen. Doch bevor es so richtig losgeht, wollen wir gern mit Ihnen eine kleine Einweihungsfeier begehen. Wir werden vor der Tür Gegrilltes anbieten sowie ein paar gute Getränke.

Wir würden uns freuen, wenn Sie ein wenig mit uns feiern würden.

Der SPD-Ortsverein Norderstedt

Der Kreisverband Segeberg

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 08.08.2010, 08:00 Uhr - 3955 Clicks - Nr. 729

Stormini – Zeugnis guter Jugendarbeit

Während man in Berlin über Gutscheine für Kinder von Hartz 4 Empfängern debattiert, geht Stormarn seinen eigenen Weg in Sachen Jugendarbeit und ist mit Stormini bereits einen Schritt weiter. Hierbei handelt es sich um eine 7-tägige Kinderstadt, in der für 200 Kinder die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen einer realen Stadt vereinfacht nachgebildet und kindgerecht erlebbar gemacht werden.

Der Veranstalter, der Kreisjugendring, beschreibt weiter, dass es primär um die Simulation des Wirtschaftskreislaufs



geht. Die Kinder suchen sich eine Stelle auf dem stadtinternen Arbeitsmarkt und erhalten für die Ausübung die Geldeinheit „Stormis“. Mit diesen können sie wiederum Waren und Dienstleistungen erwerben, die andere Kinder erstellt haben. Dies klingt einfach – ist aber genial. Insbesondere in Zeiten, in welchen die finanzielle Kompetenz der Deutschen zu wünschen übrig lässt, wird diese durch das Planspiel bei den Kindern gestärkt. Entscheidender ist jedoch der Faktor des Miteinanders. Schnell wird den Kindern klar, dass man ohne soziale Kompetenzen nicht auskommt, wenn man eine Gemeinschaft organisieren will. Aber nicht nur das gelingt in Stormini, sondern auch Aspekte wie Chancengleichheit und Respekt vor Anderen werden betont. Die soziale Herkunft der Kinder spielt keine Rolle, jeder wird gebraucht, jeder packt mit an und vor allem – jeder hat seinen Spaß.

Insbesondere durch Mittel der EU und dank der großzügigen Förderung von Sponsoren, wie z.B. der Sparkasse Holstein und ihrer Stiftungen, sowie der kompetenten Organisation des Kreisjugendringes Stormarn und vieler weiterer Partner ist Stormini 2010 in Bad Oldesloe für die Kinder ein voller Erfolg gewesen. Auch wenn es in erster Linie um den Spaß geht, wird schnell deutlich, dass das Planspiel eine einzigartige Prävention in sämtlichen Bereichen der Jugendhilfe darstellt. Die finanziellen Mittel des Kreises sind hier gut investiert und die SPD wird dafür Sorge tragen, dass weiterhin Mittel für die freiwillige Jugendhilfe bereitgestellt werden, um diese sinnvollen präventiven Projekte in Stormarn zu erhalten. Und vielleicht haben nicht nur die Kinder lebenswichtige Erfahrungen in Stormini gesammelt. Am VIP Tag waren sowohl Kreis- als auch Landespolitiker fast aller Parteien vertreten. Wir können nur hoffen, dass sie sich eine Scheibe bei den Kleinen abschneiden, insbesondere hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen-, sozialen- und finanzpolitischen Kompetenzen, denn die lassen derzeit sehr zu wünschen übrig, wie sich bei den angekündigten Sparprogrammen aus Berlin und Kiel zeigt.

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 08.08.2010, 19:55 Uhr - 5507 Clicks - Nr. 730

Wie sicher sind dein Daten

Was glaubst du weiß ein Websitebetreiber über dich wenn du seine Seite besuchst?

Im ersten Moment denkt man, "woher sollte der was über mich wissen hab ja nichts angegeben", doch dieser Gedanke ist falsch.

Denn nur Anhand deiner IP Adresse weiß der Betreiber schon, wo du herkommst...

Ein Klick unten zeigt dir wo du herkommst, deine aktuelle IP-Adresse, deinen Provider und deinen Browser.

[Probier es aus](#)

Erschreckend oder nicht? Teile uns mit wie deine Meinung dazu ist, indem du ein Kommentar hinterlässt.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin das wir keinerlei Speicherung deiner Daten vornehmen. Ebenfalls gilt das wir keinerlei Einfluss auf die von uns verlinkten Seiten haben, Deswegen übernehmen wir auch keinerlei Verantwortung für Inhalt und Gestaltung dieser Seiten.



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 09.08.2010, 13:36 Uhr - 1061 Clicks - Nr. 731

Arbeitsverhältnisse ohne Mindestlöhne kosten Stadt Millionen

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes,

und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

„Jedes Jahr gibt die Landeshauptstadt Kiel mehr als zwei Millionen Euro dafür aus, Menschen mit Sozialleistungen finanziell zu unterstützen, die von ihrem Arbeitslohn allein nicht leben können. Sie erhalten deshalb ergänzende Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), sind so genannte „ALG II-Aufstocker“.

Besonders ärgerlich sind die Arbeitsverhältnisse, mit denen trotz Vollzeitbeschäftigung kein auskömmliches Einkommen erzielt wird. Hier muss die Stadt durch Zuzahlungen aus Steuergeldern einspringen, die an anderer Stelle dringend zur Sanierung von Schulen, den Ausbau der Kinderbetreuung oder den Erhalt und die Verbesserung der städtischen Infrastruktur gebraucht werden. SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung fordern deshalb die rasche Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, um den Kieler Stadthaushalt von Zuzahlungen zu entlasten.

Gerade der Ausbau der Kinderbetreuung ist für diejenigen wichtig, die bisher nur deshalb keine oder nur geringfügige Beschäftigungen annehmen können, weil keine gesicherte Betreuung ihrer Kinder vorhanden ist. Hier werden insbesondere gut ausgebildete Frauen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, die statt ALG II-Bezug gern für die eigene Existenz sorgen würden.

Im Dezember 2009 hatten 1.083 Menschen in Kiel eine Beschäftigung mit einem monatlichen Bruttoeinkommen zwischen 400 und 800 Euro und 923 Menschen eine Beschäftigung mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von mehr als 800 Euro, die gleichzeitig Hilfen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) bezogen. Es gibt darüber hinaus eine nicht bekannte Anzahl von Personen in Kiel, die aufgrund ihrer niedrigen Erwerbseinkommen einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II hätten, diesen aber nicht geltend machen. Die Größenordnung ist – auch bundesweit – nicht bezifferbar. Dies ergab eine Kleine Anfrage an die Sozialverwaltung der Stadt Kiel (Drs. 0588/2010).

Die monatlichen Einkommensgrenzen, ab denen Ansprüche auf aufstockende Leistungen nach dem SGB II entstehen, sind nicht allgemein bezifferbar. Ein Anspruch auf aufstockende Leistungen nach dem SGB II entsteht immer dann, wenn der festgestellte individuelle Bedarf einer Bedarfsgemeinschaft (Familien, Ehepaare, häusliche Lebensgemeinschaften) höher ist als das zu berücksichtigende Einkommen und auch kein zu berücksichtigendes Vermögen vorhanden ist. Zum Beispiel hat ein Alleinstehender bei einem Bruttoeinkommen von 1.300 Euro und einer Miete von 400 Euro noch einen „aufstockenden“ Leistungsanspruch auf monatlich 39 Euro. Ein Paar mit zwei Kindern (fünf und acht Jahre) hat bei einem Bruttoeinkommen von 1.800 Euro und einer Miete von 600 Euro noch einen monatlichen „Aufstockungs-Anspruch“ von 154 Euro.

Der Anteil aller erwerbsfähigen Hilfebeziehenden im SGB II, die selbst zusätzlich durch eigene Arbeit Einkommen erzielen, betrug im Dezember 2009 in Kiel 26,3%. Die Stadt Kiel trägt wie alle Kommunen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende die Kosten für die Unterkunft und Heizung und bestimmte einmalige Leistungen. Der Bund beteiligt sich an den Kosten für Unterkunft und Heizung. Seit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende vor fünf Jahren hat die Stadt durchschnittlich in jedem Jahr 53 Millionen Euro für diese Aufgabe aufgewendet – mindestens zwei Millionen Euro davon jährlich für das Aufstocken von Erwerbseinkommen von Menschen, deren Löhne nicht zum Leben reichen.“

Keine Kommentare

100 Tage Bilanz Ute Berg

Zu den ersten 100 Tagen der Arbeits- und Wirtschaftsdezernentin Ute Berg erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Wolfgang Schulz, der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Lutz Oschmann und für den SSW Antje Danker:

"Für Kiel ist es hervorragend, in der aktuellen wirtschaftlichen Lage mit Ute Berg eine engagierte hauptamtliche Wirtschaftsdezernentin in zu haben.

Die Herausforderungen für die Region Kiel im nationalen und internationalen Standortwettbewerb erfordern intensive, schnelle und konzeptionell nachhaltige Maßnahmen. Ute Berg hat in den ersten 100 Tagen bereits Kontakt zu zahlreichen Unternehmen, zu den Hochschulen und Forschungseinrichtungen aufgenommen, deren Bedürfnisse ermittelt und Projekte angeschoben und weiterentwickelt. Derzeit arbeitet sie an Konzepten, die das Standortmarketing verbessern, und die Wirtschaft und die Beschäftigten speziell im Stadtteil Gaarden unterstützen.

Ein wichtiges Anliegen ist ihr auch, die Wissenschaft noch stärker in die Stadt zu holen und für die Bürgerinnen und Bürger im wahrsten Sinne des Wortes „begreifbar“ zu machen. Mit Maßnahmen zur weiteren Hafententwicklung und des Kiel-Tourismus unterstützt sie den Standort Kiel im nationalen und internationalen Wettbewerb. Besonders wichtig ist ihr dabei, dass Kiel bei der Ausrichtung auf Zukunftsmärkte weitere Fortschritte macht.

Sie arbeitet mit der Wirtschaft, Sozialpartnern und Politik vertrauensvoll zusammen und steht in einem ständigen Dialog. Dadurch erfährt sie auch breite Unterstützung bei internen und externen Partnern."

Abschließend stellen Schulz, Oschmann und Danker fest:

"Die Arbeit von Ute Berg trägt für die Landeshauptstadt Kiel schon jetzt Früchte. Das kraftvolle Engagement von Frau Ute Berg mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stärkt die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Kiel und sichert so Arbeitsplätze in Kiel."

Keine Kommentare

Kiel bald überschuldet ?

In diesem Jahr hat die Dänische Ampel einen ausgeglichenen Haushalt aufgestellt, der durch den Erlass des Innenministeriums vom 10.05.10 genehmigt wurde.

Überschuldung der Stadt unaufhaltbar ?

Die Haushaltsverschuldung der Landeshauptstadt Kiel wird am Ende dieses Jahres auf geschätzte 410 Mio. Euro ansteigen, Tendenz steigend. Denn schon in diesem Jahr hat die Stadt ein Defizit von rund 76 Mio. Euro, Tendenz ebenfalls steigend. Im Jahre 2011 wird das geschätzte Defizit nämlich schon bei 114 Mio. Euro angekommen sein und im Jahre 2013 hat die Stadt eine Haushaltsverschuldung von knapp einer halben Milliarde Euro.



Wie aus der Sitzung des Finanzausschusses am 06.07.10, bei der Vorstellung der

Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 jedoch zu entnehmen ist, ist die Stadt noch nicht verschuldet, noch nicht! Denn bisher ist ihr Eigenkapital höher als ihre langfristigen Schulden. Jedoch wird die Stadt bis 2013 auch noch eine Menge an Mehrkosten haben, denn die finanziellen Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich werden um bis zu 29. Mio. Euro zurückgehen, d.h. von jetzt 112. Mio. Euro auf nur noch 83. Mio. Euro im Jahre 2013 und Mindereinnahmen von 12 Mio. Euro jährlich bedeuten. Zudem werden durch die von der schwarz-gelben Landesregierung geplanten Kürzungen beim Blindengeld (von 400 Euro auf 200 Euro für Erwachsene) erhöhte Mehrausgaben auf die Stadt zukommen denn die Blindengeldempfänger werden Blindenhilfe beantragen welches die Stadt zahlen muss. Diese Kürzung ist also lediglich eine Umverteilung vom Land zur Kommune um den Landeshaushalt zu entlasten.

Letztendlich heißt das das die Verschuldung der Stadt sofern die Landesregierung an ihren absurden Sparplänen festhält, unaufhaltbar ist und die Schulden weiter ansteigen werden.

Deshalb fordern wir Jusos Kiel die Kommunen zu stärken und so die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten, anstatt ihnen den Geldhahn zuzudrehen und sie zusätzlich zu belasten .

Kommentar von [Thilo Pfennig](#) vom 11.08.2010, 09:24 Uhr:

RE: Kiel bald überschuldet ?

Die Stadt ist nicht verschuldet? Soll das ein Scherz sein? Nur weil da noch Eigenkapital ist ? Auch ein Hausbesitzer, der sich verschuldet hat Schulden - auch wenn er noch das Haus hat! Ihr rechnet euch die Welt schön! Im Wesentlichen habt ihr Recht, das in der Finanzpolitik vieles ein Nullsummenspiel ist - oft werden Ausgaben nur von einem in den anderen Topf verschoben. Und wo radikal gespart wird, da wird es irgendwann auch zu Mehrkosten kommen.

[Ag60plus - Segeberg \(Kreis\)](#) - veröffentlicht am 10.08.2010, 14:54 Uhr - 3761 Clicks - Nr. 734

Aktionstag 2010 - Danksagung Sigmar Gabriel

Am 03 August 2010 dankte unser Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel den Aktivisten des bundesweiten Aktionstages im Mai 2010.

Am 03 August 2010 dankte unser Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel den Aktivisten des bundesweiten Aktionstages im Mai 2010 mit dem Schreiben an die Bundesvorsitzende der AG 60plus Erika Drecol. Er verwies auf die umfangreiche Dokumentation zum Aktionstag. Seiner Aufforderung kommen wir gerne nach: "... Macht weiter so, damit wir die unsoziale schwarz-gelbe Regierung bald wieder ablösen können. ..."

Wir wünschen uns, daß viele jüngere unserem Beispiel folgen.

Den vollständigen Text findet Ihr unter:

http://www.spd-net-sh.de/seg/60plus/index.php?mod=content&menu=1104&page_id=7671



Keine Kommentare

Unterschriftenaktion zum Erhalt des Nahversorgungsstandortes SPD Ortsverein Adelby-Engelsby unterstützt Unterschriftenaktion zum Erhalt des Nahversorgungsstandortes an der Taruper Hauptstraße

Der SPD-Ortsverein Adelby-Engelsby lädt am Samstag, den 21.08.2010 ab 10.00 Uhr an der Ecke Taruper Hauptstraße/ Norderlück zum 1. Taruper Nachbarschaftstreffen ein und ruft alle Anwohner Tarups auf, sich hier mit ihrer Unterschrift für den Erhalt des Nahversorgungsstandortes des ehemaligen EDEKA-Marktes einzusetzen.

Die Übergabe der Unterschriften, die auf Initiative von Bärbel Freund in der Taruper Apotheke gesammelt werden, soll ebenfalls am 21.08. erfolgen. Der Oberbürgermeister und der Stadtpräsident sind eingeladen, am Nachbarschaftstreffen teilzunehmen, um aus erster Hand zu erfahren, was den Tarupern am Herzen liegt. Aber nicht nur Unterschriften wurden gesammelt, es hat sich auch bereits eine Bürgerinitiative für den Erhalt des Standortes gegründet.

Wir wollen deutlich machen, wie wichtig Kommunikationszentren auch innerhalb kleinerer Stadtteile wie Tarup sind und dass gerade klein strukturierte Nahversorgungscentren, die von den Bürgerinnen und Bürgern zu Fuß oder per Fahrrad angesteuert werden können, dafür hervorragend geeignet sind.

Ganz abgesehen davon, dass Fuß- und Radwege nicht nur die Gesundheit stärken, sondern auch die Umwelt schonen.

Und noch ein weiteres Argument liegt auf der Hand. „Nahversorgung soll vor allem nah sein“, sagt Simone Lange, SPD Ratsfrau, die selbst in Tarup wohnhaft ist. „Es scheint komfortabel, einen sog. Vollsortimenter am Stadtteilrand mit dem Pkw ansteuern zu können. Doch was machen all die Menschen, die eben nicht mit dem Pkw unterwegs sind? Dabei denke ich in erster Linie an Kinder, Jugendliche und Senioren, aber auch an Radfahrer und Fußgänger“, so Lange weiter. Deshalb rufen wir gerade alle diejenigen auf, uns am Samstag auch durch ihre Anwesenheit zu unterstützen und damit zu zeigen, wie wichtig der Erhalt dieses Nahversorgungsstandortes ist.

Die SPD Ratsfraktion hatte schon vor Monaten darauf gedrungen, dass die Verwaltung sich vorrangig um eine Nachnutzung des leerstehenden Gebäudes bemüht und Interessenten bei den Planungen unterstützt. Leider hören wir immer nur von der Suche nach einem geeigneten Standort für ein neues, viel größeres Nahversorgungscenter bei der sogar die Fläche des Jugendhauses an der Ringstraße in Betracht gezogen wird.

Die SPD Ratsfraktion fordert deshalb ein klares Bekenntnis zum Standort Taruper Hauptstraße. Erst dann können weitere Planungen für weitere Bedarfe vorgenommen werden. „Weitere Planungen müssen dann immer als Ergänzung zum bestehenden Standort verstanden werden, aber nicht als Ersatz“, sagt Simone Lange abschließend.

Keine Kommentare

Sommersgespräch: Martin Habersaat besucht Rainhard Zug

Im Rahmen seiner Sommertour besuchte Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) nun den Gliner Bürgermeister Rainhard Zug. Beide kennen sich von zahlreichen Wahlkampfterminen 2009, als am 27. September neben der Bundestagswahl gleichzeitig die Landtagswahl und die Bürgermeisterwahl in Glinde stattfanden. Nach einiger Zeit in den neuen Ämtern traf man sich nun in Glinde zu einem Gedankenaustausch. „Es ist immer wichtig, zu wissen, was auf den unterschiedlichen politischen Ebenen gerade diskutiert wird und in Kontakt zu bleiben“, finden beide. Rainhard Zug berichtete seinem Gast von aktuellen Gliner Projekten, beispielsweise dem Bau des Mühlencenters und der Bebauung des Depotgeländes. Beide sprachen in diesem Zusammenhang auch von der Lage der Innenstädte in Südstormarn und der Herausforderung, die vielen verschiedenen Eigentümer



und Akteure in so einer Innenstadt in einem gemeinsamen Konzept einzubinden. Zug: „Einheitliche Öffnungszeiten und ein gemeinsames Vorgehen bei der Gestaltung und der Vermarktung der Innenstadt wären wichtig, sind aber schwer zu erreichen. Da haben es die Center-Manager in den großen Einkaufszentren oft leichter.“

Ausführlich diskutierte man die Lage der öffentlichen Finanzen. Nach der Einführung der „Schuldenbremse“ in der Verfassung, war man sich einig, werde es weitere Einschnitte geben müssen, um nicht dauerhaft mehr Geld auszugeben als einzunehmen. Habersaat: „Es wird nicht gehen, ohne Verwaltungsstrukturen zu überprüfen. Ein Bürgeramt vor Ort reicht oftmals aus, viele andere Teile öffentlicher Verwaltung könnten zusammengefasst werden.“ Auch auf die Kommunen kommen weitere Ausgaben zu. Zug: „Es ist absehbar, dass eine Krippenplatzversorgung von 35% im Hamburger Umland nicht ausreichen wird. Hierher ziehen junge Familien denen eine schnelle Anbindung nach Hamburg und eine gut ausgebaute kommunale Infrastruktur sowie die Lage im Grünen besonders wichtig sind. Diese Menschen sind dabei auch an einen Hamburger Standard für die Kinderbetreuung gewöhnt.“ Kooperationen von Verwaltungen, ob auf kommunaler Ebene wie bei dem geplanten gemeinsamen Bauhof von Reinbek und Barsbüttel, oder auf Ebene der Bundesländer, wie von der Enquete-Kommission zur norddeutschen Zusammenarbeit, der Habersaat angehört, derzeit vorbereitet, scheinen in Zukunft immer wichtiger zu werden. Rainhard Zug empfiehlt, hier mit kleinen Schritten zu beginnen und dann, wenn das gegenseitige Vertrauen aufgebaut ist, auch größere Sprünge zu wagen.

Weitere Themen waren Verkehrsanbindungen in der Metropolregion Hamburg, die angemessene Höhe von Schulkostenbeiträgen, Chancen und Probleme des deutschen Föderalismus und die Notwendigkeit, den demographischen Wandel politisch zu begleiten - es gab viel zu besprechen. Habersaat: „Deshalb haben wir uns auch vorgenommen, solche Gespräche in regelmäßigen Abständen zu wiederholen.“

Foto: Martin Habersaat, Rainhard Zug

Keine Kommentare

Bundeszuschüsse für Mehrgenerationenhäuser laufen 2012 aus

Im Jahr 2011 laufen die Förderprogramme der Bundesregierung für Mehrgenerationenhäuser aus. Dazu sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies: „Die meisten Fachleute sind sich darüber einig, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Lösung finden muss, um die weitere Finanzierung der bundesweit 500 Mehrgenerationenhäuser zu sichern. Es gilt diese Angebote für Menschen aller Generationen in ihrem sozialen Umfeld zu erhalten.“



Mehrgenerationenhäuser, wie „DIE OASE“ in Bad Oldesloe und „Der Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen, seien ein wichtiger Beitrag für den Zusammenhalt und die gegenseitige Begegnung und Unterstützung von Jung und Alt in den Kommunen. Der generationenübergreifende Austausch, der hier gelingt, sei zukunftsweisend und wichtig in einer Gesellschaft, die vom demografischen Wandel und zunehmender Vereinsamung gekennzeichnet ist. Gerade Kindern und Jugendliche komme es zu Gute, da sie in diesen Einrichtungen, soziale Kompetenzen im selbstverständlichen Umgang mit anderen Altersgruppen erwerben. Das sei gerade später im Arbeitsleben eine Schlüsselqualifikation für viele Berufe, erklärt Thönnies weiter.

„Leider setzt sich die Bundesregierung bislang nicht für eine adäquate finanzielle Ausstattung in der Zukunft ein. Ein konkretes Finanzierungskonzept, auf das die SPD drängt, fehlt bis heute“, so der Sozialdemokrat und fordert, anstelle von Lippenbekenntnissen für die Betreiber und Nutzer von Mehrgenerationenhäusern Planungssicherheit zu schaffen. „Stattdessen verweist das Ministerium auf Länder und Kommunen, die die vom Bund angeschobene Finanzierung fortführen sollen. Dies wird insbesondere für einige Kommunen finanziell nur schwer zu bewältigen sein“, unterstreicht Thönnies seine Forderung. Auch seien auf Seiten der CDU/FDP-Landesregierung keinerlei Bemühungen erkennbar, hier rechtzeitig zu handeln. Die SPD-Bundestagsfraktion habe daher intensiv dafür plädiert, dass die Bundesförderung für Mehrgenerationenhäuser auch über 2011 hinaus weiterlaufen müsse. Gerade für derartige Projektförderungen gäbe es Verlängerungsmöglichkeiten, um die guten Angebote auf Dauer zu sichern. So blieben die Betreiber auf sich allein gestellt. „Nur darauf zu vertrauen, dass die bestehenden Häuser sich schon selber um alternative Finanzierungen kümmern, ist keine verantwortungsvolle Politik“, sagt Thönnies. Die Bundesregierung entziehe einerseits den Kommunen zunehmend die finanziellen Spielräume und erwarte auf der anderen Seite, dass sie neue Aufgaben übernehmen. Das könne nicht funktionieren.

Keine Kommentare

Rente mit 67 auf den Prüfstand

Das Sommerinterview mit Sigmar Gabriel und die Stellungnahme des Parteivorstandes zu diesem Thema kann hier gehört und nachgelesen werden. Im Flugblatt der Woche können die Fakten und Forderungen der Bundes SPD dazu noch einmal vertieft werden.

Bei der AG 60plus unter http://www.spd-net-sh.de/seg/60plus/index.php?mod=seiten&op=edit_page&page_id=7332



Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 14.08.2010, 12:08 Uhr - 5710 Clicks - Nr. 739

Initiative Pro Netzneutralität unterstützen !

Am Mittwoch wurde die Initiative "Pro Netzneutralität" u.a. von Björn Böhning und vielen weiteren Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft gestartet. [Du kannst diese Aktion mit deiner Unterschrift unterstützen](#) und für ein freies Internet ohne staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe eintreten. Doch was verbirgt sich eigentlich hinter dem Wort "Netzneutralität" ? Netzneutralität bedeutet, dass alle versendet Daten gleichwertig behandelt werden. Dabei spielt es keine Rolle ob nun Texte, Videos, Bilder oder Websiteinhalte verschickt werden und ob der Versender ein privater Blogger oder ein großes Unternehmen ist. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages definiert Netzneutralität wie folgt:



„Der Begriff Netzneutralität bezeichnet die neutrale Übermittlung von Daten im Internet, das bedeutet eine gleichberechtigte Übertragung aller Datenpakete unabhängig davon, woher diese stammen, welchen Inhalt sie haben oder welche Anwendungen die Pakete generiert haben.“

Neueste Techniken ermöglichen es allerdings den Daten eine Vor- oder Nachrangigkeit bei der Versendung zuzuordnen. Bald könnte also auch im Internet das Geld entscheiden, wessen Daten schneller transportiert werden.

Wir Jusos kämpfen für Netzneutralität, nicht nur weil dies im kompletten Gegensatz zur Grundidee des Internets steht, sondern auch weil diese neuen Entwicklungen Chancengleichheit und Presse- bzw. Informationsfreiheit bedrohen.

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 16.08.2010, 13:07 Uhr - 3666 Clicks - Nr. 740

Politik auf die Straße tragen

Am vergangen Sonntag unternahm der Ortsverein Kieler Mitte einen politischen Stadtteilspaziergang und diskutierte unter anderem die Umgestaltung des Blücherplatzes. Bei trockenem Wetter machten sich etwa 25 Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger auf, um sich die Diskussionsthemen im Gebiet Ravensberg, Brunswik und Düsternbrook persönlich anzuschauen.

Erste Station war der Sportplatz zwischen Ricarda-Huch-Schule und Goetheschule, wo eine neue Mensa und Sporthalle entstehen sollen, sich bisher aber noch nichts tut, wie der Vorsitzende des Ortsbeirates Dieter Hartwig feststellte. Losgehen sollte es jetzt im September. Angemerkt wurde von den Teilnehmern, dass darauf geachtet werden müsse, wie



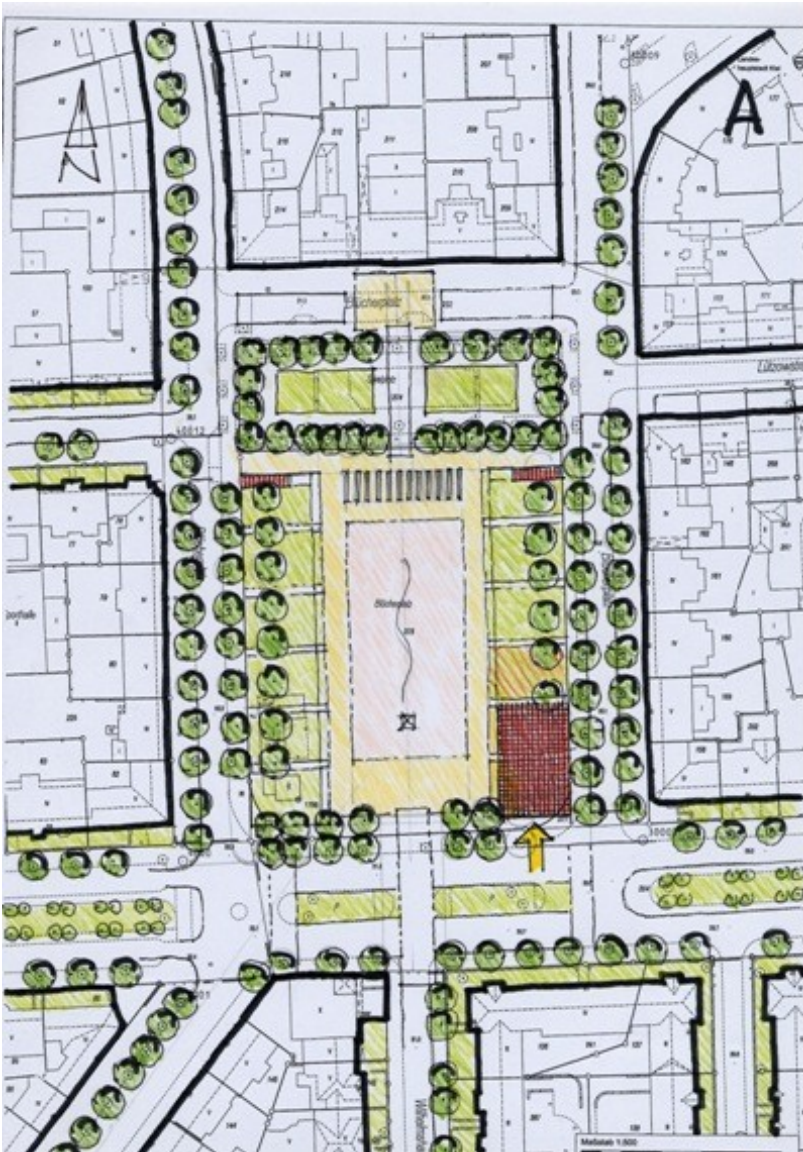
der Baustellenverkehr sicher durch die HansasträÙe geleitet werden könne. Der Ortsverein wird dieses Thema daher weiter beobachten.

Der Spaziergang führte dann über den Ravensberg, wo Falk Stadelmann, Ratscherr der SPD, die Pläne für das neue Berufsschulzentrum erläuterte. Ebenfalls stellte den neuen Spielplatz im Brauerreiviertel vor.

Für Diskussionen unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sorgte der Fußgängerübergang aus dem Brauerreiviertel über die Holtenuerstraße, die für die Fußgänger als sehr gefährlich empfunden wird. Auch dieses Thema will der Ortsvereinsvorstand aufgreifen und Lösungen dafür bei der Stadt vorbringen.

Entlang der Bauarbeiten in der Esmarchstraße, die auf sehr geteiltes Echo im Ortsverein führten, ging die Route dann auf den Blücherplatz. Dort diskutierte der Ortsverein erste Diskussionsentwürfe, wie eine zukünftige Gestaltung aussehen könnte. [Die Ergebnisse sind auf der Internetseite des Ortsvereins zu betrachtenBlücherplatz.](#)

Henning Groskreutz, Mitglied des Ortsvereinsvorstands, regte an, dass zu diesem Thema eine öffentliche Mitgliederversammlung im Herbst stattfinden solle.



Keine Kommentare

Martin Habersaat beim Diskussionstreff 60plus

Bürgerhaus Glinde - Weil das Marcellin-Verbehaus derzeit in Teilen als provisorischer Kindergarten dient, fand im August der Diskussionstreff 60plus in einem kleineren Raum statt - viel kleiner hätte er jedoch nicht mehr sein dürfen: Über 30 Seniorinnen und Senioren waren auch in den Sommerferien gekommen, um gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Martin Habersaat, dem Glinde SPD-Vorsitzenden Frank Lauterbach und der Organisatorin Marietta Exner über aktuelle politische Fragen zu sprechen.



Martin Habersaat berichtete zunächst von seinen ersten zehn Monaten im neuen Amt. Seit Oktober 2009 ist der 33jährige nun Landtagsabgeordneter, von der Stadt Hamburg wurde er als Studienrat für die Dauer seines Mandats beurlaubt. Er ist als hochschulpolitischer Sprecher seiner Fraktion stellvertretender Vorsitzender des SPD-Arbeitskreises „Bildung“, sitzt im Bildungsausschuss des Landtages und ist Mitglied der Enquetekommission „Norddeutsche Kooperation“. Außerdem hat ihm seine Fraktion die Zuständigkeit für die Metropolregion Hamburg übertragen. „Bisher hat vor allem der glücklicherweise gescheiterte Plan der Landesregierung, die Universität Lübeck zu schließen, meine Arbeit bestimmt. Nach der Sommerpause wird hoffentlich die Enquetekommission an Fahrt aufnehmen.“

Bei selbstgebackenem Kirschkuchen wurde die Lage der öffentlichen Finanzen erörtert. Ein verantwortlicher Umgang mit Geld, da waren sich alle einig, ist nicht nur im Privat- und Geschäftsleben wichtig, sondern natürlich auch für den Staat, weshalb die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse ein nachvollziehbarer Schritt sei. Trotzdem sei „Sparen um jeden Preis“ der falsche Weg. Habersaat machte das am Beispiel der Bildung klar: „Es hilft unseren Kindern nicht, wenn sie in 20 Jahren zwar keine Schulden erben, aber bis dahin nicht an Schulen und Hochschulen das Angebot an Bildung mitbekommen haben, das sie brauchen, um sich den Herausforderungen ihrer Zeit stellen zu können.“

Ein heiß diskutiertes Thema war die Frage, ob der Internetkonzern Google dazu berechtigt ist, öffentliche Straßen und Privathäuser zu fotografieren und ins Internet zu stellen. Martin Habersaat zog einen Vergleich zum Fernsehen und den Printmedien, die schließlich auch Straßen und Plätze filmen und fotografieren dürften. „Hier stehen wir am Beginn einer Entwicklung, in deren Verlauf wir über Datenschutz und Transparenz im Internet noch viel diskutieren müssen. Mit den heutigen Gesetzen erfassen wir dieses Themenfeld kaum.“ Erstaunt zeigten sich viele der Anwesenden, dass ihre Häuser, im Gegensatz zu Google Streetview inklusive der Gärten, schon im Internet zu finden sind - auf Satellitenfotos, die beispielsweise Google Maps verwendet.

Möglichkeiten und Grenzen der Internetwelt will sich der Diskussionstreff in absehbarer Zeit noch einmal „vornehmen“. Zunächst kündigte Marietta Exner ein anderes Highlight an: Gemeinsam mit Uwe Teut plant sie für den 8. Oktober ein Benefizkonzert des Polizeiorchesters im Bürgerhaus. Weitere Informationen folgen.

Foto: Martin Habersaat (letzte Reihe) und einige der Diskussionspartner dieses Nachmittags

Keine Kommentare

Boysen: „Fahrensodde weiter entwickeln“ Begehung in Mürwik mit großer Beteiligung

Zur Begehung von Fahrensodde und dem Landschaftsschutzgebiet Twedter Mark trafen sich am Dienstag über 30 interessierte Flensburgerinnen und Flensburger. Thede Boysen, der zukünftiger Oberbürgermeister werden will, hatte zur Begehung eingeladen: „Wir haben zwei Aufgaben, die miteinander zusammenhängen, und zwar die Pflege des Schutzgebietes Twedter Mark und die Entwicklung von Fahrensodde.“



Die Twedter Mark ist ein Landschaftsschutzgebiet, die vor allem von Mürwikerinnen und Mürwikern genutzt wird. Unter sachkundiger Führung von Dr. Johann Christian Nissen wurde schnell der Handlungsbedarf deutlich. Boysen: „Landschutzschutzgebiet heißt nicht, dass die Landschaft sich selbst überlassen wird. Um die Vielfalt der Natur zu erhalten, muss von der Stadt gezielt eingegriffen werden. Nur so kann der Landschaftspark seinen Charakter wieder erlangen.“ Die Twedter Mark hat ihren Parkcharakter bereits weitgehend verloren. „Mit geringem Aufwand ließe sich allerdings Viel erreichen. Hier ist die Grünpflege des TBZ gefragt, den Entwicklungsplan zur Twedter Mark aus der Schublade zu holen und abzuarbeiten.“ Fahrensodde ist zweifelsohne eines der Perlen an der Förde. „Die Mürwikerinnen und Mürwiker sind sehr besorgt über die unklaren Signale aus dem Rathaus. Das Thema der Wohnungsbebauung ist nach dem Ausschussbeschluss vom Tisch. Das ist gut! Jetzt müssen alle Ideen unabhängig bewertet werden – ohne Schere im Kopf!“

Die neu gegründete Interessengemeinschaft Fahrensodde wird ihre Vorstellungen in Kürze präsentieren. „Der Ball liegt dann in der Spielhälfte der Stadt. Ich bin zuversichtlich, dass eine tragfähige Lösung, die Fahrensodde weiterentwickelt und langfristig Planungssicherheit gewährt, in greifbarer Nähe rückt.“

Bild: SPD-Kandidat Thede Boysen bei der Begehung in Fahrensodde
Foto: Herbert Ohms

Keine Kommentare

Umweltforum SPD

Willkommen !

Die neue Homepage des [SPD Umweltforums](#) ist im Aufbau.

Die SPD Schleswig-Holstein war immer auch besonders ökologisch ausgerichtet.

Sie hat als einer der ersten Landesverbände gegen den Ausbau der Atomenergie Stellung bezogen.

Sie hat in Worten und Taten Windkraft und Solarenergie ausgebaut.

Sie hat in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung ein modernes Naturschutzgesetz geschaffen.

Sie hat den Anstoß für die Nachhaltigkeitsstrategie in Schleswig-Holstein gegeben.



Diese ökologische Tradition gilt es fortzusetzen.

In unserem Umweltforum können auch Nicht-Mitglieder mitarbeiten, die bei uns ihre Kenntnisse und Erkenntnisse einbringen wollen. Wir freuen uns auf Ihre / Eure Mitarbeit.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 18.08.2010, 16:44 Uhr - 3965 Clicks - Nr. 744

Hilfe für Pakistan

Hilfe für Pakistan

(übernommen aus SPD Deutschland)

Pakistan steht unter Wasser.

Mittlerweile sind über 14 Millionen Menschen auf der Flucht vor den Wassermassen. Es sind die größten Überschwemmungen aller Zeiten im Land. Bei der Naturkatastrophe sind bisher mehr als 1.500 Menschen ums



Leben gekommen, Dörfer wurden geflutet, Straßen zerstört, Tierkadaver treiben im Wasser und die Gefahr von Seuchen droht.

Das menschliche Ausmaß der pakistanischen Katastrophe ist größer als das des Tsunami 2004, des pakistanischen Erdbebens 2005 und des haitianischen Erdbebens im Januar 2010 zusammengenommen, teilten die Vereinten Nationen mit.

Die Flutopfer brauchen dringend Hilfe!

Die Welthungerhilfe bittet die deutsche Bevölkerung dringend um Spenden für die Flutopfer in Pakistan. "Die Menschen vor Ort können nichts dafür, dass sie in einem schwierigen politischen Umfeld leben", betont der Vizepräsident der Welthungerhilfe, Klaus Töpfer.

Bitte helfen auch Sie, die Katastrophe nach der Katastrophe zu verhindern – mit Ihrer Spende!

Zum Beispiel über das [Bündnis Entwicklung Hilft](#): ein Zusammenschluss der fünf deutschen Hilfswerke Brot für die Welt, medico international, Misereor, terre des hommes und Welthungerhilfe.

Die Mitglieder des Bündnisses agieren weiterhin eigenständig. Gemeinsam eingeworbene Spenden werden zu gleichen Teilen unter den Bündnisorganisationen aufgeteilt. Alle Organisationen besitzen das DZI-Spendensiegel.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 18.08.2010, 23:21 Uhr - 4109 Clicks - Nr. 745

Stadt leistet sich die „Billig-Polizei“

Abschrecken und Verdrängen lösen keine Probleme

Der Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes im Umfeld des U-Bahnhofes Norderstedt-Mitte sorgt für erhebliche Diskussionen bei den Norderstedter Parteien.



Die Vorsitzenden der SPD, der Partei Die Linke und der Wählergemeinschaft GALIN kritisieren das Vorgehen des Kriminalpräventiven Rates und fordern die Kontrolle des Bahnhofsumfeldes in die alleinige Zuständigkeit der Norderstedter Polizei zu geben.

„Der Einsatz des privaten Wachunternehmens ist mit den Parteien in der Stadtvertretung zu keinem Zeitpunkt abgestimmt worden. Die uns vorliegende Kriminalstatistik zeigt im Bereich des U-Bahnhofes keine Auffälligkeiten. Das Sicherheitsempfinden der Bürger hat nichts mit der tatsächlichen Sicherheitslage gemeinsam. Obgleich der Auftrag zum Einsatz als sogenanntes „reines Verwaltungshandeln“ zu sehen ist, hat die Entscheidung eine erhebliche Diskussion unter den Bürgern und eine Reihe von Fragen an unsere Stadtvertreter ausgelöst. Von vorbehaltloser Begeisterung haben wir dabei nichts zu hören bekommen. Im Gegenteil überwiegt die Frage, wieso diese Arbeit nicht von gut ausgebildeten und unabhängig handelnden Polizeibeamten gemacht wird. Uniformierte Präsenz und Streifengänge sind allein Sache der Polizei und müssen es auch bleiben. Sollte Herr Grote als Vorsitzender des Kriminalpräventiven Rates an diesem Modellversuch festhalten, stiehlt er sich zusammen mit seinem CDU-Parteifreund und Innenminister Klaus Schlie aus der Verantwortung wenn er, wie hier geschehen, das Gewaltmonopol an die Privatwirtschaft weiterreicht und damit die Probleme der chronisch unterbesetzten Norderstedter Polizei kaschiert“, so Katrin Fedrowitz, Vorsitzende der Norderstedter SPD.

Gerade im Zusammenwirken mit der Polizei befürchten die Kritiker eine Vermischung von öffentlichen und privaten Zuständigkeiten/Befugnissen, sowie eine Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols (Art. 33/4 GG). Die Fachwelt spricht bereits heute von „police private partnership“ (ppp), einem arbeitsteiligen Sicherheitsverbund, der künftig gemeinsam für öffentliche Sicherheit und Ordnung sorgen soll.

Für die Öffentlichkeit entsteht so leicht der Eindruck, der Sicherheitsdienst hätte hoheitliche Befugnisse.

„Schwarze Sheriffs ohne rechtliche Grundlage“

Laut Miro Berbig, von der Partei Die Linke benötigt der private Sicherheitsdienst auch für seine bloße Anwesenheit auf öffentlichen Straßen und Plätzen eine rechtliche Grundlage. Diese gebe es jedoch nicht. Streifengänge seien laut Gesetz „hoheitliches Handeln“, das alleine der Polizei und den Ordnungsbehörden vorbehalten bleibe. Bereits mehrfach habe das Innenministerium diese Auffassung in Schreiben an Städte und Gemeinden klar vertreten.

„Fakt ist“, so Berbig, „dass die steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger immer häufiger für ihre (öffentliche) Überwachung und Kontrolle durch Unternehmen bezahlen müssen, weil hierbei – im Zuge von Privatisierungen – die höchste deutsche Rechtsordnung häufig keine Beachtung findet. Der Bund der Steuerzahler kritisierte diese Entwicklung bereits im Jahr 2000, und meinte, dass es dem Steuerzahler nicht zugemutet werden können „doppelt“ für öffentliche Sicherheit und Ordnung zu bezahlen; einmal für staatliche Amtsträger (Polizei und Ordnungsämter) und zusätzlich noch für öffentlich beauftragte private Sicherheitsdienste. Hier zeigt sich der Irrweg des Sparkurses der Landesregierung: Erst Stellen bei den örtlichen Polizeidienststellen abbauen und dann den Städten und Kommunen die Kooperation mit privaten Sicherheitsdiensten nahelegen, die natürlich aus Steuergeldern vor Ort bezahlt werden dürfen.“

„Alleine aus diesem Grund greift das Argument der „Kostensparnis für die öffentlichen Hand“ durch „outsourcing“ von Sicherheitsdienstleistungen nicht. Als Kooperations- bzw. „Juniorpartner“ der Polizei möchten sich vor allem „Gütesiegel“-Unternehmen wie Pütz Security verstärkt für öffentliche Auftragsnahmen qualifizieren; mit Kooperationsverträgen alleine lässt sich nämlich kein Geld verdienen. Langfristige und stabile Verträge am Tropf des Steuerzahlers

sind gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise wichtig und Garant für lukrative Gewinne. Auch deshalb hat Pütz Security ein natürliches Interesse daran die Sicherheitssituation in Norderstedt-Mitte als „auf der Kippe“ darzustellen. Das ist nicht nur unehrlich, sondern auch unverantwortlich.“, kritisiert Katrin Fedrowitz.

Miro Berbig (Die Linke), Olaf Harning (GALiN) und Katrin Fedrowitz (SPD) fordern den Oberbürgermeister daher auf, den Testlauf mit Pütz Security sofort zu beenden und in Zusammenarbeit mit Polizei, Ordnungsamt und Jugendamt ein schlüssiges Handlungskonzept für den Bahnhofsbereich zu entwickeln.

„Darunter verstehen wir jedoch mehr als nur Abschreckung und Verdrängung. Durch den Einsatz von täglichen Fußstreifen der Polizei kann das Sicherheitsempfinden der Bürger besser gestärkt werden als durch eine „Billig-Polizei“ ohne Befugnisse und Kompetenzen. Auch sollte der Verkauf von alkoholischen Getränken im Bahnhofsumfeld zu bestimmten Uhrzeiten vom Ordnungsamt untersagt werden, Straßensozialarbeiter müssen sich der Jugendlichen annehmen. Für die Sicherheit im Bahnhofsgelände und dem auf dem Vorplatz sei die Hochbahn-Wache als Tochtergesellschaft der Hamburger Hochbahn zuständig. Umso mehr verwundert uns der Sonderweg des Kriminalpräventiven Rates, wenn man auf die Entwicklung der Szene am Herold-Center blickt. Dort wurde aufgrund ähnlicher Probleme vor Jahren mit dem Aufbau der Tagesaufenthaltsstätte (TAS) begonnen. Mit Erfolg: die Situation dort ist ruhig und unauffällig geworden, ganz ohne Verdrängungspolitik.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.08.2010, 08:20 Uhr - 1516 Clicks - Nr. 746

SPD für Marinestadt Kiel

"Die politische Desorientierung des CSU Verteidigungsministers zu Guttenberg geht weiter und der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Schimpf, soll der Überbringer dieser unausgegorenen Überlegungen sein. Ein strukturiertes Vorgehen der Marine, das für die Zukunft der Bundeswehr und für Kiel ganz besonders wichtig ist, sieht anders aus.

Wir erwarten, dass bei den Entscheidungen über die Zukunft der Marinestandorte die Vorleistungen Kiels, die durchgeführten Investitionen und das bisherige Engagement der Soldaten und Zivilangestellten berücksichtigt werden.

Nach den bereits durchgeführten Umstrukturierungsmaßnahmen der Vergangenheit halten wir es für unverantwortlich durch erneute Spekulationen eine ganze Stadt mit ihren Soldatinnen und Soldaten sowie den Zivilangestellten und deren Familien, in eine Phase der Ungewissheit zu stürzen.

Aber: die politische Entscheidung über Standortfragen treffen die CDU-geführte Bundesregierung und der CSU-Verteidigungsminister. Die SPD-Ratsfraktion steht fest zu ihrer Marinestadt Kiel“, erklärt die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt.

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 20.08.2010, 12:55 Uhr - 2338 Clicks - Nr. 747

Sommerfest der Ortsvereine im Amt Süderbrarup

Wie im letzten Jahr findet wieder ein gemeinsames Sommerfest der Ortsvereine im Amt Süderbrarup in Steinfeld am 28. August 2010 von 15.00 bis 21.00 Uhr statt. Neben den Mitgliedern und Freunden der SPD haben u. a. MdL Birte Pauls, MdB Sönke Rix und Holger

Groteguth, stellvertretender Kreistagspräsident des Kreises SL-FL, ihren Besuch angekündigt. Auch in diesem Jahr bieten die Ortsvereine ein abwechslungsreiches Programm an mit Spielen für Kinder und Erwachsene und musikalischer Begleitung an. Für das leibliche Wohl mit Kaffee und selbstgebackenen Kuchen als auch mit Salaten und Grillwaren ist wie im vergangenen Jahr gesorgt.

Die Ortsvereine freuen sich auf die Teilnahme aller Mitglieder, aber auch auf Freundinnen und Freunde und natürlich auch auf ein gutes Gelingen bei netter Unterhaltung.

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 23.08.2010, 14:16 Uhr - 3118 Clicks - Nr. 748

Grillfest des OV Glücksburg

Der Wettergott hatte ein Einsehen mit unserem Grillfest. Vorsorglich stellten wir unser neues Zelt auf, um die Technik für die kommenden öffentlichen Aktionen zu erlernen, und um zugleich die vorbeigehenden Fußgänger auf unser Grillfest aufmerksam zu machen.

Mit dem bewährten Team wurden die zu einem Grillfest notwendigen Annehmlichkeiten auf- und bereitgestellt.

Im Verlauf der Veranstaltung wurden Heike Bude und Dierk Andresen für ihre langjährige Mitgliedschaft in der SPD vom Vorsitzenden Hermann Jobben mit einer Urkunde und einem Blumenstrauß geehrt.

Nicht nur die " Rente mit 67 " war ein Thema, sondern auch das Miteinander im Ortsverein und die innerparteiliche Demokratie, die in einer sehr intensiven Diskussion vertieft wurde.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 24.08.2010, 16:15 Uhr - 1221 Clicks - Nr. 749

Aktive Wirtschaftspolitik und vorsorgende Haushaltskonsolidierung in einem!

Zur vorgeschlagenen Einrichtung eines "Wirtschaftsbüros Gaarden" erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann und der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann:

"Wir unterstützen die von der Dezernentin für Arbeit und Wirtschaft und dem Sozialdezernenten vorgeschlagene Einrichtung eines Wirtschaftsbüros Gaarden. Damit wird genau die aktive und innovative Wirtschaftspolitik zur Entwicklung eines Stadtquartiers umgesetzt, die SPD, GRÜNE und SSW mit ihren Ratsbeschlüssen herbeigeführt haben. Wenn noch im Jahr 2008 ein Viertel der Sozialhilfeausgaben in den Stadtteil Gaarden fließen muss, in welchem weniger als ein Zehntel aller Kielerinnen und Kieler lebt, dann ist es auch haushaltspolitisch klug, hier Geld in die Hand zu nehmen, um in Zukunft die Zahl der Sozialleistungsempfänger und -empfängerinnen zu senken. Das Fehlen von Arbeitsplätzen sowie von Qualifizierungs- und Ausbildungsangeboten ist das zentrale Grundproblem in Gaarden. Dabei betrifft die Arbeitslosigkeit Jugendliche überproportional. Folgen hoher Arbeitslosigkeit sind Einkommens- und Kaufkraftverluste, die wiederum die wirtschaftliche Entwicklung der im Stadtteil verankerten Betriebe und Unternehmen gefährden.

Eine nachhaltige Besserung der Situation im Sozialraum Gaarden macht es erforderlich, dass Wirtschaftsförderung, Sozialpolitik und Stadtplanung an einem Strang ziehen.

Wir finden in dem Konzept ein ganzes Bündel von Maßnahmen und Aktionen, mit denen

bestehende Unternehmen und Existenzgründungen unterstützt, die lokale Beschäftigungssituation verbessert, Aus- und Weiterbildung gefördert und über Aktivitäten im Zweiten Arbeitsmarkt und im Bereich Soziale Ökonomie das Zusammenleben im Stadtteil intensiviert werden sollen. Entscheidend werden die Maßnahmen sein, die die Kräfte des Stadtteils mobilisieren. Wir müssen die bestehende Struktur im Einzelhandel, im Handwerk und bei den Dienstleistungen erhalten und dazu beitragen, dass insbesondere junge Leute aus Gaarden eine Berufsperspektive bekommen. Gerade junge Menschen mit Migrationshintergrund brauchen Unterstützung bei Existenzgründungen und die Vermittlung von Mikrokrediten.

Mit diesen Maßnahmen wird ein vitaler Stadtteil gekräftigt, gleichzeitig verfolgen SPD, GRÜNE und SSW so eine vorsorgende und nachhaltige Haushaltspolitik."

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 24.08.2010, 17:39 Uhr - 3301 Clicks - Nr. 750

In den neuen Räumen mit neuem Schwung.

Der Ortsverein Norderstedt und der Kreisverband Segeberg weihten am 22. August 2010 ihre neuen Räume in der Ochsenzoller Str. 116 in Norderstedt ein.

Der Ortsverein Norderstedt und der Kreisverband Segeberg weihten am 22. August 2010 ihre neuen Räume in der Ochsenzoller Str. 116 in Norderstedt ein.



Während der Sommerpause waren der Ortsverein und das Kreisbüro aus dem Podium in der Ulzburger Straße in das neue ebenerdige Büro in der Ochsenzoller Straße gezogen. Die Örtlichkeiten sind kleiner, aber auch gemütlicher. "Man müsse näher zusammenrücken", stellte der Kreisvorsitzende Andreas Beran fest.

Viele Genossen aus den benachbarten Ortsvereinen, Vertreter von Norderstedter Parteien sowie Vereinen und Verbänden waren erschienen, um das neue Podium zu besichtigen und dem Kreis- und Ortsvereinsvorstand zum Umzug zu gratulieren. "Das neue Büro ist leicht von der Straße aus zu erkennen und lädt die Bürgerinnen und Bürger ein, einfach mal hereinzuschauen", bemerkt die Ortsvereinsvorsitzende Katrin Fedrowitz und hofft auf mehr persönlichen Kontakt zu den Norderstedterinnen und Norderstedtern.

Auch der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies kam nach Norderstedt und übergab der Ortsvereinsvorsitzenden einen Notenständer, den er anlässlich einer Urlaubsreise in Schweden auf dem Flohmarkt erstanden hatte. Einen solchen Notenständer können die Genossinnen und Genossen auch gut für ihre Kultig-Reihe nutzen, die ab September auch hier auf der kleineren Bühne fortgesetzt werden soll.

Das Wetter blieb trocken und so konnten die Gäste vor und in dem neuen SPD-Büro bei Grillwürsten und kalten Getränken viele Gespräche führen und Kontakte knüpfen.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 25.08.2010, 12:25 Uhr - 48368 Clicks - Nr. 751

Ulrike Rodust zu Gesprächen auf Sylt

Europaabgeordnete nutzt Sommerpause für Informationsbesuche

Kiel: Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust hat am Montag und Dienstag Termine auf Sylt wahrgenommen, die in engem Bezug zu ihrer Arbeit in Brüssel stehen: Rodust, die als fischereipolitische Koordinatorin ihrer Fraktion und als agrarpolitische Sprecherin der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament mit den Reformen dieser beiden Politikbereiche befasst ist, nutzte die sitzungsfreie Zeit zu Informationsbesuchen auf der Insel.

Zunächst stand am Montag der Besuch des Erlebniszentrums Naturgewalten in List auf dem Programm. Hier führte Geschäftsführer Dr. Matthias Strasser durch die Ausstellung und erläuterte Konzept und zukünftige Projekte des auch mit EU-Mitteln geförderten Erlebniszentrums.

Bei einem abendlichen Gespräch auf Einladung der Sylter SPD mit Rodust in Westerland lag ein Schwerpunkt auf der Fortentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Neben der Frage, welchen Weg die GAP einschlagen soll und wie unsere Landwirtschaft zukünftig aussehen wird, wurden auch aktuelle europapolitische Themen angesprochen.

Zum Abschluss stand für Rodust am Dienstag ein Besuch bei Sylter Royal / Dittmeyer's Austern-Compagnie an, wo Geschäftsführerin Bine Pöhner die Arbeit des Aquakulturbetriebes erläuterte. Ein Ausflug zu den Muschelbänken im Watt musste wegen des sturmbedingt nicht abgelaufenen Wassers auf den nächsten Sylt-Besuch der Europapolitikerin verschoben werden.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 25.08.2010, 14:20 Uhr - 8470 Clicks - Nr. 752

Neue Pläne zum Zivildienst sind Unsinn

Zum Vorschlag der Bundesfamilienministerin, einen „freiwilligen Zivildienst“ einzuführen, erklärt der stellvertretende familienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Berichterstatter für Zivildienst, Sönke Rix:



Die Verkürzung des Zivildienstes, die freiwillige Verlängerung und jetzt ein sogenannter freiwilliger Zivildienst: Die Bundesfamilienministerin tut im Moment alles, um junge Männer, die Vertreter der Einsatzstellen und die Gesellschaft zu verunsichern.

Schon die freiwillige Verlängerung des Zivildienstes hat die SPD-Bundestagsfraktion strikt abgelehnt, ein freiwilliger Zivildienst, mit dem die Ministerin jetzt hausieren geht, ist kompletter Unsinn!

Das Ergebnis wären Doppelstrukturen: Neben die Freiwilligendienste, die seit Jahrzehnten erfolgreich von Trägern organisiert werden, würde ein neuer staatlicher sogenannter freiwilliger Zivildienst treten. Eine solche Doppelstruktur macht keinen Sinn. Da sich auf die heutigen Freiwilligendienste im Durchschnitt drei Jugendliche für einen Platz bewerben, müssen doch gerade die schon bestehenden Freiwilligendienste FSJ und FÖJ ausgebaut werden.

Die SPD-Fraktion fordert dies in dem Antrag zur Zukunft der Jugendfreiwilligendienste. Es müssen der massive Ausbau und eine stärkere Anerkennung der Freiwilligendienste vorankommen, des Weiteren wollen wir eine Ombudsstelle für Freiwillige einrichten. Außerdem setzen wir uns für ein Gesetz ein, das einen Rahmen für die unterschiedlichen Formen von Jugendfreiwilligendiensten bieten soll. Dies hat auch die Bundesregierung angekündigt – bis heute allerdings ohne Ergebnis.

Ministerin Schröder ist für die Freiwilligendienste zuständig und hätte längst einen Entwurf vorlegen können. Das hat sie verpasst. Stattdessen soll nun ein weiterer staatlicher Dienst eingeführt werden. Das macht deutlich: Von der schwarz-gelben Bundesregierung haben wir kein langfristiges und verlässliches Konzept zu der Zukunft des Engagements von jungen Menschen zu erwarten.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 25.08.2010, 14:32 Uhr - 7747 Clicks - Nr. 753

Thönnies: Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2010“ gestartet!

Der Wettbewerb des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (BfDT) „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2010“ hat begonnen. Bis zum 20. September 2010 können sich Einzelpersonen und Gruppen bewerben, die mit ihrem Einsatz für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus und Gewalt eintreten.



„Das BfDT führt den Wettbewerb seit seiner Gründung durch die Bundesregierung im Jahr 2000 jährlich durch. Es will damit die Leistung der vielen zivilgesellschaftlichen Akteure anerkennen, die sich ideenreich und wirksam in Deutschland für eine offene und tolerante Gesellschaft engagieren“, erläutert SPD-MdB Franz Thönnies die Ausschreibung. Gesucht seien alle Projekte, Initiativen und Vereine, die sich für die praktische Demokratie- und Toleranzförderung betätigen. Ihre Arbeit solle nachahmbar und vorbildlich sein und bewährte oder neue Ansätze zu den verschiedenen Themenfeldern des BfDT verfolgen.

Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt. Mit einer Auszeichnung bei „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2010“ ist auch eine finanzielle Förderung zwischen 1000,- und 5000,- Euro verbunden.

„Das BfDT will mit dem Wettbewerb die aktive Zivilgesellschaft stärken und herausragende Projekte bekannt machen, so dass sich möglichst viele andere Akteure von ihrer Arbeit inspirieren lassen. Vorbildliche Konzepte können so deutschlandweit Nachahmer finden“, bekräftigt Thönnies.

Kontakt und weitere Informationen über:

Kim Hartmann

Bündnis für Demokratie und Toleranz

Friedrichstr. 50

10117 Berlin

Tel. +49 (0)30 - 236 34 08 - 0

Fax +49 (0)30 - 236 34 08 - 88

E-Mail:

buendnis@bfdt.de,

www.buendnis-toleranz.de

Bildquelle: hofschlaeger / www.pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 25.08.2010, 16:19 Uhr - 2249 Clicks - Nr. 754

Keine Baustellenzufahrt in der HansasträÙe

"Für den bevorstehenden Bau einer Mensa zwischen der Ricarda-Huch-Schule und den Goetheschulen wird es keine Baustellenzufahrt über die HansasträÙe geben. Dies hat die städtische Bauverwaltung auf unsere Nachfrage bestätigt. Der gesamte Bauverkehr wird sinnvollerweise über den Westring abgewickelt werden," erklärte der für den Stadtteil Ravensberg gewählte Ratsherr Falk Stadelmann (SPD)

Während einer vom SPD-Ortsverein Kieler Mitte organisierten Begehung des Stadtteils Ravensberg wurde von mehreren Bürgerinnen und Bürgern die Sorge geäuÙert, dass der für den Mensabau erforderliche Baustellenverkehr vor allem über die HansasträÙe erfolgen könnte. Dort befinden sich der Eingang einer Kindertagesstätte und der Grundschule der Goetheschule, sodass Kinder auf dem Weg von und zur Kindertagesstätte und Grundschule besonders gefährdet sein könnten, wenn schwere Baufahrzeuge die Verkehrsverhältnisse unübersichtlich werden lassen.



Benjamin Raschke, der Ortsvereinsvorsitzende, zeigte sich erfreut: "Die SPD begrüÙt das pragmatische Vorgehen der Bauverwaltung, den Bauverkehr über den stärker befahrenen Westring zu leiten. Dies ist im Interesse der Kinder und der verkehrsberuhigten HansasträÙe."

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönnfeld](#) - veröffentlicht am 25.08.2010, 18:26 Uhr - 3641 Clicks - Nr. 755

REpower weiht Osterrönnfelder TechCenter ein

Nun ist REpower ganz offiziell mit seinem neuen "TechCenter" in Osterrönnfeld angekommen. Am heutigen Tag wurde das neue 11.700 Quadratmeter große Technologie- und Forschungsgebäude des Windenergieanlagenherstellers in Osterrönnfeld im Kreise der Mitarbeiter und gelandener Gäste eingeweiht. 470 Mitarbeiter sind unter anderem für die Überwachung der weltweit rund 2500 REpower-Windenergieanlagen zuständig, ebenso für die Weiterentwicklung der eigenen Produkte.



Vor der Silhouette der Eisenbahnhochbrücke findet sich nun auf der Süd-Seite des Nord-Ostsee-Kanals eines der erfolgreichsten Windenergieunternehmen wieder, dessen neuer Standort ganz bewusst in Osterröfeld entstanden ist.

Gelockt wurde REpower vor allem durch die ideale Verkehrsanbindung vor Ort. So sorgt die direkte Nähe zu den Autobahnen 7 und 210 ebenso wie die Schifffanbindung in Richtung Nord- und Ostsee für reibungsloses Erreichen der Osterröfelder Niederlassung. Das ebenfalls geplante Produktionsgebäude in unmittelbarer Nähe zum jetzt eingeweihten TechCenter ist dabei besonders auf gute Verkehrsanbindungen angewiesen, sollen doch hier einmal die Windenergieanlagen von morgen produziert und in alle Welt abtransportiert werden.

Besonderer Beachtung kommt hierbei der Schifffanbindung zu. Durch die öffentliche Hand wird in direkter Nachbarschaft ein öffentlicher Schwerlasthafen entstehen, der im Frühjahr 2011 fertiggestellt werden soll. Von hieraus wird nicht nur REpower direkte Schiffstransporte realisieren können, sondern auch alle anderen Unternehmen, die hierauf angewiesen sind.

Es wird erwartet, dass sich im Zuge des Hafenneubaus sowie der REpower-Ansiedlung weitere Unternehmen im dicht angrenzenden neuen Gewerbegebiet ansiedeln werden, für das derzeit die neue Verkehrsanbindung an die Bundesstraße 202 errichtet wird.

Weitere Infos zu diesem Thema erhalten Sie hier [\[mehr\]](#)

Keine Kommentare

[SPD-Osterröfeld](#) - veröffentlicht am 25.08.2010, 22:24 Uhr - 5697 Clicks - Nr. 756

Holzbrücken über Wehrau und Linnbek werden saniert

Aufgrund akuten Sanierungsbedarfes werden zwei über 20 Jahre alte Holzbrücken über die Wehrau bzw. Linnbek saniert, die sich im Bereich Ohldörp/Aukamp bzw.

Bahnhofstraße/Ostlandstraße befinden. Auf diese Zustände hatte jüngst die SPD-Fraktion Osterröfeld hingewiesen und dringenden Handlungsbedarf signalisiert. Da die Brücken von unzähligen Radfahrern und Fußgängern genutzt werden, darunter viele Schul- und Kindergartenkinder, war Eile geboten.



Morsche sowie durch Pilz befallene Holzplanken machten bereits in den vergangenen Wochen Sofortmaßnahmen des Osterröfelder Bauhofes nötig, der provisorisch marode Holzbeläge und -geländer repariert hat. Außerdem waren einzelne Holzgeländer der Brücken durch Vandalismus zerstört, die ebenfalls ersetzt wurden. Nach Angaben der Osterröfelder Bauverwaltung sind die Trägerkonstruktionen der Brücken von diesem dringenden Sanierungsbedarf nicht betroffen und können daher weiter genutzt werden.

Der Osterröfelder Verkehrs- und Werkausschuss hat nun in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, diese maroden Brücken umgehend zu sanieren. Die Kosten für die Sanierungsmaßnahmen belaufen sich auf ca. 60.000€. Durch den Einsatz einer

Kunststoff/Stahl-Kombination werden die sanierten Brücken für eine Lebensdauer von bis zu 50 Jahren ausgelegt sein.

Da während der Sanierungsarbeiten mit zeitweilige Sperrungen der Brücken zu rechnen ist und es während dieser Zeit zu Behinderungen des Fuß- bzw. Radverkehrs kommen kann, hat die SPD auf die Problematik dieser Sperrungen hingewiesen. Daher wurde die Sanierung für die Herbstferien anvisiert und teils bereits durchgeführt, um die Beeinträchtigungen vor allem für Schul- und Kindergartenkinder so gering wie möglich zu halten. Aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle bei der ausführenden Firma wurde die Sanierung aber zwischenzeitlich unterbrochen und erst am 22. November wieder aufgenommen.

Anfang Dezember 2010 konnten beide Brückensanierungen abgeschlossen werden.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 26.08.2010, 11:36 Uhr - 3857 Clicks - Nr. 757

Kreismitgliederversammlung am 03.09.2010

Kreismitgliederversammlung am 03.09.2010

Liebes Mitglied,

nach den Wahlen im September 2009 hat die SPD sich in vielerlei Hinsicht neu aufgestellt. Und dabei den Blick verstärkt auf Sachthemen gerichtet, die gemeinsam erarbeitet und beschlossen werden sollen!

Eine Möglichkeit, dies vor Ort zu tun, sind Mitgliederversammlungen. Nach der erfolgreichen ersten im November 2009 laden wir Euch hiermit zu einer weiteren Kreismitgliederversammlung am 03. September um 19.30 Uhr in Selent, herzlich ein!

Schwerpunkt dieser Versammlung soll die Vorbereitung des Landesparteitages am 11.09.2010 in Kiel und hier insbesondere die Bildungspolitik sein. Deshalb wird es zum Thema Bildung auch einige einführende Impulsreferate geben.

Dr. Henning Höppner, MdL:

BILDUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN, VORSTELLUNG DES LEITANTRAGES DES SPD-LANDESVORSTANDS

Stefan Hirt, Landeselternbeirat Gemeinschaftsschule:

WAS KANN UND MUSS SCHULE LEISTEN? BETRACHTUNGEN AUS DER ELTERN SICHT

Maike Schubert, Freiherr-vom-Stein-Schule, Neumünster:

GEMEINSAMES LERNEN IST MÖGLICH! - EIN PRAXISBERICHT AUS EINER GEMEINSCHAFTSSCHULE

Die Leitanträge für den Landesparteitag wurden allen Mitgliedern mit E-Mail-Adresse im Juli zugesandt. Sie können auch jederzeit von der Homepage des SPD-Landesverbandes [SPD-Landesparteitag](#) heruntergeladen werden. Sollten Ihr hier keinen Zugang haben, übersenden wir Euch auf Anfrage gern ein Exemplar.

Ich würde mich freuen, wenn viele Genossinnen und Genossen sich an dieser Diskussion beteiligen würden!

Mit freundlichen Grüßen

Eure

Anette Langner

Kreisvorsitzende

Keine Kommentare

Familienfest in Bad Bramstedt auf der Osterauinsel.

Eine Abordnung des neuen Vorstandes, bestehend aus der Vorsitzenden Katrin Fedrowitz und dem Vorstandsmitglied Joachim Zibell des Ortsvereins Norderstedt, besuchte am Sonnabend, den 21.08.2010, den Landtagsabgeordneten Andreas Beran bei dem Familienfest in Bad Bramstedt auf der Osterauinsel.



Eine Abordnung des neuen Vorstandes, bestehend aus der Vorsitzenden Katrin Fedrowitz und dem Vorstandsmitglied Joachim Zibell des Ortsvereins Norderstedt, besuchte am Sonnabend, den

21.08.2010, den Landtagsabgeordneten Andreas Beran bei dem Familienfest in Bad Bramstedt auf der Osterauinsel.

Neben vielen abwechslungsreichen Spielen für die Kleinen wurde mit Würstchen und selbstgebackenem Kuchen für das leibliche Wohl der zahlreich erschienenen Gäste gesorgt. Das ganze wurde musikalisch von der Mönkloh-Blues-Band untermalt. Eine rundum gelungene Veranstaltung, bei der das Wetter auch noch mitgespielt hat.

Nach Aussage von Herrn Beran möchte er im nächsten Jahr mit dieser Veranstaltung andere Ortsvereine im Kreis Segeberg besuchen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Herr Beran auch in Norderstedt begrüßen können.

Keine Kommentare

Sommerfest im Schrevenpark

Großen Anklang fand das Sommerfest der Ortsvereine West/Altstadt, Kieler Mitte und der Kieler Jusos im Schrevenpark am letzten Wochenende. Bei Sonnenschein, Kaffee und Kuchen gab es viel Gesprächsmöglichkeiten für die Mitglieder und Gäste.

Für die Kinder gab es die Möglichkeit sich fantasievoll schminken zu lassen aber auch die Möglichkeit zu Basteln oder ein Feuerwehrfahrzeug zu besichtigen.



Insgesamt ist das Sommerfest der Auftakt für die politische Arbeit nach der Sommerpause, der Ortsverein Kieler trifft sich daher schon wieder am 6.9.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 27.08.2010, 11:37 Uhr - 2933 Clicks - Nr. 760

Carstensen muss Aufklärung vorantreiben!

Zur HSH Nordbank-Spitzelaffäre erklärt der Obmann der SPD-Abgeordneten im PUA, Jürgen Weber:

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung in einem Antrag für die kommende Plenartagung auf, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass die Spitzelaffäre der HSH Nordbank durch den Aufsichtsrat aufgeklärt wird. Da die Landesregierung 2009 entschieden hat, dass das Land Schleswig-Holstein als Anteilseigner keine Ministerinnen und Minister mehr in den Aufsichtsrat entsendet, sind die Einflussmöglichkeiten des Landes auf die Unternehmenskultur der Bank beschränkt. Die Konsequenz aus diesem Versäumnis kann nur sein, dass der Ministerpräsident jetzt dafür sorgen muss, dass der Aufsichtsrat unabhängig von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft die Vorwürfe einer angeblichen Bespitzelung von Vorstandsmitgliedern aufklärt, um weiteren Schaden von der Bank und deren Anteilseignern abzuwenden. Das Land hat als Anteilseigner Milliarden Euro für die Stützung und Restrukturierung der Bank aufgewendet und deshalb ein erhebliches Interesse daran, dass die HSH Nordbank effizient arbeitet und mit dem Eigentum des Landes verantwortlich wirtschaftet. Dazu gehört auch eine zielgerichtete Arbeitsstruktur innerhalb der Bank. In diesem Sinne muss Carstensen die Interessen des Landes vertreten.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 27.08.2010, 11:40 Uhr - 3125 Clicks - Nr. 761

Schwarz-Gelb plant Kahlschlag in der Europapolitik

Zu den geplanten Kürzungen bei der Förderung der Europaorganisationen Europa Union, Europäische Bewegung und Junge Europäische Föderalisten erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Waren bisher 75.000 Euro für die Europaarbeit von Europa Union, Europäischer Bewegung und der Jungen Europäischen Föderalisten in Schleswig-Holstein vorgesehen, so soll dieser Titel 2011 auf 50.000 Euro und 2012 auf 25.000 Euro gekürzt werden. Das entspricht einer Kürzung von 66,7 Prozent. Diese Kürzung ist völlig unverhältnismäßig und in dieser dramatischen Größenordnung ohne Beispiel.

Die drei Verbände leisten seit Jahren eine zentrale europapolitische Arbeit in Land; sie entwickeln europapolitische Leitlinien, regen Diskussionen an und leisten intensive europapolitische Öffentlichkeitsarbeit. Dieser Kahlschlag bedeutet eine weitere elementare Schwächung der Europapolitik des Landes. Mit Partnern geht man so nicht um!

Gerade in einer Zeit, in der immer mehr europapolitische Entscheidungen die Landespolitik beeinflussen, bedarf es einer ebenso offensiven wie kooperativen Europapolitik des Landes. Die Vermittlung dieser Inhalte ist zentral auf Vereine und Verbände angewiesen, deren hohe Kompetenz und deren Einfluss unstrittig sind. Das Bundesverfassungsgericht hat den Ländern größere europäische Zuständigkeiten zugewiesen. Um diese mit Leben zu erfüllen, bedarf es also enger Kooperation mit den europapolitischen Vereinen und Verbänden. Die vorgesehenen Haushaltskürzungen werden die notwendige Kooperation auf Null fahren.

Keine Kommentare

Klimaschutz beschäftigt Ostseeparlamentarier

Zu der am 30. und 31. August 2010 in Mariehamn auf den Åland-Inseln mit gut 150 Teilnehmern aus den 11 nationalen und regionalen Parlamenten der 11 Ostseeanrainerstaaten, die dem Ostseerat angehören, stattfindenden 19. Ostseeparlamentarierkonferenz erklärt Franz Thönnies, MdB und Staatssekretär a.D., sowie Leiter der 5-köpfigen Delegation des Deutschen Bundestages und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss:



Die Ostsee gilt als eines der am stärksten beanspruchten und zugleich schmutzigsten Gewässer der Welt. Mit einer durchschnittlichen Wassertiefe von nur 55 Metern ist sie besonders sensibel für Schadstoffeinträge aller Art. Der Deutsche Bundestag hat bereits 2009 seine Unterstützung dafür zum Ausdruck gebracht, dass die Belange des Umweltschutzes in der Ostseeregion einen Schwerpunkt der EU-Ostseestrategie bilden sollen. Dabei unterstützte er die Absicht, die Ostsee zum saubersten und sichersten Meer Europas zu machen, und über den Aktionsplan der Helsinki-Kommission für die Ostsee bis zum Jahr 2021 einen guten Umweltstandard zu erreichen.

Für die Delegation des Deutschen Bundestages ist unter den drei Schwerpunkten der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz „Zusammenarbeit in der Ostsee“ und „Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenvielfalt in der Ostsee“ die „integrierte Meerespolitik“ ein sehr wichtiges Thema.

So werden mit den Forderungen des Resolutionsentwurfes der Konferenz die Regierungen der Ostseeanrainer aufgefordert, unter anderem mithilfe wirksamer und zielgerichteter Maßnahmen, die illegale, nicht gemeldete und nicht regulierte Fischerei zu stoppen und zu diesem Zweck Überwachungsressourcen und die Kontrolle bei der Anlandung zu verstärken. Angesichts der gerade in den letzten Tagen erfolgten Meldungen über die Besorgnis erregende, negative Entwicklung des Heringsbestandes erhält diese Forderung verstärkten Nachdruck.

Ebenso soll das Projekt „Clean Baltic Shipping“ („Saubere Schifffahrt in der Ostsee“), das über das europäische Ostseeprogramm INTERREG IV B gefördert wird, aktiv unterstützt werden. Oberstes Ziel des Projektes ist die Reduzierung der durch die Seeschifffahrt verursachten schädlichen Emissionen. Gefordert sind in den Häfen technische Lösungen für die landgestützte Energieversorgung, die Förderung der Nutzung von Erdgas und Flüssigerdgas sowie Aufnahmekapazitäten für Schiffsabwässer.

Gleichfalls geht es um die Verbesserung der Sicherheit sowie die Reduzierung von Umweltrisiken durch die Ostsee-Schifffahrt. Dies ist angesichts der heute bereits beispielhaft zu nennenden 60.000 jährlichen Schiffsbewegungen in der Kadetrinne als eine der meist befahrenen Schiffsstraßen der Welt und einer prognostizierten Steigerung des Frachtvolumens um 60 Prozent bis 2020 von zentraler Bedeutung. Gefordert werden somit effiziente und kompatible Überwachungs- und Schiffswegeföhrungssysteme mit dem Ziel eines einheitlichen Schiffsmeldesystems in der Ostsee.

Aus der Delegation des Deutschen Bundestages heraus soll daher die Resolution noch um die Forderung nach einer Untersuchung zu den Möglichkeiten der Einführung einer Lotsenpflicht für

Öltanker und andere Schiffe mit gefährlicher Ladung ergänzt werden. Gleiches gilt für eine allgemeine verbindliche Lotsenpflicht in engen Schiffspassagen wie der Kadettrinne. Auch ist das Verbot von Öltransporten in Einhüllen-Öltankern strikt umzusetzen.

Wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand in der maritimen Wirtschaft und in den Küstenregionen kann nur dann von Dauer sein, wenn im Rahmen einer integrierten Meerpolitik auch gleichzeitig optimale Bedingungen für den ökologischen Schutz der Ostsee und ihre nachhaltige Nutzung geschaffen werden.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.08.2010, 14:12 Uhr - 3849 Clicks - Nr. 763

3.9.: SPD Stormarn bereitet Bildungsparteitag vor Schüler, Eltern und Lehrer werden um Lageberichte gebeten

Auf dem letzten großen Bildungsparteitag der SPD Schleswig-Holstein, 2004, beschloss die SPD als bildungspolitische Ziele u.a. die Einführung der Gemeinschaftsschule als Schule für alle, den eigenen Bildungsauftrag für Kindertagesstätten und Englisch an den Grundschulen. Viele der damaligen Ziele konnten zwischenzeitlich erreicht werden, am 11. September will die Partei sich nun über die nächsten Schritte verständigen.



Die SPD Stormarn bereitet diesen Parteitag auf einer Ortsvereinskonferenz am 3. September 2010 ab 18.00 Uhr im Schützenhof Bargteheide (Jersbeker Straße 36) vor.

Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender und im Landtag Mitglied des Bildungsausschusses, berichtet: „Es liegt sollen verschiedene Thesen zur ‚Bildung für Alle 2020‘ diskutiert werden`. Wegen der aktuellen Unruhen im Bildungswesen, Stichworte: G8, G9. Profiloberstufe, Pflichtstundenerlass, wollen wir aber damit beginnen, uns Berichte zur aktuellen Lage an den Schulen anzuhören.“

Schüler, Eltern und Lehrer sind eingeladen, von 18.00 bis etwa 19.00 Uhr den Sozialdemokraten von der Lage an ihren Schulen und aktuellen Problemen im Bildungssystem zu berichten. Habersaat: „Es werden Sozialdemokraten aus allen Teilen des Kreises dabei sein, insofern können wir Ansprechpartner auf der Ebene der Kommunalpolitik und der Schulträger bieten, aber auch landespolitische Probleme aufgreifen.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.08.2010, 14:44 Uhr - 4026 Clicks - Nr. 764

Martin Habersaat zu Besuch im Hamburger Rathaus

Auf Einladung von Karin Timmermann, MdHB und Landesgeschäftsführerin der Hamburger SPD, besuchte Martin Habersaat als Zuschauer eine Sitzung der Hamburger Bürgerschaft und wohnte der Vereidigung des neuen Bürgermeisters bei. „Ich hätte ja gerne auch eine Regierungserklärung des neuen Bürgermeisters gehört, aber er hatte wohl noch nichts zu erklären“, resümierte Habersaat anschließend.



Die historischen Räumlichkeiten gefielen dem Landtagsabgeordneten gut, wenn er auch im vollen Zuschauerbereich eine moderne Klimaanlage vermisste. „Ich bin schon oft im Hamburger Rathaus gewesen, aber noch nie während einer Bürgerschaftssitzung. Mit dem Besuch möchte gerne ich eine engere Zusammenarbeit mit den Hamburger Kolleginnen und Kollegen einleiten. Danke für die Einladung!“

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 28.08.2010, 13:56 Uhr - 6834 Clicks - Nr. 765

Teure Aussichten für Gemeindestraßen?

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg lädt alle Mitglieder und SPD Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen am Mittwoch, den 01. September 2010 um 19.00 Uhr ins Kreishaus Schleswig, Flensburger Straße 7, Bürgersaal.

Auf der Veranstaltung stehen als Referenten Hermann-Josef Thoben (Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume), Werner Detlefsen (SUV-Süd) und Wolfgang Baier (SUV-Nord) zu der Problematik zur Verfügung als auch zum Thema Wegeführung im Gesamtkonzept der EU Förderung für ländliche Entwicklung.

Nach einem kurzen Eingangsreferat wollen wir über unsere Straßen und Wege in den Gemeinden diskutieren.

Wegen der Raumplanung melden sich Interessierte bitte im SPD-Büro oder per Mail an Gerhard Schulz

gerhard.schulz@spd.de an

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 29.08.2010, 12:22 Uhr - 5069 Clicks - Nr. 766

Gerecht geht anders !

Das mit schwarz – gelb soziale Kälte sowohl im Bund als auch im Land einkehren wird, ist schon seit langem klar. Während Hoteliers und Erben mit Steuergeschenken beglückt werden, geraten gleichzeitig viele Menschen in das gesellschaftliche Abseits. In Schleswig – Holstein ist der Gipfel der sozialen Ungerechtigkeiten unlängst durch die Sparpläne von Carstensen und Co erreicht worden.

Den Städten fehlen immer mehr die Einnahmen, sodass sie langsam



aber sicher ausbluten. In der Bildungspolitik werden jegliche Fortschritte zerstört. Zudem wird das beitragsfreie Kindergartenjahr sowie die Finanzierung der Schülerbeförderung eingespart. Chancengleichheit sieht anders aus.

Doch wir dürfen nicht akzeptieren, dass Schwarz – Gelb Schleswig-Holstein totspart. Der DGB ruft deshalb am 08. September in Kiel unter dem Motto "Gerecht geht anders" zur Demonstration auf. Sei auch Du dabei und setze ein Zeichen für ein sozial gerechtes Schleswig – Holstein !

[Hier gibts den Aufruf des DGB](#)

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 30.08.2010, 08:40 Uhr - 3590 Clicks - Nr. 767

CCS-Gesetz: Bundesregierung muss Glaubwürdigkeit schaffen!

27.08.2010

CCS-Gesetz:

Bundesregierung muss Glaubwürdigkeit schaffen!



Dr. Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein, zum Entwurf des sog. CCS-Gesetzes

„Vollmundig hatte Minister Röttgen bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs im Juli verkündet, dass es CCS-Anlagen nicht gegen den Willen von Bundesländern geben soll. Jetzt hat sich herausgestellt, dass er den Mund zu voll genommen hat.

[Link zum kompletten Artikel:](#)

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 30.08.2010, 11:31 Uhr - 7411 Clicks - Nr. 768

Veranstaltung zum Thema Kinderarmut

Ob Jugendbetreuer, Erzieherinnen, Lehrer oder Ärzte; allen begegnen zunehmend Kinder, die arm sind oder von Armut bedroht. Ihnen fehlt das Geld für Ausflüge, Schulmaterialien, Mitgliedsbeiträge für Sportvereine oder das gesunde Essen. Kinder tragen hierfür keine Verantwortung; sie werden in Armut hineingeboren oder sie kommt über sie. Sie haben keine Chance, ihr zu entgehen, aber sie bestimmt in unglaublichem Maße ihr Leben und schränkt sie gravierend in ihrer Entwicklung mit langfristigen Folge

Für den Kreis Schleswig-Flensburg stellt der Jugendhilfeplaner Kurt Hegner Zahlen und Fakten vor, die es auch für jedes Amt und jede amtsfreie Gemeinde gibt. Nach dem Vortrag besteht die Möglichkeit eines Austausches und für ein Verabreden von eventuellem weiteren Vorgehen; denn Kinder haben ein Recht auf angemessene Lebensbedingungen und damit auf Bildung und Gesundheit.

Dienstag, d. 07.09.2010 um 19:30 Uhr, Gaststätte Husby (ehemals Sportlerheim), Am Sportplatz, 24975 Husby

Veranstalter: Ingo Obst, SPD Amtsverband Hürup, Antje Schümann, SPD Ortsverein Husby

Keine Kommentare

Harmonisches Sommerfest der Ortsvereine im Amt Süderbrarup

Das zweite gemeinsame Sommerfest der Ortsvereine im Amt Süderbrarup am 28. August 2010, das wieder in Steinfeld in der ehemaligen Marxen-Werkhalle stattfand, war ein voller Erfolg. Alle über 100 Genossinnen und Genossen und viele Freundinnen und Freunde führten bei toller Stimmung intensive Gespräche mit unserer MdL Birte Pauls, dem stv.

Kreistagspräsidenten Holger Groteguth und dem für uns zuständigen MdB Sönke Rix, der mit seiner Frau und dem kleinen Sohn Anton angereist war.

Für das leibliche Wohl wurde ausreichend gesorgt und alle lobten die lecker zubereiteten selbstgebackenen Kuchen, Torten, belegten Brötchen zur Kaffeezeit und abends die Grillwaren und leckeren Salate und das mediterrane Gemüse, das eine Genossin in einer elektrischen Pfanne zubereitet hatte. Bei den Kindern kamen die leckeren Crêpes von „LaBelle“ besonders gut an.

Die Kinder vergnügten sich an den vielen Spielgeräten und besonders das Stockbrotbacken fand am Abend reges Interesse, wozu ein Steinfelder als Begleitung am offenen Feuer auf seinen verschiedenen Mundorgeln für gute Stimmung sorgte.

Wer einen weiteren Überblick haben möchte, findet weitere Fotos vom Sommerfest unter "Aktuelles" auf der Homepage des SPD-Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis.

Keine Kommentare

Zum Urteil des Landesverfassungsgerichts

Zum Urteil des Landesverfassungsgerichts in Sachen Wahlgesetz erklärt der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der SPD Stormarn, Martin Habersaat:

„Wenn ein Landesverfassungsgericht urteilt, müssen Alle dieses Urteil hinnehmen und umsetzen. Ich persönlich finde dieses Urteil sehr ‚offensiv‘. Aus gutem Grund beschließen Bundestag und Landtage über ihre vorzeitige Auflösung eigentlich nur selbst.

Generell sollte von vorzeitigen Neuwahlen ebenso wie von vorzeitigen Rücktritten aus meiner Sicht nur sparsam und unter der Nennung guter Gründe Gebrauch gemacht werden.

Wenn nun aber neu gewählt werden muss und das Verfassungsgericht festgestellt hat, dass der aktuelle Landtag nicht legitim zusammengesetzt ist, dann sollte meines Erachtens eine schnelle Neuwahl herbeigeführt werden. Vorher wird das Wahlgesetz reformiert werden müssen.“

Ralf Stegner, Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein und der SPD-Landtagsfraktion, hat dazu erklärt: Ein solches Urteil verlangt Demut und Selbstkritik bei all denen, die das geltende Wahlgesetz beschlossen haben, das gilt auch für die SPD. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf der GRÜNEN gibt es bereits ein parlamentarisches Verfahren, in das alle Fraktionen nach dem Urteil von heute ihre Vorschläge einbringen können. Die SPD-Fraktion wird dies morgen tun.“



Ralf Stegner weiter: „Im vergangenen Jahr hat die CDU mit Hilfe der FDP Neuwahlen innerhalb von 70 Tagen erzwungen, obwohl kein Verfassungsgerichtsurteil, sondern nur Umfragedaten das Motiv für die Parlamentsauflösung waren. Bis zum Herbst 2012 mit Neuwahlen zu warten, wäre eine völlig unverständliche Verlängerung des politischen Stillstands in unserem Land.“

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 31.08.2010, 08:30 Uhr - 5461 Clicks - Nr. 771

„Vom Parteibüro zum Bürgerbüro“ Neues Büro der Sozialdemokraten wurde eröffnet:

Gute Laune, spanender Polit-Talk und Aufbruchsstimmung am Hafermarkt. Die Flensburger SPD konnte viele Gäste bei der Eröffnung des neuen Büros am Hafermarkt begrüßen. Es gab die Möglichkeit zum persönlichen Kennenlernen, zu Gesprächen über Flensburg, die weitere Entwicklung unserer Stadt, über die Arbeit der SPD und alles, was die Flensburgerinnen und Flensburger bewegt.



Viele Gäste, Nachbarn und Passanten, Mitglieder des SPD-Kreisvorstandes, Ratsfrauen und Ratsherren und viele, die in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften der SPD für unsere Stadt arbeiten, waren dabei.

Aus Kiel war der SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner gekommen. Viele nutzten die Gelegenheit, ihm Botschaften für seine Arbeit in Kiel mit auf den Weg zu geben. Denn unsere Stadt braucht eine starke Lobby, um die negativen Folgen der schwarz-gelben Regierungspolitik für Flensburg abzuwehren.

Mit dabei war auch Thede Boysen. Flensburg wählt im Herbst einen neuen Oberbürgermeister. Vieles spricht dafür, dass es Thede Boysen sein wird – er ist Flensburger, ist Verwaltungswissenschaftler und genießt aufgrund seiner Kompetenzen und Erfahrungen weit über die Reihen der SPD hinaus hohes Ansehen. In Zeiten knapper Kassen und wirtschaftlicher Schwierigkeiten kann unserer Stadt nichts Besseres passieren, als ein Mann an der Spitze des Rathauses, der über Leitungserfahrungen aus Finanz- und Wirtschaftsministerien verfügt, der darüber hinaus mit der Region vertraut ist und hier auch schon beruflich gearbeitet hat. Bei unserer Büroeinweihung hatte man die Möglichkeit, den „Neuen“ persönlich kennen zu lernen.

Die SPD kehrt mit dem Umzug an den Hafermarkt örtlich zu ihren Wurzeln zurück – vor vielen Jahren hatten wir unser Büro in unmittelbarer Nähe in der Angelburger Straße. Wir freuen uns auf unsere neue „alte“ Heimat, freuen uns auf unsere Nachbarn und viele Besucherinnen und Besucher.

Denn unser neues Büro soll kein verschlossenes Parteibüro sein, sondern ein Büro der offenen Tür, ein Ort des Austausches und der Begegnung. „Vom Parteibüro zum Bürgerbüro“ - das ist das Konzept, das die SPD am Hafermarkt verwirklicht. Hier können Sie Ihre Wünsche und Anregungen äußern, aber auch Worte der Kritik an unserer Arbeit formulieren. Auch darüber freuen wir uns, denn nur wenn wir wissen, wo Sie der Schuh drückt, können wir für Abhilfe sorgen. Wir wollen mit unserem neuen Büro eine Anlaufstelle schaffen, ein Bürgerbüro, das für

alle da ist.

Herzlich willkommen am Hafermarkt 6-8!

Foto: *Helmut Trost, Bettina Hagedorn und OB-Kandidat Thede Boysen*

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 31.08.2010, 09:14 Uhr - 9454 Clicks - Nr. 772

SPD-Kreisparteitag: „Rente mit 67“ ist gescheitert, bevor sie Realität geworden

Ein sechsstündiger Kreisparteitag der Segeberger Sozialdemokraten erbrachte am Samstag in Trappenkamp deutliche politische Weichenstellungen.

Gastredner Franz-Josef Möllenberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, stimmte die Delegierten mit einer anschaulichen Rede auf die politische Arbeit ein und legte dabei auch den Finger in offene Wunden der SPD. Er wies darauf hin, dass mit einer Politik ohne Emotionen kein Blumentopf zu gewinnen sei und forderte die Partei auf, durch sozialdemokratische Politik ihre Handlungsfähigkeit aufzuzeigen. Kritisch ging er mit den Arbeitgebern um und er forderte Reaktionen des Staates durch die Einführung von Mindestlöhnen, wo Arbeitgeber sich dem Tarifvertragsrecht entziehen. Auf die von Möllenberg angesprochene Rente mit 67 hatte der Kreisvorstand bereits im Vorfeld des Parteitages einen Antrag vorbereitet, der mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Wichtigste Aussage darin: „Die „Rente mit 67“ ist gescheitert, bevor sie Realität geworden ist“. Sie sei gescheitert, weil sie die Lebenswirklichkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im real existierenden Wirtschaftssystem ausgeblendet hat und die Alterssicherung auf ein versicherungsmathematisches Verfahren reduziert hat.

Der SPD-Kreisverband unterbreitet in seinem Antrag Vorschläge zur Diskussion. So sollen für besonders belastende Arbeiten, z.B. Nachtschichten, von den Arbeitgebern erhöhte Beiträge zur Rentenversicherung erhoben werden. Es soll geprüft werden, ob die gesetzliche Rentenversicherung mit anderen Alterssicherungssystemen, z. B. für Beamte, Abgeordnete und besondere Berufsgruppen, zusammengeführt werden können. Letztendlich will die Kreis-SPD prüfen, ob auf das festgelegte Renteneintrittsalter zugunsten einer flexiblen, selbstbestimmten Lebensplanung in Form von Lebensarbeitszeit verzichtet werden kann.

Einen weiteren Schwerpunkt des Parteitages bildete der Leitantrag zur Bildung „Längeres gemeinsames Lernen ohne soziale Hürden“. Die Sozialdemokraten fordern z. B. eine verstärkte Kooperation im Schulbildungsbereich sowohl zwischen Bund und Ländern als auch zwischen den norddeutschen Ländern, um den Länderwechsel für Schülerinnen und Schüler erträglicher zu machen. Eine große Anzahl von Einzelanträgen zur Qualitätssteigerung und Durchlässigkeit im Bildungssystem wurde gefasst mit dem Ziel, sie beim Landesparteitag der SPD im September zur Diskussion zu stellen.

Insgesamt zeichnete sich der Kreisparteitag durch eine intensive und konzentrierte inhaltliche Arbeit aus, wie die Delegierten zufrieden festgestellt haben.

Keine Kommentare

Radverkehrskonzept in der nächsten Runde

Angestoßen durch einen Antrag der SPD-Fraktion Osterrönfeld beschäftigte sich zunächst die Gemeindevertretung und anschließend der Verkehrs- und Werkausschuss mit der Erarbeitung eines Radverkehrskonzeptes für Osterrönfeld. Die Einrichtung von Fahrradstraßen fand keine Mehrheit bei den Osterrönfelder Kommunalpolitikern.



Im März 2010 hatten die Osterrönfelder Sozialdemokraten mit ihrem Antrag zur „Einrichtung von Fahrradstraßen“ [[mehr](#)] eine jahrelange Diskussionspause beendet und eine Möglichkeit zur Steigerung der Verkehrssicherheit rund um die für Fahrradfahrer äußerst unsichere Dorfstraße präsentiert. Im Zuge dieser neu angestoßenen Beratungen durch die Osterrönfelder Kommunalpolitiker wurde seitens der zuständigen Verkehrsaufsichtsbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde deutlich gemacht, dass auch sie die mangelnde Sicherheit für Fahrradfahrer im Bereich der Dorfstraße nicht länger dulden wird. Der Vertreter des Kreises hat der Gemeinde eine Frist zur Erarbeitung eines Radwegekonzeptes gesetzt und gleichzeitig eine Aufhebung der teilweise vorschriftswidrigen Radwegebeschilderungen angedroht [[mehr](#)].

Wie auch schon die Osterrönfelder SPD weist die Behörde vor allem auf die überwiegend zu schmalen Fuß- und Radwege in Osterrönfeld hin. Aufgrund der vorhandenen Straßenrandbebauung und des insgesamt sehr schmalen Fahrbahnquerschnitts der Dorfstraße, sind bauliche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit derzeit kaum möglich. Dass durch die Verkehrsaufsicht des Kreises nun zusätzlicher Druck auf die Osterrönfelder Politik ausgeübt wird, kann nur als zusätzlicher Ansporn gesehen werden, endlich eine Problemlösung zu finden. „In dieser Hinsicht war der Antrag zur Einrichtung von Fahrradstraßen ein gelungener Anstoß, um nun endlich Lösungen zu finden, die hoffentlich dem Wohle und der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer dienen werden“, zeigten sich die Vertreter der SPD-Fraktion optimistisch.

Im Zuge der losgetretenen Diskussion steht für den Osterrönfelder Verkehrs- und Werkausschuss nun die Erarbeitung eines Radverkehrskonzeptes für das gesamte Dorf auf dem Plan. Während der bisherigen Diskussionen wurde deutlich, dass es ein „Patentrezept“ nicht gibt und die Lösungsvarianten keine hundertprozentige Sicherheit für alle Verkehrswege im Dorf bringen werden. Obwohl einerseits in Rendsburg und Kiel gute Erfahrungen mit Fahrradstraßen gemacht wurden und andererseits die anderen Fraktionen keine eigenen Vorschläge zum Thema präsentiert haben, wollen die Vertreter von OWG und CDU/FDP den rasch umsetzbaren SPD-Vorschlag zur Einrichtung von Fahrradstraßen nicht mittragen. Stattdessen hat der Verkehrs- und Werkausschuss in seiner Sitzung am 25. August 2010 das Staffelholz weitergegeben und sich dafür ausgesprochen, von einem kompetenten Planungsbüro ein Verkehrskonzept für die Gemeinde erarbeiten zu lassen. Die von der SPD-Fraktion angestrebte schnelle und kostengünstige Verbesserung der Verkehrssituation für Fahrradfahrer und Fußgänger im Dorfkern, ist damit erst einmal nicht in Sicht. Bleibt zu hoffen, dass dieses wichtige Thema nicht wieder zwischen den Mühlsteinen von Expertengremien, Arbeitsgruppen, Gutachten, Genehmigungsverfahren und endlosen Diskussionen über voraussichtliche Kosten zerrieben wird.

Über die weiteren Entwicklungen wird die SPD auf dieser Internet-Seite fortlaufend berichten. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit eigenen Ideen an der Diskussion zu beteiligen und die eigene Meinung kundzutun. Dies ist ebenfalls auf dieser Internet-Seite möglich [[mehr](#)].

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 31.08.2010, 11:50 Uhr - 3200 Clicks - Nr. 774

Konsequenzen aus dem Wahlgesetz-Urteil

SPD-Vorsitzende warnt vor Neuschneidung der Segeberger Landtagswahlkreise

„Die amtierende Landesregierung ist auf Basis eines verfassungswidrigen Wahlrechts und ohne die Mehrheit der abgegebenen Stimmen ins Amt gelangt. Sie ist politisch nur noch geschäftsführend tätig und hat - wie die letzten Monate überdeutlich zeigen - auch die politische Mehrheit in Schleswig-Holstein nicht. Der Landesregierung fehlt damit die Legitimation, weiter Politik gegen die Mehrheit zu machen. Das Urteil des Landesverfassungsgerichtes war überfällig und bietet die Chance zum politischen Neustart in unserem Land.“



Ziel müsse es sein, solide, entlang der Vorgaben des Verfassungsgerichts, aber auch zügig ein Wahlgesetz zu beschließen, das möglichst die Zustimmung aller Fraktionen im Landtag - ob größer oder kleiner - finden kann.

„Dies kann durchaus noch im Herbst geleistet werden. Nach der Verabschiedung des Wahlgesetzes wird der Wahlkreisausschuss die Konsequenzen aus dem neuen Wahlrecht ableiten. Mir ist es dabei sehr wichtig, dass eine Neuschneidung von Wahlkreisen auf keinen Fall zu Lasten des Kreises Segeberg geht. Der Kreis Segeberg hatte ursprünglich vier Wahlkreise und war schon auf drei Wahlkreise gekürzt worden. Eine weitere Vergrößerung der Wahlkreise im Kreis Segeberg würde automatisch zu Lasten der Stadt Norderstedt gehen und die ohnehin schon mangelnde Identifikation der Direktkandidaten mit ihrem Wahlkreis weiter verschärfen. Umgekehrt würde der direkte Draht der Wähler zu „ihrem“ Wahlkreiskandidaten immer länger werden. Die SPD Norderstedt wird das Gespräch mit der Landtagsfraktion suchen, um auf diese Problematik aufmerksam zu machen.“, so Katrin Fedrowitz abschließend.

Keine Kommentare

Stadtteilzeitung dat Pussloch jetzt auch in Adelby

Mit der Ausgabe September ist die Stadtteilzeitung dat Pussloch nun endlich auch in Adelby (Ortsteil Tarup) erhältlich.

Wir begrüßen ganz herzlich unsere neuen Leser, die die Stadtteilzeitung ab dem kommenden Wochenende im Briefkasten vorfinden werden.

Dat Pussloch erscheint bereits im 34.Jahrgang regelmäßig vier mal im Jahr und das, völlig kostenlos.

Der eMail-Versand an unsere Abonennten ist bereits erfolgt. Die Möglichkeit des Downloads ist gegeben.

Am Wochenende beginnt die Briefkastenverteilung durch unsere Mitglieder.



Keine Kommentare

Neues SPD-Büro in Eckernförde

Im Rahmen eines großen Straßen- und Sommerfests hat die SPD ein neues Büro in der Ottestraße in Eckernförde eröffnet. Das Büro wird vom SPD-Ortsverein Eckernförde, der Ratsfraktion, dem SPD-Kreisverband und dem Bundestagsabgeordneten Sönke Rix gemeinsam betrieben.



Mit dem Umzug des SPD-Büros von der Reeperbahn in die Ottestraße rückt die SPD ins Zentrum der Stadt. „Das neue Büro soll Treffpunkt für Bürgerinnen und Bürger sein und ausreichend Gelegenheit zur politischen Information und Diskussion geben“, so Sönke Rix, SPD-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter. SPD-Landeschef Ralf Stegner begrüßte, dass die Gewerkschaften das Büro ebenfalls nutzen.

Die Vorsitzenden von Ortsverein und Fraktion, Siegfried Schneider und Martin Klimach-Dreger, machten auch auf das Angebot des regelmäßigen Klönschnacks im SPD-Büro aufmerksam, bei dem alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen seien, mit den Genossinnen und Genossen über aktuelle Politik in Kommune, Land und Bund zu diskutieren. Aktuelle Termine hängen im Büro-Fenster aus.

Das Büro ist zusätzlich regelmäßig besetzt. Jeweils montags von 10.00 bis 13.00 Uhr ist dort Götz Borchert, Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Sönke Rix, ansprechbar. Eva Dreger, Mitarbeiterin des SPD-Kreisverbandes, arbeitet dort mittwochs von 09.00 bis 14.00 Uhr.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 31.08.2010, 17:43 Uhr - 1856 Clicks - Nr. 777

Einladung der SPD Reinfeld zur Familien-Fahrradtour

Pressemitteilung

Einladung der SPD Reinfeld zur Familien-Fahrradtour

Hiermit möchte der SPD-Ortsverein Reinfeld für Sonntag, d. 05.09.2010 alle Bürgerinnen und Bürger zu einer familienfreundlichen und für Kinder geeigneten Radtour einladen. Beginn ist um 11.00 an der „Alten Schule“. Die Tour führt um Reinfeld herum und endet bei der Ortsvereinsvorsitzenden Petra Gehrke in der Theodor-Storm-Str. 14.

Nach Ankunft wird der Grill in Betrieb genommen und alle Anwesenden können sich mit Grillwurst und kalten Getränken stärken. Sollte das Wetter die Fahrradtour verhindern, wollen wir ohne vorherigen Kalorienverbrauch die gegrillten Würste verzehren.

Petra Gehrke

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 31.08.2010, 17:46 Uhr - 2685 Clicks - Nr. 778

Boulenachmittag am 29.08.2010

Leider hat dem SPD-Ortsverein Reinfeld das Wetter mit starken Regenschauern das Boulespiel am Sonntagnachmittag unmöglich gemacht. Da sich die Anwesenden ihre gute Laune nicht verderben lassen wollten, wurde der von Martina Röhl mitgebrachte Kaffee bei ihr zu Hause getrunken. Trotz oder vielleicht auch wegen des schlechten Wetters wurde es ein gemütlicher Nachmittag.

Die Boulesaison für das Jahr 2010 soll mit dem Boulenachmittag am 26.09.10 ausklingen. Hoffentlich spielt das Wetter dann mit!



Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 31.08.2010, 22:22 Uhr - 2621 Clicks - Nr. 779

AfA Schleswig-Flensburg lädt zur Mitgliederversammlung ein

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD Schleswig-Flensburg lädt ganz herzlich zu einer Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 2. September 2010 um 19.30 Uhr, im Restaurant „Ruhekrug“ in Lürschau (bei Schleswig) ein.

Neben Wahlen werden die Aktivitäten und Veranstaltungen für die Jahre 2010 und 2011 auf der Mitgliederversammlung festgelegt. Mitglieder und Interessierte sind ganz herzlich eingeladen.

Keine Kommentare